

„Heraus aus dem Turm“

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Entwicklung der SPD zur
Volkspartei. Eine biographische und regionale Studie (Main-Taunus-Region)

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich 08 Philosophie und Geschichtswissenschaften
der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von

Ottomar Löhr

aus: Rod a.d. Weil

1. Gutachterin: Frau Professor Dr. Marie-Luise Recker

2. Gutachter: Herr Professor Dr. Andreas Fahrmeir

Inhalt:	Seite:
Vorwort.....	4
1. Einleitung.....	5
2. Biographischer Überblick.....	8
3. Phasen des politischen Wirkens.....	13
3.1 Die 1940er und 1950er Jahre: Vom Kommunalpolitiker zum Bundespolitiker.....	14
3.2 Die 1960er Jahre: Der Innenpolitiker.....	17
3.3 Die 1970er Jahre: Der Vizepräsident.....	25
4. Schwerpunkte des politischen Wirkens.....	34
4.1 Die SPD als Volkspartei.....	35
4.1.1 Öffnung als Programm.....	54
4.1.2 SPD und Kirche.....	76
4.1.3 Der beschwerliche Weg.....	89
4.2 Kommunalpolitik.....	98
4.2.1 Auf Bundesebene.....	98
4.2.2 Auf kommunaler Ebene.....	111
4.3 Innenpolitik.....	119
4.3.1 Die Notstandsgesetzgebung.....	119
4.3.2 Die Wahlrechtsdiskussion.....	130
4.3.3 Sonstige Bereiche der Innenpolitik.....	136
4.3.4 Demokratie und Gesellschaft.....	140
4.4 Umweltpolitik.....	152
4.5 Verbandspolitik.....	158
4.6 Außenpolitik.....	170
4.7 Wahlkreisarbeit.....	172
4.8 Innerparteiliche Auseinandersetzungen.....	174
5. Ergebnisse.....	180
6. Anmerkungen.....	183
7. Anlagen.....	187
7.1 Zur Biographie.....	187
7.1.1 Foto von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen.....	187
7.1.2 Soldbuch mit Anlage.....	188
7.1.3 Mitgliedsbuch der SPD.....	190
7.1.4 Ausweis als SPD-Parteiredner.....	193
7.1.5 Sonderausweis für Personen, die während des Nazi-Regimes aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen in Haft waren...	194
7.1.6 Bescheinigung der Betreuungsstelle des Main-Taunus-Kreises für Verfolgte.....	195
7.1.7 Mitgliedsausweis der Gemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten.	196
7.1.8 Mitgliedskarte der Arbeiterwohlfahrt.....	197
7.1.9 Ministerialausweis.....	198

7.1.10	Ausweis zum Betreten des Landtagsgebäudes.....	199
7.1.11	Official Pass des Military Government.....	200
7.1.12	Terminkalender 1974.....	201
7.1.13	Zeitplan des Deutschen Bundestages 1975.....	208
7.1.14	Ausweis für das Mitglied des Deutschen Bundestages der 8. Wahlperiode Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen.....	209
7.1.15	Diplomatenpass.....	210
7.1.16	Bericht über seine Frau und Mutter in der Zeitschrift „Jasmin“...	222
7.1.17	Bericht über Gedenken und Ehrung in der „Bad Sodener Zeitung“	223
7.1.18	Hessisches Staatsministerium des Inneren, Personalakte Hermann Schmitt, Schreiben vom 26. März 1947.....	224
7.1.19	Zeittafel Hermann Schmitt-Vockenhausen.....	225
7.2	Die Dr. Hermann-Schmitt-Vockenhausen-Stiftung.....	227
7.2.1	Stiftungsurkunde vom 28. Juni 1982.....	227
7.2.2	Kurzinformation.....	228
7.2.3	Organ und Zweck der Stiftung; hier auch besonders angeführt als Zweck: Förderung künstlerischer Leistungen von Indochinaflüchtlingen.....	231
7.2.4.1	Pressebericht über Preisvergabe 1983 – Flüchtlingsdasein in der neuen Heimat.....	232
7.2.4.2	Lebensläufe der Preisträger.....	233
7.2.4.3	Liste der ausgestellten Bilder.....	234
7.2.5	Einladung zur Preisverleihung am 02. Oktober 2004.....	236
7.2.6	Programm der Preisverleihung am 02. Oktober 2004.....	239
7.3	Die Mitgliederentwicklung der SPD.....	240
7.3.1	Mitgliederentwicklung der Parteien.....	240
7.3.2	Mitgliederentwicklung der SPD von 1906 bis 2011.....	241
7.3.3	Mitgliederentwicklung verschiedener Altersgruppen der SPD (in %) seit 1974 und Mitgliederbestand nach Beschäftigung 1990 bis 2012.....	243
7.3.4	Mitgliederstand, Altersstruktur, Beschäftigungsverhältnis 1975 bis 1980.....	244
7.4	Wahlen zum Deutschen Bundestag 1949 bis 1980.....	250
7.4.1	Bundesergebnisse.....	250
7.4.2	Ergebnisse im Wahlkreis Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens	259
7.5	Wahl zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages am 28. Oktober 1969.....	266
7.6	Parlamentarische Arbeit Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens; hier als Beispiel in der V. Legislaturperiode.....	267
7.7	Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen in den Ortsvereinen. Als Beispiel: Sein Besuch im Ortsverein Klein-Gerau zu dessen 70jährigem Bestehen	272
7.8	Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen im Wahlkreis. Als Beispiel sein Wahlkampfaufruf an die Bürger seines Wahlkreises mit Schwerpunkt Heimat und Umweltfragen unter dem Motto: „Gestalten unseres Lebensraumes“.....	274

7.9	Zeitzeugenbefragung.....	275
7.10	Aus der Juso-Dokumentation „Unruhestifter mundtot machen“	280
7.10.1	gegen Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen	280
7.10.2	Wählerinitiativen Hermann Schmitt-Vockenhausen.....	287
7.10.3	„Zur Notwendigkeit einer politischen und personellen Alternative – eine Dokumentation“.....	292
7.10.4	„Spiegel“, Nr. 16, 14. April 1969 zur sogenannten „Protokollaffäre“ oder „Bierkelleraffäre“.....	318
8.	Quellen-, Zeitzeugen- und Literaturverzeichnis.....	319
8.1	Quellenverzeichnis.....	319
8.2	Zeitzeugenverzeichnis.....	322
8.3	Literaturverzeichnis.....	323
9.	Schlusswort.....	333
10.	Anhang.....	336
10.1	Lebenslauf.....	336
10.2	Erklärung gemäß §8 Promotionsordnung.....	337

Vorwort

Diese Arbeit widme ich meinen verstorbenen Eltern Robert und Berta Löhr, meiner Frau Isolde, unseren Kindern Astrid und Corinna, unseren Enkeln Maximilian, Rosalie, Annika, Juliane, Florian Robert und unseren Schwiegersöhnen Harald Weitzel und Dr. Bernd Löhr. Von Herzen danke ich meinen akademischen Lehrern für die Unterstützung, ganz besonders Frau Professor Dr. Marie-Luise Recker, die meine Konzeption für gut befand, mein Vorhaben stets förderte und mich nach meiner Erkrankung ermutigte, es bald zum Abschluss zu bringen. Ich danke Herrn Professor Dr. Fahrmeir, der auch als zweiter Gutachter tätig war, Herrn Professor Dr. Rebentisch, der mich darin bestärkte, über Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen zu forschen, und Professor Dr. Hammerstein, der mich ermunterte, als Pensionär noch einmal ein Studium aufzunehmen.

Mein besonderer Dank gilt Frau Ruth Schmitt-Vockenhausen, der Witwe Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens. Sie unterstützte mich sehr und berichtete mir viele Details und Erlebnisse. Auch ebnete sie mir Wege zu Kollegen und Mitarbeitern ihres Mannes sowie zur Friedrich-Ebert-Stiftung. Dank sage ich auch den anderen Zeitzeugen, mit denen ich Gespräche führte und korrespondierte.

Schließlich bedanke ich mich bei Sebastian Farnung, der auf Vorschlag von Frau Professor Dr. Recker das Manuskript in den Computer übertragen hat.

Möge diese Arbeit dazu beitragen, die Erinnerung an Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, den langjährigen aktiven Bundestagsabgeordneten aus dem Taunus und Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages wachzuhalten.

1. Einleitung

Im Park von Bad Soden am Taunus – Münsterer Weg/Ecke Talstraße – erinnert eine von der örtlichen SPD gepflanzte Eiche und eine Gedenktafel an Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, den 1979 verstorbenen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages. In der Regel alle zwei Jahre verleiht die „Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen-Stiftung“ Preise an Institutionen und Personen, die sich weltweit um Flüchtlinge verdient machen, im sozialen und humanitären Bereich arbeiten und sich für Integration, Toleranz und Völkerverständigung einsetzen. Dies geschieht im Sinne und als Vermächtnis des Verstorbenen.

Wer war dieser „HSV“, wie er von Freunden und politischen Gegnern genannt wurde, je nachdem bewundernd, manchmal fast liebevoll, zumindest aber respektvoll anerkennend? Im Main-Taunus-Kreis und in der Region, in Bonn und Berlin wird parteiübergreifend mit großer Hochachtung von ihm gesprochen – früher und heute.

„Das Beste, das wir je hatten“ (Liane Schellheimer, Stadtverordnetenvorsteherin von Hochheim, April 2000), „der gute Mensch von Groß-Gerau“ (Dorothea Hansen, SPD, 60plus-Vorsitzende im Kreis Groß-Gerau), „eine Persönlichkeit mit ausstrahlender Würde“ (Rudolf Sauer, SPD Kelkheim), „eine Persönlichkeit, die ausgestrahlt hat“ (Otto Zink, CDU, MdB, Main-Taunus-Kreis 2002). „Er war nicht nur von seiner Statur her eine eindrucksvolle Persönlichkeit.“ (Karl Thumser, Bad Soden, Ministerialrat im Hessischen Wirtschaftsministerium und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag des Main-Taunus-Kreises, 2002).

Einen „liebenswerten Volkstribun“ nannte ihn 2009 Albert Huhs aus Vockenhausen, der keiner Partei angehört und ihn schon zeitlebens als Mitbürger kannte. Bei einer Tagung des „Seeheimer Kreises“ der SPD im April 2003 in Berlin interviewte ich einige Politiker. So sagte Dr. Herbert Ehrenberg, Bundesminister a.D., SPD, spontan: „HSV und Georg Leber, das waren noch Zeiten! Ohr am Volk, viel gearbeitet!“

In ähnlichem Sinne äußerten sich auch Annemarie Renger, ehemalige Sekretärin Kurt Schumachers und Bundestagspräsidentin, und Wolfgang Clement, Bundeswirtschaftsminister und ehemaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Erhard Mahne, ein SPD-Mitglied aus Oldenburg, meinte: „HSV war ein Arbeitstier. Er verschliss seine Fahrer als Vizepräsident, weil er dauernd arbeitete, während er unterwegs war.“

Es gibt auch kritische Stimmen:

„Eine sehr problematische Persönlichkeit“ nennt ihn der langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Dietrich Sperling (Wahlkreis Hochtaunus). Geradezu feindlich

standen ihm meist die Jusos aus Südhessen gegenüber. Am 23. April 1968 hatten sie eine 36-seitige „Dokumentation zum Fall Schmitt-Vockenhausen“ (so der Untertitel) herausgegeben: „Schmitt-Vockenhausen – Unruhestifter mundtot machen!“ Verantwortlich zeichnete Hartmut Holzapfel aus Frankfurt/Main, später Hessischer Kultusminister.¹ Hermann Schmitt-Vockenhausen wird darin massiv angegriffen und als „Hauptschuldiger an den Notstandsgesetzen“, „seit eh und je Propagandist der Großen Koalition“, „Rufer nach Wahlrechtsänderung“, „Gegner der Gewerkschaften“ und als „kein Repräsentant der südhessischen SPD“ bezeichnet, der deshalb nicht mehr für den Bundestag kandidieren solle. Außerdem führe er auch „einen Wahlkampf im Stile der Waschmittelwerbung.“² Später, im Vorfeld der Bundestagswahlen 1972, wurde eine „Wählerinitiative HSV“ gegründet. Sprecher waren Werner Bechtel, Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Rüsselsheim, Vorstandsmitglied des SPD-Ortsvereines Rüsselsheim sowie Delegierter für die Landesdelegiertenkonferenz am 30. September 1972, Konrad Trebur und Willi Hofmann. „HSV ist der Beste“, „er verkörpert die beste Tradition der SPD“, „er ist einer derjenigen, der die Godesberger Volkspartei im Bewußtsein der Wähler mit Erfolg durchgesetzt hat“ schreiben sie.

Ebenfalls vor der Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1972 erschien auch wieder eine Dokumentation „zur Notwendigkeit einer politischen und personellen Alternative“, unterschrieben vom stellvertretenden Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Groß-Gerau, Walter Guckes, und Dr. Wolfgang Winckler, Mitglied im Unterbezirksvorstand Main-Taunus der SPD, die auch Sprecher für den „Aktionskreis“ waren. Ziel war, die Mitglieder der SPD im Wahlkreis 143 „über die politischen Positionen und Praktiken von Hermann Schmitt-Vockenhausen zu informieren und damit deutlich zu machen, warum es im Interesse der Partei liegt, ihn als Abgeordneten für unseren Bundestagswahlkreis abzulösen.“³

Differenzierter äußerte sich Frolinde Balser, SPD, MdB aus Frankfurt/Main: „Ein Beispiel für Sich-kümmern im Wahlkreis – aber vielleicht nur oberflächlich?“ Sie rückte nach seinem Tod in den Bundestag nach.

„Er ist unfair behandelt worden, konnte allerdings auch unfair reagieren“, meint Martin Schlappner, SPD, ehemaliger Landtagsabgeordneter aus Rüsselsheim. Karl Wittstock, SPD, ehemals MdB, Wiesbaden, schreibt: „Es gibt noch heute eine überdurchschnittlich große Zahl von Menschen, die sich positiv seiner Persönlichkeit und seines Wirkens erinnern.“⁴

¹ Siehe Anlage Nr. 7.10, S. 280.

² Juso-Dokumentation, a.a.O., S. 7.

³ Siehe Anlage 7.10.3, S. 292.

⁴ Alle Zitate sind schriftliche Antworten auf meinen Fragebogen oder aus Gesprächen mit mir, siehe auch Anmerkung Nr. 1, S. 183.

Man sieht also: In den Antworten der von mir interviewten Menschen wird Spannung deutlich: man reibt sich an Hermann Schmitt-Vockenhausen oder man bewundert ihn. „HSV“ ist deshalb hochinteressant. Mehr als 30 Jahre nach seinem Tode scheint es mir deshalb geboten, den Weg des Menschen und Politikers Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen aus dem Taunus darzustellen, seine Politik zu analysieren, seine Wirkung damals und seine Bedeutung für Gegenwart und Zukunft zu untersuchen sowie sein Lebenswerk insgesamt zu würdigen. Nach einem biographischen Überblick werden zunächst Phasen seines politischen Wirkens, dann die Schwerpunkte herausgearbeitet. Als Quellen wurden zugrunde gelegt:

Veröffentlichungen von HSV, sein Nachlass im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, dort auch die Protokolle der Bundestagsfraktion, des Parteivorstands, entsprechende Materialien auf Landes-, Bezirks- und Unterbezirksebene, Privatarchiv von Ruth Schmitt-Vockenhausen, die Bundestagsprotokolle, Protokolle der Kreistagssitzungen, Materialien des Statistischen Bundesamtes, des Hessischen Hauptstaatsarchivs und des Bundespresseamtes sowie Dokumentationen des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn sind Quellen über HSV in 331 Aktenordnern bzw. Boxen aufbewahrt. Man kann sie in zehn Großgruppen unterteilen:

1.	Schriftverkehr:	93 Aktenordner bzw. Boxen
2.	Kommunalpolitik, Wahlkreis, Städte- und Gemeindebund:	82 Aktenordner bzw. Boxen
3.	SPD:	39 Aktenordner bzw. Boxen
4.	Reden, Interviews, Presseberichte:	32 Aktenordner bzw. Boxen
5.	Umwelt, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald:	23 Aktenordner bzw. Boxen
6.	Katholische Kirche:	14 Aktenordner bzw. Boxen
7.	Kulturelles:	14 Aktenordner bzw. Boxen
8.	Innenpolitik:	13 Aktenordner bzw. Boxen
9.	Auswärtiges, internationale Gesellschaften:	12 Aktenordner bzw. Boxen
10.	Wirtschaft und Soziales:	8 Aktenordner bzw. Boxen
11.	Verschiedene Themenbereiche	die anderen Aktenordner bzw. Boxen

2. Biographischer Überblick

Am 31. Januar 1923 wurde in Vockenhausen, dem heutigen Stadtteil von Eppstein im Taunus, Hermann Schmitt geboren. Sein Vater Valentin Schmitt war dort 30 Jahre lang als Lehrer und Schulleiter tätig und ein angesehener Mann. Er versah das Organistenamt in der katholischen Kirche, war Vorsitzender des katholischen Lehrervereins und wahrscheinlich Zentrumsmitglied. Er stammte aus einer kinderreichen Bauernfamilie aus Obertiefenbach bei Limburg und hatte sechs Geschwister. Einer seiner Brüder übernahm den Bauernhof, die anderen waren, wie er selbst, meist Lehrer.

Hermann Schmitt-Vockenhausen hatte vier Geschwister. Er selbst wurde Jurist, Verleger und Politiker, ein Bruder Arzt. Ärzte waren ebenfalls fast alle seine Cousins, einer arbeitete auch als Hausarzt des Limburger Bischofs Kempf.⁵

Die Mutter Hermann Schmitts kam aus einer alteingesessenen Schreinerei in Vockenhausen. Es war also ein mittelständisches und katholisches Milieu, in dem Hermann Schmitt heranwuchs. Schon als Kind und Jugendlicher war er wie auch später hilfsbereit und tüchtig. Er fügte sich gut in die sozialen Verhältnisse des Dorfes ein und war ein guter Schüler. Das Fach Sport bildete eine Ausnahme. In der nationalsozialistischen Zeit entstanden ihm dadurch manchmal Schwierigkeiten. Hermann besuchte dann das Goethe-Gymnasium (Goethe-Oberschule hieß es damals) in Frankfurt/Main, wo er 1941 sein Abitur ablegte.

Zum Werdegang des Schülers gehörte die Hitlerjugend, in der er Fachwart für Fußball und Kameradschaftsführer war. Diese obligatorische Verpflichtung hat ihn jedoch nicht davon abgehalten, auch in schweren Zeiten aktiver Kirchgänger zu bleiben. Er hat sich stets zu seiner katholischen Religion treu bekannt. Nach dem Abitur studierte er an der Goethe-Universität in Frankfurt/Main Rechtswissenschaft und Geschichte und wurde dann in die Wehrmacht einberufen.

Als Soldat war er in Frankreich stationiert, wurde mit dem Kriegsverdienstkreuz Zweiter Klasse ausgezeichnet und entging kurz vor Kriegsende nur mit Geschick einer noch längeren Verurteilung wegen Wehrkraftzersetzung. Ein Staat, der die Kirche verfolge, so hatte er unter anderem gesagt, müsse zugrunde gehen. Frau Ruth Schmitt-Vockenhausen berichtete mir, dass er deshalb zunächst in Haft genommen wurde. Dies geht auch aus seiner Personalakte hervor. In einem Schreiben der Personalteilung an das Kabinett vom 26. März 1947, in dem um seine Einstufung „in die Vergütungsgruppe TOA III“ gebeten wurde und mitgeteilt wird,

⁵ Mitteilung von Ruth Schmitt-Vockenhausen.

dass „im Stellenplan des Ministers des Innern eine Regierungsstelle der Besoldungsgruppe A 2 c 2 vom Finanzminister genehmigt sei, heißt es u.a.: „Während der Nazizeit wegen Wehrkraftzersetzung in Haft.“ Außerdem wird seine fachliche Leistung anerkennend gelobt. Es heißt dort: „Auf Grund seiner besonderen Leistungen und positiven Kenntnisse sowie seines Fleisses und Organisationstalents ist eine bevorzugte Behandlung angezeigt, zumal sonst die Gefahr besteht, dass gerade der junge Nachwuchs in den Kommunaldienst abflutet, wo besoldungsmässig bessere Aussichten bestehen.“ Nach Spruchkammerbescheid vom 18. November 1946 fiel Hermann Schmitt unter die Amnestieverordnung vom 06. August 1946.⁶ Listige Aussagen, z.B. er habe doch damit die Kirchenverfolgungen in der Sowjetunion gemeint, und die baldige Kapitulation retteten ihn vor weiteren Folgen. Nach der Besetzung durch die Amerikaner war Hermann Schmitt im Landratsamt Frankfurt-Höchst tätig und wurde am 16. Oktober 1945 als Referent in die Personalabteilung des Innenministeriums in Wiesbaden berufen.⁷

Gleichzeitig studierte er an der Goethe-Universität in Frankfurt/Main Jura und schloss mit dem Staatsexamen ab.

Am 18. September 1947 wird er unter Berufung in das Beamtenverhältnis zum Regierungsrat ernannt, „nachdem ihm am 10.07. 1947 die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst zugesprochen wurde.“⁸ Nebenbei lehrte er auch am Verwaltungsseminar.

Am 01. März 1946 wurde er Mitglied der SPD und erhielt auch bald einen Ausweis als Parteiredner.⁹ Von 1951 bis 1971 war er Unterbezirkvorsitzender und arbeitete im Verlag Dr. Max Gehlen in Bad Homburg, ab 1950 als Direktor, später wurde er Inhaber, dann auch Inhaber des Verlages für Bürotechnik und des Verlages Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel. Nun war er ein selbständiger Verleger.

Von 1948 bis 1952 gehörte er dem Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises an, 1952 wurde er Vorsitzender des Kreistages, 1953 Bundestagsabgeordneter, 1961 Vorsitzender des Innenausschusses, 1969 Vizepräsident des Bundestages. Den Namenszusatz „Vockenhausen“, der, wie im Bundestag üblich, zur Unterscheidung der vielen Schmidts diente, wurde schon bald offizieller Bestandteil seines Namens.

1969 wurde er an der Freien Universität Berlin mit seiner Dissertation „Die Wahlprüfung in Bund und Ländern unter Einbeziehung Österreichs und der Schweiz. Ein Beitrag zum Wesen der Demokratie,“ zum Dr. jur. promoviert. Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen engagierte

⁶ Siehe Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Personalakte Hermann Schmitt-Vockenhausen.

⁷ Vgl. Anlagen 7.1.18 zur Biographie, S. 224.

⁸ Personalakte im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

⁹ Siehe Anlagen 7.1.3 und 7.1.4 zur Biographie, S. 190ff.

sich in vielen wichtigen Organisationen in Kreis, Land, Bund und auf internationaler Ebene. Auch hier hatte er leitende Funktionen inne.

Als Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen am 31. Januar 1973 seinen 50. Geburtstag feierte, erschienen in mehreren Zeitungen darüber Berichte mit dem Titel „Dreimal Geburtstagskind“ und entsprechenden Fotoaufnahmen von ihm. Diese zeigen „den nachdenklichen, den fröhlichen und den kritischen HSV“. Bei einer Fahrt mit dem Schiff auf dem Rhein fragte er: „Wie kann wieder ein sauberer Strom geschaffen werden?“ Bei einer Brotzeit im Münchener Rathaus konnte man den fröhlichen HSV erleben, und nachdenklich war er beim Unterbezirksparteitag der SPD in Groß-Gerau zu sehen.

Die Journalisten haben nach meiner Meinung den Menschen Hermann Schmitt-Vockenhausen zutreffend charakterisiert, denn er war ein fröhlicher und humorvoller Mann und einer, der sich über die politischen und kulturell-gesellschaftlichen Zusammenhänge immer Gedanken machte, die Dinge hinterfragte und sich engagierte, damit die Lebensbedingungen der Menschen verbessert werden konnten.

Hermann Schmitt-Vockenhausen erhielt hohe Auszeichnungen:

1971: Diplomatischer Verdienstorden der Republik Korea

1973: Freiher-vom-Stein-Plakette

1975: Großes Goldenes Ehrenabzeichen am Bande der Republik Österreich

1975: Plakette „Dem Förderer des deutschen Buchhandels“

1975: Ehrendoktorwürde der National University Seoul, Korea

21. Juli 1976: Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Am 14. August 1951 heiratete Hermann Schmitt Frau Ruth Schulz. Das Ehepaar hat eine Tochter Monika. Frau Dr. Monika Schmitt-Vockenhausen ist verheiratet, arbeitet als Ministerialrätin im Bundesinnenministerium und wohnt in Berlin.

Zunächst wohnte Hermann Schmitt mit Frau und nach ihrer Geburt mit Tochter in Frankfurt/Main, dann baute die Familie ein Haus in Bad Soden am Taunus, das Mittelpunkt und Refugium eines glücklichen Familienlebens war und wo heute seine Witwe Frau Ruth Schmitt-Vockenhausen, die ihren Mann in seinem politischen Wirken immer sehr aktiv unterstützt hatte, noch wohnt.

Am 13. Januar 1976 antwortete Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen in einem Fragebogen¹⁰ der bekannten Publikation „Who is who“ auf deren Bitte folgendermaßen:

1. Frage: „Wer hat Sie in Ihrer Arbeit außerordentlich unterstützt?“

¹⁰ Privatarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen, Band II und FES, HSV persönlich, Ordner 347.

Antwort: „Meine Frau.“

2. Frage nach seinen Publikationen.

Antwort: „a) meine Dissertation 1969, b) Meine Neubearbeitung der von Dr. Hermann Donner verfaßten ‚Bürgerkunde in knappen Sätzen‘, c) Die Bearbeitung einer Ausgabe des Grundgesetzes mit kurzen Erläuterungen und einer Übersicht der Länderverfassungen.“

3. Frage: „Wodurch und zu welchem Zeitpunkt sind Sie am meisten bekannt geworden?“

Antwort: „Als Vorsitzender des Innenausschusses (1960-1969) des Deutschen Bundestages im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1963 (eingebracht) bis 1966.“

4. Frage: „Wofür haben Sie sich in der Vergangenheit besonders eingesetzt und wofür setzen Sie sich heute besonders ein?“

Antwort: „Kommunale Selbstverwaltung, Sportförderung.“

5. Frage: „Welches sind Ihre bevorzugten Freizeitbeschäftigungen?“

Antwort: „Fußball, Briefmarken.“

Diese Selbsteinschätzung gut dreieinhalb Jahre vor seinem Tode ist aufschlussreich, denn sie weist auf den Familienmenschen Hermann Schmitt-Vockenhausen, den erfolgreichen Kommunal- und Innenpolitiker sowie den Menschen hin, der in volkstümlichen Freizeitbeschäftigungen Entspannung sucht.

Nach seinem Tode gründete seine Witwe die „Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen-Stiftung“, deren Vorsitzende sie bis heute ist (vgl. Anlage Nr. 7.2).

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen verstarb am 02. August 1979 in Koblenz. Am 08. August 1979 fand in Bad Soden der Akt des Staatsbegräbnisses statt. 2000 Trauergäste erwiesen ihm die Ehre. Er war in der Kirche St. Katharina aufgebahrt. Die Bevölkerung hatte zwei Stunden vor Beginn der Trauerfeierlichkeiten Gelegenheit, von ihm Abschied zu nehmen. An dem Requiem nahmen u.a. auch Bundespräsident Carl Carstens, Bundeskanzler Helmut Schmidt, Bundestagspräsident Richard Stücklen, der hessische Ministerpräsident Holger Börner und Herbert Wehner teil. Nach dem Ende des Gottesdienstes trugen Offiziere des Bonner Wachbataillons der Bundeswehr den mit der Bundesfahne bedeckten Sarg aus der Pfarrkirche heraus, wo dann das militärische Zeremoniell des Staatsbegräbnisses zelebriert wurde. Unter den Klängen des Liedes vom „Guten Kameraden“ wurde der Sarg dann zum

Totenwagen getragen.¹¹ Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen wurde im engsten Familienkreis auf dem Friedhof in Frankfurt/Main-Höchst beigesetzt.

¹¹ Vgl. FAZ vom 09. August 1978.

3. Phasen des politischen Wirkens

Schon unmittelbar nach Kriegsende begann der politische Weg HSV's. Man kann ihn in drei Etappen unterteilen. Während seines politischen Wirkens schrieb er sehr viele Artikel, gab viele Interviews und hielt viele Reden. Seine Überzeugungen und seine Politik werden recht gut deutlich in einem späteren Beitrag für die „Hersfelder Zeitung“ vom 01. April 1974.¹²

Er stellte zunächst fest,

- das Godesberger Programm der SPD öffne den Weg in die Mehrheit und in die Regierung, denn die SPD als Volkspartei der realen und friedlichen Reformen habe die Arbeitnehmerschaft ebenso angesprochen wie die fortschrittlichen Kräfte bis weit hinein in die Kreise der Selbständigen, der Landwirte und des gesamten Mittelstandes.
- Dann formuliert er fünf Forderungen:
 1. Die SPD müsse einen Kurs der realen Reform steuern.
 2. Die SPD müsse sich solidarisch um Willy Brandt scharen, Erfolge nicht verkleinern, sondern selbstbewusst darstellen.
 3. Die SPD müsse ihre Arbeit auf die Gegenwart konzentrieren. „Wenn Erwartungshorizonte ständig erhöht werden, wird die Erfolgspalette der praktischen Arbeit zu sehr unterbewertet.“
 4. Kleinlicher innerparteilicher Streit müsse begraben werden.
 5. Man müsse sich von denen trennen, die die Grundprinzipien des Godesberger Programms verleugneten oder einer zerstörerischen Konfliktstrategie das Wort redeten.

Diese Leitlinien waren für Hermann Schmitt-Vockenhausen von Anfang an Richtschnur seines politischen Handelns. Sie sind deutlich erkennbar und beziehen sich aufeinander in allen drei Phasen seines Wirkens und auf allen Politikfeldern, auf denen er tätig war: Parteipolitik, Kommunalpolitik, Innenpolitik, Außenpolitik, Umweltpolitik, Kirchenpolitik und Verbandspolitik.

¹² Privataarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen.

3.1 Die 1940er und 1950er Jahre: Vom Kommunalpolitiker zum Bundespolitiker

Beeindruckt von der Persönlichkeit Kurt Schumachers¹³ trat Hermann Schmitt 1946 in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein. Als Vizepräsident des Bundestages sagte er später: „Ich werde nie vergessen, als Schumacher auf dem Frankfurter Römerberg sprach. Da war ein Mann, der durchgehalten und elf Jahre KZ auf sich genommen hat.“¹⁴ Diese Sympathie für Schumacher blieb bei ihm immer erhalten. Einfallsreichtum, die Neigung zum militanten Dialog, die Mischung von Leidenschaft und Heiterkeit, eine spartanische Gesinnung im eigenen Lebensstil und Realitätssinn machen das deutlich. „Keiner von beiden hat sich jemals dazu bereit erklärt, Politik im Konjunktiv zu vertreten.“¹⁵

Was Kurt Schumacher 1945 vor Hamburger Studenten erklärte, könnte auch von Dr. Schmitt-Vockenhausen stammen: „Der Genosse Intelligenz, der nur in seiner eigenen Sprache spricht, hat keinen Wert für uns, sondern nur der bluterfüllte lebendige Mensch, der das, was er in seinem Zirkel sich erarbeitet, in die breiten Massen hineinträgt.“¹⁶

Über die Kommunalpolitik (schon weiter oben im biographischen Überblick wurde auf seine Tätigkeiten als Mitglied des Kreisausschusses des Main-Taunus-Kreises, als Vorsitzender des Kreistages und als Unterbezirksvorsitzender hingewiesen) führte sein politischer Weg zur Bundespolitik bei der 2. Bundestagswahl 1953. Aber auch als Bundespolitiker hatte die Kommunalpolitik für ihn einen hohen Stellenwert. So gehörte er auch noch der Stadtverordnetenversammlung seiner Heimatstadt Bad Soden an und in der SPD war er Vorsitzender der neu gegründeten „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. – BundesSGK“. Seinen Bundestagswahlkreis Nr. 143 Main-Taunus/Groß-Gerau gewann er 1953 direkt.¹⁷

Das setzte sich bei allen zukünftigen Bundestagswahlen fort, auch als der Wahlkreis einen anderen Zuschnitt erhielt, auch als HSV nicht auf der Landesliste abgesichert wurde.

Schon zu Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit in Bonn nahm er relativ oft das Wort bei Anträgen, Gesetzesentwürfen und Anfragen. So sprach er z.B. in der 14. Sitzung über Abzahlungsgeschäfte, später zu den Themen Beamtenrecht (204. Sitzung), Besatzungsfolgen (Finanzhilfe für durch Bauten der Besatzung betroffene Gemeinden (64. Sitzung)), Bundeshaushalt 1954 bei der Debatte über den Haushalt des Innenministers (24. Sitzung). In dieser Sitzung setzte er sich auch für die Erhöhung der vorgesehenen Mittel für den Neubau

¹³ Siehe Anmerkung Nr. 8, S. 186.

¹⁴ Zitiert nach Helmut Reutter [HG] in „Menschen unserer Zeit“, Bonn 1978, S. 4.

¹⁵ Ebd. S. 4.

¹⁶ Ebd. S. 4.

¹⁷ Siehe Anlagen 7.4.2, S. 259ff. sowie Anmerkung Nr. 2, S. 183.

der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main ein, ein Indiz für sein Eintreten in Bonn für die Belange seiner Heimatregion. 75mal sprach HSV in der zweiten Legislaturperiode, die seine erste war. Dabei wird schon deutlich, dass seine Interessengebiete breit gestreut sind, aber schwerpunktmäßig alle innenpolitischen Angelegenheiten, alles, was seinen Wahlkreis betrifft, und auch die Bewahrung der Natur als Schöpfung Gottes seine besondere Aufmerksamkeit erfahren. In der 175. Sitzung¹⁸ spricht er z.B. zur „Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung“ und lehnt eine zusätzliche Inanspruchnahme vom Land ab, weil noch große Reserveflächen zur Verfügung stünden. In dieser Sitzung sprach er auch zur „Dienstzeit für Angehörige der ehemaligen „Legion Condor“.“ Er nahm Stellung zur Neugliederung des Bundesgebietes im Zusammenhang mit dem neuen Land Baden-Württemberg¹⁹ und unterstrich die Bedeutung des Art. 29 GG, dem man „gerecht werden solle.“²⁰ Fünfmal nahm er das Wort zum Thema „Saarland“ und betonte die „Notwendigkeit eines Rechtsanspruches der im Währungsgebiet des Franken lebenden Beamten auf ein angemessenes Gehalt“²¹. In der 160. Sitzung des Bundestages (S. 8913 B) wurde über ein „Schutzbereichsgesetz“ zur Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung diskutiert. HSV übte Kritik an der „unzulänglichen Vorbereitung“ dieses Gesetzes durch die Bundesregierung. Siebenmal griff er in die Debatte ein. Weitere Anfragen von ihm befassten sich z.B. mit Tagesbefehlen des Bundesverteidigungsministers, Bestellung eines Referenten für kaufmännische Berufsausbildung im Bundesministerium für Wirtschaft, Bezügen des Vorstands der Lastenausgleichsbank, Auskunftspflicht der Beamten, Freimachung von Liegenschaften bei Verlegung von Einheiten des Bundesgrenzschutzes und vielen anderen Problemen aus seinem Wahlkreis, etwa die Beseitigung des Brückenpfeilers der Eisenbahnbrücke über die B 43 westlich von Bischofsheim²², Baubeginn der Limesbahn²³ und Behebung der Finanzschwierigkeiten bei der Beseitigung von Verkehrsmisständen zwischen kommunalen Straßen und Bahnstrecken (30. Sitzung, S. 1298).

Als Innenpolitiker auch schon in seiner ersten Wahlperiode profiliert, redete er oft zum Beamtenrecht, so zum „1. Beamtenrahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts“²⁴.

¹⁸ Verhandlungen des Bundestages, Stenographische Berichte, S. 11018 C.

¹⁹ A.a.O., 116. Sitzung, S. 6225 C und 6231 A.

²⁰ Siehe Anmerkung Nr. 7, S. 185f.

²¹ Verhandlungen des Bundestages, Stenographische Berichte, 181. Sitzung, S. 9997 D ff. und 9999 D f.

²² A.a.O., 86. Sitzung, S. 10077.

²³ A.a.O., 61. Sitzung, S. 3006.

²⁴ A.a.O., 204. Sitzung, S. 11629 C, 11631 C.

Auch Besatzungsfolgen waren immer wieder Thema, z.B. Abgeltung von Besatzungsschäden durch „Finanzhilfe für durch Bauten der Besatzung betroffenen Gemeinden“. Hier sprach HSV als Berichterstatter (64. Sitzung, S. 3319 B ff. und 3322 D f.).

In der 151. Sitzung waren Kontrolle des Verfassungsschutzes und Bereitschaftspolizei Thema. HSV forderte einen Zuschuss an die Bereitschaftspolizei der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern für die Sicherung der Zonengrenzen. All dies zeigt: Schon in seiner 1. Wahlperiode kann man HSV nicht als Hinterbänkler bezeichnen. Zum Bundeshaushalt 1957 sprach er siebenmal. Auch zu Themenbereichen wie Verfassungsschutz, Luftschutz, Frage des Eingriffs in das kommunale Verfassungsrecht und Möglichkeiten der Mitwirkung der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft dabei (125. Sitzung) nahm er mehrmals in einer Sitzung Stellung. Er debattierte gerne und gut.

3.2 Die 1960er Jahre: Der Innenpolitiker

Ende der fünfziger Jahre, in der dritten Legislaturperiode des Bundestages, gehörte HSV bereits zu den wichtigsten Innenpolitikern seiner Fraktion. Doch die sechziger Jahre, für ihn die anstrengendsten, aber auch aus meiner Sicht seine erfolgreichsten und politisch bedeutungsvollsten, waren insgesamt „dynamische Zeiten“ – so der Titel des von Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers im Jahr 2000 in Hamburg herausgegebenen Buches über die „60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften“ –, geprägt durch gesellschaftliche Umbrüche, materiellen Wohlstand, pragmatische Politik und reformerische Aufbrüche.

1963 charakterisierte Bundeskanzler Ludwig Erhard diese Zeit mit den Worten: „Nicht nur die Bundesrepublik, sondern die ganze Welt ist im Begriff, aus der Nachkriegszeit hervorzutreten.“ Es war eine „Phase der Gärung“.²⁵

Ralf Dahrendorf kennzeichnet die Gesellschaft am Anfang der sechziger Jahre als „neue Gesellschaft“.²⁶ Die Suche nach Reformen und ein Zustand zwischen Pragmatismus und Utopie sind weitere charakteristische Merkmale in diesem Abschnitt der deutschen Geschichte. Dazu sei noch folgendes ausgeführt:

Zu 1. Die neue Gesellschaft:

Vieles hat sich in den Sechzigern verändert.

- Die westdeutsche Bevölkerung nimmt zu. Ein Viertel davon sind Neubürger – nach den Vertriebenen in den 40er Jahren jetzt auch Flüchtlinge in den 50er Jahren, davon pro Jahr ca. 300 000 aus der DDR. Außerdem werden ausländische Arbeitnehmer angeworben, und auch der „Babyboom“ in diesen Jahren trägt dazu bei. In der Wirtschaft erweiterte sich der Anteil des „tertiären Sektors“ von 38,3% auf 42,6%. Bei den abhängig Beschäftigten stieg der Anteil von Angestellten und Beamten von 23% auf 36%, der Arbeiteranteil ging von 51% (1955) auf 47% (1970) zurück.
- Die Arbeitslosigkeit lag unter 1%, d.h. man kann von Vollbeschäftigung sprechen. Die Nettofamilieneinkommen stiegen um 50% auf ca. 1300 bis 1400 DM.
- Es gab eine zunehmende Tendenz zu einer „Erlebnisgesellschaft“. Persönliches Erfolgsstreben, Freizeitorientierung, Konsumorientierung, Individualismus und

²⁵ Schildt, Axel/Lammers, Karl (Hrsgg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, S. 21.

²⁶ Ralf Dahrendorf, Die neue Gesellschaft. Soziale Strukturwandlungen der Nachkriegszeit, in: „Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz“, hrsg. von Hans Werner Richter, München 1962, zitiert nach Schildt, a.a.O., S. 21.

Materialismus waren dominant – im Gegensatz zur „gemeinschaftsbetonen, arbeitsamen Vergangenheit“.²⁷

Zu 2. Reformbereitschaft und ansteigendes politisches Interesse herrschte in diesen sechziger Jahren. Als Beispiele seien genannt: Georg Pichts griffige Formel von der „Bildungskatastrophe“ und Egon Bahrs Parole „Wandel durch Annäherung“ als Ziel einer Überprüfung der Außen- und Deutschlandpolitik nach Berliner Mauerbau (1961) und Kubakrise (1962). Bahr hatte dieses Konzept in seiner Rede am 25. Juli 1963 auf der Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing vorgestellt. Auch das Zweite Vatikanische Konzil (1962) und die Denkschrift der Evangelischen Kirche (1965) sind Zeichen für diese Reformbereitschaft. Außerdem politisierten sich viele Schriftsteller wie Martin Walser, Günther Grass, Rolf Hochhuth und die gesamte Gruppe 47.

Zu 3. Zwischen Pragmatismus und Utopie – auch dadurch waren die 1960er bestimmt. Für die Parteien wurde es notwendig, ihre Programme an die neue Lage anzupassen. Nur mit glaubwürdigen Konzepten zur Reformierung und Modernisierung der Gesellschaft konnte man Führung beanspruchen. Die SPD hatte im Godesberger Programm „Ballast abgeworfen“ (Carlo Schmid, vgl. weiter unter Abschnitt 4.4.1), Kanzlerkandidat Willy Brandt war ein jugendlich wirkender „deutscher Kennedy“, und eine sozialdemokratische Delegation wurde 1964 von Papst Paul VI. empfangen. Man konnte den Eindruck eines „demonstrativen Pragmatismus und geradezu einer Ideologie der Ideologielosigkeit“ haben.²⁸ Schon Karl Mannheim, der 1893 in Budapest geborene und 1947 in London gestorbene Soziologe und Philosoph, der sich u.a. mit Krisenerscheinungen in der Massendemokratie beschäftigte und eine geplante Demokratie empfahl, damit mit einer „Planung für Freiheit“ die rationale Beherrschung der irrationalen Kräfte ermöglicht wird, hatte in seinem Buch „Ideologie und Utopie“ geschrieben: „Je mehr eine aufstrebende Partei in das parlamentarische Mitregieren hineinwächst, desto mehr gibt sie ihre aus der ursprünglich treibenden Utopie strahlende Totalsicht auf, desto mehr läßt sie ihre transformierende Kraft sich am konkreten Einzelfall bewähren. Dort zerbröckelt die ideologische Zielstrebigkeit und die damit eng zusammenhängende Totalsicht in parlamentarischen Beratungskommissionen und in der Gewerkschaftsbewegung in bloße leitende Richtlinien für Bewältigung und Stellungnahme bei der Beherrschung der Mannigfaltigkeit.“²⁹ In den frühen sechziger Jahren gelang auch der

²⁷ Schildt, a.a.O., S. 35.

²⁸ Schildt, a.a.O., S. 46.

²⁹ A.a.O., S. 216.

SPD die „Synchronisierung von Programmaussage und praktischem Handeln“. Man denke an die Wehner-Rede vom 30. Juni 1960, in der die in der Vergangenheit geschaffenen Tatsachen in außenpolitischer Hinsicht auch von der SPD übernommen wurden, an die „koalitionspolitischen Schritte 1961/62“ und an die Thematisierung gesellschaftspolitischer Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben und deren Lösung. „Diese Jahre waren recht eigentlich die starke Zeit der Godesberger SPD.“³⁰ Sie wurde von der starken Troika Brandt, Wehner und Erler geführt und stand für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit der Menschen. Dies musste HSV entgegenkommen, der auf der Basis von festen religiösen Überzeugungen und moralischen Grundsätzen immer in mannigfaltigen Bereichen pragmatische und keine ideologische Politik umsetzte. „In keiner anderen Phase herrschte in der Bundesrepublik eine derart optimistische Sicht auf die Zukunft wie im letzten Drittel der 60er und im ersten Drittel der 70er Jahre.“³¹

Auf der anderen Seite verfolgten viele Menschen aber auch Ziele, die im Bereich der Utopie anzusiedeln sind und die möglichst schnell erreicht werden sollten. Es sind in erster Linie die Studenten, die im Verlangen nach Reformen in den Universitäten und nach Antworten ihrer Elterngeneration zum Nationalsozialismus und ihrem Mitwirken dabei „zunehmende Auseinandersetzungen zwischen den Generationen“ provozierten.³²

Es gab in dieser Zeit verschiedene „aus mehreren Wurzeln“ erwachsene „Protestgruppen“³³, die Ostermarsch-Bewegung, die gegen Atomwaffen demonstrierte, und diejenigen, die keine Notstandsgesetze wollten. Vor allem der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) war sehr aktiv und wollte durch Mobilisierung von Massen sehr schnell eine Veränderung der Gesellschaft erreichen. 1965 verschärfte sich der Krieg in Vietnam, und im Zusammenhang damit radikalisierte sich die Studentenbewegung und die außerparlamentarische Opposition (APO) immer mehr. „Die pseudomarxistische, revolutionäre Attitüde und der verbale Radikalismus der studentischen Linken ließen keinen Raum mehr für einen nüchternen Blick auf die Gegenwart. In ihren Parolen wurde ein Bild der westdeutschen Politik und Gesellschaft entworfen, das mit der Wirklichkeit immer weniger gemein hatte.“³⁴ Um eine schnelle Verwirklichung von Utopien kreiste also bei durchaus auch idealistisch gesinnten jugendlichen Menschen das Denken. Das konnte nicht gut gehen, und so erwuchs daraus später auch noch unmenschlicher, verbrecherischer Terror. Dies waren Rahmenbedingungen für Hermann Schmitt-Vockenhausen in den sechziger Jahren, die für ihn Ansporn waren,

³⁰ Klotzbach, a.a.O., S. 599f.

³¹ Schildt, a.a.O., S. 48.

³² Recker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 54.

³³ Recker, a.a.O., S. 55.

³⁴ Recker, a.a.O., S. 57.

solche Auswüchse einzudämmen und dafür verstärkte Anstrengungen zu unternehmen. Ob er dabei seine Gesundheit ruiniert hat, bleibt natürlich reine Spekulation, dieser Gedanke kann sich aber durchaus – wie bei mir – einstellen.

In den sechziger Jahren hatte Hermann Schmitt-Vockenhausen bedeutende und politisch einflussreiche Ämter inne.

1961 wurde er Vorsitzender des Innenausschusses. Er blieb es bis 1969, als ihn der Bundestag zum Vizepräsidenten wählte.

Obwohl er sich in diesen wichtigen 60er Jahren intensiv um den gesamten Bereich der Innenpolitik kümmerte, war es doch ein Thema, das seine Arbeit in besonderem Maße bestimmte: die Notstandsgesetzgebung (siehe weiter unten Kapitel 4.3.1).

Im Rahmen der Debatte über den jeweiligen Bundeshaushalt sprach er schon früh immer wieder über Notstandsrecht, den Schutz der Zivilbevölkerung und die Notwendigkeit, im Sinne der im Grundgesetz festgelegten Ordnung Ergänzungen des Grundgesetzes vorzunehmen, getragen vom Vertrauen der Bevölkerung und unter Mitwirkung aller: der Länder, der Parteien, der Verbände. Er widersetzte sich Versuchen einer „totalen Erfassung“. In der 3. Wahlperiode redete HSV 101mal. Er stellte 26 mündliche Anfragen. Er sprach z.B. die Arbeitszeit der Bundesbeamten und die Fürsorglichkeit des Staates an. Bei den Gesprächen über die Arbeitszeit sei die Verhandlungsführung kein Vorbild für die Wirtschaft.³⁵

Fünfmal sprach er zum Thema Beamte. Er hielt der Bundesregierung Versäumnisse in der Beamtenbesoldung vor und forderte eine einheitliche Ausbildung der Steuerbeamten (a.a.O.). Schon hier war auch die Notstandsgesetzgebung ein Thema (vgl. unten 4.3.1).

HSV sprach im Rahmen der Beratungen über die Haushaltspläne 1958 (fünfmal geredet) und 1959 (siebenmal geredet) dazu. Und schon jetzt spricht er von „Ziviler Notstandsplanung“ im Einzelplan 36 (75. Sitzung, S. 4157 B).

Auch in der Diskussion über den Bundeshaushalt 1960 spielte die Notstandsgesetzgebung eine – jetzt noch größere – Rolle. Seit Jahren würden Diskussionen über eine Hilfe für die Zivilbevölkerung geführt, sagt HSV, Anträge der SPD zur Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel seien aber alle abgelehnt worden.³⁶ Die Fehlinvestitionen auf militärischem Gebiet seien viel größer als die voraussichtlichen Ausgaben zum Schutze der Zivilbevölkerung. Er fordert eine Tatbestandsaufnahme im Ausschuss des Inneren über die Arbeit der Bundesregierung auf diesem Sektor.

³⁵ Verhandlungen des Bundestages, Stenographische Berichte, 55. Sitzung, S. 3015 C f.

³⁶ A.a.O., 109. Sitzung, S. 6010 A f., 112. Sitzung, S. 6343 A).

Fünffmal spricht er zum Bundeshaushalt 1961, siebenmal zum Bundesleistungsgesetz, in der 118. Sitzung (S. 6861 D ff.) zu Bundeswehr und Bundesministern. Dabei beurteilt er besonders kritisch die Vorschriften über die rückwirkende Versorgung früherer Minister. Auch jetzt ist HSV wieder ein „Allrounder“ auf vielen Gebieten. In einer Aktuellen Stunde geht es ihm um die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der Bundesregierung³⁷, er gibt der israelischen Zeitung „Ha'aretz“ ein Interview zu einer Äußerung Adenauers zu den deutschen Grenzen von 1937, er stellt im Bundestag Zusatzfragen zur Mitteilung der Bundesregierung an die Regierungen der arabischen Liga über Waffenlieferungen an Israel, redet viermal zum Ausländergesetz³⁸, außerdem zum Ausweis- und Meldewesen, zur Veränderung von Submissionspreisen beim Autobahnbau, zur Sicherung der Schalerräume in Banken. In der 119. Sitzung stehen die Beamten im Mittelpunkt. Insgesamt 20mal nimmt HSV das Wort. Meist geht es um die Beamtenbesoldung, um eine gerechtere Behandlung der Beamtenpensionen (in einer mündlichen Anfrage an Innenminister Höcherl), um Gewährung von Weihnachtsszuwendungen (ein SPD-Antrag) und um die Bildung einer Studienkommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für das Beamtenrecht (ein SPD-Antrag).³⁹ Andere Themen sind – durch viele Zusatzfragen HSV's angesprochen, - z.B. die Einschränkung des Verkehrs auf den Bundesbahnstrecken Lübeck-Lüneburg und vor allem die Bundeshaushalte 1962-1965. Zu deren Einzelplan 36 (Zivile Notstandsplanung) sprach immer HSV, z.B. in der 23. Sitzung (S. 896 C f.) und der 132. Sitzung (S. 6497 D) als Berichterstatter.

Auch um den Einzelplan 14 (Verteidigung) kümmert sich HSV. In der 75. Sitzung (S. 3591 A f.) forderte er eine dringend notwendige Überprüfung des Unterhaltssicherungsgesetzes. Er zeigt verschiedene Nachteile bei Familien mit wehrdienstleistenden Söhnen auf. In der 94. Sitzung (S. 4307 A) fordert er u.a. eine Erhöhung der Leistungen für Kriegsopferversorgung und in der 165. Sitzung (S. 8179 B) eine Rechnungskontrolle des Bundesamtes für Verfassungstechnik.

Insgesamt siebenmal spricht er – oft in Anfragen und Zusatzfragen – zur Bundeswehrthemen, nach der Überprüfung des Unterhaltssicherungsgesetzes fordert er nunmehr auch die Novellierung, die sichere Bewachung von Depots und Manöverplätzen und die Erhöhung des Entlassungsgeldes.

³⁷ Verhandlungen des Bundestages, Stenographische Berichte, S. 9098 C f.

³⁸ A.a.O., 163. Sitzung, S. 8035 A und 81. Sitzung, S. 3896 C.

³⁹ A.a.O., 119. Sitzung, S. 5568 A.

Auch bei der Diskussion über den Status der Beamten in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft spricht HSV als Berichterstatter.⁴⁰

Weitere sehr verschiedene Themenbereiche, zu denen HSV im Bundestag Stellung nimmt, sind: Wünsche einer Gemeinde in Niedersachsen zum Fernsprechverkehr, zweimal zum UFA-Vermögen mit Bitte um Überweisung in den zuständigen Ausschuss, dreimal zum „131er-Gesetz“, ebenfalls mit der Bitte um Überweisung in den Ausschuss, die Grundsteuer, der Grundstücksmarkt, das Handwerkerzählungsgesetz, Umbau der Hochschulen, und in einer Zusatzfrage spricht er das Stipendium des Sohnes des südafrikanischen Präsidenten Verwoerd von der Alexander-Humboldt-Stiftung an.

Ganz wichtig sind natürlich die Diskussionen über die Änderung des Grundgesetzes.

HSV hält Reden zu Art. 10 GG und einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses. Er weist auf die Bemühungen der SPD zur Lösung der anstehenden Probleme hin⁴¹ und betreffend Art. 73⁴² sieht er aus verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Gründen keine Möglichkeit der Zustimmung.

Zum innen- und außenpolitischen Lagebericht der Bundesregierung stellt HSV am 15. Oktober 1964 fest, dass die zahlreichen Versprechungen und Ankündigungen auf dem großen Gebiet der inneren Politik nicht ihren „Niederschlag im Haushaltsplan 1965“ gefunden hätten.⁴³

In der 4. Legislaturperiode stellte HSV 82 mündliche Anfragen, 24 aus dem Bereich Inneres, neun aus dem Bereich Soziales, je sechs aus den Bereichen Gemeinde/Verkehr, aus dem Bereich Notstandsgesetzgebung, aus dem Bereich Mittelstand/Wirtschaft und aus dem Bereich Künstler/Bildung, drei aus dem Bereich Außenpolitik und drei aus dem Bereich Umwelt und die restlichen zu ganz verschiedenen Themen.

In der 4. und 5. Legislaturperiode 1961-1965 und 1965-1969 wurde HSV zu einem der bedeutendsten Innenpolitiker im Bundestag und damit der Bundesrepublik Deutschland. Die Diskussionen und Auseinandersetzungen über die Notstandsgesetze bestimmten nicht nur im Bundestag, sondern auf vielen anderen Ebenen – Partei, Kommunen – seine politische Arbeit, erforderten großen Einsatz und Zeitaufwand und bedeuteten gesundheitliche Belastungen. Denn HSV wollte diskutieren und überzeugen. Auch manche Anfeindungen änderten daran nichts. Er blieb standhaft.

Als langjähriger Vorsitzender des Innenausschusses, und seit 25. Januar 1961 bis 1969 gleichzeitig des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD sowie anschließend von 1969 bis 1972

⁴⁰ Verhandlungen des Bundestages, Stenographische Berichte, 141. Sitzung, S. 7065 C.

⁴¹ A.a.O., 192. Sitzung, S. 9743 A.

⁴² A.a.O., 83. Sitzung, S. 4041 C ff. und S. 4044 C.

⁴³ A.a.O., 137. Sitzung, S. 6851 D ff., S. 6854 BD, S. 6465 B.

des Arbeitskreises „Innen, Bildung und Sport“, war er neben der Notstandsgesetzgebung auch in anderen innenpolitischen Bereichen federführend tätig und mitverantwortlich für wichtige Gesetzesvorlagen und Gesetze. Es seien hier nur die Wahlrechtsgesetzgebung und das Beamtenrecht genannt. Im übrigen wird auch hier auf Kapitel 4.3 verwiesen.

Er sprach am 15. Dezember 1966 in der Debatte über die Regierungserklärung der Großen Koalition und führte – auch als Antwort auf Dr. Dehler (FDP) – folgendes aus:⁴⁴

- Zu Wahlrechtsfragen sei wichtig, dass ein mehrheitsbildendes neues Wahlgesetz die Kontinuität der parlamentarischen Demokratie sichern müsse.
- Dass am Anfang jeder Demokratie die Gewissensentscheidung des Bürgers stehe, auch wenn diese falsch sein sollte.⁴⁵
- Er verteidigte die katholische Kirche und weist auf das Konzil hin: „Die Zeit, in der die Geistlichkeit vielfach das Maß des Gewissens darstellte, ist mit diesem Konzil vorbei – wenn auch leider der Geist des Konzils noch nicht überall weht.“
- Kein wirklich liberaler Mensch könne doch ernstlich bestreiten, „dass Karl Marx die Antwort auf die Auswüchse des Frühkapitalismus war.“ Dabei verweist er auf Nell-Breuning. „Die deutsche Demokratie in Weimar war überall dort stabil, wo Sozialdemokraten und Zentrum gemeinsam Verantwortung getragen haben: Von Preußen bis Baden gibt es hier überzeugende Beispiele“, fährt er fort.⁴⁶
Deutschland wäre in den Jahren 1918 bis 1920 im Chaos untergegangen, wenn die Sozialdemokraten nicht der Republik den Weg bereitet hätten.

War er schon von Beginn seiner politischen Tätigkeit immer auf allen Ebenen in der Heimat und der gesamten Bundesrepublik sehr präsent, so verstärkte sich dies in den sechziger Jahren noch. So nahm er gerne Einladungen zu Vorträgen auch bei nicht im engeren Sinne politischen Institutionen an, denn für ihn hatte so ziemlich alles politische Bedeutung und diente dem Ziel, die SPD als echte Volkspartei zu einem politischen Schwerpunkt zu machen. Ein Beispiel mag dies zeigen: Am 10. Mai 1961, also in einer Zeit, als sehr wichtige Grundsatzentscheidungen im Bundestag wie Notstandsgesetzgebung getroffen werden mussten, lud ihn der „Deutsche Stenografielehrer-Verband e.V., Vereinigung der Lehrer für Kurzschrift, Maschinenschreiben und Bürotechnik, Landesgruppe Hessen“, zu ihrer nächsten „Arbeitsgemeinschaft der Landesgruppe“ am 27. Mai 1961 nach Frankfurt/Main ins Gewerkschaftshaus ein und bat ihn um einen Vortrag. In der Vortragsfolge (insgesamt drei Redner) kam er zuerst zu Wort. Auf der allgemeinen Einladung ist zu lesen: „Vortragsfolge:

⁴⁴ Vgl. FES, Box 2727, S. 1 bis 3 der HSV-Rede.

⁴⁵ A.a.O., S. 1.

⁴⁶ A.a.O., S. 2.

1. „Die Frage der Rationalisierung in der Ausbildung der kaufmännischen und verwaltenden Berufe“ Referent: Herr Bundestagsabgeordneter Schmitt-Vockenhausen (Vorsitzender des Ausschusses für Inneres im Deutschen Bundestag und Mitglied des Ausschusses zur Vereinfachung der Verwaltung)“.

Ebenfalls im Mai 1961, am 23. Mai, schreibt HSV an Heinrich Klein:

„Anbei eine Einladung, die die Presse vielleicht interessiert. Ich stehe gegen 17.00 Uhr [...] den Herrn zur Verfügung. Bitte lass mich doch wissen, was ich selbst noch für die Publizität tun kann. Ich bin am Sonnabend zwischen 8.00 und 9.00 Uhr wieder in Bad Soden. [...] Freitag bin ich in Bremen, Besuch der Polizeischule und Bevölkerungsschutzanlagen, Sonntag in Lübeck 10-jähriges Jubiläum des Bundesgrenzschutzes.“⁴⁷

Hier wird deutlich: Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen gehörte zu den bienenfleißigen Arbeitern für die Demokratie, nichts war ihm zuviel, rastlos und hilfsbereit hatte er immer ein offenes Ohr für die Sorgen der Menschen, fuhr fast jeden Abend zurück ins heimatliche Bad Soden (kaum ein Dutzendmal übernachtete er in Bonn) und opferte jede freie Minute für den Wahlkreis, die Region und die Lokalpolitik.⁴⁸

⁴⁷ FES, Bestandsbezeichnung Hessen-Süd, Box 594.

⁴⁸ Ich verweise auf Anlage 7.1.12, S. 201ff. (Kopien seines Terminkalenders aus dem Jahr 1974).

3.3 Die 1970er Jahre: Der Vizepräsident

1969 wurde HSV zum Vizepräsidenten des Bundestages gewählt. Er blieb es bis zu seinem Tode 1979.

Diese Zeit wurde geprägt durch eine souveräne, zielgerichtete, auch humorvolle Sitzungsleitung und verstärkte Aktivitäten im außenpolitischen Bereich und in den Verbänden. Das Sprechregister des Bundestages 1977 weist ihn als rede- und fragenreichsten Abgeordneten aus. Seinen Humor konnten die Abgeordneten z.B. in der 6. Sitzung des Bundestages in dieser Legislaturperiode 1969 – einen Tag nach seiner Wahl zum Vizepräsidenten - am 29. Oktober 1969 erleben, als die Aussprache über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt stattfand und er als Vizepräsident die Sitzung leitete. Nach einer Zwischenfrage Professor Dr. Hallsteins (CDU) während der Rede Dr. Apels (SPD) sagte HSV humorvoll: „Herr Kollege Hallstein, ich darf auf die Übung des Hauses bei Zwischenfragen aufmerksam machen, dass der Präsident das Fragezeichen – wenigstens in Andeutungen hören muß.“ Als Hallstein ihn dann fragte, ob die Regeln es gestatten, „eine Frage an einen anderen Frager zu richten“, antwortete ihm der Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: „Herr Kollege Hallstein, die Regeln dieses Hauses gestatten Ihnen das leider nicht. Sie müssen die Kunst üben, den Redner zu fragen, um den Zwischenfrager zu fragen.“ Das Protokoll verzeichnet „Heiterkeit“.⁴⁹

Außerdem war er noch stellvertretender Vorsitzender des „Sonderausschusses zur Vorbereitung und Erarbeitung eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 48 GG“. In diesem Artikel geht es um die Stellung von Bundestagsabgeordneten: „Wer sich um einen Sitz im Bundestag bewirbt, hat Anspruch auf den zur Vorbereitung seiner Wahl erforderlichen Urlaub“⁵⁰, niemand darf gehindert werden, das Amt zu übernehmen, etwa durch Kündigung oder Entlassung, und es soll die Entschädigung geregelt werden. Außerdem haben die Bundestagsabgeordneten „das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel.“⁵¹ Er eröffnete als Vizepräsident z.B. die 123. Sitzung des Bundestages in der 6. Legislaturperiode, in der er die Entlassung von Finanzminister Möller (SPD) und die Ernennung von Dr. Schiller (SPD) zum Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen bekanntgab⁵², und fand in der 150. Sitzung⁵³ Worte der Anteilnahme für die Opfer beim

⁴⁹ Verhandlungen des Bundestages, Stenographische Berichte.

⁵⁰ Art. 48 GG.

⁵¹ Ebd.

⁵² Verhandlungen des Bundestages, Stenographische Berichte, S. 7152 B.

⁵³ A.a.O., S. 8663 B.

Einsturz der Rheinbrücke bei Koblenz. Schon in der 33. Sitzung⁵⁴ hatte er sich sehr herzlich bei den Männern des Bundesgrenzschutzes bedankt, die das Bundestagsgebäude vor dem Rheinhochwasser geschützt hatten. In der gleichen Sitzung konnte er die Präsidenten der Parlamente von Ecuador und Finnland begrüßen. Auch bei traurigen Anlässen sprach er. Am 23. Juni 1971 hielt er die Trauerrede beim Abschied von Heinrich Ritzel, dem Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung aus Hessen, der schon in der Weimarer Republik aktiver Politiker als Bürgermeister von Michelstadt im Odenwald und 25 Jahre lang Landtags-, Reichstags- und nach dem Zweiten Weltkrieg Bundestagsabgeordneter war. In dieser Rede hob Hermann Schmitt-Vockenhausen besonders dessen „lebendige Heimatverbundenheit“ und seine „elementaren politischen Werte“ dankbar hervor, die in der Gemeinde verankert seien. Der Politiker Heinrich Ritzel sei nicht vom Menschen Ritzel zu trennen. Er sei einer jener „glücklich zu schätzenden Männer gewesen, bei denen Leben und Werk zum Einklang gelangt sind.“⁵⁵ Ich ergänze: Genau dies, was Hermann Schmitt-Vockenhausen vom verstorbenen Kollegen sagte, trifft auch auf ihn selbst zu.

Es wurde schon unterstrichen, dass für HSV alle Menschen wichtig waren - Arbeitnehmer, Unternehmer, Mittelständler, Junge und Alte – und für die er sich politisch einsetzte. Anlässlich der Eröffnung des Kongresses „Senioren 74“ am 23. März 1974 in Karlsruhe hielt er eine Begrüßungsansprache zum Thema: „Die Verantwortung der Politik für unsere Senioren“⁵⁶ und stellte zu Beginn seiner Ausführungen fest, dass nach Zeiten, in denen „Menschen, die nicht mehr voll leistungsfähig waren“, „nebenhin gesetzt wurden“, es heute möglich sei, das Alter als einen sinnvollen Lebensabschnitt zu begreifen und auszufüllen⁵⁷. Das sei auch durch die Rentenreformen 1957 und 1972 ermöglicht worden. Die Zahl der Altenheime sei größer geworden, besonderer Wert sei aber auf altersgerechtes Wohnen zu legen, denn dem Streben aller Menschen nach „eigenständigem Lebensraum, nach Selbständigkeit und weitgehender Beibehaltung der eigenen Haushaltsführung“ sei besonderer Wert beizumessen. Die alten Menschen hätten vor allen drei Wünsche: „1. solange wie möglich selbständig zu sein, 2. mitten in der Gesellschaft und nicht isoliert zu leben, 3. Hilfe, Betreuung und Sicherheit für den Fall der Hinfälligkeit zu haben.“⁵⁸ Es komme deshalb darauf an, Altenwohnungen, „wenn auch gruppiert, den allgemeinen Wohngebieten zuzuordnen“, sie dürften nicht allzufern von Stadtzentren gebaut werden und

⁵⁴ Verhandlungen des Bundestages, Stenographische Berichte, S. 1600 D.

⁵⁵ FES, Box 176, S. 2 der Trauerrede HSV's.

⁵⁶ FES, Box 179.

⁵⁷ vgl. a.a.O., S. 2 des Vortrags.

⁵⁸ A.a.O., S. 4.

es müssten „im Rahmen der halboffenen Altenhilfe“ Altenberatungsstellen, Altentagesstätten, stationäre Mahlzeitdienste, Altenerholungseinrichtungen und Altenwerkstätten geschaffen werden. Es müsse auch ein entsprechendes Problembewusstsein und ein Sinn für eine gezielte Vorbereitung auf eine flexible Altersgrenze geschaffen werden und der Familienzusammenhalt erhalten bleiben. Hermann Schmitt-Vockenhausen vergisst nicht, darauf hinzuweisen, dass eine Stabilitätspolitik der Bundesregierung am besten das Lebenswerk alter Menschen sichern könne, und die Senioren zahlenmäßig eine große Gruppe seien, die auch Wahlen entscheiden könnten.⁵⁹

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen achtete auf einen ordentlichen Ablauf der Bundestagssitzungen. In der 95. Sitzung⁶⁰ ließ er einen Störer von der Besuchertribüne entfernen, sprach Ordnungsstrafen aus, z.B. an MdB Ott (CDU) wegen des Ausdrucks „Holzfäller der Nation“ und an Franz Joseph Strauß (CSU) wegen des Wortes „Lüge“, und erteilte Rügen, z.B. für Herbert Wehner (SPD) wegen des Zurufs „Schleimer“, für Dr. Dietrich Sperling (SPD) wegen einer Frage an die Bundesregierung, die Bundestagspräsidenten betreffend sowie an Herbert Wehner (SPD) und Seidel (CSU) wegen der Ausdrücke „infam“, „Heuchelei“ und „Lumperei“.⁶¹

Mehrmals wies HSV seine Kollegen auch auf die Geschäftsordnung hin. Ein besonderes Anliegen waren ihm dabei die Bestimmungen zum „freien Vortrag“. So erinnerte er in der 44. Sitzung⁶² daran, dass man beim Präsidenten anzumelden habe, wenn man „im Wortlaut vorbereitete Reden“ vortragen wolle.

Als Vizepräsident des Bundestages dachte Hermann Schmitt-Vockenhausen darüber hinaus über grundsätzlichere und deshalb auch verbesserungswürdige Abläufe der Sitzungen nach. Auf alle Fälle müsse das Parlament als das wichtigste Verfassungsorgan immer wahrgenommen werden. Es gebe zwar keinen Zweifel an der politischen Organisationsform der parlamentarischen Demokratie, dagegen stehe aber die Arbeitsweise der Volksvertretung auf dem Gebiet der Gesetzgebung immer wieder in der Kritik. Die Leere des Parlaments durch zunehmenden „Schichtwechsel der Spezialisten“ sei auffällig. Sehr viele Abgeordnete zögen die Sachverständigenarbeit im Ausschuss und die damit verbundene Zusammenarbeit mit Verbänden, Gewerkschaften und Einzelpersonlichkeiten vor.⁶³

Besonders Besuchergruppen im Bundestag kritisieren das bis heute immer wieder, doch nach meiner Meinung zu Unrecht, denn man muss abwägen, ob es für Bundestagsabgeordnete, die

⁵⁹ A.a.O., S. 8.

⁶⁰ A.a.O., S. 5223 D.

⁶¹ A.a.O., S. 5223 D.

⁶² A.a.O., S. 2267 B und S. 2269 C.

⁶³ A.a.O., S. 1.

Spezialisten in einem bestimmten Fachgebiet sind, nicht doch konstruktiver und sinnvoller ist, im Ausschuss zu arbeiten als sich im Plenum Reden zu einem Fachgebiet anzuhören, von dem sie nicht viel verstehen. Das weiß natürlich auch HSV. Deshalb suchte er gerade einen gangbaren Weg, der Entlastung der Abgeordneten für Grundsatzdebatten im vollbesetzten Plenum zum Ziel hat. Er rät deshalb, der Bundestag solle sich mehr auf die Aufgaben konzentrieren, für die er von der Bevölkerung eingesetzt wurde, nämlich

- ausführliche Diskussion und Behandlung von politischen Grundsatzentscheidungen und von
- Gesetzeswerken mit bedeutenden politischen Auswirkungen.⁶⁴

HSV kritisiert die Flut von „administrativen Einzelheiten“ und die Sprache, die nur noch von Beamten verstanden werde und nicht einmal von den wenigen von einem bestimmten Gesetz Betroffenen. Als Negativbeispiel nennt er das „Kristallglaskennzeichnungsgesetz“.

Auch seien viele Gesetze nicht mehr „auf Dauer angelegt“, was oft Novellierungen wie am Fließband zur Folge habe. Man müsse sich auf den ursprünglichen Sinn und Zweck von Gesetzen besinnen, nämlich „eine generell-abstrakte und auf Dauer angelegte Norm, der eine politische Grund- und Wertentscheidung zugrunde liegt.“⁶⁵ Das Bundestagsplenum solle von der Beschäftigung mit den vielen Gesetzen mit zu speziellen Sachregelungen befreit werden.

In seinem Aufsatz „Wider die Vormachtstellung der Regierung“ im „Rheinischen Merkur“ vom 13. April 1973 erläuterte er ebenfalls seine Vorstellungen.⁶⁶ Auch in der Geschäftsordnung sei manches verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig. Das gelte z.B. für die Festlegung der Reihenfolge der Redner im Plenum. Im Paragraph 33, Absatz 1 der Geschäftsordnung heißt es, dass der Präsident diese Reihenfolge bestimmt. „Dabei soll ihn die Sorge für sachgemäße Erledigung und zweckmäßige Gestaltung der Beratung, die Rücksicht auf die verschiedenen Parteirichtungen, auf Rede und Gegenrede und auf die Stärke der Fraktionen leiten; insbesondere soll nach der Rede eines Mitgliedes oder Beauftragten der Bundesregierung eine abweichende Meinung zu Wort kommen.“⁶⁷ Deutlich werde in diesem Geschäftsordnungstext, dass es nicht darauf ankomme, in welcher Reihenfolge sich die Redner zu Wort gemeldet hätten, nach der sie vom Präsidenten das Wort erhielten, „sondern vielmehr darauf, wie er sie nach seinem Ermessen berücksichtigt.“ Für dieses „Ermessen“ gibt es in der Geschäftsordnung Hinweise: Sachgemäße Entscheidung, zweckmäßige

⁶⁴ Am 13. Februar 1976 im SPD-Pressedienst, FES, Bestand Parteivorstand, Pressearchiv (P 16-k).

⁶⁵ A.a.O., S. 1.

⁶⁶ Vgl. FES, Box 178 A.

⁶⁷ A.a.O., HSV-Aufsatz, S. 1.

Gestaltung der Beratung, Rücksicht auf die verschiedenen Parteirichtungen, Rede und Gegenrede, Stärke der Fraktionen, Opposition unmittelbar nach einem Regierungssprecher. Hierbei könne es aber durchaus unvereinbare Kriterien geben, analysiert Hermann Schmitt-Vockenhausen, z.B. wenn die Regierung aus zwei oder mehr Fraktionen bestehe, es aber nur eine Oppositionsfraktion gebe. Berücksichtige der Präsident beim Aufruf der Sprecher außer den Regierungsmitgliedern auch die Anzahl und die Stärke der Fraktionen, gehe dies auf Kosten des Prinzips, „daß Meinung und Gegenmeinung einander abwechseln sollen“. Der Präsident müsse hier abwägen und großes politisches Einfühlungsvermögen zeigen. Aber auf alle Fälle „sollte doch als roter Faden die Auseinandersetzung Regierung (einschließlich Regierungsfraktionen) – Opposition deutlich werden.“⁶⁸ Weiter weist er darauf hin, dass die Vorschrift nach Art. 43, Abs. 2, Satz 2 Grundgesetz, Mitglieder der Bundesregierung und des Bundesrates jederzeit zu hören und ihnen allen außerhalb der vom Präsidenten festgelegten Rednerreihenfolge das Wort zu erteilen, mit den Prinzipien einer Plenardebatte nicht immer vereinbar sei. Dies entspreche außerdem nicht der verfassungsrechtlichen Lage, weil der Bundestag gegenüber der Regierung sehr autonom und die Einwirkungsmöglichkeiten der Bundesregierung auf das Parlament gering seien.

Man sieht hier: Hermann Schmitt-Vockenhausen ist der Parlamentarier, die „Säule des Parlaments“, wie ihn Herbert Wehner später beim Staatsakt nach seinem Tod nennen wird, der engagiert die starke Stellung des Bundestagsabgeordneten will. Meiner Meinung nach hat trotzdem die Regierung mit ihrer Verwaltung große Vorteile. Wenn z.B. ein Ministerialrat bei Beratungen in Ausschüssen über Gesetzesvorhaben nicht mehrere Formulierungsvorschläge den Abgeordneten präsentieren könne, dann seien sie keine guten Beamten, hört man immer wieder. Umso positiver ist Hermann Schmitt-Vockenhausens Einsatz für ein starkes Parlament zu bewerten. Er macht z.B. im Zusammenhang mit der Handhabung des Rednerrechts in seinem Aufsatz den Vorschlag, die Wortmeldung eines Regierungsmitglieds ebenso zu behandeln wie die eines Abgeordneten, das heißt, sie in den in der Geschäftsordnung für den amtierenden Präsidenten vorgesehenen Ermessensspielraum einzureihen und zu berücksichtigen. Nur wenn ein Mitglied der Regierung sein Rederecht ausdrücklich unter Berufung auf den oben angeführten Grundgesetzartikel 43 verlange, müsse ihm das Wort sofort erteilt werden. Wenn dies von der Bundesregierung aber allzu oft gefordert werde, könne dies „als mißbräuchlich ausgelegt werden“, würde dadurch deutlich sichtbar, „so daß aus diesem Grunde zu erwarten ist, daß die Mitglieder der Bundesregierung

⁶⁸ FES, Box 178 A, S. 1.

zurückhaltend davon Gebrauch machen.“⁶⁹ Die Chancen der Parlamentarier würden jedenfalls dadurch erweitert. Auch müsste es zu einem häufigeren Wechsel von Rede und Gegenrede kommen, um die Lebendigkeit der Parlamentsdebatte zu erhöhen. Im Ermessenspielraum des Präsidenten solle deshalb auch die „Gewährung oder Versagung“ von Anträgen auf Redezeitverlängerung enthalten sein. Immer sei durch die Sitzungsleitung „der Chancengleichheit der Abgeordneten gegenüber der Bundesregierung“ der Vorrang zu geben. HSV will auch neue Verfahrensregeln für Untersuchungsausschüsse schaffen, die „ein klar und eng formuliertes Beweisthema“ behandeln sollen, so dass es schwieriger ist, „auf [...] Nebenkriegsschauplätze auszuweichen“. Zugleich fordert er mehr Sitzungswochen, damit „das Parlament der zentrale Ort des politischen Geschehens bleiben“ könne. Auch den Ausschüssen müssten weitere Sitzungsmöglichkeiten eröffnet werden, indem man ihnen von vornherein acht oder zehn Termine in der für den Bundestag sitzungsfreien Zeit zur Verfügung stelle. Allerdings müssten mindestens ein Drittel der Ausschussmitglieder eine solche zusätzliche Sitzung verlangen.

Auch die aktuellen Ereignisse in der Politik schlugen sich nicht unmittelbar im Bundestag nieder. Die „Aktuelle Stunde“, meint er, habe bisher nicht in dem Maße dazu beitragen können, wie das ursprünglich gedacht war. Die aktuelle Diskussion über das politische Geschehen mit größtmöglicher Aktualität würde tatsächlich mehr auf Pressekonferenzen und im Fernsehen als im Parlament geführt. Dadurch spiele das Parlament nicht die Rolle, die ihm zukomme. Deshalb sollten häufigere Fragestunden im Bundestag ermöglicht werden. Auch könne man daran denken, die aktuellen Informationen der Bundesregierung mit dem Verfahren der Aktuellen Stunde zu verbinden, was zur größeren Flexibilität führe. Der Bundestag könne sich dann jederzeit „sozusagen aus dem Stand in einer kurzen Debatte mit den Fragen befassen [...], die die Hauptnachrichten in den Fernsehsendungen und Tageszeitungen bilden.“⁷⁰ Abschließend erklärt er, dass es mit der Verwirklichung dieser Vorschläge zur Verbesserung des Verfahrens allein natürlich nicht getan sei, wenn die Arbeit des Parlaments effektiver und aktueller werden solle. „Das Entscheidende ist, daß die Beteiligten selbst, die Regierung, die Opposition und die Koalitionsfraktionen den Wunsch und den Willen haben, den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit noch stärker ins Parlament zu verlagern. In jedem Falle sollte das Parlament aber einem solchen Wunsch und Willen nicht im Wege stehen, daß es Regeln beibehält, die ihm entgegenstehen.“⁷¹

⁶⁹ A.a.O., S. 2.

⁷⁰ A.a.O., S. 4.

⁷¹ A.a.O., S. 7.

Der Vizepräsident Schmitt-Vockenhausen weist also sehr engagiert auf das Grundsätzliche und die große Bedeutung des Parlaments als wichtigstes Verfassungsorgan hin, zugleich bietet er als Politiker bis in die feinsten Verästelungen mögliche konkrete Regelungen zu Verbesserungen an. Dies ist eines seiner Markenzeichen für sein Wirken auf allen Politikfeldern.

In den Wahlperioden kam er natürlich auch als Abgeordneter oft zu Wort, als Redner, Berichterstatter und bei Anfragen.

In der 131. Sitzung⁷², in der die Finanzreform diskutiert wurde, insbesondere die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern mit dem Ziel einer Neuregelung, gab er vor der Abstimmung für SPD und FDP eine Erklärung ab, in der 147. Sitzung⁷³ zur gleichen Thematik sprach er zur Lage der Städte und Gemeinden. Er befürwortete die von der Bundesregierung angestrebte Gemeindefinanzreform und forderte einen stärkeren Einfluss von Städten und Gemeinden auf die Gesetzgebung.

In der 7. Legislaturperiode (1972 bis 1976) setzten sich seine Aktivitäten und seine Umtriebigkeit fort. Er stellte allein 267 mündliche und schriftliche Anfragen als Abgeordneter auf einem breitgefächerten Themenfeld.

Dabei fällt auf, dass es ihm eigentlich immer um die Menschen geht. Ihre Lage sollte verbessert werden. Deshalb gibt es viele Redebeiträge HSV's zur Gesundheit, Verkehrssicherheit, Umwelt (57mal betreffend Wasserreinheit, Lärmschutz allgemein und speziell Fluglärm, Abfallwirtschaft, Tierschutz).

Die Gemeinden waren 54mal Thema, z.B. Verkehr, Straßen- und Brückenbau und die schon mehrfach angesprochene bessere Finanzausstattung.

Zum Themenbereich Außenpolitik, Europa, Dritte Welt sprach er 50mal, besonders zur Flüchtlingspolitik, zu Lateinamerika, Südostasien und Australien.

Gerade bei diesen vielen Anfragen wird immer wieder deutlich, dass HSV daran arbeitet, Verhältnisse zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, besser zu leben. Darin sieht er seine Aufgabe als Abgeordneter.

Am 16. Juli 1973 fordert er z.B. die „Einrichtung von Kleinanlagen für die aktive Erholung der Autofahrer an Rast- und Parkplätzen an Bundesautobahnen“, am 25. April 1974 die Förderung des Projekts EUROPLANE zur Ausnutzung der technischen Möglichkeiten für die „Entwicklung leiser Fluggeräte“,

⁷² A.a.O., S. 7614 B.

⁷³ A.a.O., S. 8457 A ff.

am 26. April 1974 die „Einführung einer Flughafengebühr für die Benutzung des Flughafens Ffm“⁷⁴ und in diesem Zusammenhang eine Prüfung des „Vollzugsdefizits bei Gesetzen, insbesondere bei umweltbedeutsamen Rechtsvorschriften.“

Und immer wieder werden die Gemeinden genannt und ihre Finanznöte. So fordert er auch am 20. Juni 1973 die „Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer zur Finanzierung kommunaler Folgekosten in Wachstumsgemeinden.“⁷⁵

In der 8. Legislaturperiode wies er als Vizepräsident auf die „Verlängerung der Regelung über Führung von Aussprachen im Bundestag“ und auf die Bundesversammlung am 23. Mai 1979 hin.

Als Abgeordneter sprach er am 16. Juni 1977 im Rahmen der 3. Lesung des Steueränderungsgesetzes zum Gemeindehaushalt und meldete Bedenken wegen der finanziellen Auswirkung des Gesetzes für die Gemeinden an.⁷⁶

Auch bei der 1. Lesung der Steuerentlastungsgesetze am 09. September 1977 fordert HSV wieder „die Erhöhung des Einkommensteueranteils für die Gemeinden“ und die Neuverteilung der Umsatzsteuer. Dass es ihm bei seinen Redebeiträgen sowie den mündlichen und schriftlichen Anfragen in erster Linie um die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen geht, wird immer wieder deutlich, wie schon mehrmals erwähnt. Gerade in den Jahren 1977 bis 1979 häufen sie sich. Er forderte z.B. am 24. Juni 1977 eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes „zur Unterbindung des regelmäßigen Parkens schwerer Lastkraftwagen, Anhänger und Omnibussen in Wohngebieten“, fragte nach der „Gefährdung durch sich von Flugzeugen lösenden Eisbrocken, insbesondere auf dem Flughafen Frankfurt/Main“, nach der Berufsausbildung behinderter Jugendlicher, nach Jugendarbeitslosigkeit und fordert „Maßnahmen zur Erhaltung der vom Aussterben betroffenen Vogelarten, insbesondere von Zugvögeln.“⁷⁷

Am 24. November 1977 spricht er zur Lage der Städte, Kreise und Gemeinden.

Doch auch die Vereinten Nationen sind für ihn ein Thema. Am 10. März 1978 appelliert er an verstärkte Mitwirkung der Bundesrepublik und fordert eine „Verbesserung der deutschen personellen Repräsentanz“ in der internationalen Organisation.⁷⁸

Am 16. November 1978 sprach er zum Antarktis-Vertrag. 68mal stellte er mündliche und schriftliche Anfragen, davon in seinem letzten Lebensjahr 1979 (er verstarb am 02. August) noch 41.

⁷⁴ A.a.O., S. 6538 C.

⁷⁵ A.a.O., S. 2723 D.

⁷⁶ A.a.O., S. 2451 C.

⁷⁷ Verhandlungen des Bundestages, Stenographische Berichte, Bundestagsitzungen 8/101, S. 8081 A-C.

⁷⁸ A.a.O., S. 9236 D ff.

34 Anfragen betrafen die Gemeinden, 30 die Umwelt, 15 außenpolitische Fragen, besonders auch die Goethe-Institute, und sechs die „Dritte Welt“.

Die Anfragen des Jahres 1979 waren schriftliche Anfragen, die er aus dem Krankenhaus an den Bundestag schickte. Die vorletzte Anfrage beschäftigte sich mit der „Anhebung der Jubiläumszuwendungen an Beamte“, seine letzte schriftliche Anfrage wurde nach seinem Tod am 15. August 1979 beantwortet. Thema: „Umweltgefährdung durch das nach unten offene Toilettensystem in Reisezügen.“

4. Schwerpunkte des politischen Wirkens

Als Ergebnis dieser Untersuchung konnten folgende Schwerpunkte herausgearbeitet werden:

- **Die SPD als Volkspartei**
- **Kommunalpolitik**
- **Innenpolitik**
- **Umweltpolitik**
- **Verbandspolitik**
- **Außenpolitik, „Dritte Welt“-Politik**
- **Wahlkreisarbeit**
- **Innenparteiliche Auseinandersetzungen**

4.1 Die SPD als Volkspartei

Seit der Entstehung der Partei in der Mitte des 19. Jahrhunderts hat sie sich gewandelt, geteilt, zusammengeschlossen und ihren Typus verändert. Hier ist nun zu fragen: Was ist eine Volkspartei? Es ist nicht eindeutig zu beantworten, denn es gibt verschiedene Ausformungen, und man spricht auch schon vom „Ende der Volksparteien“.

Es sind „historische Konstellationen und Konfliktlinien in der Sozialstruktur“, die zur Entstehung von Parteien führten und ihr Verhalten prägten.

„Sozialmoralische Milieus“ können ebenfalls als „Geburtsstätten und politischer Nährboden“ für das Leben der Parteien bezeichnet werden. „Ein dritter Aspekt der Parteientheorie bleibt dabei noch unberücksichtigt. Es ist die Auffassung von Parteien als Organisationen von Stimmenmaximierung auf dem Wählermarkt“.⁷⁹

Diese Sichtweise war die Grundlage für Otto Kirchheimer, seine Thesen zum „Wandel des westeuropäischen Parteiensystems“ zu entwickeln.⁸⁰

Wie die Politologen, die vom Ende der Ideologien, und die Soziologen, die vom Sieg der nivellierten Mittelstandsgesellschaft sprachen, sah Kirchheimer aufgrund wachsenden Wohlstands für breite Schichten eine Lockerung verankerter Parteibindungen und eine Entideologisierung und Entpolitisierung der Wählerschaft. Die traditionellen Klassenparteien seien deshalb nicht mehr gefragt. Wenige große Parteien böten Politik für jeden wie ein großes Warenhaus.

„Im Idealfall entstünde ein Zweiparteien-System wie in den USA ohne große weltanschauliche Differenzen. Der Typus der catch-all-party oder Allerweltpartei dominiere: Parteien würden sich selbst Volksparteien nennen.“⁸¹ Kirchheimer⁸² schreibt dem neuen Parteytyp „catch-all-party“ oder „Allerweltpartei“ oder „echte Volkspartei“ – diese Begriffe verwendete er synonym – 22 charakteristische Eigenschaften zu, die hier im einzelnen nicht genannt werden sollen, wohl aber funktionale und strukturelle Merkmale.

Eine politische Partei ist demnach dann voll zu einer „echten Volkspartei/Allerweltpartei“ entwickelt, wenn sie

⁷⁹ Mintzel/Oberreuter, Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992, S. 107.

⁸⁰ O. Kirchheimer in: Politische Vierteljahreszeitschrift 6, 1965, S. 20-41.

⁸¹ Mintzel/Oberreuter, a.a.O., S. 107.

⁸² Kirchheimer, Der Wandel des Westeuropäischen Parteiensystems, in: PVS (1965), S. 103

1. den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Status quo, mit anderen Worten die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung anerkennt und institutionell festigt;
2. Wähler aus allen Schichten und Gruppen zu gewinnen versucht und tatsächlich aus allen Schichten und Gruppen Wählerstimmen erhält;
3. sich dem demokratischen Wettbewerb zwischen mehreren Parteien unterwirft und den Grundsatz der demokratischen Mehrheitsbeteiligung anerkennt;
4. ihre Politik dem Stimmenmaximierungsprinzip unterordnet;
5. vage und allgemein formulierte Parteiprogramme aufstellt und lediglich Aktionspräferenzen ausarbeitet;
6. sich wie ein standardisierter Waren- und Massenartikel auf dem politischen Markt gemäß den politischen Marktgesetzen anbietet;
7. ständig und grundsätzlich um Kompromisse und Konsens bemüht ist;
8. Ideologie auf ein mögliches Element in einer komplexen Motivationsreihe reduziert;
9. die Wähler ausschließlich für systemkonforme Handlungspräferenzen mobilisiert;
10. gegenüber Interessenverbänden eigenständige Politik betreibt;
11. die Interessenverbände als beständiges Wähler- und Massenreservoir instrumentarisiert und nutzt;
12. Sammelfunktionen, Schlichtungsfunktionen und Schutzfunktionen gegenüber und für verschiedene, heterogene, konfligierende Interessen gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen wahrnimmt;
13. als Koordinator und Schlichtungsinstanz gegenüber und zwischen funktionalen Machträgern (Militär, Bürokratie, Industrie, Gewerkschaften usw.) fungiert;
14. Kandidaten für öffentliche Ämter nominiert, zur Wahl stellt und auch durch das personelle Angebot ihre Handlungspräferenzen unterstreicht;
15. ihren Kandidaten für öffentliche (Wahl-)Ämter in demokratischen Wahlen Legitimation verschafft und die Bindung an den demokratischen Mehrheitsentscheid anerkennt;
16. als Schaltstation zwischen Bevölkerung und Regierungsapparat fungiert.

Die „Volkspartei/Allerweltpartei“ wird von Kirchheimer als „funktional und strukturell adäquate politische Organisationsform in westlichen Industrie- und Wohlfahrtsgesellschaften“ bezeichnet. Sie ist für ihn „der Prototyp der politischen Partei in der Kompromiß- und Konsensdemokratie“, und er sieht einen Zusammenhang zwischen Größe einer Partei und der Wahrscheinlichkeit, zur Volkspartei zu werden. In seiner Hypothese 3 sagt er: „Je größer eine demokratische Massenpartei ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit ihrer volksparteilichen Entwicklung.“⁸³

Es gibt allerdings auch einschränkende Faktoren bei der Analyse der „Volksparteien/Allerweltparteien“, z.B. ihre Regionalität und Traditionalität. So betont Kirchheimer, dass in der Regel nur große Parteien erfolgreiche Volksparteien werden könnten, aber nicht kleine, streng regionale Parteien wie z.B. die Volkspartei Südtirols. Dasselbe treffe für Parteien zu, die sich zum Zwecke der Erreichung eng begrenzter inhaltlicher Ziele formiert hätten wie z.B. die Partei der Heimatvertriebenen in Deutschland nach dem Krieg (BHE).

Trotzdem: Die politische Partei wird zum Markenartikel, das politische „Marketing“ die entsprechende parteipolitische Strategie auf dem „Wählermarkt“.

Es kommt in erster Linie darauf an, Wählerstimmen zu gewinnen, die Zahl der Mitglieder in einer Partei ist nicht so wichtig, auch die Beschäftigung mit Grundsatzprogrammen nicht. Man braucht allerdings einen harten Kern von Aktivisten. Das bedeutet auch Vorrangigkeit kurzfristiger taktischer Interessen, starke Personalisierung, insbesondere Stärkung der Politiker an der Parteispitze.

Zur Geschichte und Typologie der Parteien liegen viele Untersuchungen vor, z.B. von Max Weber, Robert Michels, S. Neumann, Duverger, Lepsius, Puhle, Kirchheimer, Leibholz, Beyme, Lipset, Mair, Dahrendorf, Lösche, Walter, Wolinetz, u.a. (vgl. Literaturverzeichnis), in denen Funktionswandel und Entwicklungstendenzen aufgezeigt werden: von der „Honorationspartei“ und „Kaderpartei“ zur „Massenintegrationspartei“ in der Weimarer Republik (es gab die demokratischen SPD und das Zentrum, andererseits die nicht demokratischen Kommunisten und die faschistische NSDAP), einem zweiten Modernisierungsschub zur „catch-all-party“⁸⁴, der Entstehung des „Parteienstaates“⁸⁵ bis zu der Frage nach neuen zukünftigen Parteitypen.

Im Rahmen der Wahlforschung gibt es die Theorie der Cleavages, die von den beiden Politikwissenschaftlern Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan 1967 entwickelt wurde.

⁸³ Kirchheimer, S. 109.

⁸⁴ Kirchheimer, 1965.

⁸⁵ Leibholz, 1966.

Hierbei wird der Versuch unternommen, Wahlergebnisse in Europa anhand von langfristigen Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft zu erklären, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet haben. Es sind vier grundlegende und dauerhafte Konfliktlinien, die dann die verschiedenen Interessen- und Wertekonflikte innerhalb der einzelnen sozialen Gruppen, aus denen danach die Parteien entstanden sind, bedingen. Diese Interessenskonflikte bestehen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Kirche und Staat, zwischen Stadt und Land und zwischen Zentrum und Peripherie (Umland). Dabei wird davon ausgegangen, dass in der Bundesrepublik Deutschland der Nachkriegszeit vor allem die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Kirche und Staat eine zentrale Rolle gespielt haben. Bei Letzterem ging es hauptsächlich um Erziehungs- und Bildungsfragen. Die CDU/CSU sprach sich dabei für konfessionell gebundene Schulen aus, die anderen Parteien bevorzugten staatliche Schulen, die von der Kirche unabhängig waren. Der praktizierende Katholik und SPD-Mann Dr. Schmitt-Vockenhausen wirkte auch auf diesem Politikfeld aktiv mit und versuchte, als Mittler zu fungieren.

Der Konflikt Kapital und Arbeit hatte eine Trennungslinie zwischen Union und FDP auf der einen Seite und zunächst SPD und KPD auf der anderen Seite zur Folge. Die SPD rückte aber immer mehr von dem sozialistischen Gesellschaftsansatz ab und befürwortete schließlich im Godesberger Programm 1959 die soziale Marktwirtschaft.

Doch in den letzten Jahren haben sich durch die Auflösung der traditionellen Parteibindungen die Grenzen der Cleavages gezeigt. Für die geringer werdenden Parteibindungen sowie für die Phänomene des Nichtwählens und der Protestwahl hat diese Theorie keine ausreichenden Erklärungsansätze. Deshalb mehren sich inzwischen unter theoretischen und empirischen Aspekten Zweifel, ob dieser angeblich neue Parteitypus jemals wirklich existierte. „Jedenfalls gilt heute unter Parteiforschern als ausgemacht, daß der von Kirchheimer skizzierte Typus nicht zum europaweiten entwicklungstypologischen Muster wurde.“⁸⁶

Denn es muss gefragt werden, in welche Richtung es geht, wenn fast alle Parteien ungefähr dasselbe wollen und nur noch verschiedene Personen agieren. Die feste Zuordnung bestimmter Gruppen zu bestimmten Parteien nimmt ab. Doch es gibt noch diffuse Grundsatzmeinungen, man weiß ungefähr, wo Akzente gesetzt werden: entweder eher konservativ oder eher progressiv, entweder rechte Mitte oder linke Mitte. Aber es gibt, wie ich meine, heute Nuancen, die für Wahlentscheidungen sehr wichtig werden können. Die Tendenz zu kleinen Programmparteien ist vielleicht wieder da („Piraten“?). Denn weil sich Parteien immer ähnlicher sind, werden kleine feine Unterschiede hochgespielt oder in

⁸⁶ Alf Mintzel, Der akzeptierte Parteienstaat, S. 83.

emotionale Tendenzen umgewandelt. Katz und Mair sowie Wolinetz sprechen bei der Modifizierung der „catch-all-party“ von Kartellpartei, Neue Mitgliederpartei, Neue Programmpartei, Neue Politikpartei, Neue Rahmenpartei. Auch Walter und Lösche meinen, durch „kleine Einsprengsel“ in das Programm könne es zu einer neuen Mitgliederpartei kommen. Von Kartellparteien (Katz und Mair) spricht man, wenn es um die Bewegung von Staat und Gesellschaft aufeinander zu geht und die Parteien dabei als Scharnier- und Dienstleistungsangebot des Staates an die Gesellschaft funktionierten.

Wir stellen heute fest, dass die Wahlbeteiligung niedriger als früher ist, was für eine abnehmende Mobilisierungskraft der Parteien spricht. Als Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen als Kommunal- und Bundespolitiker sehr aktiv war, konnte zumindest er die Wähler optimal mobilisieren.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im Potsdamer Abkommen vom 02. August 1945 grünes Licht für von den Alliierten lizenzierte Parteigründungen gegeben – in Abschnitt A Politische Grundsätze, Ziffer 9 II (zitiert nach Friedel, „Von der Teilung zur Wiedervereinigung“, Wiesbaden 2006, S. 24) -, doch dieser Prozess vollzog sich in vielfältiger und unterschiedlicher Weise in den einzelnen Besatzungszonen.

Problemfragen waren:

1. Neubeginn oder Wiedergründung?
2. Einheit oder Freiheit?
3. Auf dem Weg zur Volkspartei?
4. Weichenstellungen für zukünftiges Parteiensystem?
5. Kurt Schumacher – der unbestrittene Führer der SPD in den Westzonen! Warum?

Dazu seien hier folgende Thesen formuliert:

1. Mit der „Stunde Null“ – in vielen Teilen Deutschlands vor dem 08.05. 1945 – begann bereits vor der offiziellen Lizenzierung die Reaktivierung der SPD, der „Apparat“ auf örtlicher Ebene installierte und stabilisierte sich – lange bevor die Öffentlichkeit vom Aufbau der Partei mehr als Gerüchte vernahm.
2. Die Parteien erreichten bereits unmittelbar nach Kriegsschluss Einfluss in den Verwaltungen.
3. 1945/46 bildeten sich bei der Entstehung der Parteien Unterschiede zwischen britischer und amerikanischer Zone heraus: das öffentliche Leben in der britischen Zone war „politischer“.

4. Die SPD der ersten Nachkriegsjahre zeigt ein widersprüchliches Bild: Es sind parallele Prozesse der Öffnung und Bewahrung festzustellen. Auch bei Schumacher selbst erkennt man Widersprüchlichkeiten.
5. Bei der SPD der unmittelbaren Nachkriegszeit handelt es sich trotz des angestrebten Neubeginns eher um eine Wiedergründung. Man könnte sie als eine „neu-alte“ Partei bezeichnen.
6. Es gab bis in den Sommer 1945 – besonders bei der Basis – relativ große Zustimmung – entgegen den Intentionen der „Hannoveraner“ und des Exilvorstandes – für die Option der Vereinigung beider Arbeiterparteien SPD und KPD und für anhaltende sozialdemokratische Bereitschaft in den Westzonen, örtliche „Einheitsaktionen“ mit der KPD zu vereinbaren.
7. Schumachers Konzeption ließ ein kalkuliertes Risiko der Spaltung erkennen: für eine freie Separatexistenz im Westen anstelle einer „einheitlichen“ sozialistischen Partei unter sowjetrussischem kommunistischen Diktat.
8. Es gab eine Reihe von Ansätzen und Indizien für den Weg der SPD zur Volkspartei – z.B. Schumachers Impetus⁸⁷, Programmdiskussionen, Öffnung des sozialdemokratischen Vereinswesens gegenüber der Gesellschaft, Öffnung für Heimatvertriebene und „HJ-Generation“ und steigende Mitgliederzahlen bis 1948, das Beispiel der Berliner SPD – aber er wurde nicht folgerichtig weiterbeschritten. Der eigentliche Transformationsprozess der SPD zur Volkspartei vollzog sich später (Organisationsreform von 1958, Godesberger Programm 1959, Wehner-Rede 1960).
9. In den ersten Nachkriegsjahren kann man von einer „Kanalisation“ der Parteien sprechen (Präferenz für die vier „Lizenzparteien“). Das war für die spätere Stabilität des Parteiensystems strukturbestimmend. Die Tendenz zur Parteienkonzentration war in der Besatzungszeit schon sichtbar.
10. Schumachers Persönlichkeit (intellektuelle Kraft, moralischer Wille, politische Leidenschaft),
 - seine vielen Aufsätze und Reden allüberall, die fast allein für die SPD standen,
 - seine persönlichen Verbindungen und genaue Kenntnis von den SPD-Spitzenfunktionären,

⁸⁷ Seine klaren Worte wie z.B. im April 1946: „So wie die Vorstellungen von der Auserwähltheit des deutschen Herrenvolkes verschwinden müssen, so müssen auch die Vorstellungen von der Diktatur des Proletariats verschwinden.“ Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 251.

- seine Sprecherrolle für die nationale Selbstbehauptung des deutschen Volkes, sind Gründe für seine unbestrittene Führerrolle.
- wie Bebel war auch Schumacher ein mitreißender Redner, ein „Volkstribun“, ein „Führer“, an dem glaubte, „wer zur SPD gehörte“. Aber es war für Schumacher wie für Bebel eigentlich nicht ihre Sache, „Spielräume zu nutzen, in Alternativen zu denken, mit dem Gegner zu koalieren, um sich Einfluß zu verschaffen und den anderen zurückzudrängen.“ Deshalb stellt Lösche auch fest: „Politiker [...] waren beide im Grunde nicht.“⁸⁸
- Er imponierte aber jugendlichen Gruppen des Bildungsbürgertums, z.B. auch Hermann Schmitt.
- Andererseits verfehlte er durch seine starre Haltung, eine aggressive Rhetorik, Kompromisslosigkeit „die Stimmungslage und das Gefühlsleben der ruhebedürftigen und ausgleichsorientierten Bevölkerungsmehrheit der späten vierziger und fünfziger Jahre [...] außerhalb der sozialdemokratischen Traditionsschichten.“⁸⁹ Doch trotz dieser Eigenschaften ist für Hermann Schmitt-Vockenhausen bei Schumacher anderes wichtiger, nämlich sein Weitblick und die klare Erkenntnis, was für die Entwicklung der SPD zur Volkspartei erforderlich ist.

Deshalb schreibt er zum 20. Todestage Kurt Schumachers (der Vorsitzende der SPD war am 20. August 1952 verstorben), dies sei „für uns Sozialdemokraten ein Tag der Selbstbesinnung.“ In der entscheidenden Phase des Neubeginns nach den „dunklen Jahren der Unterdrückung und eines vernichtenden Krieges“ habe er „mit seiner starken moralischen und politischen Überzeugungskraft der SPD den Weg gewiesen, den er mit Weitblick auf dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen und in klarer Erkenntnis der Erfordernisse der Zukunft als den richtigen zur Verwirklichung der geistigen und sittlichen Grundwerte der Sozialdemokratie erkannt hatte: den Weg zur großen demokratischen Volkspartei im Sinne des Godesberger Programms.“⁹⁰

Die Meilensteine für diesen Weg hätten die Männer wie Bebel, Ebert, Wels, Schumacher, Erler, Brandt, Helmut Schmidt und viele andere gesetzt: Diese markierten eine kontinuierliche

⁸⁸ Lösche/Walter, Die SPD, Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, S. 109.

⁸⁹ Lösche/Walter, a.a.O., S. 109.

⁹⁰ FES, Box 177, S. 1 des HSV-Aufsatzes.

Entwicklungslinie, „so unterschiedlich und zeitbedingt auch manche Einzelforderungen oder –maßnahmen sein mögen.“ Das Gedenken an Kurt Schumacher „sollte für jeden Sozialdemokraten eine Verpflichtung sein, den beschrittenen Weg konsequent und unbeirrt weiter zu verfolgen.“⁹¹

Auch Heinrich August Winkler bezeichnet die Politik Kurt Schumachers sogar als „dramatische Kurskorrektur“ der bis 1933 gültigen sozialdemokratischen Linie. Schumachers „Innovationsbestrebungen“ seien allerdings von „Weimarer Traditionalisten“ im Parteiapparat um Erich Ollenhauer und Fritz Heine nicht voll mitgetragen worden.⁹²

Hermann Schmitt-Vockenhausen hat bewusst in dieser Zeit der 70er Jahre, als er für die Verwirklichung des Godesberger Programms und der Entwicklung der SPD zur Volkspartei gewisse Gefahren aus dem linken Spektrum der Partei spürte, im Gedenken an Kurt Schumacher seine Partei zur Selbstbesinnung aufgerufen und die Jahre des Neubeginns unmittelbar nach Kriegsende in Erinnerung gebracht, damit die Entwicklung der SPD zu einer großen echten Volkspartei auch tatsächlich eine Erfolgsgeschichte ist und bleibt. Er zeigt sich wie so oft als engagierter Kämpfer für das Godesberger Programm und gleichermaßen, wenn das aus seiner Sicht notwendig wird, als sein selbstbewusster Verteidiger.

Ende März 1945 wurde Mannheim von amerikanischen Truppen eingenommen; schon wenige Tage später trafen sich SPD-Mitglieder im Keller des zerstörten Gebäudes der „Volksstimme“. Das war noch vor der Kapitulation Deutschlands am 08. Mai 1945. Der spätere Oberbürgermeister von Berlin (Seit Ende November 1946), Dr. Otto Ostrowski, der sich als kommunalpolitischer Referent des von Grotewohl geleiteten Zentralausschusses der SPD durch besonders kritische Wachsamkeit und Illusionslosigkeit gegenüber den Kommunisten auszeichnete, charakterisierte die Stimmungslage unter den Sozialdemokraten der sogenannten „Stunde Null“ so: „Als der Zusammenbruch kam, war alles Auflösung, Zersetzung und Verzweiflung. Wir waren so aus den Fugen geraten, daß auch unsere Beteiligung am Ordnungschaffen aus der Initiative einiger weniger entsprang. Es war nicht einmal die Neigung vorhanden, einzeln mit den Todfeinden der menschlichen Würde und Freiheit, mit jedem Naziverbrecher unordentlich, persönlich abzurechnen. Vor der ungeheuren Not der Stunde wurden wir alle, die wir standhaft geblieben waren, im Augenblick zu verantwortungsbewussten Menschen, die politische Einsicht zum ordnenden

⁹¹ A.a.O., S. 1.

⁹² Siehe Winkler, Der Weg der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1985, S. 814ff.

Zugreifen zwang.“⁹³ Paul Nevermann in Hamburg meinte, dass hundert Wolldecken in dieser Zeit wichtiger als Parteiprogramme seien, und Kurt Schumacher wandte sich in jenen Tagen in Hannover an den Wiederaufbauausschuss mit der Bitte, ihm bei der Suche nach einer Schreibkraft und einer Schreibmaschine zu helfen. Auf dem Parteitag der SPD vom 09. bis 11. Mai 1946 in Hannover wurde Dr. Kurt Schumacher dann zum 1. Vorsitzenden gewählt. Hinsichtlich des Aufbaus der SPD könnte man diese ersten Nachkriegsjahre in folgende Phasen einteilen:

- Die Phase der Klärungsprozesse 1945,
- die Phase der Konsolidierung in den Westzonen,
- die Phase zwischen Hoffnung und Enttäuschung bis 1949.

1. Die Phase der Klärungsprozesse

Sie war u.a. gekennzeichnet durch die Frage Neuanfang oder Wiedergründung. Damit wurden Themen der Öffnung und des Kurses in Richtung Volkspartei bereits sehr früh unmittelbar nach Kriegsende vor dem Hintergrund der Trennung zwischen Ost und West und einem Dualismus von selbstverantworteter Politik und Interessen der Besatzungsmacht sehr wichtig. In dieser Phase kann man drei Entwicklungsetappen unterscheiden:

- a) Gründungsprozesse zu Beginn
- b) Koordinierung dieser Prozesse ab Sommer 1945
- c) Die Konferenz von Wennigsen im Mai 1946

Zu a) und b)

Zunächst kamen auf lokaler Ebene, wie schon oben erwähnt, die Parteimitglieder in ihren Ortsvereinen zusammen. Für die Angehörigen der eigentlichen Kriegsgeneration gab es kaum freie Führungspositionen. Darüber hinaus kam es aber auch zur Gründung von „Aktionsausschüssen“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, besonders in den Großstädten Hamburg, München und Frankfurt/Main. Sie waren paritätisch zusammengesetzt. In Frankfurt/Main entsandten SPD und Kommunisten je fünf Mitglieder in diesen Ausschuss. Von der SPD gehörte dazu Willi Knothe. Dieser wurde am 01. Mai 1888 in Kassel geboren, trat am 01. März 1906 in die SPD ein und war Redakteur. Aus seinen Antworten im Fragebogen der SPD vom 30. August 1945 geht hervor, dass er in der NS-Zeit zu Zuchthaus, Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. Am 01. April 1945 wurde in Frankfurt, wo er bei der „Frankfurter Rundschau“ beschäftigt war, die SPD-Mitgliedschaft

⁹³ Frank Moraw, Die Parole der Einheit und die Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 66.

wieder erneuert, ebenfalls seine Tätigkeit als Parteisekretär.⁹⁴ Er wurde u.a. Vorsitzender des Unterbezirks und des Bezirks Hessen-Süd. KPD-Leitungen standen dem Einheitsgedanken allerdings skeptisch gegenüber, weil es nicht ins strategische Konzept der Berliner KPD-Führung passte, die erst den Aufbau der KPD vollenden, dann erst eine sozialistische Einheitspartei gründen und damit ihre Vorherrschaft gewährleisten wollte. Eine Einheitspartei zu diesem Zeitpunkt im Westen hätte dieses Ziel der KPD zugunsten der SPD gefährden können. Das Interesse der SPD ließ auch Ende August merklich nach, und die Kontakte nach Hannover, wo das „Büro Schumacher“ der Kristallisationspunkt für die West-SPD war, wurden verstärkt. Dieses Büro befand sich in der Odeonstraße in Hannover. Schumacher war bis zu seiner Wahl zum Vorsitzenden offiziell „Beauftragter der SPD für die westlichen Besatzungszonen“. Dem Büro Schumacher gehörten weiter an:

- zunächst Herbert Kriedemann und Alfred Nau,
- ab 08. Februar 1946 auch Erich Ollenhauer⁹⁵ und Fritz Heine (beide aus dem Exil in London). Der Name wurde jetzt in „Büro der Westzonen“ geändert.
- Dann kamen noch Herta Gotthilf und Egon Franke hinzu.

Diese Personen waren besoldet und bildeten den geschäftsführenden Vorstand innerhalb des Parteivorstands der SPD. Die Aufgabenverteilung war folgendermaßen geregelt: Ollenhauer war stellvertretender Vorsitzender, Alfred Nau war für Verwaltung und Finanzen zuständig, Fritz Heine für Presse und Propaganda, Herbert Kriedemanns Bereich war Sozial- und Agrarpolitik, der von Herta Gotthilf die Frauen. Als Chef der Organisation fungierte Egon Franke.

Die Entwicklung in Frankfurt/Main und Hessen sei nun in einer kurzen Chronik aufgezeigt.

- Der Frankfurter SPD gelang der Neubeginn nach dem Ende des NS-Regimes bereits im August 1945. Eine kurze Phase des gemeinsamen Agierens mit der KPD endete mit dem Beginn des Kalten Kriegs und bleibt im Grunde eine Episode. Es sind schon vereinzelte zarte Ansätze eines Wandels der SPD zur Volkspartei mit progressiver Ausrichtung zu erkennen, der in den fünfziger Jahren dann langsam und holprig begann.
- In Hessen hatten bereits im März 1945 – und damit noch in der Illegalität – einzelne Sozialdemokraten wie Ludwig Metzger in Darmstadt und Willi Knothe und Rudi Menzer in Frankfurt/Main Anstrengungen unternommen, um ehemalige Parteimitglieder zu reaktivieren und die Wiederbetätigung der SPD schrittweise zu

⁹⁴ FES, Bestand Südhessen, Aktenordner 16.

⁹⁵ Siehe Anmerkung Nr. 9, S. 186.

ermöglichen. Willi Knothe war als Parteisekretär und Vorsitzender der SPD in Frankfurt/Main, des Bezirks Hessen-Süd und 1946 auch im Land der führende Sozialdemokrat in Frankfurt/Main, der eifrig Weichen stellte, und kritisch gegenüber Ministerpräsident Christian Stock, Innenminister Georg August Zinn und auch dem jungen Parteimitglied Hermann Schmitt eingestellt war.⁹⁶

- Anfang April 1945 rief Max Hartig (SPD) zusammen mit Peter Fischer (KPD) und Alois Brisbois (Zentrum) zur Bildung von Aktionsausschüssen in Frankfurt/Main auf. In kleinen Gruppen trafen sich alte Sozialdemokraten zu Beratungen und reaktivierten damit das sozialdemokratische Netzwerk, mit ein Grund dafür, dass der SPD der Aufbau der Partei besser als den anderen Parteien in Hessen gelang.
- Schon Ende Mai 1945 machte Walter Dirks den Vorschlag, eine „sozialistische Einheitspartei aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und anderen Richtungen“ zu gründen. Er legte dazu zwölf Thesen vor. Im Kern ging es in den verschiedenen Abstufungen um Zusammenarbeit, Aktionseinheit oder gar organisatorische Vereinigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.
- Bei der ersten Bezirksversammlung am 08. August 1945 sprach Willy Knothe als Vorsitzender der „Landesparteileitung“ ein Grußwort, in dem er die politische Situation und die Chancen der SPD analysierte. Bei der offiziellen Wiedergründung der Frankfurter SPD am 12. August 1945 im Zimmerweg 12, bei der 50 bis 60 Personen anwesend waren, betonte er einerseits die Zusammenarbeit mit der KPD, andererseits bekannte er sich gleichzeitig zum „demokratischen Sozialismus“ als Ausdruck des Selbstverständnisses der SPD als Volkspartei. Dieser Begriff wurde dann auch 1959 Bestandteil des Godesberger Programms.
- Ende August und im September 1945 kann man die Lage so beschreiben: Noch getrennt marschieren und keine einheitliche Organisation wegen der Verhältnisse im Osten aufbauen, aber doch gemeinsam den „Gegner von rechts schlagen wollen“. So formulierte es Willy Knothe am 30. August 1945 in einem Rundschreiben der SPD-Landesparteileitung Hessen und Hessen-Nassau⁹⁷.
- 03. September 1945: In Frankfurt/Main wird ein Flugblatt mit dem Titel „Die Kommunisten und die Sozialdemokraten bilden die Aktionseinheit“, das bei der SPD von Willy Knothe und Rudi Menzer, bei der KPD von Walter Fisch und Oscar Müller, dem späteren Arbeitsminister der 1. Regierung Dr. Geiler des Landes Groß-Hessen, unterzeichnet wurde.

⁹⁶ Vgl. FES, Bestand Hessen-Süd, Box 946.

⁹⁷ FES, Bestand Hessen-Süd, Ordner 594.

- 18. September 1945: Die erste SPD-Versammlung für ganz Frankfurt findet im Börsensaal statt. Zur Frage der Einheit wurde gesagt: „Was uns eint, ist stärker als was uns trennt.“⁹⁸
- 03. bis 05. Dezember 1945: Die Tagung von SPD-Vertretern aus den drei Westzonen findet in Frankfurt statt. Pläne zur Verschmelzung von SPD und KPD treffen auf „schroffe Ablehnung“.
- 09. Dezember 1945: Die erste „Landesparteigeneralversammlung“ tagt in Frankfurt im Volkshaus Enkheim. Es wurde beschlossen, bei den Kommunalwahlen in Hessen 1946 mit eigener Liste anzutreten. Die SPD soll allein zur „mächtigsten sozialistischen Volkspartei werden.“⁹⁹
- 09. April 1946: Erich Gniffke vom Berliner Zentralausschuss der SPD besucht Willy Knothe in Frankfurt/Main, um nochmals unmittelbar vor dem Zusammenschluss in Berlin für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu werben. Knothe lehnt ab und verfasst noch am gleichen Tag ein vertrauliches Schreiben an alle Mitglieder des Landesvorstands mit dem unmissverständlichen Hinweis, dass ein Besuch des bevorstehenden Vereinigungsparteitags in Berlin automatisch den Ausschluss aus der SPD zur Folge habe.

Programmatisch stand die (süd-)hessische SPD seit den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren auf dem linken Parteiflügel, versöhnte sich aber bald mit den Vorzügen der sozialen Marktwirtschaft und plädierte für den Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Man kann sogar sagen, dass sie eine Art Vorbereiter war, ehe die Gesamtpartei zu einer schichtenübergreifenden Volkspartei wurde. Die Mitgliedschaft erweiterte sich nämlich über die Arbeiter- und Angestelltenschaft hinaus durch z.B. Lehrer, Studenten, höhere Angestellte und Freiberufler. Auch dadurch war die SPD in Frankfurt über Jahrzehnte dominant und stellte in der Bankenstadt mit ihren vielen Firmen aus dem tertiären Sektor die Oberbürgermeister, die zum Teil sehr populär waren – wie z.B. Walter Kolb. Frankfurt hatte das Image einer zukunftsorientierten Stadt. Viele Bürger konnten sich damit identifizieren.

Zu c) Die Konferenz von Wennigsen vom 05. bis 07. Oktober 1945

14 von 19 SPD-Bezirken hatten Schumacher autorisiert, sie vorzubereiten. Sie war der Höhepunkt dieser ersten Phase, denn hier fanden die entscheidenden Weichenstellungen statt. Kurt Schumachers Konzeption eines Neubaus der SPD und ihrer Organisation in den Westzonen ohne die Ost-SPD wurde voll bestätigt. Bereits am 06. Mai 1946 hatte er bei der

⁹⁸ FES, Bestand Hessen-Süd, Ordner 594.

⁹⁹ FES, Bestand Hessen-Süd, Ordner 594.

Ortsvereinsgründung in Hannover eine Rede gehalten, in der die Grundsätze eines Neubaus der Sozialdemokratischen Partei deutlich herausgearbeitet wurden. Sein Leitmotiv hieß:

Neuaufbau, nicht Wiederaufbau!

Er wollte die Partei öffnen und für die Angehörigen des Mittelstands wählbar machen. Er wies in seinem Vortrag darauf hin, dass der Marxismus „kein starres, zeitgelöstes Dogma“ sei, und zitierte das Wort von Lassalle: „Aussprechen, was ist.“ Es gelte für die SPD, alle Kräfte einzusetzen für ein neues Leben mit neuem Inhalt. Er betonte die positiven Impulse, die von den Kirchen ausgehen können,¹⁰⁰ gab dem Gedanken einer Einheitspartei mit den Kommunisten eine entschiedene Absage, stellte klar, dass man mit der „schematischen Abstempelung“ durch die Worte „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ den Tatsachen nicht gerecht werde, und schloss mit den Worten; „Für unsere Ziele, für die unteilbare Dreieit von Friede, Freiheit und Sozialismus erstreben wir die Zusammenarbeit mit den vorwärtsdrängenden Kräften in der ganzen Welt...“. Der Sozialismus sei nicht mehr Angelegenheit der Arbeiterklassen im alten Sinne. „Er ist das Programm für Arbeiter, Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende und geistige Berufe.“¹⁰¹ Schumacher wurde mit seiner Forderung nach Neuaufbau unterstützt z.B. vom alten SPD-Vorsitzenden aus der Weimarer Zeit Hans Vogel und vom Exilvorstand, der die SPD als „Sammelbecken, als Volksbewegung für alle diejenigen verstehen wollten, die sich für Freiheit, personale Würde und gegen Willkür einsetzten.“¹⁰² Die SPD zu einer „sozialistischen Volkspartei“ zu entwickeln, die eine „ganz andere Qualität“ als die Weimarer Sozialdemokratie haben sollte, forderte Fritz Tarnow, nach dem in Frankfurt/Main eine Straße benannt ist, schon 1942 im Exil in Stockholm, angeregt durch das Vorbild der schwedischen Sozialdemokratie. Die SPD wurde schon in den Anfängen ihres Neubaus mit dem Ost-West-Konflikt konfrontiert. Für kurze Zeit musste sie so etwas wie Deutschlandpolitik auf Parteiebene betreiben (vgl. Benz, Plum, a.a.O., S. 77).

2. Die Phase der Konsolidierung der SPD in den Westzonen

Die Forderung nach Neubau der SPD, das Verlangen nach einem Neubeginn und der Wunsch, der alten Partei ein neues Gesicht zu geben -, das zog sich wie ein roter Faden durch Schumachers Reden und Schriften. Lösche bezeichnet dies sogar als Polemisieren gegen den Wiederaufbau der „alten facharbeiterlich-milieuverengten Sozialdemokratie.“¹⁰³ Schumacher

¹⁰⁰ „Der einzelne weitblickende Sozialist wird die Unverzichtbarkeit der Religion für eine große Gemeinschaft nicht leugnen können.“ In einem Aufsatz von 1947, zitiert nach Willi Kreiterling, a.a.O., S. 20.

¹⁰¹ Protokoll SPD-Parteitag 1948, S. 82, zitiert nach Lösche/Walter, S. 135.

¹⁰² A.a.O., S. 135.

¹⁰³ A.a.O., S. 134.

wollte bei diesem Neubeginn zudem die antirepublikanischen und antidemokratischen Kräfte dort abholen, wo sie nach 1930 dem Nationalsozialismus auf den Leim gegangen waren. Es gibt allerdings bei Schumacher auch viele widersprüchliche Facetten. Einerseits forderte er immer wieder die Öffnung der Partei, andererseits stieß er umworbene Schichten durch manche harte Äußerung vor den Kopf. Genannt sei sein bekannter und kontraproduktiver Ausspruch im Bundestagswahlkampf 1949 über die Kirche: „Wir respektieren die Kirche, wir denken aber nicht daran, das deutsche Volk einer fünften Besatzungsmacht zu unterwerfen.“

Trotzdem: Das Ziel hieß nach wie vor für ihn: Neubau der SPD. Die Bedingungen dafür waren durchaus günstig. Zu den Arbeitnehmern waren viele einst selbständig arbeitende Flüchtlinge gestoßen, und auch dadurch drangen mehr konservative Mentalitäten in die Arbeiterschaft ein und verstärkten die auch dort immer schon feststellbaren kleinbürgerlichen, kirchlichen und nationalen Einstellungen.

Es kam durchaus jetzt darauf an, dass die SPD nicht nur in der Führungsriege möglichst viele Befürworter eines Volksparteikurses erhielt, sondern auch schon jetzt möglichst viele von der Basis. Und da sah es aus Sicht der Volksparteikurs-Verfechter gar nicht so gut aus. Erwin Schoettle schilderte seine pessimistischen Eindrücke zum Beispiel nach einem Besuch in der württembergischen SPD-Landtagsfraktion und teilte Kurt Schumacher mit, dass „doch eine ganze Menge altes Holz“ dahinter sei. Fritz Sängler kritisierte seine Genossen im Kreis Gifhorn, weil sie „wieder auf Arbeiterverein [...] und nicht auf politische Partei ausgingen, in verräucherten Stuben tagten und sich – im Unterschied zu den Bürgerlichen – von anderen Gesellschaftskreisen abkapselten.“ Dies berichtete er Kurt Schumacher am 17. Dezember 1945.

Mit großer Offenheit und Klarheit meinte der junge Parteifunktionär August Bangel aus Bochum am 21. Oktober 1945 in einem Brief an Karl Küster, Bochum: „Ich selbst habe zu Dr. Schumacher soviel Vertrauen, daß er der richtige Mann ist, um die Partei einen neuen Weg zu führen. Ich verkenne auch nicht, daß die SPD gegenüber den anderen Weimarer Parteien den Vorzug haben muß bezüglich der Schuld des Versagens, aber dennoch wäre es besser, die hätte einen neuen Namen und selbstverständlich eine neue Satzung und ein neues Programm.“ Denn mit dem alten Namen richteten sich die alten Leute auch nach dem alten Programm, verführen nach der alten Methode, „und dann haben wir auch die alte Politik und mehr brauchen wir nicht, um recht bald erledigt zu sein.“¹⁰⁴

¹⁰⁴ Vgl. Klotzbach, „Der Weg zur Staatspartei“, S. 65.

Kurt Schumacher kam deshalb mit seinen Forderungen bei den Menschen an, auch bei dem jungen Kriegsheimkehrer Hermann Schmitt aus Vockenhausen, der ihn in Frankfurt auf dem Römerberg gehört hatte und deshalb spontan und doch überlegt schon im März 1946 in die SPD eintrat. Denn der Kurs und die Persönlichkeit Kurt Schumachers zogen ihn an und überzeugten ihn (vgl. oben S. 14).

Im Jahr des Kriegsendes 1945 gab es also schon Anzeichen, die auf eine Entwicklung der SPD zur Volkspartei hindeuteten. Ein Indiz für eine Neuorientierung der SPD schon gleich nach dem Zweiten Weltkrieg war auch die Öffnung des sozialdemokratischen Vereinswesens gegenüber der Gesellschaft. Als bewusste Entscheidung wurde das traditionelle sozialdemokratische Netzwerk nicht mehr vollständig wiederhergestellt:

- Jetzt gab es nicht mehr den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) der SPD, sondern der überparteiliche Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wurde gegründet.
- Die meisten Arbeitersportorganisationen sind nach 1945 nicht mehr aufgebaut worden.
- Auch spezielle Arbeitergesangvereine wurden meist nicht mehr wiedergegründet, öffneten sich für Mitglieder aus anderen Schichten oder schlossen sich mit anderen Gesangvereinen zusammen. In Rod an der Weil, meinem Geburts- und Heimatort, wurde z.B. die „Sängervereinigung Rod a. d. Weil“ gegründet, die aus der ehemals bürgerlichen „Germania“ und dem ehemaligen Arbeitergesangverein „Bruderkette“ hervorging.
- Wiedergegründete traditionelle Vereine des SPD-Partei Umfeldes erlebten einen Funktionswandel. So veränderte sich der „Arbeiter-Samariter-Bund“ zu einem Dienstleister genau wie das „Rote Kreuz“ und war für alle da. Auch die „Arbeiterwohlfahrt (AWO)“ wurde ein normaler Wohlfahrtverband.¹⁰⁵

Auch die steigenden Mitgliederzahlen lassen darauf schließen, dass sich eine soziale Öffnung der SPD – zumindest in Ansätzen – vollzog.

Im September 1932 hatte die SPD, die zuvor, erstmals 1914, neunmal eine Million und etwas mehr Mitglieder erreicht hatte, 871 499 Mitglieder. Sie begann 1946 mit 711 448, also mit 160 051 Mitgliedern weniger. Doch die Mitgliederzahl erhöhte sich schon im nächsten Jahr auf 875 479, sicher in der Erwartung, die SPD sei durch die geschichtliche Entwicklung und die Verfolgung in der NS-Zeit legitimiert, die Bundestagswahlen 1949 zu gewinnen. Aus Enttäuschung, dass dies nicht gelang, auch 1953 nicht, sanken die Mitgliederzahlen wieder bis

¹⁰⁵ Hermann Schmitt trat ebenfalls schon am 23. August 1946 in die Arbeiter-Wohlfahrt ein (vgl. Anlage Nr. 7.1.8, Biographie S. 197).

auf den Tiefstand 585 479 im Jahre 1954. In den fünfziger und sechziger Jahren stiegen die Mitgliederzahlen wieder geringfügig an und bewegten sich zwischen 612 219 im Jahre 1956 und 727 890 im Jahre 1966.

Während der Großen Koalition und der sozialliberalen Koalition stiegen die Mitgliederzahlen kontinuierlich an. Am 31. Dezember 1976 war wieder die Millionengrenze überschritten, und auch 1977 gab es bei geringem Rückgang immer noch 1 006 316 SPD-Mitglieder.¹⁰⁶

Es wurden in diesen 40er Jahren ebenfalls schon lebhaftere Programmdiskussionen geführt, ein weiterer Hinweis für ein zartes Pflänzchen einer Volkspartei SPD. Ich nenne Willi Eichler mit seiner Zeitschrift „Geist und Tat“, in der Gegenpositionen zum deterministischen Marxismus aufgebaut wurden. 1948 referierte in Düsseldorf Rudolf Zorn über eine „regulierte Marktwirtschaft“, und auch in der SPD im Gebiet des späteren Landes Baden-Württemberg wurden 1946 bis 1948 gesellschaftliche Konzepte diskutiert, die später mit dem Begriff „demokratischer Sozialismus“ Eingang ins „Godesberger Programm“ gefunden haben, also auch die bekannte Formel „Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel Plan wie nötig“ (vgl. Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer, Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979). Doch andererseits knüpften die Organisationen auf der unmittelbaren unteren Ebene doch noch oft an die „Traditionskompanie“ der alten Funktionäre an und bremsen damit den Erneuerungswillen der aus dem Konzentrationslagern und dem Exil kommenden Führungskreise.

Unbestritten war Dr. Kurt Schumacher die dominierende Persönlichkeit dieser Nachkriegs-SPD in den Westzonen und ein Motor für die Entwicklung der SPD zur Volkspartei.

Bundespräsident Theodor Heuss würdigte ihn im August 1952 in einem Kondolenzschreiben an den SPD-Vorstand: „Dies aber steht sehr deutlich vor meinem Bewusstsein, daß er es vor allem gewesen ist, der den Einbruch der totalitären Ideologien abgefangen und damit die Sicherung einer demokratischen Entwicklung sachlich und seelisch gestützt hat. Das bleibt sein unverlierbares vaterländisches Verdienst.“¹⁰⁷

Von Anfang an war Hermann Schmitt-Vockenhausen aktiv dabei, begleitete, förderte und kämpfte für diesen Kurs der SPD mit dem Ziel der „Volkspartei“, zunächst auf lokaler und regionaler Ebene, dann überall.

Dieser Weg war nicht geradlinig, weil er 1945/46 noch von keineswegs vorhersehbaren und kalkulierbaren Faktoren abhängig sein konnte. Alf Mintzel weist in seinem Beitrag „Der akzeptierte Parteienstaat“, in Martin Broszat (Hrsg.) „Zäsuren nach 1945, Essays zur

¹⁰⁶ Vgl. Anlage 7.3, S. 240ff..

¹⁰⁷ Privatarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen.

Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Band 61, S. 75-95, München 1990) darauf hin: Erstens konnten historische Vorbelastungen wieder aufbrechen und Spannungen und Konflikte hervorrufen. Zweitens musste man die Auseinanderentwicklung in den westlichen und der östlichen Besatzungszone bedenken. Drittens konnte man als „Lizenzpartei“ und damit als Partei der Besatzungsmächte verstanden werden. Damit war es durchaus unklar, welchen Kurs die Parteien eventuell steuerten, falls es die Kanalisierung und Abstützung durch die Lizenzpolitik nicht mehr geben würde. Und schließlich war nicht vorauszusehen, was bei länger wählender schlechter wirtschaftlicher und sozialer Lage geschehen konnte.

3. Die Phase zwischen Hoffnung und Enttäuschung bis 1949

Es war also keineswegs sicher, dass das neue Parteiensystem zum stabilen Faktor würde, denn die historisch überkommene Grundstruktur wurde durch die Teilung Deutschlands gleich am Anfang modifiziert und umgeprägt. Gerade für die SPD traf dies wegen der Gründung der SED in der sowjetischen Besatzungszone zu. Sie befand sich in der Situation zwischen zwei „Fronten“. Einmal setzte sie sich vor allem gegenüber der sowjetisch-kommunistischen Seite im Osten ab, zum anderen mußte die Konkurrenz zur inzwischen interkonfessionell-christlichen und antisozialistischen Seite möglichst erfolgreich bestanden werden – und zwar dadurch, daß sie sich – so wie die Unionsparteien schon vorher – zur Volkspartei entwickelte. Die Situation unmittelbar nach 1945 war jedenfalls sehr komplex. Doch die Rahmenbedingungen verhalfen durch Marshall-Plan und auch Korea-Krieg zu einer positiven Entwicklung. Zum einen war das „Wirtschaftswunder“ „für Zeitgenossen wie für spätere Beobachter das dominante Merkmal der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik in den fünfziger Jahren“¹⁰⁸

Zum anderen entwickelte sich, quasi als weiteres „Wunder“ ein stabiles Parteiensystem. „Dabei wurden die Unionsparteien CDU und CSU relativ schnell zum Prototyp einer Volkspartei.“¹⁰⁹

Hermann Schmitt-Vockenhausen setzte sich von Beginn seines politischen Engagements immer für die Entwicklung der SPD zur Volkspartei ein. Was heißt für ihn „Volkspartei“? Ist es die große Volkspartei im Sinne Kurt Schumachers als „die Partei des arbeitenden Volkes“, die bewusst die Interessen der überwiegenden Mehrheit des Volkes vertritt, oder versteht er sie als „catch-all-party“ oder „Allerweltpartei“ im Sinne Otto Kirchheimers? Wenn man sein politisches Wirken betrachtet, ergibt sich, dass er beides meint. Ihm ging es nämlich nicht so

¹⁰⁸ Recker, a.a.O., S. 31.

¹⁰⁹ Recker, a.a.o., S. 27.

sehr um politische Theorien, sondern um praktische Politik, die etwas für die Verbesserung der Lebensumstände der Menschen bewirkt. Eine Hauptbasis im Wahlkreis waren für ihn auch die Opelarbeiter in Rüsselsheim, und es war ihm Anliegen und Verpflichtung, im sozialen Bereich und für die Arbeitnehmer etwas zu verbessern. Aber gleichzeitig sprach er auch die Mittelschichten und alle Menschen an und setzte sich unabhängig von ihrer sozialen Stellung für sie ein im Sinne einer catch-all-party. Auch die Wahlergebnisse in seinem Wahlkreis zeigen dies: Immer hat er ihn direkt gewonnen, immer erhielt er mehr Stimmen als seine Partei, bei der Bundestagswahl 1972 z.B. 56,7%. Wenn man das Wirken von Hermann Schmitt-Vockenhausen und einige typologische Merkmale einer catch-all-party miteinander vergleicht, wird seine Position deutlich.

- Kirchheimer spricht von einem radikalen Beiseiteschieben der ideologischen Komponenten einer Partei. In dieser Ausschließlichkeit kann man das von HSV nicht sagen. Da es ihm auch besonders um Arbeitnehmer und Mittelschichten ging, übrigens auch aus christlicher Überzeugung, war es zwar nicht Ideologie, die ihn antrieb, sondern sein festes Fundament und Wertegerüst.
- Kirchheimer nennt die Stärkung der Politiker an der Parteispitze als typisch für eine catch-all-party. HSV arbeitete immer den Führungspersonen der SPD in Bonn zu und stärkte sie dadurch. Willy Brandt lobte seine „geräuschlose und effektive Mitarbeit“. Besonders auch mit Erler, Wehner und Helmut Schmidt stand er ständig in Verbindung und stärkte sie in seinen zahlreichen Presseveröffentlichungen, Artikeln und Interviews in der Öffentlichkeit und parteiintern gegen die Linken.
- Ein weiteres Merkmal der catch-all-party ist nach Kirchheimer die Abkehr von der „classe gardée“, einer Wählerschaft auf Klassen- oder Konfessionsbasis, stattdessen Wahlpropaganda mit dem Ziel, die ganze Bevölkerung zu erfassen. Dabei war HSV ebenfalls ganz in seinem Element. Er tat dies zum einen inhaltlich durch seine alle Menschen ansprechenden Gesetzesvorschläge und Diskussionsbeiträge; zum anderen durch seine Präsenz in den politischen Gremien und bei unzähligen Veranstaltungen in Vereinen und Verbänden. Immer setzte er dabei politischen Pragmatismus gegen politische Theorie.
- Kirchheimer sieht auch im Streben nach Verbindungen zu den verschiedensten Interessenverbänden ein Kennzeichen der „catch-all-party“. Auch HSV setzte dies um. Seine vielen, meist führenden Positionen in Partei, parlamentarischen Gremien, Verbänden und Vereinen belegen dies.

- Eine der typologischen Beschreibungen Kirchheimers für eine catch-all-party trifft für HSV aber überhaupt nicht zu, nämlich die Entwertung der Rolle der einzelnen Parteimitglieder, die als „historisches Überbleibsel“ angesehen werden. Er wusste im Gegenteil von der Bedeutung der Parteimitglieder an der Basis. Gerade die Genossen in den einzelnen Ortsvereinen waren nämlich seine Hausmacht, auch gegen viele Parteifunktionäre und andere innerparteilichen Gegenspieler, besonders aus Südhessen. Hermann Schmitt-Vockenhausen suchte immer eine enge Verbindung zu den einzelnen Parteimitgliedern. Auf sie konnte er sich verlassen, zumal viele SPD-Mitglieder, gerade auch Angestellte und Facharbeiter, „in und mit einem Mittelstandsgefühl“ lebten, wie später die SPD-Politikerin Ute Vogt aus Baden-Württemberg sagen sollte.

Die Entwicklung zur Volkspartei verlief bei der SPD langsamer und war schwieriger als bei den Unionsparteien. In verschiedenen Phasen von frühzeitigen Überlegungen 1945/46, als auch Neues auf der Grundlage des Alten entstand (wie man sagen könnte), bis zum vorläufigen Höhepunkt im Jahr 1959, als das Godesberger Programm verabschiedet wurde (siehe unten S. 65ff.), über das Professor Dr. Nell-Breuning von der katholischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main später sagte, „der gesellschaftspolitische Teil des Godesberger Programms ist nicht mehr und nicht weniger als ein kurzgefaßtes Repetitorium der katholischen Soziallehre“¹¹⁰, kämpfte sich die SPD in Schüben in Richtung Volkspartei voran. Nach verschiedenen Klärungsprozessen in der SPD ab 1945 erwartete diese und auch andere, dass sie bei den ersten Bundestagswahlen 1949 in Bonn stärkste Fraktion würde.

¹¹⁰ Nell-Breuning, „Wie sozial ist die Kirche? Soziallehre“, Düsseldorf 1972, S. 99f.

4.1.1 Öffnung als Programm

Die Tore der SPD müssten weit nach rechts geöffnet werden, wenn sie zur großen Volkspartei werden solle, forderte der junge Bundestagsabgeordnete Hermann Schmitt 1953 in einem Referat auf der Unterbezirkskonferenz der SPD in Dieburg. Und zum Abschluss rief er: „Wir müssen heraus aus dem Turm!“

Er meinte den 30%-Turm, denn bei Wahlen müsse die SPD viel bessere Ergebnisse erzielen. Dies gelänge nur durch Öffnung zu neuen Wählerschichten.

Er verwendete dabei das Bild vom 30%-Turm, das früher im Kaiserreich und der Weimarer Republik im Zusammenhang mit dem Zentrum gebraucht wurde, der Partei, die ein Stabilitätsfaktor war und zusammen mit der SPD und den Linksliberalen (DDP) die Weimarer Koalition bildete. Für den katholischen Sozialdemokraten aus mittelständischen Verhältnissen war es deshalb naheliegend, diese Formulierung zu wählen. Diese Formel wurde auch immer stärker zur Leitlinie und zur Motivation seines politischen Handelns. Sie war auch die Grundlage für die innerparteilichen Diskussionen und Auseinandersetzungen auf dem Weg der SPD zur Volkspartei.

„Der Begriff der Volkspartei ist in der Sozialdemokratie durchaus kein fremder.“¹¹¹

Karl Kautsky benutzte ihn bereits in seinem Kommentar zum Erfurter Programm 1891. Schon vor 1914 wurde die SPD nicht nur von Proletariern gewählt, sondern regional auch vom kleinen gewerblichen Mittelstand und von Angestellten und Dienstleistern, die meist Aufsteiger aus der Arbeiterklasse waren und einen neuen Mittelstand bildeten.

In den ersten Jahren der Weimarer Republik gewann die SPD aus diesen Kreisen Stimmen, die aber wieder verloren gingen. Denn bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 erhielt sie, nunmehr wieder vereint mit der Rest-USPD, nur 20,5% der Stimmen, während die KPD, durch USPD erweitert, von zwei auf 12,6% zulegte. Doch als vorher am 23. September 1921 die SPD auf ihrem Parteitag in Görlitz ihr neues Programm bei nur fünf Gegenstimmen beschloss, definiert sie sich als Partei „aller körperlich und geistig Schaffenden“.

Das klingt schon etwas nach Abschied vom klassenkämpferischen Marxismus, aber es bedeutet noch nicht einen Bruch mit dem Erfurter Programm.

Denn auch nach Görlitz betont eine mehr reformierte SPD die Kontinuität mit der Arbeiterbewegung vor 1914. Klassenkampf bleibt weiter ein Leitmotiv, doch das Bekenntnis

¹¹¹ Helga Grebing in: „Vorwärts“ 09/2011, S. 32.

zur demokratischen Republik „als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform“¹¹² rückt in den Fokus.

Das Görlitzer Programm ist Ausdruck der Gegnerschaft sowohl gegen die rechten Antidemokraten als auch gegen die bolschewistische Diktatur. Die SPD verabschiedete sich auch von der Vorstellung eines „notwendigen“ Verlaufs der geschichtlichen Entwicklung zum Sozialismus. Sozialismus wird nicht mehr mit „Verstaatlichung“ gleichgesetzt, jetzt wird von „Gemeinwirtschaft“ als Erweiterung der bisherigen Vorstellungen gesprochen. Doch trotz dieser Ansätze bleibt die SPD eine Arbeiterpartei; für eine moderne Volkspartei ist die Zeit noch nicht reif.

Nach Machtergreifung durch Adolf Hitler, totalitärer Herrschaft der Nationalsozialisten, Ende des Zweiten Weltkriegs, beginnendem Wiederaufbau in Deutschland und Wieder- und Neugründungen von Parteien musste sich auch die SPD über ihren Weg zur großen Volkspartei klar werden. Dieser Weg war zielgerichtet, aber lang, steinig und kräftezehrend. Es gab Erfolge und Rückschläge.

Hermann Schmitt-Vockenhausen ging diesen Weg stetig und unbeirrt.

Die Entwicklung der SPD zur Volkspartei war Ziel und Aufgabe. Es war der rote Faden, der auf allen Politikfeldern, auf denen HSV tätig war, sichtbar wird. Doch er musste sein ganzes Politikerleben daran sehr hart arbeiten.

Das Jahr 1945 war eine Zäsur. Insofern hieß das Leitmotiv Kurt Schumachers und seiner engsten Mitarbeiter auch: „Nicht Wiederaufbau, sondern Neubau“¹¹³ Schumacher „verwies die Partei (in einer Rede am 19.5.46 in Bremen) auf ‚die neue Zeit‘, auf ‚heute‘, die ‚Zukunft‘ [...] fernab von der ‚Anschauung Weimars und des Dritten Reiches‘.“¹¹⁴ Man hätte sich bei der SPD deshalb theoretisch schon sofort in Richtung Volkspartei bewegen können, doch die Praxis sah ganz anders aus. Nur die neugegründete Partei CDU (in Bayern CSU) wurde zu einem neuen Typ Partei, der Menschen aus unterschiedlichen Milieus (katholisch, evangelisch, konservativ, liberal, sozial) zusammenführte. Die SPD hatte zwar auch versucht – wie oben beschrieben -, ihre Struktur zu verändern, „doch der Sozialdemokratie gelang auch nach 1945 der Schritt zu einer schichtenübergreifenden Volkspartei zunächst nicht.“¹¹⁵ Sie blieb noch eine klassenorientierte Arbeiterpartei. „Von Programm, Mitgliederstruktur und Wählerschaft blieb sie bis Ende der fünfziger Jahre die Partei der klassenbewussten, milieugeprägten Arbeiterschaft.“¹¹⁶

¹¹² Helga Grebing, „Vorwärts“, a.a.O., S. 32.

¹¹³ Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, Bonn 1996, S. 54.

¹¹⁴ A.a.O., S. 28.

¹¹⁵ Marie-Luise Recker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002, S. 27.

¹¹⁶ Recker, A.a.O., S. 27.

Die große Erwartungshaltung nach 1945 in der Bevölkerung, dass die SPD Regierungsverantwortung in Bonn übernehmen sollte, erfüllte sich bei den Bundestagswahlen am 14. August 1949 allerdings nicht. Die SPD verlor knapp.

„Die ganze Strategie des Parteivorstands [...] [hat] sich als falsch erwiesen [...], von den Plakaten, die weithin die schlechtesten gewesen waren, angefangen.“¹¹⁷ Um die Flüchtlinge und um die Jugend habe man sich zu wenig gekümmert. „Gewisse Reden“ des Genossen Schumacher – z.B. bei der Eröffnung des Wahlkampfes am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen – hätten der Partei sehr geschadet. Dort hatte Schumacher die katholische Kirche als „fünfte Besatzungsmacht“ bezeichnet. „Was hat es uns nicht alles an Stimmen gekostet, daß wir den Leuten nicht gesagt haben, was wir uns konkret unter Sozialisierung der Schlüsselindustrie vorstellen und was Planwirtschaft in unseren Augen nicht sein soll.“¹¹⁸

Der da so ungewohnt aufgebracht auf die Wahlergebnisse vom 14. August 1949 reagierte, war Carlo Schmid in der Landesvorstandssitzung der SPD in Württemberg-Hohenzollern am 22. August 1949 und zwei Tage später in einem Brief an Gustav Radbruch.

Dies zeigt zunächst, wie groß die Enttäuschung über die knappe Wahlniederlage war, es wurden aber auch schon Ansätze für einen sozialdemokratischen Reformkurs (siehe oben) deutlich: Das Thema Relativierung der Sozialisierungsforderung war auf dem Tisch – und der starke Hinweis, möglichst keine potentiellen Wähler zu verprellen, z.B. die katholischen im Rheinland.

„Am Ende waren es gerade die inhaltlichen Aussagen, die maßgeblich zur Niederlage der SPD beitrugen, obwohl die meisten Beobachter im Vorfeld der Wahl den Sozialdemokraten die besten Chancen eingeräumt hatten. Vor allem die Doppelspitze gegen die Kirchen und die Soziale Marktwirtschaft kostete viele Stimmen – und wahrscheinlich den Sieg.“¹¹⁹

Verstärkt wurde die Diskussion um eine Reform der SPD dann nach der Bundestagswahl 1953, bei der HSW erstmals in den Bundestag gewählt und die für die SPD wiederum verloren wurde.

Auch jetzt war es u.a. wieder Carlo Schmid, der in der Sendereihe „Politik aus erster Hand“ des Bayerischen Rundfunks am 28. Oktober 1953 forderte, was er vorher schon in der Parteivorstandssitzung gesagt hatte: „Wir müssen den hemmenden Ballast abwerfen.“

Unterstützt wurde er in der Vorstandssitzung dabei z.B. von Ernst Reuter („Änderung von Sprache, Methode und Propaganda“), Fritz Baade („antisozialistische Sehnsucht der Massen“) und Wilhelm Kaisen („weniger Kassandrarufer“).

¹¹⁷ Petra Weber, Carlo Schmid, a.a.O., S. 400.

¹¹⁸ A.a.O., S. 400.

¹¹⁹ Manfred Görtemaker, Geschichte der BRD, S. 79f.

Im Grunde äußerte Carlo Schmid nur das, was er seit 1945 immer wieder betont hatte: die SPD müsse zu einer Volkspartei werden, die die Interessen der Arbeiter, Angestellten, Mittelständler und Beamten vertrete. Deutlich strich er heraus, dass die SPD keine Weltanschauungspartei mehr sei, sondern eine „soziale Reformpartei“. Schon dutzendmal habe er gesagt, dass die SPD nicht eigentumsfeindlich sei und dass sie positiv zu den Kirchen stehe. Auch Fritz Erler hatte schon am 17./18. Oktober 1953 in der „Stuttgarter Zeitung“ ebenso deutlich u.a. auf die „neue gesellschaftliche Situation“ hingewiesen und auf die Notwendigkeit, dass die SPD nicht unnötig Menschen abschrecke, dass sich deshalb auch ihr Sprachschatz und ihre Symbolik eindeutig vom kommunistischen Totalitarismus abheben und dass durch dies alles der Weg zu neuen Wählerschichten geebnet werden müsse. Wenn man aber auf der anderen Seite liest, was z.B. das SPD-Mitglied Robert Butenschön aus Bad Segeberg am 27. Dezember 1953 an den Unterbezirk Neumünster schrieb („Durch die geistige Neustellung der Partei ist mir sowieso der Schwung genommen. Daß wir keine Weltanschauungspartei sein wollen, entzieht mir den Boden unter den Füßen.“) oder an Wolfgang Abendroth, den Vertreter des Klassenantagonismus, denkt, der vehement gegen den Reformkurs kämpfte, bis er schließlich aus der Partei ausgeschlossen wurde, dann wird deutlich, dass in der SPD-Parteigeschichte ab 1945, besonders aber ab 1953, ein Abschnitt eröffnet wurde, der geprägt war von heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Weg der SPD zur Volkspartei.

Dieser Weg war schwer, wobei aber die Reformer zielgerichtet und mehrheitsbildend ihr Ziel konsequent verfolgten und schließlich erreichten.

„Öffnung“ und „Spagat“ könnte man als symptomatische Begriffe für Zielsetzung und Dilemma der SPD in dieser Zeit nennen. Horst Ehmke formulierte in „Politik der praktischen Vernunft“ deshalb auch: „Als große Reformpartei muß die SPD eine progressive Volkspartei und zugleich auch die Partei der Arbeitnehmer sein.“¹²⁰

Es bestand

- erstens ein starker Anpassungsdruck aufgrund der soziologischen Gegebenheiten (neue Mittelschichten, nivellierende Mittelstandsgesellschaft),
- zweitens ein starker Leistungsdruck (zwei, dann sogar drei verlorene Bundestagswahlen; jetzt musste etwas geschehen!)
- drittens eine Theorie-Praxis-Spannung, die sich durch die Geschichte der SPD von Anfang an zieht.

¹²⁰ A.a.O.

Als Etappen der SPD auf dem Weg zur Volkspartei nach 1945 kristallisieren sich heraus:

1. Vorstufen: Ansätze
2. 50er Jahre: Hartes Ringen um Neuorientierung in einer Zeit der Stagnation für die SPD
 - 2.1: Vorpreschen der Reformer nach der Bundestagswahl 1953 und kontrolliertes Zurückdrängen durch den Parteivorstand
 - 2.2: Neuer Auftrieb
 - 2.3: Vorstufen zum Godesberger Programm
 - 2.4: Godesberger Programm
3. Vom Godesberger Programm bis zur Großen Koalition: Politik der Gemeinsamkeiten
4. Entwicklung zur „Staatspartei“ ab 1966/69

Auf den Parteitag in dieser Zeit wurden Beschlüsse gefasst, die als Wegweiser zum Ziel „Volkspartei“ interpretiert werden können.

24.-28. September 1952 Dortmund: Anfänge einer pragmatischen Politik.

Volkswirtschaftliche Planung und Wettbewerb als Kombination.

20. bis 24. Juli 1954 Berlin: Präambel zum Aktionsprogramm als weiterer Schritt in Richtung Volkspartei.

10. bis 14. Juli 1956 München: Tagesordnung lautete: An der Wende der deutschen Politik? Die Politik des Parteivorstands und der Bundestagsfraktion für eine Neuorientierung bestätigt.

18. bis 23. Mai 1958 Stuttgart: Durchbruch für Reformer. Prestige- und Einflusschwund für Ollenhauer und seine Traditionskompanie durch Organisationsreform.

13. bis 15. November 1959 Bad Godesberg: Sonderparteitag. Verabschiedung des Godesberger Programms bei nur 16 Gegenstimmen.

21. bis 25. November 1960 Hannover: Willy Brandt zum ersten Mal Kanzlerkandidat. Er fordert Entspannung statt Wettrüsten.

26. bis 30. Mai 1962 Köln: Flexibles Instrumentarium zur öffentlichen Kontrolle wirtschaftlicher Macht.
23. bis 27. November 1964 Karlsruhe: Gemeinsamkeitspolitik.
01. bis 05. Juni 1966 Dortmund: Einstimmige Wiederwahl Willy Brandts zum Vorsitzenden.
17. bis 21. März 1968 Nürnberg: Linksruck. Wie weit ist Öffnung nach links möglich, ohne die Öffnung nach rechts zu gefährden? Ein Drittel der Delegierten lehnt nachträglich Billigung der Großen Koalition ab.

Diese Entwicklung soll nun kurz dargestellt werden.

„Von der Klassenpartei zur Volkspartei.“

So lautete die Überschrift der 15 Thesen zur Erneuerung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die von einer Gruppe Mitgliedern der SPD und des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) aus Berlin 1953 vorgelegt wurde.

Hingewiesen wird darin auf eine „völlige soziale Umschichtung in unserem Volk.“

Arbeiter seien zum großen Teil verbürgerlicht, andere seien aber auch bis oder unter die Grenze des Existenzminimums abgesunken. Doch auch sie wollten sich meistens nicht als Proletarier ansprechen lassen. Deshalb müsse die SPD ihren Charakter als Klassenpartei aufgeben und Partei des Volkes werden. Bedeutenden Persönlichkeiten, die „beim Volk Kredit haben“, sollte mehr Verantwortung übertragen werden. Als Beweis wird auf die guten Wahlergebnisse in Ländern und Gemeinden mit solchen Persönlichkeiten hingewiesen. Bei den Bundestagswahlen würden dort aber trotzdem die Kandidaten anderer Parteien gewählt. Dies müsste sich unbedingt ändern.

Auch Ortsverein und Unterbezirkskonferenz Hof forderten am 20. September 1953 sehr scharf, eindringlich und anschaulich personelle Maßnahmen. „Am wichtigsten aber dünkt uns doch, daß Erich Ollenauer ‚endlich Köpfe‘ an die Seite gegeben werden, an denen wir doch keinen

Mangel haben, deren man sich jedoch aus Gründen, die im ‚Byzantismus‘ der Friedrich-Ebert-Allee zu liegen scheinen, nicht bedient. Wir meinen vor allem Ernst Reuter.“¹²¹ Ollenhauer und der Parteivorstand versuchten nämlich, die Reformdiskussion einzudämmen. So betonte z.B. Ollenhauer bei der 90-Jahr-Feier der SPD in Wuppertal die Aktualität von Karl Marx, den Symbolcharakter der roten Fahne und das Genossen-Du. „Ohne das wäre die SPD eine Partei ohne Herz und Blut.“¹²² Diese relativ scharfe Formulierung Ollenhauers lässt sich auch verstehen, denn er sieht in den Bestrebungen zur Öffnung eine Bedrohung „derjenigen Partei, die ihm wie vielen anderen seit Jahrzehnten nicht nur politisches Aktionsfeld, sondern allumfassende menschliche Heimat war.“¹²³ Viele in der Bevölkerung, die geneigt waren zu glauben, die SPD meine es ernst mit ihrer Öffnung für neue Schichten und ihrem Weg zur Volkspartei, wurden durch solche Worte verunsichert und fragten sich, ob das alles doch nur eine „taktisch-modische Verbrämung unverrückbarer gesellschaftspolitischer Fundamente und Ziele“ sei. Führende SPD-Leute wie Willi Eichler oder Peter Blachstein, der die SPD als ökonomische und politische Vertretung der Arbeiterklasse definierte, äußerten sich im Gegensatz etwa zu Fritz Erler und Pastor Heinrich Alberts dahingehend, dass auch die unteren und mittleren Beamtenschichten sowie Selbständige ausgebeutet würden. Sie folgerten, dass es müßig sei, darüber zu streiten, „ob wir eine Arbeiter- oder eine Volkspartei sein sollen, wir müssen uns bemühen, eine Arbeiter- und Volkspartei zu werden. Hier gibt es kein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch.“¹²⁴ Die verstärkten reformistischen Bemühungen waren in wenigen Monaten zum Stillstand gebracht worden. Ollenhauer und sein Apparat hatten wieder die Kontrolle.¹²⁵ Dabei hatte Kurt Schumacher 1945 mit Vehemenz und Temperament einen Neubeginn für die SPD gefordert. „Er polemisierte gegen den Wiederaufbau der alten facharbeiterlich-milieuverengten Sozialdemokratie“¹²⁶, wie schon oben erwähnt. Und es schien sich in den ersten Nachkriegsjahren auch eine Öffnung der SPD zu einer linken Volkspartei anzubahnen. Flüchtlinge tendierten z.B. wegen ihrer sozialen Situation zur SPD, und auch für die ehemalige HJ-Generation war das Verständnis für ihren fehlgeleiteten Idealismus und Schumachers demokratischer Patriotismus Grund, die SPD anziehend zu finden.¹²⁷ Doch nach 1945 ist die SPD auch wiedergegründet worden. Mehr als zwei Drittel der Mitglieder waren in der Weimarer Republik in der SPD sozialisiert worden, und sie

¹²¹ PVA, Akte „Parteidiskussion 1953/54 III“, Dokument Nr. 7. Siehe auch Anmerkung Nr. 4.

¹²² Karl Klotzbach, S. 296.

¹²³ Klotzbach, a.a.O., S. 296.

¹²⁴ Klotzbach, a.a.O., S. 297.

¹²⁵ Klotzbach, a.a.O., S. 298.

¹²⁶ Peter Lösche/Franz Walther, Die SPD, Darmstadt 1992, S. 134.

¹²⁷ A.a.O., S. 135f.

übernahmen jetzt auch vor Ort weitgehend die SPD-Funktionen, so dass man durchaus von der „Traditionskompanie“ sprechen konnte. In Berlin verlief die Entwicklung bald anders, weil dort in Zeiten des Kalten Krieges die SPD zum Symbol des Freiheitskampfes wurde. „Hier zeichneten sich schon in den ersten Nachkriegsjahren die Konturen jenes Weges zur Volkspartei ab, den die Bundespartei erst ein Jahrzehnt später beschritten hat.“¹²⁸

In Berlin konnte die SPD sich am erfolgreichsten und geschicktesten mit den Kommunisten auseinandersetzen und auch dadurch über ihr traditionelles Milieu hinaus in anderen Schichten Mitglieder gewinnen. So überrascht es nicht, dass in den fünfziger Jahren, die für die Sozialdemokraten insgesamt nicht so erfolgreich waren (sie blieben bei Wahlen im 30%-Turm eingesperrt), aus Berlin entscheidende Anstöße für die Entwicklung der SPD zur Volkspartei kamen. Es seien hier Ernst Reuter, Willy Brandt und Klaus Schütz genannt, die zusammen mit anderen Reformgruppen aus Bundestagsfraktion (Fritz Erler, Herbert Wehner, Carlo Schmid), Ländern und Kommunen (Heinz Kühn (NRW), Waldemar von Knoeringen (Bayern), Georg August Zinn (Hessen), Max Brauer (Hamburg), Wilhelm Kaisen (Bremen)) die Öffnung der SPD vorantreiben wollten. Sie schätzten den westdeutschen Wähler in der Zeit des „Wirtschaftswunders“ und der vollzogenen Westintegration der Bundesrepublik nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und dem Ungarnaufstand 1956 und sein Sicherheitsbedürfnis richtiger ein als die langsam und schwerfällig reagierende Parteiführung mit Partei- und Fraktionsvorsitzendem Erich Ollenhauer.

Auch wurde Franz Neumann, Berliner SPD-Vorsitzender und „Symbol der erstarrenden Funktionärspartei“ nicht mehr in den Fraktionsvorstand und nicht mehr zum Vorsitzenden der Berliner SPD gewählt.¹²⁹

Als Ergebnis dieser Phase bleibt festzuhalten: Eine grundlegende Kursänderung kam noch nicht zustande. Das Beharrungsvermögen des Parteivorstandes hatte sich zunächst noch durchgesetzt.

Und doch war, wie ich meine, die Option für eine Öffnung der Partei gewahrt, die Zeichen waren deutlich, wie schon ausgeführt. Es wurden von Vorstand nämlich zwei Kommissionen eingesetzt, die weiter an der Problematik arbeiten sollten. Die eine, unter Vorsitz von Willi Eichler, befasste sich offen mit den theoretischen und politischen Fragen. Ihr gehörten auch Karl Schiller, Ulrich Lohmar, Fritz Erler, Erich Ollenhauer, Wilhelm Mellies, der das christlich-evangelische Element repräsentierte, Fritz Heine und Erwin Schoettle an.

¹²⁸ A.a.o., S. 138.

¹²⁹ A.a.O., S. 185.

Die andere Kommission sollte die Parteiorganisation unter die Lupe nehmen und machte u.a. Vorschläge zur Aktivierung der Jugend- und Betriebsgruppenarbeit.

Der Parteivorstand beschloss dies in einer Sitzung vom 10. Dezember 1953, um die Diskussion über die Ziele und die Organisation der Sozialdemokratischen Partei systematisch zu erörtern. Die eine Kommission sollte alle Fragen behandeln, die die Organisation der Partei betrafen, die andere Kommission alle übrigen Gegenstände der Diskussion.

Die Organisationskommission bestand aus folgenden Mitgliedern: Buchstaller, Denker, Eichler, Gleissner, Heine, Jaksch, Kappius, Koenen, Kukil, Meitmann, Mellies, Nau, Ohlig, Schönfelder, Seidel, Vittinghoff.

Zur anderen Kommission gehörten die SPD-Mitglieder Albertz, Buchstaller, Eichler, Erler, Gleissberg, Gneuss, Gotthelf, Hansen, Heine, Holthoff, Hofmann, Junker, von Knoeringen, Kühn, Kukil, Lohmar, Mattik, Mellius, Ollenhauer, Rosenberg, Sänger, Schiller, Schmid, Schöttle, Stammer, Suhr, Wehner, Westphal.

Der Kommission lagen als Materialien zugrunde:

- 29 Protokolle von Diskussionen innerhalb der Parteiorganisation (Ortsverein, Bezirksvorstände usw.),
- 24 Einzelarbeiten oder Gruppenarbeiten nichtorganisatorischer Art,
- 44 Artikel aus der parteinahen Presse
- 21 Artikel aus der gegnerischen Presse, also
- 118 Dokumente insgesamt.

Die beiden Kommissionen tagten getrennt je einmal während eines ganzen Wochenendes, darüber hinaus noch rund zwei weitere Tage. Sie haben zur Formulierung ihrer Diskussionsergebnisse je eine Redaktionskommission eingesetzt.¹³⁰

Am 04. März 1954 gab die Theorie-/Politik-Kommission ihre „Empfehlungen“, die einen Kompromiss zwischen Reformern und Traditionalisten darstellten. Man kann aber doch sagen: Vom Klassencharakter der Partei wurde Abstand genommen. Dies wird deutlich in der Präambel zu den „Mehlener Thesen“, die auf einer Tagung von Wissenschaftlern im April 1954 erarbeitet wurden. Es heißt dort unmissverständlich: „Die Sozialdemokratie ist aus der Partei der Arbeiterklasse, aus der sie entstand, zur Partei des Volkes geworden.“

Die Auseinandersetzungen gingen allerdings weiter, z.B. zwischen Ulrich Lohmar und Wolfgang Abendroth.

¹³⁰ Begleitschreiben von Willi Eichler an die Ortsvereinsvorsitzenden der SPD zu den „Empfehlungen des Parteivorstands und des Parteiausschusses zur Parteidiskussion“ vom 18. März 1954, PVA, Akte „Parteidiskussion 1953/54 II“.

Diese theoretisch-programmatische Diskussion erhielt Auftrieb, nicht zuletzt auch durch die Gründung der Zeitschrift „Neue Gesellschaft“ als Diskussionsforum, deren erste Nummer im Sommer 1954 erschien. Ebenfalls 1954 fand der Berliner Parteitag statt. Zwar brachte er einerseits ein Vertrauensvotum für die verharrende Parteispitze – bezeichnend dafür ist, dass die Reformer Fritz Erler und Willy Brandt bemerkenswerte Niederlagen erlitten -, andererseits stellt die Präambel zum Aktionsprogramm einen weiteren Schritt in der Entwicklung der SPD zur Volkspartei dar und kann als Vorstufe des Godesberger Programms angesehen werden.

Denn

- eine verbindliche sozialistische Weltanschauung wird verneint;
- Christentum, Humanismus und klassische Philosophie werden als geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankenguts genannt;
- Im Vordergrund stehen nicht Klassen-, sondern Menschheitsprobleme.

Einen weiteren Modernisierungsschub stellen die „Elemente einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung“ dar, die der „Düsseldorfer Kongreß“ am 07. und 08. Dezember 1956 diskutierte und beschloss. Heinrich Deist spielte seit 1956 eine entscheidende Rolle in Wirtschaftsfragen. Er war der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Bezeichnend und richtungsweisend ist seine Formulierung: „Wer für eine freiheitliche demokratische Ordnung eintritt, muss sich auch in der Wirtschaft zu einem größtmöglichen Maße zur Freiheit bekennen.“

Unter Mitwirkung von Helmut Schmidt und Karl Schiller wurde auch eine Synthesekonzeption zwischen Wettbewerb und Planung entwickelt: Relevant ist nicht mehr der Besitz von Produktionsmitteln, sondern öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht mittels eines flexibel handbaren Instrumentariums aus Wettbewerb, Mitbestimmung, Publizität und öffentlichen Maßnahmen.

Sehr förderlich für den Volksparteikurs war auch, dass die praktische und populäre Politik vieler SPD-Landes- und Lokalpolitiker in diesem Sinne des Pragmatismus wirkte.

Ganz wichtig waren hierfür Politiker wie Wilhelm Kaisen in Bremen, Georg August Zinn in Hessen, Hinrich Kopf in Niedersachsen, Max Brauer in Hamburg, Ernst Reuter und Willy Brandt in Berlin.

An dieser Stelle verweise ich auf Wahlergebnisse und Mitgliederentwicklung im Kreis Usingen, meinem Heimatkreis, bei der Kreistagswahl 1956, der Landtagswahl 1958 und der Bundestagswahl 1965. Bei der Kreistagswahl 1956 erhielt die SPD schon Mitte der fünfziger

Jahre im Unterschied zur Bundesebene die absolute Mehrheit von 14 Sitzen bei insgesamt 25 Kreistagsabgeordneten. Im Kreisausschuss gehörten sogar 5 von 7 Kreisbeigeordneten der SPD an. Auch die Landtagswahl 1958 und die Bundestagswahlen 1965 waren im Kreis Usingen für die SPD erfolgreich, weil ihre Politik im Kreis volksnah und populär war. Man schuf Wohnraum zu erschwinglichen Mieten, baute Land- und Kreisstraßen aus und errichtete Schulen und Dorfgemeinschaftshäuser. Man suchte bewusst gutes partnerschaftliches Verhältnis zu den anderen Parteien. Trotz absoluter Mehrheit überließ man zunächst für diese Wahlperiode der FDP den Kreistagsvorsitz.

Die SPD-Arbeit wurde auch in Kreisen der Bevölkerung anerkannt, die sonst nicht zum Stamm der SPD-Wähler gehörten. Insofern waren die Verhältnisse im Kreis Usingen schon Mitte der 50er Jahre eine Art positiver Praxistest für die Öffnung der SPD zur Volkspartei. Mitte der 60er Jahre dürfte die Mitgliederentwicklung der SPD im Kreis Usingen den Tendenzen im gesamten Bundesgebiet in etwa entsprochen haben. 1963 waren 63,7% der neuen Mitglieder jünger als 40 Jahre. Davon waren 30% Angestellte, 18% Beamte, 14% Selbstständige, 14% Hausfrauen, 9% Arbeiter, 4,5% Schüler und Studenten, und ebenfalls 4,5% Rentner. 1965 stieg die Mitgliederzahl von 424 (01. Januar 1965) auf 489 (31. Dezember 1965), ein Plus von 65 Personen, der Anteil der Frauen von 31 auf 34 Personen. Die Mitgliederzahl stieg in 10 Ortsvereinen, in 4 Ortsvereinen blieb sie gleich, in 5 Ortsvereinen ging sie zurück.

Insgesamt kann man aber auch hier sagen:

Der Austausch von Gruppen fand hauptsächlich statt zwischen Arbeitern und Angestellten/Beamten. Das heißt: Aus der Arbeiterpartei wird eine Arbeitnehmerpartei SPD.

Nach erneut verlorener Bundestagswahl 1957 stellte sich wieder die Frage des sozialdemokratischen Parteiprofils, des Selbstverständnisses und der Präsentation nach außen. In der Frage Arbeiter- oder Volkspartei wurde im wesentlichen wie 1953 argumentiert. Eine Gruppe niedersächsischer Gewerkschafter zog besonders radikale Konsequenzen. Es genüge als SPD-Programm eine „humanistische Plattform“, und ansonsten komme es lediglich auf die Bewältigung der realen politischen Aufgaben des Heute und Morgen an. Tendenziell vergleichbar, wenn auch nicht so zugespitzt, sagte Carlo Schmid, die SPD müsse auch für jene wählbar werden, die dem Programm „nicht in Gänze“ zustimmen könnten, sie aber aufgrund einer Schwerpunktbildung wählen können. Auf der Seite der Kritiker des Reformkurses sind wieder zu nennen Wolfgang Abendroth, der die angebliche Klassenlosigkeit der westdeutschen Gesellschaft als eindeutig widerlegt ansieht, und Willi

Birkelbach in Frankfurt/Main. Der Frankfurter Unterbezirk sprach sich gegen den Versuch aus, eine Partei für alle zu werden, und plädierte für eine Rückbesinnung der SPD als Partei der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Doch ein Durchbruch für die Reformer war dann der Stuttgarter Parteitag im Mai 1958. Schon nach der Niederlage bei den Bundestagswahlen 1957 erfolgten wichtige organisatorische Änderungen. Der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer, dessen Stellvertreter Wilhelm Mellies war, wurde durch drei zusätzliche Stellvertreter, die im Vergleich zu ihm politische Schwergewichte waren, sozusagen „eingerahmt“: Herbert Wehner, Fritz Erler und Carlo Schmid.

Es entstand eine neue Struktur der Leitungsgremien. Die Spitze der Partei bildete nun ein Präsidium aus elf Mitgliedern mit einem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern, das mindestens einmal in der Woche tagte und vom 33-köpfigen Parteivorstand gewählt wird. Auf dem Parteitag in Stuttgart wurden dann gleich elf neue Vorstandsmitglieder, das ist also ein Drittel des neuen Vorstands, gewählt, darunter Willy Brandt, Heinrich Deist, Gustav Heinemann, Alex Möller, Marta Schanzenbach, Helmut Schmidt und Käthe Strobel.¹³¹

Ins Präsidium wurden u.a. gewählt Waldemar Freiherr von Knoeringen, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, der seit 1946 amtierende Schatzmeister Alfred Nau und die Bundestagsabgeordneten Heinrich Deist, Fritz Erler, Erich Ollenhauer, Marta Schanzenbach, Carlo Schmid und Herbert Wehner. „Die Steuerung der Partei durch hauptamtliche Funktionäre aus der ‚Baracke‘ war damit vorbei; Parteiführung und Parlamentsfraktion wurden endlich auch personell miteinander verknüpft.“¹³²

Der bisherige stellvertretende Parteivorsitzende Wilhelm Mellies war kurz vorher verstorben. Stellvertretende Parteivorsitzende wurden nun Waldemar von Knoeringen und Herbert Wehner. Erich Ollenhauer wurde in seinem Amt als erster Vorsitzender bestätigt, Waldemar von Knoeringen erhielt aber mehr Stimmen als dieser. Herbert Wehner wurde der kommende Mann für die weitere Entwicklung der Partei.

Dafür war bestimmend das vom Sonderparteitag in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959 mit 324 bei nur 16 Gegenstimmen beschlossene Grundsatzprogramm der SPD, das „Godesberger Programm“.

Die wenigen Gegenstimmen kamen u.a. von Wolfgang Abendroth, der total ablehnte, Peter Blachstein, Peter von Oertzen, der prinzipielle Einwände hatte, Walter Möller, Helga Einsele und Franz Neumann.

¹³¹ Vgl. Görtemaker, a.a.O., S. 372.

¹³² Görtemaker, a.a.O., S. 373.

„HSV“ war einer der 24 Delegierten aus dem Bezirk Hessen-Süd auf diesem entscheidenden Sonderparteitag. Genannt werden im Protokoll des Parteitages Georg Feussner, Karl Sommer, Ludwig Pfeiffer, Willi Bäuerle, Hans Münzke, Karl Blum, Dr. Johannes Strelitz, Karl Walter Fritz, Georg Muth, Willi Zinnkann, Rudi Schmitt, Willi Massat, Walter Möller, Dr. Helga Einsek, Elli Horeni, Otto Bepler, Professor Dr. H. Heydorn, Gustav A. Krämer, Herbert Enderwitz, Oskar Otto, Erwin Bugert, Hermann Schmitt, Willi Birkelbach. Im Verzeichnis der Redner ist „HSV“ allerdings nicht aufgeführt. Von Hessen-Süd wurden 34 Anträge gestellt, vom Bezirk selbst, aber auch viele von Unterbezirken und Ortsvereinen.

Im Protokoll des SPD-Sonderparteitages in Bad Godesberg (Standort Lesesaal FES Bonn, Signatur ARB 628 P/P8) sind in der Liste der Anträge in folgender Reihenfolge genannt: Kreis Wetzlar, Ortsverein Darmstadt, Unterbezirk Ffm, Kreis Wetzlar, Ortsverein Darmstadt, Unterbezirk Frankfurt Distrikt Ortsverein Frankfurt-Niederrad, Ortsverein Darmstadt, Distrikt Ffm-Niederrad, Ortsverein Gießen, Ortsverein Niederroden, Bezirk Hessen-Süd, Distrikt Ffm-Niederrad, Ortsverein Offenbach, Distrikt Ost, Ortsverein Offenbach, Distrikt Ost, Bezirk Hessen-Süd, Bezirk Hessen-Süd, Bezirk Hessen-Süd, sechsmal hintereinander Ortsverein Offenbach, Distrikt Ost, Unterbezirk Friedberg/Büdingen, Ortsverein Darmstadt, Ortsverein Darmstadt, Offenbach, Distrikt Ost, Ortsverein Sprendlingen, Unterbezirk Friedberg-Büdingen, Ortsverein Darmstadt, Ortsverein Offenbach, Distrikt Ost, Distrikt Ffm-Niederrad und Bezirk Hessen-Süd.

Der Antrag des Ortsvereins Sprendlingen befasst sich mit Ärzten und fordert, „daß der freiberufliche Charakter der Ärzte gewahrt werden“ soll.¹³³ Dies kann man als kleines Indiz dafür ansehen, dass die Öffnung der SPD zur Volkspartei auch in der Basis von Südhessen, wenn auch nicht breit umfassend, angekommen ist.

Aussagekräftig und auch bezeichnend ist die Diskussion über den Abschnitt „Unser Weg“ im Programmentwurf. Dort heißt es: „Die Sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden. Sie will die Kräfte, die durch die industrielle Revolution und durch die Technisierung aller Lebensbereiche entbunden wurden, in den Dienst von Freiheit und Gerechtigkeit für alle stellen.“

Ein Änderungsantrag, der zu Antrag Nr. 246 Hessen-Süd gestellt wurde, fordert dagegen, folgende Formulierung einzufügen: „Im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft haben sich riesenhafte Produktionskräfte entwickelt. Ihre systematische Auswertung und Vervollkommnung ist mit den Prinzipien dieser kapitalistischen Ordnung nicht vereinbar. Diese Prinzipien lauten:

¹³³ Protokoll des Parteitages, FES, Signatur ARB 628 P/P8.

- Absoluter Vorrang der Gewinnerzielung als Antriebskraft in der Wirtschaft und private Aneignung des in gesellschaftlicher Form erarbeiteten Ertrages.
- Der Widerspruch zwischen den Erfordernissen einer stetigen und gleichmäßigen Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit und dem Anspruch einer privaten Wirtschaftsherrschaft, Ausmaß, Zeitpunkt und Finanzierungsart der Investitionen sowie ihrer Monopolpreise selbst zu bestimmen, führt immer wieder zur Bedrohung der Existenzgrundlagen der arbeitenden Bevölkerung durch Krisen, Inflationen und Kriege. Diese Wirtschaftsmaßnahmen ...[müssen] eindeutig dem demokratisch gebildeten Willen des Volkes unterstellt werden.“

In der Begründung zu diesem Änderungsantrag heißt es dann: „Diese außer- und nebenstaatliche Machtgrundlage muß daher durch demokratische Kontrolle und Überführung dieser Wirtschaftsbereiche in Gemeineigentum beseitigt werden.“¹³⁴

Hier wird deutlich, wie schwer es manche Delegierte hatten, sich mit einem Reformkurs der SPD anzufreunden, auch wenn letztendlich nur sehr wenige (siehe oben) gegen das Godesberger Programm stimmten. Der Weg zur Volkspartei, wie sie sich „HSV“ vorstellte, würde noch lange sein, noch viele Stolpersteine lagen auf diesem Weg.

Die Journalisten titelten: Sieg der Reformier“, „Die Sozialdemokraten werfen ideologischen Ballast über Bord.“ („Die Zeit“ vom 27. November 1959).

Diese Entideologisierung der SPD-Programmatik sollte jedoch nicht prinzipienlosen Pragmatismus bedeuten. Je nach Auslegung einzelner Bestimmungen konnte man unterschiedliche Wege beschreiten. Deshalb war der Reformprozess innerhalb der SPD durchaus noch nicht abgeschlossen. Dies ist ja auch verständlich und liegt in der Natur der Sache. Carlo Schmid interpretierte das Neue von der Klasse zur Nation, zeigte die historischen Kontinuitätslinien bis zu Lassalle auf und wollte es nicht als Dokument eines Anpassungskurses verstehen, sondern wies darauf hin, dass es sozusagen einen „utopischen Überschuß“ habe, indem es auf die Überwindung menschlicher Selbstentfremdung ziele. Deshalb stieß die Ablehnung des Programms durch linke Intellektuelle wie Abendroth und Flechtheim bei ihm auch auf Unverständnis.

Man könnte annäherungsweise wohl sagen, der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis ist in diesem Programm nun endlich aufgehoben. Willy Brandt fasste in drei Punkten ganz nüchtern zusammen:

¹³⁴ a.a.O.

- Erstens sei es eine zeitgemäße Aussage, welche die praktische Arbeit fördere und es dem politischen Gegner schwer mache, sich mit einem „Zerrbild“ der SPD auseinanderzusetzen.
- Zweitens stelle es die SPD als das dar, was sie sei: eine kämpferisch-demokratische Freiheitsbewegung in dieser Zeit.
- Drittens bringe es mehr Klarheit in die Bestimmung sozialdemokratischer Standpunkte zum Staat, zur Bundeswehr, zu den Kirchen und zu den wirtschaftlichen Erfordernissen.

Wofür Godesberg stand, fassen auch Mintzel/Oberreuter in ihrem Buch „Parteien in der Bundesrepublik Deutschland“¹³⁵ zusammen:

- „Es stand für das Abwerfen des ideologischen Ballastes (Carlo Schmid) an marxistischer Terminologie, die in der politischen Praxis der SPD auch bis dahin kaum ihren Niederschlag gefunden hatte (das „Godesberger Programm“ konnte deshalb zur Abgrenzung von Links-Abwechtlern in den siebziger Jahren dienen).
- Es stand für die Anerkennung der politischen Entwicklung im Nachkriegsdeutschland als politisches Faktum, auch wenn die frühen Weichenstellungen für diese Entwicklung der Bundesrepublik (Wiederbewaffnung, Westintegration) von der SPD so nicht gewollt und mitgetragen waren.
- Es stand für die Anerkennung der Superiorität marktwirtschaftlicher Mechanismen gegenüber planwirtschaftlichen Instrumenten (Karl Schiller: „Soviel Markt wie möglich, soviel Plan wie nötig“), allerdings nicht ohne die Möglichkeit, gemeinwirtschaftliche Alternativen und generell die Notwendigkeit paritätischer Mitbestimmung zu benennen.
- Es stand – vor allem in wirtschaftspolitischer Hinsicht – für einen ungebremsten Zukunftsoptimismus. Wirtschaftswachstum erschien Ende der fünfziger Jahre kaum jemandem als Problem, die heute sichtbaren ökologischen Konsequenzen desselben konnte keiner abschätzen.
- Und es stand nicht zuletzt als Versuch der Annäherung an die katholische Kirche auf der Grundlage gegenseitiger Toleranz – mit dem Ziel, auch für Katholiken vermehrt wählbar zu werden.“

¹³⁵ Opladen 1992, S. 149.

Der Meinungskampf um Selbstverständnis, Organisation, politische Aussagen und Öffentlichkeitsarbeit der SPD war ein komplizierter Prozess zwischen Bewegung und Erstarrung, hitzigen kontroversen Debatten und Erarbeitung von Kompromissmöglichkeiten im Rahmen der zahlreichen Konzeptionsbemühungen, zwischen reformerischen Attacken und Verschleppung der programmatischen Wende (nach 1953), zwischen Widerstand und Anpassung innerhalb einer großen Bandbreite von Meinungen und Vorschlägen – und mündete schließlich in ein Grundsatzprogramm, das nach Jahren programmatischer Unsicherheit, zuletzt sehr intensiv in der Mitgliedschaft diskutiert und vorbereitet, eine gemeinsame Basis für die Sozialdemokraten sein konnte, das es ermöglichte, aus neuen Bevölkerungsschichten Wählerstimmen zu gewinnen und Mitglieder zu rekrutieren. Es wurde ein großer Handlungsrahmen für die praktisch-politische Arbeit geschaffen, und der „Genosse Trend“ stellte sich schon bald ein.

Nach 29,2% 1949, 28,8% 1953, 31,8% 1957 erzielte die SPD bei den Bundestagswahlen 1961 36,2%, 1965 39,3%, 1969 42,7%, 1972 45,8%, 1976 42,6% und 1980 42,9% der Zweitstimmen. Trotzdem bedurfte es nach der Verabschiedung des Godesberger Programms noch weiterer wichtiger Schritte. Man betrieb ein „Politik der Umarmung“, wollte es nicht grundsätzlich anders, sondern besser machen als CDU/CSU.

In der Wehrfrage vermied man ein klares Bekenntnis zur Verteidigungspolitik. Die Landesverteidigung wurde zwar wie schon auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 zu einer von Fritz Erler eingebrachten EntschlieÙung zur Wehrpolitik ausdrücklich bejaht. „Aber das Ja zur Bundeswehr war wiederum mit zahlreichen Forderungen und Zielprojektionen verknüpft, die bei kritischer Betrachtung eine deutliche Distanzierung zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung erkennen lieÙen.“¹³⁶

Bis zum Ziel einer wirklichen „Volkspartei“ war es noch weit. Der eigentliche Durchbruch gelang erst 1969, als die SPD in der GroÙen Koalition mitregierte, dann den Bundeskanzler stellte, die Mitgliederzahl anstieg und die Mitgliederstruktur sich veränderte (jüngere, studierte, karrierebewusste Menschen)¹³⁷.

„Damit holte die SPD in den sechziger und siebziger Jahren nach, was den Unionsparteien bereits in den fünfziger Jahren gelungen war, nämlich eine sozial und geistig breit gefächerte Volkspartei zu werden,“¹³⁸ wie schon oben angesprochen

¹³⁶ Görtemaker, a.a.O., S. 377.

¹³⁷ Vgl. Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD, S. 150.

¹³⁸ Marie-Luise Recker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002, S. 27f.

Herbert Wehner war es (seit 1964 Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag), der zwei sehr wichtige und notwendige Schritte in Richtung Volkspartei nach dem Godesberger Programm tat.

- Am 30. Juni 1960 hielt er eine große Rede im Bundestag, in der er sich nachdrücklich und unmissverständlich zur Westintegration bekannte. Zugleich stimmte er die Union auf eine Partnerschaft mit der SPD ein, indem er darauf hinwies, dass ein geteiltes Deutschland nicht „unteilbar miteinander verfeindete Christdemokraten und Sozialdemokraten ertragen“ könne.
- Auch die Öffnung der SPD zu den Kirchen betrieb der große Strategie Wehner gezielt und demonstrativ, als er im Oktober 1964 in der Hamburger Michaeliskirche redete (als Laienpredigt) und fünf Jahre später im November 1969 zusammen mit Georg Leber von Papst Paul VI. im Vatikan zu einer Privataudienz empfangen wurde.

Bei diesem Prozess der Verwirklichung des Godesberger Programms war Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen sehr engagiert eingebunden. Er nutzte seine vielen Funktionen, die Notwendigkeit der praktischen Umsetzung zu verdeutlichen, und verteidigte es, wenn der Volksparteikurs der SPD gefährdet war. Für ihn war es wirklich die Grundlage seines politischen Handelns. Dabei betonte er, dass das Programm zwar immer wieder an der fortschreitenden Entwicklung gemessen werden müsse und es dabei auch vorkommen könne, dass eine Aussage einen neuen Sinn erhalte.

Aber „in Grundfragen ist das Programm eindeutig und nicht auslegbar. Die SPD sieht sich als eine große Volkspartei.“¹³⁹

Dabei ist ihm bewusst, dass jede Volkspartei immer in einem Spannungsverhältnis zwischen ihrem programmatischen Wollen und den konkreten Möglichkeiten der Verwirklichung steht. Diese Balance von Theorie und Praxis, von Programm und Pragmatismus ist für Volksparteien kennzeichnend.

1974, 15 Jahre nach Verabschiedung des Godesberger Programms, hatten die schon seit Jahren geführten parteiinternen Auseinandersetzungen zugenommen. Auf Parteitag war immer wieder die Rede von Theoriedefizit. Dieser Meinung ist „HSV“ nicht. Er fordert vielmehr die SPD auf, besonders den jungen Mitgliedern die geschichtliche Entwicklung, die er mit dem Schlagwort „Utopie-Wirklichkeit“ kennzeichnete, besser deutlich zu machen. Er räumt ein, dass das Godesberger Programm durch diese Art der Diskussion manches an Glanz

¹³⁹ Interview mit Radio Bremen am 14. November 1974: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Box 181.

verloren habe, und verlangt, dafür zu sorgen, „dass seine Zielsetzungen unverändert Richtschnur bleiben.“¹⁴⁰

Auf die Frage des Journalisten, wie die SPD das Vertrauen zurückgewinnen könne, antwortete er: Es „sind drei Dinge notwendig:

- Die SPD muß Volkspartei und nicht Klassenpartei werden
- Wir müssen klar machen, daß wir in der Verantwortung nur das versprechen dürfen, was wir auch halten können...
- und daß die Entwicklung der Bundesrepublik als sozialer Rechtsstaat in dieser besonderen Komponente vor allem durch und mit der SPD erfolgt.“¹⁴¹

Der Charakter der Volkspartei, führt er weiter aus, müsse in einem geschlossenen Erscheinungsbild im Sinne von Godesberg ihren Ausdruck finden. „Eine deutliche Abgrenzung von Kommunisten und Systemüberwindern ist eine notwendige Folgerung daraus.“¹⁴²

Am 09. Dezember 1974 veröffentlicht „HSV“ eine Erklärung zur verlorenen hessischen Landtagswahl vom 27. Oktober 1974. Man müsse mit neuem Elan an die Arbeit gehen. „Wenn wir nicht immer stärker bis in die letzte Gemeinde hinein in die Abhängigkeit von Koalitionspartnern kommen wollen, müssen wir eine große Volkspartei bleiben.“¹⁴³

Auch Heinrich Albertz, Pfarrer und niedersächsischer Sozialminister, hatte während der Entwicklung des innerparteilichen Reformkurses der SPD wie HSV eine Wendung nach rechts gefordert. Zugespitzt formulierte er: „Der einzige Sinn einer Partei liegt in der Instrumentalfunktion zur Erringung der politischen Macht.“ Fritz Erler hatte immer darauf hingewiesen, den Verbürgerlichungstrend in der Bevölkerung zu berücksichtigen, und Herbert Wehner sagte 1966: „Wer etwas gestalten will, der muß die Menschen, so wie sie sind, zu gewinnen versuchen. Er kann sie nicht vorher umgießen oder an ihnen herumschnitzen.“

In der ersten Hälfte der 60er Jahre zwischen dem 30. Juni 1960 (Rede Wehners im Bundestag) und Ende 1966 (Bildung der Großen Koalition) führte der sogenannte „Gemeinsamkeitskurs“ der SPD als Auswirkung des Godesberger Programms zu einer Veränderung des Oppositionskurses. Man kann diesen als Vorstufe der Großen Koalition ansehen (vgl. Bouvier, „Zwischen Godesberg und Großer Koalition“). Gemeinsamkeit war das Ziel. Das bedeutete inhaltlich einen Kurswandel der SPD in der Außen-, Sicherheits- und

¹⁴⁰ A.a.O., Box 181.

¹⁴¹ A.a.O., Box 181.

¹⁴² A.a.O., Box 181.

¹⁴³ A.a.O., Box 181.

Deutschlandpolitik und methodisch eine verstärkte Kommunikation zwischen der SPD und CDU/CSU. Dies konnte allerdings auch zu mehr „Konfliktscheue“¹⁴⁴ führen. Wilhelm Hennis meint, nach dem in den fünfziger Jahren „dramatische parlamentarische Schlachten im Bundestag stattgefunden hätten, seien die frühen sechziger Jahre „die langweiligsten, die die Bundesrepublik je erlebt hat.“¹⁴⁵ Wolf-Dieter Narr interpretierte, ausgehend von einer Entideologisierung von CDU/CSU und SPD, den Wandlungsprozess der Sozialdemokratie als Veränderung von einer einst sozialrevolutionären Kraft zu einer „sozialliberalen Systempartei“. Der Gemeinsamkeitskurs ist für ihn lediglich ein „Anpassungsprozess an vorgegebene Verhältnisse“¹⁴⁶. Klotzbach dagegen würdigt diesen Kurs positiver, nämlich als „realpolitische Unabdingbarkeit und Legitimation und auch als staats- und demokratiepolitische Integrationsleistung“.¹⁴⁷ Auch ich bewerte dies so wie Klotzbach. Ein Beispiel für die Gemeinsamkeitspolitik in der Oppositionsstrategie der SPD in diesen Jahren ist die politische Arbeit Hermann Schmitt-Vockenhausens. Auch er versucht so viel wie möglich Kontakte zu knüpfen und auszubauen, ist dabei, wenn es nötig ist, aber durchaus nicht konfliktscheu. Er betont aber immer wieder im Sinne der Gemeinsamkeitspolitik die besseren sozialdemokratischen Alternativen. Seine Devise heißt: nicht alles anders machen, sondern besser und mehr. Auf den SPD-Parteitag 1962 in Köln und 1964 in Karlsruhe versuchte die Führung der SPD, auch ihre Basis von diesem Kurs zu überzeugen. Diese war bisher nur verhalten und im Unterschied zu HSV ohne aktives Engagement gefolgt. Bouvier spricht von „begeisterungsferner Einsicht“, „schweigender Hinnahme“, aber auch von „latenter Verdrossenheit“, „Befremden“ und „vorsichtigem Protest“.¹⁴⁸ Diese Gemeinsamkeitspolitik als eine praktische Umsetzung auf dem Weg der SPD zur Volkspartei wurde von einzelnen Journalisten auch kritisch beurteilt. So bezeichnete Rudolf Augstein („Der Spiegel“) Anfang 1965 in einem Streitgespräch mit Heinz Kühn, SPD und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, diesen Kurs als „Demoskopie plus Public Relations“. Die Folge sei, dass die SPD damit jeden Gedanken der Alternative zugunsten einer Juniorpartnerschaft mit der CDU aufgegeben habe.¹⁴⁹ Es änderten sich mit dem Godesberger Programm in den 60er Jahren nicht nur Inhalte, sondern auch Symbole der Partei. Die Mitgliedsbücher hatten jetzt statt der vertrauten roten eine blaue Farbe, weil man

¹⁴⁴ Bouvier, Beatrix, *Demokratischer Sozialismus, Deutsche Einheit, Europäische Friedensordnung*: Kurt Schumacher in der Nachkriegspolitik 1945-1952, in Dowe, Dieter (Hrsg.): *Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn 1996, S. 16.

¹⁴⁵ Bouvier, a.a.O., S. 16.

¹⁴⁶ Bouvier, a.a.O., S. 17.

¹⁴⁷ Bouvier, a.a.O., S. 18.

¹⁴⁸ A.a.O., S. 234.

¹⁴⁹ Bouvier, a.a.O., S. 239.

das offenbar für publikumswirksamer hielt. Statt der Anrede „Genosse“ wurde auch schon mal „Freunde“ oder beides zusammen gebraucht.

Doch die Große Koalition war alles in allem erfolgreich. Dies gilt in erster Linie für ihre Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft und die Notstandsgesetzgebung. Da zunächst und vorrangig die Konjunktur wieder anspringen musste, gehörte die Sozialpolitik erstaunlicher Weise zunächst nicht zu ihren Erfolgsmodellen, was verständlich ist. Wenn zwei große Volksparteien in Parlament und Regierung in einer Koalition verbunden sind und es nur eine kleine Opposition gibt, kann es natürlich zu einer Verlagerung von Oppositionsarbeit in den außerparlamentarischen Raum kommen. Dies war auch in jenen Jahren der Fall. Es kam zur Polarisierung in der öffentlichen Meinung, zum Erstarken bis zur Radikalisierung der außerparlamentarischen Opposition und radikalen Erscheinungen an den Rändern des Parteiensystems, das insgesamt in seiner Integrationskraft nachließ, auch in der SPD. Dies zeigen z.B. ebenfalls NPD-Erfolge bei Landtagswahlen. Die sozialdemokratische Reform gewann ihre Dynamik aus dem Zusammenwirken von „nationalen Faktoren und thematischem Zusammenspiel“.¹⁵⁰ In dieser Zeit, so kann man sagen, integrierte sich die westdeutsche Arbeiterbewegung durch Programme (Godesberg bei der SPD 1959 und Düsseldorfer Programm des DGB 1963) in die marktwirtschaftlich und liberal-demokratische Ordnung des Westens einschließlich der Bundesrepublik, die über die traditionelle bürgerlich-kapitalistische Ordnung, die noch die fünfziger Jahre prägte, hinausging. Jetzt hatte nämlich der „Konsensliberalismus“ aus den angelsächsischen Ländern, u.a. durch den „Congress Cultural Freedom (CCF)“ und die Zeitschrift „Der Monat“, auch Eingang in die SPD gefunden. Im Konsensliberalismus war „die angelsächsische Tradition des Anspruchs auf individuelle Freiheit, Recht, persönliches Eigentum und auf das Glücks- und Erwerbsstreben jedes Einzelnen kombiniert mit Konzepten von staatsintervenistischer Wirtschaftspolitik, gesellschaftlicher Reform im Sinne der Durchsetzung von Chancengleichheit“ sowie „keynesianischen Elementen in der Fiskalpolitik.“¹⁵¹

Diese Gemeinsamkeitspolitik hätte sogar schon früher zur Großen Koalition führen können, nämlich im Zusammenhang und während der „Spiegel-Affäre“ im Herbst 1962. Am 10. Oktober erschien im „Spiegel“ der Bericht „Bedingt abwehrbereit“ über die Bundeswehr und das im September abgehaltene NATO-Stabsmanöver „Fallex 62“, bei dem auch Hermann Schmitt-Vockenhausen als Mitglied einer deutschen Delegation zugegen war. Schon seit Wochen und Monaten wurde der CSU-Vorsitzende und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß in „Spiegel“-Artikeln kritisiert und als Machtmensch bezeichnet, der unbedingt

¹⁵⁰ Anselm Doering-Manteuffel, „Wie westlich sind die Deutschen?“, Göttingen 1999, S. 91.

¹⁵¹ A.a.O., S. 91.

Bundeskanzler werden wolle. Nun wurden nach Erschienen des o.a. Artikels Durchsuchungs- und Haftbefehle gegen „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein und den Verfasser Conrad Ahlers erlassen und die Räume der Redaktion durchsucht, ohne vorher Justizminister Wolfgang Stammberger (FDP) informiert zu haben. Das führte zu „einem politischen Erdbeben“ und zur Regierungskrise.¹⁵² Außer Augstein und Ahlers, der sich zu dieser Zeit in Spanien aufhielt und auf Bitte des dortigen Militärattachés nach Deutschland zurückreiste, wurden auch der Verlagsdirektor und die Obersten Wicht und Martin verhaftet, denn man ging davon aus, dass dem Verfasser des Artikels streng geheime Dokumente vorgelegen haben mussten und damit der Verdacht auf Landesverrat bestehe. Die Regierungspartei FDP fühlte sich durch die Union ausgegrenzt und zog ihre Minister aus dem Kabinett zurück, nachdem Bundeskanzler Adenauer ihre Forderung, dass zumindest die für die Nichtinformation verantwortlichen Staatssekretäre zurücktreten müssten, abgelehnt hatte. Die FDP wollte dadurch eine Regierungsumbildung ohne Strauß erzwingen, der aber im Kabinett bleiben wollte. Auch einige CDU-Minister wollten nicht mehr mit Strauß zusammen in der Regierung sitzen, und Wolfgang Döring (FDP) sprach sogar jetzt von einer möglichen Kanzlernachfolge. Das war der Startschuss für den SPD-Strategen Herbert Wehner, der sofort die Initiative ergriff; er bot Gespräche über die Bildung einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD an und wurde „damit für den Kanzler zum Retter in der Not“.¹⁵³ Am 29. November 1962 kam es dann auch zum Treffen Wehners mit dem Freiherrn zu Guttenberg, der vorher Adenauer informiert und von diesem grünes Licht erhalten hatte. Man war sich schon über die Ressortverteilung (ohne Namen) und über die Schaffung eines Mehrheitswahlrechts als Aufgabe einig. Danach kam es unter Vorsitz Adenauers zu ersten offiziellen Koalitionsverhandlungen. Daraufhin beschlossen Partei- und Fraktionsvorstand der SPD, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Kanzlerschaft Adenauers wurde akzeptiert, aber in der Wahlrechtsfrage legte man sich noch nicht fest. Wehner musste sich sogar deshalb Vorwürfe aus der Fraktion anhören. Adenauer wandte sich nun wieder der FDP zu, musste aber versichern, dass er im Sommer 1963 seine Kanzlerschaft beenden werde. Durch diesen ersten noch nicht geglückten Anlauf zur Bildung einer Großen Koalition zeichnete sie sich trotzdem schon am Horizont ab. 1964 wurde Bundespräsident Heinrich Lübke (CDU) auch mit den Stimmen der SPD wiedergewählt, und für die 1965 folgenden zweiten Koalitionsverhandlungen war ein guter Boden bereitet. Außerdem wuchs das Ansehen Wehners auch bei der CDU.

¹⁵² Görtemaker, a.a.O., S. 383.

¹⁵³ A.a.O., S. 384.

Am 27. November 1966 wurde die Große Koalition beschlossen, der neue Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger am 01. Dezember 1966 vereidigt. Die SPD hatte mit ihrem Volksparteikurs der Öffnung und Gemeinsamkeit ein wichtiges Etappenziel als Partner der Unionsparteien erreicht.

Durch Enttraditionalisierung, Deideologisierung, pragmatische Politik und die gezielte Suche nach Mehrheiten in der Bevölkerung wurde die SPD zur Volkspartei.

Ab 1969 konnte sie dann in der sozialliberalen Koalition mit Willy Brandt den Bundeskanzler stellen. Hermann Schmitt-Vockenhausen hatte mit seinen klaren Vorstellungen, viel Überzeugungsarbeit, Zielstrebigkeit, Beharrlichkeit und seinen Positionen im Bundestag und auf regionaler Ebene kräftig dabei mitgeholfen.

4.1.2 SPD und Kirche

Am 27. Januar 1972 konnte man im KNA-Infodienst Nr. 4 lesen, CDU-MdB Weißkirch habe gesagt, Leber und Schmitt-Vockenhausen seien „fromme Ausnahmen in einer unfrommen Umgebung.“¹⁵⁴ Auch wenn dies zugespitzt formuliert sein mag, weist diese Aussage doch darauf hin, welche Herkulesaufgabe der praktizierende Katholik HSV zu bewältigen hatte, um mitzuhelfen, die SPD zur Kirche und die katholische Kirche zur SPD hin zu öffnen. Steine des Anstoßes waren z.B. immer wieder Hirtenbriefe der Bischöfe, die vor Wahlen in den Kirchen verlesen wurden. Dagegen verwahrten sich auch Hermann Schmitt-Vockenhausen und seine Frau Ruth. Diese schrieb direkt an Kardinal Höffner, kritisierte dessen parteipolitische Festlegung für die Union und berichtete, dass in ihrer Gemeinde viele beim Verlesen des Hirtenbriefes den Gottesdienst verlassen hätten (1. Bericht Ruth Schmitt-Vockenhausens an mich; 2. Rainer Hering, „Aber ich brauche die Gebote...“, S. 114, Anmerkung 310). In einem Schreiben Ruth Schmitt-Vockenhausens vom 01. Oktober 1976 an Kardinal Höffner heißt es: „In der Fernsehsendung am Montagabend haben Sie sich zum Richter über den Wahlkampfstil gemacht und dabei klar und deutlich für den Zuschauer zum Ausdruck gebracht, daß Sie gegen die SPD-FDP-Koalition sind... Hoffentlich haben Sie am Donnerstagabend die Fernsehsendung verfolgt und dabei beobachten können, daß Ihr Favorit völlig aus der Rolle gefallen ist.“¹⁵⁵ HSV verstand sich immer als Mittler zwischen seiner katholischen Kirche und seiner SPD, und deshalb bemühte er sich stets, auch bei Rückschlägen, um die nachhaltige Verbesserung der SPD-Kontakte zur katholischen Kirche. In der Zeit vor 1933 war das Verhältnis der SPD zur Kirche von grundsätzlichen Gegensätzen geprägt. Daran konnte auch die politische Zusammenarbeit mit dem Zentrum nichts ändern. Während der Herrschaft des Nationalsozialismus arbeiteten Zentrum und SPD zwar zum Teil eng im Widerstand gegen das totalitäre Regime zusammen und hatten beide deshalb nach 1945 hohes moralisches Ansehen, doch zu einer nachhaltigen grundlegenden Verständigung zwischen beiden kam es auch in den ersten Nachkriegsjahren nicht. „Neben politisch-programmatischen Divergenzen waren dafür personelle Gründe entscheidend. Führende Persönlichkeiten des Widerstands waren den Nachstellungen des Regimes zum Opfer gefallen, konnten also nicht fortsetzen, was im Krieg an Verständigungsansätzen geschaffen

¹⁵⁴ Privatarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen, Band I.

¹⁵⁵ Privatarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen.

worden war.¹⁵⁶ Außerdem galt nach 1945 zunächst noch für die SPD das Heidelberger Programm von 1925, in dem es z.B. hieß: „Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflussnahme von Kirche, Religion und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen. Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs-, und Hochschulen. Keine Aufwendungen von öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.“¹⁵⁷ Hier wird der Grundsatz im Erfurter Programm von 1891, in dem Religion zur „Privatsache“ erklärt wird, konkretisiert. Auch durch anderslautende Erklärungen einzelner Sozialdemokraten in den ersten Nachkriegsjahren wie z.B. die von Kurt Schumacher 1947, dass der weitblickende Sozialist die Unverzichtbarkeit der Religion für eine große Gemeinschaft nicht leugnen könne, änderte sich das Verhältnis SPD-Kirche nicht wesentlich. Für die katholische Kirche galt weiterhin die Verurteilung des Sozialismus durch Pius XI. (vgl. Aretz, a.a.O., S. 63). Die Frage des Elternrechts spielte in der Entwicklung des Verhältnisses SPD und katholische Kirche in den folgenden Jahren eine große Rolle. Für die Kirche hatte es nach dem moralischen Verfall im Nationalsozialismus sogar an Bedeutung gewonnen, denn eine sittliche Erneuerung konnte für sie nur durch ein Erziehungssystem gelingen, das auf festen, nicht relativierbaren ethischen Normen gebaut war. Dieses Ziel glaubte die Kirche ausschließlich in der Konfessionsschule realisierbar und nicht in einer Gemeinschaftsschule, „die möglicherweise nur einen indifferenten Humanismus förderte.“¹⁵⁸ Stark vereinfacht lässt sich zum Verhältnis zwischen den christlichen Kirchen und der SPD nach 1945 feststellen, dass dieses sich mit der evangelischen Kirche vergleichsweise kontinuierlich ohne größere Kontroversen und Zäsuren entwickelte. Es gab nämlich Gemeinsamkeiten in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Aussagen. Außerdem war die evangelische Kirche nicht so sehr an einer Partei orientiert wie die katholische Kirche an der CDU/CSU.

Im Verhältnis zwischen katholischer Kirche und SPD kann man von zwei Zäsuren sprechen: dem Godesberger Programm der SPD von 1959, in dem bewusst die Zusammenarbeit mit den Kirchen, besonders der katholischen, ein wichtiger Programmpunkt war, und dem Wahlergebnis der Bundestagswahl vom 19. November 1969, bei der mehr katholische Wähler für die SPD stimmten.¹⁵⁹ Dies sollte aus Sicht der SPD für die Bundestagswahl 1976 noch besser werden. Deshalb wurde der katholische Arbeitskreis als Anhängsel der

¹⁵⁶ Aretz, a.a.O., S. 62f.

¹⁵⁷ Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 91-101, hier S. 99.

¹⁵⁸ Aretz, a.a.O., S. 65.

¹⁵⁹ FES, Box 80, HSV, „Theorie und Praxis SPD-Katholiken“, S. 2.

sozialdemokratischen Wählerinitiative aktiviert, die Schriftsteller Günter Grass und Heinrich Böll arbeiteten daran, es wurden verstärkt die Sozialzyklen der Päpste und die Sozialreformen der SPD propagiert als wären sie quasi eine Einheit, und entsprechende katholische Zielgruppen wurden angesprochen. In der Presse konnte man als Schlagzeilen lesen: „Zwei Millionen Katholiken sollen der SPD im Jahre 1976 zur absoluten Mehrheit verhelfen.“¹⁶⁰ Immer wieder waren seit der ersten Bundestagswahl 1949 die Wahlhirtenbriefe der Bischöfe ein Ärgernis, wie das oben angeführte Beispiel des Ehepaares Schmitt-Vockenhausen zeigt, die aber auch insgesamt für eine bessere Verständigung zwischen SPD und katholischer Kirche kontraproduktiv waren. Im offiziellen SPD-Jahrbuch 1950/51¹⁶¹ beispielsweise sprach man von einer „klerikalen Mehrheit“, obwohl die CDU natürlich nicht mehr als katholisch bezeichnet werden konnte, weil sie nicht das Zentrum war. Im ersten Nachkriegsprogramm der SPD, dem Dortmunder Aktionsprogramm von 1952, wandte sie sich erneut „gegen jeden Mißbrauch kirchlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen zu parteipolitischen Zwecken.“ Man wendete sich gegen Mißbrauch der priesterlichen Gewalt und der Kanzel.

Es gab eine Konfliktzone, in der strittig war, welche Institutionen öffentliche Grundwerte bestimmen, parlamentarische Mehrheitsentscheidungen oder Naturrechte, die dem Staat „vorgegeben sind oder ihn durchdringen“, wie es katholisch-theologisches Verständnis ist. G. Weisser, SPD, versuchte im „Handbuch sozialdemokratischer Politik“, Mannheim 1953, in seinem Beitrag „Freiheitlicher Sozialismus“ klarzustellen, dass der „heutige Sozialismus“ keine „Ersatzkirche“ sei und echtes religiöses Leben respektiere, konnte aber durch diese gutgemeinten Erklärungen bei der katholischen Seite zunächst keine wirklichen Meinungsänderungen bewirken (vgl. Aretz, a.a.O., S. 67). Doch trotzdem setzten Diskussionen ein und auf dem Berliner Parteitag der SPD 1954 wurde als ihr Ergebnis eine Erweiterung des Dortmunder Aktionsprogramms beschlossen. Dies gilt auch für die weltanschauliche Offenheit in der Begründung des Sozialismus: Christentum, Humanismus und klassische Philosophie als geistige und sittliche Wurzeln.

Aber die parteiinterne Reformdiskussion kam nach Berlin wieder zum zwischenzeitlichen Erliegen, ehe sich vor den Bundestagswahlen 1957 die SPD in einem Aufruf wieder gezielt an die katholischen Arbeiter und Wähler wandte und sich auch auf päpstliche Sozialzyklen von 1891 und 1931 bezog, in denen „ungerechte Bereicherung einer Minderheit“ als ein Ergebnis des Wirtschaftslebens verurteilt wurde¹⁶², was sich dann auch in den siebziger

¹⁶⁰ „Deutschland-Magazin“, April 1973, in: FES, Box 80.

¹⁶¹ Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.) 1952, S. 319.

¹⁶² Vgl. Aretz, a.a.O., S. 69.

Jahren wiederholte. Wenige Monate vor den Bundestagswahlen 1957 wurde auf katholischer Seite in dieser Frage dann wieder schweres Geschütz aufgeföhren. Beim Diözesantag der KAB im Bistum Münster hatte der dortige Bischof Keller gesagt: „Es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialdemokrat zu sein.“¹⁶³ Das erregte großes Aufsehen und zeigte, wie groß der Dissens zwischen katholischer Kirche und SPD immer noch war.

Es gab aber auch bekannte Katholiken, die anderer Auffassung waren. Hier müssen Walter Dirks und Eugen Kogon, die Herausgeber der „Frankfurter Hefte“, und die „Werkhefte“ genannt werden, deren Herausgeber wechselten und die in der folgenden Zeit eine Entwicklung nahm, die von der Negation Adenauers und der Unionsparteien bis zur offenen Unterstützung der SPD führte (vgl. Aretz, a.a.O., S. 70).

Deren Parteizeitung „Vorwärts“ (Nr. 32 vom 09. August 1957) hatte in einem scharfen Artikel die Aussagen Bischof Kellers als „offizielle episkopale Reaktion“ auf den Parteiwechsel von Helene Wessel interpretiert. Die ehemalige Zentrums-Politikerin hatte 1952 als Gegnerin der Wiederaufrüstung mit Gustav Heinemann und anderen die Gesamtdeutsche Volkspartei gegründet und trat nach deren Scheitern zusammen mit den übrigen Spitzenpolitikern der GVP zur SPD über. Obwohl also zwischen kirchlichen und sozialdemokratischen Positionen Differenzen bestanden, hatte es schon unabhängig davon seit längerem (Frühjahr 1953) „offizielle und private Kontakte beider Seiten gegeben. So waren Vertreter der katholischen Kirche und der SPD – darunter führende Politiker wie Erich Ollenhauer, Willi Eichler, Herbert Wehner und Heinz Kühn schon in den frühen 50er Jahren im Dominikanerkloster Walberberg zusammengetroffen.“¹⁶⁴

Der Schriftleiter der „Neuen Ordnung“ war danach zuversichtlich, dass die SPD zu einer kirchenfreundlichen Programmreform bereit sei. Danach kam es dann im Januar 1958 zu einer ersten offiziellen Begegnung zwischen Vertretern der katholischen Kirche und der SPD zum Thema „Christentum und Sozialismus“, das der Leiter der Katholischen Akademie in Bayern, Karl Forster, mit Billigung des Münchener Kardinals Josef Wendel vorgeschlagen hatte. Auf katholischer Seite nahmen daran teil Oswald von Nell-Breuning, Hermann-Josef Wallraff, Adolf Süsterhenn und Gustav Gundlach (auf Wunsch des Papstes), dessen Ausführungen auf der Tagung zentrale Bedeutung für die Diskussion des Verhältnisses von Kirche und SPD hatten.¹⁶⁵

¹⁶³ Aretz, a.a.O., S. 69.

¹⁶⁴ Aretz, a.a.O., S. 71.

¹⁶⁵ Er sagte, „das Gebilde, das der Partei in Gesellschaft und Geschichte begegne und entspreche, könne nicht der Katholizismus als Abstraktion von Ideen und Werten sein, sondern vielmehr die Kirche das religiöse

Die Sozialdemokraten waren auf der Tagung im Januar 1958 durch von Knoeringen, Carlo Schmid, Adolf Arndt, Ludwig Metzger, Ernst Schellenberg und Willi Eichler repräsentiert. Es zeigte sich nach den Referaten von Gundlach und Arndt, dass die Positionen im Staats- und Demokratieverständnis weiterhin auseinanderlagen und sich nur unwesentlich annähern konnten. Bei der Wirtschafts- und sozialpolitischen Thematik dagegen stellte man keine unüberbrückbaren Differenzen nach den Vorträgen von Nell-Breuning und Gerhard Weisser fest.

In der SPD wurde danach die in Berlin eingeschlagene Richtung festgeschrieben, d.h. sie verzichtete auf jede „weltanschauliche und theoriengeschichtliche Festlegung“. In dem Programmentwurf für Godesberg bejahte die Partei im Abschnitt „Religion und Kirche“ den „öffentlich-rechtlichen Schutz“ der Kirchen- und Religionsgemeinschaften und erklärte ihre stete Bereitschaft zu einer „Zusammenarbeit [...] im Sinne einer freien Partnerschaft.“

Allerdings vermerkt das Parteitageprotokoll im Unterschied zu den übrigen Programmpunkten, die alle mit nur „wenigen Gegenstimmen“ aufgenommen wurden, beim Abschnitt „Religion und Kirche“ lediglich eine „Mehrheit“. Außerdem erließ der Parteivorstand Richtlinien über zukünftige Verhandlungen, Begegnungen und Gespräche zwischen SPD und Kirche. „Einladungen von kirchlicher Seite sollten demnach nur von den verantwortlichen Vertretern der Partei wahrgenommen werden.“¹⁶⁶

In der katholischen Kirche gab es aber auch nach Godesberg Zweifel. Dieses Programm könne man nicht ohne Vorbehalte akzeptieren, meinte der Limburger Bischof Weihbischof Kampe, der befürchtete, dass bestimmte Kräfte „nur aus Opportunismus schweigen“ würden. Er wandte sich deutlich gegen den besonders von Arndt und Metzger verwendeten Begriff „Partnerschaft“ für das Verhältnis von Kirche und SPD.¹⁶⁷

Wie schon oben erwähnt, war Hermann Schmitt-Vockenhausen als SPD-Mitglied und praktizierender Katholik geradezu prädestiniert, immer wieder als Vermittler zwischen Kirche und Partei aktiv zu wirken und sich einzuschalten.

Besonders schwierig war dies bei den Diskussionen und Auseinandersetzungen um den Abtreibungsparagrafen 218. So beklagte er, dass die SPD mit den Kirchen nicht „auf oberster Ebene über die Frage der strafrechtlichen Bewertung der Abtreibung Gespräche“ geführt habe. Er kritisierte auch, dass innerhalb seiner Partei Druck ausgeübt werde. Dies

Gemeinschaftsgefüge von höchster Konkretheit, ausgeprägt in Seele und Leib, inneres Leben und Institution zugleich.“ Aretz, a.a.O., S. 61f.

¹⁶⁶ Die Beziehungen zwischen kirchlichen Stellen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschluß des Parteivorstands vom 19. Dezember 1959. Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, hrsg. von O.K. Flechtheim, Band III, 2, Berlin 1963, S. 17-23. Vgl. auch Aretz, a.a.O., S. 76.

¹⁶⁷ Aretz, a.a.O., S. 76.

schränke die Gewissensfreiheit der Abgeordneten ein. „Er selbst und einige andere kirchlich gebundene Sozialdemokraten waren aufgrund ihrer inneren Überzeugung gegen die strafrechtliche Liberalisierung von Abtreibungen eingestellt.“¹⁶⁸

Ein sehr wichtiger Bereich, in dem sich die sozialdemokratische Programmatik der Öffnung zeigen muss, war für „HSV“ von Anfang an also das Verhältnis der SPD zu den Kirchen, besonders zu der katholischen. Am 19. Mai 1973 spricht er in der katholischen Akademie in München zum Thema „Theorie und Praxis im Verhältnis der SPD zu den Katholiken“.

Nach 1945 habe es wegen der vorausgegangenen bitteren Erfahrung ein stärkeres Gefühl einer gemeinsamen Verantwortung gegeben als heute (1973).

Dabei denkt er an den Kulturkampf und die Sozialistengesetze im Kaiserreich, an die staatstragenden Parteien SPD, Zentrum und DDP zu Beginn der Weimarer Republik, an deren Zusammenbruch, weil „die Demokraten lange Zeit zu sehr das Trennende und zu wenig das gemeinsame Vorgehen gesehen haben“, und an die Verfolgungen durch die Nationalsozialisten gegen SPD und Kirchen, die das Gefühl, zusammenstehen zu sollen, verstärkt habe.¹⁶⁹

Im Widerstand gegen das Dritte Reich vereinigten sich Gewerkschafter aus allen Bereichen, und nach 1945 konnte so eine Einheitsgewerkschaft entstehen, die in den 1950er Jahren auch durch die Haltung von Repräsentanten der katholischen Kirche gesichert werden konnte.

„Ähnlich war es auch im Bereich des Sportes und des kulturellen Lebens, doch die Gemeinsamkeit hielt nicht lange. Sobald die schrecklichste Not vorbei war, die überall zu Regierungen auf breitester Grundlage geführt hatte, begannen schon im Wirtschaftsrat die Konfrontationen, die mit dem Namen Kurt Schumacher und Konrad Adenauer verknüpft waren.“¹⁷⁰

Wie intensiv sich Hermann Schmitt-Vockenhausen um die Annäherung und ein gutes Verhältnis zwischen SPD und Kirche bemühte, zeigen auch seine Ausführungen in seinem „Beitrag zur geistigen Grundlagenüberprüfung der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg“ mit dem Titel „Welche Rolle spielen Christentum und Kirche in den Aussagen der SPD von 1945 bis 1950“.

Sein Aufsatz sei zur Ermutigung der Sozialdemokraten geschrieben, die es in den kommenden Wahlkampfauseinandersetzungen (gemeint sind die Wahlen 1976) mit „Geschichtsfälschern“ aus dem Lager der CDU/CSU zu tun bekämen. Denn es sei schon ersichtlich, dass diese nicht

¹⁶⁸ Gespräch mit Ruth Schmitt-Vockenhausen und Hering, a.a.O., S. 129.

¹⁶⁹ FES, Box 80, HSV, Theorie und Praxis im Verhältnis der SPD zu den Katholiken, S. 2.

¹⁷⁰ FES, a.a.O.

davor zurückschrecken würden, den demokratischen Sozialismus in die Nähe von etwas „Unchristlichem“, „Atheistischem“ zu rücken. Er wolle aber nachweisen, „daß ein neues Kapitel im Verhältnis SPD/Kirche nach dem Kriege bereits in den Gestapokellern und KZ's der Nazis aufgeschlagen wurde.“ Die Bedeutung dieser gemeinsamen Erlebnisse bekennender Christen und freiheitlicher Sozialisten unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft als „Ausgangspunkt für eine in der Geschichte der SPD gänzlich neuartige Hinwendung zu den Kirchen“ werde leider unterschätzt.¹⁷¹ Es sei wichtig, die weltanschaulich gelöste Verhältnisbestimmung der SPD zum Christentum nicht erst mit dem Godesberger Programm von 1959, sondern bereits unter Hitler beginnen zu lassen. Denn gemeinsam habe man erkannt, „daß nur ein radikaler Neuanfang aus dem Geist der gemeinsamen historischen Erfahrung ein Zusammengehen von Christen und freiheitliche Sozialisten beim Aufbau Deutschlands sinnvoll“ sei und dabei der Begriff Menschenwürde eine zentrale Rolle spiele. Er ist der Überzeugung, dass ohne Berücksichtigung christlicher Elemente der demokratische Sozialismus „aus sich heraus nach dem Kriege schwerlich begründungsfähig“ geworden wäre. Dann weist er auf die Rede Carlo Schmid's auf dem Hamburger Parteitag 1950 zum Thema „Die SPD vor der geistigen Situation dieser Zeit“ hin, die den Charakter einer Zäsur habe, weil darin „die unwiderrufliche Abkehr vom kausalmechanistischen Geschichtsbild der SPD vollzogen wurde.“¹⁷² Hermann Schmitt-Vockenhausen zitiert dann in seinem Aufsatz einige Sozialdemokraten. So habe Franz Suchan 1945 auf einer Veranstaltung in Elmshorn gesagt: „Nach mehr als 12 Jahren Nazizeit, für viele von uns nach langer verrohender Militärdienstzeit und Kriegsgefangenschaft, sind alle moralischen und ethischen Fundamente so sehr ins Wanken geraten, daß sich bei deren Wiederaufrichtung auch der Kirche eine ungeheure und dankenswerte Aufgabe bietet.“¹⁷³

1946 habe der damalige Darmstädter Oberbürgermeister Ludwig Metzger darauf hingewiesen, daß in den Konzentrationslagern viele Kirchenchristen gesehen und erlebt hätten, dass man Marxisten nicht von vornherein ablehnen und als „gefährliche Leute“ einstufen müsse. Und diese wiederum hätten gesehen, dass in der Kirche Menschen seien, die aus Überzeugung ihren christlichen Glauben lebten.

Und auf dem ersten Nachkriegsparteitag der SPD 1946 in Hannover sprach der Delegierte Robert Görlinger kritisch vom vielfach ausgebliebenen Widerstand der Kirchen gegen den Faschismus, fügte jedoch hinzu: „Trotzdem waren wir Sozialisten bereit und hatten uns darüber in den KZ's, Gefängnissen und Zuchthäusern eingehend unterhalten, mit allen

¹⁷¹ FES, Box 80, HSV-Aufsatz, S. 8.

¹⁷² A.a.O.

¹⁷³ A.a.O., S. 9.

demokratischen Kräften, auch denen des Katholizismus, zusammenzuarbeiten zur äußeren Formung eines neuen Deutschlands.“¹⁷⁴

1958 habe Adolf Arndt bei einer Tagung in der Katholischen Akademie in München auf das „Schlüsselerlebnis“ der gemeinsamen Verfolgung von Katholiken, Protestanten und humanistischen Skeptikern durch die Nationalsozialisten hingewiesen. Damals sei der entscheidende Bruch mit „einer bis dahin tief verwurzelten sozialdemokratischen Denktradition erfolgt, ohne den die Sozialdemokratie in den 60er und 70er Jahren nicht die gesellschaftspolitische Kurskorrektur in Deutschland hätte herbeiführen können.“¹⁷⁵

Die Auswirkungen der NS-Verfolgungszeit hatten also große Bedeutung für die Entwicklung der SPD nach 1945. Davon war Hermann Schmitt-Vockenhausen überzeugt, hielt immer daran fest, und rief sie in Erinnerung, wenn er das für notwendig hielt – wie jetzt in der Mitte der 1970er Jahre. Deshalb erinnerte er an Carlo Schmid's Rede auf dem Hamburger Parteitag 1950, die er „der geistigen Entrümpelung der SPD gewidmet“ habe, an den „Selbstklärungsprozeß“ der SPD Anfang der 50er Jahre, „den sie schon in den 20er Jahren hätte hinter sich bringen müssen“, an Äußerungen des Genossen Heydorn auf dem Hamburger Parteitag 1950, dass sich die SPD nicht darauf beschränken könne, „ein ökonomisches Programm zu haben“, sondern versuchen müsse, „diesen inneren leeren Raum zu erfüllen, der heute so stark nach Erfüllung schreit.“ Heydorn lehnte es nämlich ab, „daß man den Menschen im Sinne des 19. Jahrhunderts nur als ein biologisches oder naturwissenschaftliches Faktum behandelt. Ich glaube, daß eine solche Anschauung mit letzter Konsequenz zur Verachtung des Menschen führen muß.“ Der Mensch sei es, der eine „schöpferische Antwort auf die Umstände gebe, [...] der Mensch besitze eine ‚metaphysische Würde‘.“¹⁷⁶

Hermann Schmitt-Vockenhausen fasst dann zusammen und betont noch einmal, dass die Erfahrung der nationalsozialistischen Verfolgung für viele Sozialdemokraten „der Anlaß zur geistigen Grundlagenüberprüfung“ gewesen sei, dass in den ersten Nachkriegsjahren der „naive Fortschrittsglaube, der ein kausal-mechanistisches Verständnis von Natur und Geschichte voraussetzt, zerbricht“, daß „der Vorwurf des Materialismus an die SPD“ auf die „geistige Unsicherheit der Arbeiterbewegung gegenüber Weltbildern“ zurückzuführen sei und dass man auch von einem Versagen der Kirchen bei der sozialen Frage sprechen könne und dadurch „die SPD dazu gedrängt“ habe, „sich in den Turm des weltanschaulichen

¹⁷⁴ A.a.O., S. 9.

¹⁷⁵ A.a.O., S. 10.

¹⁷⁶ A.a.O., S. 13.

Materialismus [...] geistig einzumauern.“¹⁷⁷ Auch hier findet man wieder bei Hermann Schmitt-Vockenhausen den öfter benutzten Begriff „Turm“ und die sich daraus ergebende Zielsetzung: „Heraus aus dem Turm!“ als Motto für die Erneuerung der SPD mit dem Ziel, „echte Volkspartei“ zu werden. Marxismus bleibt dann „nur“ noch Methode. Er zitiert Kurt Schumacher, der 1947 auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Zürich gesagt hatte: „Die großen modernen Arbeiterparteien werden zweifellos nur dann wahre Volksparteien werden, wenn sie sich vom starren Dogmatismus freihalten.“¹⁷⁸

Die Bundestagswahlen 1949, 1953 und 1957 machten dann deutlich – wie schon oben angeführt –, dass die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nach einem Programm der SPD verlangte, damit auch die katholischen Arbeiter und Mittelständler SPD wählen konnten.

Doch trotz der Angebote der SPD durch das Godesberger Programm an die katholische Kirche und der Aufgeschlossenheit der Katholischen Akademie in München habe die Kirche mit Skepsis und Misstrauen reagiert und die Substanz der Angebote übersehen.

In der Großen Koalition sei diese Frage etwas in den Hintergrund gedrängt worden, weil CDU und SPD gemeinsam Regierungsverantwortung trugen. „HSV“ bedauert es sogar, „daß es in diesen Jahren keine zwingenden Notwendigkeiten gab, die zu Anfang der 60er Jahre begonnenen Gespräche weiterzuführen.“¹⁷⁹

Er konstatiert dann eine Unsicherheit und Polarisierung in der katholischen Kirche. Beharren auf den alten Regeln einerseits, eine auf Veränderung drängende Strömung andererseits.

Bei der SPD sei es ähnlich, auch hier gebe es eine Polarisierung nach links. Dadurch würden Katholiken, die seit Godesberg und den Bundestagswahlen von 1965, 1969 und 1972 zur SPD gestoßen seien, mehrheitlich wieder abgestoßen.

„Ich bin mir schmerzlich darüber klar, daß eine fortschreitende Wiederbelebung utopischer, marxistischer Ideologien und kirchenfeindlicher Tendenzen das nach wie vor von beiden Seiten im Auge behaltene Ziel eines Brückenschlags gefährden kann.“¹⁸⁰

„Brückenschlag“ – mit diesem Wort, das „HSV“ immer wieder bei den verschiedenen Anlässen gebraucht, versucht er, ein einer Volkspartei entsprechendes gutes Verhältnis zwischen SPD und katholischer Kirche zu stabilisieren. Er warnt deshalb die Kirche vor der Isolation, wenn sie die gesellschaftlichen Gegebenheiten nicht anerkenne, und die SPD vor

¹⁷⁷ A.a.O., S. 14.

¹⁷⁸ FES, Box 80, a.a.O., S. 16.

¹⁷⁹ FES, Box 80; HSV „Theorie und Praxis SPD-Katholiken, S. 5.

¹⁸⁰ FES, Box 80, a.a.O., S. 7.

einer mehrheitlichen Flucht ins 19. Jahrhundert. Beide Seiten sollten sich vor falschen Zungenschlägen hüten.

Auch in diesem Zusammenhang wird deutlich, dass HSV ein pragmatischer Politiker mit Grundsatzüberzeugungen ist.

Wie er das Sozialhilfegesetz erklärt, zeigt dies. In der Frage, ob die Sozialpflege staatlich monopolisiert werden sollte, wie die Kirche befürchtete, oder sie auch von diesen über den Weg des Subsidiaritätsprinzips durchgeführt werden kann – so wurde es dann Gesetz –, sei es nicht zur Konfrontation gekommen, weil die Lebenswirklichkeit dagegen sprach: Die Kirchen hatten nicht das Geld, die Möglichkeiten des Gesetzes voll auszuschöpfen, die Kommunen waren oft dankbar, wenn kirchliche Einrichtungen Aufgaben übernahmen.

So kann z.B. meine Heimatgemeinde Weilrod Kosten sparen, weil es im Ortsteil Hasselbach einen katholischen Kindergarten gibt.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Diskussionen um die Konfessionsschule genannt werden. Die katholische Kirche verneinte das staatliche Schulmonopol, die SPD will in der Regel die Gemeinschaftsschule. Auch hier sind tragfähige Kompromisse gefunden worden, „und durch die gegenseitige Verständigungsbereitschaft ist ein langer Kampf, der viele Wunden geschlagen hat, durch Vernunft abgeschlossen worden.“¹⁸¹

Auch beim neuen Eherecht werde deutlich, dass die moralischen Positionen der Kirche von der Regierung verstanden und respektiert werden. Die Katholiken wiederum erwarteten von keiner Regierung, dass sie nur das tue, was sie selbst, die Katholiken, glauben und für richtig halten.

Mit dem § 218 ist es allerdings besonders problematisch. HSV appelliert an alle, das Strafrecht und geplante Änderungen nur auf der Grundlage eines breiten Konsenses zu behandeln. Anderenfalls befürchtet er einen harten Kampf mit schweren Schäden.

Am 11. Januar 1972 hatte er schon im Sozialdemokratischen Pressedienst geschrieben, es müssten Gespräche in gegenseitigem Respekt weitergeführt und Missverständnisse ausgeräumt werden (FES, Box 77 A).

Er spricht das partnerschaftliche Verhältnis der SPD zur katholischen Kirche an und verwahrt sich dagegen, dass im „publizistischen Raum“ versucht werde, den Eindruck zu erwecken, dass dieses ein ständiges Opfer für die SPD wäre.

„Es ist daher gut, daß die Führung der SPD nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich gemacht hat, daß die Bastionen des Godesberger Programms nicht geschleift und verlassen, sondern ausgebaut werden. Dies gilt auch für das Verhältnis zu den

¹⁸¹ A.a.O., S. 13.

Kirchen. Auch wenn die Terminkalender noch so voll sind, so müsse sich auch für diese wichtigen Gespräche Termine finden lassen.“¹⁸²

Nicht nur, dass sich die SPD den religiösen Wählerschichten, besonders den Katholiken, viel mehr öffnen müsse, fordert „HSV“, auch verstärkte Kooperation und Partnerschaft ist für ihn notwendig.

Darauf weist er immer wieder in seiner Partei und katholischen Gremien, denen er in wichtigen Positionen angehört, hin. So z.B. anlässlich des 84. Deutschen Katholikentages in Mönchengladbach. Er referiert im Arbeitskreis 7 zum Thema: „Kann der Staat es besser?“ Es geht grundsätzlich um das Verhältnis zwischen Staat und freien Kräften, freien Trägern bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Zunächst weist HSV auf das Subsidiaritätsprinzip hin, das mit Eigenverantwortung und Eigeninitiative eine Auflösung des gegliederten, strukturierten Ganzen gegen eine „totale Verwaltungsorganisation verhindern soll.“¹⁸³

Dann fordert er die Zusammenarbeit. „Zweifellos wird mit dem Gedanken der Partnerschaft statt der Vorrangigkeit mehr die gleichrangige Zusammenarbeit zwischen den freien Kräften und öffentlicher Hand betont.“¹⁸⁴

Als Beispiele nennt er wieder die Entwürfe zum Bundessozialhilfegesetz und zum Jugendhilferecht sowie den Bereich der Bildung, z.B. Kindergartenpädagogik und Vorschulerziehung. Wahlmöglichkeiten müssten für die Eltern erhalten bleiben.

Seine vielen Äußerungen, manchmal fast in beschwörendem Ton, sollen den Menschen in der katholischen Kirche und den Politikern in den Parteien, besonders auch der eigenen, immer wieder klarmachen: Die SPD ist eine Volkspartei, die sich natürlich auch für die Belange praktizierender Katholiken einsetzt. Deshalb zitiert er z.B. den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Bernhard Vogel, der dieses Gremium auch für das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und SPD für sehr bedeutsam halte, und in einem Brief an Georg Leber, „der sich nach wie vor intensiv und engagiert um Gespräche und Verständigung zwischen seiner Partei und der Kirche bemüht“, deutlich werde.¹⁸⁵

Sowohl HSV selbst als auch seine Frau Ruth Schmitt-Vockenhausen schrieben – wie oben schon erwähnt - auch an katholische Bischöfe, um klarzumachen, dass auch SPD-Mitglieder gute Katholiken sind. Deshalb könnten sie auch nicht nachvollziehen, wenn vor Wahlen mehr oder weniger direkt zur Wahl der CDU aufgerufen werde. Mehrmals erhielt der Kölner Kardinal Höffner Post aus Bad Soden.

¹⁸² FES, Box 77 A, HSV: „Kann der Staat es besser?“, S. 1.

¹⁸³ A.a.O., S. 2.

¹⁸⁴ A.a.O., S. 2.

¹⁸⁵ A.a.O., S. 105.

Für HSV, den praktizierenden Katholiken, muss die Kirche mit allen Parteien zusammenarbeiten. Zur Bekräftigung zitiert er aus der Regierungserklärung Willy Brandts am 18. Januar 1973.

„Wie betrachten sie [die Kirchen] nicht als eine Gruppe unter den vielen der pluralistischen Gesellschaft und wollen ihren Repräsentanten darüber auch nicht als Vertreter bloßer Gruppeninteressen begegnen. Wir meinen im Gegenteil, daß die Kirchen in ihrer notwendigen geistigen Wirkung umso wichtiger sind, je unabhängiger sie sich von überkommenen sozialen und parteilichen Bindungen machen. Im Zeichen deutlicher Freiheit suchen wir die Partnerschaft.“¹⁸⁶

Man sieht: Auch bei der Öffnung der SPD zu den Kirchen, besonders zur katholischen, gab es immer wieder Konflikte wie bei der Transformation der SPD zur Volkspartei insgesamt. Quasi mit Argusaugen erkannte HSV sofort Gefahren in diesem Prozess und versuchte schnell und mit großem Einsatz gegenzusteuern, um den Kurs Volkspartei SPD zu halten. Als er am 02. August 1979 verstarb, würdigte ihn die katholische Nachrichtenagentur KNA am 04. August 1979.¹⁸⁷ Die Überschrift lautete: „Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen – ein Mann mit Brückenfunktion“.

- Er sei eine der Persönlichkeiten gewesen, „denen aufgrund persönlicher Veranlagung, erworbener Überzeugung und gesellschaftlicher Position einer jener Brückenfunktionen zufällt, ohne die keine Gesellschaft auskommt.“
- Die Nähe zum Volk habe ihn „vor den extremen ideologischen Höhenflügen“, mit denen sich seine Partei stets auseinandersetzen müsse, bewahrt.
- Immer habe er sich gegen die Allmacht des Staates und Zentralisierungstendenzen gewehrt.
- Er habe versucht, die christliche Soziallehre zu verwirklichen.
- „Er galt als rechter Flügelmann der SPD und hatte manche innerparteiliche Auseinandersetzung durchzustehen.“
- Als wichtiges Bindeglied zwischen SPD und katholischer Kirche habe er immer wieder die gemeinsame Grundlage von Godesberger Programm und Sozialstaat einerseits und katholischer Soziallehre andererseits aufgezeigt und betont.

Diese Einschätzung entspricht den Ergebnissen meiner Untersuchung. Aus diesen Gründen sind solche Menschen auch so sehr wichtig für unsere Gesellschaft und unser

¹⁸⁶ FES, Box 77 A, HSV: „Kann der Staat es besser?“, S. 107.

¹⁸⁷ Privatarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen.

Zusammenleben. Denn das Bewusstsein von den Gemeinsamkeiten bei aller Unterschiedlichkeit in Einzelfragen und das Gespräch zwischen den gesellschaftlichen Gruppen im Staat sind unerlässlich und müssen auch in Zukunft möglich bleiben.

4.1.3 Der beschwerliche Weg

Der Weg der SPD zur Volkspartei war lang, nicht leicht, sondern beschwerlich. Dies wurde schon weiter oben deutlich. Für HSV war es wohl am schwierigsten, als er seine politisch bedeutsamste Zeit hatte, die 60er Jahre. Da konnte er vor allem viele Erfolge verbuchen, und er war in Deutschland und darüber hinaus bekannt. Im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung (vgl. weiter unten 4.3.1) erlitt er aber auch die schmerzlichsten Anfeindungen aus der eigenen Partei, besonders aus Südhessen und hier besonders von den Jusos.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle (im Kapitel „Die SPD als Volkspartei“) darauf eingehen, weil es symptomatisch für den schwierigen Weg der SPD ist und der Anlass dazu ein herausragendes Ereignis der Nachkriegsgeschichte ist, nämlich die Verabschiedung der Notstandsgesetze am 30. Mai 1968.

Denn HSV wurde jetzt parteiintern angegriffen, aber er verfolgte seinen Kurs konsequent weiter. Der beschwerliche Weg der SPD zur Volkspartei soll jetzt im Abschnitt „HSV“ und die SPD-Südhessen erläutert werden.

HSV und die SPD-Südhessen

Sein konstruktives Mitwirken beim Zustandekommen der Notstandsgesetze und sein Ruf als „Rechter“ führten im traditionell linken Bezirk Hessen-Süd zu einer Reihe von Konflikten mit den Jusos und dem linken Flügel. Das ging bis zu Demonstrationen 1969 vor seinem Haus in Bad Soden und Rufen zu seiner Frau: „Holen Sie Ihren Mann aus dem Keller!“ (Bericht Frau Ruth Schmitt-Vockenhausen). Dieser war allerdings gar nicht zu Hause.

Besonders an der sogenannten Rüsselsheimer „Protokollaffäre“ oder „Bierkelleraffäre“ im Frühjahr 1969 kann die „Beziehung“ zwischen HSV und den südhessischen Jusos verdeutlicht werden.

- Im Vorfeld der Bundestagswahl 1969 bildete sich im Zusammenhang mit der Kandidatenaufstellung im Wahlkreis 143 (Main-Taunus/Groß-Gerau) ein „Aktionskreis“ von SPD-Mitgliedern mit dem Ziel, aus politischen Gründen „die erneute Nominierung Schmitt-Vockenhausens zu verhindern.“ Jusos, Gewerkschaftler und Mitglieder aus Ortsvereinen im Wahlkreis gehörten ihm an. Als Gegenkandidat zu HSV wird der IG-Chemie-Funktionär Heinz-Günther Lang vorgeschlagen. Am 18. Januar 1969 findet in Kelsterbach die Wahlkreiskonferenz statt, auf der HSV wieder als Bundestagskandidat nominiert wird. Dieser hatte

vorher den Delegierten die Fotografie einer Annonce in der „Frankfurter Rundschau“ vorgelegt, in der um „Material gegen HSV“ gebeten wurde. Dieser bezichtigte den Aktionskreis nun des Versuchs, „Denunzianten anzuwerben.“ Vom Aktionskreis wird bestritten, dass es so gewesen sei.

- Am 19. März 1969 treffen sich 19 Mitglieder des jetzt ehemaligen Aktionskreises auf private Einladung, wie von Jusoseite betont wird, in der Rüsselsheimer Stadthalle zur sogenannten „Bierkellerrunde“. Folgende Themen wurden besprochen: Nachbereitung der Wahlkreis-Konferenz und Vorbereitung des BT-Wahlkampfes. Dazu erschien auch – die Jusos sagen uneingeladen – der mit Staatsschutzaufgaben betraute Kriminalobermeister Andree, der sich als Juso-Vorsitzender von Niedernhausen einführte. Dieser übersandte dann HSV ein „Protokoll“ genanntes Papier von der Besprechung zur Kenntnis. Daraufhin bat HSV den Redakteur Philipp Michels (SPD-Mitglied) von der in Rüsselsheim erscheinenden Zeitung „Mainspitze“ um Veröffentlichung und setzte sie nach dessen anfänglichem Zögern mit zwei Argumenten durch:

- Erstens ginge sein Zeuge Andree mit ihm bis vor das nächste Gericht und
- zweitens existiere eine Tonbandaufnahme vom ehemaligen Aktionskreis, was in der schon oben erwähnten 36-seitigen Dokumentation der Jusos zum „Fall Schmitt-Vockenhausen“ bestritten wird.

Im „Ergebnis 3“ heißt es dort: „Nicht der Denunziant Karl Andree und nicht der Redakteur Karl Philipp Michels, auch nicht der hinreichend belastete Martin Schlappner aus Rüsselsheim haben den Sprung in die Öffentlichkeit zu verantworten, sondern Schmitt-Vockenhausen persönlich. Er selbst war es, der durch jene Veröffentlichung der Partei schweren Schaden zugefügt hat.“¹⁸⁸

Im „Ergebnis 5“ heißt es dann am Schluss: „Daher bleibt festzuhalten: Wer so wenig Verständnis für innerparteiliche Demokratie aufbringt und so mit politischen Gegnern verfährt -; wer aus egoistischen Gründen so wenig Rücksicht auf die im Wahlkampf stehende eigene Partei nimmt; wer Entscheidungen der zuständigen Gremien der Partei nicht respektiert, die zu schlichten versuchen-; wer sich selbst derart in der Öffentlichkeit disqualifiziert und unglaubwürdig macht-; wer so undiszipliniert um sich schlägt und im Wahlkreis maßgebliche Zeitungen diffamiert- der ist, unabhängig von seine politischen Positionen, kaum ein

¹⁸⁸ „Unruhestifter mundtot machen. Dokumentation zum Fall Schmitt-Vockenhausen“, Bezirksausschuss der Jungsozialisten Hessen-Süd, verantwortlich Hartmut Holzapfel (Hg.), 1969, S. 3.

geeigneter Bundestagskandidat der SPD. Nicht zuerst aus rechtlichen Gründen – diese bleiben der Klärung durch das Parteiordnungsverfahren anheimgegeben -, wohl aber aus politischen scheint eine neue Wahlkreiskonferenz unumgänglich, die über den Kandidaten neu zu entscheiden hat. Auf keinen Fall – Landesliste. Da Schmitt-Vockenhausen nicht bereit ist, selbst die Konsequenzen aus seinem Verhalten zu ziehen und von seiner Kandidatur zurückzutreten, ist im Interesse der Partei und der jungen Demokratie in Deutschland diese – gewiß bittere, aber einzig angemessene Entscheidung schnell zu fällen.“¹⁸⁹

Jedenfalls wurde am 31. März 1969 das Protokoll – die Jusos sprechen von Scheinprotokoll – unter dem verheißungsvollen Titel „Jungvolk der Sozialdemokraten will putschen“ veröffentlicht und löste auch ein überregionales Presseecho aus, u.a. einen Bericht im „Spiegel“. Der berichtete am 14. April 1969 unter dem Titel „Dickste Hunde“ über die Affäre und begann mit den Sätzen: „Bei Karl Philipp Michels, Chefredakteur der Rüsselsheimer ‚Main-Spitze‘ läutete sonntags das Telefon. Der Bonner SPD-Abgeordnete Hermann Schmitt-Vockenhausen kündigte dem Genossen scharfe Post an: ‚Das wird eine Bombe‘. Die Zündsätze kamen am nächsten Tag im neutralen Kuvert und ohne Absender: das Protokoll eines Treffens der Jungsozialisten aus den Unterbezirken Groß-Gerau und Main-Taunus am 27. März. Es sollte, so hoffte der im Main-Taunus-Kreis beheimatete HSV, ‚die Unruhestifter mundtot‘ machen. Michels ‚Main-Spitze‘ (Auflage 10000) druckte das Papier ohne umständliche Prüfung. Unter der Schlagzeile ‚Jungvolk der SPD will putschen‘ war am 31. März zu lesen: ‚Was hat schließlich Hermann Schmitt-Vockenhausen mit der Arbeiterbewegung zu tun – nichts.‘ Oder: ‚Wir wollen ein Kartell der Linken etablieren und versuchen, in die Ortsvereine hineinzukommen.‘“¹⁹⁰

Dann folgen viele Aktivitäten in dieser Angelegenheit, die weite Kreise zog:

- ein Schlichtungsversuch des Unterbezirksvorstands Groß-Gerau mit einer Ehrenerklärung für Heidemarie Wieczorek-Zeul und Frank von Auer, die beide Teilnehmer der „Bierkellerrunde“ waren.
- weitere Presseerklärungen.
- Forderungen nach einem Parteiordnungsverfahren gegen HSV und dessen Rücktritt von der Bundestagskandidatur sowie die Einberufung einer neuen Wahlkreiskonferenz,

¹⁸⁹ A.a.O., S. 5.

¹⁹⁰ „Spiegel“, Nr. 16, 1969.

- Beschluss des Parteivorstandes Hessen-Süd vom 19. April 1969, ein Parteiordnungsverfahren gegen HSV einzuleiten,
- Bemühungen des Bundesvorstands der SPD, Ruhe zu schaffen; HSV wurde von einer Indienreise zurückgerufen,
- Pro-HSV-Beschlüsse des Unterbezirksvorstands Main-Taunus,
- eine achtstündige Sitzung beider UB-Vorstände (MTK und GG) sowie eines Vertreters des Bundesvorstandes (Hans Hermsdorf, stellvertretender Schatzmeister) und Vertreter des Landesvorstandes (Bezirksvorsitzender und hessischer Finanzminister Albert Oswald sowie der hessische Verkehrsminister Rudi Arndt) am 22. April 1969 in Flörsheim am Main, Gasthaus „Zum Hirsch“,
- Günter Grass sagt seine Teilnahme an der Maifeier in Rüsselsheim wegen der Querelen ab,
- am 17. Mai 1969 findet dann eine außerordentliche Delegiertenkonferenz des UB Groß-Gerau in Dorheim statt, um zu entscheiden, ob eine neue Wahlkreiskonferenz einberufen werden soll; nur 54 von 181 Delegierten sprachen sich dafür aus.

Es war wieder ein Vertrauensbeweis für HSV. In der Diskussion hatte es der Rüsselsheimer Werner Brechtel auf den Punkt gebracht: Man werde den Wahlkampf nur mit Hermann Schmitt-Vockenhausen gewinnen.

Abgeschlossen – proforma – war vielleicht jetzt diese Affäre, der Dauerkonflikt des populären Bundestagsabgeordneten mit seinen innerparteilichen Gegnern aus Hessen-Süd aber keineswegs.

Im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen 1972 kam es wieder zu Auseinandersetzungen mit Haken und Ösen. Er habe Journalisten unter Druck gesetzt, wurde HSV vorgeworfen. Der linke Rüsselsheimer SPD-Flügel beantragte bei der Schiedskommission Hessen-Süd zu untersuchen, ob bei den Delegiertenwahlen für die Nominierungskonferenz in Wallau Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien.

HSV wird vorgeworfen – z.B. am 20. September 1972 in Flörsheim -, er habe nicht die erwarteten Leistungen erbracht, er sei ein „Kaffeekränzchenvertreter“. Einige Zeitungsschlagzeilen aus diesen Tagen sprechen eine andere Sprache:

„Vorwahlkampf mit Tiefstand an Niveau“, „GG-SPD eindeutig für HSV“, „HSV siegt in Abwesenheit. Klare Mehrheitsverhältnisse in Bischofsheim“, „HSV gewinnt Kraftprobe“. Die „Mainzer Allgemeine Zeitung“ titelte: „Und er schafft es immer wieder“.

Das war dann auch so: Mit 196 von 290 Stimmen wurde er in Wallau am 23. September 1972 nominiert. Die Gegenkandidaten erhielten 84 (GEW-Funktionär Frank von Auer) und 15 Stimmen (Pfarrer Kurt Oeser).

Der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Schlappner aus Rüsselsheim, den ich interviewte, berichtete mir von Delegierten, deren Berechtigung von der Schiedskommission aberkannt wurde und die gesondert „draußen vor der Tür“ abstimmten.

Auf der hessischen Landesliste wurde HSV entgegen der üblichen Verfahrensweise, Wahlkreiskandidaten „sichere“ Plätze auf der Landesliste zu geben, nicht abgesichert. Er unterlag bei der Abstimmung in Marburg um Platz 22 der Landesliste mit 96 zu 115 Stimmen Karsten Voigt aus Frankfurt, dem führenden Juso-Vertreter. In der „Frankfurter Neuen Presse“ vom 02. Oktober 1972 war zu lesen: „Mit gestrecktem Zeigefinger geht HSV auf Albert Oswald los und herrscht ihn an: ‚Auf die Dauer wirst Du mit diesem Taktieren nicht durchkommen!‘“.

Bei den hessischen Landtagswahlen am 27. Oktober 1974 wurde die CDU stärkste Fraktion, die SPD musste herbe Verluste hinnehmen. Für HSV ist klar: Die Linken der SPD sind dafür verantwortlich. Vor der Presse erklärt er: „Wer sich ständig Arm in Arm mit kommunistischen und anderen Linkssektierern im In- und Ausland trifft, kann nicht SPD-Mitglied sein.“

Am 29. März 1974 schreibt er den Artikel „SPD 1974“ und analysiert darin die Situation seiner Partei.¹⁹¹ Mit den Worten „Der März 1974 war für Sozialdemokraten ein bitterer Monat...“ beginnt er seinen Beitrag. Er meint eine Reihe von Schlappen und eine ernste Niederlage bei verschiedenen Wahlen für die SPD, und zwar am 03. März bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, am 17. März bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz sowie am 24. März in Schleswig-Holstein und Hessen. Die SPD hatte im Vergleich zu den entsprechenden vorhergehenden Wahlen 5 bis 10% verloren, die CDU 8 bis 13% gewonnen. Viele ehemalige Wähler seien bei der Wahl zuhause geblieben, seien zur FDP gegangen, ein kleiner Teil zur DKP und „eine erschreckend große Zahl direkt zur CDU.“¹⁹² Dabei seien gerade die Verluste in den Mittelschichten bis hin zur Facharbeiterschaft am stärksten gewesen. Auf zwölf Seiten analysiert er dann, woran dies gelegen habe, obwohl sich die Leistungen in den Regierungen mit SPD-Beteiligungen z.B. in der Außenpolitik sehen lassen könnten, aber auch in vielen anderen Bereichen. Er nennt z.B. u.a. das Bundesimmissionsschutzgesetz, die Bundessozialhilfegesetze, die Weiterentwicklung des

¹⁹¹ Archiv der Sozialen Demokratie, FES, Box 180.

¹⁹² A.a.O., S. 2.

Schwerbeschädigtenrechts, des Kartellrechts, die Erhöhung der Sozialrenten ab 1974 um über 16%, die Bundespflegeverordnung, das Wohngeld und das Kindergeld, die landwirtschaftliche Altershilfe, die Bildungsförderung, das Abzahlungsgesetz, das die Verbraucher besser schütze, die fortschrittlichsten Mitbestimmungs- und Personalvertretungsgesetze, das Städtebauförderungs- und das Bodenbaugesetz.

Alle diese wegen verkrusteter Strukturen lebensnotwendig gewordenen Reformen seien nur Wirklichkeit geworden, weil die SPD auch Regierungspartei sei. Und doch jetzt die schlechteren Wahlergebnisse? Für HSV ist die Antwort klar: Das Erscheinungsbild der SPD als fortschrittliche Volkspartei ist in den letzten Jahren durch „kleine und lautstarke Gruppen und ihren opportunistischen Anhang“ verwischt worden.¹⁹³

Demokratischer Sozialismus werde wieder mit Sozialisierung gleichgestellt, es werde verkündigt, dass sich die SPD wieder ausschließlich am Marxismus zu orientieren habe, die Nähe zum Kommunismus werde gefordert, die Politik des Bundeskanzlers und der Bundesregierung werde von Mitgliedern der Partei „schärfer und gehässiger“ kritisiert – „Arbeiterverräter“ und „Helfer des Kapitals“ seien einige der Stichworte – als vom politischen Gegner.¹⁹⁴

Wer auf diese Weise den Rückzug hinter Godesberg antrete, brauche sich nicht zu wundern, wenn die Partei schweren Schaden leide. Jetzt müsse „die breite, da und dort schweigende Mehrheit der Vernunft [...] die Sache an der Basis in die Hand nehmen.“¹⁹⁵

Die Politik der Mitte sei es, die Wahlen entscheide. Wenn weiter der Kurs „Links von Links“ und weg von der Volkspartei thematisiert werde, sei es unvermeidlich, „daß wir politisch in den 30%-Turm zurückwandern oder, um es in der Fußballsprache zu sagen, im Abseits stehen werden.“

In einem Interview im April 1973 rief er dazu auf, das „Potential der Ultralinken“ nicht zu unterschätzen.¹⁹⁶ Der Chefredakteur der Zeitungsgruppe fragte ihn u.a., welche Gründe er dafür sehe, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, die SPD sei „auf dem Weg von Godesberg weg zur linken Kaderpartei“. In seiner Antwort weist HSV darauf hin, dass die Kritiker der Mehrheit der Partei und ihrer Entwicklung seit Godesberg, „wenn sie sich äußern, eine größere Publizität haben als diejenigen, die entweder durch Schweigen oder durch Verteidigung den Vorstand unterstützten.“¹⁹⁷

¹⁹³ A.a.O., S. 9.

¹⁹⁴ A.a.O., S. 9.

¹⁹⁵ A.a.O., S. 11.

¹⁹⁶ vgl. FES, Box 178 A

¹⁹⁷ A.a.O., S. 1 des Interviews.

Die breite Mehrheit der Parteimitglieder sei mit der erfolgreichen Politik zufrieden und wer zufrieden sei, der komme auch weniger zu Parteiversammlungen, wo deshalb womöglich die Ultralinken Oberhand gewinnen könnten. Die Mehrheit suche ohnehin nicht den permanenten Konflikt in ihrer Partei, sondern die Bestätigung ihrer erfolgreichen Arbeit. Auch die oft „endlosen Geschäftsordnungsdebatten und die Verlagerung auf intellektuelle Theoriediskussionen haben dann viele normale Parteimitglieder eher unlustiger werden lassen.“¹⁹⁸

Um dem entgegenzuwirken, schlägt Hermann Schmitt-Vockenhausen z.B. vor, in den Parteisatzungen festzulegen,

- dass auf jeder Ebene die Mitglieder auch durch Briefwahl an Vorstands- und Delegiertenwahlen teilnehmen können,
- dass man die übliche Antragspflicht auf allen Ebenen einschließlich der vielen Resolutionen, die oft niemand mehr überblicken könne, besser steuern müsse, z.B. damit, dass „auch in Ortsvereinen Mindestantragstermine“ eingehalten werden, damit die verantwortlichen Vorstände nicht ständig noch mit Initiativanträgen gegen Ende einer Versammlung eingedeckt werden können“,
- dass eine Urabstimmung einer bestimmten Zahl von Mitgliedern auf der jeweiligen Organisationsebene erzwungen werden kann, „wenn z.B. das Godesberger Grundsatzprogramm durch ein wie immer geartetes Programm ausgehöhlt oder abgelöst werden soll“,
- dass in Satzungen festgelegt wird, dass Parteiversammlungen nicht länger als 22 Uhr und auch „nicht bis in die Nachtstunden vor Sonn- und Feiertagen dauern“,
- dass die Aufstellung der Bundestags- und Landtagskandidaten durch Entscheidung aller Mitglieder erfolgen sollte und auch die Delegierten der Wahlkreis-konferenz in den Ortsvereinen durch Urabstimmungen mit Briefwahl bestimmt werden.
- Außerdem fordert er, die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte von der Bevölkerung direkt wählen zu lassen und den Bürgern die Möglichkeit zu geben, „aus den Kandidatenlisten der Parteien bei Kommunalwahlen bestimmte Kandidaten zu streichen, um gegebenenfalls andere Kandidaten begünstigen zu können.“¹⁹⁹

Diese Überlegungen zeigen wieder: Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen ist seiner Zeit voraus, denn die Direktwahl von Landräten und Bürgermeistern sowie die Möglichkeit, bei Kommunalwahlen zu kumulieren und zu panaschieren, ist z.B. in Hessen erst in diesem

¹⁹⁸ A.a.O., S. 1.

¹⁹⁹ A.a.O., S. 1.

Jahrhundert möglich, in Baden-Württemberg allerdings schon viel länger gängige Praxis. So wie er immer den direkten Kontakt zu der Bevölkerung sucht, will er auch, dass diese möglichst viel selbst entscheidet, auch wenn dadurch der Einfluss von Parteifunktionären abnehmen sollte.

Die Partei selbst müsse Zeichen des Vertrauens für die Volkspartei SPD setzen. „Wir haben Gemeinde für Gemeinde, Stadt für Stadt, Jahr für Jahr dieses Vertrauen erkämpft und wir werden es uns wiederholen, aber nur wenn wir wirklich glaubwürdig sind.“²⁰⁰

Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der HSV gegen die Linksradiكالen in der eigenen Partei kämpft, wendet er sich auch am 14. Juni 1972 unter dem Titel „Sozialdemokratie – ein klarer Begriff“ gegen die Opposition, die „jede nur erdenkliche Möglichkeit“ nutze, die SPD als ihren Hauptgegner „in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen“, indem sie unterstelle, „die SPD sei anfällig für linksextremistische Tendenzen oder Unterwanderungsversuche.“²⁰¹

Die Abwegigkeit solcher Unterstellungen lägen auf der Hand, denn gerade die SPD habe durch ihren „entschlossenen Kampf gegen den Kommunismus und andere linksradikale Strömungen entscheidend zum Aufbau und zur Festigung unserer Demokratie beigetragen.“

Er zitiert, wie so oft, dann Kurt Schumacher, der 1952 in seinem Vorwort zum Aktionsprogramm der SPD, das auf dem Dortmunder Parteitag beschlossen wurde, gesagt habe: „Bei der Abwehr des Bemühens der sowjetischen Besatzungsmacht, die Vereinigung von Sozialdemokratie und Kommunisten zu erzwingen, hat die Sozialdemokratie diesen Abwehrkampf allein geführt, ohne daß ihr von irgendeiner Seite Hilfe zuteil geworden wäre.“²⁰² Im Godesberger Programm heißt es auch, betont HSV: „Zu unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht. Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen, während die Kommunisten die Zerrissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten.“²⁰³ Dies komme ja auch bewusst im Parteinamen „Sozialdemokratie“ zum Ausdruck. Trotzdem komme es darauf an, „keinerlei Anlässe zu Mißdeutungen zu geben, die letztlich nur Wasser auf die meist leer klappernden Propagandamühlen unserer politischer Gegner leiten.“²⁰⁴

²⁰⁰ A.a.O., S. 12.

²⁰¹ FES, Box 178, Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag, S. 1.

²⁰² A.a.O., S. 1.

²⁰³ A.a.O., S. 2.

²⁰⁴ A.a.O., S. 2.

Deshalb müssten auch Sozialdemokraten in Diskussionen und sonstigen Äußerungen den eindeutigen Begriff „sozialdemokratisch“ gebrauchen statt des missverständlichen „sozialistisch“. Hier spricht wieder der Praktiker Hermann Schmitt-Vockenhausen.

Was wird hier deutlich?

1. Der Mann der Praxis und des Volkes HSV musste in einer Zeit der intensiveren Politisierung und Theoretisierung mit den jungen linken Theoretikern, die den Marsch durch die Institutionen angetreten hatten, zusammenstoßen. Da er aber seine Überzeugungen immer klar vertrat, wurde er zum Widersacher der 68er.
2. HSV zeigte sich als Mann mit Stehvermögen, der mit seiner Zähigkeit, Mut und Realitätssinn für die Interessen der Bevölkerung und die innerparteiliche schweigende Mehrheit Flagge zeigte. Er war ein streitbarer Kämpfer für die eher konservativen Positionen der SPD.
3. Es wird auch deutlich, dass HSV ein Mann des Parteiestablishments in Bonn war, der das Vertrauen der Führungsriege der SPD genoss und auch ministrabel war. Das Innenministerium fiel aber in der Großen Koalition an die CDU und wurde von Minister Lücke geführt. Zwei Briefe von Herbert Wehner (Fraktionsvorsitzender) und Helmut Schmidt (Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen) zeigen das Vertrauensverhältnis zwischen Bundes-SPD und HSV:
 - Als er wegen Arbeitsüberlastung seinen Sitz im Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung aufgeben wollte, bat ihn Wehner dringend zu bleiben, damit er seinen Einfluss und seine Anschauungen geltend machen könne.
 - Helmut Schmidt bittet ihn in einem Brief vom 20. August 1979, sich auf „gewisse innerparteiliche Querelen und Unerquicklichkeiten“ nicht einzulassen und sein Temperament nicht dazu zu benutzen, mit gleicher Münze zurückzuzahlen. Er schließt: „Wenn die Gremien und Vorstände unserer Partei wissen wollen, wie Du Dich für unsere politischen Ziele engagierst, und auch, wo dies in der Vergangenheit der Fall ist, dann kann gewiss das Parteipräsidium in solchen Fällen eine klare Antwort geben. Also laß Dich nicht verdrießen.“²⁰⁵
4. Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens Wirken, in der Region und bundesweit, kann man als sehr engagierten Kampf auf dem Weg der SPD zur Volkspartei bezeichnen.

²⁰⁵ Privatarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen.

- Er gewann Wähler der Mittelschichten.
- Die konstruktive Art als Politiker der Opposition trug dazu bei,
- ebenso seine Auseinandersetzungen mit den Linken in der SPD,
- seine im Grunde konservative Persönlichkeitsstruktur sowie
- sein Einsatz für die Menschen in seinem Wahlkreis und darüber hinaus.

4.2 Kommunalpolitik

4.2.1 Auf Bundesebene

Der heimatverbundene HSV engagierte sich zunächst in der SPD und in der Kommunalpolitik, ehe er 1953 Bundestagsabgeordneter wurde.

Doch damit gab er die Kommunalpolitik nicht auf. Auch als Bundestagsabgeordneter hatte er noch Mandate in Kreis und Stadt sowie parteipolitische Funktionen vor Ort inne. Vor allem setzte er sich als Innenpolitiker in Bonn immer für kommunalpolitische Belange ein – bis zu seinem Tode. Er beschäftigte sich u.a. mit Fragen der Verwaltungsreform zur Stärkung der Verwaltungskraft in den Gemeinden genauso wie mit der Frage der Neugliederung des Bundesgebiets. Oft wurde er gebeten, zu diesen Themen Stellung zu nehmen, zumal er Mitglied im Präsidium des Deutschen Gemeindetages war.

Anlässlich der Präsidiumssitzung des Deutschen Gemeindetages am 09. Februar 1967 in Berlin führte er ein Gespräch mit Gerhard Kunze von der Zeitschrift „Recht und Politik. Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik“. Am 10. April 1967 bittet dieser ihn erneut um einen Beitrag in dieser Zeitschrift zu o.a. Thema. Am 19. Mai 1967 schreibt HSV „Gedanken zur Verwaltungsreform im Bereich der Gemeinden“²⁰⁶. Zunächst stellt er klar, dass mit Verwaltungsreform im Bereich der Gemeinden Verwaltungsvereinfachung oder Rationalisierung gemeint sei und nicht zugleich die politische Verwaltungsreform.

Die Gemeinde ist die unterste Einheit, auf die der Staat aufbaut. „Verwaltungsreform im Bereich der Gemeinden darf daher niemals den Abbau der gemeindlichen Selbstverwaltung, sondern allein deren Stärkung und Verbesserung zum Inhalt haben.“²⁰⁷

Deshalb seien zur Verwaltungsvereinfachung im gemeindlichen Bereich natürlich die Gemeinden selbst aufgerufen.

Bund und Länder müssten mitwirken, „diese Keimzelle lebensfähig zu erhalten.“²⁰⁸ Die Finanzreform gebe jetzt dem Bund die einmalige Möglichkeit, über die Länder die Finanzkraft der Gemeinden nachhaltig und dauerhaft zu stärken. Damit werde auch die demokratische Entwicklung im Land insgesamt gestärkt. Es sei durchaus zu fragen, ob die Leistungskraft der Gemeinden zur Bewältigung ihrer Aufgaben noch ausreiche.

Dieselbe Frage könnten auch wir heute immer noch stellen.

²⁰⁶ in FES, Box 174.

²⁰⁷ A.a.O., S. 2.

²⁰⁸ A.a.O., S. 2.

In einer seiner vielen Aussprachen bei Versammlungen der kommunalen Spitzenverbände sagte er 1974 zum Thema „Mehr Demokratie durch die Gemeinden“²⁰⁹ als Vizepräsident des Bundestages und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in seiner Begrüßung, noch 1945 sei es zwar zu einer „Renaissance der deutschen Selbstverwaltung“ gekommen, doch „täuschen wir uns nicht: Heute ist es nicht mehr die Stunde der schöpferischen Kommunalpolitik, sondern heute sind es die Planungen von Bund und Ländern, die die Zukunft bestimmen und auch politisch sicher in vielen Bereichen bestimmen werden.“ Gemeinden würden zu Erfüllungsgehilfen von Bund und Ländern – fährt er in mahnenden Worten fort -, wenn nicht Gemeinden ihre Positionen verträten und eine Gegenbewegung für einen freien Raum der schöpferischen Selbstverwaltung behaupteten sowie Raum für eigene Initiativen behielten.

Man sieht, und das wird bei vielen anderen Themen ebenfalls deutlich, dass HSV weitblickend ist und viele auch heute noch brisante Probleme schon damals anpackte. Er stellte fest, dass die Aufgaben für die Gemeinden gerade im Bereich der Daseinsvorsorge, auf deren Leistungen die Bürger Anspruch haben, zunehmen, z.B. Versorgung mit Strom, Wasser, Kanalisation, Straßenbau, Verkehrseinrichtungen, Kindergärten, Schulen und sonstige kulturelle Einrichtungen. Dafür seien finanzielle Mittel und eine adäquate Organisation notwendig.

Aber: „Die (auch nur teilweise) Abwälzung der Gemeindeaufgaben auf den Staat oder andere leistungsfähigere Organe oder Einrichtungen ist abzulehnen.“²¹⁰ Eine Lösung sei vielmehr in der Gemeinde selbst zu suchen. So weist er z.B. auf Arbeitsvereinfachung durch Einrichtung zwischengemeindlicher Arbeitsgemeinschaften oder Zusammenfassung von Gemeinden hin, bei der aber die Selbständigkeit der einzelnen Mitgliedsgemeinden erhalten bleibt.

Dieses Modell ist heute z.B. in Rheinland-Pfalz verwirklicht. Auch eine neue Gemeinde durch Zusammenschluss mehrerer kleiner könne durchaus gebildet werden. Dies ist z.B. in Hessen der Fall. Meine Heimatgemeinde Weilrod mit 6800 Einwohnern besteht aus 13 Ortsteilen. HSV verweist in seinem Beitrag auf Überlegungen und Ansätze zur Verwaltungsreform der Gemeinden in verschiedenen Bundesländern hin, z.B. auf einen Zwischenbericht des rheinland-pfälzischen Innenministeriums vom 16. Februar 1966, in dem die Bildung von Gesamtgemeinden von mindestens 7500 Einwohnern in einem Umkreis von zehn Kilometern und mit höchstens 20 Ortsteilen empfohlen wird. In Niedersachsen spricht man von

²⁰⁹ Schriftenreihe des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Heft 18, in: Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt/Main 10 (625/14).

²¹⁰ FES, Box 174, S. 3.

mindestens 5000 Einwohnern und einer Entfernung zum Verwaltungszentrum von etwa sieben bis acht Kilometern.

Auch der Reformplan des Staatssekretärs im hessischen Innenministerium sieht Verwaltungszentren vor, „in denen qualifizierte Verwaltungskräfte mit arbeitssparenden Mitteln die Verwaltungsarbeit für eine Anzahl kleinerer Gemeinden nach deren Weisungen erledigen.“

Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn nahm in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1967 Empfehlungen der hessischen Sachverständigenkommission für Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung auf, in der empfohlen wird, dass sich kleine Gemeinden zur nächsten Kommunalwahl möglichst freiwillig zusammenschließen sollten. Die selbständige Gemeindevertretung solle aber auch bei Gemeinden mit nur 200-1500 Einwohnern erhalten bleiben, und zur Stärkung und Verbesserung der Verwaltungsgeschäfte könne man eine „Verwaltungsgemeinschaft“ mit einem gemeinschaftlichen Gemeindevorstand oder Bürgermeister bilden.

HSV denkt sogar daran, solche gemeindlichen Verwaltungsgemeinschaften länderübergreifend zu bilden. Wichtig ist ihm bei all diesen Überlegungen, dass bei notwendiger Stärkung der Verwaltungskraft die Vertretung der Bürger – in Hessen Gemeindevertretung und Stadtverordnetenversammlung – nicht geschwächt wird. Eine wirksame bürgerschaftliche Selbstverwaltung sei nämlich das Fundament der Demokratie. Entschieden weist er immer wieder darauf hin, dass deshalb den Gemeinden natürlich auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen müssten. Und da sieht er großen Handlungsbedarf. Die Einnahmen aus den Gemeindesteuern reichten für die Deckung der Ausgaben nicht aus. Deshalb müssten die fehlenden Mittel „hauptsächlich durch Beteiligung der Gemeinde am Aufkommen der Staatssteuern, durch Finanzausgleich und Bedarfszuweisungen aufgebracht werden.“²¹¹

Die Verteilungsregelungen in den Artikeln 106 und 107 GG seien unvollkommen und auch durch Änderungen 1955 und 1956 nicht verbessert worden. Bei der Neuordnung der Gemeindefinanzverfassung müsse die Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Gutachten über die Finanzreform vom 09. März 1967 Berücksichtigung finden. In der Diskussion war z.B. die Gewerbesteuer. Ein eventueller Abbau sollte nur dann in Betracht gezogen werden, „wenn den Gemeinden gleichzeitig ein

²¹¹ A.a.O., S. 6.

qualitativ und quantitativ besserer Ersatz durch Überlassung anderer Steuern gewährt wird.“²¹²

Beteiligung an der Einkommensteuer, der Mehrwertsteuer und Belassung der Grunderwerbsteuer, aber auch Anhebung der Grundsteuermessbeträge werden von ihm gefordert.

Schon mehrmals wurde darauf hingewiesen, dass HSV zwar ein Mann mit Grundsätzen, aber auch ein Realist war, der das Machbare möglich machen wollte.

Bei den komplizierten Fragen einer Gemeindereform und den finanziellen Überlegungen, die ja bis heute immer noch Dauerthema sind – die finanziellen Freiräume werden geringer und damit auch souveräne Entscheidungen der Gemeindevertretung eingeschränkt -, kann man auch nur schrittweise zum Erfolg kommen. In diesem Zusammenhang zitiert HSV aus dem Gutachten des Reichssparkommissars Saemisch vom 30. Juli 1932, in dem es heißt: „Die Verwaltungsreform verspricht nur dann Erfolg, wenn sie nach einem umfassenden, von einem leitenden Gedanken beherrscht wird. Das bedeutet nicht gleichzeitige Lösung oder Inangriffnahme sämtlicher Probleme. Die Größe der Aufgabe schließt dies aus. Aber unerlässlich ist es, daß die Teilreformen den gleichen Zielen zugewandt sind.“²¹³

Die Stärkung der Gemeinden und des ländlichen Raums insgesamt war ein solches Ziel für HSV. Auf der Tagung vom 14. bis 16. Juni 1977, also 10 Jahre später, in der Deutschen Landjugend-Akademie in Fredeburg referiert Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen zum Thema „Entwicklungsimpulse für den ländlichen Raum und seine Gemeinden – politische Leitlinien zur Gemeinde- und Regionalentwicklung.“²¹⁴

Eingangs nennt er als Hauptaufgabe, krisensichere Arbeitsplätze in einer lebenswerten Umwelt auf dem Lande zu schaffen. Dies seien Entwicklungsimpulse für die Menschen, nicht „das Gerede vom Dorf alter Art, [...] das ist unsere Aufgabe, das ist das Oberziel für den ländlichen Raum.“²¹⁵

Zu lange habe sich Raumordnungs- und Investitionspolitik auf die größten Städte konzentriert. Erstmals sei jetzt im Bundesraumordnungsprogramm auch eine „mittelzentrale Verdichtung“ angestrebt.

Das Grundziel sei es, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, was nur durch koordiniertes Handeln zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und den einzelnen Fachressorts gelingen kann. Der Pragmatiker HSV weist dabei darauf hin, dass „gleichwertig“ nicht

²¹² A.a.O., S. 7.

²¹³ A.a.O., S. 8.

²¹⁴ FES Box 171.

²¹⁵ A.a.O., S. 2.

prinzipiell zu verstehen sei, denn natürlich könne nicht an allen Orten völlige Gleichheit an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angeboten bestehen. Man sollte eine räumlich-funktionale Arbeitsteilung weiter aufrechterhalten, jedoch nicht so, „daß es im ländlichen Raum lediglich die gute Luft gibt.“ Ein Mehr an Gerechtigkeit erfordere nämlich urbanes Leben auch im ländlichen Raum.²¹⁶

Es müssten Maßnahmen eingeleitet werden, die sich vor allem auf die Verbesserung der Versorgungsstruktur, der Erwerbs-, Berufs- und Einkommensstruktur konzentrierten. Er spricht die Veränderungen in der Landwirtschaft an mit der Tendenz zu Nebenerwerbsbetrieben (1965: 33%; 1976: 39%) und weist darauf hin, dass diese nicht abwanderungswilligen Menschen nur dann in ihren Gebieten gehalten werden könnten, „wenn das mit der Einkommenskombination erzielbare Gesamteinkommen in etwa der Einkommensentwicklung in den Ballungsgebieten entspricht, die Pendlerzeiten nicht unerträglich lang werden und das Infrastrukturangebot einem Mindeststandard entspricht.“²¹⁷ Sehr wichtig sei deshalb eine ausreichende „Verkehrsversorgung“.

Er weist darauf hin, dass die Bundesbahn 1968 und 1976 viele Strecken eingestellt hat (2000 km und 2700 km Reiseverkehr) und durch verstärkten Einsatz von Omnibussen die Fahrzeiten aus der Mitte des ländlichen Raumes in die Mittel- und Oberzentren verlängert wurden. Eine ausreichende Verkehrsversorgung des ländlichen Raumes müsse deshalb unbedingt gewährleistet werden. Nur so lasse sich eine „Entleerung der ländlichen Zone“ vermeiden. Fast die Hälfte der Bundesbürger lebten in Gemeinden bis zu 20.000 Einwohnern, ein Fünftel sogar in Gemeinden oder Ortsteilen bis zu 2000 Einwohnern. Deshalb „sind die Probleme des ländlichen Raumes für unsere Industrienation wahrlich keine mitzubehandelnden Randerscheinungen, sondern existenzielle Fragen der Erhaltung und Stabilität unseres Staatsgefüges.“²¹⁸

HSV denkt langfristig und fordert nachhaltige Maßnahmen. Von den Zielen einer Wachstumspolitik müsse man umdenken „auf eine stabilisierende Politik, die nur als Nebenziel die Neuindustrialisierung im Auge haben kann.“²¹⁹ Qualitätsverbesserung bestehender Unternehmen oder Verlagerung in ländlichen Räumen müsse Vorrang haben. Auch er hatte, wie oben angeführt, Vorschläge für eine Gemeindereform gemacht, jetzt fordert er für das Jahr 1978 „eine erste nüchterne Bestandsaufnahme der Gemeinde- und Gebietsreform“ und den Mut zu Korrekturen. Die durch die Reformen hervorgerufene

²¹⁶ A.a.O., S. 8.

²¹⁷ A.a.O., S.10.

²¹⁸ A.a.O., S. 5.

²¹⁹ A.a.O., S. 11.

Vergrößerung der Systeme sieht er jetzt kritisch. Vor allem wendet er sich gegen zu lange Schulwege bis zu 25 Kilometern, so dass schon Kinder zu Pendlern werden. „Lassen Sie mich hier freimütig betonen, daß nur große Bildungseinrichtungen noch keine guten Bildungseinrichtungen sind.“²²⁰

Der Zusammenhang von Schule, Örtlichkeit und Nahbereich dürfe nicht verlorengehen. Immer wieder weist er darauf hin, dass es gilt, die natürlichen Lebensgrundlagen und den Erholungswert der Kulturlandschaft zu erhalten, dass es aber keine Alternative Stadt oder Land geben darf und keine „isolierten Überlegungen“ zur Förderung entweder der Agrar- oder der Wirtschaftsstruktur.

Das Angebot an Arbeitskräften müsse in den „abwanderungsgefährdeten Räumen“ wesentlich erhöht werden und auch für den Bau von Bundesfernstraßen in den ländlichen Gebieten dürften die Messzahlen für Verdichtungsgebiete nicht ausschlaggebend sein. Das Netz der „zentralen Orte“ (in der Gebietsreform geschaffen) müsse in allen seinen Stufen funktionsgerecht ausgebaut und nicht nur eine großräumige achsiale Infrastruktur Priorität haben. HSV blickt optimistisch in die Zukunft und sieht in dem Wunsch vieler Bürger nach Wohneigentum Chancen für das Land, weil es dort relativ preiswertes Bauland gibt. Er appelliert, „die schwächsten Glieder der raumordnungspolitischen Kette zu stärken. Das kommt dem Ganzen zugute.“²²¹ Und in der „Neuen Gesellschaft“ (9, 74) erinnert er daran, dass die Gemeinden die Welt sind, „in der wir die meiste Zeit unseres Lebens verbringen. Wir haben die Pflicht, diese Welt für alle wohnlich einzurichten.“

HSV, der an der politischen Willensbildung und den Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des föderalen Bundesstaates immer aktiv mitwirkte, sieht in diesem Staatsaufbau durch die Vielfalt der Meinungsbildungsprozesse eine Bereicherung der parlamentarischen Demokratie und nicht eine Komplizierung des Staatsapparates. Er beurteilt es sehr positiv, dass Länder, Kreise und Gemeinden nicht bezirkliche und lokale Untergliederungen des Gesamtstaates sind, sondern „eigenständige Gebietskörperschaften mit autonomen Regelungsbefugnissen.“ Dadurch sei eine bessere Daseinsvorsorge für die Bürger gewährleistet, weil diese im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die örtlichen Angelegenheiten mitbestimmen und mitgestalten können. Dass diese Entscheidungen allerdings nicht unabhängig voneinander getroffen werden können und dass es Abhängigkeitsverhältnisse gibt, bei denen die Kommunalpolitik einem starken Einfluss durch bundes- und landespolitische Entscheidungen unterliegt, dies sieht natürlich der erfahrene und

²²⁰ A.a.O., S. 14.

²²¹ A.a.O., S. 19.

pragmatisch denkende und handelnde Kommunal- und Bundespolitiker Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen auch.

In seinem Aufsatz „Einfluß der Bundes- und Landespolitik auf die Kommunalpolitik“ führt er dies im einzelnen aus (in „Neue Gesellschaft“ 9/74). Dabei betont er die Bedeutung der Gemeinden als ausführende Instanz²²², weil die überwiegende Mehrzahl der Bundes- und Landesgesetze, „soweit sie den Bereich der öffentlichen Verwaltung betreffen, [...] von den Gemeinden und Kreisen ausgeführt“ werden. Es sei gar nicht vorstellbar, wenn der Bund und die Länder für alle von ihnen gesetzlich geregelte Bereiche eigene staatliche Verwaltungen auf Ortsebene schaffen müssten. Es gebe ohnehin schon zu viele „Sonderverwaltungen“. Ein derartiger „Behördenschwung“ sei für den Bürger undurchdringlich, wäre mit mehr Verwaltungsaufwand verbunden und bedeute deshalb „eine unerträgliche Verschwendung öffentlicher Steuergelder.“²²³

Aber er sieht auch die starke Abhängigkeit der Gemeinden von den höheren Ebenen durch manche notwendige Beschlüsse. Er nennt z.B. Erhöhung von Regelsätzen durch das Bundessozialhilfegesetz, Anordnung des Sonntagsfahrverbots durch das Energiesicherungsgesetz, Heizölkostenzuschüsse und Freistellung von Fernspreckgebühren für einen bestimmten Personenkreis.

Viel entscheidender ist für ihn jedoch, dass durch staatliche Planung und die vom Bund und Ländern gemeinsam durchzuführenden Gemeinschaftsaufgaben der kommunalpolitische Entscheidungsspielraum beträchtlich eingeschränkt wird. Natürlich sieht er die Notwendigkeit von planhaftem Handeln und zentralstaatlichen Planungen. Nur dürfen diese „nicht zum Selbstzweck werden, weil sie den politischen Entscheidungsspielraum allzu leicht in gefährlicher Weise einzuengen vermag.“²²⁴ Dies gilt zwar für alle Ebenen, auf denen Mandatsträger den Willen der Bürger repräsentieren, für HSV stehen aber die Gemeinden im Fokus. Für sie sieht er die Gefahr, allmählich in die Rolle eines „staatlichen Planvollziehers“ abgedrängt zu werden, der lediglich das auszuführen hat, was von staatlichen Stellen geplant und in für die Gemeinden verbindlicher Weise entschieden wurde. Konsequenterweise auf immer weitere Bereiche ausgedehnt und zu Ende gedacht, müßte eine solche Entwicklung das Ende kommunaler Selbstverwaltung überhaupt bedeuten.²²⁵

Genau diese Gefahr wird auch heute von Kommunalpolitikern landauf landab schon seit Jahren gesehen und beklagt. Die Entscheidungsspielräume in den Gemeinden werden immer

²²² A.a.O., S. 719.

²²³ A.a.O., S. 720.

²²⁴ A.a.O., S. 720.

²²⁵ A.a.O., S. 720.

kleiner. Der wichtigste Grund dafür ist die komplizierte Finanzverfassung in der föderalen Bundesrepublik Deutschland. In meiner Heimatgemeinde Weilrod z.B. mit ca. 6800 Einwohnern, 13 Ortsteilen und einem Etat von 11 015 250 Euro bei den Erträgen und 11 683 350 Euro bei den Aufwendungen im Ergebnishaushalt für 2012 bleiben nur höchstens ca. 10% für die freie Beschlussfassung in der Gemeindevertretung verfügbar, alles andere ist festgelegt.

Diese „Rolle des staatlichen ‚Kostgängers‘ aber ist der gemeindlichen Selbstverwaltung absolut unbekömmlich.“²²⁶

Deshalb fordert HSV Reformen, um diesen Gefahren zu begegnen.

1. Mit am wichtigsten ist für ihn eine verbesserte Mitwirkung an der Gesetzgebung in Bund und Ländern, wie sie auch die kommunalen Spitzenverbände fordern. So sollte den Gemeinden gegenüber allen an der Gesetzgebung beteiligten Organen eine Anhörungsrecht eingeräumt werden, das im Grundgesetz und in den Landesverfassungen verankert und auch in den entsprechenden Geschäftsordnungen „näher ausgestaltet und rechtlich abgesichert werden“²²⁷ muss. Doch das genügt HSV noch nicht. Er strebt an, dass Städte und Gemeinden neben Bund und Ländern die „Dritte Säule“ in Verfassung und Verfassungswirklichkeit bilden. Wie ein roter Faden zieht sich bei dieser Thematik seine Überlegung durch Reden im Bundestag, viele Aufsätze in Zeitschriften und Interviews. Vertreter der Gemeinden sollen im Bundesrat neben den Landesregierungen mitwirken und deshalb müsse der Artikel 51 GG dementsprechend geändert werden. Dass dies nicht leicht zu erreichen ist, schätzt er natürlich richtig ein, aber er verfolgt sein Ziel hartnäckig.
2. Die Gemeinden sollen auch in den Planungsentscheidungen in den Ländern sowie der Gemeinschaftsplanung in Bund und Ländern frühzeitig beteiligt werden. Er sieht da bereits Ansätze. Kommunale Spitzenverbände sind z.B. auf Bundesebene schon in folgenden Gremien vertreten: Konjunkturrat, Finanzplanungsrat, Deutscher Rat für Stadtentwicklung, Deutscher Bildungsrat, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, Deutsche Sportkonferenz, Gemeinsamer Ausschuss für Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden, Koordinierungsausschuss für Straßenbauplanung von Bund, Ländern und Gemeinden, Ständiger Ausschuss für die zivile Verteidigung, Statistischer Beirat des Statistischen Bundesamtes, Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstes. Auch auf Länderebene wirken kommunale Vertreter in zahlreichen Planungsebenen mit. HSV erkennt dies

²²⁶ A.a.O., S. 720.

²²⁷ A.a.O., S. 721.

alles an, weist aber darauf hin, dass damit die drohenden Gefahren für die gemeindliche Selbstverwaltung keineswegs abgewendet sind. Denn: „Von einer Mitwirkung kommunaler Vertreter an Planungsentscheidungen [...] sind wir noch weit entfernt.“²²⁸

3. Ein wichtiges Feld ist in diesem Zusammenhang die Verwaltungs- und Gebietsreform. HSV erinnert an „große Opfer“, die die Gemeinden dafür gebracht haben, fordert mehr Zuständigkeiten für sie und eine „umfassende Neuverteilung aller Sachaufgaben der Verwaltung auf die verschiedenen Verwaltungsträger.“ Er verweist auf die Artikel 84, 85 GG, die dem Bund die Möglichkeit geben, in bestimmten Fällen auch im Bereich der Länder die Behörden zu bestimmen, die Bundesgesetze auszuführen haben, und schlägt vor, der Bund solle „diese Kompetenz nutzen, um das Bemühen der Länder um eine sachgerechte Funktionalreform auch im Sinne der Gemeinden zu unterstützen.“²²⁹
4. In erster Linie müssten die Gemeinden eine zügige Fortführung der Gemeindefinanzreform einfordern. Dabei sei eine bedarfsgerechte Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden anzustreben. Eine Verbesserung für die Gemeinden sei auf alle Fälle eine Verstärkung eigener Einnahmequellen und Änderungen im Rahmen des Finanzausgleichs der Länder. „Im Zeichen eines richtig verstandenen kooperativen Föderalismus müßte auch hier ein Weg gefunden werden, der den kommunalen Bereich eine seiner Bedeutung entsprechende Einflussnahme sichert.“²³⁰

Auch bei der Verbandsversammlung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes am 23. September 1977 in Karlsruhe sprach HSV zu diesem Themenbereich „Die Gemeinden im Staatsaufbau des Grundgesetzes“²³¹.

Nachdem er noch einmal hervorgehoben hat, dass die Gebietsreform kein Generalangriff auf Artikel 28 GG bedeuten dürfe und die „Allgemeinzuständigkeit der Gemeinden erhöht“ werden müsse, befasst er sich mit dem Verhältnis Landkreise und Gemeinden. Die Kreisentwicklungsplanung dürfe nicht dazu führen, „daß alle Planungen für bestimmte Bereiche verbindlich für die Gemeinden vom Kreis koordiniert werden.“²³² In diesem Zusammenhang fordert er auch eine Überprüfung der Frage der kommunalen Aufsicht der Kreise über die Gemeinden, „da sich zwischen Kreisen und Gemeinden

²²⁸ A.a.O., S. 722.

²²⁹ A.a.O., S. 723.

²³⁰ A.a.O., S. 723.

²³¹ Friedrich-Ebert-Stiftung, Box 171, S. 255ff.

²³² A.a.O., S. 258.

Konkurrenzsituationen ergeben können.²³³ Das sei natürlich nur sinnvoll, „wenn auch die Mittelinstanzen durch eine Reform gegangen sind.“²³⁴ Dieser Fragenkomplex wird noch heute kontrovers diskutiert. Stichworte sind Abschaffung der Regierungsbezirke, Verlagerung von Kompetenzen auf Gemeinden, Bildung von Großkreisen oder kreisübergreifenden Institutionen wie im Ballungsraum Rhein-Main z.B. der Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main. Die Landkreise finanzieren sich zum größten Teil durch die Kreisumlage und die Schulumlage, die von den Gemeinden erhoben werden. Wie wir heute sah HSV schon damals die Gefahr einer ständigen Erhöhung der Kreisumlage und damit einen Eingriff in die Finanzmasse der Gemeinden. HSV fordert hier eine gesetzliche Sperre, damit Artikel 28, Abs. 2 GG durch Kreistagsbeschlüsse nicht mehr und mehr ausgehöhlt und sogar umgekehrt wird. Er verlangt eine Klärung dieser Situation. Da die Gefahr bestehe, dass „schöpferische Kommunalpolitik“ von Planungen in Bund und Ländern, die die Gemeinden „nur noch zu Erfüllungsgehilfen von Bund und Ländern machen würden“²³⁵, verdrängt werde, müsse der Stellenwert der Kommunalpolitik wieder größer werden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die SPD, die ihr kommunalpolitisches Programm in diesem Sinne auf ihrem Parteitag in Mannheim beschließen wolle. Zugleich appelliert er an die Mandatsträger, mehr direkte Kontakte zur Bevölkerung zu pflegen, „damit sie diese in echtem Sinne kennenlernen und vertreten können.“²³⁶

Die zunehmende Zahl an spontanen Bürgerinitiativen und Protestaktionen ist für HSV ein deutliches Indiz für die oben geschilderte Situation. Deshalb spricht er sich auch für eine unmittelbarere Mitwirkung der Bürger aus. Voraussetzung dafür sei eine umfassende Information der Öffentlichkeit, Heranziehung von Sachverstand der Bevölkerung, Ermittlung und Gewichtung der Bedürfnisse der Menschen und die „Aktivierung der Öffentlichkeit für eine langfristige Gestaltung unserer Umwelt.“²³⁷ Zum Schluss seiner Ausführungen betont er, daß eigentlich jeder, der im Bundestag ist, „sich die Sporen bereits in der Kommunalpolitik in dem Gespräch ‚Bürger mit Bürger‘ verdient“ haben sollte.²³⁸ Dem Staat würde es nicht schaden, „wenn nur der für die Länderparlamente und den Bundestag kandidieren dürfte, der eine Legislaturperiode in einer kommunalen Körperschaft mitgearbeitet hat.“²³⁹ Hier wird sehr deutlich: HSV kommt aus der Kommunalpolitik, im Grunde bleibt er auch in seinen höchsten Positionen Kommunalpolitiker, und für seine Überzeugungen kann er auch einmal

²³³ A.a.O., S. 258.

²³⁴ A.a.O.,

²³⁵ a.a.O., S. 259

²³⁶ A.a.O., S. 259.

²³⁷ A.a.O., S. 260.

²³⁸ A.a.O., S. 260.

²³⁹ A.a.O., S. 260.

über das Ziel hinausschießen, denn eine solche Vorschrift ist keinesfalls mit den freiheitlichen Bestimmungen vereinbar. Nach meiner Meinung hat dieser Vorschlag deshalb auch eher den Charakter einer Aufforderung an die Parteigremien, bei der Kandidatenaufstellung diese Qualität „erfahrener Kommunalpolitiker“ zu berücksichtigen, weil in Weimar und in Bonn immer schon gerade Kommunalpolitiker „den Weg in die höchsten Organe des Bundes und der Länder fanden.“²⁴⁰

Der durch und durch der Freiheit verpflichtete HSV lehnt natürlich das imperative Mandat ab und gerade deshalb setzt er sich für eine stärkere Mitwirkung der Bürger beim politischen Entscheidungsprozess ein.

Die Städte und Gemeinden selbst, so fordert der bekannte Bundestagsabgeordnete, Vizepräsident des Bundestages und Vorsitzende des Städte- und Gemeindebundes weiter, müssten auch an bundespolitischen Entscheidungen mitwirken (siehe oben). Er beklagt, dass das Grundgesetz durch eine „Kommunalabstinenz“ gekennzeichnet sei. „Das Grundgesetz sperrt die Gemeinden von einer echten Mitwirkung aus.“ Die Zeitung „Hannoversche Allgemeine“ führte am 21. Juni 1974 ein Gespräch mit ihm und veröffentlichte es unter der Überschrift „Städtevertreter in den Bundesrat?“²⁴¹ HSV argumentierte, der Bundesrat sei gar „keine echte zweite Kammer“, weil nur jeweils die Regierungsparteien der Bundesländer dort vertreten seien. Er empfiehlt deshalb einen Umbau des Bundesrates, in dem dann die Landesregierungen eventuell auch die Landtage und die Vertreter der Städte und Gemeinden eine zweite Kammer bilden, und schlägt vor, den Artikel 51 GG folgendermaßen zu ändern: „Der Bundesrat besteht aus Mitgliedern der Regierungen der Länder und drei kommunalen Mitgliedern. Die Mitglieder der Regierungen der Länder werden durch diese bestellt und abberufen, die kommunalen Mitglieder und ihre Vertreter auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene durch die Ländervertreter im Bundesrat gewählt und abberufen. Die Mitglieder der Landesregierungen können durch andere Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden.“²⁴²

Die kommunalen Mitglieder sollen ein Antragsrecht haben und in den Ausschüssen voll mitarbeiten können. Der Artikel 52 GG soll in diesem Sinne ergänzt werden. HSV erhofft sich dadurch Gesetze, die praxisnäher, sprachlich verständlich sind – verstehen müsse es der Außenstehende und nicht nur der Fachmann – und die praktikabler und kostengünstiger für Gemeinden von der Verwaltung umgesetzt werden.

²⁴⁰ A.a.O., S. 260.

²⁴¹ Friedrich-Ebert-Stiftung, Box 180, Pressedokumentation Deutscher Bundestag vom 22.Juni 1974, S. 1.

²⁴² A.a.O., S. 1.

HSV weiß natürlich, dass es Beteiligungsformen für die Gemeinden schon gibt, z.B. bei der Regionalplanung, und in einzelnen Bundesländern ausdrücklich Anhörungsrechte der Kommunen festgelegt sind, aber das genügt ihm nicht. „Den Städten und Gemeinden geht es aber darum, in allen Bereichen neben Bund und Ländern umfassend Mitverantwortung zu tragen.“²⁴³ In der bestehenden Enquete-Kommission Verfassungsreform will er sich für seine Vorschläge stark machen. Ob die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht werden kann, schätzt die „Hannoversche Allgemeine“ zurückhaltend ein, weil die SPD-Fraktion sich erst mit den Vorschlägen befassen wolle, wenn sie in der Enquete-Kommission „vorbehandelt“ worden seien und die CDU/CSU-Opposition sich in dieser Frage noch sehr zurückhaltend verhalte.“²⁴⁴

Die Überlegungen HSV's von der „Dritten Säule“, der im Grundgesetz festzuschreibenden unmittelbaren Mitwirkung der Gemeinden im Gesetzgebungsverfahren, werden also mit den Jahren immer konkreter, ausgehend von den Hinweisen über die Bedeutung der Gemeinden, der daraus resultierenden Notwendigkeit der Stärkung ihrer Verwaltungskraft und der damit verbundenen Verwaltungs- und Gebietsreform bis hin zum Umbau des Bundesrates durch eine Grundgesetzänderung. Er setzt sich in den 70er Jahren als Vizepräsident verstärkt dafür ein.

Das Thema „Stärkung der Gemeinden“ zieht sich also ebenso wie die „Öffnung der SPD zur Volkspartei“ als roter Faden von Anfang bis zu Ende durch das politische Wirken „HSV's“. es ist zugleich ein wichtiges Thema der Innenpolitik, dem Politikfeld, auf dem HSV hauptsächlich arbeitete, das ihn besonders prägte, auf dem er zum wichtigen Bundespolitiker wurde und das in erster Linie seinen Nachruhm begründet.

²⁴³ A.a.O., S. 2.

²⁴⁴ A.a.O., S. 2.

4.2.2 Auf kommunaler Ebene

Beim Wirken HSV's in der Kommunalpolitik ging es ihm auf Bundesebene immer ums Grundsätzliche, und das war die Stärkung der Gemeinden. Er setzte sich – wie oben ausgeführt – für möglichst viel Kompetenzen für sie ein – und damit so viel Unabhängigkeit wie möglich – und für eine gute finanzielle Ausstattung. Den Bürgern versicherte er, durch Anträge und viele Anfragen auch bei Kleinigkeiten im Alltag als Bundestagsabgeordneter zu helfen.

Das tat er auch als Kommunalpolitiker vor Ort, war er doch Vorsitzender des Kreistages im Main-Taunus-Kreis und auch Stadtverordneter von Bad Soden. Doch hier vor Ort standen innerparteiliche Auseinandersetzungen in ganz unmittelbarem Zusammenhang mit kommunalpolitischen Entscheidungen.

Eine solche war die Wiederwahl des Landrats Dr. Valentin Jost. Mit 26 gegen 20 Stimmen wurde er am 28. Dezember 1973 im Kreishaus Frankfurt-Höchst – dort befand sich damals das Landratsamt für den Main-Taunus-Kreis – gewählt.²⁴⁵

Vor der Abstimmung tat sich die Kluft innerhalb der Main-Taunus-SPD noch einmal in aller Deutlichkeit auf. Eine Gruppe um den Hattersheimer Bürgermeister Norbert Winterstein, Fraktionsvorsitzender im Kreis und Nachfolger von HSV als UB-Vorsitzender, wollte die Wiederwahl Josts verhindern. Doch auf Antrag der CDU wurde er gewählt. „Lauter Beifall bei Zuhörern“ vermerkt das Protokoll. Vor der Wahl Josts hatte es schwere Auseinandersetzungen in der SPD-Fraktion gegeben, die in folgenden Schritten verliefen:

1. Ursprünglich hatte Jost auf Druck der Gruppe um Norbert Winterstein eine Verlängerung seiner Amtszeit abgelehnt.
2. Daraufhin stellten SPD und FDP gemeinsam den Antrag auf Ausschreibung aller hauptamtlichen Stellen im Kreisausschuss. Damit hatte Norbert Winterstein alle Weichen für seine eigene Wahl zum Landrat gestellt.
3. Dr. Jost gab aber vor der Presse zu erkennen, dass er nicht freiwillig verzichtet hatte.
4. Die Mehrheit der CDU-Fraktion zwang ihren Vorsitzenden Dr. Winfried Stephan, Kelkheim, die Initiative zu ergreifen. Daraufhin stellte die CDU den Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung des Kreistags mit dem Tagesordnungspunkt „Wiederwahl des Landrats Dr. Jost“.

²⁴⁵ FES Bonn, Nachlass HSV, Ordner 198A.

5. Das war der Beginn eines offen ausgetragenen Streits in der SPD zwischen der Gruppe um Norbert Winterstein und der Gruppe um HSV, der dem seit acht Jahren amtierenden Dr. Jost die Stange hielt.
6. Nun versuchte die Winterstein-Gruppe mit allen Mitteln, den CDU-Antrag zu unterlaufen und den Kreistagsvorsitzenden Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen zu veranlassen, „die Tagesordnung entsprechend zu gestalten.“
7. Verlauf der Kreistagssitzung:
 - Karl Klein aus Eppstein trug im Namen des Kreistagsvorstands vor, als Punkt 1 die Wiederwahl Dr. Josts zu behandeln und dann erst den Antrag auf Ausschreibung.
 - Norbert Winterstein war dagegen.
 - Dr. Stephan (CDU-Fraktionsvorsitzender) argumentierte, der Antrag auf Wiederwahl sei der weitergehendere.
 - Die offene Abstimmung über diese Frage zeigte bereits einen gewissen Trend (bei der SPD), denn nur 7 von 28 SPD-Kreistagsabgeordneten stimmten für den Vorschlag des Kreistagsvorstands auf Wiederwahl von Landrat Dr. Jost.
 - Daraufhin unternahm die Winterstein-Gruppe noch einmal einen Versuch. Konrad Treber sagte: „Ich stimme nicht gegen Dr. Jost, sondern dafür, daß seine Familie einen gesunden Vater behält.“ Dann trat Norbert Winterstein ans Rednerpult und in „höchster Erregung“ behauptete er, gegen ihn laufe eine von HSV inszenierte Pressekampagne. Es folgten noch andere Angriffe gegen HSV. Dies zeigt, wie tief der Riss in der Main-Taunus-SPD wegen der Landratsfrage war. Der CDU warf Winterstein vor, sie wolle durch ihren Antrag auf Wiederwahl Dr. Josts die SPD in die Zerreißprobe drängen. Das sei auch insofern gelungen, als der Kreistagsvorsitzende Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen nicht mehr in den Fraktionssitzungen erscheine und nur noch schriftlich mit ihm verkehre.
 - Die geheime Wahl brachte für die Winterstein-Gruppe dann eine unerwartet hohe Niederlage (siehe oben).
 - Bei den anschließenden Gratulationen für Dr. Jost sprach Josef Giebitz, Schwalbach, für die SPD-Fraktion und forderte dazu auf, das Ergebnis zu respektieren und mit Landrat Dr. Jost zum Wohle des Kreises zusammenzuarbeiten.

Zu dieser Sondersitzung des Kreistages waren übrigens Abgeordnete aus dem Urlaub eingeflogen worden. An diesem Aufwand sieht man die Bedeutung dieses Ereignisses für die

Handelnden. Sehr aufschlussreich sind auch die Berichterstattung und Kommentare der Presse. Darin wurde u.a. hervorgehoben, dass Landratskandidat Norbert Winterstein die persönlichen Querelen der SPD „in noch nicht erlebter Form“ in die Öffentlichkeit getragen habe. Sein Hauptziel sei der Kreistagsvorsitzende Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen gewesen. Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb schon vor diese Kreistagssitzung am 22. Dezember 1973: „Von der linken Gruppe, zu der auch Hubert Borns, Dr. Winckler und Alfred Maul gezählt werden, würde die Landratsfrage zum politischen Kampf gegen Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen umfunktioniert.“

Übrigens hatte Norbert Winterstein, als es 1972 um die Bundestagskandidatur HSV's ging, noch an seiner Seite gestanden. HSV nahm bei diesen Auseinandersetzungen gelassen die „Brandreden“ hin. Laut „Frankfurter Rundschau“ vom 28. Dezember 1973 sagte er „Drohungen beeinflussen mich nicht“, ein Indiz für seine lebenslange Standfestigkeit. Sein Ausspruch „Niemand braucht sein Gesicht zu verlieren“ zeigt aber auch, dass ihm daran gelegen ist, zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen.

Dr. Josts Wiederwahl beschäftigte bei diesem Ablauf schon im Vorfeld und auch nachher Gutachter auf allen Ebenen. So schrieb der Hessische Landkreistag am 17. Dezember 1973 an den Vorsitzenden des Kreistages im Main-Taunus-Kreis Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (ursprünglich war die Sitzung für den 21. Dezember 1973 vorgesehen): „Gegen die Einberufung einer Kreistagssitzung auf den 21.12.73 mit vorgesehener Tagesordnung besteht das Bedenken, daß nach den §§ 32 HKO in Verbindung mit 58, Absatz 3 HKO eine Abkürzung der Ladungsfrist diese Wahlsitzung nicht möglich erscheint.“ Das heißt, eine Verkürzung einer Ladungsfrist ist natürlich grundsätzlich möglich, nur nicht, wenn Wahlen auf der Tagesordnung stehen. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages, Fachbereich III (Recht und Inneres) schreibt in seinem Gutachten: „Die Wiederwahl von Landrat Dr. Jost ist bis zum 31.12.1973 nach dem „Vorschaltgesetz“ möglich, das als „lex specialis“ der Ausschreibungspflicht ebenso vorgeht wie der bereits verbrauchten Möglichkeit einer Verlängerung der Amtszeit des Landrats. Das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs – II OE 30/68 – vom 16.10.68 bestätigt diese Rechtsauffassung.“²⁴⁶

Das Thema Wiederwahl des Landrats Dr. Jost beschäftigte die Heimatpresse noch die ersten Monate des Jahres 1974. Das „Rüsselsheimer Echo“ berichtete über Äußerungen des SPD-Mitgliedes Gerd Mehler bei der SPD-Jahreshauptversammlung, der die Landratswahl als

²⁴⁶ A.a.O., Box 198A.

„Sieg über den Versorgungssozialismus“ bezeichnet hatte,²⁴⁷ die Schlagzeile im „Raunheimer Echo“ vom 08. Januar 1974 lautete: „Wieviel Abweichler bei der SPD? Gerd Mehler zur Wiederwahl von Dr. Jost“, und in der „Mainspitze“ vom 12./13. Januar 1974 wurde ein Parteiordnungsverfahren gegen „HSV“ angekündigt.²⁴⁸

Die „Frankfurter Rundschau“ vom 02. Januar 1974 hatte schon Kritik an Norbert Winterstein geübt und meinte, „ein Spiel mit offenen Karten“ wäre für die SPD besser gewesen. „Man bräuchte ja nicht, wie Hermann Schmitt-Vockenhausen, fast jeden Gedanken, jede Anfrage und Überlegung der staunenden Öffentlichkeit mit Hilfe eines weitgefächerten – und nicht ganz billigen – Verteilungssystems mitzuteilen, was der „HSV“ fast zuviel des Guten treibt, machen Fraktions- und UB-Vorstand der Main-Taunus-SPD zu wenig.“²⁴⁹

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 04. Januar 1974 wurde über Dankesbriefe, z.B. von Josef Schmidt, an HSV für seinen Einsatz bei der Landratswahl berichtet. In der „Frankfurter Rundschau“ vom 17. Januar 1974 kann man unter der Überschrift „Josts Wiederwahl ist ein Sieg der Demokratie“ lesen, dass Erich Bolz, SPD-Stadtverordneter in Flörsheim und Vorsitzender der Sektion Wicker (Stadtteil von Flörsheim), der früher zeitweise Mitglied eines „Freundeskreises“ gegen HSV war, sich jetzt gegen Mehler „verwahrte“, der mit Norbert Winterstein gegen die Wiederwahl Dr. Josts gestimmt hatte. Er lobt die SPD-Kreistagsabgeordneten, die Dr. Jost ihre Stimme gegeben hatten. In der SPD müsse es noch möglich sein, unbeeinflusst seine Meinung sagen zu können. Wer verlange, dass sich SPD-Mitglieder nur noch in einer Reihe aufstellen dürften, um die Meinung des Parteiführers zu stützen, arbeite an der Abschaffung der Demokratie in diesem Land.

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 16. Januar 1974 wird in der Rubrik „Aufgespießt“ der Bruder Norbert Wintersteins, Horst Winterstein, zitiert: „So, jetzt hat er dich aber schön ausgezogen“, sagte er zu seinem Bruder Norbert, und meint HSV. Die Vorkommnisse bei der Wahlsitzung des Kreistages am 28. Dezember 1973 wurden natürlich auch in der Fastnachtszeit im Februar 1974 karnevalistisch kommentiert: „Wir begrüßen unseren wiedergeborenen Landrat“. Jubelnder Beifall für Dr. Jost. „Uns ist ein Winterstein vom Herzen gefallen. Norbert der Starke, kennt den einer?“²⁵⁰

„Wachsamer Basis“ heißt die Überschrift eines Artikels im „Höchster Kreisblatt“ vom 12. Februar 1974. „Als Hauptschuldigen jener Affäre, die der Partei in der öffentlichen Meinung Schaden zugefügt hat, richtete das Schwalbacher Tribunal (Unterbezirksparteitag der SPD)

²⁴⁷ FES, Box 198 A.

²⁴⁸ A.a.O.

²⁴⁹ A.a.O.

²⁵⁰ A.a.O.

HSV, der seinen Ehrenvorsitz im Unterbezirk verlor und, was noch bemerkenswerter ist, nach 28 Jahren seine Vertrauensbasis im Main-Taunus-Kreis zeitweise etwas schmaler wurde. Schon am Tag vorher, am 11. Februar 1974, hatte dieselbe Zeitung die Schlagzeilen gebracht: „SPD sucht Klarheit in der Affäre Landratswahl. Harte Debatte über Schuld und Sühne. HSV verliert Ehrenvorsitz – Tadel für Winterstein.“ Am gleichen Tag beschwert sich HSV in der „Frankfurter Neuen Presse“ mit Kopie an das „Höchster Kreisblatt“ über ihre Berichterstattung bei der o.a. UB-Konferenz Reden, die Norbert Winterstein unterstützten, würden ausführlich gebracht, seine eigene Aufforderung an die Konferenz, „das Zwielficht durch ein Parteiordnungsverfahren“ gegen sich zu beseitigen, fehlten in der Berichterstattung. Außerdem sei er falsch zitiert worden, obwohl sein Redetext an die Presse verteilt worden sei. Er gehe jetzt davon aus, dass sein Brief an Bürgermeister Karl Reinke, Sulzbach, richtig veröffentlicht werde.

Zu den Nachwehen der Landratswahl gehört auch ein Gerichtsurteil. Die „Frankfurter Neue Presse“ berichtet am 06. März 1974 darüber unter der Überschrift „HSV erwirkt Verfügung gegen SPD-Politiker“. Es handelt sich um den stellvertretenden UB-Vorsitzenden Wolfgang Winkler aus Hofheim. Ihm untersagt die 3. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt am Main „bei Meidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haft bis zu sechs Monaten“ die Behauptung aufzustellen, HSV habe dem Sulzbacher Bürgermeister Reinke, den Bürgermeisterposten in Bad Soden angetragen, um Reinke damit für die Wiederwahl von Landrat Dr. Jost zu gewinnen. Auch der Student und Juso Bernd Möller aus Bad Soden hatte gesagt, im Vorfeld der Landratswahl hätten mehrere SPD-Kreistagsabgeordnete von Telefonanrufen HSV's berichtet. Dieser betreibe „Telefondiplomatie“. HSV stellte daraufhin Strafanzeige gegen Möller („Frankfurter Rundschau“, 18. Februar 1974). Der oben erwähnte Winkler (stellvertretender UB-Vorsitzender) stellte sich auf der UB-Konferenz am 09. Februar 1974 in Schwalbach vor den Studenten. „Das Vorgehen HSV's gegen den jungen Studenten, der lediglich als Überbringer einer kollektiv formulierten Presseerklärung fungiert habe, sei erschreckend. In unerträglicher Weise werde Druck auf einen Schwächeren ausgeübt, indem Strafanzeige gestellt und eine Buße von 150 DM an die Arbeiterwohlfahrt gefordert werde.

Schlagzeilen zu dieser Angelegenheit waren am 18. Februar 1974 in der „FAZ“: „Winkler widerruft nichts“, im „Höchster Kreisblatt“ vom 18. Februar 1974: „Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen kontra Möller“, „HSV erstattet Strafanzeige“, Jusos: „Einschüchterungsversuch“, in der „Bad Sodener Zeitung“ am 21. Februar 1974 zu einer Sondersitzung des SPD-Vorstands Bad Soden: „Bad Sodener SPD-Vorstand garantiert: Die

Arbeiterwohlfahrt Bad Soden bekommt 150,- DM.“ Außerdem lädt der Vorstand alle Beteiligten zu einer Sondersitzung für den 28. Februar 1974 in die Trinkhalle Bad Soden „zum Ausdiskutieren“ ein. Alle Besucher haben einen Solidaritätsbeitrag von 2,- DM für die „AWO“ zu entrichten. Sollten weniger als 150,- DM eingehen, „was bei der Brisanz des Themas kaum zu erwarten sein dürfte, so zahlen Mitglieder des Parteivorstandes den Rest aus eigener Tasche.“ Übrigens fanden alle gut, dass HSV die Spende an die AWO vorgeschlagen hatte.

HSV gab in dieser Angelegenheit eine Eidesstattliche Erklärung ab, KA-Mitglied Waldemar Wolf, OV-Vorsitzender in Hochheim, fordert, HSV nicht nach dem Glanz seiner Ämter zu beurteilen, denn dieser sei der einzige Bundestagsabgeordnete, der von den Opelarbeitern noch akzeptiert werde, und ein Befürworter Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens aus dem Kreistagsvorstand sagte: „Was ist eigentlich passiert? Ein tüchtiger Landrat sollte in die Wüste geschickt werden. Man sollte ruhig mal auf die Stimme des Volkes aus der Fassenacht hören.“²⁵¹

Die Angelegenheit Wiederwahl von Landrat Dr. Jost wurde deshalb relativ ausführlich dargestellt, weil doch einiges deutlich wird:

1. HSV steht wie ein Fels in der Brandung.
2. HSV kann auch zurückschlagen.
3. In der Politik geht es oft um persönliche Macht, weniger um die Sache.
4. Dabei scheut man sich auch nicht vor Intrigen.
5. HSV ist über viele Jahre, eigentlich auf seiner ganzen politischen Wegstrecke, fast ein von Jusos und anderen Linken, besonders aus Südhessen, Gejagter, der sich aber immer behauptete und seine Entscheidungen immer zugunsten des Zieles SPD als Volkspartei fällt.

Es wurde schon oben gesagt, dass sich HSV auf kommunaler Ebene um ein breitgefächertes Spektrum von örtlichen Angelegenheiten kümmerte, indem er Anfragen an den Kreisausschuss oder Anträge im Kreistag stellte (von Anfragen im Bundestag wurde schon unter 4.2.1 einiges ausgeführt). Außerdem nahm er viele Verpflichtungen bei Festen oder Einweihungen wahr. So berichtet die „Hofheimer Zeitung“ am 11. Januar 1975 mit Bild über eine Veranstaltung der Jugendfeuerwehren am 07. Juni 1975 auf dem Sportplatz von

²⁵¹ A.a.O., Box 196.

Diedenbergen unter der Überschrift: „Wo die Jugend ist, darf Dr. Schmitt-Vockenhausen nicht fehlen.“ (a.a.O., Box 196, auch die folgenden Ausführungen).

Wie schon ausgeführt wurde, sind die Gemeinden für HSV die Grundlage der Demokratie. Deshalb setzt er sich immer wieder bei jeder sich bietenden Gelegenheit für ihre Stärkung ein. So berichtet die „Hofheimer Zeitung“ am 22. März 1975 unter den Schlagzeilen: „HSV bricht eine Lanze für die Gemeinden“ und „HSV: Kreise sind nicht Vormund“, Kompetenzkonkurrenz belastet und schafft Reibungsflächen. Gemeinden dürften nach der Gebietsreform nicht weniger Kompetenzen haben.

HSV schreibt auch an SPD-Genossen von Ortsbezirken und erhält Antwort z.B. vom Vorsitzenden des OB Hofheim-Langenhain, Erich Nickel, der von „Zerrissenheit“ der SPD spricht, weil die Jusos weit über das Godesberger Programm hinausgehende Forderungen stellten, z.B. Vergesellschaftung der Banken und Produktionsmittel. „Jeder muß jetzt Position beziehen. Man kann das Feld nicht wenigen überlassen.“ Darin stimmen die Genossen HSV und Nickel überein.

Am 25. Oktober 1975 richtet HSV eine Anfrage an den Kreisausschuss „betreffend Verkehrsverbindung Wiesbaden-Wallau“, „Welche Möglichkeiten sieht der KA, um sicherzustellen, daß die Bürgerschaft von Wallau durch die am 1.1.72 wirksam werdende Gebietsreform im ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) mit der Landeshauptstadt Wiesbaden keine Nachteile hat.“

Bezeichnend für ihn ist, dass er hier von „Bürgerschaft“ spricht, nicht einfach von „Wallau“, denn er spricht immer von „Menschen“ oder „Bevölkerung“. Um diese geht es ihm.

Auch die „Oekumenische Arbeitsgruppe für Umweltschutz im Main-Taunus-Kreis“ wendet sich an ihn wegen der „Mißbildungsstatistik“ im Zusammenhang von Errichtung von Kernkraftwerken und einer geplanten Gondelbahn zum Großen Feldberg. Die Information der Bürger ist HSV sehr wichtig, deshalb gibt er regelmäßig Arbeitsberichte, z.B. auch über viele Vorlagen von Landrat Dr. Jost, die 1975 im Kreistag beraten und beschlossen wurden, - wie Baumaßnahmen, Schulen, Schulbauprogramm, Fluglärm, Neuorganisation der Staatsforstverwaltung und Bevölkerungsstatistik im Main-Taunus-Kreis, der am 31. Dezember 1974 insgesamt 213.314 Einwohner hatte. Davon lebten in Bad Soden 10.360, in Vockenhausen 2314 und im kleinsten Ehlhalten 952.

Am 12. September 1975 informiert HSV die Bürger über das Thema: „Warum ist innerparteilicher Wahlkampf für die Kandidatenaufstellung nötig?“ Er spricht sich dafür aus, diesen sachlich zu führen.

Am 26. Juni 1975 betont HSV, die Tätigkeit als Abgeordneter sei kein Beruf im üblichen Sinne, sondern „es ist ein auf Vertrauen des Wählers beruhendes Mandat auf Zeit.“²⁵² Am 04. Juni 1975 betont er: „Die Sozialdemokraten im Main-Taunus-Kreis stehen zum Godesberger Programm.“ Dass man dies immer noch betonen muss, zeigt, dass die Diskussionen über das Programm weitergehen, wenn auch nicht in der Heftigkeit, wie oben (4.1) dargelegt.

Ein Jahr nach dem Tod Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens schrieb der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Dr. Horst Waffenschmidt (CDU) an seine Witwe Ruth Schmitt-Vockenhausen folgende Zeilen: „Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen hat Maßstäbe gesetzt und Impulse gegeben, die noch heute fortwirken. Sein Einsatz für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist unvergessen. Beispielhaft war sein Einsatz für mehr Bürgernähe in der Politik. Aus seiner Verantwortung vor Gott und dem Nächsten wuchs ein wesentliches Stück der menschlichen Verbundenheit, die es für ihn auch über Parteigrenzen hinweg gab. Gerade auch in dieser Haltung lebt sein Vermächtnis fort. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund dankt in diesen Tagen Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen noch einmal für seinen beispielhaften Einsatz.“²⁵³

Damit ist sein Wirken in und für die Kommunalpolitik auf allen Ebenen und in vielfältiger Weise sehr gut charakterisiert. Auch ich sehe dies so.

²⁵² Alle Zitate A.a.O., Box 182.

²⁵³ FES, Box 2.

4.3 Innenpolitik

Es wurde schon weiter oben betont, dass für HSV innenpolitische Fragestellungen aller Art im Zentrum seiner Arbeit standen. Besonders intensiv gestalteten sich für ihn die Notstandsgesetzgebung und die Wahlrechtsdiskussion in den 1960er Jahren.

4.3.1 Die Notstandsgesetzgebung

Die Notstandsgesetzgebung bestimmte in besonderem Maße die parlamentarische Arbeit des Vorsitzenden des Innenausschusses im Bundestag Hermann Schmitt-Vockenhausen. Die Regelung dieses wichtigen Problems vollzog sich in mehreren Etappen, die nun dargestellt werden. Sodann werden die inhaltlichen Schwerpunkte herausgearbeitet und die Arbeitsweise HSV's wird charakterisiert.

1. Verlauf

1.1 1.Phase

„Die Forderungen von Bundesinnenminister Schröder (CDU), das Bundesamt für Verfassungsschutz in „Staatssicherheitsamt“ umzubenennen und ihm das Recht der polizeilichen Exekutivgewalt zu geben, offenbart einen erschreckenden Mangel an Verständnis für die Grundlagen des Rechtsstaats“, erklärte HSV am 03. November 1958 in Ergänzung einer scharfen Ablehnung der SPD-Fraktion auf den Vorschlag Schröders, den dieser auf dem Kongress der Gewerkschaft der Polizei in Stuttgart am 30. Oktober 1958 gemacht hatte.²⁵⁴

Am 09. Oktober 1959 warf HSV Schröder in einer Antwort auf dessen Rede im NDR/WDR über die Notstandsgesetzgebung nach dem „ersten verunglückten Versuch zur Polarisierung seiner Notstandsgesetzgebung“ in seiner Stuttgarter Rede und der Brüskierung der Länder durch sein Bundesrundfunkgesetz nunmehr eine Missachtung des Artikels 79 GG (2/3-Mehrheit für grundgesetzändernde Gesetze) ausgerechnet durch den Verfassungsminister vor.²⁵⁵

Am 20. November 1959 berichtete HSV an Ollenhauer, Arndt, Eler, Menzel und Mommer über Gespräche einer Arbeitsgruppe des Innenausschusses in Paris mit Nato-Vertretern, u.a. mit General Norstad, und stellt Gegensätze zu den Wünschen des Bundesinnenministers fest.

²⁵⁴ FES, Bestand SPD-BT-Fraktion, 3. Wahlperiode, Box 243.

²⁵⁵ FES, a.a.O., Box 243, Pressestelle SPD-BT-Fraktion.

Das Ergebnisprotokoll einer Sitzung der Arbeitsgruppe Notstandsgesetzgebung der SPD am 09. Dezember 1959 weist HSV als Teilnehmer neben Fritz Erler, Adolf Arndt, Gerhard Jahn, Walter Menzel, Hans Merten, Friedrich Schäfer und Karl Wittrock aus.

Das heißt also:

HSV wirkte schon in dieser ersten Phase der Diskussion über eine Notstandsgesetzgebung im Führungsteam der SPD-Fraktion mit. Die Vorlage des Innenministers Gerhard Schröder (CDU) wurde als untragbar angesehen und nicht einmal als für eine Diskussionsbasis tauglich abgelehnt, vor allem aus drei Gründen:

- Es würde nicht zwischen äußerem Notstand, den auch die SPD geregelt wissen wollte und mit ergänzenden Bestimmungen durchaus für beschlussfähig hielt, und innerem Notstand unterschieden, der nach Meinung der Opposition im großen und ganzen mit den vorhandenen Vorschriften bewältigt werden konnte.
- Es gibt die Möglichkeit des Missbrauchs von Ausnahmebestimmungen, z.B. bei Streiks.
- Das Abrücken von der parlamentarischen Verantwortung zugunsten der Exekutive. Für die SPD ist eine Notstandssituation eben nicht die Stunde der Exekutive.

Hermann Schmitt-Vockenhausen achtete seit Beginn der Diskussionen über eine Notstandsgesetzgebung sehr kritisch darauf, dass die Bundeswehr nicht bei einem inneren Notstand zum Einsatz kommen darf. Schon Dr. Schröder sei aber in seinem Gesetzesentwurf über den Tatbestand des Art. 91 GG hinaus nichts anderes eingefallen, als eben dieser Bundeswehreinsatz. „Auch Hoecherl ist den Nachweis, daß Art. 91 GG alle denkbaren Fälle einer inneren Gefahr nicht ausreichend erfasse, schuldig geblieben.“²⁵⁶

HSV ist im Gegensatz zu den CDU-Innenministern der Meinung, dass der Artikel 91 GG innere Notstandssituationen abdeckt. „Konkret gesagt: sie wollen den Einsatz der Bundeswehr im Innern und versuchen das mit Notwendigkeiten zu begründen, die sehr weit hergeholt und bei näherer Betrachtung durch Art. 91 GG auch bereits ausreichend berücksichtigt worden sind.“²⁵⁷ Es genüge vollauf, den Artikel 91 GG noch einmal ausdrücklich zu bestätigen oder seinen wesentlichen Inhalt unverändert in ein neues Notstandsgesetz als den Zustand der inneren Gefahr zu übernehmen. Gegen den Einsatz von Kräften der Bundeswehr bei Naturkatastrophen hätten allerdings auch bei der SPD nie Bedenken bestanden. Solche Katastrophen seien aber auch kein Zustand innerer Gefahr im Sinne der beabsichtigten

²⁵⁶ Bericht in „Der Freiheit“, Mainz, vom 30. April 1962, FES, Bestand SPD-BT-Fraktion, 4. Legislaturperiode, Box 79, S. 5 des Artikels.

²⁵⁷ A.a.O.

Notstandsregelung. Der Einsatz der Bundeswehr bei Naturkatastrophen soll deshalb zweckmäßigerweise außerhalb des Notstandsgesetzes geregelt“ werden. Dabei solle auf „eine Unterstellung der Bundeswehr unter die Befehlsgewalt ziviler Stellen (Landesinnenminister pp.)“ Wert gelegt werden.²⁵⁸

Umgekehrt wehrt sich Hermann Schmitt-Vockenhausen gegen Versuche, bei äußerer Gefahr, also dem Verteidigungsfall, „der Polizei den Status von Kombattanten zu geben.“ Ein Gesetzesentwurf „über den Kombattantenstatus für die Beamten des Bundesgrenzschutzes ist ein gefährlicher Anfang.“²⁵⁹ Er beweise die Berechtigung „unseres Mißtrauens.“ Denn die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland gegen militärische Angriffe von außen sei eine Aufgabe der Soldaten. „Nur der Soldat genießt den Schutz der Genfer Konvention und hat nach internationalem Recht den Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangener.“²⁶⁰

Doch der Realist HSV sieht auch, dass es im Verteidigungsfall eigentlich keine Abgrenzung „zwischen einem Zustand der inneren und äußeren Gefahr geben“ kann. „Davon sollte man von vornherein ausgehen.“²⁶¹ Die Polizeibeamten dürften dann aber mit Recht erwarten, dass es eine einwandfreie völkerrechtliche Regelung geben müsse, „das heißt, sie legen ihre Polizeiuniformen ab und ziehen dafür die Uniform des Soldaten an. Das für die Sicherheit der Bundesrepublik Notwendige zu tun, ohne dabei auch nur für die Polizei zweifelhafte Wege zu beschreiten, sollte Richtschnur für die Entscheidung unserer Fraktion sein. Von den anderen hat die Polizei sowieso nichts zu erwarten.“²⁶²

Auch bei diesen Überlegungen Hermann Schmitt-Vockenhausens wird einmal mehr deutlich, wie intensiv er sich mit der Materie auseinandersetzt, wie er verschiedene Situationen gedanklich durchspielt und wie wichtig ihm der Einsatz der Bundeswehr nur im Verteidigungsfall ist, se sei denn, sie hilft bei Naturkatastrophen.

Gleichwohl wurde in der SPD-Führung – Parteivorstand und Bundestagsfraktion – die grundsätzliche Notwendigkeit gesehen, gemeinsam selbst zu Regelungen zu kommen, um die alliierten Vorbehaltsrechte abzulösen. In manchen unteren Parteigliederungen gab es allerdings ein anderes Meinungsbild, was z.B. im April 1960 beim Parteitag der SPD Hessen-Süd in Offenbach und in den hier verabschiedeten Anträgen für den Bundesparteitag in Hannover deutlich wurde. Auch die IG Metall war gegen Notstandsgesetze. Doch in Sachen „Ziviler Bevölkerungsschutz“ ging es voran. Dem Gesetzesentwurf zur Errichtung eines

²⁵⁸ A.a.O., S. 6.

²⁵⁹ A.a.O., S. 7.

²⁶⁰ A.a.O., S. 6.

²⁶¹ A.a.O., S. 10.

²⁶² A.a.O., S. 11.

Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz stimmte HSV im Namen der SPD-Fraktion zu.²⁶³

1.2

In der nächsten Phase nach den Bundestagswahlen 1961 waren die Chancen für eine Notstandsgesetzgebung besser, weil Innenminister Höcherl (CSU) einen neuen Entwurf vorlegte. Der SPD-Verhandlungskommission für die Gespräche mit dem Ministerium, die am 09. Januar 1962 gebildet wurde (siehe Protokoll Fraktionsvorstand) gehörte neben Arndt und Friedrich Schäfer auch HSV an. Richtschnur für die sehr sachbezogenen Verhandlungen war eine im Mai 1962 vom Kölner Parteitag verabschiedete Resolution.

Trotzdem kam es auch in der vierten Wahlperiode nicht zur Verabschiedung, weil es angesichts zweier Ereignisse der SPD nicht opportun erschien, kurz vor den Wahlen 1965 die Notstandsgesetze zu verabschieden. Das eine war eine Entschließung des Bundeskongresses des DGB in Hannover, das andere die „Spiegel“-Affäre. Die Sozialdemokraten stimmten allerdings im Juni 1965 einigen „einfachen“ Notstandsgesetzen zu: Schutzbaugesetz, Selbstschutzgesetz, Gesetz über Zivilschutzkorps und Zivilschutzdienst sowie dem Wassersicherstellungsgesetz.

1.3

Im dritten Anlauf schließlich wurden die Notstandsgesetze von der Großen Koalition – Paul Lücke (CDU) war inzwischen Innenminister – verabschiedet. Sie treten am 26. Mai 1968 in Kraft.²⁶⁴

HSV war in allen Phasen von Anfang an an den Diskussionen intensiv beteiligt, er nahm z.B. auch an der „Fallex-Übung“ teil. Für die 4. und 5. Legislaturperiode, als er Vorsitzender des Innenausschusses war, gilt dies in besonderem Maße. Er berichtete häufig in Fraktionssitzungen. Noch am 15. Januar 1968, also zu Beginn des Jahres, in dem im Mai die Notstandsgesetze verabschiedet wurden, sprach er z.B. über bisherige Beratungen in den Arbeitskreisen Rechtswesen und Innenpolitik zu Fragen der Regelungen eines inneren Notstandes. Keinerlei Schwierigkeiten beständen darin, die Forderung nach einer Trennung der Regelung des inneren Notstandes und des „Katastrophenfalles“ durchzusetzen. Gegen einen Einsatz der Bundeswehr bei Naturkatastrophen beständen keine grundlegenden Bedenken, jedoch müsste ein solcher Einsatz eine verfassungsrechtlich eindeutige Grundlage haben. Bei den Hearings habe sich z.B. auch der Münchner Polizeipräsident sehr deutlich für

²⁶³ 47. Sitzung, S. 2634Dff und 2639A.

²⁶⁴ Siehe Anmerkung Nr. 10.

die Notwendigkeit einer positiven Regelung des Einsatzes der Bundeswehr ausgesprochen, da die Polizei sehr schnell überlastet sei.²⁶⁵ In der SPD Hessen-Stüd wurde sein überlegtes und konstruktives Eintreten für die Notstandsgesetze allerdings nicht honoriert, im Gegenteil: Im April 1966 wurde er deswegen nicht mehr in den Bezirksvorstand gewählt („Spiegel“ Nr. 20, 1966). Auch 1969 gelang ihm das nicht mehr. Seine wichtige und erfolgreiche Rolle bei der Notstandsgesetzgebung brachte ihn sogar in gefährliche Lebenslagen. Am 29. Mai 1968 wurde er – von Bonn zurückkehrend – vor dem Mainzer Hauptbahnhof in seinem Taxi belästigt und an der Weiterfahrt behindert. Jugendliche – man spricht von zunächst 26, dann von ca. 200 – hoben das Taxi hoch. Am 10. Juni 1968 schrieb der rheinland-pfälzische Innenminister an Hermann Schmitt-Vockenhausen und entschuldigte sich für die Polizei, da „starke Polizeikräfte vor dem Stadttheater zusammengezogen waren, um das Eindringen von Demonstranten in das Theater zu verhindern! Dadurch sei der polizeiliche Schutz am Hauptbahnhof zu dieser Zeit etwas schwächer gewesen.“²⁶⁶ Seine Familie und das Bundeskriminalamt waren außerdem wegen der Sicherheit in seinem eigenen Haus beunruhigt, auch noch in den siebziger Jahren. So erhielt er von diesem, das entsprechende Untersuchungen veranlasst hatte, am 10. Februar 1978 ein Schreiben wegen „materieller Sicherungsmaßnahmen“ für sein Wohnhaus in Bad Soden, Oranienstraße 20. Dort hieß es: „Zusammenfassend [...] kann festgestellt werden, daß der Einbau einer Einbruchmeldeanlage in das Wohnhaus in Bad Soden das damit angestrebte Ziel, nämlich die Bewohner vor Angriffen terroristischer Gewalttäter zu schützen, nicht oder nicht in dem angestrebten Maße erreicht wird.“²⁶⁷

2. Inhaltliches

Worauf kam es HSV in diesem Ringen um die Notstandsgesetze besonders an?

Neben der Verfassungskonformität war der Schutz der Bevölkerung in Notstandssituationen für ihn das Wichtigste. Der zivile Bevölkerungsschutz ist für ihn Ausdruck „echter Humanität“.

Denen, die meinten, „die Bundesrepublik solle eine Friedenspolitik betreiben, dann bräuchte man sich um solche Fragen keine Gedanken zu machen“, billigt er zwar zu, man könne sich mit Recht darüber auseinandersetzen, ob die Politik der Bundesregierung (CDU/FDP) immer

²⁶⁵ Vgl. „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, S. 310, Standort: Lesesaal der FES in Bonn.

²⁶⁶ FES, Ordner HSV III, 13, S. 1

²⁶⁷ FES, HSV privat, Ordner 1980-82, S. 2 des o.a. Schreibens.

klug war und zu einer Entspannungspolitik beigetragen habe. Dann erinnert HSV aber am 31. Juli 1967 in seinem Artikel im „Vorwärts“²⁶⁸ an Situationen, in denen der Krieg „auf der Straße lag“, an den Koreakrieg, die Krisen in Ungarn und am Suezkanal, den Mauerbau in Berlin am 13. August 1961 und die Kuba-Krise. Überall habe die Gefahr eines Krieges bestanden, in den die Bundesrepublik Deutschland hineingezogen werden können, wenn die Krisen nicht gelöst worden wären.

Die Gefahren seien aber für die Zukunft nicht ausgeschlossen und deshalb müsse sich die Bundesrepublik auf solche möglichen Fälle vorbereiten. Anders als Otto Brenner, der IG-Metall-Vorsitzende, der bei der Begründung seiner Ablehnung der Notstandsgesetze zwar auch für Vorsorgemaßnahmen plädierte, für die aber die jetzige Rechtslage genüge, hält HSV eindeutige neue rechtsstaatliche Grundlagen für notwendig, an denen ja schon seit Jahren mit den jeweiligen Innenministern Schröder, Höcherl und Lücke gearbeitet werde. Ganz wichtig sei allerdings, „durch eine öffentliche Debatte Notwendigkeit, Sinn und Ziel der Gesetzgebung dem deutschen Volk zu erläutern und darüber ein öffentliches Gespräch zu führen.“²⁶⁹

Die Beratungen in den Gremien müssten „in angemessener Zeit“ erfolgen. Nach der 1. Lesung der Notstandsgesetze am 29. Juni 1967 verfasst HSV am 31. Juli 1967 einen Artikel, der in der Oktobernummer der Zeitschrift „Der gemeinsame Weg“ veröffentlicht wird. Darin erklärt er die Notwendigkeit der Notstandsgesetze und dass die Bestimmungen im Grundgesetz dafür nicht ausreichen, sonst hätten die Alliierten bei den deutsch-alliierten Verträgen ja keine Vorbehalte formuliert.

Nach seiner Meinung muss bei den Notstandsgesetzen auf folgendes geachtet werden:

- 1) Die Regierung darf durch Berufung auf einen gesetzlichen Notstand auf keinen Fall das Parlament überspielen. Einen quasi neuen Artikel 48 wie in der Weimarer Verfassung darf es nicht geben. Im Falle der Beschlussunfähigkeit des Parlaments bedarf es dann eines Gremiums, damit eine parlamentarische Kontrollfähigkeit gesichert bleibt. Dies soll ein „Gemeinsamer Ausschuß“ sein.
- 2) Es ist, obwohl die Bundesrepublik ein föderaler Staat ist, im Notfall eine stärkere Zentralisierung notwendig, wobei die föderale Grundstruktur natürlich nicht aufgegeben werden darf.
- 3) Einzelne Grundrechte müssen im Interesse des Staatsbürgers und des Ganzen eingeschränkt werden dürfen.

²⁶⁸ FES, Box 174, HSV „Wie geht es weiter mit dem Notstand?“, S. 2.

²⁶⁹ „Vorwärts“, a.a.O., S. 2 des HSV-Artikels.

- 4) Artikel 143 GG (innerer Notstand und Streitkräfte) muss bei einer Änderung des Artikels 91 GG (Abwendung einer drohenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung in einem Bundesland) berücksichtigt werden.
- 5) Artikel 91 GG sollte Hilfsmöglichkeiten der Bundesregierung erweitern.

HSV nimmt die Beteiligung möglichst vieler Gruppen sehr ernst, deshalb kündigt er öffentliche Hearings vor der zweiten und dritten Lesung an, auch dass die Beratungen ohne Zeitdruck erfolgen. Deshalb könne gerade auch die Jugend „die weitere Entwicklung dieses wichtigen Gesetzgebungswerkes kritisch verfolgen.“²⁷⁰ Der CDU-FDP-Bundesregierung hielt HSV in vielen Presseverlautbarungen und Rundfunkinterviews, in Reden im Bundestag und draußen im Lande auf Partei- und anderen Veranstaltungen immer wieder Versäumnisse vor und mahnte Verbesserungen an. So fehlten z.B. Warnsystem, Aufklärung der Bevölkerung, Luftschutzhilfsdienst. Die Frage des Schutzbaus sei ausgeklammert, der Selbstschutz sei in den Anfängen steckengeblieben und die berühmt-berüchtigte Broschüre „Jeder hat eine Chance“ sei eine Verniedlichung des modernen Krieges.

3. Die Arbeitsweise Hermann Schmitt-Vockenhausens

- Seine Zusammenstellung „Überleben im Notstand – aber wie? Tatsachenfeststellungen“ fasst in 13 Punkten die Problematik aus Sicht des Bürgers zusammen. Es soll gezeigt werden, welche Sorgen und Nöte dieser hat, wenn der Notstand eintreten sollte. Sirenen, die bei Gefahren warnen sollten, gebe es noch nicht überall, es fehle eine „umfassende zentrale Anlage“. Falls der Strom ausfalle, müsse die Bevölkerung ebenfalls gewarnt werden können, doch es fehlen genügend Pressluftsirenen.“²⁷¹ Das Merkblatt „Jeder hat eine Chance“ kläre nicht genug auf, sondern habe die Unsicherheit unter der Bevölkerung nur vergrößert.“ Man müsse aber auch wissen, wo man Schutz finde. „Es gibt aber keine Schutzräume.“ Auch die gesetzlichen Bestimmungen seien bisher nicht in Kraft gesetzt worden, obwohl die SPD-Fraktion seit 1954 den Bau solcher Schutzräume gefordert habe. Wertvolle Jahre des Wiederaufbaus seien nicht genutzt worden, der Entwurf zum Schutzbaugesetz sei unzureichend, weil Schutzräume nur für Neubauten vorgesehen seien und deshalb „dem Bürger die Verantwortung für den

²⁷⁰ FES, Box 174.

²⁷¹ FES, Bestand SPD-BT-Fraktion, 4. Wahlperiode, Box 110.

Bau der Schutzräume und die finanzielle Last allein“ aufbürde.²⁷² Außerdem fehlten Schutzgeräte wie Strahlenmeßgeräte, Gasmasken, Feuerlösch-, Sanitäts- und Bergungsgeräte, die nach dem Entwurf des Selbstschutzgesetzes ebenfalls vom Bürger selbst bezahlt werden sollten. „Kann man aber mit gutem Gewissen diese Lasten der Bevölkerung zumuten?“, fragt er. In der 194. Sitzung der 4. Legislaturperiode des Bundestages begründete er einen interfraktionellen Antrag (Umdruck 712), in dem ein „pauschaler Zuschuß zu den Kosten des Grundschutzes“ gefordert wurde (BT-Protokolle S. 4843 CD der Stenographischen Berichte). In Punkt 5 seiner 13 Punkte folgert er weiter: „Schutzräume und Schutzgeräte helfen nicht, wenn man nichts zu trinken und zu essen hat“, und kritisiert, die Notversorgung mit Wasser sei nicht gewährleistet, es fehlen „Mittel zur Frischhaltung“ und auch die Lebensmittelbevorratung sei „nur sinnvoll, wenn die Haltbarkeit der Konserven erkennbar und ihre Zubereitung gewährleistet ist.“²⁷³ Man müsse im Notstandsfall natürlich mit Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung rechnen und die Lebensmittellager deshalb genügend dezentralisieren und „luftschutzmäßig“ sichern. Dann fordert er die Bevorratung von Textilien, die bisher fehle, Hilfs- und Ausweichkrankenhäuser, „luftschuttsichere Operationsräume“ und „Notstromaggregate“. Für die öffentlichen Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Abwasser, Elektrizität) fehle bisher jeglicher Schutz und auch ausreichende Verbundsysteme. Er weist darauf hin, dass man in der Not auf Nachrichten von außen dringend angewiesen sei, und verlangt deshalb Schutz für „Rundfunk und sonstige Einrichtungen des Fernmeldewesens“ sowie „Batterieempfänger“ für die Bevölkerung, wenn die Stromversorgung ausfalle. In Punkt 11 fordert er öffentliche Luftschutzräume für die Menschen, die „oft unterwegs“ sind, da die übriggebliebenen Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg noch nicht wiederhergestellt seien. Auch seien gesetzliche Vorschriften (§ 25 des ersten ZBG) bisher nicht befolgt worden, wertvolle Möglichkeiten, öffentliche Schutzräume „beim Neubau von Verkehrsanlagen zu gewinnen, wurden nicht genutzt.“ Ebenso wenig sei für den Schutz von Verkehrseinrichtungen wie Bundesbahn und Bundespost getan worden. An den Arbeitsplätzen der Beschäftigten fehle bisher jeder Schutz, mahnt er in Punkt 12, und in Punkt 13 schreibt er: „Die Selbsthilfe wird meist nicht ausreichen: Ein örtlicher Luftschutzhilfsdienst ist nur in 97 Gemeinden vorhanden. In mehr als

²⁷² A.a.O., S. 1 des HSV-Beitrages.

²⁷³ A.a.O., S. 2.

24000 Gemeinden fehlt diese Einrichtung. Wir brauchen aber Hilfe für alle.“²⁷⁴

Abschließend betont er noch mehrmals, dass die meisten dieser Schutzmaßnahmen aufgrund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hätten „getroffen werden können, wenn man ernsthaft gewollt hätte.“ An Anregungen hierzu habe es seitens der SPD seit 1954 nicht gefehlt. „Die Versuche der Bundesregierung, ihr Versagen auf dem Gebiet der [...] Notstandsplanungen mit dem Fehlen des hierzu nicht notwendigen Notstandsgesetzes zu erklären, können die Versäumnisse nicht zu entschuldigen.“²⁷⁵ HSV geht also pragmatisch vor und formuliert für jeden verständlich. Er sieht die Dinge realistisch, was sich seiner Meinung nach auch in der Sprache zeigen soll. So schlägt er in einem Brief vom 23. März 1960 an Adolf Arndt und Walter Menzel vor: „Ich rege an, den bisher in den Artikeln 170 und 73, Nr. 1 enthaltenen Begriff ‚Schutz der Zivilbevölkerung‘ zu ersetzen durch ‚zivile Bevölkerungshilfe‘, weil es einen wirklichen Schutz der Zivilbevölkerung in einem modernen Krieg nicht geben kann. Der bisherige Begriff erweckt Illusionen, die wir durch eine Änderung bekämpfen sollten.“²⁷⁶

- Durch seine vielen Pressemitteilungen und Kommentare wirkte er meinungsbildend in den parlamentarischen Gremien, innerparteilich und nach außen in die Öffentlichkeit. Er versuchte, die Linie der SPD-Führung zu verdeutlichen und zu vermitteln.
- Dabei kritisierte er einerseits die Bundesregierung – vor der Großen Koalition – und machte andererseits konstruktive Vorschläge. Mit seiner Sachkunde und seinem politischen Geschick leistete er zusammen mit anderen führenden SPD-Abgeordneten, besonders mit dem „Kronjuristen“ Dr. Arndt, damit erfolgreiche Oppositionsarbeit, wie sie eigentlich sein soll. Obstruktion lag ihm fern. Die SPD hatte dadurch schon 1965 viel von ihrer Konzeption durchsetzen können: 2/3-Mehrheit bei äußerem Gefahrenzustand im Bundestag oder Notparlament, Verweigerung eines Notverordnungsrechts durch die Regierung, die Zusicherung, dass Arbeitskämpfe kein Fall des inneren Notstands sind, und die Beurteilung des Artikels 91 GG als ausreichend.

²⁷⁴ A.a.O., S. 3.

²⁷⁵ A.a.O., S 3.

²⁷⁶ FES, Bestand SPD-BT-Fraktion, Box 243.

- Er betont die Bedeutung der Verfassung und des parlamentarischen Systems.
„Kein Parlament kann und sollte einer Regierung mehr Macht in die Hände geben, als sie unbedingt benötigt.“²⁷⁷
- Er strebt gemeinsame Lösungen an. „Das große Werk der [...] zivilen Notstandsplanung kann nur gelingen, wenn es gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbände, den Gewerkschaften und der Wirtschaft in Angriff genommen wird.“²⁷⁸
- Dies alles gelang ihm auch, weil er immer sehr, sehr fleißig war,

Am 04. Juni 1968 – nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze – wendet er sich als Abgeordneter an Öffentlichkeit und Partei, besonders in seinem Wahlkreis.

Ich zitiere: „Betrifft: Unsere Abgeordneten in Bonn. Ich stimmte mit Ja!

Bei der namentlichen Abstimmung in der dritten Lesung der Notstandsgesetzgebung habe ich mit ‚Ja‘ gestimmt. Ich habe mich damit für eine Vorsorgegesetzgebung ausgesprochen, die die Sicherung der Demokratie auch in Notzeiten gewährleisten soll. Ich habe diese Entscheidung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der SPD seit 1960 getroffen, damit auch in Notzeiten unsere Demokratie funktionsfähig bleiben kann. Denn die jetzt erfolgte Grundgesetzänderung kennt keine Anwendung von Schubladengesetzen, keine unkontrollierte Bevollmächtigung der Exekutive durch die Alliierten; sie schützt die Grundrechte des Bürgers und garantiert die Rechte und die Verantwortung des Parlaments. Im Gegensatz zur Weimarer Reichsverfassung wird es kein Notverordnungsrecht der Regierung geben, die Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Meinungs- und Pressefreiheit und der Koalitionsfreiheit werden auch in Notzeiten nicht angetastet, der gewerkschaftlich geführte Streik bleibt geschützt und zum erstenmal wurde das Recht zum Widerstand gegen jeden, der den Staat durch einen Staatsstreich zerstören will, in unsere Verfassung aufgenommen.“²⁷⁹

Dann zitiert HSV Willy Brandt: „Ich bin davon überzeugt, daß jeder auch nur entfernt ausdenkbare Versuch zu einem Mißbrauch der Notstandsgesetze auf unseren leidenschaftlichen Widerstand stoßen würde. Wer einmal mit dem Notstand spielen sollte, um die Freiheit einzuschränken, wird meine Freunde und mich auf den Barrikaden zur Verteidigung der Demokratie finden, und dies ist ganz wörtlich gemeint.“ HSV fährt fort, er habe der Grundgesetzänderung zugestimmt, weil es vor allem auch die Pflicht eines

²⁷⁷ FES, Bestand SPD-BT-Fraktion, Box 243.

²⁷⁸ A.a.O.

²⁷⁹ FES, Bestand HSV, Box 174.

verantwortungsbewussten Abgeordneten sei, „für Notzeiten jede mögliche Vorsorge zu treffen zum Schutz des Staates und seiner Bürger.“²⁸⁰

Er habe zugestimmt, weil das alliierte Notrecht durch diese Grundgesetzordnung abgelöst werde und weil „unsere Vorsorgeregelung an freiheitlichem Gehalt von keiner Verfassung der Welt übertroffen wird.“

Zum Schluss appelliert er an alle, dafür zu sorgen, „daß die Anwendung dieser Gesetze niemals notwendig wird.“²⁸¹

Und dann wendet er sich wie immer auch an die Gegner, an die, „die vielleicht jetzt enttäuscht abseits stehen.“ Die deutsche Demokratie werde sich auch mit diesen Vorsorgegesetzen kräftig weiterentwickeln. Man sei jetzt besser vorbereitet auf mögliche Gefahren und der Schutz für die Bürger sei größer. Trotz der ausgiebigen offenen Information der Öffentlichkeit und der SPD-Basis war HSV für bestimmte Gruppen der südhessischen SPD der Buhmann, was zu Turbulenzen in der SPD-Südhessen führte (vgl. 4.1.3).

Und doch war die Notstandsgesetzgebung für HSV die zeitaufwendigste, komplizierteste, den ganzen Mann fordernde Zeit, aber es war seine erfolgreichste.

²⁸⁰ A.a.O., Box 174.

²⁸¹ A.a.O., Box 174.

4.3.2 Die Wahlrechtsdiskussion

In der Regierungserklärung der Großen Koalition wurde neben anderen Reformvorhaben auch angekündigt, ein Mehrheiten bildendes Wahlrecht vorzulegen.

Für HSV war die Entscheidung darüber eine der bedeutendsten innenpolitischen Grundsatzentscheidungen. Er wägt dabei die Vor- und Nachteile ab. Nicht zu übersehen ist aber, dass eine Präferenz für ein Mehrheitswahlrecht bei seinen Überlegungen deutlich wird. Im „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ veröffentlicht er einen Artikel zu diesem Thema (in: Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag, 01. Februar 1968).²⁸² Es bestehe die Gefahr, dass die Diskussion über die Einführung des Mehrheitswahlrechtes in falsche Bahnen gelenkt werde, schreibt er dort.

Diese politische Entscheidung solle nicht von Computern, die aus bisherigen Wahlergebnissen künftige Wahlchancen errechnen wollen, verdrängt werden. Wenn man unter den Voraussetzungen und Bedingungen des Verhältniswahlrechts an das Mehrheitswahlrecht heranginge, könne es zu Fehleinschätzungen kommen. Wesentliche Faktoren blieben unberücksichtigt und deshalb hätten solche Berechnungen nur einen bedingten Aussagewert. Er weist auf folgendes hin:

1. Durch das Mehrheitswahlrecht wird nicht nur die politische, sondern auch die gesellschaftliche Landschaft verändert. Das hat Wirkung für Parlament, Parteien und Wähler. Wahrscheinlich ergebe sich ein neues flexibleres Wahlverhalten, wodurch feste Wählerstrukturen sich verschieben. Die Parteien wiederum müssen sich darauf einstellen und sich reformieren, bisherige Vorstellungen von Hochburgen, Stammwählern usw. müssten revidiert werden.
2. Ein Unsicherheitsfaktor ist das Wahlverhalten der Wähler kleinerer Parteien, die beim Mehrheitswahlrecht keine Chancen haben, ins Parlament zu kommen. Man könne nicht einfach voraussetzen, dass diese sich für eine der großen Parteien entscheiden würden. Aus Protest würden sie vielleicht trotzdem wie bisher ihre Partei wählen oder gar nicht zur Wahl gehen. Gerade dies könne das Wahlergebnis wesentlich beeinflussen.
3. Ein wichtiges Argument Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens für ein Mehrheitswahlrecht ist grundsätzlich die bessere Möglichkeit für eine große Partei, die Regierung zu stellen. Trotz der immer besseren Wahlergebnisse, dem „Genossen Trend“, sei dies nicht gelungen, denn die Große Koalition sei aus einer Notsituation

²⁸² FES, Box 173, S. 1 des Artikels.

entstanden. Das neue Wahlsystem eröffne jedoch die unmittelbare Chance zum Machtwechsel.

4. Eine Unzufriedenheit der Wähler mit der Regierungspartei werde der Opposition direkt oder indirekt zugute kommen: direkt in Stimmengewinnen, aber auch indirekt, wenn viele Wähler der Wahl fernblieben.
5. Da eine Mehrheitswahl die Wahl bestimmter Kandidaten sei, komme es auf Persönlichkeiten an. Die SPD habe damit gute Erfahrungen gemacht: Ihre Abgeordneten hätten vielfach mehr Erststimmen als Zweitstimmen gehabt, öfter als bei der CDU. Nur in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Bayern und Baden-Württemberg müsse die SPD große Anstrengungen unternehmen, um einigermaßen ausgewogene Chancen zu bekommen. Auch bei den Oberbürgermeister- und Landratswahlen könne die SPD selbst in CDU-Hochburgen überraschende Erfolge verbuchen.²⁸³

Die SPD habe also auch beim Mehrheitswahlrecht gute Chancen. Man müsse nur das notwendige Vertrauen in sich selbst haben und nicht kleinmütig und ängstlich sein oder die Ablehnung des Mehrheitswahlrechts ideologisch begründen. Entscheidend sei nicht eine abstrakte formale Gerechtigkeit (Verhältniswahl), sondern die konkret-politische Gerechtigkeit.

Natürlich müsse noch manches geklärt werden, z.B. die Wahlkreiseinteilung und Absicherungen, damit nicht eine Regierungspartei die verfassungsändernde Mehrheit bekomme. Auf alle Fälle dürfe die Diskussion nicht vorzeitig abgebrochen werden, denn sie habe noch gar nicht richtig begonnen. Hermann Schmitt-Vockenhausen sieht in erster Linie die Menschen. Dies bezieht sich auf die Wähler und auf die Gewählten. Deshalb will er deren direkten Einfluss stärken und den der Apparate und Funktionäre eindämmen. „Das Verhältniswahlrecht in seiner jetzigen Form geht zu stark von den Parteien, ihren Interessen und ihren Überlegungen aus“, schreibt er im „Industriekurier“ vom 01. April 1967²⁸⁴. „Das Wahlrecht muß klare Mehrheiten schaffen“ heißt die Überschrift dieses Artikels. Auch wenn z.B. kleinere Wahlkreise gebildet würden, könnte dem Wunsch des Wählers, mehr und stärker repräsentiert zu werden, entsprochen werden, die Betreuungsmöglichkeiten würden erleichtert. Die dann engere Verbindung zwischen dem Wähler und seinem Abgeordneten stelle ein besseres Verhältnis der Wähler zum Parlament her und trage dadurch zur Festigung der Demokratie bei. Das jetzige Wahlrecht gebe dem Wähler nicht wirklich eine

²⁸³ Alle Zitate vgl. FES, a.a.O., S. 2.

²⁸⁴ FES, Box 173, S. 2, Nr. 2 des HSV-Artikels.

Entscheidung, weil durch Koalitionsbildung alles möglich sei. Als Beispiel nennt er Nordrhein-Westfalen, wo nach den Landtagswahlen die Verlierer CDU und FDP die Regierung bildeten.

Da die Große Koalition nur noch knapp drei Jahre für die Verwirklichung des neuen Wahlrechts Zeit hatte, war angedacht, erst 1973 danach zu wählen. Für die nächste Zeit wurde über ein Übergangswahlrecht diskutiert. HSV nimmt in der Sendereihe „Probleme der deutschen Politik“ des Hessischen Rundfunks am 09. Januar 1968 dazu sehr detailliert, sachlich fundiert und die Argumente abwägend Stellung. Deutlich wird aber doch:

- Er ist gegen ein Übergangswahlrecht, weil das Mehrheitswahlrecht bei diesen Auseinandersetzungen Schaden leiden könnte.
- Er sieht durchaus auch das zeitliche Problem für die Einführung des Mehrheitswahlrechtes, aber eine politische Entscheidung, die sich über Jahre hinzöge, werde dadurch nicht einfacher.
- In der Demokratie ist eine starke Opposition notwendig, eine Große Koalition sei eine Ausnahme, die jetzige sei aus einer unmittelbaren Zwangslage gebildet worden, damit solche Probleme gelöst werden könnten.
- Er plädiert trotz aller Bedenken dafür, einen Weg zu finden, dass noch in dieser Legislaturperiode entschieden werden könne. Etwaige Mängel könnten dann in der nächsten Legislaturperiode durch ein Änderungsgesetz beseitigt werden. Das wäre auf jeden Fall viel besser, als mit einem Übergangswahlrecht zu operieren, „das von vielen in unserem Lande zu Recht oder zu Unrecht als eine Manipulation an der Demokratie angesehen würde.“²⁸⁵
- Eine baldige Entscheidung würde auch manchen Zweiflern deutlich machen, dass die großen Parteien die Große Koalition nicht zu einer Dauereinrichtung machen wollten.

Am 12. Oktober 1967 beschäftigt sich HSV auch in der Zeitschrift „Der Wähler“ mit diesem Thema.²⁸⁶ Er hebt die bedeutende und grundlegende Funktion des Wahlrechts im Zusammenhang mit dem gesamten Verfassungssystem hervor und verteidigt das Vorhaben, „ein mehrheitsbildendes Wahlrecht“ zu schaffen, gegen Vorwürfe, es ginge darum, den beiden großen Parteien „die Herrschaft auf Dauer und ein Dasein in Ruhe zu verschaffen.“²⁸⁷

²⁸⁵ A.a.O., S. 3.

²⁸⁶ Information der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ausgabe Tagesdienst 485, Friedrich-Ebert-Stiftung, Box 173.

²⁸⁷ A.a.O., S. 1.

Vielmehr sei die Sorge, ob das „geltende personalisierte Verhältniswahlrecht nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit den Anforderungen des parlamentarischen Regierungssystems in einer lebendigen Demokratie“ entspreche, die Motivation. Denn es genüge nicht, dass die Regierung ausreichend kontrolliert werde, es müsse erst einmal eine ausreichende Handlungsfähigkeit der Regierung gewährleistet sein, d.h. „der Kanzler muß über eine stabile Mehrheit seiner Partei im Parlament verfügen.“²⁸⁸ Nur so habe er die Möglichkeit, das Notwendige zu tun, und nur so trage er vor der Wählerschaft hierfür die klare alleinige Verantwortung, ihm und seiner siegreichen Partei wäre die Chance gegeben, sich in einer Herrschaft auf Zeit zu bewähren.

Auch eine große Oppositionspartei hätte die bessere Möglichkeit, die Regierung zu übernehmen, weil sie gezwungen wäre, dem Wähler wirklich eine Alternative zur besseren Lösung der politischen Fragen anzubieten. „Der Zwang für Regierungs- und Oppositionsparteien von heute oder morgen ständig nach dem Koalitionspartner von heute oder morgen zu schießen, wird wegfallen.“²⁸⁹ Damit würde auch die Stellung der Wählerschaft gefördert, weil sie zwischen zwei klaren Alternativen entscheiden könne. „Durch die klare Entscheidung, welche der beiden großen Parteien die Regierungsrolle und welche die der Opposition übernehmen soll, bestimmt der Wähler unmittelbar über die Regierungsbildung.“ Es ist bezeichnend für HSV und seinen politischen Standort, dass er diese Alternativen vorrangig in verschiedenen sachlichen Programmen und unterschiedlichen Persönlichkeiten anstatt in ideologisch ausgeprägten Lagern sieht. Deshalb betont er auch immer wieder „die personelle Ebene“. Politisch begabte Persönlichkeiten, die Wahlkämpfe führen und die Wähler ansprechen und überzeugen könnten, würden zunehmen. Unausgesprochen wendet er sich damit natürlich gegen blasse Parteifunktionäre ohne Ausstrahlung, denn er erhofft sich durch ein Mehrheitswahlrecht auch Wirkungen auf die innerparteiliche Struktur und Programmatik. „Die beiden großen Parteien müssen nach allen Seiten offen sein.“²⁹⁰ Alle Gruppen müssten sich vertreten fühlen. Die Diskussionen um verschiedene Möglichkeiten von politischen Lösungen muss deshalb in die Mitte einer großen Partei verlagert werden, die deshalb viel Integrationsarbeit zu leisten hat. Die großen Parteien müssen vom Freund-Feind-Denken wegkommen und daran interessiert sein, in den Wahlkreisen jeweils die Persönlichkeiten als Kandidaten für Wahlen aufzustellen, von denen erwartet werden kann, dass sie den Wahlkreis gewinnen. Sicherlich denkt er dabei auch an sich selbst, denn er hat immer seinen Wahlkreis gewonnen. Dies bedeutet auch verstärkte

²⁸⁸ A.a.O., S. 1.

²⁸⁹ A.a.O., S. 2.

²⁹⁰ A.a.O., S. 3.

Bemühungen in solchen Regionen, wo es auf Grund von Traditionen und bestimmter Milieus bisher nicht gelang, direkt zu gewinnen. HSV sieht durchaus auch die Schwierigkeiten bei einer Umstellung des Wahlsystems, gerade auch in seiner eigenen Partei. Aber er vertraut darauf, dass beschlossen wurde, sich auf einem Parteitag mit dieser grundsätzlichen Frage auseinanderzusetzen. Denn für ihn ist das Mehrheitswahlrecht ein Hebel für die Verwirklichung eines Zieles, das er von Anfang an zielstrebig verfolgte: die SPD als Volkspartei. Ein Mehrheitswahlrecht, davon ist er überzeugt, fördert dies. Er wird nicht müde, immer wieder seine Argumente für diese Entwicklung vorzutragen, gerade als Arbeitskreisvorsitzender Innenpolitik in der SPD-Fraktion. Er referiert dabei auch über die historische Entwicklung des Wahlrechts in Deutschland, ausgehend von der Paulskirche (1848), des Norddeutschen Bundes (1867-1870) und des Reichstages (1871-1919). Die Abgeordneten würden dort nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. Selbstverständlich weist HSV darauf hin, dass dieses im Kaiserreich eindeutig missbraucht wurde, um die SPD von der politischen Verantwortung auszuschließen, und dass diese zu Recht darauf hingewirkt hat, damit in der Weimarer Republik das Verhältniswahlrecht eingeführt wurde, um ein Optimum an Gerechtigkeit einzuführen. Er erinnert an die schlechten Erfahrungen mit den vielen kleineren Parteien in der Weimarer Republik und die daraus erwachsende Instabilität und an 1953, als deshalb in der Bundesrepublik die 5%-Klausel eingeführt wurde, um Splitterparteien zu verhindern, und er erwähnt – fast mit Bedauern? –, dass man sich zu einem Mehrheitswahlrecht nicht durchringen konnte und deshalb das personalisierte Verhältniswahlrecht eingeführt habe. Wie schon weiter oben erwähnt, spricht HSV jetzt auch hier die derzeitige Lage an, die eine Überprüfung verlange mit dem Ziel, das Wahlrecht zu verbessern. Die entscheidenden Vorzüge aus seiner Sicht fasst er kurz zusammen:

„1. Ein funktionsfähiges Parlament muß Vorrang vor der Repräsentation kleinster politischer Gruppen haben. 2. Die Mehrheitswahl billigt dem Wähler eine erweiterte politische Entscheidung zu und verdeutlicht dem Staatsbürger seine politische Macht und Verantwortung. 3. Die Kontakte zwischen Wähler und Gewähltem werden verstärkt, weil die Wahlkreise kleiner werden. 4. Die Gefahr einer Parteienzersplitterung wird unterbunden. Die Bildung einer handlungsfähigen Regierung ist bei der Mehrheitswahl gesichert. 5. Die Auseinandersetzungen werden in Erwartung einer jederzeitigen Übernahme der Regierungsverantwortung realistischer und sachlicher.“²⁹¹

Er wäre nicht der verantwortungsbewusste Bundestagsabgeordnete, wenn er zum Schluss nicht auch auf Argumente gegen das Mehrheitswahlrecht hinweist, z.B. auf die Tatsache, dass

²⁹¹ Arbeitskreis Innenpolitik der SPD-Bundestags-Fraktion, in: FES, Box 173, S. 2 des HSV-Artikels.

die Stimmen der unterlegenen Partei in einem Wahlkreis unberücksichtigt bleiben. Aber er hofft auf den SPD-Parteitag 1968.

4.3.3 Sonstige Bereiche der Innenpolitik

Innenpolitik ist ein „weites Feld“, nicht alles kann hier abgehandelt werden. Aber wichtig ist, dass HSV vom 07. November 1963 bis zum 21. April 1964 als Vorsitzender den „Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der durch das Bundesamt für Verfassungsschutz über alliierte Dienststellen eingeleiteten Verfahren zur Post-Telefon- oder Fernschreibüberwachung (sogenannte Telefon-Abhöraffaire)“ leitete, von 1969 bis 1972 Vorsitzender der Diätenkommission des Parlaments und anschließend bis zu seinem Tode Vorsitzender der Unterkommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten war. Doch große Bedeutung hatte für ihn das Beamtenrecht und die Beamtenpolitik. Damit befasste er sich sehr intensiv.

Dabei betont er den in der Sache liegenden Zusammenhang zwischen Beamten- und Besoldungspolitik und Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes, z.B. im Vorfeld der Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Bundespolizeibeamtengesetzes und eines Teils der 3. Änderungsnovelle zum Bundesbesoldungsgesetz. Für ihn ist eine Neuordnung der Haushalts- und Finanzpolitik die Voraussetzung für eine vernünftige Besoldungs- und Beamtenpolitik. Wenn ein leistungsfähiger Öffentlicher Dienst gewährleistet werden soll, was in der Regierungserklärung der Großen Koalition angekündigt wurde, muss es eine Besoldungsreform geben, „um junge leistungsfähige Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.“²⁹² Dies forderte die SPD schon seit Jahren. Er verweist dabei auf Kurt Gscheidle und dessen Ausführungen in den Sitzungen des Bundestages am 18. Februar 1966 und 21. April 1966 und auf den Bundesinnenminister der damaligen Regierung, der Grundsätze entwickelt habe, „die in vielen Punkten die Zustimmung des gesamten Hauses gefunden haben.“²⁹³ Dann fordert er, dass im Jahre 1967 der Besoldungsrückstand angepasst werden soll und im Haushalt 1967 Berücksichtigung finden müsse. Außerdem werde sich der Innenausschuss bemühen, im Rahmen der 3. Novelle Schritte zur Harmonisierung der Besoldungsinitiativen in Bund, Ländern und Gemeinden zu tun. Er kritisiert dabei das „Schwarze-Peter-Spiel“ der alten Regierung zwischen Regierung, Parlament und Ausschüssen und weist wieder auf die Regierungserklärung der neuen Regierung hin, in der eine saubere, faire und gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik versprochen würde. Als weitere Begründung für die Notwendigkeit einer neuen Besoldungspolitik führt er auch Fälle von Korruption in der Bundesverwaltung an. Er zitiert in diesem Zusammenhang aus einem „amerikanischen Nachrichtenmagazin von Weltbedeutung“ und bringt daraus Zitate eines

²⁹² Friedrich-Ebert-Stiftung, Box 173.

²⁹³ A.a.O., S. 2.

deutschen Richters, der von „Massierung von Korruptionsaffären“ sprach. HSV lobt Deutschland, wo Korruption als Verbrechen gilt, hebt es ab von vielen Ländern, in denen dies „nachsichtlich belächelt wird“, und spricht der Dritten Gewalt, den unabhängigen Richtern „Anerkennung und Dank aus.“ Dass von höchsten Stellen die Beamten nun vor den Verlockungen der „etwas großzügigen Geschenkpraxis“ der deutschen Wirtschaft gewarnt würden, behagt ihm nicht. Er wendet sich auch an „die ewig Gestrigen“ und versucht ihnen klar zu machen, dass im „Tausendjährigen Reich“ natürlich die Korruption blühte bei Gauleitern und Amtsträgern in Partei und Staat und über die Verfehlungen auch noch ein „direkter Schleier des Amtsheimnisses“ gebreitet wurde.

HSV schließt: „Ich kann leider nicht darauf verzichten, einmal mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß das Verhalten, insbesondere des Chefs der Regierung Adenauer bei der Verfolgung und Aufklärung solcher Vergehen nicht immer dazu beigetragen hat, die moralische Stellung der Bundesregierung zu stärken.“²⁹⁴ Mehrfache Bemühungen des Bundeskanzlers in direkter oder versteckter Form in schwebende Verfahren zugunsten von Angeklagten einzugreifen, müssten das Rechtsgefühl des Volkes erschüttern. Dass ein Mann, gegen den bereits Anklage erhoben wurde, mit Auszeichnungen versehen werde, sei ein Hinweis für die Untätigkeit der Bundesregierung, klarzustellen, „daß Korruption kein Kavaliersdelikt ist.“ Auch durch einseitige Vermögensbildung in der Wirtschaft und Benachteiligung der Beamten und Angestellten habe die Bundesregierung „zu manchen Erscheinungen“ beigetragen.

Aus der Leserzuschrift eines Amtsgerichtspräsidenten an die FAZ zitiert HSV: „Der Beamte, der ein ihm für erfolgreiche Hilfeleistung gebotenes Geschenk, und sei es auch nur ein selbstgepflückter Blumenstrauß, unter Hinweis auf das Dekorum freundlich ablehnt, kann weder beleidigend noch bürokratisch wirken. Auch wenn seine Weigerung nicht verstanden wird, bleibt sie Pflicht. [...] Den Staatsdiener beglückt nicht Dankerweis, sondern das Gefühl erfüllter Pflicht.“²⁹⁵

Dass HSV dies zitiert, zeigt, wie wichtig ihm die politisch-moralische Integrität ist und wie hoch die Anforderungen sind, die er an sich und alle Politiker stellt.

Deshalb sagt er auch in der Debatte zu einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion, die er eingebracht hatte, man müsse fragen, ob nicht auch „der Wandelgang des Parlaments, die Lobby, aller Laster Anfang ist.“²⁹⁶ Entscheidend sei auch die Tatsache, dass Großindustrie und Regierungsmaschinerie sich wechselseitig durchdringen, dass viele Interessenten im

²⁹⁴ A.a.O.

²⁹⁵ A.a.O., S. 9.

²⁹⁶ A.a.O., S. 3.

Bonner Staat nicht viel mehr sähen als ein Instrument, um ungestört zu verdienen. In einflussreichen Kreisen werde die Regierung Adenauer als „unsere Bundesregierung“ betrachtet, „der man im Wahlkampf helfen muß und die sich nach der Wahl zu revanchieren hat.“²⁹⁷

Die Unmoral werde bei uns zwar nicht großgeschrieben, aber es fehle das Bemühen, in der politischen Entscheidung immer moralisch zu handeln. HSV spricht mehrere Einzelfälle an, z.B. „Affäre Kilb“, mahnt zur Klarheit in der Steuergesetzgebung usw., spricht gegen gewisse „Gewohnheitsrechte“, betont aber immer wieder, dass es ums Grundsätzliche gehe: die Stärkung der Demokratie durch ethische Haltungen wie gegenseitige Achtung und Toleranz, Verantwortungsbewusstsein und Zivilcourage.

Carlo Schmid berichtet in seinen „Erinnerungen“²⁹⁸, dass ihm im Herbst 1963 zu Hause „etwas Merkwürdiges“ passiert sei: Nach einem Telefongespräch hörte er eine Männerstimme, ein Knacken in der Leitung und eine zweite Männerstimme, die antwortete, man müsse die Technik holen, um nach dem Rechten zu sehen. „Mir schien klar, daß die Sprecher zu einer Abhörstelle gehörten, und ich fragte mich, zu welchem Zweck gerade ich abgehört wurde.“²⁹⁹ Es stellt sich bei den Nachforschungen heraus, dass zwei Jahre vorher ein Schreiben Carlo Schmidts an den in London lebenden georgischen Schriftsteller Tseischwili von einer alliierten Dienststelle geöffnet wurde, es dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Frankfurt/Main zustellte und den Wortlaut dem hessischen Verfassungsschutzamt mitteilte. Dieses unterrichtete Carlo Schmid nicht. Jetzt, im November 1963, befasste sich der Bundestag mit der Angelegenheit des Abhörens von Telefongesprächen durch den Verfassungsschutz. Carlo Schmid schreibt weiter: „Es ist vielleicht gut, diese nicht bedeutsame Sache zu erwähnen, denn sie zeigt, daß in jenen Jahren selbst ein Mann, dem niemand irgendeine Art [...] von landesverräterischen Gesinnungen auch nur andichten konnte, unter Überwachung stand und für verdächtig gehalten wurde, gegen die Interessen der Bundesrepublik zu handeln.“³⁰⁰

Im Bundestag, in Briefen an Zeitungen und im Rundfunk nahm Hermann Schmitt-Vockenhausen mehrmals zur sogenannten „Telefonabhöraffäre“ Stellung - im Spätsommer 1963 wurde bekannt, dass die Verfassungsschutzämter in der Bundesrepublik Deutschland über die Alliierten das Abhören von Telefonen und Postkontrollen veranlasst hatten. Dabei geriet auch die Personalpolitik des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) ins Kreuzfeuer

²⁹⁷ A.a.O., S. 4.

²⁹⁸ Carlo Schmid, „Erinnerungen“, Bonn/München/Wien 1979, S. 730f.

²⁹⁹ A.a.O., S. 730.

³⁰⁰ A.a.O., S. 730.

öffentlicher Kritik – so in einem Brief an die Redaktion „Der Mittag“ vom 17. Oktober 1963 zu den Aufgaben eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dessen Vorsitzender er war, am 08. November 1963 zu einem Artikel Höcherls „Tatsachen zu den Vorwürfen gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz“ – Innenminister Höcherl hatte über Presseagenturen den Hinweis verbreiten lassen, „dass die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen könnten“ – und am 15. November 1963 zu einem Höcherl-Interview in „Der Mittag“. Schon am 15. September 1963 hatte sich HSV in einer Diskussionsrunde im Südwestfunk zur Telefonabhöreffäre beteiligt, ebenso am 27. Oktober 1963 im Westdeutschen Rundfunk zum Thema Bundesverfassungsamt. Am 14. September 1963 gab er dem RIAS ein Interview zu diesem Thema, im Bayerischen Rundfunk hielt er eine Rede, in der er die Arbeitsergebnisse der „Kleinen Kommission“ vorstellte. Die Telefonabhöreffäre war noch bis Anfang 1964 ein Thema in den Gremien des Parlaments und in der Publizistik. Am 29. Januar 1964 schrieb Hermann Schmitt-Vockenhausen einen Brief an Innenminister Höcherl „betreffend Veröffentlichung des Ministeriums zu den Aide-memoires“, und schließlich teilte er in einem Interview mit dem „Parlamentarischen Pressedienst (PPP)“ am 24. März 1964 die Ergebnisse der Beratung im 2. Untersuchungsausschuss mit. Politische Konsequenzen hatte die Telefonabhöreffäre nicht. Der Untersuchungsausschuss begnügte sich mit dem Ergebnis,

- dass Missbräuche der Befugnisse des Verfassungsschutzes nicht festgestellt werden konnten, aber auch nicht ausgeschlossen werden könnten;
- dass es zu einigen personellen Veränderungen im Verfassungsschutz kam: einige Mitarbeiter, die ohnehin das Rentenalter erreicht hatten, gingen in den Ruhestand, einige würden in andere Bundesbehörden versetzt;
- dass es keine strafrechtliche Verfolgung von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes wegen eventuell in der NS-Zeit begangener Verbrechen gebe.

Zu der fast parallel verlaufenden „Spiegel“-Affäre in den 60er Jahren vermutet Carlo Schmid in seinen Erinnerungen, dass weniger Strauß der Initiator gewesen sei, sondern eher Bundeskanzler Adenauer, der damit auch die SPD treffen wollte. Denn bei der Durchsichtung der „Spiegel“-Räume hatte man auch das Protokoll einer vertraulichen Sitzung des Verteidigungsausschusses gefunden, „das der SPD-Abgeordnete Jahn dem ‚Spiegel‘-Redakteur Hans Schmelzer zugespielt habe.“³⁰¹

³⁰¹ A.a.O., S. 751.

4.3.4 Demokratie und Gesellschaft

In den durch Umbrüche gekennzeichneten späten 60er Jahren (Veränderungen im Bewusstsein der Menschen, in den Lebensverhältnissen und moralischen Vorstellungen, sowie den Studentenunruhen der sogenannten „68er“) war auch der Innenpolitiker HSV stark gefordert, und er mischte sich ein, hinterfragte die Dinge, kämpfte gegen die Radikalen. Deshalb sind ihm die Ereignisse des politischen Alltags Anlass, immer auch nachzudenken, ob sie mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Er will aufklären, wenn er Entwicklungen sieht, die dem entgegenlaufen könnten; er will lebendige Demokratie verwirklichen. Dafür reichen ihm „die formalen Voraussetzungen und bloße Proklamationen großer demokratischen Ideale nicht aus. Selbst wenn ein Staat äußerlich einigermaßen funktionieren könne, sind die grundlegenden geistigen Haltungen maßgebend, eine „ethische Fundierung der Staatstätigkeit und des politischen Lebens allgemein.“ Seine Überlegungen werden z.B. deutlich in seinem Beitrag „Die Transformation der Demokratie in die Gesellschaft.“³⁰² Zunächst betrachtet er die „materialen Elemente“ der politischen Demokratie, „die eigentlichen Ideen, die mit der Demokratie angestrebt und verwirklicht werden sollen.“³⁰³ Als ersten nennt er den Gedanken der Volkssouveränität, von dem alle andere Staatsgewalt abgeleitet sein muss, und erläutert den Artikel 20, Absatz 2 GG, wobei er besonders auf die Möglichkeiten der direkten und der indirekten Machtausübung durch das Volk hinweist. Dann erläutert er das Prinzip der Freiheit. Ziel aller demokratischen Bestrebungen müsse es sein, dass der Mensch als mündiger Bürger sein Schicksal selbst bestimmen und ihm das Recht und gleichzeitig die materielle Chance zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit gegeben wird. Das Prinzip der Gleichheit bedeute nicht „Gleichstempelung“ der von der Natur her nicht gleichen Menschen, sondern nur Gleichheit vor dem Gesetz, besonders die politische Gleichberechtigung der Bürger. Zum Prinzip der Rechtsstaatlichkeit betont er, dass der Bürger vor Willkürakten des Staates, aber auch vor Eingriffen in seine Freiheit durch Mitbürger geschützt werden muss. Nachdem er auf formale Prinzipien als Formen, durch welche die Idee der Demokratie in die Wirklichkeit umgesetzt wird, hingewiesen hat (Gewaltenteilung, Möglichkeiten der Regierungsbildung) und noch einmal unterstreicht, dass sich das Grundgesetz nach den Erfahrungen der Weimarer Republik eindeutig zur repräsentativen Demokratie bekannt habe, spricht er die in jüngster Zeit entstandenen Diskussion an, ob in stärkerem Maße plebiszitäre Elemente in die Verfassung eingebaut

³⁰² Friedrich-Ebert-Stiftung, Box 173.

³⁰³ A.a.O., S. 1.

werden sollen und wie die Demokratie auch in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden kann. Und auch er sagt: „Demokratie ist nur dort tatsächlich existent, wo sie nicht nur im Gesamtstaat, sondern auch in den verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft als Lebensform anerkannt wird.“³⁰⁴

Doch er differenziert, indem er fragt, inwieweit sich die Prinzipien der Demokratie in die einzelnen Teilbereiche der Gesellschaft transformieren lassen. Demokratisierung der verschiedenen Institutionen dürfe nicht zu deren Funktionsunfähigkeit führen. Dies müsse geprüft werden, z.B. bei Betrieb, Kirche, Universität. In diesem Zusammenhang warnt er vor einer Politisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche, denn dies sei die Charakterisierung für totalitäre Systeme.

Man sieht also: HSV will, dass der Bürger möglichst viel selbst entscheiden kann und ist deshalb auch durchaus für eine Stärkung plebiszitärer Elemente, aber er sieht auch die Gefahren einer Indoktrination, wenn der einzelne quasi gezwungen wird, sich zu engagieren. HSV sieht in diesen Jahren nämlich Gefahren für die Demokratie durch die außerparlamentarische Opposition. Im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung gab es heftige Proteste der Studenten. Obwohl die sogenannten Schubladengesetze fallen gelassen wurden, führen 24 Allgemeine Studentenausschüsse deutscher Hochschulen schweres Geschütz auf: mit einer Unterschriftensammlung unter ein Manifest gegen die Notstandsgesetzgebung. Die Unterzeichner sollen erklären, bei der nächsten Bundestagswahl diejenigen Bundestagsabgeordneten nicht zu wählen, die für eine Verfassungsänderung stimmen wollen oder gestimmt haben.

HSV lässt sich deshalb vom Parlamentarisch-Politischen Pressedienst am 27. Oktober interviewen (18. Jahrgang, 209) und betont mit Bezug auf die Kabinettsbeschlüsse den Erfolg der Gesetzgebung. Vieles von dem, was er seit Jahren vertreten habe, sei eingetreten, besonders die Zivilschutzgesetzgebung (siehe oben bei Abschnitt über die Notstandsgesetzgebung). „Die Freiwilligkeit steht viel stärker im Mittelpunkt, vieles an sehr Perfektionistischem ist gestrichen worden, und schließlich ist das Verschwinden der Schubladengesetze³⁰⁵ ein eindeutiger Erfolg unserer langen Bemühungen.“³⁰⁶

Aber die Unterschriftenaktion gegen die Parlamentarier verurteilt er und bedauert, dass man hier sowenig Achtung vor dem Grundgesetz habe. Wer sich so äußere, zeige sein gestörtes Verhältnis zur freiheitlichen Demokratie. Er erinnert an Vorfälle während der Buchmesse und

³⁰⁴ A.a.O., S. 5.

³⁰⁵ Als „Schubladengesetze“ bezeichnete man Verordnungen der Bundesregierung, die im Zustand der äußeren Gefahr Verhaltensweisen der Bevölkerung vorschreiben.

³⁰⁶ A.a.O., S. 1.

im Amerikahaus in Frankfurt am Main³⁰⁷, betont, dass er sich auch keinem Terror einer kleinen studentischen Funktionärsminorität beugen werde und beschwört die Verhältnisse in der Spätzeit der Weimarer Republik, als die Demokraten von links und rechts in die Zange genommen wurden. Er versichert, dass von ihm das Gespräch gesucht werde, z.B. mit den Gewerkschaften, weil jedes Argument, das aus Besorgnis und aus Überzeugung vorgetragen werde, sorgfältig geprüft werde. „Aber die Grenze ist dort, wo mit manifestierter Intoleranz gegen die parlamentarischen Organe vorgegangen werden soll.“³⁰⁸

Er ist überzeugt, dass die übergroße Mehrheit der Studenten zu vernünftigen Gesprächen bereit sei, nur eben eine ganz kleine Gruppe um den SDS herum habe eine klar antiparlamentarische Haltung. Ein Parlament würde abdanken, „wenn es sich dem Diktat dieser Gruppe beugen würde.“³⁰⁹

Doch in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren wurden die Auseinandersetzungen mit der Außerparlamentarischen Opposition (APO) immer heftiger. Aus der Baader-Meinhof-Gruppe bildete sich die Rote-Armee-Fraktion (RAF), die Kritik und Widerstand gegen im Grundgesetz verfasste freiheitliche demokratische und parlamentarische Ordnung des Staates Bundesrepublik Deutschland bis zum organisierten Terrorismus ausarten ließ. Aus manchen fehlgeleiteten Idealisten wurden harte, unmenschliche, vor nichts zurückschreckende Terroristen. Höhepunkt dieses Terrors war der sogenannte „Deutsche Herbst“ im Jahre 1977. Staat und Parteien versuchten, diese Entwicklung mit verschiedenen Maßnahmen zu stoppen. Eine tabellarische Übersicht der Geschehnisse möge dies verdeutlichen (vgl. Görtemaker, a.a.O., S. 485ff.):

- 03. Juni 1967: Tod Benno Ohnesorgs, eines Studenten, der bei den Demonstrationen gegen den Besuch des Schahs von Persien und den sich daraus entwickelnden Straßenschlachten in Berlin von einem Polizisten erschossen wurde.
- 03. April 1968: Brände in einem Frankfurter Kaufhaus von Gudrun Ensslin und Andreas Baader gelegt.
- 11. April 1968: Attentat auf Rudi Dutschke; Auslöser von mehr Gewalt.
- Ostern 1968: Osterunruhen, Aktionen gegen Axel-Springer-Verlag.

³⁰⁷ Zusammen mit dem Kommunisten Fritz Teufel und 300 Protestierern stürmte Rudi Dutschke, der mit den anderen Studentenführern aus Berlin das revolutionäre Potential in Frankfurt erkannt hatte, am 06. September 1967 in eine Vietnam-Diskussion im Amerikahaus in der Staufenerstraße und entrollte die Fahne der „Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams“ des Vietcong. Schon am 11. Februar waren nach einer Kundgebung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und des Sozialdemokratischen Hochschulbundes rund 150 Teilnehmer unangemeldet zum amerikanischen Konsulat in die Siesmayerstraße gezogen, wo sie von einer Reiterstaffel der Polizei auseinandergetrieben wurden.

³⁰⁸ A.a.O., S. 2.

³⁰⁹ A.a.O., S. 3.

- Sommer 1970: Serie von Brand- und Sprengstoffanschlägen.

Gegenmaßnahmen:

- 19. November 1970: Für die SPD ist eine Verfolgung kommunistischer Ziele unvereinbar mit SPD-Mitgliedschaft.

- 28. Januar 1972: „Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen“ („Radikalenerlaß“) mit der „Regelanfrage“.

- Juni 1972: Verhaftung führender Personen des Terrorismus: Andreas Baader, Holger Meins, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof. Gewaltaktionen gingen unvermindert weiter, zweite Welle des Terrorismus.

Terror:

- 10. November 1974: Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann.

27. Februar 1975: Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz mit anschließender Freipressung von inhaftierten Terroristen.

24. April 1975: Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm. Terroristen erschossen zwei Botschaftsangehörige, Tod zweier Terroristen.

09. Mai 1976 Selbstmord Ulrike Meinhofs.

Gegenmaßnahmen:

19. Mai 1976: Änderung des Radikalenerlasses in „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue.“ Regelanfrage wurde aufgehoben, CDU-Länder behielten alte Regelung bei.

Terror:

- 1977: Generalbundesanwalt Siegfried Buback, der Vorstandssprecher der Dresdner Bank. Jürgen Ponto, der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Hans Martin Schleyer, ihre Fahrer und mehrere Polizisten wurden Opfer des Terrorismus.

- 13. Oktober 1977: Kaperung und Entführung des Lufthansa-Flugzeugs „Landshut“ durch arabische Terroristen, die dadurch die deutschen unterstützen und die inhaftierten deutschen Terroristen freipressen wollten. Tod des Piloten Jürgen Schumann in Mogadischu.³¹⁰ Die Terroristen in Deutschland

³¹⁰ Die Grundschule in meiner Nachbargemeinde Schmitten-Arnoldshain wurde nach ihm benannt.

bleiben in Haft, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, begehen Selbstmord.

Vor diesem Hintergrund kämpfte Hermann Schmitt-Vockenhausen erst recht verschärft für seine Überzeugungen und den demokratischen Staat des Grundgesetzes gegen diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer glaubten, durch Terror die Welt verbessern zu können. Wie HSV und seine Familie in diesen unruhigen und gefährlichen Zeiten terroristischer Anschläge auch tangiert waren, geht aus einem Beitrag der „Frankfurter Allgemeinen“ am 28. Februar 2001 hervor, in dem die Journalistin Heike Lattka über die „Dr. Hermann-Schmitt-Vockenhausen-Stiftung“ schrieb und Frau Ruth Schmitt-Vockenhausen interviewte. Die Überschrift lautet: „Wir waren Zielscheibe für den Terror.“ Unter anderem berichtete die Witwe Hermann Schmitt-Vockenhausens, was sie auch in verschiedenen Gesprächen mit mir bestätigte und unterstrich, dass ihre Tochter in dieser Zeit der Notstandsgesetzgebung aus Angst vor einer möglichen Entführung in einigem Abstand von Sicherheitsbeamten zur Schule begleitet worden sei.

„Drohbriefe und Terroranrufe in der Nacht waren an der Tagesordnung und manchmal hätten die Sicherheitsbeamten „ihr Quartier im Keller ihres Hauses aufgeschlagen“. In diesem Interview betonte Frau Ruth Schmitt-Vockenhausen auch, es mache sie stolz, dass ihr Mann „aus den eigenen Vorstellungen nie einen Hehl“ gemacht habe, sei es u.a. bei seinem frühen Vorstoß für ein Parteifinanzierungsgesetz, sei es bei seinem Einsatz zum Maßhalten bei den Diäten. Dies kann nur voll unterstrichen werden, denn Hermann Schmitt-Vockenhausen wurde nicht müde, überall und immer wieder deutlich zu machen, dass Verbesserungen, wo immer sie nötig sind, nur durch Reformen Schritt für Schritt und oft durch Kompromisse möglich sind.

Immer ist er bemüht, positive beschreibbare und zielführende Wege aufzuzeigen. So auch im Zusammenhang mit den Studentenunruhen und den Gewalttätigkeiten über die Ostertage. Das wird in einem Interview des „General-Anzeiger“ mit ihm, dem Vorsitzenden des Innenausschusses, deutlich. Politische Aufgabe sei es natürlich, mit den jungen Menschen in unserem Lande über die sie bedrängenden Probleme zu reden. Damit meint er insbesondere Reformen in den Hochschulen. Dass diese nötig sind, sei unbestritten. Aber Brandstiftung, gemeinschaftliche Sachbeschädigung und Landfriedensbruch seien natürlich keine Kavaliersdelikte und seien für eine Hochschulreform kontraproduktiv. Die jetzige Situation verlange deshalb zügiges Handeln gegen die Rechtsbrecher bis zum Verbot des SDS und

zugleich Gespräche mit denjenigen, die sich aus wirklicher Sorge um die Probleme unseres Landes engagierten. Vereinfacht gesagt: Er versucht also die Reformer von den Revolutionären zu trennen. Den Einsatz des Bundesgrenzschutzes verneint er zu diesem Zeitpunkt, der Fall des inneren Notstands liege nicht vor. Zur Frage der Pressekonzentration (Springer) verweist er auf Kommissionen, in denen diese Frage erörtert werde. Jedenfalls befürchtet er, dass die Diskussion dieser Frage durch die Aktionen des SDS einen Rückschlag erlitten hätten, aber das Problem Pressefreiheit und Pressekonzentration werde im Bundestag weiterdiskutiert. Aber man müsse etwas für die Studenten tun. Er habe nämlich den Eindruck, dass viele Studenten zu wenig Kontakt zu den Parlamentariern hätten und deshalb in den Sog von Radikalen gerieten. Im Wintersemester habe er mehrere Tage in der Berliner Hochschule für Politik an einem Kolloquium teilgenommen. Er war sehr beeindruckt von den fruchtbaren Diskussionen, der intensiven Vorbereitung und dem großen politischen Interesse der Studenten. Viele seien sehr nachdenklich gegenüber den Klischeebeiträgen einiger weniger gewesen und hätten gespürt, wie stark das Engagement der Abgeordneten in politischen Fragen sei. In der Tagespresse werde das oft nicht deutlich. Deshalb schlägt HSV vor, die Abgeordneten müssten sich die Zeit nehmen und zu den Studenten gehen, mit ihnen aktuelle politische Fragen erörtern. Das müsse im Einvernehmen mit dem Professor geschehen, damit alles auch in den Rahmen und den Aufbau seiner Arbeit passe. Er kündigte an, im Sommersemester dafür an der Universität in München zur Verfügung zu stehen. Noch schärfer formuliert HSV seine Überlegungen am 23. April 1968 in „Pressemitteilungen und Informationen der SPD“. Auch hier spricht er zunächst von verständlichen und vielfach berechtigten Forderungen (reformbedürftiges Schul- und Hochschulwesen), die aber mit unzulässigen Mitteln vorangetrieben werden sollen. Diese Gewalt und dieser Terror würde von der linksradikalen Gruppe ausgerechnet in einer Zeit ausgeübt, in der „Gewaltverzicht in den Beziehungen zwischen den Völkern zur Selbstverständlichkeit werden soll.“³¹¹ Er habe deshalb auch überhaupt kein Verständnis für manche Theologen und Professoren, die in öffentlichen Erklärungen das Vergehen der Randalierer verteidigten, aber in ihrem eigenen Bereich ihren Reformeifer noch nicht deutlich gezeigt hätten. Und er fragt, was sie wohl sagen würden, wenn ihr Institut verwüstet und ihr Privatauto demoliert würde. „Gewaltverzicht ist nicht nur eine Frage der Außenpolitik, sondern auch der Innenpolitik.“³¹² HSV wendet sich nochmals direkt an die Jugend und will sie zur Besinnung bringen. „Erstens, es trifft nicht zu, daß das Hauptanliegen der jungen Generation, die Beseitigung der Unzulänglichkeiten im Bereich der Ausbildung an Schulen und Hochschulen, von den Älteren

³¹¹ A.a.O., S.1.

³¹² A.a.O., S. 2.

oder vom Staat grundsätzlich nicht gesehen würde und es an der Bereitschaft fehle, Reformen in Gang zu setzen. Zweitens, Sie irren, wenn Sie glauben, daß sich die Verhältnisse dadurch besserten, daß Sie politischen Wirrköpfen folgen, die Ihnen weiter nichts zu bieten haben als Ideologien und Leitbilder, die öffentlich den Namen Rosa Luxemburg im Mund führen und die doch vergessen haben, daß von Rosa Luxemburg das berühmte Zitat stammt: ‚Die Freiheit, das ist auch die Freiheit der anderen.‘, Leuten, denen Attentate und Terror als selbstverständliche Mittel für die Durchsetzung ihrer Ideen sind, müsse konsequent entgegengetreten werden. Durch Gewalt und Terror läßt sich vielleicht etwas ändern, aber bisher hat sich auf diese Weise noch nie etwas bessern lassen, sondern der Weg hat immer in das Chaos geführt. [...] Es ist bisher viel geredet und diskutiert worden. Jetzt ist es an der Zeit, daß wir gemeinsam handeln. Ich wiederhole deshalb meinen Vorschlag, daß an jeder Universität, in jedem Semester ein Kolloquium über die aktuellen politischen Probleme mit den politisch interessierten Studenten abgehalten würde.“³¹³

Wir sehen den Versuch HSV's, im Guten diese Studenten zur Vernunft und Umkehr zu bewegen. Doch es führte nicht zum Erfolg. Deshalb formierten sich Hochschullehrer, die in seinem Sinne dachten, zum Bund „Freiheit der Wissenschaft“. Die Konfrontationen wurden dadurch noch schärfer. Prof. Gerhard Löwenthal sieht eine wachsende Zahl von Hochschullehrern, Studenten und Politikern, die immer heftigerem Widerstand gegen die leisten werden, die die Freiheit an den Universitäten zu untergraben versuchen. Diese wiederum griffen den „Bund Freiheit der Wissenschaft“ immer schärfer an. Löwenthal spricht von einem „Kesseltreiben eines Linkskartells, das mit Hilfe von Roten Zellen unverhüllt mit der direkten revolutionären Machtübernahme droht.“³¹⁴

HSV berichtet in diesem Gespräch, dass er in den Gliederungen seiner Partei zunehmend zu Anträgen komme, die die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD und dem Bund „Freiheit der Wissenschaft“ feststellen sollen. Er bekennt sich zum Bund „Freiheit der Wissenschaft“, denn er hatte sich an dessen Gründung beteiligt und arbeitet aktiv mit. Als Grund dafür nennt er „den Notruf einer Reihe von politischen Freunden, die sich vor allem in Berlin und einigen anderen Universitäten starken Pressionen ausgesetzt sehen.“ Er weist auch darauf hin, dass namhafte Sozialdemokraten im Bund „Freiheit der Wissenschaft“ mitarbeiteten, Männer der Wissenschaft, auf die die Politik in den langen Jahren der Opposition sehr stolz war und einige auch Berater der Parteivorsitzenden seien. Er wendet sich gegen die Störung von Vorlesungen und gegen unmittelbare Gewalt, um missliebige

³¹³ A.a.O., S. 3f.

³¹⁴ ZDF-Magazin am 17. Februar 1971 im Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Bundestages, HSV, und dem Kölner Soziologieprofessor Erwin Scheuch, in: Archiv FES, Box 175.

Professoren zu verhindern und Studenten davon abzuhalten, diese zu besuchen. Darüber hinaus betont er, dass der Bund „Freiheit der Wissenschaft“ an entscheidenden Reformen sehr interessiert sei. Er wendet sich deutlich gegen Überlegungen von einigen in der SPD, zu Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten zu kommen. Die Grenzen zu den Kommunisten wie zu anderen verschiedenen Gruppen müssten klar gezogen werden. Am besten geschehe dies durch eine Urabstimmung der SPD-Mitglieder. Diese würde mit Sicherheit deutlich machen, „ wo die übergroße Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten ihren Standort hat“, ³¹⁵ genauso wie damals bei der Urabstimmung in Berlin gegen die Zwangsvereinigung zur SED. Am 09. Juni 1971, in der 126. Sitzung des Deutschen Bundestages, stand auch der Bildungsbericht der Bundesregierung und die soziale Lage der Studenten auf der Tagesordnung. Die CSU/CSU-Fraktion hatte eine Große Anfrage betreffend Förderung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, des Liberalen Studentenbundes Deutschlands und des Verbands deutscher Studentenschaften (VDS) eingebracht. Es sprach der CDU-Abgeordnete Wohlrabe, ihm antwortete die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Käthe Strobel, SPD: Sie berichtete u.a., dass es im VDS Demagogie gebe, die genau wie in der Weimarer Republik jede Sachkunde von Parlament und Regierung in den Dreck ziehe.

Es war die Zeit der Unruhen an den Hochschulen, was sich auch in den Bundestagsdebatten widerspiegelte. In den Hochschulen selbst gab es jetzt - wie schon auf Seite 146 gesagt – auch organisierten Widerstand von Hochschullehren gegen Aktivitäten radikaler Studenten. Initiator war vor allem der Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main, Prof. Dr. W. Rüegg. Er rief zur Gründung des Bundes „Freiheit der Wissenschaft“ auf. Auch der Vizepräsident des Bundestages Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen unterstützte dieses Vorhaben aktiv wie auch z.B. die Professoren Lübbe, Löwenthal, Ortlieb und Scheuch. Am 22. Februar 1971 hielt Prof. Dr. W. Rüegg im Rotary-Club Frankfurt am Main einen wegweisenden Vortrag. Darin sagte er u.a.: „Staat und Gesellschaft entziehen sich durchaus der notwendigen Besinnung. Sie lassen kein Unbehagen darüber erkennen, daß die Universität als eine der Institutionen dieser Gesellschaft in die Rolle des Sündenbocks gedrängt wird. Sie sind weitgehend blind dafür, daß über kurz oder lang alle Institutionen der Gesellschaft – z.B. Kirchen, Gerichte, Parteien, Parlamente – in die gleiche Rolle geraten werden, wenn es den Provokationen gelingt, die Universität einem politischen Rätssystem zu unterwerfen.“³¹⁶ Er wendet sich gegen eine ernsthafte Diskussion über eine Drittelparität (Professoren, wissenschaftlicher Mittelbau, Studenten), weil es anachronistisch sei, „Klassen“ zu bilden.

³¹⁵ A.a.O., S. 3.

³¹⁶ FES, Box 412.

Auch Kirchen seien auf dem Weg, zu „Herden sozialrevolutionären Schwärmertums zu werden.“ Bei Richtern dringe eine marxistische Rechtsauffassung durch, dass das Recht klassenbedingt sei.

In den Parteien gebe es jetzt Auseinandersetzungen mit Kräften, deren Unruhen zuvor als heilsam erklärt wurden, jetzt aber immer mehr zur „zerstörerischen Kraft für die noch nicht gefestigte deutsche Demokratie werden.“³¹⁷ Professor Rüegg erinnert an 1932, kritisiert, dass man Prüfungsordnungen von der Mehrheit der Studenten beschließen lasse und weist auf die „Roten Zellen“ an der Freien Universität Berlin hin. An der Frankfurter Universität habe dagegen die Tätigkeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft dazu beigetragen, dass in den Gremien Konvent und Präsidium die liberale Mitte siegte, aber Lüge, Feigheit, Verschleuderung öffentlicher Mittel und Vergeudung wissenschaftlichen Personals lähmten auch in Frankfurt und gefährdeten die verfassungsrechtlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre.³¹⁸

Ziel des Bündnisses – in der Gründungsphase „Frankfurter Kreis“ genannt -, zu dem auch Arnold Bergsträsser gehörte, war es, mit wissenschaftlichen und publizistischen Mitteln gegen aufkommenden Totalitarismus zu kämpfen und die Diskussionen auf den Kern konkreter Hochschulreformen zurückzuführen.

Der Bund „Freiheit der Wissenschaft“ hatte ca. 10.000 bis 20.000 Mitglieder. Sogenannte „Ketzerbeschlüsse“ trugen dazu bei, die Organisation bekannt zu machen. So benennt Professor Dr. Lübke, Bielefeld, in einem Schreiben vom 10. März 1971 an HSV „Einheitsfronten (Kommunisten und umfunktionierte Sozialdemokraten) als Gegner des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Bildungspolitiker der SPD sollten in diesen Auseinandersetzungen die „nützlichen Idioten“ spielen. In diesem Schreiben gab Prof. Lübke in neun Punkten eine „Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines Hochschulrahmengesetzes“ ab. Ausdrücklich begrüßt er die vorgesehene „Konsolidierung der Hochschulen als Stätten freier Forschung und Lehre“ und sieht auch die Notwendigkeit für eine Studienreform sowie einer Reform der Lehrkörperstruktur. Er empfiehlt aber dann, den vorgesehenen Satz, die Hochschule sollte „die Studenten auf ihre Verantwortung in einer freiheitlich und demokratisch verfaßten Gesellschaft vorbereiten“, zu streichen, weil dies in der gegenwärtigen Situation und der Krise kontraproduktiv für „ideologisch-politische Extremisten“ wirke.

Am 18. Dezember 1970 hatte bereits „Die Welt“ (Bernd Nellessen) über einen „Gegenkongreß“ zu „Bund Freiheit der Wissenschaft“ vom „Verband deutscher

³¹⁷ A.a.O.

³¹⁸ A.a.O.

Studentenschaften“ berichtet, inszeniert von der „marxistisch-spartakistischen Führung“ in der Bonner Universität. Dieser Gegenkongress wird scharf kommentiert: Stimmt den Analysen mit der Wirklichkeit überein, dann würde die Bundesrepublik nicht von einem Demokraten Willy Brandt, sondern einem Diktator wie Franco regiert und das Land wäre eine Kaserne, gefüllt mit einem Heer Verblödeter, die es nach Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie dürstet.“ Nach diesem „Gegenkongreß“ dürfte feststehen, schreibt Nellessen in der Welt, dass der Regierung Brandt vom „Bund Freiheit der Wissenschaft“ mehr Unterstützung zuteil werde als von den Jusos oder deren marxistisch gewordenem „Sozialdemokratischen Hochschulbund.“ Wissenschaftsminister Leussink werde für sein Hochschulrahmengesetz beim „Bund Freiheit der Wissenschaft“ Hilfe finden, bei dessen Widersachern Gegnerschaft. Zu diesen gehörten etwa Prof. Wolfgang Abendroth, der auf dem Gegenkongress vor einer „Harzburger Front“ warnte, der GEW-Vorsitzende Erich Frister und der junge SPD-Bundestagsabgeordnete Günther Wiechert, der von der Regierung Geld für das Bündnis mit den kommunistischen Antidemokraten forderte.

Am 11. Dezember 1970 hatte schon „Die Zeit“ in ihrem Artikel „Für und gegen den Bund“ Befürworter und Gegner gegenübergestellt. Prof. Richard Löwenthal war der „Chefideologe“ des „Bundes“, der Initiator der antirevolutionären reformerischen Gegenbewegung gegen Studenten der FU in Berlin, wo Reformstau herrschte, weil dort „kalter Krieg“ geführt würde. Löwenthal war sowohl gegen den „Immobilismus der Reaktion“ als auch gegen den „Radikalismus der Revolutionäre“. Er plädierte für eine vernünftige Zwischenlösung und dann die großen Reformen. Im TTT, Kulturforum des Hessischen Rundfunks, wurde der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ dagegen sogar eine „akademische NPD“ genannt, Prof. Alexander Mitscherlich war gegen den „Bund“, außerdem die Frankfurter SPD.

Wie bereits weiter oben gesagt, stand HSV mitten drin in diesen Auseinandersetzungen und positionierte sich klar. Er war mit ein Mann der ersten Stunde. Neben dem Vorsitzenden, dem Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main Prof. Dr. W. Rüegg, werden am 22. März 1971 als Mitglieder im Bundesausschuss genannt: die Professoren Dr. Christian Beutler, Frankfurt; Dr. Wilhelm Hennis, Freiburg; Dr. Roman Herzog, Ziegelhausen (der spätere Präsident des Bundesverfassungsgerichts und Bundespräsident); Dr. Richard Löwenthal, Berlin; Dr. Hans Meier, Münster; Dr. Ernst Nolte, Marburg; Dr. Dieter Oberndörfer, Freiburg; Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg; Dr. Konrad Repgen, Bonn; Dr. Horst Saumann, Hamburg; Dr. Erwin Scheuch, Köln; Dr. Friedrich H. Tenbrück, Tübingen; der Vizepräsident des Deutschen Bundestages Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, Bad Soden, und als studentischer Vertreter Michael Zöllner, München. Die Universität Bonn war

neben Frankfurt am Main und der FU in Berlin ein Schwerpunkt der Auseinandersetzungen. Ein Beispiel ist die sogenannte „Doktorandenaffäre“ im April 1971. Eine „Demokratische Doktoranden-Initiative“ sollte als Oppositionsgruppe gegen den marxistisch beherrschten „Doktoranden-Sprecherrat“ aufgebaut werden. Um eine Unterwanderung zu unterbinden, bittet Prof. Repgen um eine angemessene Kennzeichnung auf den Adressen der Infragekommenden. Außerdem will er auf einer Veranstaltung über den „Bund Freiheit der Wissenschaft“ sprechen. Daraufhin erfolgt eine Veröffentlichung dazu durch den Bonner DKP/SHB-AStA und ihre Lancierung an Zeitungen mit scharfen Angriffen gegen Prof. Repgen. Am 16. April 1971 berichtete der Hessische Rundfunk im 13Uhr 40 in seinem 1. Programm dazu mit dem Tenor „Gesinnungsschnüffelei wie vor 30 Jahren“. Dem Gründungsmitglied des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ wurde vom Bonner AStA vorgeworfen:

- Anstiftung zur Denunziation und Anlegen schwarzer Listen,
- Überprüfung jedes Doktoranden auf seine politische Zuverlässigkeit,
- die Absicht, in Zukunft anstelle wissenschaftlicher Qualifikation die politische Gesinnung lückenlos zum Maßstab der Personalpolitik beim akademischen Nachwuchs zu machen.

Auf der Pressekonferenz des VDS sagte sein Sprecher, das Grundgesetz sei bisher negativ verändert worden, der VDS verteidige das Grundgesetz, das jedoch „extensiv – zum Beispiel beim Eigentum – ausgelegt“ werden müsse. Denn „der VDS hat ein dynamisches Verhältnis zum Grundgesetz.“³¹⁹

Diese konträren Auffassungen waren zu diesem Zeitpunkt also kaum auszugleichen. HSV versuchte es trotzdem immer wieder: Er ging in die Universitäten, diskutierte mit Studenten. Die Auseinandersetzungen zwischen dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“, HSV – oft in der Rolle eines Vermittlers – und den radikalsozialistischen Studenten fanden natürlich auch auf lokaler innerparteilicher Ebene statt.

Am 04. März 1971 berichtete die „Frankfurter Rundschau“ unter der Überschrift „Die Kommunisten und die SPD“ darüber. Im Main-Taunus-Kreis trieben die lebhaft geführten Diskussionen einem „neuen Höhepunkt entgegen.“

Dies war am 12. März 1971 auf der Unterbezirkskonferenz der SPD in Eschborn, Main-Taunus-Kreis, der Fall. Der Ehrenvorsitzende der SPD Main-Taunus, Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen verteidigt den Parteiratsbeschluss von München, der SPD-Mitgliedern jegliche

³¹⁹ a.a.O.

Zusammenarbeit mit Kommunisten verbietet. Zuvor hatte nämlich der Ortsverein Eschborn den Antrag gestellt, dass dies unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein solle, z.B. sei dies bei Vietnam-Initiativen und Mieteraktionen denkbar und richtig.

Zur Vorgeschichte: Dr. Robert Steigerwald, DKP-Bundesvorstandsmitglied und Journalist, leitete 1970 ein Marxismus-Seminar der Jungsozialisten. Außerdem hatten ihn 24 SPD-Mitglieder auf einem Wahlvorschlag der DKP für die hessischen Landtagswahlen unterstützt. Der SPD-Unterbezirksvorstand erfuhr davon durch „Indiskretionen“ aus dem Landratsamt. Landrat und Wahlleiter war Dr. Valentin Jost, ein politischer Freund HSV's. Es wurde nun ein Parteiordnungsverfahren gegen diese o.g. SPD-Mitglieder eingeleitet. Die meisten hatten aber schon vorher ihre unterstützenden Unterschriften für den DKP-Bewerber zurückgezogen, zwei Mitglieder wurden ausgeschlossen und der ehemalige Ortsvereinsvorsitzende von Niederhöchstadt kam seinem Ausschluss durch Austritt zuvor.

Unterzeichner, die später in Hattersheim und Eschborn wieder in die SPD eintreten wollten, wurden von den dortigen Ortsvereinsvorständen abgelehnt, nachdem HSV vor kommunistischen Infiltrationsversuchen gewarnt hatte.

Man sieht: HSV bleibt sich und seiner politischen Überzeugung treu, mitzuhelfen, dass die SPD als Volkspartei möglichst stabil bleibt. Dafür kämpft er auf allen Ebenen, an allen Fronten, in allen Volksvertretungen und Verbänden sowie besonders auch innerparteilich.

4.4 Umweltpolitik

Fragen der Bewahrung unserer Umwelt waren für HSV immer wichtig. Das zeigt sich schon dadurch, dass er in der „Schutzgemeinschaft deutscher Wald“ führend tätig war.

Umweltpolitik im heutigen Sinne gab es damals zwar noch nicht, HSV sprach solche Probleme jedoch sehr häufig an, meist im Zusammenhang mit innenpolitischen Diskussionen, Vorträgen und Anfragen.

Er war auch dadurch ein vorausschauender Politiker, Vorreiter einer umweltbewussten Politik und deshalb ein fortschrittlicher Volksvertreter.

Das soll hier zunächst an vier seiner Vorträge verdeutlicht werden:

1. „Grüne Bürgerinitiativen in Stadt und Land“
2. „Umweltschutz-Appell an die Gemeinden“
3. „Der Schutz vor Umweltgefahren als politische Aufgabe“
4. Ansprache anlässlich des 10jährigen Jubiläums der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ beim „Tag des Baumes“.

Zu 1. Vortrag HSV als Mitglied des Bundestags, Vizepräsident des Deutschen Bundestags und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: „Grüne Bürgerinitiativen in Stadt und Land“³²⁰. Dies war das Tagungsthema der „Deutschen Gartenbaugesellschaft“ auf der Insel Mainau mit dem Grafen Bernadotte.

In seinem Vortrag weist HSV zunächst auf die erfolgreichen Initiativen dieser Gesellschaft für die Bundeswettbewerbe „Unser Dorf soll schöner werden“ und „Bürger, es geht um Deine Gemeinde“ hin und bezeichnet als Leitlinien für deren Initiativen Feststellungen des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuß, der gesagt hatte, „Einwohner sind Steuerzahler, der Bürger indessen ist eine werthaltige Kraft.“³²¹ Damit betont er zunächst die Bedeutung dieser Initiativen „von Bürgern für Bürger“, aus denen sich „ein anregender Gegenstrom öffentlicher Meinung“ entwickle.³²² Diese Initiativen seien positive Bürgerinitiativen, weil sie gestalterische Maßnahmen für die örtliche Gemeinschaft zum Ziel hätten. Meist verstehe man unter diesem Begriff aber protestierende Bürger zur Abwehr bestimmter Maßnahmen der Gemeinden. HSV spricht sich gegen den „Rückzug vieler Bürger nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Inseln ihrer privaten Lebensbereiche“ aus, weil dies der jungen Demokratie nicht gut bekommen sei,³²³ aber er sieht es sehr positiv, dass trotz vieler anderer Themen,

³²⁰ FES, Box 178.

³²¹ A.a.O., S. 2.

³²² A.a.O., S. 3.

³²³ A.a.O., S. 5.

gegen die Menschen durch Gründung von Bürgerinitiativen protestierten – z.B. unzureichende Wohnverhältnisse, Mangel an Gemeinschaftseinrichtungen – „es die fortschreitende Zerstörung der Umwelt“ war, „die den Bürger auf den Plan rief.“ Als Beispiele nannte er u.a. die „giftig lärmende Kraftfahrzeugflut“, einen „menschenfeindlichen Städtebau“, „umweltfeindliche Industriebetriebe“, die „zunehmende Verseuchung der Gewässer“ und das „Absterben grüner Lungen“.

Hier wird also deutlich, dass Hermann Schmitt-Vockenhausen die Erhaltung einer gesunden Umwelt für den Menschen schon früh als wichtiges Thema erkannt und dies Motor für seine Aktivitäten in diesem Bereich war.

Wünschenswerte Bürgerinitiativen in diesem Sinne können für ihn dabei nur hilfreich sein, denn in erster Linie Umweltfragen führten zu ihrer Gründung. Damit träten dann auch „totgeglaubte Eigenschaften“ wie Zivilcourage, Idealismus, Verantwortungsbewusstsein, Engagement und Kritikfähigkeit zutage. „Der verplante Bürger zeigt der allmächtig erscheinenden Technokratie und Bürokratie die Stirn.“³²⁴

Er wendet sich aber sehr deutlich gegen negative Bürgerinitiativen, die „Selbsthilfe außerhalb der Legalität“ propagieren und warnt eindringlich vor Systemüberwindern, durch die Bürgerinitiativen instrumentalisiert und Missstände bewusst dramatisiert werden und dadurch unser demokratisch-parlamentarisches System überwunden und eine ganz andere Gesellschaft begründet werden soll. Der Rechtsstaat sei gerade durch solche außergesetzliche Maßnahmen in Gefahr. Deshalb müsse man solchen Bestrebungen den Kampf ansagen. Man müsse „helles demokratisches Wächtertum“ den von illegalen Absichten getragenen und zum Teil ferngesteuerten revolutionären Bürgerinitiativen entgegensetzen. „Boykott, Sabotage, Besetzung und Blockade sind keine geeigneten Mittel für das bürgerliche Wohlbefinden.“³²⁵ Dagegen liegen „die werthaltigen Kräfte positiver Bürgerinitiativen [...] in Anstößen zu weiteren Reformen.“³²⁶

Zu 2. „Umweltschutz-Appell an die Gemeinden“

Solche Anstöße und konkrete Maßnahmen fordert Hermann Schmitt-Vockenhausen auch auf dem in Nizza im Juli 1972 stattfindenden „X. Europäischen Gemeindetag“, der von Rat der Gemeinden Europas (RGE) jeweils veranstaltet wird. Für ihn spielen beim Umweltschutz nämlich die Gemeinden eine sehr wichtige Rolle. Sie agieren vor Ort und können insbesondere auch ein Umweltbewusstsein in der Öffentlichkeit schaffen. In seinem

³²⁴ A.a.O., S. 6.

³²⁵ A.a.O., S. 10.

³²⁶ A.a.O., S. 6.

„Umweltschutz-Appell an die Gemeinden“ empfiehlt er, zusammen mit dem deutschen Delegations-Experten für Umweltschutz, Professor Dr. Olschowy, den Gemeinden zehn konkrete Maßnahmen (FES, Box 178, SPD-Pressedienst 19. Juli 1972, S. 4f).

Sie werden aufgefordert

1. ihre Informationsmittel dem Natur- und Umweltschutz zur Verfügung zu stellen, Bürgerinitiativen zu fördern und bereits in den Schulen mit der Unterrichtung zu beginnen;
2. den Schutz, die Pflege und die Entwicklung der natürlichen Umwelt mit ihren Faktoren Wasser, Luft, Boden, Fauna und Flora auf der Grundlage ökologischer Untersuchungen und qualifizierter Landschaftsplanung zu vollziehen;
3. dem künftigen Bedarf an Erholungs- und Freizeitgebieten rechtzeitig zu ermitteln, die erforderlichen Flächen sicherzustellen und zu gestalten;
4. ein Meß- und Kontrollsystem über die Belastungen der natürlichen Umwelt aufzubauen und Belastungsgrenzen für die Menschen und die Landschaft zu ermitteln;
5. Vorkehrungen gegen jede Art der Verschmutzung der Landschaft zu treffen und Vergehen zu bestrafen;
6. Berücksichtigung von Grundsätzen des Umweltschutzes bei Raumordnung und Städteplanung und im Falle von Zielkonflikten Vorrang für Umweltschutz, Schaffung von Forschungseinrichtungen und Förderung des nationalen und internationalen Erfahrungsaustausches sowie der Zusammenarbeit auf allen Ebenen als vordringliche Aufgabe;
7. Mitarbeit bzw. Übertragung von Aufgaben des Umweltschutzes an Verbände und Gewerkschaften, insbesondere auch Einbeziehung der Jugendverbände in die Umweltarbeit;
8. Schaffung kommunaler Gremien für den Natur- und Umweltschutz nach dem Gemeindeverfassungssystem der einzelnen Länder;
9. Schaffung von angemessenen Kontrollsystemen über den Vollzug von Umweltschutzmaßnahmen und
10. angemessene Finanzausstattung der Gemeinden, um sie in den Stand zu setzen, ihre Umweltaufgaben erfüllen zu können.³²⁷

Zu 3. „Der Schutz vor Umweltgefahren als politische Aufgabe“

³²⁷ A.a.O., S. 3f.

Für die Redaktion von „Inter Nationes“ in Bad Godesberg, einem Artikeldienst, der HSV gebeten hatte, über Fragen des Umweltschutzes, der Verwaltungsreform, der Vermenschlichung zwischenstaatlicher Beziehungen und die Einflußmöglichkeiten der Politik auf den Menschen ihnen Beiträge zukommen zu lassen, wenn es seine Zeit erlaube, verfasste er den Artikel „Der Schutz vor Umweltgefahren als politische Aufgabe“ (FES, Box 176).

Zu Beginn erinnert er an programmatische Äußerungen der SPD Anfang der 60er Jahre zu den Themen Reinhaltung von Luft und Wasser sowie Lärmschutz. Das sei aber bisher nicht genügend erst genommen und von den Bundesregierungen unter den Kanzlern Adenauer und Erhard nicht mit der erforderlichen Intensität in die Tat umgesetzt worden. Wenn das früher geschehen wäre, hätten schon damals verwirklichte Schutzmaßnahmen effektiver und billiger sein können. Die neue Bundesregierung hätte nun neue Maßnahmen für Umweltschutz eingeleitet und ein Sofortprogramm beschlossen. Er erwähnt das Bundesimmissionsschutzgesetz, die Rechtsverordnung zur Herabsetzung des Bleigehalts von Kraftfahrzeugtreibstoffen, Vorschriften zur Verringerung der Schädlichkeit von Autoabgasen, die Änderung und Ergänzung des Wasserhaushaltsgesetzes, verstärkte Kontrolle der Verwendung schädlicher Biozide (z.B. Pflanzenschutzmittel), ein Abfallbeseitigungsgesetz, verstärkte Lärmbekämpfung (Flug- und Baulärm), ein Natur- und Landschaftsschutzprogramm sowie die Überprüfung der Vorschriften des Lebensmittelrechts. Der Bund wolle sich auch stärker bei Einrichtungen auf Landes- und Gemeindeebene beteiligen, z.B. beim Bau von Kläranlagen.³²⁸

HSV fordert in diesem Zusammenhang eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie eine angemessene Beteiligung an den Kosten von denjenigen, „die Beeinträchtigungen nachweisbar verursacht oder mitverschuldet haben.“³²⁹

Dabei müsse man allerdings abwägen, welche gesetzlichen Auflagen für Gewerbetreibende auch tragbar seien. Man müsse deshalb die Industrie zur Entwicklung technischer Abwehrverfahren veranlassen.

Schließlich fordert er, den großen Nachholbedarf zu beheben, was wegen weitgehender Planungen bis etwa 2000 wahrscheinlich nicht realistisch sei, auch könnten die Probleme nicht nur auf nationaler Ebene gelöst werden. Deshalb bedürfe es der Zusammenarbeit zwischen Staaten, insbesondere innerhalb geographisch benachbarter Räume.

Die große Bedeutung, die der Umweltschutz für ihn hat, wird aus seinem Schlusssatz deutlich: „Es ist uns gelungen, auf so wichtigen Gebieten wie der Altersversorgung und des

³²⁸ A.a.O., S. 2.

³²⁹ A.a.O., S. 3.

Arbeitsplatzes den Menschen in unserem Lande ein zuvor nicht gekanntes Maß an Sicherheit zu geben. Umso bedauerlicher wäre es, wenn es uns nicht gelingen sollte, in gleicher Weise für eine gesunde Umwelt zu sorgen. Hierzu gehört nicht zuletzt ein Natur- und Landschaftsschutz, der die Voraussetzungen dafür schafft, daß den Bürgern ausreichende und gesunde Erholungsräume zur Verfügung gestellt werden können.“³³⁰

Zu 4. Ansprache anlässlich des 10jährigen Jubiläums der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ beim „Tag des Baumes“.

„In einer Welt, in der die Interessenverbände in großem Umfang die öffentliche Diskussion bestimmen, war und ist es erforderlich, daß sich die Menschen zusammenfinden, die bereit sind, um unseren Wald zu kämpfen.“ Mit diesen Worten beginnt der Vorsitzende der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ (Hessen) und Vizepräsident des Deutschen Bundestages Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen anlässlich des zehnjährigen Bestehens seine Ansprache zum „Tag des Baumes“ und betont, dass der Wald mehr sei „als ein Stück aus der Märchenwelt unserer Kindheit.“³³¹ Er erinnert daran, dass Kulturvölker untergegangen seien, weil die den Wald vernichtet und damit die Bodenerosion gefördert und das Klima gestört hätten. Der Wald regule nämlich den Haushalt des Wassers, beeinflusse Witterung und Klima, mache die Quellen ergiebig. Sein Wurzelwerk festige den Boden, er schütze die Landschaft vor Bodenabschwemmung, Erosion, Verkarstung, stelle sich Lawinen in den Weg und schütze das Land „gegen vegetationserstickenden Flugsand.“ Vielfältig und unersetzlich seien die Funktionen des Waldes „zur Schaffung der Voraussetzungen für die Existenz und Sicherung des Menschen, seines Lebensstandards und der Landschaft.“³³²

Auch in einem gerade in parlamentarischen Beratungen befindliches Bundeswaldgesetz werde nicht von heute auf morgen alle Probleme lösen, aber es könne dazu beitragen, dass „Anliegen des Waldes“ auf Bundesebene wirkungsvoller als bisher vertreten werden könnten. Auch die Forstwirtschaft bedürfe im Zusammenspiel und Gegenspiel der zahlreichen wirkenden Kräfte in einer modernen Industriegesellschaft eines gesetzlichen Schutzes durch verbindliche Regelungen, die ihr den gebührenden Platz im Wirtschaftsleben, im Raum der Heimat und im menschlichen Dasein sichern sollen.“³³³

Man sieht auch hier wieder – wie in allen politischen Bereichen in denen HSV tätig war, etwa bei SPD und Kirche – dass er immer auch vermittelnd argumentiert und die verschiedenen

³³⁰ A.a.O., S. 4.

³³¹ FES, Box 176, a.a.O., S. 1.

³³² A.a.O., S. 2.

³³³ A.a.O., S. 2.

Funktionen des Waldes als Wirtschaftswald, Erholungswald und Jagdbezirk abwägend betrachtet. Mit dem Bekenntnis zum Wald müsse man Ernst machen, fordert er. Man müsse z.B. auch Schutzwälder und Waldlehrpfade einrichten, die Waldlandschaft und die Waldränder müssten wieder sauber werden. Die jungen Menschen müssten Sauberkeit und Ordnung nicht nur im persönlichen Bereich lernen, „sondern sich auch auf Spaziergängen und Wanderungen immer wieder daran erinnern, dass der Wald nur dann uns allen Freude und Erholung bietet, wenn er sauber ist.“³³⁴

Er weist noch auf Aufgaben hin, die zu lösen seien, um der Natur zu helfen. Verpestete Luft, verschmutzte Flüsse und vieles andere mehr seien warnende Vorzeichen. Unsere Gesundheit sei ein hohes Gut, um sie zu erhalten, und hänge auch davon ab, ob die Menschen immer wieder den Weg aus dem Alltag in die nahegelegene Natur fänden.

In diesen vier Grundsatzvorträgen wird sehr deutlich, dass Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen die Zeichen der Zeit und die Bedeutung einer gesunden Umwelt für den Menschen als sehr wichtig erkannt hat und deshalb schon früh – Jahre vor der Gründung einer neuen Partei: „Die Grünen“ – nachhaltige Umweltpolitik fordert und sich dafür einsetzt.

Auch damals hatte HSV schon erkannt, was heute ein Hauptthema in den Städten und Gemeinden im Umfeld des Frankfurter Flughafens immer wieder gefordert wird: Lärmschutz. So forderte er in der 43. Sitzung des Bundestages in der 5. Wahlperiode eine „Beschränkung der mit dem Überschallflugverkehr verbundenen Lärms.“³³⁵ In einer Zusatzfrage thematisierte er auch den Fluglärm in Düsseldorf. Auch schon in der 3. Wahlperiode sprach er zu umweltrelevanten Themen, z.B. in der 74. Sitzung (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, S. 4004D) über die Inanspruchnahme von Naturschutzgebieten für militärische Zwecke. Er lehnte dies ab.

Umweltpolitik war also für Hermann Schmitt-Vockenhausen schon damals wichtig. Weil manche „fortschrittliche“ Entwicklungen auch für viele Menschen nachteilige Wirkungen haben konnte und er sich verpflichtet fühlte, sich zum Wohl der Menschen einzusetzen, konnte er durch Hinweise und Anträge, auch wenn es sich manchmal um scheinbar kleinere Angelegenheiten handeln sollte, manches im Sinne dieser Menschen, denen er damit half, bewegen. Doch ein großes Thema war für ihn schon damals der Fluglärm und die Möglichkeit zur Erholung in einer nicht geschädigten Natur (vgl. auch oben im Kapitel 3.3, S. 25ff.).

³³⁴ A.a.O., S. 4.

³³⁵ Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, S. 1981f.

4.5 Verbandspolitik

Sehr wichtig waren für HSV die Gemeinden. Dies wurde schon ausführlich dargestellt (vgl. 4.2). Deshalb bedeutete ihm auch die Präsidentschaft im Deutschen Städte- und Gemeindebund viel, denn dadurch konnte er auf vielen Kanälen seinen Einfluss geltend machen, zumal er Vizepräsident des Bundestages war. In der katholischen Kirche war er aufgewachsen, die Kirche war ihm eine Herzensangelegenheit, er war ein gläubiger und praktizierender Katholik. Deshalb war er gern Mitglied im „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ und in dessen Präsidium. Am 05. Juni 1971 fand eine Vollversammlung in Bad Godesberg statt. Im Protokoll wird auch HSV als stellvertretender Vorsitzender des politischen Beirats beim ZK genannt. Er war als „Einzelpersonlichkeit“ für die Zeit vom 01. Januar 1972 bis 21. Dezember 1975 berufen worden für den „politischen Bereich“. Sein Wirken im Zentralkomitee und im politischen Beirat soll an folgenden Themenbereichen verdeutlicht werden, die in diesem Gremium und darüber hinaus in Politik und Gesellschaft diskutiert wurden. 1. Die „neun Thesen des politischen Beirats im Zentralkomitee der deutschen Katholiken gegen den Mißbrauch der Demokratie“. 2. Das Verhältnis katholische Kirche und SPD. 3. Eigentumspolitik für Arbeitnehmer. 4. Verschiedene andere Themenbereiche.

1. Die neun Thesen des politischen Beirats im Zentralkomitee der deutschen Katholiken³³⁶:

1. Demokratie ist kein Religionsersatz. Jede pseudoreligiöse Verfälschung des Demokratiebegriffs gefährdet den demokratischen Staat.
2. Die repräsentative Demokratie sichert den Raum für die Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Menschen.
3. Rationalität in der Politik ist eine sittliche Forderung an den demokratischen Staat und eine sittliche Verpflichtung aller, die ein demokratisches Mandat innehaben. Moralische Absolutheitsansprüche führen zum Irrationalismus und damit zur Schädigung des allgemeinen Wohls.
4. Freiheit und Gleichheit sind Prinzipien der Demokratie. Die Spannung zwischen beiden wird durch die Prinzipien der Solidarität und Gerechtigkeit ausgeglichen.

³³⁶ FES, Aktenband 63A.

5. Politisches Denken und Handeln ist nicht identisch mit gesellschaftlichem Denken und Handeln.
6. Die Forderung nach Demokratisierung der Gesellschaft ist der Sache nach berechtigt, in der Formulierung jedoch missverständlich. Als politischer Begriff kann „Demokratie“ nicht auf nichtpolitische Bereiche angewandt werden. Welche Formen der Demokratisierung legitim und welche nicht legitim sind, wird durch die Verfassung entschieden.
7. Politische Diskussion ist auf politisches Handeln und Entscheidungen bezogen. Sie ist deshalb grundsätzlich anderer Art als theoretische Diskussion, insbesondere, weil sie an der praktischen Verantwortung orientiert sein muss.
8. Politische Beratungen im freiheitlichen Rechtsstaat können nur in bestimmten Grenzen öffentlich sein. Eine Missachtung dieser Grenzen führt zu Unfreiheit und Terror.
9. Gesellschaftliche und politische Umgangsformen um des Schutzes der Menschenwürde in der modernen Gesellschaft willen. Wer sie missachtet, verletzt Persönlichkeit und Freiheit des anderen.

Man kann in diesen Thesen Grundüberzeugungen HSV's erkennen, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass er bei der Erarbeitung des Textes sehr intensiv mitgewirkt hat und einige Passagen aus seiner Feder stammen. Zum anderen konnte man durchaus vermuten, dass besonders die Thesen 5, 6 und 7 bei manchen im gesellschaftlichen und politischen Bereich auf Kritik stoßen würden. Ein Indiz dafür ist der Vorschlag HSV's, eine positive Überschrift zu finden.

Jedenfalls schlugen die Thesen heftige Wellen, und es entbrannten engagierte Diskussionen darüber. HSV diskutierte natürlich eifrig mit und verteidigte die Thesen.

In der Vollversammlung am 05. November 1971 – ebenfalls in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg – hält HSV eine Rede als Antwort auf Kritik Professor Buchheims, die die große Bedeutung von Mitbestimmung, Mitwirkung und Mitverantwortung heraushebt. Der moderne Mensch verlange sie mit Recht.³³⁷

Da ist es wieder, das Dauerthema HSV's: Sein Kampf gegen die Radikalen und für die politische Mitte. In all seinen Funktionen – Bundestagsabgeordneter, Kreistagsabgeordneter, in den SPD-Gremien, im Deutschen Städte- und Gemeindebund, im Bund Freiheit der

³³⁷ FES, Aktenbestand 63.

Wissenschaft und auch hier im Zentralkomitee der deutschen Katholiken – spricht er es an und will seine Zuhörer überzeugen.

Die geistige Auseinandersetzung mit der kleinen Gruppe, die das Wohl der Demokratie missbrauche, „haben wir und auch die politischen Parteien noch nicht mit dem notwendigen Elan geführt.“ Deshalb sollte man nicht warten bis man „Hannibal ante Portas“ sehe und jetzt diskutieren, so früh und rechtzeitig, „bevor wieder einmal sieben Mann zu einem großen Verein geworden sind.“³³⁸

Die neun Thesen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken waren eine Zeitlang das Thema zwischen Zentralrat und SPD. So schrieb Buchheim einen Brief an den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Willy Brandt mit der Bitte, er möchte sich dafür einsetzen, dass die Arbeit im politischen Beirat nicht so falsch beurteilt werde. Anlass waren Presseberichte, dort würden CDU-Positionen unterstützt und es gebe Polemik gegen SPD-Mitglieder, insbesondere gegen HSV. Die Antwort an Professor Buchheim war ein Schreiben vom 09. Dezember 1971 von Alfred Nau, dem Schatzmeister der SPD, in dem es hieß: „Wir werden Ihre Darlegungen auch den uns bekannten Kritikern an den Thesen und an der Mitarbeit unseres Freundes Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen vorlegen.“³³⁹

Ein solcher Kritiker war der sozialdemokratische Publizist Leo Bauer („Die neue Gesellschaft“), der z.B. Gustav Heinemann kurz vor dessen Vereidigung als Bundespräsident interviewte. Heinemann sagte damals: „Es gibt schwierige Vaterländer. Eins davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland. Hier leben und arbeiten wir. Darum wollen wir unseren Beitrag für die eine Menschheit mit diesem und durch dieses Land leisten.“³⁴⁰ Leo Bauer nahm in der „Neuen Gesellschaft“ kritisch Stellung zu den „neun Thesen“ des politischen Beirats des ZK und der Stellung HSV's darin. Am 19. Oktober 1971 schrieb HSV in der „Welt“: Es könne in einer demokratischen Partei wie der SPD keinen Zensor geben, der darüber richtet, was dogmatisch falsch oder richtig sei. „Ein solcher Zensor wäre schon dann nicht tragbar, wenn er von der Partei gewählt worden wäre; erst recht kann es ihn nicht geben, wenn er sich selbst zu einem solchen macht.“ Wie sollen Meinungsverschiedenheiten in einer demokratischen Partei ausgetragen werden? fragt HSV. Leo Bauer ziehe gegen ihn zu Felde. Diese Art sei nicht zu akzeptieren. Ein Gespräch mit ihm (HSV) vorher wäre fair gewesen. Also sei es formal unakzeptabel, aber auch in der Sache, wenn Leo Bauer sage, die Thesen des ZK (politischer Beirat) seien mit dem Godesberger Programm nicht vereinbar und der Beirat „besorge die Geschäfte der CDU“.

³³⁸ A.a.O., Ordner 63.

³³⁹ A.a.O.,

³⁴⁰ zitiert nach Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 814.

Die Absicht der Thesen, führt HSV weiter aus, sei es vielmehr, „einer einseitigen Bindung des Denkens und Verhaltens an ideologische Schablonen entgegenzuwirken“, ebenso der Gefahr einer zunehmenden Polarisierung des politischen Lebens. Die Thesen unterstützten vielmehr das Godesberger Programm, das ja „keine letzten Wahrheiten“ verkünden wolle.

Mitbestimmung sei überall dort zu praktizieren, wo es möglich sei. Selbst Bauer räume ein, dass es „totale Demokratie“ nicht geben könne. Man könne nur Vergleichbares gleich behandeln. „Nach Artikel 3, Abs. 2 GG sind Mann und Frau gleich, trotzdem bleiben sie Mann und Frau.“³⁴¹ Gegen die neun Thesen sprach sich in scharfer Form aber auch der Linkskatholik Walter Dirks aus, der zusammen mit Eugen Kogon seit dem Frühjahr 1946 die „Frankfurter Hefte“ herausgab. Diese waren als Monatszeitschrift für Politik, Kultur und Religion konzipiert und wollten den Dialog zwischen Christen und Marxisten fördern. Dirks gehörte vor 1933 zum Kreis religiöser Sozialisten, blieb aber Mitglied der Zentrumspartei. Nach dem Krieg leitete er von 1956 bis 1967 die Hauptabteilung Kultur beim Westdeutschen Rundfunk. Nun nannte er die neun Thesen „ein Papier, das sich seriös gibt“. Die neun Thesen seien in Wahrheit aber 26 Seiten gegen Versuche, die Demokratie zu verwirklichen. Die Thesen hätten etwas von beidem, Goebbels und der DDR, denn „sie stellen fest, was man zu denken hat, und sie dekretieren, wie man es auszudrücken hat.“

Der Vorsitzende des Beirates, Professor Buchheim, widersprach: „Er lehrt die Katholiken eine Demokratie, die sie 1919 mit Nutzen hätten lernen müssen.“ Der Beirat hatte 41 Mitglieder, außer „soliden“ Unionspolitikern, Sozialdemokraten und einigen „Reaktionären“ auch kritische Köpfe, z.B. aus dem „Bensberger Kreis“³⁴² und andere „Progressive“. Letztere waren aber nicht so oft anwesend. Die bestätigt ein Protokoll der Beiratssitzung am 30. April 1971.

- Anwesend waren 18 Personen, darunter Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, Aenne Brauksiepe, MdB, Professor Hans Buchheim, Dr. Herbert Czaja, MdB, Präsident Professor Dr. Gerhard Müller, Staatsminister Dr. Fritz Pirkel, Dr. Dorothee Wilms u.a.
- Entschuldigt fehlten 25 Personen, darunter Dr. Norbert Blüm, Dr. Alfred Dregger, Professor Dr. Hans Maier, Adolf Müller, MdB, Dr. Peter Paul Nahm, Dr. Werner Remmer, MdL, Präsident Josef Stingl, Maria Weber, Dr. Franz Josef Wuermeling.

³⁴¹ A.a.O., Ordner 63.

³⁴² Der „Bensberger Kreis“ wurde 1966 von dem schon oben genannten Publizisten Walter Dirks und Eugen Kogon gemeinsam mit Freunden in Bensberg bei Köln gegründet – als Zusammenschluss von „deutschen Katholiken mit kritischem und reformerischem Engagement in Kirche und Gesellschaft.“ (Manfred Hermann, „Die neue Linke im Katholizismus“, Sevetal 1977) 2004 beschloss er seine Auflösung. Er hatte nur noch 110 Mitglieder. Aber bis in die 1990er war er so etwas wie eine „Denkfabrik“ des Linkskatholizismus in Deutschland.

Deshalb werden die Thesen mit 18 Stimmen der Anwesenden einstimmig angenommen.

Zu den Kritikern gehörten z.B. auch Norbert Blüm (CDU-Sozialausschuss) und Gottfried Erb (Bensberger Kreis), die meinen, die Front gegen die sich die Abhandlung zunächst richte, sei

- „ein Teil der neuen Linken.“
- Aber die Argumentation richte sich im übrigen gegen alle, die in der Schule, im Betrieb, in der Presse, im Rundfunk, in gesellschaftlichen Einrichtungen aller Art, sogar in der Bundeswehr und in der Kirche für „Demokratisierung“ arbeiten, d.h. für mehr Diskussion und mehr Aktivität, für „qualifizierte“, nämlich funktional begründete Mitbestimmung.
- Gefahren von rechts seien nicht ins Auge gefasst worden.
- Die Thesen seien eine einseitige Warnung und beruhten auf einer einfachen Prämisse: „Die repräsentative Demokratie ist für den Staat reserviert, die Gesellschaft (nur in ihrem privaten Bereich gesehen) ist dem freien Spiel der Kräfte überlassen.
- Die Kategorie der „realen Möglichkeit“, z.B. Menschen zu bessern, fehle völlig – wie die der Geschichte.
- Man sei höchstens auf „Partizipation“ festgelegt wie seinerzeit auf die „berufsständische Ordnung“.
- Das Papier sei „schludrig“, weil z.B. in These 6 nicht unterschieden wurde zwischen „legitim“ und „legal“. Außerdem stehe das Grundgesetz einer Fortentwicklung nicht im Wege, sein Sinn fordere sie.
- Die Autoritäten der Demokratie hätten „Macht“, keine „Herrschaft“, wie es im Papier heiße.
- Der „Bensberger Kreis“ habe recht, wenn er sage, die Thesen des ZK seien der Versuch, „jene ideologische Plattform wieder herzurichten, von der aus den restaurativen Kräften der fünfziger und sechziger Jahre die Rückkehr in die politischen Machtpositionen erleichtert werden solle.“ Walter Dirks sagte dazu: „So ist es.“

Stellungnahmen von Gruppen und Verbänden waren zahlenmäßig relativ gering, sie übten wenig Einfluss aus, und die aufgeführten Argumente kehrten immer wieder. Am frühesten äußerte sich der „Bensberger Kreis“, der in seiner Stellungnahme seine Argumente für die Ablehnung der neun Thesen begründete.

1. Die Thesen seien ein „Rückfall auf ideologische Positionen des Katholizismus aus vorkonziliarer Zeit.“³⁴³
2. Die Thesen ignorierten die „gesamte Entwicklung des theologischen und gesellschaftswissenschaftlichen Denkens, wie sich nach der Öffnung der Kirche durch Papst Johannes XXIII. bei Bischöfen, Priestern und Laien eingesetzt hat.“³⁴⁴
3. Die Thesen bezichtigten Kritiker von Missständen und Fehlentwicklungen in Staat und Gesellschaft des „Demokratismus“ und der „Pseudo-Religiösität“.³⁴⁵
4. Es fehle eine Analyse der konkreten politischen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und ein Hinweis auf mögliche und notwendige Reformen.³⁴⁶
5. Bezeichnend sei es, dass mit Hilfe der Thesen des Beirats „nach links hin vom Sozialliberalen bis zum Radikaldemokraten und Marxisten alles zum Gegner der Demokratie erklärt werden könne, während sich die Gefährdung der Demokratie von rechts nicht erwähnt werde.“³⁴⁷

Damit war die Angelegenheit „neun Thesen“ im Wesentlichen abgeschlossen. Es gab aber auch noch andere Themen im Bereich Kirche, bei denen HSV Aktivitäten zeigte.

2. Das Verhältnis katholische Kirche und SPD

Am 30. August 1972 ging ein Rundschreiben der SPD an die Untergliederungen mit der Bitte, einen Fragebogen zu beantworten, so dass man feststellen könne, „inwieweit die CDU/CSU als Parteiorganisation an der Basis eine Volkspartei ist.“³⁴⁸ Das Thema „Volkspartei“ war der SPD-Führung also offenbar wichtig. Deshalb ging auch ein Schreiben an die Dekane im Bistum Würzburg. Es wurde darin nach der Einstellung der „regionalen Geistlichkeit“ gefragt, weil man Gespräche suchte. Die meisten Antworten waren neutral. Auf kritische Stimmen antwortete HSV, es könne doch niemand auf den Gedanken kommen, „dass wir einer politischen Bespitzelung der Geistlichkeit das Wort reden.“³⁴⁹ Die „Stuttgarter Zeitung“ meldete dies am 04. November 1972 mit der Überschrift: „HSV: Keine SPD-Kartei.“ HSV

³⁴³ FES, Box 63A, „Hannoversche Allgemeine“ vom 06. August 1971 und „Wiesbadener Kurier“ vom 06. August 1971.

³⁴⁴ „Osnabrücker Zeitung“ und „Rheinische Post“ jeweils am 07. August 1971.

³⁴⁵ „Hannoversche Allgemeine“ vom 06. August 1971 und „Rheinische Post“ vom 07. August 1971.

³⁴⁶ Ebenda.

³⁴⁷ Ebenda.

³⁴⁸ FES, a.a.O., Box 64.

³⁴⁹ A.a.O.,

wies nochmals Gerüchte, die SPD habe eine Kartei über politische Gesinnung der katholischen Sprecher angelegt, zurück.

In der „Zeit“ wird am 03. November 1972 berichtet, die katholische Kirche sei gegen das „Fähnlein der kritischen Katholiken in der SPD.“ Die Schlagzeile lautete: „Die großen Drei hinter den Kulissen. Unternehmer, Gewerkschaften, katholische Kirche im Wahlkampf.“³⁵⁰

Die oben genannten Gruppen kämpften professionell vor den Bundestagswahlen am 19. November 1972, die man in erster Linie als „Plebiszit für die neue Ostpolitik“ bezeichnen kann. „Der Stoff, aus dem die Träume sind“, seien Verdächtigung, Beschimpfung, Verleumdung, Parolen: „Rettet den Fortschritt“, „Rettet das Eigentum“, „Rettet das Christliche Abendland“.

Die evangelische Kirche dagegen handele vorbildlich. Ihre Erklärung durch die EKD zur bevorstehenden Bundestagswahl sei ein „Muster der Überparteilichkeit“. Im Gegensatz dazu schlage der Kölner Erzbischof Kardinal Höffner immer schärfere Töne an, z.B. in der Frage der Abtreibung. „Hirtenworte“ seien auch bei den bisherigen Bundestagswahlen von Kanzeln verlesen worden. Zum Beispiel habe Bischof Keller schon 1957 in Rheinhausen gesagt: „Kein Katholik kann SPD wählen oder Mitglied der SPD sein.“ Die Rede sei von Heinrich Tehumberg verfasst worden, der später in den 60er Jahren allerdings Brücken zwischen SPD und Katholizismus schlug und sich gegen den Verdacht zu wehren hatte, er sei „Sozi im Bischofsornat“. Auch Professor Dr. Peter Lengsfeld, sozialdemokratische Wählerinitiative, katholischer Arbeitskreis, sagt zur Wahlerklärung der Katholiken: „Einseitig und CDU-lastig“³⁵¹

3. Eigentumspolitik für Arbeitnehmer

Am 21. Juni 1972 gab es eine Erklärung des „Politischen Beirats“ im ZK zur Eigentumspolitik. Darin heißt es, zwei Fehlentscheidungen seien zu vermeiden:³⁵²

1. Das Privateigentum an Produktionsmitteln in Industrie, Handel und Gewerbe dürfte nicht „mehr und mehr in Kollektivvermögen umgewandelt werden.
2. Es muss aber auch vermieden werden, dass diese ausschließlich „in der Verfügungsgewalt einer schmalen Schicht bleibt.“

³⁵⁰ a.a.O., Box 64.

³⁵¹ Parlamentarisch-politischer Pressedienst der SPD am 24. Oktober 1972, a.a.O., Box 64.

³⁵² A.a.O., Box 64A.

Daneben seien aber auch andere Dinge und Probleme sehr wichtig, z.B. Harmonisierung der Sparförderung, Schutz der Sparer vor Inflation, Probleme des Bodeneigentums und Wohnungsbau. Beim Thema „Produktivkapital und seine Funktion“ gehen die Vorstellungen über Ziele und Wege künftiger Eigentums- und Vermögenspolitik weit auseinander. Deutlich wird das z.B. bei Fonds. Einerseits darf es für die Arbeitnehmer keine Risikobelastung an der Einzelfirma geben, andererseits ist es für Unternehmen kaum möglich, unter diesen Voraussetzungen breite Schichten an privatwirtschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Personenbezogene Teilhabe der Arbeitnehmer am Produktivvermögen bleibe dagegen das Ziel. Es sei kurzichtig, die besondere Bedeutung eines breit gestreuten Produktivvermögens herunterzuspielen. Diese privat-autonome Struktur des Privateigentums an den Produktionsmitteln müsse von vielen mitgetragen werden. Man sei gegen die Macht anonymer Fonds-Verwaltungen.

Als Vorschlag zur Realisierung dieser Ziele wird die direkte Beteiligung der einzelnen Arbeitnehmer am Produktionskapital bei personaler Verfügbarkeit vorgeschlagen. Neben allgemeiner Sparförderung und Leistungen nach dem 624-DM-Gesetz sei dies eine „Einführung neuer Art“. Folgende Bedingungen müssten dabei erfüllt werden:

1. Die Arbeitgeber werden verpflichtet, vermögenswirksame Leistungen zu gewähren, die zum Erwerb personenbezogener Anteile bestimmt sind.
2. Alle unselbständig Tätigen sind zu beteiligen.
3. Damit es für Arbeitgeber und Arbeitnehmer attraktiv ist, müssen vorab folgende rechtlichen Regelungen getroffen werden:
 - Die Doppelbesteuerung ist zu beseitigen.
 - Steuerliche Vergünstigungen für alle Aktien, auch von anderen Unternehmen, die das arbeitgebende Unternehmen anbietet.
 - Beteiligungsmöglichkeiten an Firmen, die keine Aktiengesellschaft sind, verbessern.
 - Beteiligungsgesellschaften gründen, damit auch in Personalunternehmen (Mittelstand) Beteiligungen möglich sind.
 - Im Sparprämiengesetz sind auch Darlehen der Arbeitnehmer an ihre Firma aufzunehmen.
 - Sonderprämie für Arbeitnehmer bei längerfristiger Anlage.³⁵³

³⁵³ A.a.O., Box 64A.

HSV war auch bei diesen Diskussionen als Vizepräsident des Bundestages und Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken ein gefragter Mann. Über ihn liefen die Kontakte zwischen SPD und dem Zentralkomitee. In einem Brief der SPD-Bundestagsfraktion an HSV vom 08. Juni 1972 wurde ihm mitgeteilt, dass „die strikte Ablehnung der Fonds durch das neu überarbeitete Papier“ nicht unterstützt werden könne. Die Passagen, die sich gegen Fonds aussprechen, sollten gestrichen werden. Zwei Tage vorher, am 06. Juni 1972, hatte sich umgekehrt das ZK an HSV gewandt mit der Bitte, dem Entwurf zur Vermögensbildung für Arbeitnehmer zuzustimmen. Dieser hatte sich nämlich schon am 30. Mai 1972 an das Zentralkomitee gewandt und gebeten, dieses solle bereit sein, „auch andere Vorschläge zu akzeptieren, wenn diese in grundsätzlicher Zielrichtung liegen.“³⁵⁴ Als Antwort weist Hermann Kaiser vom ZdK darauf hin, dass der erste Entwurf doch schon überarbeitet worden sei. Oft erhält HSV auch Briefe „zur vertraulichen Kenntnisnahme“, so einen Brief von Professor Buchheim an Bernhard Vogel vom 08. Mai 1972. Er galt also auf beiden Seiten – SPD und ZK – als fachkundige Vertrauensperson und Vermittler. Diese Aufgabe erfüllte HSV auch meist erfolgreich.

Schon am 12. April 1972 hatte er dem Zentralkomitee deutscher Katholiken seine Vorschläge zur Vermögensbildung unterbreitet:

1. Vermögensbildung darf nicht zu Wettbewerbsverschiebung am Kapitalmarkt führen.
2. Beteiligungsfonds ins Sparkassen- und Bankensystem eingliedern und dezentralisieren. Die Dezentralisierung garantiere, dass keine negative anonyme Wirtschaftsmacht entstehe.
3. „Bei den auszubehenden Beteiligungspapieren muss es sich um Papiere mit marktgerechter Rendite handeln. Er darf für Arbeitnehmer kein zweitrangiges Vermögen geschaffen werden.“
4. Auch unterhalb der festzulegenden Einkommensgrenze sollen die Arbeitnehmer berechtigt sein, Beteiligungspapiere zu erwerben. Die Förderung solle gezielt auf kleine und mittlere Einkommen zugeschnitten sein.
5. Eine Vergünstigung durch Abschläge auf die Höhe der Abgabenverpflichtung müsse auch bei Nicht-Aktiengesellschaften funktionieren.

Am 03. September 1974 veröffentlicht der Beirat eine Erklärung zur „Bedeutung und Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips“. Dieses sei eine sachliche und sittliche

³⁵⁴ A.a.O., Box 64A.

Notwendigkeit, die gerade auch alter christlicher Überzeugung entspreche. Sozialstaatliches Wirken erschöpfe sich nicht in einer zusätzlichen und besonderen Fürsorge für die Schwachen und es könne keine menschenfreundliche Nebentätigkeit des Staates sein. Sozialpolitik sei breit angelegte Strukturpolitik, „die die Lebensbedingungen und das Zusammenleben aller im Auge hat.“³⁵⁵

Staatliche Planung sei Voraussetzung für die persönliche Lebensgestaltung in der Familienpolitik, der sozialen Hilfe und der Eigentumspolitik.

4. Verschiedene andere Themenbereiche

Neben den Diskussionen über die „neun Thesen“, das Verhältnis der katholischen Kirche zur SPD und umgekehrt sowie der Eigentumspolitik für Arbeitnehmer wurden noch viele andere Themenbereiche in den Gremien des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und zwischen katholischer Kirche und SPD diskutiert.

Abschließend soll nur kurz darauf hingewiesen werden.

Am 04. April 1973 schreibt HSV an den Präsidenten des ZK, Dr. Bernhard Vogel, und teilt ihm mit, betreffend der Stellungnahme des ZK zur „Überwindung von Not- und Konfliktsituationen bei Schwangerschaften“ habe er mit dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen „Städte- und Gemeindebundes“ „Rücksprache genommen“. Er bittet Vogel, er solle sich offiziell an die „Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände“ wenden, damit man eine „gemeinsame Linie“ bei dieser Frage abstimmen könne. Hier sieht man erneut, wie HSV, der ja Mitglied in beiden Verbänden ist und auch noch Vizepräsident des Bundestages, seine Netzwerke zielgerichtet immer nutzt.³⁵⁶ Im Vorfeld der Bundestagswahlen am 19. November 1972 weist HSV in einer Erklärung unter der Überschrift „Das Vertrauen katholischer Wähler zur SPD nimmt zu“ darauf hin, dass Bundeskanzler Willy Brandt gesagt habe, in der Vorstellung der SPD erfüllten „die Kirchen – abgesehen von ihrem geistlichen Auftrag – mit ihrem Dienst in der Gesellschaft eine wichtige öffentliche Aufgabe.“³⁵⁷

Das Godesberger Programm habe das Verhältnis der SPD zu den Kirchen auf eine neue Grundlage gestellt. An dieser Einstellung habe sich nichts geändert, betont HSV, und er fordert die katholischen Wähler auf, nicht nur SPD zu wählen, sondern auch in der SPD mitzuarbeiten. Dann würden Auseinandersetzungen mit katholischen Verbänden und dem Klerus sicher nicht mehr in dieser Form ausbrechen.

³⁵⁵ A.a.O., Box 65.

³⁵⁶ A.a.O., Box 65A.

³⁵⁷ A.a.O., Box 65A.

Zuvor bat er in einem Brief an den Generalsekretärs des ZdK, Dr. Friedrich Kronenberg, dessen Brief an den SPD-Generalsekretär Holger Börner mitzuschicken, damit volle Aufklärung erfolgen und Missverständnisse ausgeräumt werden könnten.

Es wurde im ZdK auch Themen wie die Folgekonferenz zur KSZE diskutiert – in der Erklärung dazu wirkte das SPD-Mitglied Karl-Heinz Kopp in der Redaktionskommission mit -, Maßnahmen der katholischen Kirche in der DDR, Stellungnahmen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation der Familien und der erzieherischen Aufgabe der Schule sowie eine politische Erklärung zur Bundestagswahl 1976 abgegeben.³⁵⁸

1974 war schon eine Stellungnahme zur medienpolitischen Diskussion verfasst worden, in der „mehr Achtung vor dem Informationsanspruch des Bürgers“ gefordert wurde. Am 16. Juni 1976 rät HSV in einem Brief an Justizminister Dr. Hans-Jochen Vogel, von einer öffentlichen Stellungnahme des Parteivorstands zur ZdK-Erklärung ab, „da diese, die wenig Resonanz gefunden habe im Katholizismus“, wieder aufgewertet würde. Hier zeigt sich wieder HSV als Taktiker und Vermittler.

Im September 1975 schreibt der Generalsekretär des ZdK, Dr. Kronenberg, eine Brief an HSV, in dem er ihm mitteilt, dass er wieder zur Wahl in das Gremium (auf geänderter Grundlage: Einzelpersonlichkeitswahl gibt es nicht mehr, das Wahlrecht liegt bei den Vertretern der Diözesanräte und der katholischen Verbände) vorgeschlagen ist.

Er stellt sich auch dann der Wahl, die in mehreren Wahlgängen mit je bestimmten Quoren erfolgt, verzichtet aber dann im Laufe des Wahlgangs auf eine Wiederwahl. Doch nach wie vor ist er der Verbindungsmann der SPD zum ZdK.

Am 03. Juni 1977 schickt ihm der Kirchenreferent beim SPD-Parteivorstand, Burkhard Reichert, als Anlage einen Entwurf zu einem Beitrag über die ZdK-Vollversammlung zur Begutachtung, „der nach meiner Meinung Ihren Namen tragen könnte.“ Er hoffe, die „Intention“ von HSV getroffen zu haben. Er habe den parteipolitischen Ansatz etwas zurück genommen und die kirchliche Verantwortung des ZdK hervorgehoben. Der Bericht des Genossen Kopp (s.o.) wurde übrigens nicht der Parteispitze, sondern zuerst HSV und Georg Leber vorgelegt, den Schwergewichten der Katholiken in der SPD.

Die „Neue Ruhr-Zeitung“ berichtete am 21. Mai 1978 über die Vollversammlung des ZdK am 19./20. Mai 1978 in Freiburg. 150 Delegierte diskutierten zehn Stunden. „Das ZdK in einem Wald von Problemen“ titelte die Zeitung und meint damit, dass man nicht genau wisse, für wen das „Zentralkomitee“ spreche, dass auch für Kirchenbesucher die intellektuelle und

³⁵⁸ A.a.O., Box 66.

praktische Identifizierung mit der Kirche schwächer werde und die konventionelle Kirchenbindung abnehme.

HSV fühlte sich herausgefordert, legt ein Bekenntnis zur katholischen Soziallehre ab und zieht das Fazit:

„Der kirchliche deutsche Katholizismus präsentierte sich als eine dynamische Gruppe, die Differenzen nicht ausweicht, sich aber auf eine gewisse Mittellage eingeeübt hat.“³⁵⁹

In seinem letzten Lebensjahr macht er noch am 30. Mai 1979 (er starb am 02. August 1979) in einem Schreiben an den Generalsekretär des ZdK, Dr. Friedrich Kronenberg, zur „Neubildung der Kommission des ZdK“ Vorschläge, „mit denen in stärkerem Umfang katholische Sozialdemokraten zur Mitarbeit für das ZdK gewonnen werden können.“³⁶⁰ Er nannte auch zwei Menschen, die nach seiner Meinung sehr gut dafür geeignet seien:

- Christa Czempiel, MdB aus Marburg, für die Kommission VII („Sozialer Dienst“) oder II („Wirtschaft und Gesellschaft“)
- Und Willi Kreiterling, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf für Kommission III („Bildung und Kultur“). Dies er habe sich in vielen Bereichen der SPD für ein besseres Verständnis katholischer Positionen eingesetzt.

Am 05. März 1979 hatte HSV an Herbert Wehner, den SPD-Fraktionsvorsitzenden, und an Jochen Vogel, gleichlautende Briefe geschickt mit „zwei Äußerungen aus dem katholischen Raum“: das ZdK habe sich „vernünftig“ zu Änderungen im Sorgerecht geäußert, aus dem KNH-Bericht ergebe sich aber, dass die CDU versuche, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Man sieht, HSV versucht bis in die letzten Tage seines Lebens, seine Kontakte zu nutzen, auch noch Weichen zu stellen, indem er seine politischen Freunde und Kollegen in Verbänden informiert und, wo es hakt, vermittelt.

Am 02. August 1979 ist dieses äußerst aktive und verantwortungsbereite Leben zu Ende gegangen.

³⁵⁹ A.a.O., Box 66.

³⁶⁰ A.a.O., Box 69.

4.6 Außenpolitik

Am 02. November 1971 erschien im SPD-Pressedienst ein Artikel von HSV zum Thema „Die UNO, China und die Bundesrepublik Deutschland. Neue Entwicklungen im New Yorker Staatenbund.“³⁶¹

Er nimmt Stellung zu der Entscheidung vom 25. Oktober 1971, dass nunmehr Peking, also die kommunistische Volksrepublik China den Platz Taiwans einnehmen soll. HSV begrüßt dies. Man hätte in den USA und anderswo durchaus schon früher damit beginnen können, um Krisen in der UNO zu vermeiden. Es gelte, veränderte Verhältnisse rechtzeitig zu erkennen und ihnen „durch eine vorausschauende Politik Rechnung zu tragen.“³⁶² Darüber hinaus fordert er ein verstärktes Engagement der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropas in der UNO. Am 19. März 1972 spricht er über die Bedeutung Koreas. Dort knüpft er auch Kontakte mit Bischöfen. Man sieht, dass HSV, der bekannte Innenpolitiker, sich in den 70er Jahren verstärkt auch außenpolitischen Themen zuwendet.

Schon im November 1968 war er in Singapur, hielt im Rahmen einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zwei Vorträge und betonte, dass Singapur, das keine Entwicklungshilfe benötige, der freien Wirtschaft viele gute Chancen biete. Seine Witwe, Frau Ruth Schmitt-Vockenhausen, berichtete mir, er habe viel und gern mit Außenminister Genscher „zu tun gehabt“.

Besonders kümmerte er sich um wirtschaftliche Fragen im fernen Osten, denn „da liegt unsere Zukunft“, wie er immer wieder betonte (Ruth Schmitt-Vockenhausen). Deshalb ist es durchaus folgerichtig, dass er Vorsitzender der „Deutschen Gesellschaft für Ost- und Südostasienskunde“ wurde.

Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands wollte er aber auch mit anderen Regionen, die Zukunft und wirtschaftlichen Aufschwung versprochen, fördern helfen. Deshalb setzte er sich als Präsident der „Deutsch-Iberoamerikanischen Gesellschaft“ ebenfalls für gute wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika ein.

Schließlich gehörte er einer Kommission zur Reformierung des Auswärtigen Dienstes an, war Mitglied im Arbeitskreis 1 der SPD-Bundestagsfraktion („Außen- und Sicherheitspolitik, innerdeutsche Beziehungen, Europa“) und dort allein zuständig für die Reform Auswärtiges Amt und Städtepartnerschaft, sowie zusammen mit anderen für Lateinamerika und USA/Kanada. Seit 1968 hatte er das Amt des Vizepräsidenten der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden Europas inne. Er trat für eine Intensivierung der Beziehungen zu diesen

³⁶¹ FES, Box 174.

³⁶² A.a.O.,

Ländern ein, auch weil er wirtschaftliche Vorteile für das Exportland Deutschland darin sah. Besonders hatte er dabei, wie schon oben ausgeführt, auch den Wirtschaftsraum Südostasien im Auge. Dort sah er die größten Expansionspotentiale für die deutsche Wirtschaft. Städtepartnerschaften mit ausländischen Kommunen sind für ihn unabdingbar für gegenseitiges Kennenlernen, Freundschaften und damit eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung einer friedlichen Welt.

Man kann also feststellen: der konservative HSV machte in allen Bereichen, in denen er tätig war, eine vorausschauende Politik (siehe oben). Am wichtigsten scheint mir jedoch sein Einsatz für die Flüchtlinge aus Vietnam zu sein. Ihnen half er, wo immer er konnte, Er nützte seine vielfältigen Kontakte und Netzwerke, damit sie eine neue Heimat in Deutschland und Europa finden konnten. Hier wird besonders deutlich, wie sehr ihn Mitmenschlichkeit und soziale Einstellung prägten.

In der Welt der politischen Strategien und Auseinandersetzungen um Machtpositionen sollte dieser Einsatz des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen meines Erachtens besonders gewürdigt werden.

Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass seine Witwe nach seinem Tode, wie schon eingangs erwähnt, die „Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen-Stiftung“ ins Leben rief, die Personen und Institutionen auszeichnet, die sich weltweit für Flüchtlinge und deren Integration einsetzen.

4.7 Wahlkreisarbeit

„Pünktlich um Viertel vor Zwölf erscheint der Bundestagsabgeordnete in dem hessischen Bauernhof, um zur diamantenen Hochzeit zu gratulieren.“ So beginnt ein Bericht in der „Deutschen Zeitung/Christ und Welt“ am 21. Juli 1972. Die Zeitung wollte im Vorfeld der Bundestagswahl im Herbst dieses Jahres Eindrücke von Kandidaten vor Ort sammeln. Hier handelt es sich um den SPD-Kandidaten im Wahlkreis Groß-Gerau/Main-Taunus, Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD). In dem Bericht heißt es dann weiter, dass er ein Blumengebinde überreichte, die Ehrenurkunden von Ministerpräsident und Landrat verlesen, Wein getrunken und sich angeregt unterhalten habe. Dabei bedauerte HSV, dass es sein Leibgericht „Krimmelkuche“³⁶³ erst morgen geben werde. Er plaudert über die gute alte Zeit, die Entwicklung des Dorfes, über die Söhne, Töchter, Enkel und Urenkel des Jubelpaares, verabschiedet sich dann, besteigt seinen schwarzen „Admiral“, einen Opel aus Rüsselsheim in seinem Wahlkreis, und unterhält sich, ehe er wegfährt, noch mit einem Mann auf der Straße, der ihn gleich als „unser Abgeordneter“ erkennt und ihn freudig und vertrauensvoll anspricht. Das ist der Stil, in dem der Vizepräsident des Bundestages Kontakt zu seinen Wählern pflegt. „Dieser hessische Pickwick mit dem blühenden Gesicht des Weinkenners regiert sein kleines Königreich zwischen Taunushang und Rhein-Main-Ebene mit leichter Hand wie ein brüderlicher Freund.“³⁶⁴

Denn der Mensch mit seinen Sorgen und Nöten, mit seinen Wünschen und Erwartungen war der Mittelpunkt seiner politischen Arbeit im Wahlkreis und auf allen anderen politischen Ebenen. Dadurch prägte er den Begriff „Volksvertreter“ durch Hilfsbereitschaft, Informationen für die Bürger, die die Politik in Bonn besser verstehen und sich dafür interessieren sollten, sowie „klare Kante“ und Standfestigkeit wie kein anderer. Folgerichtig gehörten zu den Schwerpunkten seiner politischen Arbeit die Bereiche, in denen es unmittelbar um die Menschen ging, u.a. Kommunalpolitik, Raumordnung, Umweltschutz und Denkmalschutz. Sein Einsatz und seine zielführende Hartnäckigkeit wurden von den Bürgern sehr geschätzt. Das zeigt sich auch in vielen Dankesbriefen an ihn und Äußerungen wie z.B. eines Assistenzarztes: „Noch mit einem Bohrer aus Holunderholz würde der ‚Barockengel aus Bad Soden‘ ein Loch in ein Steinbeil bohren, wenn die Lösung eines politischen Problems dies erfordern würde.“³⁶⁵

³⁶³ Das ist Streuselkuchen.

³⁶⁴ A.a.O.

³⁶⁵ Privatarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen.

HSV spricht die Sprache des Volkes, kennt „Spitznamen“ und benutzt sie: Die Einwohner von Kelkheim, der Möbelstadt am Taunus, spricht er oft nicht mit „Kelkheimer“, sondern mit „ihr Schreiner“ an. Volkstümlichkeit und Präsenz sind also seine Markenzeichen. Und das brachte Wählerstimmen. Heinz Steiger aus Büttelborn, Kreis Groß-Gerau, Mitglied und mein ehemaliger Kollege im Bezirksvorstand Hessen-Süd der Arbeitsgemeinschaft 60plus, berichtete am 02. November 1999, HSV habe bei Eröffnungen von Sitzungen der SPD im Wahlkreis oft mit dem Satz begonnen: „Die letzten Umfragen lauten...“ Auch dies zeigt wieder, wie wichtig ihm viele Wähler aus allen Schichten sind, wie nur dadurch die SPD zur Volkspartei werden und sich als solche behaupten kann. Heinz Steiger beantwortete auch die Fragen meines Fragebogens: „HSV ging unters Volk, er hat immer Kontakt zu den Leuten gesucht, egal welcher Couleur sie waren. Die Entwicklung der SPD zur Volkspartei war für ihn Motivierung und Zukunftsperspektive. Seine politische Arbeit bezweckte Verbesserungen für die Bevölkerung, besonders in Hessen. Zu seinem Erfolg gehörte auch, dass er die SPD nach außen gut vertreten hat“, antwortete Heinz Steiger.

Im Wahlkreis hält Hermann Schmitt-Vockenhausen viele Sprechstunden ab (über 1000 im Jahr), wenn Vereine rufen oder Ortsvereine der SPD Mitgliederversammlungen haben, ist er da. Bei jedem Fest, bei Jubiläen im SPD-Ortsverein, bei jeder Bürgermeistereinführung und Schuleinweihung ist er anwesend und spricht Grußworte.³⁶⁶ An seinem 50. Geburtstag erschien am 31. Januar 1973 im „Höchster Kreisblatt“ ein Artikel über ihn mit der Überschrift „Die Politik der Menschlichkeit“ und den Unterabschnitten „Viel Fleiß vor dem Preis“; „Wenn erforderlich, Kampf“; „Wer kennt die Ämter?“. Seine Erfolge seien u.a. auch besonders darauf zurückzuführen, dass die Bürger seines Wahlkreises es schätzten, „daß er sagt, was er meint, auch wenn es unpopulär ist.“ Sie mögen es, dass er Kontakt hält, „ihre Feste und Feiern besucht“, Büttreden halte, mit ihnen diskutiert und ein offenes Ohr für ihre Probleme habe. Seine profunden Kenntnisse und „sein faires Gebaren“ werden sehr geschätzt. Man spüre, dass ihm die politische Arbeit Freude macht und sie deshalb beflügelt. Wenn er nach den Zielen seines politischen Handelns befragt wird, sagt HSV spontan und ohne Zögern: „Schauen Sie, ich versuche, den Menschen das Leben lebenswert zu machen.“ Er möchte Geborgenheit in einer heilen, intakten Welt vermitteln. Wenn es aber um Grundsätzliches geht, kann der versöhnliche und ausgleichende Mann zum großen Kämpfer werden. Er verstehe nicht, warum das Wort „konservativ“ zu einem Schimpfwort geworden sei. Es gehe doch darum, „zu verändern, was zu verändern ist, und zu bewahren, was des Bewahrens würdig ist.“

³⁶⁶ Vgl. Anlage 7.7, S. 272f.

Am Vormittag seines 50. Geburtstags gab der Bundestag in Bonn einen Empfang zu seinen Ehren. Dieser fand stilgerecht im Haus der Bonner „Parlamentarischen Gesellschaft“ statt. Bundestagspräsidentin Annemarie Renger würdigte ihn als „Vollblutpolitiker“, der es verstehe, „Lebenshilfe“ zu geben. Alles, was Rang und Namen hatte, gratulierte ihm, u.a. CDU-Fraktionsvorsitzender Rainer Barzel, für die CSU Hermann Höcherl und Richard Jäger, für die FDP Lieselotte Funcke und Karl-Hermann Flach und für seine SPD Fraktionsvorsitzender Herbert Wehner und Carlo Schmid. Der Bericht darüber hatte die Überschrift: „HSV wurde 50: Nur die Jusos fehlten beim Gratulieren“.³⁶⁷ Um 16 Uhr 30 fand dann sein persönlicher Empfang im Hotel „Rosenberg“ in Hofheim/Taunus statt, und der von Kreisausschuss und Kreistag des Main-Taunus-Kreises jährlich ausgerichtete „Parlamentarische Abend“ im selben Hotel wurde in diesem Jahr Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen gewidmet, der seit 25 Jahren den Kreiskörperschaften angehörte. Der Bericht im „Höchster Kreisblatt“ endete mit den Worten: „Unter den Fittichen von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen war dem Main-Taunus-Kreis während 25 Jahren eine blühende Entwicklung möglich. Mit den Wünschen nach einer Fortsetzung dieser gedeihlichen Arbeit verbindet das ‚Höchster Kreisblatt‘ auch die Hoffnung auf ein persönliches Wohlergehen. Ad multos annos!“³⁶⁸

Diese Einschätzung der Journalisten wird durch meine Untersuchungen bestätigt. Ein in Wahlkämpfen verteiltes Faltblatt von ihm mit dem Slogan „Immer dabei – mit HSV“ (FES, Bestand Hessen-Süd, Signatur 937) trifft den Nagel auf den Kopf. Man sieht ihn z.B. schulterklopfend bei der „Fassenacht“ im Wahlkreis und in Mainz wie auf dem Sportplatz. Auch aus ganz kleinen Indizien kann man auf seine Volkstümlichkeit und Verbundenheit mit der Parteibasis in den Ortsvereinen schließen. Bei einer Parteiveranstaltung erteilt der Ortsvereinsvorsitzende zuerst „dem Genossen Wieszoreck, dann „unserem Genossen HSV“ das Wort.

In seinem Wahlkreis ist er also trotz übervollem Terminkalender sooft wie irgend möglich präsent, nicht nur in sitzungsfreien Wochen in Bonn. Er spricht mit den Menschen, nimmt ihre Sorgen und Anregungen auf und versucht zu helfen.³⁶⁹

Immer bevorzugt HSV politischen Pragmatismus gegenüber einer abstrakten politischen Theorie. Er verstand sich als Botschafter der Bürger seines Wahlkreises in Bonn. Seine

³⁶⁷ FES, Bestand Parteivorstand Pressestelle und Privataarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen.

³⁶⁸ Alle Zitate in Kopie des Artikels, Privataarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen.

³⁶⁹ Vgl. weiter oben in verschiedenen anderen Kapiteln und Zusammenhängen sowie in der Anlage Nr. 7.1.12, Seite 201ff..

dauernde Ansprechbarkeit, das Organisieren von Hilfen, wo es nötig war, seine freundliche Art, auf Menschen zuzugehen und die in den Mittelpunkt seiner Überlegungen und Handlungen zu stellen, kam nicht nur ihm zugute, sondern auch der SPD insgesamt. Auf diese Weise trug die Wahlkreisarbeit Dr. Schmitt-Vockenhausens dazu bei, dass die SPD von der Bevölkerung als Volkspartei wahrgenommen wurde und den Wählertrend zu ihr verstärkte.

4.8 Innerparteiliche Auseinandersetzungen

Innerparteiliche Auseinandersetzungen waren auf dem politischen Weg Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens eigentlich immer seine ständigen Begleiter. Bei den weiter oben dargestellten Diskussionen zu wichtigen inhaltlichen Themen wurde das mehrfach deutlich. Die Auseinandersetzungen wurden bewusst im Zusammenhang mit wichtigen inhaltlichen Themenbereichen wie z.B. der Notstandsgesetzgebung dargestellt, denn beides gehört untrennbar zusammen: Handeln und Entscheidungen in wichtigen und grundsätzlichen politischen Fragen sind die daraus erwachsenden innerparteilichen Auseinandersetzungen und Flügelkämpfe, bei denen Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen für die Linken in der SPD als Rechter und sehr aktiver Befürworter der Notstandsgesetze erstes Angriffsziel war. Aber das focht ihn nicht an. Er wusste sich zu wehren, für seine Überzeugungen zu kämpfen und blieb treues Mitglied der SPD und „Schumacher-Mann“, auch wenn ihn einmal ein Journalist fragte, weshalb er nicht die Partei wechsle.

Vor allem war es der als „links“ bekannte SPD-Bezirk Hessen-Süd, dessen Führung HSV oft skeptisch gegenüber stand. Das zeigt sich schon am 14. Oktober 1950 in einem Schreiben des Vorsitzenden Willi Knothe an den Unterbezirksvorstand der SPD im Main-Taunus-Kreis zu Händen von Herrn Albert Hild deutlich, denn dort ist folgendes zu lesen: „Der erweiterte Bezirksvorstand schloß sich mit allen gegen eine Stimme dem Beschluß des Bezirksparteivorstandes an, aus dem hervorgeht, daß dem Genossen Hermann Schmidt [die richtige Schreibweise wäre „Schmitt“ gewesen], aus Vockenhausen eine Kandidatur, auch eine solche als Stellvertreter, zu versagen sei.“³⁷⁰

In der „Frankfurter Neuen Presse“ vom 17. Dezember 1970 wurde über den Kongress der Jungsozialisten in Bremen berichtet, auf dem der Delegierte Ernst Welteke aus Südhessen (später Landtagsabgeordneter, Fraktionsvorsitzender und Präsident der Bundesbank) den Vorwurf erhob, dass Schmitt-Vockenhausen „mindestens einmal im halben Jahr die Parteistatuten verletze“³⁷¹

Die innerparteilichen Diskussionen in der SPD der 60er und 70er Jahre hat u.a. auch Peter Glotz untersucht. Er konstatiert drei „psychologische Profile“ in der SPD, die weitgehend auch mit verschiedenen Altersgruppen in der Partei identisch seien und sich in diesen innerparteilichen Diskussionen deutlich voneinander abhoben. Es sind

- die untere Mittelschicht,

³⁷⁰ FES, Bestand Hessen-Süd, Box 951.

³⁷¹ In: „Zur personellen Alternative“, SPD 1972, S. 10, siehe Anlage.

- das linksliberale Establishment mit der Befindlichkeit von „compassion“ (Mitgefühl) und
- die Gegenkultur.³⁷²

Letztere wurde von den Älteren, zu denen auch Hermann Schmitt-Vockenhausen gehört, abgelehnt, denn sie hatten kein oder nur wenig Verständnis für den Lebensstil der Jüngeren. Willy Brandt hatte von jedem etwas und hielt dadurch die Partei zusammen. Arnulf Baring spricht in diesem Zusammenhang von einem „Kulturkampf in der SPD der 60er Jahre“³⁷³ Carola Stern deutet diese innerparteilichen Auseinandersetzungen – ausgerechnet nach dem großen Wahlsieg 1972 – als Verlust der Fähigkeit, „sich im Dienste der Sache zu disziplinieren und Konsens zu bilden.“³⁷⁴ Es herrsche Zwietracht statt Eintracht in der SPD. Bei vielen Beobachtern dieser innerparteilichen Situation herrschte Unverständnis, so auch bei der „Seliger-Gemeinde“, einem Zusammenschluss von Sozialdemokraten aus dem Sudetenland. In einem Schreiben an den Parteivorstand vom 20.11. 1975 setzt sie sich für Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen ein, der „gerade für die damaligen Nöte und Sorgen der Vertriebenen in dieser trostlosen Zeit sich fast übermenschlich jedem Hilfe- und Ratsuchenden helfend zur Verfügung stellte, was auch heute noch der Fall ist.“³⁷⁵ Deshalb könnten sie auch nicht verstehen, warum „dieser noch junge Abgeordnete“ auf der Höhe seines Wirkens schon zum alten Eisen gehören solle.

Die innerparteilichen Diskussionen verschärfen sich und eskalieren nach dem Parteitag in Hannover im November 1960 zu heftigen Auseinandersetzungen, besonders in Großstädten wie Frankfurt/Main und München. Es ging um den Kampf gegen die, bzw. die Verteidigung der „Partei von Godesberg“. Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen war dabei einer der wichtigsten und leidenschaftlichsten Verteidiger des Godesberger Programms und des Volksparteikurses der SPD (vgl. weiter oben). So hatte er z.B. am 29. April 1968 an den hessischen Finanzminister Albert Oswald im Zusammenhang mit dem in Offenbach vorher stattgefundenen Parteitag des SPD-Bezirks Hessen-Süd auf den Grußadressen bekannter Politiker und anderer Persönlichkeiten verlesen wurden, geschrieben, dass er es unerträglich finde, dass nach den Grußadressen von Willy Brandt, Otto Brenner und Kirchenpräsident Sucker auch das „umfangreiche Schreiben ehemaliger kommunistischer Stadtverordneter aus Offenbach durch das Präsidium des Parteitages“ verlesen worden sei.³⁷⁶

³⁷² Arnulf Baring, Machtwechsel, Die Ära Brandt/Scheel, S. 563ff.

³⁷³ Arnulf Baring, Machtwechsel: Die Ära Brandt/Scheel, S. 567.

³⁷⁴ A.a.O., S. 578.

³⁷⁵ Privatarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen, Band I.

³⁷⁶ FES, Bestand SPD-BT-Fraktion, Box 1936.

Im Vorfeld der Aufstellung der SPD-Bundestagskandidaten im Wahlkreis 143, dem Wahlkreis Dr. Schmitt-Vockenhausens, sollte von seinen innerparteilichen Gegnern seine Wiederaufstellung verhindert werden. Es war ein Hauen und Stechen. Auch Martin Schlappner, SPD-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD in Rüsselsheim, setzte sich für Schmitt-Vockenhausen ein. In einem Brief an die Parteiführung von Hessen-Süd vom 23. September 1972, der mir bei einer Besprechung mit ihm in Kopie zur Verfügung gestellt wurde, kritisiert er die Minderheit, die den bisherigen langjährigen Bundestagsabgeordneten und Vizepräsidenten des Bundestages verhindern wollte. Er schreibt u.a.: „Tagelanges Ringen um eine Beilegung des von den dreißig Antragstellern bewußt herbeigeführten Konflikts mußte scheitern, weil zwei Leitsätze das Handeln dieser Gruppe bestimmen: Satz 1: Es geht hier nicht um Formalien, es geht um HSV. Satz 2: Recht ist, was politisch nützt.“³⁷⁷ Die Aufstellung sollte nach Meinung der Antragsteller nicht nach den Richtlinien des Bundesvorstands der SPD erfolgen, sondern nach den Anweisungen des Bundesvorstands der Jungsozialisten vom Juni 1972. Damit zögen sie einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und den Sozialdemokraten. Was in den letzten Wochen geschehen sei, widerspreche der Gerechtigkeit. Drei Jahre habe er als Ortsvorsitzender versucht, die Gegensätze zu überwinden, auszugleichen und Kompromisse zu finden. Von beiden Seiten sei er dafür auch gescholten worden. Jetzt bedaure er, dass er diesen Weg nicht mehr weitergehen könne. Er stelle dies in dem Wissen fest, dass er von nun an auf der Liste derer stehe, „die abgeschossen werden müssen.“³⁷⁸ Er wolle keine „Sowohl-als-auch-Position“ beziehen, schreibt er weiter, obwohl dies das politische Leben leichter und den persönlichen Lebensweg bequemer mache. Es sei ihm bewusst, dass er in seiner Position als Ortsvereinsvorsitzender und in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter damit in den Brennpunkt des Konfliktes rücken werde. Auch Werner Bechtel wandte sich gegen den Bezirksvorstand, der entgegen dem Beschluss der UB-Konferenz in Wallau HSV nicht für die Landesliste vorsehen wollte. HSV hatte auch in diesem Jahr 1972 – Martin Schlappner nennt die Wahlen „die wichtigste Wahlentscheidung in der Nachkriegszeit“ – die Mehrheit der Parteibasis und der Wähler hinter sich und erzielte ein sehr gutes Wahlergebnis.

Am 29. März 1974 befasste sich Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen mit der Lage und dem Zustand seiner Partei mit dem Titel „SPD 1974“.³⁷⁹ Darin kritisiert er wie so oft kleine radikale Gruppen in ihr und ruft zur Geschlossenheit, dem Bekenntnis zur Volkspartei und zur Aktivität der schweigenden Mehrheit in der SPD auf. Hermann Schmitt-Vockenhausen will

³⁷⁷ A.a.O., S. 1.

³⁷⁸ A.a.O., S. 1.

³⁷⁹ FES, Box 180. Vgl. auch weiter oben S. 69.

durch seine realistische Analyse zur weiteren Stärkung der SPD beitragen. Mit einem Zitat aus seinem Artikel soll dieses Kapitel „Innerparteiliche Auseinandersetzungen“ abgeschlossen werden. Er schreibt: „Die Menschen wollen Mitbestimmung, aber keine Sozialisierung, sie wollen Vermögensbildung, sie wollen Bodenreform, aber keine Enteignung und keinen kommunalen Hausbesitz, sie wollen Bildungsreform und kein Chaos an den Universitäten. [...] Der Kern der Sache ist der Zustand unserer eigenen Partei. Es war das Godesberger Programm, das uns den Weg in die Mehrheit und in die Regierung geöffnet hat. Die Volkspartei der realen und friedlichen Reformen hat Arbeitnehmerschaft ebenso angesprochen wie die fortschrittlichen Kräfte des Mittelbereichs bis weit hinein in die Kreise der Selbständigen, der Landwirte, des Mittelstandes. [...] Dieses Erscheinungsbild ist in den letzten Jahren durch kleine, aber lautstarke Gruppen und ihren opportunistischen Anhang verundeutlicht und verwischt worden. [...] Die breite, da und dort schweigende Mehrheit der Vernunft muß jetzt die Sache an der Basis in die Hand nehmen.“³⁸⁰

³⁸⁰ FES, Box 180.

5. Ergebnisse

1. Westerwälder Zähigkeit des Vaters und die leichtere Art der aus ehemaligem kurmainzischen Gebiet stammenden Mutter haben sich in Hermann Schmitt-Vockenhausen zu einer Kombination verbunden, die ihn zusammen mit seiner Intelligenz, seinem Wissen, seinem Fleiß, seinem zielgerichteten Handeln, seiner Erfahrung, seinem politischen Gespür, seiner Fähigkeit, Brücken zu bauen, aber auch seiner Standfestigkeit in grundsätzlichen Fragen des demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaates, seiner Schlagfertigkeit, seinem Humor und seiner Menschlichkeit zu einem gewichtigen Politiker in Bonn, Hessen und der Main-Taunus-Region machten. Er war und ist bis zum heutigen Tag der Inbegriff eines engagierten Volksvertreters mit Bodenhaftung.

2. „HSV“ war als Verleger selbständig und deshalb unabhängig. Das prägte sein Auftreten als freier Abgeordneter. Er war, obwohl er viele Ämter in der Partei innehatte, kein Parteifunktionär. Es ist hervorzuheben, dass er schon sehr früh als junger Mensch verschiedene Positionen innehatte. Bereits 1945 begann er mit 23 Jahren gleich nach dem Krieg seinen politischen Weg. 1953 war er der zweitjüngste Bundestagsabgeordnete. Von Anfang an übte er auch viele Tätigkeiten gleichzeitig aus: Studium und Referent im Ministerium (Hessen), dann Leiter und Inhaber von Verlagen, Bundestagsabgeordneter, Kreistagsabgeordneter, Stadtverordneter und später Präsident von wichtigen Verbänden und Einrichtungen im kommunalen Bereich, in der katholischen Kirche und in internationalen Gremien.

3. HSV war ein rastloser Arbeiter auf vielen Politikfeldern und hat Impulse gegeben, die noch heute fortwirken, oft jetzt richtig zum Thema werden, wie z.B. Umweltfragen.

4. Er führte in seiner Person oft sich idealtypisch ausschließende Positionen im Einerseits und Andererseits zusammen:

- Er war einer der großartigsten „Generalisten“ und verfügte genauso über von vielen bewunderte Detailkenntnisse in fast allen Bereichen.
- Bodenständigkeit prägten ihn ebenso wie das Verlangen, in der „großen weiten Welt“ zu wirken.
- Sein Einsatz galt allen Bevölkerungsschichten gleichermaßen, besonders den Arbeitnehmern und dem Mittelstand, jungen und älteren Menschen.

- In ihm personifiziert sich eine geglückte Verbindung der politischen Ebenen Bundespolitik und Kommunalpolitik.
5. Mit Zähigkeit und Mut setzte er das Machbare durch, geleitet von Verantwortungsethik. Beliebte und immer wieder von ihm verwendete Vokabeln sind Verantwortung, Praxis und Augenmaß.
 6. Der freiheitliche Sozialdemokrat hielt es mit den Sozialdemokraten aus „altem Schrot und Korn“, die nicht aus marxistischen Lehrbüchern, sondern aus Praxis und Lebenserfahrung wissen, wo den Menschen der Schuh drückt. Seine politische Basis waren eher Menschen, „die gegenüber abweichendem sozialen Verhalten nur ein begrenztes Verständnis aufbrachten und deren Wertesystem in religiösen, sexuellen, sozialen und weltanschaulichen Fragen eher traditionell bestimmt war“, seien es Sozialdemokraten in den Ortsvereinen oder seine Wähler aus allen Schichten.
 7. Man kann HSV sicher nicht als genialen Visionär bezeichnen. Er zeichnete sich aber durch großen Ideenreichtum und Realitätssinn aus. Das wünschen sich die Menschen – damals und heute.
 8. Wie ein roter Faden zieht sich durch seine politische Arbeit auf vielen Feldern in Partei, Volksvertretungen und Verbänden eine Thematik, die man als sein Leitmotiv bezeichnen kann: die Öffnung der SPD zur Volkspartei. Ein wichtiger Teilbereich bei diesem Prozess war die Hoffnung und das Ziel, dass Katholiken ganz selbstverständlich in der SPD eine politische Heimat finden können. „Heraus aus dem Turm“ war seine Devise. Dabei machten es ihm Teile der Partei nicht leicht und er es ihnen auch nicht.
 9. Seine politisch bedeutendste Zeit waren die 1960er Jahre – die Zeit der Umbrüche und des Übergangs -, als er von 1961 bis 1969 im Bundestag Vorsitzender des Innenausschusses sowie des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Fraktion war und an grundlegenden Weichenstellungen (z.B. Notstandsgesetzgebung) mitwirkte. In diesen 1960er und frühen 1970er Jahren erreichten auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt.
 10. HSV war der Typus eines Politikers der 1950er und 1960er Jahre. Als die SPD in Bonn in die Regierung kam und ab 1969 den Bundeskanzler stellte, wurde dieser Typus

langsam untypisch. Das mag erklären, dass er bei all seinem Engagement, seiner Popularität, seinen guten Verbindungen, gerade auch zu den Führungspersonen der SPD in Bonn, und obwohl er als der Innenpolitiker ministrabel oder als „Säule des Parlaments“ prädestiniert als Bundestagspräsident war, knapp unter der ersten Führungsebene verharrte. Wie auch immer: Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen hat sich durch sein sehr engagiertes Wirken für die Menschen und für Deutschland verdient gemacht.

6. Anmerkungen:

Nr. 1 Zeitzeugen:

Bei Zeitzeugenbefragungen muss man durchaus auch einiges kritisch hinterfragen und das Erzählte überprüfen können. Dieses muss mit dem selbst Erforschten kompatibel sein. Zunächst könnte man sagen, dass wissenschaftliche Historiker und Zeitzeugen nicht unbedingt Freunde sein müssen. Letztere könnten nämlich durchaus dazu neigen, ihre persönliche Sicht der Dinge zu verabsolutieren und den Fragenden in eine von ihnen gewünschte Richtung zu lenken. Man sollte also behutsam mit Zeitzeugenberichten umgehen, denn eine schriftliche Quelle hat nach meiner Meinung größeres Gewicht als Erzählungen von Zeitzeugen, auch wenn inzwischen die „oral history“ an Bedeutung gewonnen hat. Ebenso muss man z.B. bei Zeitzeugen aus der NS-Zeit fragen, ob ein ehemaliger „Folterer“ ebenso glaubwürdig wie ein „Gefolterter“ sein kann.

Trotzdem können Zeitzeugenberichte sehr hilfreich und aufschlussreich sein, denn man erfährt, was nicht in den Akten steht. Auch wird einem viel Atmosphärisches mitgeteilt, Hintergründe und Zusammenhänge werden deutlicher.

Abschließend darf ich ausdrücklich versichern, dass all diese Vorbehalte auf die Menschen, mit denen ich sprach oder die mir auf meine Fragen schriftlich antworteten, nicht zutreffen. Manche von ihnen kenne ich auch persönlich schon seit vielen Jahren.

Nr. 2 Bundestagswahlkreis 143 Groß-Gerau:

Bei den ersten Bundestagswahlen 1949 gab es noch nicht die Fünfprozentklausel. Ab 1953 hatte HSV's Wahlkreis die Nummer 143. Der Wahlkreis hieß „Groß Gerau“. Der Main-Taunus-Kreis gehörte zum Wahlkreis Groß-Gerau und war ab 1965 bis 1998 in verschiedenen Zuschnitten auf die Wahlkreise Groß-Gerau (südliche Gemeinden), Hochtaunus (nördliche Gemeinden) und Frankfurt am Main I-Main-Taunus (östliche Gemeinden) ab 1976 aufgeteilt. Von 1965 bis 1972 umfasste der Wahlkreis 143 den Landkreis Groß-Gerau und aus dem Main-Taunus-Kreis die Städte und Gemeinden Eppstein, Hofheim, Hattersheim, Kriftel, Flörsheim am Main und Hochheim am Main. Für die Bundestagswahl 2002 wurde der Wahlkreis „Main-Taunus“ neu eingerichtet. Er hatte 2005 die Nummer 181 und umfasste den Main-Taunus-Kreis sowie die Städte und Gemeinden Königstein im Taunus, Kronberg im Taunus und Steinbach (Taunus) aus dem Hochtaunus-Kreis. Der Wahlkreis Groß-Gerau besteht seitdem nur aus dem Landkreis Groß-Gerau mit der Nummer 185 (2005) und 184 (2009).

Nr. 3 Radikalität und Radikalismus:

Vom lateinischen „radix“ (Wurzel) abgeleitet, bedeutet das Adjektiv zunächst soviel wie „vollständig“, „gründlich“, „bis zu den Wurzeln vordringend“, steht im allgemeinen Sprachgebrauch für rücksichtslos und mit Härte vollzogene Handlungen. Helmuth Plessner definiert in seiner Abhandlung „Die Grenzen der Gemeinschaft“ in der frühen Weimarer Republik den Radikalismus als Überzeugung, Großes und Gutes entstehe nur aus bewusstem Rückgang auf die Wurzeln der Existenz, als „Glauben an die Heilkraft der Extreme, die Methode, gegen alle traditionellen Werte und Kompromisse Front zu machen.“

Der Landauer Philosoph Christian Bermes befasst sich mit dem Radikalen in der Kultur: „Radikalität – Etikett oder Gestalt?“ Er meint, wenn man über Radikalität sprechen wolle, müsse man einen Handlungstyp finden, an dem deren Kennzeichen ablesbar seien. Er glaubt ihn im Typus des Partisanen gefunden zu haben. Radikalität ist dann an einen Handlungsraum und eine besondere Situation gebunden; sie ist politisch, konkret und steht „in einem eigentümlichen Verständnishorizont“, dessen Pole „distanziertes Verstehen und absolutes Nicht-Verstehen“ seien.³⁸¹ Diese Situation trifft auf die späten sechziger und frühen siebziger Jahre zu, z.B. auch auf Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Radikalen in der Studentenschaft sowie der außerparlamentarischen Opposition APO.

Nr. 4:

Wider den „Byzantismus der Friedrich-Ebert-Allee“.

Auszug aus „Willenserklärung des Ortsvereins Hof und der Hofer Unterbezirkskonferenz“ vom 20. September 1953, FES, PVA, Akte „Parteidiskussion 1953/54 III.“

Dort heißt es u.a. auch: „Unsere Sprache ist, wo sie nicht reines Funktionärslatein ist, viel zu geschraubt. [...] Wir kauderwelschen viel zu viel von integrieren, autoritär, restaurativ, supranational und anderen für das Volk unverständlichen Dingen, wenn wir zum Volk sprechen.“

Als positives Gegenbeispiel wird Ernst Reuter genannt, der vor 4000 Berlinern (2000 im Schützenhaus und 2000 im Garten) gesprochen hatte und sehr viel Beifall erhielt. Am folgenden Tag sprach dann Erich Ollenhauer auf dem Marktplatz der Stadt Hof vor 9000 Menschen, die von ihm erfahren wollten, „was die SPD will. Nach einer halben Stunde gingen viele Leute weg. Sie hatten von Erich keine Antwort auf die Fragen bekommen, die sie bewegten.“ Da seien zu viele „Wenn und Aber“ gewesen. Erich Ollenhauer habe weder den Weg zum Verstand noch zu den Herzen der Menschen gefunden. Es herrschte allgemeine

³⁸¹ Thomas Gross, in: FAZ vom 24. Dezember 2012.

Enttäuschung vor, weil der Führer der größten deutschen Volkspartei“ am Ohr des Volkes vorbeiredete und „keine Spur von Persönlichkeit“ bei ihm und seinem „Gefolge“ erkennbar sei, wie ein Genosse gesagt habe. Die Willenserklärung von Ortsverein und Unterbezirk Hof endet mit den Worten: „Wir hoffen, damit angedeutet zu haben, wo die ganze Richtung bei uns falsch ist [...]: Die Losung ‚Ollenhauer statt Adenauer‘, das Plakat selbst [...] u.a.m. sprechen deutlich genug. Schickt doch die Byzantiner weg. Sie schaden uns! Sie werden sowieso bemüht sein, alles schön beim Alten zu belassen.“

Nr. 5:

Als Westernisierung bezeichnet man die allmähliche Herausbildung einer gemeinsamen Werteordnung in den Gesellschaften diesseits und jenseits des Nordatlantiks. Westernisierung lässt sich als interkultureller Transfer im Sinne eines anhaltenden Austausches verstehen.

Nr. 6: Deutscher Städte- und Gemeindebund

Bis 1973 gab es zwei kommunale Spitzenverbände als dessen Vorläufer, den „Deutschen Städtebund“ und den „Deutschen Gemeindetag“. Dessen Vizepräsident war Hermann Schmitt-Vockenhausen. Sie vereinigten sich im Januar 1973 zum „Deutschen Städte- und Gemeindebund“. Zum Präsidenten wurde Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen gewählt, zum Ersten Vizepräsidenten Dr. Horst Waffenschmidt, CDU, MdB.

Nr. 7

Die Bundesländer waren nach 1945 überwiegend Schöpfungen der Besatzungsmächte mit Ausnahme von Bayern und den Hansestädten Hamburg und Bremen, die im wesentlichen so erhalten geblieben sind. Deshalb sieht Artikel 29 GG vor, das Bundesgebiet durch Bundesgesetze und Volksabstimmungen neu zu gliedern, damit Länder geschaffen werden, die ihre Aufgaben wirksam erfüllen können. Die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern ist grundsätzlich in den Artikeln 30, 70, 83 und 92 GG geregelt. Eine Neugliederung fand bisher nur im Südwesten Deutschlands statt, wo gemäß Artikel 29 GG nach Volksabstimmungen drei Länder zusammengeschlossen wurden: das in der amerikanischen Besatzungszone liegende ehemalige Land Württemberg-Baden und die in der französischen Besatzungszone liegenden Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern. Der Versuch Hessens, eine Neugliederung im linksrheinischen Rheinhessen und in den ehemals nassauischen Gebieten im Westerwald (Regierungsbezirk Montabaur) – beide in der französischen Besatzungszone liegend – zu erreichen, hatte keinen Erfolg (vgl. Verfassung

des Landes Hessen und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 29 GG und S. 50).

Nr. 8 Kurt Schumacher

Dr. rer. Pol. Kurt Schumacher wurde am 13. Oktober 1895 geboren und starb am 20. August 1952. Seit 1918 war er SPD-Mitglied, ab 1920 Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart, 1924 bis 1931 Abgeordneter des Württembergischen Landtags, 1930 bis 1933 Reichstagsabgeordneter. 1933 bis 1945 musste er, von den Nationalsozialisten verurteilt, in verschiedenen Konzentrationslagern verbringen und leiden. Ab 1945 hatte er die führende Rolle beim Wiederaufbau der SPD in den Westzonen; 1946 bis 1952 war er Parteivorsitzender und 1949 bis 1952 Mitglied des Bundestages und Fraktionsvorsitzender.³⁸²

Nr. 9

Erich Ollenhauer wurde am 27. März 1901 geboren und starb am 14. Dezember 1963. 1918 trat er in die SPD ein, 1920 wurde er Mitglied im Hauptvorstand, 1923 Sekretär der Sozialistischen Jugend-Internationale, 1928 bis 1933 war er Vorsitzender der SAJ, 1933 bis 1946 Mitglied im SPD-Vorstand in der Emigration – 1933 in Prag, 1938 in Paris, 1940 in London -, 1952 bis 1963 Parteivorsitzender und Mitglied des Bundestages, ab 1952 bis 1963 Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag, 1952 bis 1958 Mitglied im Europäischen Parlament.³⁸³

Nr. 10

Das Grundgesetz wurde schon öfter geändert, dieses 17. Änderungsgesetz war jedoch ein sehr wichtiges auf dem Weg der Bundesrepublik zum souveränen Staat und außerdem begleitet durch heftige Auseinandersetzungen und Ausschreitungen im außerparlamentarischen Raum bis zum Terrorismus mit Toten. Die Artikel 10, 11 III, 12, 73.1, 87a, 91 wurden geändert, die Artikel 9 III 3, 12a, 19 IV, 3, 20 IV, 35 II, III, 53a, 80a eingefügt und die Artikel 115a-115₁, 59a, 65a II, 142a und 143 aufgehoben. (FES, Box und Mappe 197)

³⁸² FES, Bestand Parteivorstand, darin enthalten Bestand Kurt Schumacher.

³⁸³ FES, Bestand Parteivorstand, darin enthalten Bestand Erich Ollenhauer.

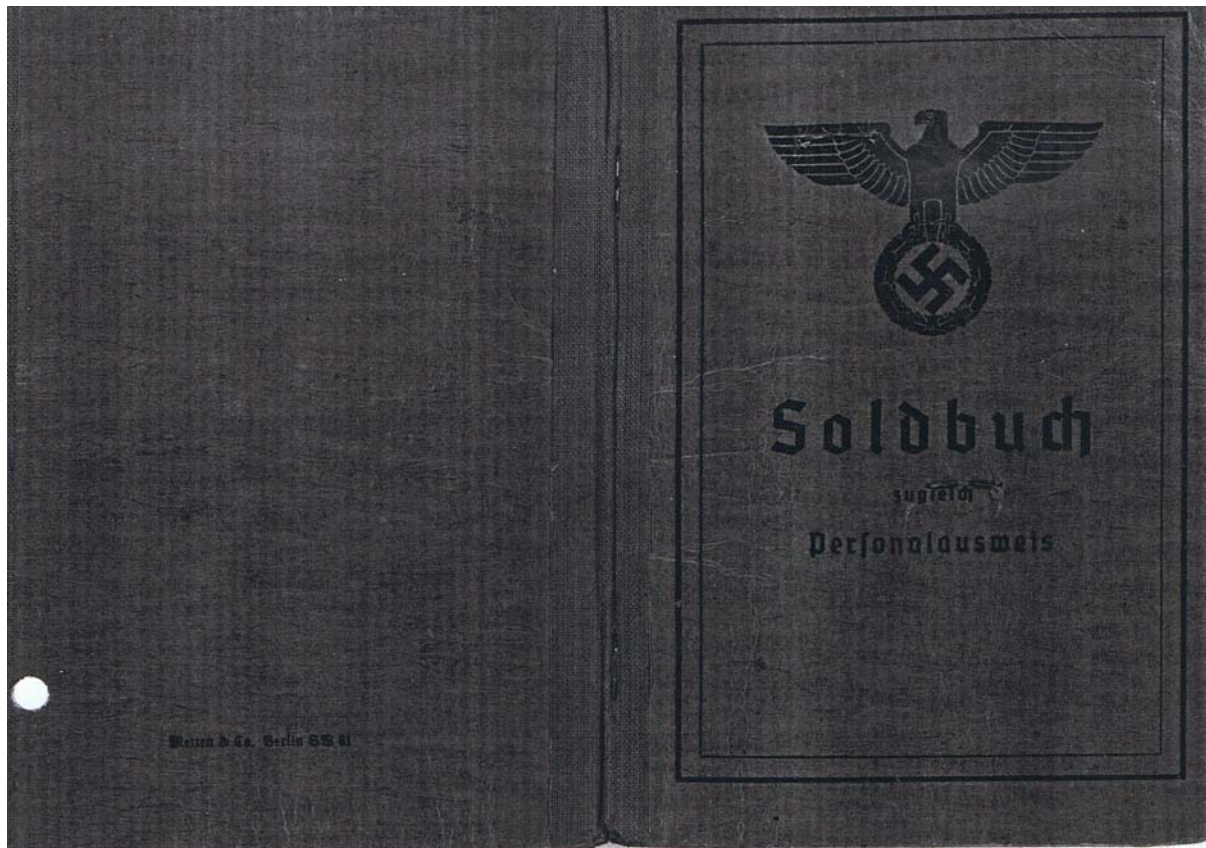
7. Anlagen

7.1 Zur Biographie

7.1.1 Foto von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen



7.1.2 Soldbuch mit Anlage



geb. am 21. 1. 21 in Völkchenheim
Main-9 Thürin (Ort, Kreis, Bez.-Bezirk)

Religion Kath. Stand, Beruf ledig, Schullehrer

Personalbeschreibung:

Größe 183 Gestalt Kräftig
 Gesicht / Haar bräunlich-schwarz
 Bart / Augen blau
 Besondere Kennzeichen (z. B. Brillenträger): /

Schuhzeuglänge 21 Schuhzeugweite 8

Herrn am Schmitt
 (Vor- und Zuname, eigenhändige Unterschrift des Inhabers)

Die Richtigkeit der nicht umrandeten Angaben auf Seiten 1 und 2 und der eigenhändigen Unterschrift des Inhabers bescheinigt

Niederlahnstein
 den -1. Okt. 1941
3./1. Art. Erf. Abt. (mot.) 70
Niederlahnstein
 (Eigenhändige Unterschrift, Dienstgrad u. Dienststellung des Besorgenden)
Hauptmann u. Batterie-Chef

2

Befreiungen
 über die Richtigkeit der Zuläufe und Berechtigungen auf Seiten 1 und 2

Stf. Nr.	Art der Befreiung	Datum	Truppenteil	Unterschrift	Dienstgrad und Dienststellung
1	Erkrankung	16. 4. 31	3./1. Art. Erf. Abt.	<u>Jänicke</u>	<u>Leutnant i. R.</u>
2	Raumübernahme	1. 1. 40	3./1. Art. Erf. Abt.	<u>Jänicke</u>	<u>Batt.-Chef</u>
3	Befreiung	19. 10. 41	3./1. Art. Erf. Abt.	<u>Jänicke</u>	<u>Hauptmann i. R.</u>
					<u>Hauptmann i. R.</u>

3

A. Zuletzt zuständige Wehrersatzdienststelle:
D. H. Bmt. Disbaden

B. Zum Feldheer abgeandt von:*)

Erfahrttruppenteil	Kompanie	Nr. der Truppenstammrolle
<u>Gesch. Erf. u. Ausb. Battr. (mot.) 70</u>	<u>36</u>	
b		
c		

C.

Selbstruppenteil*)	Kompanie	Nr. der Kriegsstammrolle
<u>1. Art. Erf. Abt. (mot.) 70</u>	<u>1. Komp.</u>	<u>1.</u>
b		
c		

D.

Jetzt zuständiger Erfahrttruppenteil*)	Standort
<u>1. Art. Erf. Abt. (mot.) 70</u>	<u>Niederlahnstein</u>
<u>2. Art. Erf. Abt. (mot.) 34</u>	<u>Regensburg</u>

(Meldung dortselbst nach Rückkehr vom Feldheer oder Lazarett, zuständig für Erfahrt an Bekleidung und Ausrüstung)

*) Vom Erfahrttruppenteil einzutragen, von dem der Soldbuchinhaber zum Feldheer abgeandt wird.
 **) Vom Selbstruppenteil einzutragen und bei Verlegungen von einem zum anderen Selbstruppenteil derart abzuändern, daß die alten Angaben nur durchstrichen werden, also lesbar bleiben.

Weiterer Raum für Eintragungen auf Seite 17.

4

Anschriften der nächsten lebenden Angehörigen

des Herrn am Schmitt
 (Vor- und Zuname)

1. Ehefrau: Vor- und Mädchenname ledig
 (ggf. "vermählt", "ledig")

Wohnort (Kreis) _____
 Straße, Haus-Nr. _____

2. Eltern, des Vaters, Vor- und Zuname Valentin Schmitt
 Stand oder Gewerbe Hauptlehrer
 der Mutter, Vor- u. Mädchenname _____
 (16)

Wohnort (Kreis) Völkchenheim/Me.-Thürin
 Straße, Haus-Nr. H. Hauptstr. 16

3. Verwandte oder Braut:*)
 Vor- und Zuname _____
 Stand oder Gewerbe _____
 Wohnort (Kreis) _____
 Straße, Haus-Nr. _____

*) Ausfüllung nur, wenn weder 1. noch 2. ausgefüllt sind.

5

7.1.3 Mitgliedsbuch der SPD


**Sozialdemokratische
MITGLIEDSBUCH
Partei Deutschlands**

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirk: Hessen-Süd

Mitgliedsbuch

Name:	<u>Dr. Schmitt - Vockenhausen</u>
Vorname:	<u>Hermann</u>
Wohnort:	<u>Vockenhausen *)</u>
Kreis:	<u>Main-Taunus</u>
Straße:	<u>Hauptstr. 16</u>
Beruf:	<u>Verleger</u>
Geb. am:	<u>31.1.23</u> in: <u>Vockenhausen</u>
Der SPD beigetreten am:	<u>1. 3. 46</u>
Ortsverein:	<u>Vockenhausen *)</u>
Mitglied vor 1933 von	<u>—</u> bis <u>—</u> (**)


(Stempel)
Main-Taunus
Ober-Taunus

M. Wandwischer
(Unterschrift)

Dieses Buch bleibt
Eigentum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Anderungen bitte auf den Seiten 47/48 eintragen.
Rubrikantworten, wenn Mitgliedschaft vor 1933 nicht bestanden hat.

7.1.4 Ausweis als SPD-Parteiredner

Sozialdemokratische Partei Groß-Hessen



Herr Hermann Schmitt
Hauptstrasse 16
Straße:
geb. am: 31.1.1923
ist als Partei-Redner
für die Sozialdemokratische Partei tätig.
Ffm.-Höchst, den 15.7. 1947
Der Parteivorstand Kreisvorstand

Unterschrift

F. Bott, Neu-Isenburg.

Sozialdemokratische Partei
Main-Taunus
Ober-Taunus
Limburg
Usingen
Unterbezirkssekretariat

Sozialdemokratische Partei
Bezirk Groß-Hessen.


Nr. 020

Ausweiskarte

für Hermann Schmitt
in Vockenhausen
Kreis: Main-Taunus

7.1.6 Bescheinigung der Betreuungsstelle des Main-Taunus-Kreises für Verfolgte

Betreuungsstelle des Main-Taunus-Kreises
für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte
Hofheim/Taunus, Hattersheimerstr. 3
District office-Aiding of Main-Taunus-Kreis for politically
racially and religiously persecuted.
Bureau d'assistance d'arrondissement pour personnes
poursuivies à raison politique, race, religion.



To whom it may concern
(whom it may concern)
A chaque place concernante
(chaque place concernante)
An jede zuständige Stelle
(jede zuständige Stelle)

Re: name: Hermann S c h m i t t

Concernant: nom : Geb. 31. 1. 23

Betreff: Name: Voehrenhausen, Hauptstr. 16

Certificate / Certificat / Bescheinigung

The above mentioned person belongs to a category of people who in the past years were severely persecuted by the Nazis.
Kindly protect the bearer and facilitate matters as far as it is in any way possible.
Legal to 31. 3. 46

La personne mentionnée ci-dessus appartient au nombre de personnes, qui ont été poursuivies rigoureusement par le système des Nazis pendant les années passées.
Accordez à cette personne protection et assistance à chaque manière.
Valable jusqu'au 31. 3. 46

Obengenannter gehört zu dem Personenkreis, der in den vergangenen Jahren durch das Nazi-System schwer verfolgt wurde.
Bitte gewähren Sie dem Inhaber dieser Bescheinigung Schutz und Hilfe in nur jeder möglichen Form.

Gültig bis 31. 3. 46
des Main-Taunus-Kreises für politisch, rassistisch
und religiös Verfolgte
Hofheim am Taunus

1. 1. 42
18. 2. 46

Wartungsbis 1. 4. 42

Großherzogliches Staatsministerium
Der Minister
Österreichische Betreuung
WIESBADEN, Wilhelmstraße 24

7.1.8 Mitgliedskarte der Arbeiterwohlfahrt

Sonderbeiträge:

Arbeiter-Wohlfahrt
Gross-Hessen
Ortsausschuss Vockenhausen

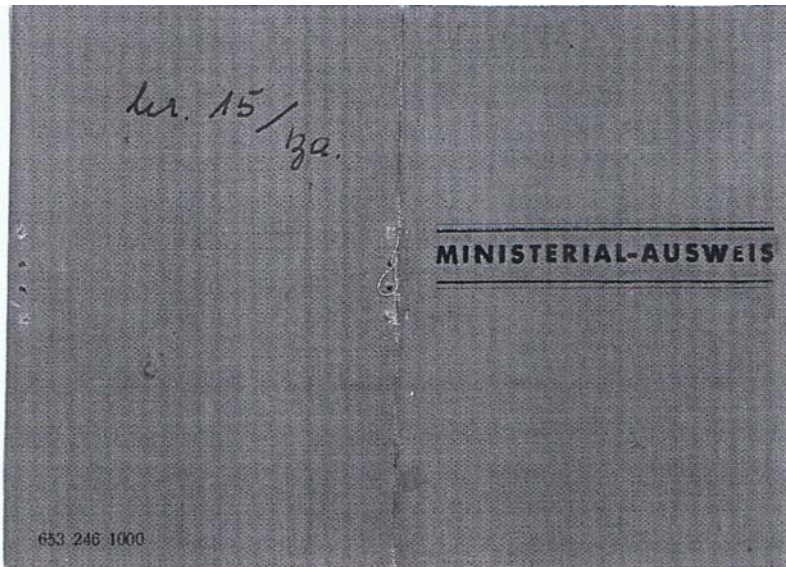
Mitglieds-Karte Nr. 4

Zuname: Schmitt
Vorname: Hermann
Geburtsdatum: 31.1.23
Geburtsort: _____
Beruf: _____
Wohnort: Vockenhausen
Strasse: Hauptstr. 16
Eintritt: 23.8.46

Der Vorstand
i. A.:
Herrnig

Rm 1.- Beiträge		Beiträge				
	19 <u>40</u>	19 <u>48</u>	19 <u>48</u>	19 <u>49</u>		
		Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.
		Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.
		Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.
		Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.
		Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.
		Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.
		Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.
		Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.	Arbeiter 1,- Wohlfahrt e. V.

7.1.9 Ministerialausweis



7.1.10 Ausweis zum Betreten des Landtagsgebäudes

70

Ausweis
zum Betreten des Landtagsgebäudes
für Regierungsvertreter
gültig f. d. I. Wahlperiode

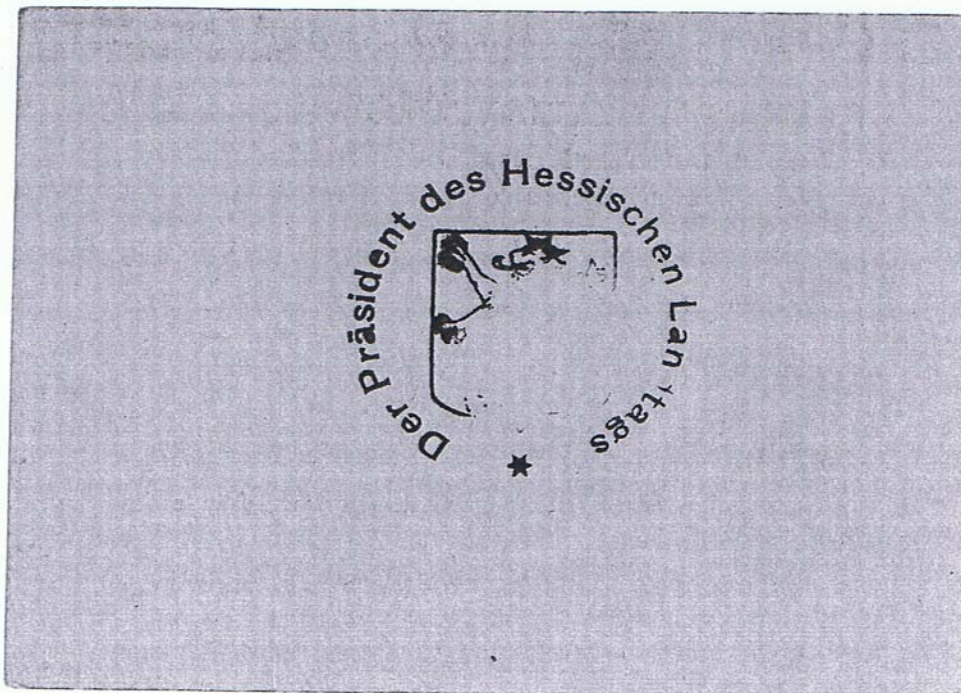
Herr ~~Emmrich~~ Schnitt, Hermann
Name Vorname

Geburtstag: 31.1.23

wohnhaft: Vockenhausen/Ts.

im Hessischen Ministerium als Referent tätig
ist berechtigt, aus dienstlichen Gründen das Gebäude des
Hessischen Landtags zu betreten.

Der Präsident des Landtags
Witte



7.1.11 Official Pass des Military Government

<p style="text-align: center;">IF FOUND: RETURN THIS PASS TO PERSONNEL DIRECTOR THIS HEAD-QUARTERS</p>	<p style="text-align: center;">Falls gefunden: Gib diesen Pass an den Personal-Direktor dieses Hauptquartiers zurück.</p>
<p style="text-align: center;">WARNING: THIS CARD FOR USE OF HOLDER DESIGNATED HEREON ONLY</p>	<p style="text-align: center;">WARNUNG: Diese Karte ist nur zum Gebrauch des hierauf bezeichneten Besitzers bestimmt.</p>

MILITARY GOVERNMENT
LAND HESSE

OFFICIAL PASS

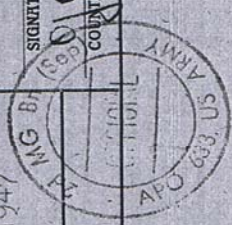
NAME Referent
Hermann Schmidt

PASS No **0170 ***

KENNKARTE No. 700 001

Altpf & Faber, Wiesbaden-Ettrville

<p style="text-align: center;">MILITARY GOVERNMENT LAND HESSE CARD</p> <p style="text-align: center;">Referent <u>Herm. Schmidt</u></p> <p style="text-align: center;">NAME <u>Immenministerium</u></p> <p style="text-align: center;">UNIT</p> <p style="text-align: center;">SIGNATURE <u>[Handwritten Signature]</u></p> <p style="text-align: center;">COUNTERSIGNED</p>	<p>DATE ISSUED: Datum der Ausstellung <u>20.8.1947</u></p> <p>TERMINATION DATE: Datum des Ablaufs <u>20.11.1947</u></p>
---	---



IV APRIL 1974

Mo	1	11.30 e SDW
Di	2	
Mi	3	20.30 Uhr Prof. Eschenburg
Do	4	18.30 e
Fr	5	5.00 - Pöschel, Hess. Land / ...
Sa	6	Messe, Pleu. für 8.10 e / ...
So	7	Messing - Kunst Kongr. 9.00
Mo	8	Prof. ...
Di	9	
Mi	10	
Do	11	
Fr	12	Karfreitag
Sa	13	
So	14	Ostersonntag (16. W.)
Mo	15	Ostermontag
Di	16	
Mi	17	18.00 Uhr Kreis
Do	18	19.30 - 19.45 Min. VAS ...
Fr	19	Sitz. Nationalkomitee ...
Sa	20	Vorm. Altgem. Sichelhaus, Crumstadt
So	21	18. e. ...
Mo	22	18. e. ...
Di	23	16. e. ...
Mi	24	11.30 e ...
Fr	26	19.00 ...
Sa	27	9.30 - 10.30 e ...
So	28	11 - 12 e ...
Mo	29	18.30 e ...

IV	16. e. ...	2
	18. e. ...	3
	10. e. ...	4
	19. e. ...	5
	19.30 e ...	6
	19.30 e ...	7
	19.30 e ...	8
	19.30 e ...	9
	19.30 e ...	10
	19.30 e ...	11
	19.30 e ...	12
	19.30 e ...	13
	19.30 e ...	14
	19.30 e ...	15
	19.30 e ...	16
	19.30 e ...	17
	19.30 e ...	18
	19.30 e ...	19
	19.30 e ...	20
	19.30 e ...	21
	19.30 e ...	22
	19.30 e ...	23
	19.30 e ...	24
	19.30 e ...	25
	19.30 e ...	26
	19.30 e ...	27
	19.30 e ...	28
	19.30 e ...	29

MAI 1974

MI	1	Gesetzlicher Feiertag
Fr	3	10.30 e ...
Sa	4	9. e. ...
So	5	16. e. ...
Mo	6	10.00 - 2.00 - 16. e. ...
Di	7	10.15 e ...
Mi	8	10.15 e ...
Do	9	10.15 e ...
Fr	10	18.30 e ...
Sa	11	13. e. ...
So	12	13. e. ...
Mo	13	10. e. ...
Di	14	10. e. ...
Mi	15	10. e. ...
Do	16	10. e. ...
Fr	17	19.30 e ...
Sa	18	19. e. ...
So	19	19. e. ...
Mo	20	19. e. ...
Di	21	19. e. ...
Mi	22	19. e. ...
Do	23	Christi Himmelfahrt
Fr	24	11. e. ...
Sa	25	11. e. ...
So	26	11. e. ...
Mo	27	11. e. ...
Di	28	11. e. ...
Mi	29	11. e. ...
Do	30	11. e. ...
Fr	31	11. e. ...

MI	1	15.30 e ...
Fr	3	20. e. ...
Sa	4	15.30 e ...
So	5	15.30 e ...
Mo	6	12.30 e ...
Di	7	12.30 e ...
Mi	8	12.30 e ...
Do	9	12.30 e ...
Fr	10	14. e. ...
Sa	11	20. e. ...
So	12	12. e. ...
Mo	13	12. e. ...
Di	14	12. e. ...
Mi	15	12. e. ...
Do	16	12. e. ...
Fr	17	12. e. ...
Sa	18	12. e. ...
So	19	12. e. ...
Mo	20	12. e. ...
Di	21	12. e. ...
Mi	22	12. e. ...
Do	23	12. e. ...
Fr	24	12. e. ...
Sa	25	12. e. ...
So	26	12. e. ...
Mo	27	12. e. ...
Di	28	12. e. ...
Mi	29	12. e. ...
Do	30	12. e. ...
Fr	31	12. e. ...

11.5. 9.30 - 10.30 ...
11.00 - 12.00 ...

18.5. 21.30 ...
15. e. g. g. ...

21.6. Neue - West - Hochbahn

VI	JUNI 1974	
Sa	1	7.55 Kirchh. flügel.
So	2	Pfingstsonntag 23. W.
Mo	3	Pfingstmontag
Di	4	11 ^e Borst. / 12.30 / 13 ^e AR / 15 ^e Jule.
Mi	5	9 ^e Pte.
Do	6	19.30 ^e Prolog
Fr	7	12 ^e W. P. P. 14.30 ^e
Sa	8	9 ^e V. d. H. 11.30-12
So	9	24. W.
Mo	10	13 ^e Kroung WM-Tag
Di	11	Denkmal. P. 3.30 ^e
Mi	12	" " 3.30 ^e
Do	13	18.00 Köln, Simmittmann-400g
Fr	14	" " 18.00 Köln, Simmittmann-400g
Sa	15	" " 18.00 Köln, Simmittmann-400g
So	16	25. W.
Mo	17	AH I Pte. / 9 ^e W. P. W.
Di	18	19.30 WM Gelsenkirch
Mi	19	Korn Pol. / 19.30 ^e W. P. W.
Do	20	g. J. K. 19.30 ^e W. P. W.
Fr	21	19.30 ^e W. P. W.
Sa	22	19.30 ^e W. P. W.
So	23	19.30 ^e W. P. W.
Mo	24	15 ^e Kreiszeitl.
Di	25	19.30 ^e W. P. W.
Mi	26	19.30 ^e W. P. W.
Do	27	19.30 ^e W. P. W.
Fr	28	19.30 ^e W. P. W.

VI		VI
1	50. Jahre 20 ^e feierweber Kellerei	1
2	153-212	2
3		3
4	18 ^e DIA G. Pte.	4
5	19.30 ^e Z. W. W.	5
6	19.30 ^e W. P. W.	6
7	19.30 ^e W. P. W.	7
8	19.30 ^e W. P. W.	8
9	160-208	9
10	19.30 ^e W. P. W.	10
11	19.30 ^e W. P. W.	11
12	19.30 ^e W. P. W.	12
13	19.30 ^e W. P. W.	13
14	19.30 ^e W. P. W.	14
15	19.30 ^e W. P. W.	15
16	167-199	16
17	19.30 ^e W. P. W.	17
18	19.30 ^e W. P. W.	18
19	19.30 ^e W. P. W.	19
20	19.30 ^e W. P. W.	20
21	19.30 ^e W. P. W.	21
22	19.30 ^e W. P. W.	22
23	19.30 ^e W. P. W.	23
24	19.30 ^e W. P. W.	24
25	19.30 ^e W. P. W.	25
26	19.30 ^e W. P. W.	26
27	19.30 ^e W. P. W.	27
28	19.30 ^e W. P. W.	28
29	19.30 ^e W. P. W.	29

18^e Pte. Hermanns Kl. / 19.30^e W. P. W.

Mo	12.6.	19 ^e Kroung WM
Di		
Do	4	19.30 ^e W. P. W.
Fr	5	19.30 ^e W. P. W.
Sa	6	19.30 ^e W. P. W.
So	7	19.30 ^e W. P. W.
Mo	8	19.30 ^e W. P. W.
Di	9	19.30 ^e W. P. W.
Mi	10	19.30 ^e W. P. W.
Do	11	19.30 ^e W. P. W.
Fr	12	19.30 ^e W. P. W.
Sa	13	19.30 ^e W. P. W.
So	14	19.30 ^e W. P. W.
Mo	15	19.30 ^e W. P. W.
Di	16	19.30 ^e W. P. W.
Mi	17	19.30 ^e W. P. W.
Do	18	19.30 ^e W. P. W.
Fr	19	19.30 ^e W. P. W.
Sa	20	19.30 ^e W. P. W.
So	21	19.30 ^e W. P. W.
Mo	22	19.30 ^e W. P. W.
Di	23	19.30 ^e W. P. W.
Mi	24	19.30 ^e W. P. W.
Do	25	19.30 ^e W. P. W.
Fr	26	19.30 ^e W. P. W.
Sa	27	19.30 ^e W. P. W.
So	28	19.30 ^e W. P. W.
Mo	29	19.30 ^e W. P. W.
Di	30	19.30 ^e W. P. W.
Mi	31	19.30 ^e W. P. W.

18^e Pte. Hermanns Kl. / 19.30^e W. P. W.

VII		VII
1	19.30 ^e W. P. W.	1
2	19.30 ^e W. P. W.	2
3	19.30 ^e W. P. W.	3
4	19.30 ^e W. P. W.	4
5	19.30 ^e W. P. W.	5
6	19.30 ^e W. P. W.	6
7	19.30 ^e W. P. W.	7
8	19.30 ^e W. P. W.	8
9	19.30 ^e W. P. W.	9
10	19.30 ^e W. P. W.	10
11	19.30 ^e W. P. W.	11
12	19.30 ^e W. P. W.	12
13	19.30 ^e W. P. W.	13
14	19.30 ^e W. P. W.	14
15	19.30 ^e W. P. W.	15
16	19.30 ^e W. P. W.	16
17	19.30 ^e W. P. W.	17
18	19.30 ^e W. P. W.	18
19	19.30 ^e W. P. W.	19
20	19.30 ^e W. P. W.	20
21	19.30 ^e W. P. W.	21
22	19.30 ^e W. P. W.	22
23	19.30 ^e W. P. W.	23
24	19.30 ^e W. P. W.	24
25	19.30 ^e W. P. W.	25
26	19.30 ^e W. P. W.	26
27	19.30 ^e W. P. W.	27
28	19.30 ^e W. P. W.	28
29	19.30 ^e W. P. W.	29
30	19.30 ^e W. P. W.	30
31	19.30 ^e W. P. W.	31

VIII		AUGUST 1974	
Do	1	Bucharest - Prag	
Fr	2	4. Siedlung München	
Sa	3	Prag - Wien 09.30 - 10.30	
So	4	M. - 12.00	
Mo	5		
Di	6		
Mi	7		
Do	8	Friedensfest Berlin	
Fr	9	10.30 Mairham 19.30	
Sa	10	Sonderausb. Prag	
So	11		
Mo	12	16.00 Uhr Erbach - LA Hoffmann	
Di	13	15.00 Uhr 11.30	
Mi	14	10.00 Dr. Schaefer, Homburg	
Do	15	Maria Himmelfahrt 11.00	
Fr	16	9.00 MAN Gustavsburg	
Sa	17	10.30 12.00 Uhr Wiesbaden	
So	18	16.30 Uhr Trier - R. Knapik 10.00 + 11.00	
Mo	19	20.00 Bad Soelen, SPD - Stadtfraktion	
Di	20		
Mi	21	9.00 Hoh. Pol. Müller 11.30	
Do	22	Abreise Rinn. Potsdam 18.30	
Fr	23		
Sa	24	11.00 Bonn Finn. Ges. 12.15	
So	25	11.30 Ffm. Empf. 03 14.00	
Mo	26	9.00 Beg. Bootsf. Mainz	
Di	27	13.00 Dr. Krebs St. Pauli	
Mi	28	15.00 Uhr SPD + 16.00	
Do	29	19.30 Liederbach	

VIII			
	1		
	2	Fdr. Kretschmer - 06.01. 3.2.2	
	3	Wölfelchen Jena - W. / K. / M. / S.	
	4		
	5		
	6	Spiele Kretschmer 20.2	
	7		
	8	10.00 - 11.00 Uhr J. Dr. Kretschmer	
	9	11.00 - 11.30 Uhr 11.00 Uhr	
	10	10.30 AM 11.20 Uhr	
	11		
	12	16.30 Uhr Kropf - Prochkin	
	13	20.00 Uhr Kretschmer	
	14	Kreis - Jubil. - Nacht 19.30	
	15	Kremsbach 16.00 Uhr	
	16		
	17	18.00 Uhr Pöhl - Linsch	
	18	23.00 - 19.50 10.00 Wölfelchen	
	19		
	20		
	21	17.30 Uhr Jaraal	
	22	14.00 Uhr Kretschmer 20.00	
	23		
	24	11.00 Uhr Kretschmer 12.15	
	25	11.30 Ffm. Empf. 03 14.00	
	26	9.00 Uhr Beg. Bootsf. Mainz	
	27	13.00 Uhr Dr. Krebs St. Pauli	
	28	15.00 Uhr SPD + 16.00	
	29	19.30 Uhr Liederbach	

SEPTEMBER 1974
 5. Bad-Info-Tour / Informationsreise SPD-17-Fraktion - Hessen

VIII		SEPTEMBER 1974	
Di	3	20.30 Kriette	
Mi	4	Paulusen Hbg. - 8.9	
Do	5	A W. E. L. a. d. 15.00	
Fr	6	10.00 Uhr in Siedlung München	
Sa	7	20.30 / 19.30 Linsen	
So	8	Stampfer, Knapik, Niederl. 11.30	
Mo	9	11.00 AR R. Knapik, Potsdam 15.00	
Di	10	15.00 Kath. Tag, Doleg. Vers.	
Mi	11	17.00 Dornheim 19.00	
Do	12	Kath. Tag 19.00	
Fr	13	Homburg Berlin, Innenministerium 9.30	
Sa	14	14.30 Kath. Tag 15.30	
So	15	14.30 Kath. Tag 15.30	
Mo	16	DSC B. Knapik 11.30 / 13.00	
Di	17	10.15 AK I	
Mi	18	10.15 AK I	
Do	19	10.15 AK I	
Fr	20	10.15 AK I	
Sa	21	10.15 AK I	
So	22	10.15 AK I	
Mo	23	Herbstfest 9.15	
Di	24	10.15 AK I / 16.30	
Mi	25	10.15 AK I	
Do	26	10.15 AK I	
Fr	27	10.15 AK I	
Sa	28	10.15 AK I	
So	29	10.15 AK I	
Mo	30	10.15 AK I	

IX			
	1		
	2	17.00 Uhr Pressekonf. SPD R. Kretschmer	
	3	9.00 * Knapik (Prag) 18.00	
	4	13.00 Uhr Kretschmer 13.00	
	5	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	6	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	7	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	8	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	9	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	10	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	11	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	12	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	13	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	14	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	15	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	16	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	17	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	18	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	19	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	20	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	21	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	22	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	23	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	24	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	25	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	26	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	27	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	28	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	29	10.00 Uhr Knapik 10.30	
	30	10.00 Uhr Knapik 10.30	

19.9. Knapik, H. für Knapik. Knapik, 27.9. 18.30 - 19.30

3. 10. 100. Solenamerstiftg. h. w. P. 1974

X	OKTOBER 1974		X
Di	1	15.30 P. h. w. Kr. / 15.16.30 DStg	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Do	3	20.00 Bausch. h. w. / 16.00. P. h. w.	16.00. Waspa Pers. R. / 15.00. P. h. w.
Fr	4	11.00 G. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
So	6	Erntedankfest	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Mo	7	16.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Di	8	11.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Mi	9		18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Do	10	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Fr	11	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Sa	12	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
So	13	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Mo	14	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Di	15	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Mi	16	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Do	17	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Fr	18	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Sa	19	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
So	20	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Di	22	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Mi	23	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Do	24	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Fr	25	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Sa	26	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
So	27	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.
Mo	28	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.	18.00. Kunst. - G. h. w. / 19.30. P. h. w.

NOVEMBER		
Di	30	15.00. Nord. G. h. w. / 18.00. P. h. w.
Fr	1	11.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Sa	2	15.30. P. h. w. / 18.00. P. h. w.

Mo	4	20.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Di	5	10.30. P. h. w. / 15.00. P. h. w.
Mi	6	
Do	7	9.30. P. h. w. / 16.30. P. h. w.
Fr	8	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Sa	9	20.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
So	10	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Mo	11	11.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Di	12	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Mi	13	
Do	14	
Fr	15	
Sa	16	14.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
So	17	14.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Mo	18	14.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Di	19	
Mi	20	9.30. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Do	21	9.15. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Fr	22	5.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Sa	23	11.55. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
So	24	
Mo	25	11.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Di	26	10.00. P. h. w. / 18.00. P. h. w.
Mi	27	
Do	28	
Fr	29	
Sa	30	19.30. P. h. w. / 18.00. P. h. w.

* Feiertag in Baden-Württemberg, Bayern (Sonderregelung bei Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung), Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland
 ** Feiertag in allen Bundesländern. (In Bayern nur Feiertag in Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung)

XII	DEZEMBER 1974		
So	1	1. Advent	49. W.
Mo	2	Vormittag Besichtigung Paul. Prager	
Di	3		
Mi	4	16. Jan. Nymphenburg	
Do	5	19. Jan. AR	
Fr	6		
Sa	7	20. Jan. in SPN / 20.00 Uhr	
So	8	2. Advent	50. W.
Mo	9	2. Jan. K... ..	
Di	10	Essen B... .. 20.00	
Mi	11	7.30 Uhr 8.30 Uhr	
Do	12	Ma... ..	
Fr	13	20.00 Uhr	
Sa	14	15.00 Uhr	
So	15	3. Advent	51. W.
Mo	16	11.00 Uhr	
Di	17		
Mi	18	7.30 Uhr	
Do	19	16.30 Uhr 19.30 Uhr	
Fr	20	12.00 Uhr	
Sa	21	(Holler 16.00 Uhr)	
So	22	4. Advent / Winteranfang	52. W.
Mo	23		
Di	24		
Mi	25	1. Weihnachtstag	
Do	26	2. Weihnachtstag	
Fr	27		
Sa	28	Heimweg 90 x	
So	29		53. W.

XII			XII
			1
	16.00 Uhr	20.00 Uhr	2
			3
	16.00 Uhr		4
	H.-fin.		5
	15.00 Uhr		6
	14.45 Uhr		7
	15.00 Uhr		8
	16.00 Uhr		9
			10
	19.00 Uhr		11
	19.00 Uhr		12
	13.00 Uhr		13
	14.00 Uhr		14
	17.00 Uhr		15
	20.00 Uhr		16
			17
	20.00 Uhr		18
	16.00 Uhr		19
	16.00 Uhr		20
	9.15 Uhr		21
			22
	11.00 Uhr		23
	11.00 Uhr		24
			25
			26
			27
			28
			29

I	JANUAR 1975		
Mi	1	Neujahr	1. W.
Fr	3		
Sa	4		
So	5		2. W.
Mo	6	1. Advent	
Di	7		
Mi	8		
Do	9	11.00 Uhr	
Fr	10	12.00 Uhr	
Sa	11	13.00 Uhr	
So	12		3. W.
Mo	13		
Di	14		
Mi	15		
Do	16	14.00 Uhr	
Fr	17	16.30 Uhr	
Sa	18	17.30 Uhr	
So	19	18.00 Uhr	
Mo	20	19.00 Uhr	
Di	21	20.00 Uhr	
Mi	22		
Do	23		
Fr	24		
Sa	25	21.00 Uhr	
So	26		5. W.
Mo	27		
Di	28		
Mi	29		
Do	30	22.00 Uhr	
Fr	31		

I			I
			1
			2
			3
			4
	5-360		5
			6
			7
			8
	H.-fin.		9
	10.00 Uhr		10
	12-353		11
			12
			13
			14
			15
			16
			17
			18
	19-346		19
	20.00 Uhr		20
			21
			22
			23
			24
	25.00 Uhr		25
	26-339		26
			27
			28
			29
			30
			31

* Feiertag in Baden-Württemberg und Bayern

7.1.13 Zeitplan des Bundestages 1975

heute im bundestag



BERICHTIGTER ZEITPLAN DES BUNDESTAGES FÜR 1975



Eine Verschiebung von zwei Tagungswochen im Oktober und November ist versehentlich in dem am Freitag veröffentlichten Zeitplan nicht berücksichtigt worden. Es ändert sich in der Woche vom 26.10. die Sitzungswoche in eine Tagungswoche. In der Woche vom 9. November wird dafür die Tagungswoche sitzungsfrei. In den Wochen vom 23. November und vom 30. November findet gleichfalls ein Wechsel statt. In dem nachfolgend abgedruckten Zeitplan sind diese Änderungen bereits enthalten.

22. Dezember 1974 bis 11. Januar 1975	Weihnachtspause
Woche vom 12. Januar	Tagungswoche
Woche vom 19. Januar	Tagungswoche
Woche vom 26. Januar	Tagungswoche
Woche vom 2. Februar	sitzungsfrei
Woche vom 9. Februar	sitzungsfrei
Woche vom 16. Februar	Tagungswoche
Woche vom 23. Februar	Tagungswoche
Woche vom 2. März	sitzungsfrei
Woche vom 9. März	Tagungswoche
Woche vom 16. März	Tagungswoche
24. März bis 5. April	Osterpause
Woche vom 6. April	Tagungswoche
Woche vom 13. April	Tagungswoche
Woche vom 20. April	Tagungswoche
Woche vom 27. April	sitzungsfrei
Woche vom 4. Mai	sitzungsfrei
Woche vom 11. Mai	Tagungswoche
Woche vom 18. Mai	Tagungswoche
25. Mai bis 31. Mai	Pfingstpause
Woche vom 1. Juni	Tagungswoche
Woche vom 8. Juni	Tagungswoche
Woche vom 15. Juni	Tagungswoche
22. Juni bis 6. September	Sommerpause
Woche vom 7. September	Tagungswoche
Woche vom 14. September	sitzungsfrei
Woche vom 21. September	sitzungsfrei
Woche vom 28. September	Tagungswoche
Woche vom 5. Oktober	Tagungswoche
Woche vom 12. Oktober	Tagungswoche
Woche vom 19. Oktober	sitzungsfrei
Woche vom 26. Oktober	Tagungswoche
Woche vom 2. November	Tagungswoche
Woche vom 9. November	sitzungsfrei
Woche vom 16. November	sitzungsfrei
Woche vom 23. November	Tagungswoche
Woche vom 30. November	sitzungsfrei
Woche vom 7. Dezember	Tagungswoche
Woche vom 14. Dezember	Tagungswoche
21. Dezember 1975 bis 10. Januar 1976	Weihnachtspause

7.1.14 Ausweis für das Mitglied des Deutschen Bundestages der 8. Wahlperiode

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen

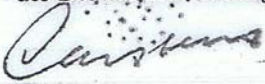
AUSWEIS
für das
MITGLIED DES
DEUTSCHEN
BUNDESTAGES
der 8. Wahlperiode



Herrn Dr. Hermann
Schmitt-Vockenhausen

Bonn, den 15. Dezember 19 76

Der Präsident
des Deutschen Bundestages



DEUTSCHER BUNDESTAG

8. Wahlperiode

Abgeordneten-
Ausweis
Nr. 459

Die Behörden und Dienststellen des Bundes und der Länder, insbesondere alle Polizei-behörden, werden gebeten, den Inhaber dieses Ausweises bei der Ausübung seines Mandats als Bundestagsabgeordneter zu unterstützen, ihm bei Ab-sperrung ungehinderten Durchlaß zu gewähren und ihm gegebenenfalls Schutz und Hilfe zuteil werden zu lassen.

7.1.15 Diplomatenpass

<p>Alle Behörden und Dienststellen des In- und Auslandes werden hiernit ersucht, den Inhaber dieses Passes frei und ungehindert reisen zu lassen sowie ihm nötigenfalls Schutz und Beistand zu gewähren.</p> <p>All authorities of Foreign States are hereby requested to allow the bearer to pass freely without hindrance and to afford him or her every assistance and protection which he or she may need.</p> <p>Toutes les autorités étrangères sont priées de vouloir bien laisser passer librement le titulaire du présent passeport et de lui prêter aide et protection en cas de besoin.</p> <p>AUSWÄRTIGES AMT Foreign Office Ministère des Affaires Étrangères</p>  <p>Nr. G 5175</p>	<p>Bundesrepublik Deutschland Federal Republic of Germany République Fédérale d'Allemagne</p>  <p>DIPLOMATENPASS DIPLOMATIC PASSPORT PASSEPORT DIPLOMATIQUE</p> <p>Nr. G 5175</p> <p>S. C. H. M. M. T. VOCKENHAUSEN Name des Passinhabers / Name of bearer / Nom du titulaire</p> <p>KARL HERMANN Vornamen / Christian names / Prénoms</p> <p>Staatsangehörigkeit National Status Nationalité DEUTSCH</p> <p>Register-Nr. Registration No. No d'enregistrement G 5175</p>
--	--

Dieser Pass enthält 32 Seiten / This passport contains 32 pages / Ce passeport contient 32 pages

<p>PERSONENBESCHREIBUNG DESCRIPTION SIGNALEMENT</p> <p>Dienstbezeichnung bzw. Beruf Profession Profession MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES</p> <p>Geburtsort Place of birth Lieu de naissance VOCKENHAUSEN</p> <p>Geburtsdatum Date of birth Date de naissance 31. JANUAR 1923</p> <p>Wohnort Residence Domicile BONN</p> <p>Gesichtsform Features Visage BREIT</p> <p>Farbe der Augen Colour of eyes Couleur des yeux BLAU</p> <p>Größe Height Taille 187 CM</p> <p>Besondere Kennzeichen Special peculiarities Signes particuliers KEINE</p> <p>Nr. G 5175</p>	 <p><i>Karl Hermann</i> Unterschrift des Passinhabers Signature of bearer Signature du titulaire</p> <p>Es wird hiernit bescheinigt, daß der Passinhaber die im Lichtbild dargestellte Person ist und die Unterschrift darüber eigenhändig vollzogen hat. It is hereby certified that the bearer is identical with the person on the photograph and that the signature has been given in his own hand. Il est certifié que le titulaire est la personne représentée par la photographie ci-dessus et que la signature est autographe.</p> <p>BONN den 11. AUGUST 1959 the / le</p>  <p><i>Karl Hermann</i> Unterschrift / Signature / Signature</p> <p>Nr. G 5175</p>
---	--

<p>Länder, für die dieser Paß Countries for which this passport is valid Pays pour lesquels ce passeport est valable</p> <p>INLAND UND AUSLAND</p> <p>Die Paß wird ungültig am This passport expires on Ce passeport expire le</p> <p>30. SEPTEMBER 1959</p> <p>wenn er nicht verlängert wird unless renewed sans renouvellement</p> <p>Paßausstellungsbehörde: Auswärtiges Amt Authority issuing the passport Autorité ayant délivré le passeport</p> <p>Ausgestellt (On) Bonn Issued at</p> <p>Datum 11. AUGUST 1959 Date</p> <p><i>L. Müller</i> Unterschrift / Signature / Signature</p> <p>Nr. G 5175</p>	<p>Verlängerungen Renewals / Prorogations</p> <p>1. Verlängert bis 31. AUGUST 1965 Renewed to Prorogé jusqu'au Bonn den 13. AUG. 1964 the / le</p> <p>AUSWÄRTIGES AMT Dienststelle / Office / Autorité</p> <p><i>[Signature]</i> Unterschrift / Signature / Signature</p> <p>2. Verlängert bis 30. JUNI 1967 Renewed to Prorogé jusqu'au Bonn den 13. JAN. 1967 the / le</p> <p>AUSWÄRTIGES AMT Dienststelle / Office / Autorité</p> <p><i>[Signature]</i> Unterschrift / Signature / Signature</p> <p>3. Verlängert bis 30. JUNI 1968 Renewed to Prorogé jusqu'au Bonn den 27. APR. 1967 the / le</p> <p>AUSWÄRTIGES AMT Dienststelle / Office / Autorité</p> <p><i>[Signature]</i> Unterschrift / Signature / Signature</p> <p>Nr. G 5175</p>
--	---

<p>Sichtvermerke - Visas - Visas</p> <p>REPUBLICA DE COSTA RICA DEPARTAMENTO MIGRACION AEROPUERTO INTERNACIONAL EL COCO SALIDA - 9 SET. 1959</p> <p>PHILIPPINE IMMIGRATION SERVICE Arrived <i>[Signature]</i> 9.17.59 Aboard <i>[Signature]</i> Admitted under Sec. <i>[Signature]</i> FLORANTE VALENZUELA Immigrant Inspector</p> <p>PHILIPPINE IMMIGRATION SERVICE Arrived / Left <i>[Signature]</i> 9.17.59 Aboard <i>[Signature]</i> Admitted under Sec. <i>[Signature]</i> NIROLA Nr. G 5175</p>	<p>Sichtvermerke - Visas - Visas</p> <p>VISA DIPLOMATICA</p> <p>Nr. - 319 -</p> <p>VISTO en la Embajada de los Estados Unidos Mexicanos. Bueno para dirigirse a MEXICO.</p> <p>Válida por UN AÑO a contar de esta fecha.</p> <p>Colonia, Alemania 13. Aug. 1959</p> <p>p. o. del Embajador el Encargado de la Sección Consular <i>[Signature]</i> Alberto Córdova Ruiz.</p> <p>EMBAJADA DE MEXICO COLONIA ALEMANIA</p> <p>Visa solicitada en nota 502-9 del 12-III-59, Ministerio de Asuntos Extranjeros de Bonn.</p> <p>Nr. G 5175</p>
--	---



Nr. G 5175

Nr. G 5175



Nr. G 5175

Nr. G 5175

BANGKOK AIRPORT THAILAND *HB-100*
 PERMITTED TO STAY 15 DAYS FROM THE
 DATE OF ARRIVAL. HOLDER MUST RETURN TO THE
 KINGDOM NOT LATER THAN 17 SEP 1964
 UNLESS
 PREVIOUS APPLICATION FOR EXTENSION HAS
 BEEN MADE IN PERSON TO THE LOCAL
 IMMIGRATION OFFICE. OFFENDERS WILL BE
 PROSECUTED.

S. GUN...
 IMMIGRATION OFFICER
17/SEP/1964

Defects


Nr. G 5175

25 AUG 1964
 FRANCE

IMMIGRATION DEPARTMENT,
 HONG KONG.
 K.T. NO. 39
 ARRIVED BY PM
 PERMITTED TO LAND.
 DATE 17 SEP 1964
 p. Director of Immigration.

Nr. G 5175

DIPLOMATIC VISAS
 SEEN AT THE CONSULAR SECTION
 EMBASSY of INDIA, Bonn
 GOOD FOR ~~ONE~~ TWO JOURNEYS TO
 INDIA WITHIN THREE MONTHS OF
 DATE HEREOF, IF PASSPORT
 REMAINS VALID
 PERIOD OF STAY IN INDIA
 = ONE MONTH
 IN ALL

No. 2849/64
 Date 14-8-64



CALCUTTA POLICE
 PASSPORT CONTROL
 ARRIVAL
 14/8/64

Consular Officer
 EMBASSY of INDIA
 Bonn
 IMMIGRATION PATNA
 DATE 1-9-64

Nr. G 5175

Nr. G 5175

69-600

DIPLOMATIC VISA

Visa granted at
THE ROYAL NEPALESE EMBASSY
No 908/64 GRATIS

London... 20 AUG 1964... 19...
Valid for travel to the Kingdom of
Nepal for a single entry within
Three month(s) of this date and
stay in Katmandu only for one
week(s) from date of entry.



M. J. ...
FIRST SECRETARY

Nr. G 5175

Nr. G 5175



No. BNN 2972
EMBASSY OF THE
UNITED STATES
OF AMERICA
BONN

DIPLOMATIC
NONIMMIGRANT VISA

CLASSIFICATION: A-2(TJ)

DATE: 28 APRIL 1967

VALID IF PRESENTED BEFORE
28 APRIL 1971 FOR

MULTIPLE APPLICATIONS
FOR ADMISSION INTO THE UNITED
STATES.

ISSUED TO: KARL HERMANN
SCHMIT-VOCKENHAUSEN

GRATIS

Alan A. Gise
Alan A. Gise
American Consul

U. S. IMMIGRATION
NEW YORK, N. Y. 241

MAY 8 1967

Nr. G 5175

ADMITTED (CLASS)

UNTIL

U. S. IMMIGRATION
WASHINGTON, D. C. 2

MAY 28 1967

ADMITTED (CLASS)

UNTIL

Nr. G 5175

Alle Behörden und Dienststellen des In- und Auslandes werden hiermit ersucht, den Inhaber dieses Passes frei und ungehindert reisen zu lassen sowie ihm nötigenfalls Schutz und Beistand zu gewähren.

All authorities of Foreign States are hereby requested to allow the bearer to pass freely without hindrance and to afford him or her every assistance and protection which he or she may need.

Toutes les autorités étrangères sont priées de vouloir bien laisser passer librement le titulaire du présent passeport et de lui prêter aide et protection en cas de besoin.

AUSWÄRTIGES AMT

Foreign Office

Ministère des Affaires Étrangères



BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE

DIPLOMATENPASS

DIPLOMATIC PASSPORT
PASSEPORT DIPLOMATIQUE

Der Inhaber dieses Passes ist Deutscher
The bearer of this passport is a German
Le titulaire du présent passeport est ressortissant allemand

Nr. 20709 G

Dieser Paß enthält 32 Seiten / This passport contains 32 pages / Ce passeport contient 32 pages

Name des Paßinhabers / Name of bearer / Nom du titulaire

DR. SCHMITT-VOCKENHAUSEN

Vorname(n) / Christian name(s) / Prénoms

KARL HERMANN

Dienstbezeichnung bzw. Beruf / Occupation / Profession

VIZEPRÄSIDENT DES DEUTSCHEN
BUNDESTAGES

Geburtsdatum / Date of birth / Date de naissance

31. JANUAR 1923

Geburtsort / Place of birth / Lieu de naissance

VOCKENHAUSEN

Wohnort / Residence / Domicile

BONN

Besondere Kennzeichen / Distinguishing marks / Signes particuliers

KEINE

Register-Nr. / Registration No. / N° d'enregistrement

20709 G

Farbe der Augen
Colour of eyes
Couleur des yeux

BLAU

Größe / Height / Taille

186 cm



Unterschrift des Paßinhabers / Signature of bearer / Signature du titulaire

Dieser Paß wird ungültig am / This passport expires on / Ce passeport expire le
31. DEZEMBER 1976
wenn er nicht verlängert wird / unless extended / sauf prorogation de validité

Paßausstellende Behörde / Issuing authority / Autorité ayant délivré le passeport

Auswärtiges Amt
Foreign Office
Ministère des Affaires Étrangères
10. APRIL 1975
Unterschrift / Signature / Signature

Nr. 20709 G

Länder, für die dieser Paß gilt
Countries for which this passport is valid
Pays pour lesquels ce passeport est valable

Für alle Länder
For all countries
Pour tous pays

Ungültig

Extended until / Prorogé jusqu'au
DEZEMBER 1978

Signature / Unterschrift

Extended until / Prorogé jusqu'au
DEZEMBER 1980

Signature / Unterschrift

Extended until / Prorogé jusqu'au
MÄRZ 1979

Signature / Unterschrift

Extended until / Prorogé jusqu'au

Signature / Unterschrift

Nr. 20709 G

Antijische Vermerke / Official remarks / Observations officielles

Nr. 20709 G

VISIT PASS
Sichtvermerke / Visas / Visas
IMMIGRATION SINGAPORE

(75) - 9 JUL 1976 (715)
Permitted to enter 2-2 JUL 1976

Reg. 13 (1) Holder not to engage in any business or trade without consent of G

17 JUL 1977

PERMITTED TO ENTER AND REMAIN IN SINGAPORE FOR FOURTEEN DAYS FOR SOCIAL VISIT ONLY FROM DATE SHOWN ABOVE.

18 FEB 1977
HEATHROW (2)

IMMIGRATION OFFICER (325)
EMBARKED 18 FEB 1977
HEATHROW (2)

Nr. 20709 G

Sichtvermerke / Visas / Visas

KUNJUNGAN DIPLOMATIK

25011.01/195

Berikan mengadakan satu kali perjalanan ke Indonesia untuk tinggal selama: (12 sepuluh) hari

Nama: SCHMITT-LOCKEN-HAUSEN, Hermann

izin Menlu:

Visa ini hanya berlaku bila mendarat di Indonesia sebelum

Tgl.: 11 Juli 1979
Diberikan di: Bonn

Tgl.: 11. April 1975

Bebas bea

Nr. 20709 G ANAK AGUNG, MURNI
Counsellor

SERVICO DE IMIGRACAO

IMMIGRATION OFFICER HONG KONG
 DEPARTED - 8 MAY 1975

IMMIGRATION OFFICER HONG KONG
 DEPARTED 18 JUL 1975

TOURIST / NON IMM.

BANGKOK AIRPORT THAILAND.
 PERMITTED TO STAY 30 DAYS FROM THE DATE OF ARRIVAL. HOLDER MUST LEAVE THE KINGDOM NOT LATER THAN 26 MAY 1975 UNLESS PREVIOUS APPLICATION FOR EXTENSION HAS BEEN MADE IN PERSON TO THE LOCAL IMMIGRATION OFFICE. OFFENDERS WILL BE PROSECUTED.

SIGNED: IMMIGRATION OFFICER
 22 APR 1975

506/1 IMMIGRATION DIVISION BANGKOK AIRPORT THAILAND
 29 APR 1975

IMMIGRATION OFFICER HONG KONG
 LANDED - 7 MAY 1975

IMMIGRATION OFFICER HONG KONG
 LANDED 8 MAY 1975

20709 G

PASS
 IMMIGRATION SINGAPORE
 (22) 29 APR 1975 (22)
 PERMITTED TO ENTER AND REMAIN UNTIL
 REF. No. 20709 G

IMMIGRATION OFFICER HONG KONG
 DEPARTED 16 JUL 1976

DEPARTED 23 JUL 1976

APR 15 1976

DIPLOMATIC

106643

UNITED STATES OF AMERICA
 BORN

A-2 (D) 1 MAR 1976

11 MAR 1980

MULTIPLE

Bearer

Katherine Bellam

IMMIGRATION OFFICER HONG KONG
 DEPARTED 9 MAY 1975

IMMIGRATION OFFICER HONG KONG
 LANDED 2 JUL 1977

20709 G

No. 20709 G

Sichtvermerke / Visas / Visas

DEPARTED
8. AUG. 1978
MONTAGS
Immigration Inspector
日本国

上陸許可
ADMITTED
JUL 1977
Status: 4-1
Duration: DURING MISSION
HANEDA
Immigration Inspector
日本国

DEPARTED
19. JUL 1976
HANEDA
Immigration Inspector
日本国

DEPARTED
26. JUL 1977
HANEDA
Immigration Inspector
日本国

上陸許可
ADMITTED
18. JUL 1976
Status: 4-1-
Duration: DURING MISSION
HANEDA
Immigration Inspector
日本国

上陸許可
ADMITTED
8. AUG. 1978
Status: 4-1-
Duration: DURING MISSION
Immigration Inspector
日本国

Nr. 20709 G

Sichtvermerke / Visas / Visas

EMBAJADA DEL PERU EN BONN

VISA DIPLOMATICA No: D/16

Se concede visa diplomática a
DR. KARL HERMANN SCHMITT - PÖCKENHAUSE
para viajar al Perú
EL TITULAR ES VICE PRESIDENTE DE
LA DIETA FEDERAL • DENTRO DE UN
VIAJE DE INFORMACIÓN POR LATINO-
AMERICA PERMANECERA EN EL PERU
DURANTE EL MES DE ABRIL DE 1976.

Bonn, 13 DE MARZO DE 1976

EMBAJADA DEL PERU
REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA

HUMBERTO UMERES
PRIMER SECRETARIO

Nr. 20709 G

Sichtvermerke / Visas / Visas

PERU MINISTERIO DE
AEROPUERTO RELACIONES EXTERIORES
Jorge Chávez Direc. Gen. de Migraciones

24 09 ABR 1976
ADMITTED

REPUBLICA DE COLOMBIA
INMIGRACION
EL DORADO BOGOTA
Puede permanecer hasta el 20 de Mayo
Fecha 11-16-76
Número 3 OF. INMIGRACION

REPUBLICA DE COLOMBIA
EMIGRACION "EL DORADO"
SALIDA: 13 ABR 1976
NUMERO: 11

VALIDA

Nr. 20709 G

Sichtvermerke / Visas / Visas

VISA DIPLOMATICA

Nr. 240

VISTO en la Embajada de los
Estados Unidos Mexicanos.
Buen para dirigirse a MEXICO.
Válida por 60 (sesenta) DIAS
a contar de esta fecha de entrada.
Colonia, Alemania 17 MAR. 1976

ESTADOS UNIDOS MEXICANOS
EMBAJADA DE MEXICO
COLONIA, ALEMANIA

Oscar Ariza
Consul de México

Nr. 20709 G

TOURIST / NON IMM.

BANGKOK AIRPORT THAILAND. PERMITTED TO STAY 30 DAYS FROM THE DATE OF ARRIVAL. HOLDER MUST LEAVE THE KINGDOM NOT LATER THAN 04 AUG 1976 UNLESS PREVIOUS APPLICATION FOR EXTENSION HAS BEEN MADE IN PERSON TO THE LOCAL IMMIGRATION OFFICE. OFFENDERS WILL BE PROSECUTED.

SIGNED: [Signature] IMMIGRATION OFFICER

08 JUL 1976



Nr: 20709 G



TOURIST / NON IMM.

BANGKOK AIRPORT THAILAND. PERMITTED TO STAY 30 DAYS FROM THE DATE OF ARRIVAL. HOLDER MUST LEAVE THE KINGDOM NOT LATER THAN 08 AUG 1976 UNLESS PREVIOUS APPLICATION FOR EXTENSION HAS BEEN MADE IN PERSON TO THE LOCAL IMMIGRATION OFFICE. OFFENDERS WILL BE PROSECUTED.

SIGNED: [Signature] IMMIGRATION OFFICER

10 JUL 1976

Nr: 20709 G



DEPARTURE 10/11/76 - 3 MEHRBAD AIR PORT

ENTRANCE 5335

IMMIGRATION OFFICER - 9 FEB 1978

Nr: 20709 G



Nr: 20709 G

3655919 Sichtvermerke / Visas / Visas *Nr 198*

IMMIGRATION BANGKOK A 59

27 JUL 1978

ADMITTED NON

HOLDER MUST LEAVE THE KINGDOM NOT LATER

THAN 25 AUG 1978

SIGNED [Signature]

IMMIGRATION OFFICER

IMMIGRATION DIVISION BANGKOK AIRPORT THAILAND

A

31 JUL 1978

SIGNED BY [Signature]

SIGNED

VISIT PASS

MALAYSIA IMMIGRATION KUALA LUMPUR

31 JUL 1978

Permitted to enter Malaysia and to remain until 1 AUG 1978 subject to conditions below

REF: 20709 G

BUSINESS

1101765 Sichtvermerke / Visas / Visas *Nr 198*

Diplomatenvisum

Deutsche Demokratische Republik

Visum Nr. 76/00015

zur Einreise und Ausreise (ein - mehr - malig)

vom 07.01.1977

bis 12.01.1977

nach -D.D.R.-

über die zugelassenen Grenzübergangsstellen

Bonn u. d. 01. 77

Deutsche Demokratische Republik
Ständige Vertretung
in der Bundesrepublik Deutschland

Nr. 20709 G 21

上陸許可 ADMITTED 25 JUL 1977

Status: 4-1-1

Duration: DURING EMISSION

HANEDA Immigration Inspector 日本国

POI HONG KONG

1 AUG 1978

IMMIGRATION OFFICER

DEPARTED 30 JUL 1977

HANEDA Immigration Inspector 日本国

HONG KONG

5 AUG 1978 (7:31)

DEPARTED

Nr. 20709 G 22

Sichtvermerke / Visas / Visas *LH.660*

IMMIGRATION BANGKOK A 17

114 JUL 1977

ADMITTED NON IMM

Holder must leave the Kingdom NOT LATER

than 12 AUG 1977

SIGNED [Signature]

IMMIGRATION OFFICER

IMMIGRATION DIVISION BANGKOK AIRPORT THAILAND

A

114 JUL 1977

SIGNED BY [Signature]

SIGNED

Nr. 20709 G 23

Sichtvermerke / Visas / Visas

出入国者申告書 (E/D CARD)

上陸許可 ADMITTED 11. AUG 1978

Status: 4-1

Duration: DURING MISSION

NARITAS Immigration Inspector

DEPARTED 11. AUG 1978

NARITAS Immigration Inspector 日本国

Nr. 20709 G

Sichtvermerke / Visas / Visas

1978. 8. 8. X

北京 出境签证

第 28/318 号

签证人自 1978 年 8 月 6 日

至 1978 年 8 月 16 日

由 入境后前往 入境

在签证有效期自入境之日起

在中国每次停留 天

冯金文

1978 年 7 月 12 日

北京市公安局 登记

Nr. 20709 G

Sichtvermerke / Visas / Visas

IMMIGRATION BANGKOK A 55

- 6 APR 1979

ADMITTED HOLDER MUST LEAVE THE KINGDOM NOT LATER THAN 04 JUN 1979

SIGNED IMMIGRATION OFFICER

67848:02

IMMIGRATION DIVISION BANGKOK AIRPORT THAILAND

A 19

- 9 APR 1979

EMBARDED BY SIGNED

上陸許可 ADMITTED 10. APR 1979

Status: 4-1 B D

Duration: 10 APR 1979

NARITAS Immigration Inspector 日本国

DEPARTED 10. APR 1979

NARITAS Immigration Inspector 日本国

Nr. 20709 G

Sichtvermerke / Visas / Visas

Nr. 20709 G

7.1.16 Bericht über seine Frau und Mutter in der Zeitschrift „Jasmin“



Katharina Schmitt-Vockenhausen, die Mutter des Bundestags-Vizepräsidenten, merkte erst nach Jahren, daß sie ihren Sohn nicht „verloren“ hatte

Ich kaufte seine Hemden - bügeln durfte sie nur seine Mutter



Ich spürte es genau — bei aller Freundlichkeit war die alte Dame doch kühl und zurückhaltend“, so schildert Ruth Schmitt-Vockenhausen, die Frau des Bundestags-Vizepräsidenten, ihren ersten Eindruck von der Mutter ihres Zukünftigen.

„Man merkte, daß sie ihr Lieblingskind nicht so schnell verlieren wollte. ‚Mit der Hochzeit hat es ja noch Zeit‘, sagte sie, als wir später einmal auf Heiratspläne zu sprechen kamen. Aber dann gab sie sich eines Tages einen Ruck und meinte beiläufig: ‚Eigentlich könnten Sie jetzt meinem Sohn die Hemden kaufen.‘ Damit hatte sie einen großen Verzicht geleistet und mir einen Teil ihrer Verantwortung übertragen — obwohl wir noch nicht einmal verlobt waren.

Der schlimmste Tag für sie war unser Hochzeitstag, der 14. August 1951. ‚Von heute an kommt mein Sohn nicht mehr nach Hause‘, sagte sie ganz traurig.

Auch mein Mann hängt sehr an seiner Mutter. In den ersten

Jahren unserer Ehe fuhr er jede Woche nach Hause und blieb eine Nacht lang. Die Hemden, die ich gekauft hatte, wurden weiterhin von ihr gewaschen und gebügelt.

An den Tag, an dem wir uns wirklich näherkamen, erinnere ich mich noch ganz genau. Wir wollten abends ins Theater gehen und standen ausgehertigt in der Wohnung. Da sagte mein Mann zu seiner Mutter: ‚Du bist aber auch etwas runder geworden.‘ Sie wurde so böse, daß sie sich weigerte, mitzugehen.

Ich wollte sie nicht allein lassen, also blieb ich bei ihr — und das trug mir sogar noch einen saftigen Zornesausbruch meiner Schwiegermutter ein. Aber ich ließ sie einfach ausreden, bis ihre Wut verraucht war. Und plötzlich fing sie an, Geschichten aus der Kinderzeit meines Mannes zu erzählen. Ich erfuhr, wie er als Junge war — übrigens auch schon sehr tüchtig — und aus dem verpatzten Abend wurden sehr harmonische Stunden. Seither haben wir uns sehr lieb.“

Gedenktafel für Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen

Ehrung zum 80. Geburtstag

„HSV“, wie ihn seine Weggefährten kurz nennen, wurde bundesweit bekannt. Er stammte aus Vockenhausen, was nach den Regeln des Bundestages zur Ergänzung des Namens Schmitt führte, und lebte in Bad Soden. Am 31. Januar wäre der sozialdemokratische Politiker Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen 80 Jahre alt geworden.

Der SPD-Ortsverein Bad Soden, der zum 75. Geburtstag des mit 56 Jahren früh Verstorbenen eine Dr.-Hermann Schmitt-Vockenhausen-Eiche gepflanzt hatte, lud für den 31. Januar, den 80. Geburtstag von „HSV“, zur Anbringung einer Gedenktafel an der Eiche ein. Bei Schnee und winterlicher Kälte versammelten sich die Witwe des zu Ehrenden, Dr. Ruth Schmitt-Vockenhausen, SPD-Politiker und Weggefährten an der Gedächtnis-Eiche. Einige kurze Ansprachen nahmen auf das Wirken von Dr. Schmitt-Vockenhausen Bezug und schilderten ernste und heitere Begebenheiten aus seinem

Leben. Als „ein Mann des Volkes“ war der frühere Bad Sodener Stadtverordnete, Kreistagsvorsitzende, Bundestagsabgeordnete und Bundestagsvizepräsident allgemein anerkannt. Aktiv war er u. a. auch als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald.

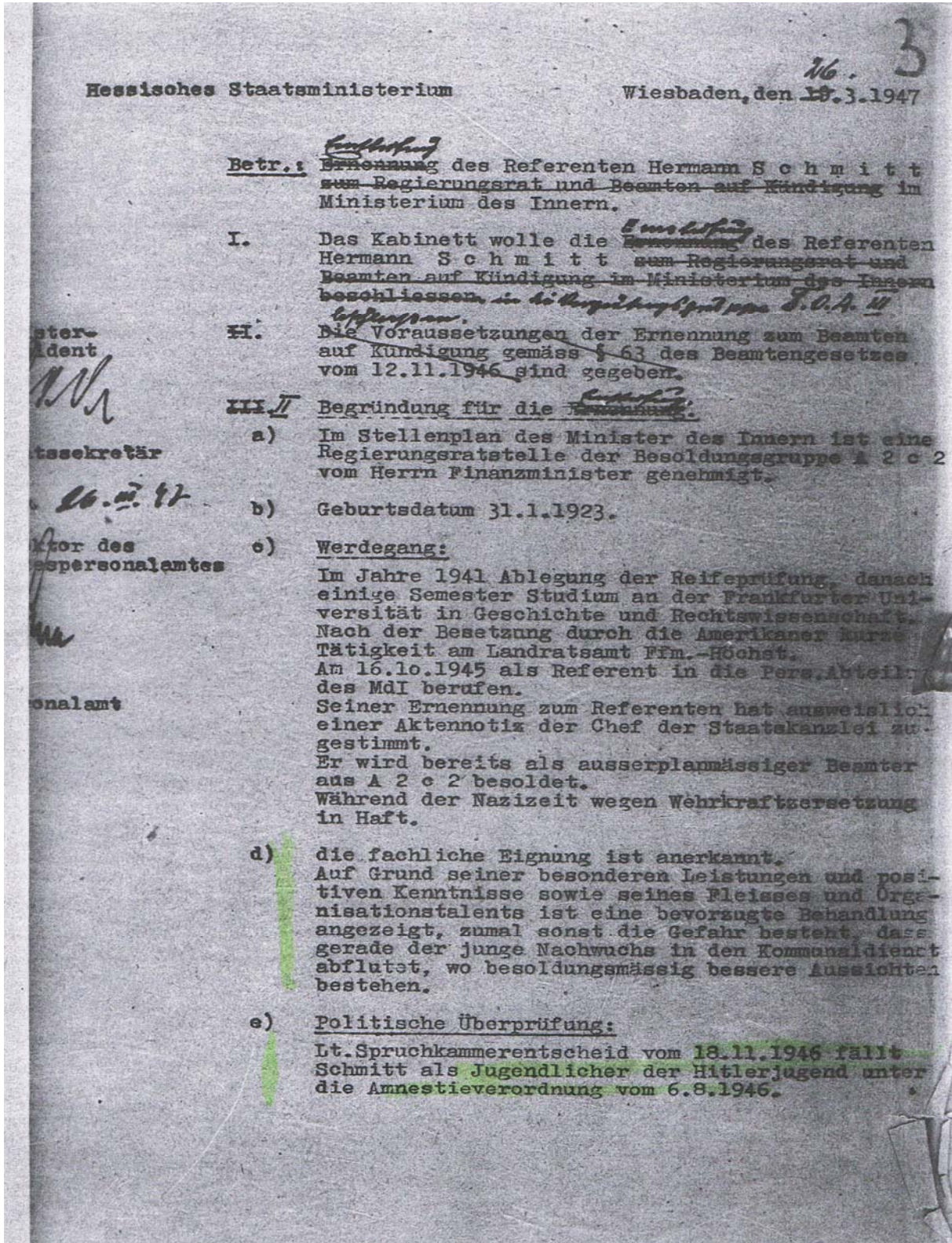
„Er war ein Vorbild“

Von den Rednern konnte man hören, wie standhaft, hilfsbereit und beliebt „HSV“ war. Formulierungen wie „Er tanzte auf allen Hochzeiten“ und „Er konnte zuhören und kümmerte sich um die Anliegen seiner Gesprächspartner“ oder „Er war mein Vorbild, auch wenn ich nicht seine körperliche Größe erreichte“ kamen von seinen politischen Weggefährten. Herbert Wehner hatte ihn anlässlich des Staatsbegräbnisses im Jahre 1979 „eine Säule des Parlaments“ genannt. Die Stadt Bad Soden verdankt ihm u. a., dass das Kreiskrankenhaus und die Eichwaldschule hier errichtet wurden.

mg

Bad Sodener Zeitung 06.02.2003

7.1.18 Hessisches Staatsministerium des Inneren, Personalakte Hermann Schmitt, Schreiben vom 26. März 1947.



7.1.19 Zeittafel Hermann Schmitt-Vockenhausen

31. Januar 1923	geboren in Vockenhausen
1941	Abitur am Goethe-Gymnasium in Frankfurt/Main
1942 – 1945	Wehrdienst
1945 – 1948	Referent im hessischen Innenministerium
1946	Eintritt in die SPD
1947 bis 1950	Jurastudium an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main
1948 bis 1952	Kreisausschuss Main-Taunus-Kreis
1950	Leitung des Max Gehlen-Verlags in Bad Homburg
04. Mai 1952 bis	
30. März 1977	Kreistagsabgeordneter im Main-Taunus-Kreis
20. Juni 1952 bis	
30. März 1977	Kreistagsvorsitzender
1953 bis 1969	Mitglied des Deutschen Bundestages
1960	Der Namenszusatz „Vockenhausen“ wurde offizieller Namensbestandteil
1961 bis 1969	Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages und des entsprechenden Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion
07. November 1963 bis	
21. April 1964	Vorsitzender des „Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der durch das Bundesamt für Verfassungsschutz über alliierte Dienststellen eingeleitete Verfahren zur Post-, Telefon- und Fernschreibüberwachung“ (sogenannte Telefonabhöreffäre)
20. September 1968	Erster Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Hessen
1969 bis 1979	Vizepräsident des Deutschen Bundestages
1969	Promotion zum Dr. jur. an der Freien Universität Berlin
1969 bis 1972	Vorsitzender des Arbeitskreises „Inneres, Bildung und Sport“ der SPD-Bundestagsfraktion
1969 bis 1972	Vorsitzender der Diätenkommission des Parlaments

1971	Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken
1972 bis 1979	Vorsitzender der Untersuchungskommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten
1972 bis 1979	Stadtverordneter in der Stadtverordnetenversammlung Bad Soden
11. Januar 1973	Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (siehe Anmerkung Nr. 9)
1975 bis 1976	Stellvertretender Vorsitzender des Sonderausschusses zur Vorbereitung und Erarbeitung eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 48 GG
1978 bis 1979	Vorsitzender der neu gegründeten „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Deutschland e.V. – BundesSGK –“
02. August 1979	in Koblenz verstorben
08. August 1979	Staatsbegräbnis in Bad Soden und Beisetzung im Familienkreis in Frankfurt/Main-Höchst

7.2. Die Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen-Stiftung

7.2.1 Stiftungsurkunde vom 28. Juni 1982



Diese Kopie wurde im 'Archiv
sozialen Demokratie' (FES)
hergestellt.
Weitergabe und Veröffentlichung
sind nur mit schriftlicher Geneh-
migung des o. e. Archivs gestattet.

STIFTUNGSRKUNDE

GEMÄSS § 80 DES BÜRGERLICHEN GESETZBUCHS
IN VERBINDUNG MIT § 3 ABS. 1 DES HESSISCHEN
STIFTUNGSGESETZES VOM 4. APRIL 1966 (GVBL. I
S. 77) IN DER FASSUNG VOM 1. 4. 1978 (GVBL. I
S. 109) GENEHMIGE ICH HIERMIT DIE MIT
STIFTUNGSGESCHÄFT VOM 28. Juni 1982
ERRICHTETE Stiftung "DR. HERMANN SCHMITT-VOCKENHAUSEN"
MIT DEM SITZ IN BAD SODEN

DARMSTADT, DEN 30. Juli 1982

DER REGIERUNGSPRÄSIDENT
IN DARMSTADT

(Dr. Wierscher)

7.2.2 Kurzinformation



Die Stiftung wurde benannt nach dem im Jahre 1979 verstorbenen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, der sich schon lange vor seinem Tod um das Schicksal der Indochina-Flüchtlinge in Hongkong kümmerte und sich intensiv dafür einsetzte, daß die großen Hafenstädte Südostasiens ihre Landverbote für Schiffe mit Flüchtlingen an Bord aufheben sollten.

Die Stiftung besteht seit 1982. Sie ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Stiftungszweck:

- Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens und der Integration, sofern nicht mit der Verfassung unvereinbare touristische Aktivitäten verfolgt werden.

Hierzu gehören:

- Aktivitäten aus dem Bereich der Bildung, der Medien und dem Dialog der Kulturen (Sprache, Bildung, Integration in die Bürgergesellschaft).
- Förderung von Wissenschaft und Forschung für den Migrationsbereich.
- Unterstützung von gemeinnützigen Institutionen, die im Migrationsbereich arbeiten.
- Grenzüberschreitende Aufgaben in internationalen Notlagen (akute Hilfe).

Stiftungsvorstand:

Der Vorstand besteht aus 7 Mitgliedern und verwaltet die Stiftung. Die Stiftung wird gerichtlich und außergerichtlich von der/dem Vorsitzenden bzw. ihrem/seinem Vertreter und einem Vorstandsmitglied vertreten.

Mitglieder:

Ruth Schmitt-Vockenhausen
(Stifterin und Vorsitzende)
Dr. Monika Schmitt-Vockenhausen
(Vertreterin)
ein Vertreter des
Deutschen Caritasverbandes e. V.
ein Vertreter des
Hessischen Sozialministeriums
ein Vertreter des
Magistrats der Stadt Bad Soden/Ts.
S.E. Weihbischof Gerhard Pieschl,
Limburg
Dr. Hanh Nghi Bui, Offenbach

Bewerbungen, sofern sie der Satzung entsprechen, sind möglich. Über die Vergabe von Stiftungsmitteln entscheidet der Vorstand. Ein Rechtsanspruch auf die Zuwendung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen-Stiftung
Oranienstraße 20
65812 Bad Soden / Ts.
Telefon: 0 61 96 / 2 31 29
Fax 0 61 96 / 90 27 80

DR. HERMANN
SCHMITT-
VOCKENHAUSEN-
STIFTUNG

Bankverbindung:
Konto 400 7891, Taunus Sparkasse, BLZ 512 500 00

**7.2.3 Organ und Zweck der Stiftung; hier auch besonders angeführt als
Zweck: Förderung künstlerischer Leistungen von Indochinaflüchtlingen**

Die Stiftung "Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen", die ausschliesslich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dient, wurde nunmehr mit dem Sitz in Bad Soden errichtet. Dies hat die Vorsitzende der Stiftung RUTH Schmitt-Vockenhausen mitgeteilt.

Organ der Stiftung ist ein aus 5 Personen bestehender Vorstand, dem ausser der Stifterin je ein Vertreter des Caritasverbandes Limburg, des Magistrats der Stadt Bad Soden, des Hessischen Kultusministers und des Hessischen Sozialministers angehören.

Zweck der Stiftung ist es, zum Verständnis fremder Kultur beizutragen und künstlerische Leistungen von Indochina-Flüchtlingen zu fördern. Aus den Erträgen des Stiftungskapitals, das durch Zustiftungen erhöht werden kann, sollen künstlerische Leistungen von Indochina-Flüchtlingen durch die Vergabe von Geldpreisen an förderungswürdige Künstler honoriert werden. Die Auswahl der zu fördernden Leistungen wird während einer besonderen Ausstellung stattfinden, zu der der angesprochene Personenkreis alljährlich durch Ausschreibung aufgefordert wird.

7.2.4.1 Pressebericht über Preisvergabe 1983 – Flüchtlingsdasein in der neuen Heimat



Eine der Teilnehmerinnen, die 18jährige Gymnasialschülerin Duong Quan (links) hatte in ihrem Aquarell „Zukunftsangst“ zum Ausdruck gebracht. Neben ihr Ruth Schmitt-Vockenhausen.

Kunstförderpreis erstmals vergeben Festakt im Kurhaus – Dr. Hermann-Schmitt-Vockenhausen-Stiftung

Bad Soden (ra). — Mit einem Festakt im Kurhaus, den die Pianistin Traute Dechant-Murtfeld musikalisch würdevoll umrahmte (sie spielte die spannungsgeladenen „Variations Sérieuses“ von Mendelssohn-Bartholdy), wurde der Kunstförderpreis der Dr.-Hermann-Schmitt-Vockenhausen-Stiftung erstmals vergeben.

Auf die Ausschreibung hin (über die wir bereits berichteten) haben sich insgesamt 39 Künstler sämtlicher Altersstufen angemeldet, wovon schließlich 23 ihre 37 Bilder zum Thema „Flüchtlingsdasein in der neuen Heimat“ fristgerecht eingereicht haben. Teilnahmeberechtigt waren alle seit 1975 in der Bundesrepublik lebenden Indochina-Flüchtlinge.

Während des Wettbewerbs im Kontakt mit den Künstlern, aber auch in den Inhalten der eingereichten Kunstwerke habe sich immer wieder gezeigt, daß es den Teilnehmern vor allem um Anerkennung ihrer eigenen kulturellen Herkunft und ethnischen Identität ging und nicht so sehr um den künstlerischen Wettbewerb, betonte die Vorsitzende der Stiftung, Ruth Schmitt-Vockenhausen. In fast allen Bildern wurden die Konflikte thematisiert, die durch das Aufeinandertreffen zweier so unterschiedlicher Kulturkreise entstehen und von den Emigranten am eige-

Leibe erfahren werden. Unter Hinweis auf unsere eigene Vergangenheit als Flüchtlings-Nation bezeichnete Frau Schmitt-Vockenhausen in ihrer Begrüßungsrede die Anwesenheit von Ausländern in unserem Land auch als Chance für eine kulturelle Bereicherung und nicht als eine „Gefahr der Überfremdung“.

„Insbesondere wer sich mit der Kunst eines anderen auseinandersetzt, zeigt oder versucht zu zeigen, daß er Verständnis für den anderen aufbringt oder aufbringen möchte“, sagte sie.

Der Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik und gleichzeitig Schirmherr der Stiftung C. Brink-Petersen strich in seiner Ansprache heraus, daß „wer Flüchtlinge aufnimmt“ auch für deren Eingliederung verantwortlich sei. Und Dr. Hanh Nghi Bui — ein für seine Landsleute sehr engagierter, seit Jahren in Frankfurt lebender

Vietnamese — erklärte, daß der langwierige Prozeß der Integration nicht damit beendet sei, daß sich die Flüchtlinge auf deutsch verständigen können und Wohnung und Arbeit haben. Dies

BAD SODEN

seien zwar wichtige Voraussetzungen, aber der Vertriebene müsse vielmehr eine neue geistige Heimat finden, ohne seine eigene kulturelle Identität aufzugeben.

Wirklich integriert sei nur, wer „so wie er ist“ (in seiner kulturellen und ethnischen Eigenheit), auch akzeptiert und aufgenommen wird.

Und hierin liege der besondere Wert der Stiftung, daß sie den Flüchtlingen nämlich Gelegenheit bietet, sich in ihrer künstlerischen Eigenart darzustellen.

Besonders deutlich wird dies an den eingereichten Bildern des 14jährigen Schülers Han Khanh Toan aus Lübeck, der mit seinem Bild „Sorge“ eindrucksvoll in einer klaren geometrischen Gliederung und Komposition von Licht und Schatten seine problembeladene Situation darstellt. Gleichzeitig reichte er ein Werk mit dem Titel „Freiheit“ im verspielt romantischen Stil chinesischer Tradition ein.

Die Thematik der Bilder hatte die Erwartungen der Jury weit übertroffen, so daß der in drei Stufen gegliederte

Preis jeweils geteilt wurde. Zu den sechs Preisträgern gehören: der 36jährige Maler Pham Van Duong aus Schwalbach im Saargebiet, der 26 Jahre alte Pädagogikstudent Nguyen Hoang Nam aus Wolfhagen, die 17jährige Schülerin Duong Quan aus Frankfurt, eine in Saigon geborene Studentin der Kunsterziehung, Cam Phuong Nguyen-Hua aus Mainz und — neben dem bereits erwähnten Schüler aus Lübeck — der 14jährige To Xuan Canh aus Rheine/Westfalen.

Mit der Preisverleihung am Samstag wurde eine Ausstellung der Kunstwerke im Kurhaus eröffnet, wo sie zunächst noch zu besichtigen sind.



„Vater und Sohn“ heißt dieses Ölbild mit dem Untertitel „Neues Leben“ von Preisträger Pham Van Duong (35).

Fotos: Christian

7.2.4.2 Lebensläufe der Preisträger

Lebensläufe der Preisträger der Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen-Stiftung für die Preisvergabe 1983 - Flüchtlingsdasein in der neuen Heimat

Pham Van Duong, Caritas Heim Am Neyschacht, 6635 Schwalbach / Saarg.
geb. 18.11.47, Maler in Vietnam, z.Zt. arbeitslos,
1954 Flucht von Nordvietnam nach Südvietnam, Besuch der Malschule
in Vietnam; Abitur, Familie verloren, lebt mit 8-jährigem Sohn
z.Zt. im Caritasheim in Schwalbach-Saargeb., versch. Ausstellungen,
seit dem 2.6.82 in der Bundesrepublik

Nguyen Hoang Nam, Kurfürstenstr. 1, 3549 Wolfhagen,
26 Jahre; Student für Pädagogik in Vietnam - wiederholt z.Zt.
Abitur in der Bundesrepublik; seit dem 24.1.79 in der Bundesrepublik,
versch. Ausstellungen in Denklingen, Wolfhagen, Arolsen (Einzelaus-
stellungen), mit mehreren Künstlern in Bonn

NGUYEN - HUA, Cam Phuong, In der Meilache 13, 6500 Mainz,
geb. 1953 in Saigon, kam im Rahmen der Familienzusammenführung 1978
in die Bundesrepublik; z.Zt. Studentin Fachrichtung Kunsterziehung
an der Universität Mainz, verheiratet, 1 Kind,
verschiedene Ausstellungen: Doc-Lap-Zentrum, Stuttgart, Mainz und
Wiesbaden.

DUONG QUAN, Hammarskjöldring 61, 6000 Frankfurt 50, Schülerin,
geb. 19.7.65, 1978 Flucht aus Vietnam, 1970-77 Dong Duc Gymnasium,
Vietnam, 1980 - 81 Humperdinck-Schule, seit 1981 Ernst-Reuter-
Schule I, Frankfurt, z.Zt. 11. Klasse; lebt mit ihrer Familie
zusammen.

TO XUAN CANH, Forkenbeck-Str. 6, 4440 Rheine-Westf.,
14 Jahre, Schüler, kam im Juli 1980 in die Bundesrepublik,
und zwar aus Vietnam, wird von seiner Kunstlehrerin Frau Fortova,
Josef-Winckler-Schule, Rheine, gefördert. Schulausstellungen.

Kan Khanh Toan, Stavenstr. 33 - 7, 2400 Lübeck, Schüler,
geb. 20.11.69 in Vietnam; 1973-78 1-4 Klasse, 1978-1979 in
Malaysia, 1979 - 83 5.-7.Klasse

7.2.4.3 Liste der ausgestellten Bilder

Ausstellung

der Dr. Hermann Schmitt - Vockenhausen - Stiftung

1	To Xuan Canh (14 J.)	Der Ausflug (Aquarell)
2	Tek Suor Taing (36 J.)	Einst und Jetzt (Oel)
3	Tek Suor Taing (36 J.)	Sanssouci (Aquarell)
4	Luc Tu Lam (26 J.)	Der Mensch im Lande des Tigers (Aqu.)
5	Luc Tu Lam (26 J.)	Helden aus der Antike (Aquarell)
6	Thuy Lien Nguyen (37 J.)	Vietn.Mädchen b.Handarbeiten (Aqu/Seide)
7	Thuy Lien Nguyen (37 J.)	Abend im Park (Aquarell a.Seide)
8	Inarith Mam (18 J.)	"Ich wünsche Frieden für Kambodscha" (Aquarell)
9	Inarith Mam (18 J.)	Einsamkeit eines Flüchtlings (Aqu.)
10	Cam Phuong Nguyen-Hua (30 J.)	Integrationsversuche (Oel)
11	Cam Phuong Nguyen-Hua (30 J.)	Trost bringende Freude (Oel)
12	Pham tuyêt Loan (29 J.)	Der Brückenschlag (Oel)
13	Pham tuyêt Loan (29 J.)	Ein Tag wie der andere (Oel)
14	Nguyen Hoang Nam (26 J.)	Diese Landschaft ist noch fremd (Oel)
15	Nguyen Hoang Nam (26 J.)	Integration (Oel)
16	Thy Bo (14 J.)	Die Jahreszeiten (Aquarell)
17	Thy Bo (14 J.)	Winterfreuden (Aquarell)
18	Pham Van Duong (35 J.)	Vater und Sohn - Neue Aufgabe - Neues Leben (Oel)
19	Lam Thanh Thuy (40 J.) (Ngyuen Thuy)	Die Freundschaft (Oel)
20	Lam Thanh Thuy (40 J.)	Die Traurigkeit meilenweit entfernt (Oel)
21	Nguyen thi Hop (39 J.)	Vietn.Mädchen u.Schulfreundin (Aquarell a.Seide)
22	Phonpraseuth Sikhounmonang (19 J.)	Einleben in die neue Heimat-JA Aufgeben der alten Tradition -NEIN
23	Han Khanh Toan (13 J.)	Sorge (Aquarell)
24	Han Khanh Toan (13 J.)	Freiheit (Aquarell)
25	Bo Sem Lees (15 J.)	Blick v.Insel Helgoland (Aquarell)
26	Bo Sem Lees (15 J.)	Mein erster Winterurlaub (Aquarell)
27	Duong Quan (18 J.)	Zukunftsangst (Aquarell)
28	Ta Kien Hoa (16 J.)	Problem (Tusche)
29	Ty Hy (11 J.)	Wallfahrtskirche Ellwangen (Aquarell)
30	Born Noeu (17 J.)	Weihnachten (Aquarell)
31	Truong Si Bang (43 J.)	Heimweh (Oel)
32	Truong Si Bang (43 J.)	Gedanken (Oel)

- | | | |
|----|-------------------------|---|
| 33 | Truong Bich Nhi (22 J.) | Kontakt (Aquarell) |
| 34 | Truong Bich Nhi (22 J.) | Eingeschlossene (Aquarell) |
| 35 | Tan Le Nguyen (29 J.) | Natur (Wald) (Aquarell) |
| 36 | Tan Le Nguyen (29 J.) | Zwei vietn.Kinder in Deutschland
(Aquarell) |
| 37 | Pham van Nam (28 J.) | Flüchtlingsleben in der zweiten
Heimat - mit Vergangenheit und
Gegenwart (Aquarell) |



7.2.5 Einladung zur Preisverleihung am 02. Oktober 2004

EINLADUNG

ZUR TEILNAHME AN DER FEIER MIT ANSCHLIESSENDEM EMPFANG
ANLÄSSLICH DER PREISVERLEIHUNG 2004
DURCH DIE
DR.HERMANN SCHMITT-VOCKENHAUSEN-STIFTUNG

an drei Institutionen für integrationsfördernde
Projekte im Flüchtlings- und Ausländerbereich

am Samstag, den 02. Oktober 2004, 12.45 Uhr
Im Ramada-Treff-Hotel
65812 Bad Soden

DER VORSTAND
DER DR.HERMANN SCHMITT-VOCKENHAUSEN-STIFTUNG

Ruth Schmitt-Vockenhausen
Vorsitzende

PROJEKTE:

Deutschförderung für
Flüchtlingskinder

Trauma Netzwerk
- Beteiligung am Projekt
des EFFF -

Erstellung eines „Lesespiel-Hefts“
zur Unterstützung der Förderung
der Deutschkenntnisse bei Kinder-
gartenkindern und ihren Müttern

PREISTRÄGER:

Clearingstelle Nordbayern
Nürnberg

Malteser Werke GmbH
- Migration
Köln

Stiftung Lesen
Mainz

HINWEISE

1. Bitte schicken Sie die Antwortkarte mit Ihrer Zu- oder Absage bis spätestens 25. September 2004 zurück.
2. Das Ramada-Treff-Hotel in 65812 Bad Soden befindet sich an der Königsteiner Straße am Ende des Kurparks. Bad Soden ist vom Hauptbahnhof Frankfurt am Main mit der S-Bahn 3 zu erreichen (Endstation). Mit dem PKW über die A66 Frankfurt - Wiesbaden, Abfahrt Bad Soden-Königstein. Nach ca. 3 km Bad Soden.
3. Rückfragen bitte an Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen-Stiftung, Oranienstraße 20, 65812 Bad Soden, Telefon 0 61 96 - 2 31 29 und Fax 0 61 96 - 90 27 80

7.2.6 Programm der Preisverleihung am 02. Oktober 2004

P R O G R A M M

zur Preisverleihung am 02.10.2004

Giovanni Paisiello
(1740 - 1816)
Ouverture

Harfe

BEGRÜSSUNG

durch die Vorsitzende der Stiftung
Ruth Schmitt-Vockenhausen

PREISVERLEIHUNG

durch die Vorstandsmitglieder
Stadtrat Dipl.Kfm. Joachim Harseim, Ltd.Min.R.Dirk Hummel,
Caritasdirektor Wolfgang Hener

an:

Clearingstelle Nordbayern
-Rummelsberger -
Nürnberg

Stiftung Lesen
Mainz

Malteser Werke gGmbH
-Migration -
Köln

Giovanni Paisiello
(1740 - 1816)
Entr'acte

Harfe

ANTWORT DER PREISTRÄGER
-Vorstellung der Projekte-

HENRIETTE Renie
(1875 - 1956)
Danse des Lutins

Harfe

SCHLUSSWORT

Min.Rätin Dr.Monika Schmitt-Vockenhausen

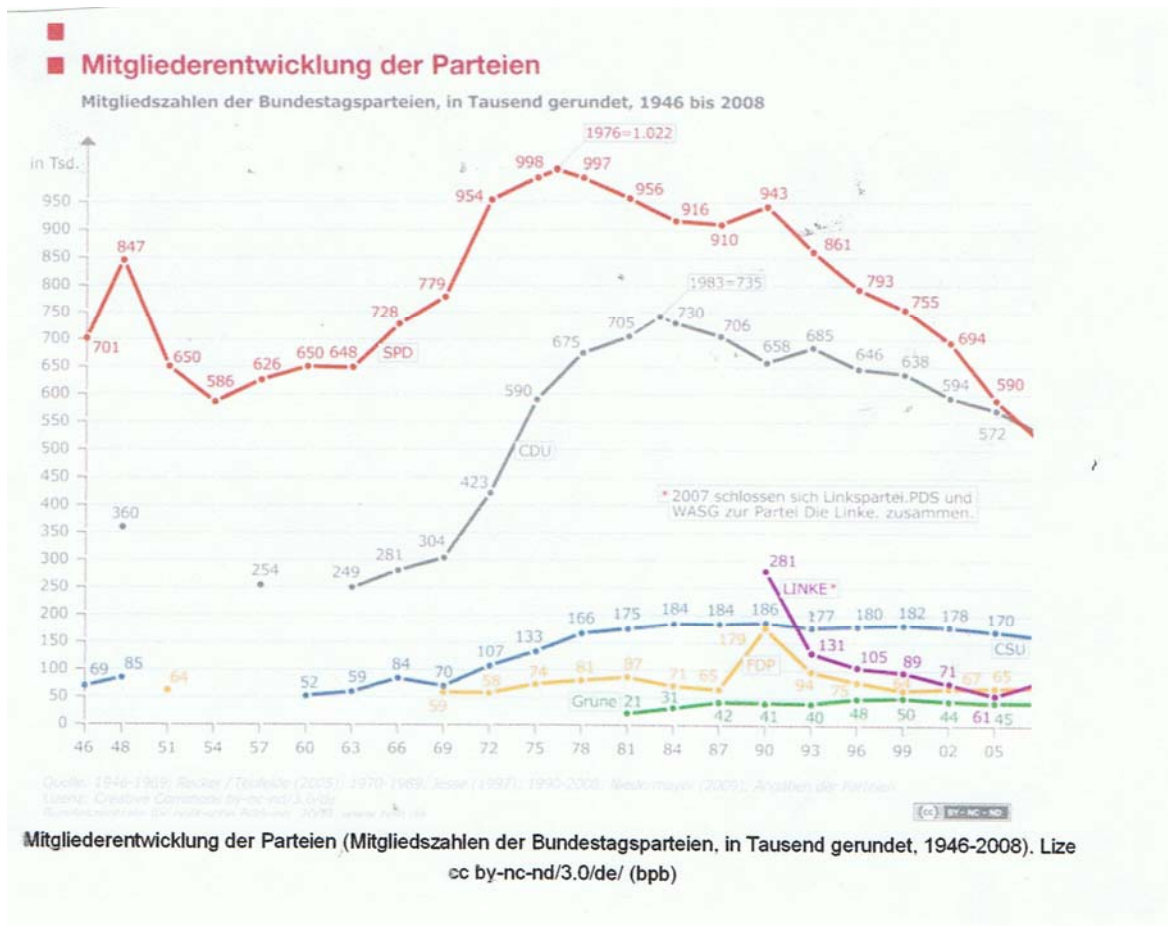
Ausführende:

Harfe: Dorothee Neu, Würzburg

7.3. Mitgliederentwicklung der SPD

7.3.1 Mitgliederentwicklung der Parteien

Bis in die 1980er Jahre hinein nahm die Zahl der Parteimitglieder ständig zu. Seitdem gehen die Mitgliederzahlen fast aller Parteien zurück.



7.3.2 Mitgliederentwicklung der SPD 1906 bis 2011

Herausgeber SPD-Parteivorstand, Referat Mitgliederwerbung und -entwicklung

Mitgliederentwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahr	Männer	Frauen	Frauenquote	Gesamt
(31.12.)			in Prozent	
1906				384.327
1907	520.466	10.000	1,89%	530.466
1908	557.878	29.458	5,02%	587.336
1909	571.050	62.259	9,83%	633.309
1910	637.396	82.642	11,48%	720.038
1911	728.869	107.693	12,87%	836.562
1912	839.741	130.371	13,44%	970.112
1913	841.735	141.115	14,36%	982.850
1914	911.151	174.754	16,09%	1.085.905
1919	805.945	206.354	20,38%	1.012.299
1920	973.201	207.007	17,54%	1.180.208
1921	1.028.601	192.458	15,76%	1.221.059
1922	951.421	175.713	15,59%	1.127.134
1923	1.131.072	130.000	10,31%	1.261.072
1924	707.808	152.596	17,74%	860.404
1925	654.457	151.811	18,83%	806.268
1926	658.028	165.492	20,10%	823.520
1927	685.130	181.541	20,95%	866.671
1928	738.650	198.731	21,20%	937.381
1929	803.442	218.335	21,37%	1.021.777
1930	809.106	228.278	22,01%	1.037.384
1931	778.622	230.331	22,83%	1.008.953
Juni 1932				984.117
September 1932				871.499
1946	602.233	109.215	15,35%	711.448
1947	714.292	161.187	18,41%	875.479
1948	685.174	159.479	18,88%	844.653
1949	594.924	138.369	18,79%	736.218
1950				683.896
1951	528.144	121.385	18,69%	649.529
1952				627.817
1953	492.108	115.348	18,99%	607.456
1954				585.479
1955	474.222	114.829	19,49%	589.051
1956				612.219
1957	505.897	120.292	19,21%	626.189
1958	503.708	120.108	19,25%	623.816
1959	512.586	121.668	19,18%	634.254
1960	526.636	122.942	18,93%	649.578
1961	524.414	120.366	18,67%	644.780
1962	526.606	119.978	18,56%	646.584

Mitgliederentwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahr (31.12.)	Männer	Frauen	Frauenquote	Gesamt
			in Prozent	
1963	530.171	118.244	18,24%	648.415
1964	557.983	120.501	17,76%	678.484
1965	586.883	123.565	17,39%	710.448
1966	602.308	125.582	17,25%	727.890
1967	606.026	126.978	17,32%	733.004
1968	605.064	127.382	17,39%	732.446
1969	643.945	134.963	17,33%	778.945
1970	677.186	143.016	17,44%	820.202
1971	696.528	150.928	17,81%	847.456
1972	775.882	178.512	18,70%	954.394
1973	788.522	185.079	19,01%	973.601
1974	795.136	195.546	19,74%	990.682
1975	796.245	202.226	20,25%	998.471
1976	806.921	215.270	21,05%	1.022.191
1977	788.435	217.881	21,65%	1.006.316
1978	775.672	221.772	22,23%	997.444
1979	759.397	222.408	22,65%	981.805
1980	759.113	227.759	23,08%	986.872
1981	732.845	223.645	23,38%	956.490
1982	704.150	221.920	23,96%	926.070
1983	698.976	226.654	24,49%	925.630
1984	688.967	227.518	24,83%	916.485
1985	685.025	231.361	25,25%	916.386
1986	679.146	233.708	25,60%	912.854
1987	673.973	236.090	25,94%	910.063
1988	671.591	240.325	26,35%	911.916
1989	673.426	248.004	26,92%	921.430
1990	668.223	250.906	27,30%	919.129
1991	668.312	251.559	27,35%	919.871
1992	641.359	244.599	27,61%	885.958
1993	621.427	240.053	27,87%	861.480
1994	611.182	238.192	28,04%	849.374
1995	586.698	230.952	28,25%	817.650
1996	567.151	225.622	28,46%	792.773
1997	553.606	222.577	28,68%	776.183
1998	550.823	224.213	28,93%	775.036
1999	535.063	220.003	29,14%	755.066
2000	519.034	215.633	29,35%	734.667
2001	505.650	211.863	29,53%	717.513
2002	487.944	205.950	29,68%	693.894
2003	455.952	194.846	29,94%	650.798
2004	422.884	182.923	30,19%	605.807
2005	410.955	179.530	30,40%	590.485
2006	389.091	172.114	30,67%	561.205
2007	379.148	166.713	30,88%	539.861
2008	359.049	161.920	31,08%	520.969
2009	352.626	159.894	31,20%	512.520
2010	345.114	156.948	31,26%	502.062
2011	336.206	153.432	31,34%	489.638

7.3.3 Mitgliederentwicklung verschiedener Altersgruppen der SPD (in %) seit 1974 und Mitgliederbestand nach Beschäftigung 1990 bis 2012

Mitgliederanteile verschiedener Altersgruppen (in %) seit 1974

Jahr	bis 34 gesamt	35 bis 60	über 60 gesamt
1974	30,9	46,5	22,6
1975	30,3	47,5	22,2
1976	30,3	48,4	21,3
1977	29,2	50	20,8
1978	28,2	51,6	20,2
1979	27,3	53,1	19,6
1980	26,5	53,9	19,6
1981	25,3	54,1	20,6
1982	24,1	54,5	21,4
1983	23,5	54,7	21,8
1984	22,3	55,6	22,1
1985	21,4	56,5	22,1
1986	20,4	57	22,6
1987	19,6	57,2	23,2
1988	18,83	57,47	23,7
1989	18,62	57,28	24,1
1990	18,11	57,29	24,6
1991	17,59	57,21	25,2
1992	16,55	55,84	27,61
1993	15,72	58,25	26,03
1994	15,09	58,52	26,39
1995	14,21	58,43	27,36
1996	13,48	58,2	28,32
1997	12,8	57,76	29,44
1998	11,3	55,9	32,8
1999	9,53	53,93	36,54
2000	8,99	52,97	38,04
2001	8,53	52,31	39,16
2002	8,41	51,17	40,42
2003	7,99	49,78	42,23
2004	8,03	49,23	42,74
2005	8,78	47,58	43,64
2006	8,89	46,06	45,05
2007	9,02	44,29	46,69
2008	9,4	42,4	48,1
2009	10,2	40,6	49,2
2010	10,39	39,22	50,39
2011	10,52	37,79	51,69
2012	10,54	36,54	52,92

Mitgliederbestand nach Beschäftigung 1990-2012

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2.012
Gesamt	919.129	919.871	885.958	861.480	849.374	817.650	792.773	776.183	775.036	755.066	734.667	717.513	693.894	650.798	605.807	590.485	561.239	539.861	520.970	512.520	502.062	489.638	477.037
Arbeiter	239.449	233.389	221.286	210.096	203.783	190.977	180.854	168.769	164.562	159.091	158.000	141.343	133.754	120.913	105.226	98.315	67.841	63.731	60.096	57.992	55.890	53.529	50.920
in %	26,05%	25,37%	24,98%	24,39%	23,99%	23,36%	22,81%	21,74%	21,23%	21,07%	21,51%	19,70%	19,28%	18,58%	17,37%	16,65%	12,09%	11,81%	11,54%	11,32%	11,13%	10,93%	10,67%
Angestellte	245.009	247.784	243.200	238.447	236.792	227.889	222.067	213.710	212.079	208.561	207.506	198.470	193.133	180.897	165.030	160.277	133.845	130.254	126.911	126.170	125.257	123.811	121.250
in %	26,66%	26,94%	27,45%	27,68%	27,88%	27,87%	28,01%	27,53%	27,36%	27,62%	28,24%	27,66%	27,83%	27,80%	27,24%	27,14%	23,85%	24,13%	24,36%	24,62%	24,95%	25,29%	25,42%
Selbständige	37.716	37.763	37.426	36.913	36.774	35.812	35.049	36.098	36.277	35.859	35.609	34.349	33.226	30.935	29.420	28.844	27.647	27.025	26.320	26.126	25.896	25.356	24.799
in %	4,10%	4,11%	4,22%	4,28%	4,33%	4,38%	4,42%	4,65%	4,68%	4,75%	4,85%	4,79%	4,79%	4,75%	4,86%	4,88%	4,93%	5,01%	5,05%	5,10%	5,16%	5,18%	5,20%

der überdurchschnittliche Rückgang bei Angestellten und Arbeitern im Jahr 2006 ergab sich durch eine einmalige automatisierte Statusänderung bei über 65-jährigen in den Status Rentner.

7.3.4 Mitgliederstand, Altersstruktur, Beschäftigungsverhältnis 1975 bis 1980

Mitgliederstand per 31. Dezember 1975

Gesamt: 998.471 (Anteil weibliche Mitglieder = 20,25%)

Nach Altersstruktur

bis 21 Jahre	39.213	=	3,92%
22 - 25 Jahre	61.749	=	6,18%
26 - 30 Jahre	91.573	=	9,17%
31 - 35 Jahre	110.005	=	11,01%
36 - 40 Jahre	116.466	=	11,66%
41 - 50 Jahre	204.419	=	20,47%
51 - 60 Jahre	153.733	=	15,39%
61 - 70 Jahre	124.659	=	12,48%
71 und älter	46.458	=	4,65%
ohne Angaben	50.196	=	5,02%
	<hr/>		
	998.471		100,00%
	=====		=====

Nach Beschäftigungsverhältnis:

Arbeiter/Facharbeiter	275.981	=	27,64%
Angestellte	236.548	=	23,69%
Beamte	95.187	=	9,53%
Berufssoldaten	5.078	=	0,50%
Hausfrauen	98.351	=	9,85%
Landwirte	2.409	=	0,24%
Lehrlinge	13.365	=	1,33%
Rentner/Pensionäre	112.401	=	11,25%
Schüler/Studenten	66.336	=	6,64%
Selbständige	46.708	=	4,67%
ohne Angaben	46.107	=	4,61%
	<hr/>		
	998.471		100,00%
	=====		=====

Mitgliederstand per 31. Dezember 1976

Gesamt: 1.022.191

(Anteil weibliche Mitglieder = 21,05%)

Nach Altersstruktur

bis 21 Jahre	39.800	=	3,89%
22 - 25 Jahre	63.011	=	6,16%
26 - 30 Jahre	101.261	=	9,90%
31 - 35 Jahre	105.871	=	10,35%
36 - 40 Jahre	122.422	=	11,97%
41 - 50 Jahre	211.157	=	20,65%
51 - 60 Jahre	160.987	=	15,74%
61 - 70 Jahre	121.653	=	11,90%
71 und älter	53.149	=	5,19%
ohne Angaben	42.880	=	4,19%
	<hr/>		
	1.022.191	=	100,00%
	=====		=====

Nach Beschäftigungsverhältnis:

Arbeiter/Facharbeiter	284.174	=	27,80%
Angestellte	244.447	=	23,91%
Beamte	97.564	=	9,54%
Berufssoldaten	5.510	=	0,53%
Hausfrauen	104.961	=	10,26%
Landwirte	2.377	=	0,23%
Lehrlinge	15.415	=	1,50%
Rentner/Pensionäre	106.343	=	10,40%
Schüler/Studenten	72.881	=	7,12%
Selbständige	46.167	=	4,51%
ohne Angaben	42.352	=	4,14%
	<hr/>		
	1.022.191	=	100,00%
	=====		=====

Mitgliederstand per 31. Dezember 1977

Gesamt: 1.006.316 (Anteil weibliche Mitglieder = 21,65%)

Nach Altersstruktur

bis 21 Jahre	34.095	=	3,39%
22 - 25 Jahre	57.895	=	5,75%
26 - 30 Jahre	99.983	=	9,94%
31 - 35 Jahre	101.720	=	10,11%
36 - 40 Jahre	123.622	=	12,28%
41 - 50 Jahre	212.455	=	21,11%
51 - 60 Jahre	168.125	=	16,71%
61 - 70 Jahre	114.601	=	11,39%
71 und älter	59.036	=	5,87%
ohne Angaben	34.784	=	3,46%
	<hr/>		
	1.006.316	=	100,00%
	=====		=====

Nach Beschäftigungsverhältnis:

Arbeiter/Facharbeiter	280.545	=	27,88%
Angestellte	243.364	=	24,28%
Beamte	97.801	=	9,72%
Berufssoldaten	5.606	=	0,56%
Hausfrauen	107.321	=	10,66%
Landwirte	2.322	=	0,23%
Lehrlinge	15.674	=	1,56%
Rentner/Pensionäre	99.963	=	9,93%
Schüler/Studenten	71.097	=	7,07%
Selbständige	45.288	=	4,50%
ohne Angaben	37.335	=	3,71%
	<hr/>		
	1.006.316	=	100,00%
	=====		=====

Mitgliederstand per 31. Dezember 1978

Gesamt: 997.444

(Anteil weibliche Mitglieder = 22.23%)

Nach Altersstruktur

bis 21 Jahre	29.059	=	2,91%
22 - 25 Jahre	52.162	=	5,23%
26 - 30 Jahre	97.213	=	9,75%
31 - 35 Jahre	103.182	=	10,34%
36 - 40 Jahre	122.066	=	12,24%
41 - 50 Jahre	214.688	=	21,52%
51 - 60 Jahre	177.561	=	17,80%
61 - 70 Jahre	108.038	=	10,83%
71 und älter	64.809	=	6,50%
ohne Angaben	28.666	=	2,87%
	<hr/>		
	997.444		100,00%
	=====		=====

Nach Beschäftigungsverhältnis:

Arbeiter/Facharbeiter	279.356	=	28,01%
Angestellte	243.210	=	24,38%
Beamte	98.166	=	9,84%
Berufssoldaten	5.675	=	0,57%
Hausfrauen	110.620	=	11,09%
Landwirte	2.278	=	0,23%
Lehrlinge	15.601	=	1,56%
Rentner/Pensionäre	95.354	=	9,56%
Schüler/Studenten	69.028	=	6,92%
Selbständige	44.858	=	4,50%
ohne Angaben	33.298	=	3,34%
	<hr/>		
	997.444		100,00%
	=====		=====

Mitgliederstand per 31. Dezember 1979

Gesamt: 981.805

(Anteil weibliche Mitglieder = 22.65%)

Nach Altersstruktur

bis 21 Jahre	25.795	=	2,63%
22 - 25 Jahre	47.294	=	4,82%
26 - 30 Jahre	91.840	=	9,35%
31 - 35 Jahre	103.082	=	10,50%
36 - 40 Jahre	120.876	=	12,31%
41 - 50 Jahre	215.252	=	21,92%
51 - 60 Jahre	185.402	=	18,88%
61 - 70 Jahre	101.170	=	10,30%
71 und älter	88.313	=	8,99%
ohne Angaben	2.781	=	0,28%
	<hr/>		
	981.805	=	100,00%
	=====		=====

Nach Beschäftigungsverhältnis:

Arbeiter/Facharbeiter	275.007	=	28,01%
Angestellte	242.108	=	24,66%
Beamte	98.368	=	10,02%
Berufssoldaten	5.721	=	0,58%
Hausfrauen	111.280	=	11,33%
Landwirte	2.203	=	0,22%
Lehrlinge	15.649	=	1,59%
Rentner/Pensionäre	90.217	=	9,19%
Schüler/Studenten	67.148	=	6,84%
Selbständige	43.121	=	4,39%
ohne Angaben	30.983	=	3,16%
	<hr/>		
	981.805	=	100,00%
	=====		=====

Mitgliederstand per 31. Dezember 1980

Gesamt: 986.872 (Anteil weibliche Mitglieder= 23,08%)

Nach Altersstruktur

bis 21 Jahre	24.816	=	2,51%
22 - 25 Jahre	43.893	=	4,45%
26 - 30 Jahre	87.797	=	8,90%
31 - 35 Jahre	104.626	=	10,60%
36 - 40 Jahre	120.259	=	12,19%
41 - 50 Jahre	221.427	=	22,44%
51 - 60 Jahre	190.443	=	19,30%
61 - 70 Jahre	101.954	=	10,33%
71 und älter	89.423	=	9,06%
ohne Angaben	2.234	=	0,23%
	<hr/>		<hr/>
	986.872	=	100,00%
	=====		=====

Nach Beschäftigungsverhältnis

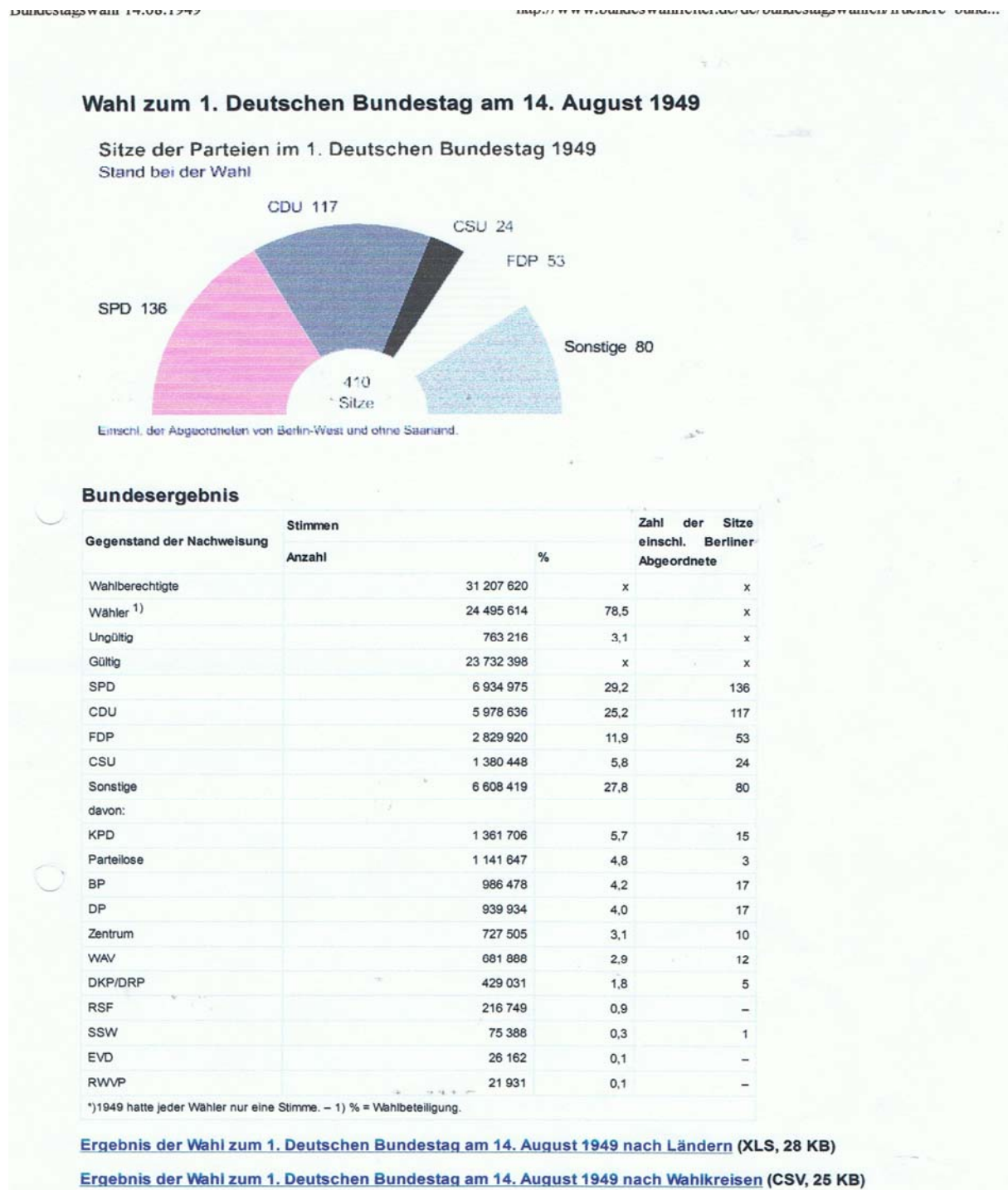
Arbeiter/Facharbeiter	277.113	=	28,08%
Angestellte	245.657	=	24,89%
Beamte	99.630	=	10,10%
Berufssoldaten	5.895	=	0,60%
Hausfrauen	113.728	=	11,52%
Landwirte	2.150	=	0,22%
Lehrlinge	16.372	=	1,66%
Rentner/Pensionäre	86.587	=	8,77%
Schüler/Studenten	66.759	=	6,76%
Selbständige	43.577	=	4,42%
ohne Angaben	29.404	=	2,98%
	<hr/>		<hr/>
	986.872	=	100,00%
	=====		=====

7.4. Wahlen zum Deutschen Bundestag 1949 – 1980

7.4.1 Bundesergebnisse

Quelle: Internetseite www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen, eingesehen am 19.

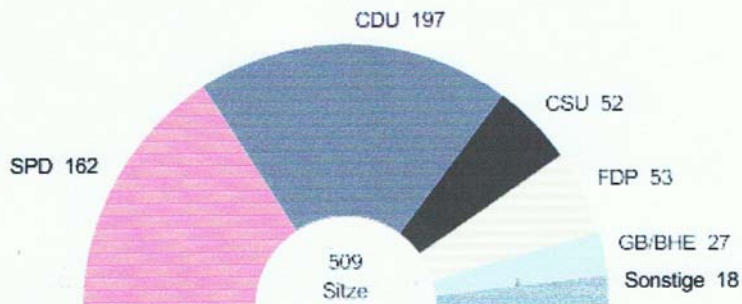
Dezember 2012, 16 Uhr 47.



Quelle: Internetseite www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen, eingesehen am 19. Dezember 2012, 16 Uhr 44.

Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953

Sitze der Parteien im 2. Deutschen Bundestag 1953
Stand bei der Wahl



Einschl. der Abgeordneten von Berlin-West und ohne Saarland.

Bundesergebnis

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Sitze einschl. Berliner Abgeordnete
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	33 120 940	x	33 120 940	x	x
Wähler ¹⁾	28 479 550	86,0	28 479 550	86,0	x
Ungültig	959 790	3,4	928 278	3,3	x
Gültig	27 519 760	x	27 551 272	x	x
CDU	9 577 659	34,8	10 016 594	36,4	197
SPD	8 131 257	29,5	7 944 943	28,8	162
FDP	2 967 566	10,8	2 629 163	9,5	53
CSU	2 450 286	8,9	2 427 387	8,8	52
GB/BHE	1 613 215	5,9	1 616 953	5,9	27
Sonstige	2 779 777	10,1	2 916 232	10,6	18
davon:					
BP	399 070	1,5	465 641	1,7	–
DP	1 073 031	3,9	896 128	3,3	15
DRP	204 725	0,7	295 739	1,1	–
Zentrum	55 835	0,2	217 078	0,8	3
GVP	286 465	1,0	318 475	1,2	–
KPD	611 317	2,2	607 860	2,2	–
DNS	78 356	0,3	70 726	0,3	–
SSW	44 339	0,2	44 585	0,2	–
PdgD	654	0,0	–	–	–
SHLP	6 269	0,0	–	–	–
VU	2 531	0,0	–	–	–
Wählergruppen/ Einzelbewerber	17 185	0,1	–	–	–

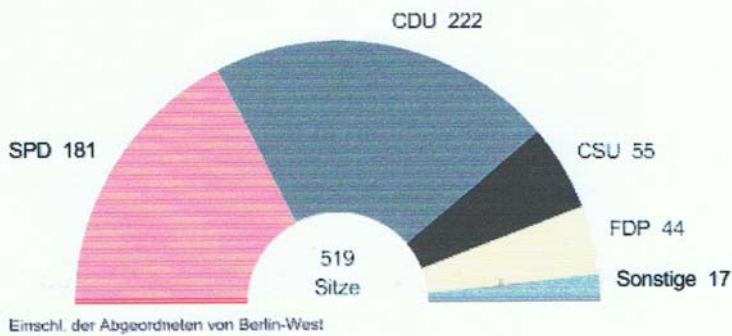
19.12.2012 16:44

Quelle: Internetseite www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen, eingesehen am 19. Dezember 2012, 16 Uhr 41.

Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. September 1957

Sitze der Parteien im 3. Deutschen Bundestag 1957

Stand bei der Wahl



Bundesergebnis

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Sitze einschl. Berliner Abgeordnete
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	35 400 923	x	35 400 923	x	x
Wähler ¹⁾	31 072 894	87,8	31 072 894	87,8	x
Ungültig	916 680	3,0	1 167 466	3,8	x
Gültig	30 156 214	x	29 905 428	x	x
CDU	11 975 400	39,7	11 875 339	39,7	222
SPD	9 651 669	32,0	9 495 571	31,8	181
CSU	3 186 150	10,6	3 133 060	10,5	55
FDP	2 276 234	7,5	2 307 135	7,7	44
Sonstige	3 066 761	10,2	3 094 323	10,3	17
davon:					
BdD	37 329	0,1	58 725	0,2	-
DG	16 410	0,1	17 490	0,1	-
DP	1 062 293	3,5	1 007 282	3,4	17
DRP	290 622	1,0	308 564	1,0	-
FU	295 533	1,0	254 322	0,9	-
GB/BHE	1 324 636	4,4	1 374 066	4,6	-
SSW	33 463	0,1	32 262	0,1	-
Mittelstand	3 024	0,0	36 592	0,1	-
VU	2 250	0,0	5 020	0,0	-
PdgD	356	0,0	-	-	-
Wählergruppen/ Einzelbewerber	845	0,0	-	-	-

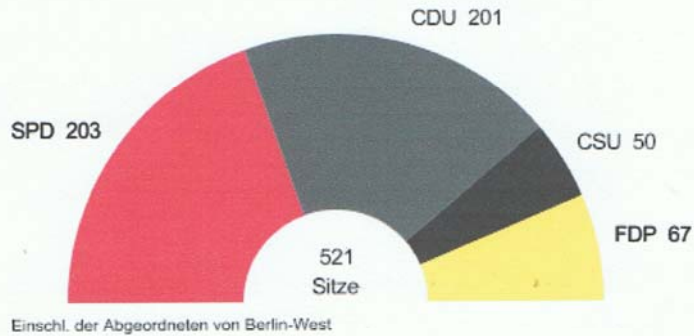
19.12.2012 16:41

Quelle: Internetseite www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen, eingesehen am 22. Dezember 2012, 10 Uhr 33.

Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961

Sitze der Parteien im 4. Deutschen Bundestag 1961

Stand bei der Wahl



Bundesergebnis

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Sitze einschl. Berliner Abgeordnete
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	37 440 715	x	37 440 715	x	x
Wähler ¹⁾	32 849 624	87,7	32 849 624	87,7	x
Ungültig	845 158	2,6	1 298 723	4,0	x
Gültig	32 004 466	x	31 550 901	x	x
SPD	11 672 057	36,5	11 427 355	36,2	203
CDU	11 622 995	36,3	11 283 901	35,8	201
FDP	3 866 269	12,1	4 028 766	12,8	67
CSU	3 104 742	9,7	3 014 471	9,6	50
Sonstige	1 738 403	5,4	1 796 408	5,7	-
davon:					
DFU	587 488	1,8	609 918	1,9	-
DG	21 083	0,1	27 308	0,1	-
DRP	242 649	0,8	262 977	0,8	-
GDP (DP-BHE)	859 290	2,7	870 756	2,8	-
SSW	24 951	0,1	25 449	0,1	-
WGnD	778	0,0	-	-	-
Wählergruppen/ Einzelbewerber	2 164	0,0	-	-	-

1) % = Wahlbeteiligung.

[Ergebnis der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961 nach Ländern \(XLS, 32 KB\)](#)

[Ergebnis der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961 nach Wahlkreisen \(CSV, 37 KB\)](#)

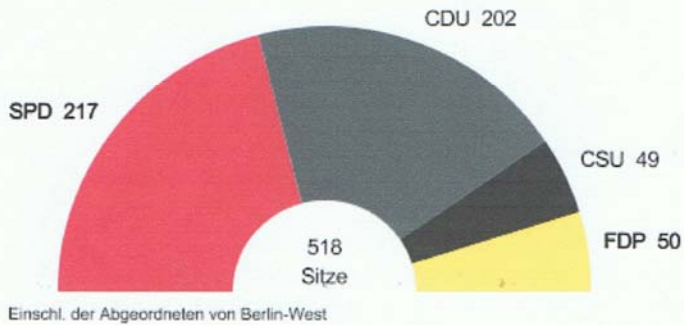
22.12.2012 10:33

Quelle: Internetseite www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen, eingesehen am 22. Dezember 2012, 10 Uhr 37.

Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965

Sitze der Parteien im 5. Deutschen Bundestag 1965

Stand bei der Wahl



Bundesergebnis

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Sitze einschl. Berliner Abgeordnete
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	38 510 395	x	38 510 395	x	x
Wähler ¹⁾	33 416 207	86,8	33 416 207	86,8	x
Ungültig	979 158	2,9	795 765	2,4	x
Gültig	32 437 049	x	32 620 442	x	x
SPD	12 998 474	40,1	12 813 186	39,3	217
CDU	12 631 319	38,9	12 387 562	38,0	202
CSU	3 204 648	9,9	3 136 506	9,6	49
FDP	2 562 294	7,9	3 096 739	9,5	50
Sonstige	1 040 314	3,2	1 186 449	3,6	–
davon:					
AUD	46 146	0,1	52 637	0,2	–
CVP	11 978	0,0	19 832	0,1	–
DFU	386 900	1,2	434 182	1,3	–
EFP	–	–	1 015		–
FSU	6 287	0,0	10 631	0,0	–
NPD	587 216	1,8	664 193	2,0	–
UAP	1 127	0,0	3 959	0,0	–
Wählergruppen/ Einzelbewerber	660	0,0	–	–	–

1) % = Wahlbeteiligung.

[Ergebnis der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 nach Ländern \(XLS, 41 KB\)](#)

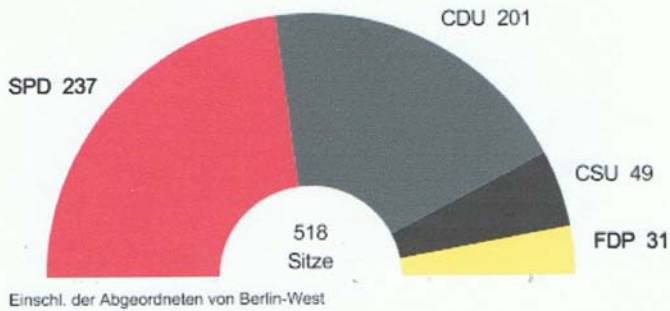
[Ergebnis der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 nach Wahlkreisen \(CSV, 37 KB\)](#)

22.12.2012 10:37

Quelle: Internetseite www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen, eingesehen am 22. Dezember 2012, 10 Uhr 32.

Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969

Sitze der Parteien im 6. Deutschen Bundestag 1969 Stand bei der Wahl



Bundesergebnis

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Sitze einschl. Berliner Abgeordnete
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	38 677 235	x	38 677 235	x	x
Wähler ¹⁾	33 523 064	86,7	33 523 064	86,7	x
Ungültig	809 548	2,4	557 040	1,7	x
Gültig	32 713 516	x	32 966 024	x	x
SPD	14 402 374	44,0	14 065 716	42,7	237
CDU	12 137 148	37,1	12 079 535	36,6	201
CSU	3 094 176	9,5	3 115 652	9,5	49
FDP	1 554 651	4,8	1 903 422	5,8	31
Sonstige	1 525 167	4,7	1 801 699	5,5	–
davon:					
ADF	209 180	0,6	197 331	0,6	–
BP	54 940	0,2	49 694	0,2	–
Zentrum	–	–	15 933	0,0	–
EP	20 927	0,1	49 650	0,2	–
FSU	10 192	0,0	16 371	0,0	–
GPD	–	–	45 401	0,1	–
NPD	1 189 375	3,6	1 422 010	4,3	–
UAP	1 531	0,0	5 309	0,0	–
DV	461	0,0	–	–	–
Wählergruppen/ Einzelbewerber	38 561	0,1	–	–	–

1) % = Wahlbeteiligung.

[Ergebnis der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 nach Ländern \(XLS, 42 KB\)](#)

[Ergebnis der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 nach Wahlkreisen \(CSV, 38 KB\)](#)

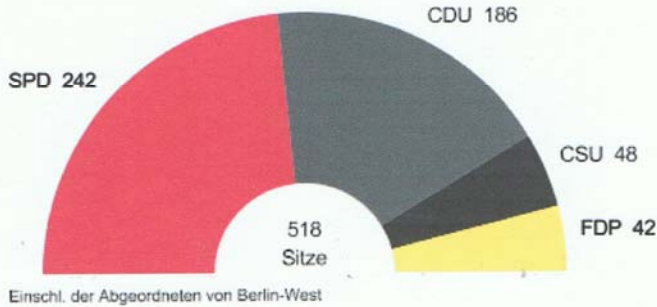
22.12.2012 10:32

Quelle: Internetseite www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen, eingesehen am 22. Dezember 2012, 10 Uhr 36.

Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972

Sitze der Parteien im 7. Deutschen Bundestag 1972

Stand bei der Wahl



Bundesergebnis

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Sitze einschl. Berliner Abgeordnete
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	41 446 302	x	41 446 302	x	x
Wähler ¹⁾	37 761 589	91,1	37 761 589	91,1	x
Ungültig	457 810	1,2	301 839	0,8	x
Gültig	37 303 779	x	37 459 750	x	x
SPD	18 228 239	48,9	17 175 169	45,8	242
CDU	13 304 813	35,7	13 190 837	35,2	186
CSU	3 620 625	9,7	3 615 183	9,7	48
FDP	1 790 513	4,8	3 129 982	8,4	42
Sonstige	359 589	1,0	348 579	0,9	–
davon:					
DKP	146 258	0,4	113 891	0,3	–
EFP	7 581	0,0	24 057	0,1	–
FSU	1 864	0,0	3 166	0,0	–
NPD	194 389	0,5	207 465	0,6	–
Wählergruppen/ Einzelbewerber	9 497	0,0	–	–	–

1) % = Wahlbeteiligung.

[Ergebnis der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972 nach Ländern \(XLS, 37 KB\)](#)

[Ergebnis der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972 nach Wahlkreisen \(CSV, 33 KB\)](#)

[Sitze der Parteien am 19. November 1972 nach Ländern \(XLS, 21 KB\)](#)

©2012 Der Bundeswahlleiter

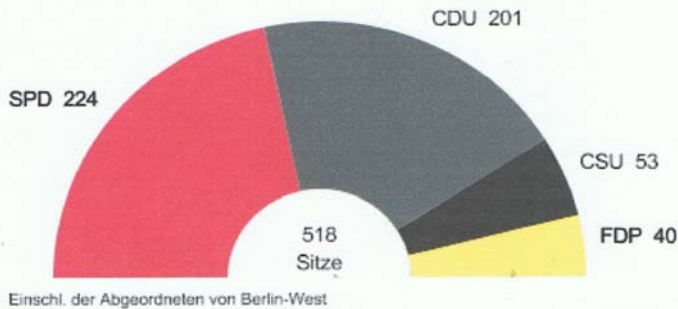
22.12.2012 10:36

Quelle: Internetseite www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen, eingesehen am 22. Dezember 2012, 10 Uhr 39.

Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976

Sitze der Parteien im 8. Deutschen Bundestag 1976

Stand bei der Wahl



Bundesergebnis

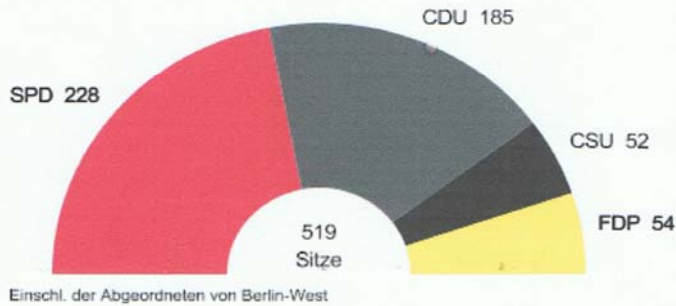
Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Sitze einschl. Berliner Abgeordnete
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	42 058 015	x	42 058 015	x	x
Wähler ¹⁾	38 165 753	90,7	38 165 753	90,7	x
Ungültig	470 109	1,2	343 253	0,9	x
Gültig	37 695 644	x	37 822 500	x	x
SPD	16 471 321	43,7	16 099 019	42,6	224
CDU	14 423 157	38,3	14 367 302	38,0	201
CSU	4 008 514	10,6	4 027 499	10,6	53
FDP	2 417 683	6,4	2 995 085	7,9	40
Sonstige	374 969	1,0	333 595	0,9	-
davon:					
AUD	19 490	0,1	22 202	0,1	-
AVP	2 636	0,0	4 723	0,0	-
C.B.V.	4 876	0,0	6 720	0,0	-
DKP	170 855	0,5	118 581	0,3	-
EAP	3 177	0,0	6 811	0,0	-
5%-BLOCK	985	0,0	2 940	0,0	-
GIM	2 037	0,0	4 759	0,0	-
KPD	8 822	0,0	22 714	0,1	-
KBW	21 414	0,1	20 018	0,1	-
NPD	136 028	0,4	122 661	0,3	-
UAP	499	0,0	765	0,0	-
VL	217	0,0	701	0,0	-
RFP	227	0,0	-	-	-

22.12.2012 10:39

Quelle: Internetseite www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen, eingesehen am 22. Dezember 2012, 10 Uhr 41.

Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980

Sitze der Parteien im 9. Deutschen Bundestag 1980 Stand bei der Wahl



Bundesergebnis

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Sitze einschl. Berliner Abgeordnete
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	43 231 741	x	43 231 741	x	x
Wähler ¹⁾	38 292 176	88,6	38 292 096	88,6	x
Ungültig	485 645	1,3	353 115	2) 0,9	x
Gültig	37 806 531	x	37 938 981	2) x	x
SPD	16 808 861	44,5	16 260 677	42,9	228
CDU	13 467 207	35,6	12 989 200	34,2	185
CSU	3 941 365	10,4	3 908 459	10,3	52
FDP	2 720 480	7,2	4 030 999	10,6	54
Sonstige	868 618	2,3	749 646	2,0	–
davon:					
Bürgerpartei	507	0,0	11 256	0,0	–
C.B.V.	–	–	3 946	0,0	–
DKP	107 158	0,3	71 600	0,2	–
GRÜNE	732 619	1,9	569 589	1,5	–
EAP	4 992	0,0	7 666	0,0	–
KBW	12 008	0,0	8 174	0,0	–
NPD	–	–	68 096	0,2	–
V	7 160	0,0	9 319	0,0	–
DFP	96	0,0	–	–	–
DU	421	0,0	–	–	–
UAP	159	0,0	–	–	–
Wählergruppen/ Einzelbewerber	3 498	0,0	–	–	–

1) % = Wahlbeteiligung.

22.12.2012 10:41

7.4.2 Ergebnisse im Wahlkreis Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens

Endgültige Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949 - 1980
im Wahlkreis "Groß-Gerau"
E = Erststimmen, Z = Zweitstimmen

Wahljahr	Wahlkreis Nr.	Wahlberechtigte	Wähler	Ungültige E	Gültige Z
1949	143	147 467	121 850	11 648	110 202
Wahljahr	Wahlkreis Nr.	Wahlberechtigte	Wähler	Ungültige E	Ungültige Z
1953	143	161 306	143 724	6 631	8 857
Wahljahr	Wahlkreis Nr.	Wahlberechtigte	Wähler	Ungültige E	Ungültige Z
1957	143	180 393	164 598	6 433	10 066
Wahljahr	Wahlkreis Nr.	Wahlberechtigte	Wähler	Ungültige E	Ungültige Z
1961	143	200 800	185 235	5 738	8 961
Wahljahr	Wahlkreis Nr.	Wahlberechtigte	Wähler	Ungültige E	Ungültige Z
1965	143	183 913	166 352	6 148	4 057
Wahljahr	Wahlkreis Nr.	Wahlberechtigte	Wähler	Ungültige E	Ungültige Z
1969	143	198 313	179 958	4 495	2 744
Wahljahr	Wahlkreis Nr.	Wahlberechtigte	Wähler	Ungültige E	Ungültige Z
1972	143	223 368	209 008	1 883	1 223
Wahljahr	Wahlkreis Nr.	Wahlberechtigte	Wähler	Ungültige E	Ungültige Z
1976	143	198 894	185 641	1 904	1 291
Wahljahr	Wahlkreis Nr.	Wahlberechtigte	Wähler	Ungültige E	Ungültige Z
1980	141	201 975	184 880	2 394	1 648

Endgültige
im Wahlkre
E = Erststim

Wahrjahr			SPD	CDU	FDP	CSU
1949			42 729	29 806	27 030	
Wahljahr	Gültige E	Gültige Z	CDU E	CDU Z	SPD E	SPD Z
1953	137 093	134 867	46 060	45 990	53 258	51 722
Wahljahr	Gültige E	Gültige Z	CDU E	CDU Z	SPD E	SPD Z
1957	158 165	154 532	66 850	64 859	67 975	65 479
Wahljahr	Gültige E	Gültige Z	SPD E	SPD Z	CDU E	CDU Z
1961	179 497	176 274	85 354	82 692	65 450	61 961
Wahrjahr	Gültige E	Gültige Z	SPD E	SPD Z	CDU E	CDU Z
1965	160 204	162 295	83 694	81 195	60 110	61 097
Wahljahr	Gültige E	Gültige Z	SPD E	SPD Z	CDU E	CDU Z
1969	175 463	177 214	93 739	92 359	64 912	65 166
Wahljahr	Gültige E	Gültige Z	SPD E	SPD Z	CDU E	CDU Z
1972	207 125	207 785	117 416	106 224	78 288	78 792
Wahljahr	Gültige E	Gültige Z	SPD E	SPD Z	CDU E	CDU Z
1976	183 737	184 350	94 160	90 557	76 050	76 631
Wahljahr	Gültige E	Gültige Z	SPD E	SPD Z	CDU E	CDU Z
1980	182 486	183 232	92 303	89 205	71 238	69 454

Endgültige
im Wahlkre
E = Erststim

Wahljahr	KPD	Parteilose	BP	DP	Zentrum	WAV
1949	10 637					
Wahljahr	FDP E	FDP Z	CSU E	CSU Z	GB/BHE E	GB/BHE Z
1953	20 459	20 003			7 917	7 737
Wahljahr	CSU E	CSU Z	FDP E	FDP Z	GB/BHE E	GB/BHE Z
1957			9 323	9 153	8 664	8 913
Wahljahr	CSU E	CSU Z	FDP E	FDP Z	GDP E	GDP Z
1961			16 829	18 380	7 901	8 205
Wahljahr	CSU E	CSU Z	FDP E	FDP Z	NPD E	NPD Z
1965			10 350	13 383	2 699	2 965
Wahljahr	CSU E	CSU Z	FDP E	FDP Z	NPD E	NPD Z
1969			8 417	9 034	6 499	7 653
Wahljahr	CSU E	CSU Z	F.D.P. E	F.D.P. Z	DKP E	DKP Z
1972			8 966	20 512	1 192	717
Wahljahr	CSU E	CSU Z	F.D.P. E	F.D.P. Z	AUD E	AUD Z
1976			11 011	15 361		61
Wahljahr	CSU E	CSU Z	F.D.P. E	F.D.P. Z	BUERGERP E	BUERGERP Z
1980			12 499	19 285		

Endgültige
im Wahlkre
E = Erststim

Wahljahr	DKP/DRP	RSF	SSW	EVD	RWVP	
1949						
Wahljahr	DP E	DP Z	KPD E	KPD Z	BP E	BP Z
1953	2 874	3 054	5 161	4 950		
Wahljahr	DP E	DP Z	DRP E	DRP Z	FU E	FU Z
1957	3 817	4 336	1 536	1 527		
Wahljahr	DFU E	DFU Z	DRP E	DRP Z	DG E	DG Z
1961	3 963	4 207		829		
Wahljahr	DFU E	DFU Z	AUD E	AUD Z	CVP E	CVP Z
1965	2 996	3 299	355	356		
Wahljahr	ADF E	ADF Z	BP E	BP Z	EP E	EP Z
1969	1 896	1 352				348
Wahljahr	EFP E	EFP Z	FSU E	FSU Z	NPD E	NPD Z
1972		196			1 263	1 344
Wahljahr	AVP E	AVP Z	C.B.V. E	C.B.V. Z	DKP E	DKP Z
1976		17			1 110	656
Wahljahr	C.B.V. E	C.B.V. Z	DKP E	DKP Z	GRUENE E	GRUENE Z
1980			846	506	5 349	4 147

Endgültige
im Wahlkre
E = Erststim

Wahljahr						
1949						
Wahljahr	GVP E	GVP Z	DRP E	DRP Z	Zentrum E	Zentrum Z
1953	1 364	1 411				
Wahljahr	BdD E	BdD Z	Mittelstand E	Mittelstand Z	DG E	DG Z
1957		265				
Wahljahr	SSW E	SSW Z	WGnD E	Übrige E		
1961						
Wahljahr	FSU E	FSU Z	UAP E	UAP Z	EFP Z	Übrige E
1965						
Wahljahr	GPD Z	FSU E	FSU Z	ZENTRUM Z	UAP E	UAP Z
1969	1 302					
Wahljahr	Übrige E					
1972						
Wahljahr	EAP E	EAP Z	5%-BLOCK E	5%-BLOCK Z	GIM E	GIM Z
1976	118	56				
Wahljahr	EAP E	EAP Z	KBW E	KBW Z	NPD E	NPD Z
1980	112	58	139	91		427

Endgültige
im Wahlkre
E = Erststim

Wahrjahr						
1949						
Wahljahr	DNS E	DNS Z	SSW E	SSW Z	SHLP E	VU E
1953						
Wahljahr	SSW E	SSW Z	VU E	VU Z	PdgD E	Übrige E
1957						
Wahljahr						
1961						
Wahrjahr						
1965						
Wahljahr	DV E	Übrige E				
1969						
Wahljahr						
1972						
Wahljahr	KPD E	KPD Z	KBW E	KBW Z	NPD E	NPD Z
1976	257	183	261	151	770	677
Wahljahr	V E	V Z	DFP E	DU E	UAP E	UEBRIGE E
1980	59					

Endgültige
im Wahlkre
E = Erststim

Wahrjahr

1949

Wahljahr

PdgD

Übrige

E

E

1953

Wahljahr

1957

Wahljahr

1961

Wahrjahr

1965

Wahljahr

1969

Wahljahr

1972

Wahljahr

RFP

UAP

UAP

VL

VL

Übrige

E

E

Z

E

Z

E

1976

Wahljahr

1980

7.5. Wahl zum Vizepräsidenten des Bundestages am 28. Oktober 1969



In seiner Plenarsitzung am 28. Oktober wählte der Bundestag die Stellvertreter seines Präsidenten. Das Foto zeigt diesen mit den vier „Vizes“. Von links: Prof. Carlo Schmid (SPD), Frau Liselotte Funcke (FDP), Präsident von Hassel (CDU), Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD), Dr. Richard Jaeger (CSU).

Technik, daß vor allem aber die praktische Erfahrung unserer Soldaten heute eine umfassende kritische Bestandsaufnahme der Bundeswehr nötig gemacht haben. Diese Bestandsaufnahme wird unverzüglich eingeleitet. Soldaten, Wissenschaft und Bundesregierung werden dabei zusammenwirken. Im Verteidigungs-Weißbuch 1970 werden dem Parlament die vorläufigen Ergebnisse dieser generellen Inventur und sogleich die beabsichtigten Veränderungen vorgelegt werden.

Wir müssen die Bundeswehr als integrierten Teil unserer Gesellschaft verstehen. Schon heute will ich in fünf Punkten die Absichten der Bundesregierung klar herausstellen:

1. Wir wollen ein Maximum an Gerechtigkeit durch Gleichbehandlung der wehrpflichtigen jungen Männer schaffen; Wehrdienstausnahmen und -befreiungen werden abgebaut. Ob sich daraus Konsequenzen für die Dauer des Grundwehrdienstes ergeben, werden wir prüfen.

2. Innerhalb des Verteidigungsministeriums sollen die Führungsstäbe die international übliche militärische Arbeitsweise anwenden; sie werden dazu von bürokratischem Ballast befreit.

(Beifall bei der SPD.)

Technik und Beschaffung werden nach Methoden


Vorrang von Bildung und Wissenschaft

Meine Damen und Herren, **Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung** stehen an der Spitze der Reformen, die es bei uns vorzunehmen gilt. Wir haben die Verantwortung, soweit sie von der Bundesregierung zu tragen ist, im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zusammengefaßt.

Mit diesem Hohen Haus sind wir uns wohl darin einig, daß die Aufgaben von Bildung und Wissenschaft nur gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden gelöst werden können. Der 5. Deutsche Bundestag hat für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern eine Reihe neuer Möglichkeiten geschaffen, die diese Bundesregierung voll ausschöpfen will; sie will den Ländern — ohne deren Zuständigkeiten anzutasten — helfen.

Schwere Störungen des gesamten Bildungssystems ergeben sich daraus, daß es bisher nicht gelungen ist, die vier Hauptbereiche unseres Bildungswesens — **Schule, Hochschule, Berufsausbildung und Erwachsenenbildung** — nach einer durchsichtigen und rationalen Konzeption zu koordinieren. Solange aber ein **Gesamtplan** fehlt, ist es nicht möglich, Menschen und Mittel so einzusetzen, daß ein opti-

**7.6. Parlamentarische Arbeit Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens;
hier als Beispiel in der V. Legislaturperiode**



Hermann Schmitt-Vockenhausen
Mitglied des Deutschen Bundestages

53 Bonn September 1969
Fernruf 16
Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Parlamentarische Arbeit in der V. Legislaturperiode

1. Ämter und Mitgliedschaften:

- Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages
- Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion
- ord. Mitglied des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gemäß Art. 45 GG
- stellv. Mitglied des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
- stellv. Mitglied des Ausschusses für Kommunalpolitik, Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen
- Mitglied des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung

2. Sitzungen:

- 257 Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages
- 135 Fraktionssitzungen der SPD-Bundestagsfraktion
- 137 Sitzungen des Fraktionsvorstandes
- 146 Sitzungen des Innenausschusses; davon 10 öffentliche Sitzungen (zur Arbeit des Innenausschusses s. Anlage)

Von den beratenen Gesetzen sind besonders hervorzuheben:

das Parteiengesetz,
das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes,
das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen
Staatssekretäre,
die Änderung des Bundespolizeibeamtengesetzes,
die Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes,
das Waffengesetz und das Sprengstoffgesetz und das Änderungs-
gesetz zum Bundeskriminalamtsgesetz

sowie aus dem Bereich des Beamtenrechts

die Neuregelung des Bundesdisziplinarrechts,
das Vierte Besoldungsänderungsgesetz,
das Erste und Zweite Besoldungsneuregelungsgesetz,
das Gesetz über die Teilzeitbeschäftigung von Beamtinnen,

Von den Gesetzentwürfen, an deren Gestaltung der Innenausschuß
als mitberatender Ausschuß wesentlich mitgewirkt habe, sind beson-
ders zu erwähnen:

die Notstandsverfassung,
das Gesetz zu Artikel 10 des Grundgesetzes,
die Sicherstellungsgesetze,
das Ordnungswidrigkeitengesetz.

Die besondere Stellung des Innenausschusses drückt sich in der Zahl
der öffentlichen Informationssitzungen aus. Neben den fünf Sitzungen
mit dem Rechtsausschuß über die Notstandsverfassung hat der Innen-
ausschuß, zum Teil unter großer Beteiligung der interessierten
Öffentlichkeit, Sachverständige

zum Parteiengesetz,
zur Intensivierung der Verbrechensbekämpfung,
zur Fortbildung im öffentlichen Dienst,
zur Sportförderung und
zum Wahlalter

gehört.

Übersicht

über die Tätigkeit des Innenausschusses in der V. Gesetzgebungsperiode
(die Zahlen in () geben den entsprechenden Stand der IV. Gesetzgebungsperiode wieder)

<u>Ausschußsitzungen</u>			146	(153)
	Durchschnittliche Dauer 3,5 Stunden	(3,1)		
Sitzungen der Arbeitsgruppen			15	(44)
	Durchschnittliche Dauer 4 Stunden	(3)		
davon öffentliche Sitzungen	10	(5)		
zu folgenden Themen:				
Notstandsverfassung	5	(gemeinsam mit Rechtsausschuß)		
Parteiengesetz	1			
Verbrechensbekämpfung	1			
Sportförderung	1			
Fortbildung öff. Dienst	1			
Wahlalter	1			
Besuche	5	(6)		
<u>Zugewiesene und gutachtlich behandelte Vorlagen</u>			284	(152)
davon federführend			157	(102)
nicht abschließend beraten			15	(16)
Gesetze	59	(51)		
Anträge	33	(20)		
Berichte	38	(10)		
EWG Vorlagen	27	(21)		
mitberatend			114	(45)
nicht abschließend beraten			17	(4)
Gesetze	86	(47)		
Anträge	18	(6)		
Berichte	10	(-)		
EWG Vorlagen	-	(3)		
gutachtlich			13	(4)
Gesetze	12	(12)		
Anträge	-	(1)		
Berichte	-	(1)		
EWG Vorlagen	1	(-)		

Gliederung der zugewiesenen und gutachtlich behandelten Vorlagen nach Sachbereichen (nicht erledigte Vorlagen in Klammern):

	Gesetze			Anträge			Berichte			Se
	f	m	g	f	m	g	f	m	g	
Innere Verwaltung										
a) allgemein	25 (5)	26 (7)	9	10 (1)	13 (2)	-	16 (1)	10	-	109 (16)
b) Abkommen	6	11	-	-	-	-	-	-	-	17
c) Sport	1	-	-	9	1	-	6	-	-	17
d) Verfassungsschutz	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1
Se I	32 (5)	37 (7)	9	19 (1)	14 (2)	-	23 (1)	10	-	144 (16)
Beamtenrecht										
a) allgemein	15 (3)	3 (2)	-	11 (1)	3 (1)	-	7	-	-	39 (7)
b) Wehr- und Soldatenrecht	6	16 (3)	-	1	1	-	3 (1)	-	-	27 (4)
Se II	21 (3)	19 (5)	-	12 (1)	4 (1)	-	10 (1)	-	-	66 (11)
Notstandsrecht	2	9 (2)	-	2	-	-	4 (1)	-	-	17 (3)
Statistische Vorlagen	4	16	-	-	-	-	1	-	-	21
EWG Vorlagen	27 (2)	3	1	-	-	-	-	-	-	31 (2)
Haushaltsrecht	-	2	3	-	-	-	-	-	-	5
Se III	33 (2)	30 (2)	4	2	-	-	5 (1)	-	-	74 (5)
dazu Se I	32 (5)	37 (7)	9	19 (1)	14 (2)	-	23 (1)	10	-	144 (16)
und Se II	21 (3)	19 (5)	-	12 (1)	4 (1)	-	10 (1)	-	-	66 (11)
	86 (10)	86 (14)	13	33 (2)	18 (3)	-	38 (3)	10	-	284 (32)

Dr. Schmitt-Vockenhausen
Vizepräsident
des Deutschen Bundestages
53 BONN Bundeshaus

Dr. Schmitt-Vockenhausen hat immer die Meinung vertreten, daß für die Beurteilung eines Kandidaten nicht seine Arbeit und sein Einsatz im Wahlkampf entscheidend sein darf, vielmehr muß die Arbeit den Ausschlag geben, die er im Verlauf der Wahlperiode geleistet hat. Auf dem Hintergrund dieses Grundsatzes ist die nachfolgende Statistik zu werten.

Einige Zahlen zur Bilanz der Wahlperiode 1969 - 1972

Neben einer umfangreichen parlamentarischen Tätigkeit als Vizepräsident des Deutschen Bundestages, als Vorsitzender des Arbeitskreises II (Inneres, Kultur und Sport) der SPD-Bundestagsfraktion und den aus diesen Aufgaben wachsenden Verpflichtungen ergibt sich folgende Bilanz für die abgelaufene VI. Wahlperiode:

70 Sprechstunden wurden für die Bevölkerung im Wahlkreis 143 abgehalten.

132 Mündliche Anfragen, teils mit Problemen aus dem Wahlkreis befaßt, wurden an die Bundesregierung gerichtet.
Eine Reihe Kleiner Anfragen wurden von Dr. Schmitt-Vockenhausen initiiert, ganz abgesehen von den Anfragen, die von der SPD-Fraktion gestellt und von ihm mitgetragen wurden.

42 Schulklassen und Gruppen aus dem Wahlkreis wurden in Bonn empfangen und betreut. Nahezu 3.000 Eingaben und Briefe wurden bearbeitet und beantwortet.

Allein für die Zeit nach der Auflösung des 6. Deutschen Bundestages ergibt sich als Nachtrag:

13 Fragen an die Bundesregierung als Mitglied des Ständigen Ausschusses.

- 4 Sprechstunden (Hofheim, Eppstein, Groß-Gerau, Rüsselsheim).
- 2 Besuchergruppen aus dem Wahlkreis.

Die Zeit vom 9.10. - 18.11.1972, also die letzten Wochen vor der Wahl, zeigt folgendes Bild:

Termine in Bonn:

- 18 Empfänge und Sitzungen verschiedenster Art
- ganztägige Sitzung des Ständigen Ausschusses (30.10.)
- ganztägige Sitzung der Vollversammlung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken

Veranstaltungen im Wahlkreis:

- 18 Wahlkampfveranstaltungen
- 31 Diskussionen und Veranstaltungen verschiedenster Art
- 6 Pressekonferenzen
- 9 Sitzungen von Parteigremien (UB-Vorstand usw.)
- 3 Sitzungen als Kreistagsabgeordneter
- 4 Vorträge

Sonstige Veranstaltungen:

Vertreter der SPD-Fraktion beim Verband der Zeitungsverleger und beim Deutschen Beamtenbund.

Wahlkampfveranstaltungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

**7.7 Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen in den Ortsvereinen.
Als Beispiel: Sein Besuch im Ortsverein Klein-Gerau zu dessen
70jährigem Bestehen**



Dr. Schmitt-Vockenhausen
VIZEPRÄSIDENT DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Wenn heute die Sozialdemokratische Partei mit Helmut Schmidt den Bundeskanzler stellt und die Bundesregierung führt, ist dies das Ergebnis gemeinsamer Arbeit vieler Sozialdemokraten, die auch in schwierigen Zeiten treu an ihrer guten Sache festgehalten haben.

Solche Männer und Frauen waren es auch, die den Grundstein dafür gelegt haben, daß der SPD-Ortsverein Klein-Gerau in diesen Tagen mit Stolz auf sein 70-jähriges Bestehen zurückblicken kann. Er hat dabei einen Weg durchgemessen, der sich in der Grundlinie, aber auch in vielen Details als ein Querschnitt durch die deutsche Geschichte der letzten 70 Jahre, aber auch die der SPD, darstellt.

Seit dem 1. Weltkrieg - nur von den Jahren 1933 - 1945 unterbrochen - ist der SPD-Ortsverein in Klein-Gerau die führende politische Kraft. Die Jahre 1933 bis 1945, das war der Zeitraum in dem in Deutschland die Demokratie versank und das Unglück seinen Lauf nahm. Viele Menschenschicksale verbergen sich hinter dieser Feststellung. Es ist wichtig dies nicht zu vergessen und dafür zu sorgen, daß sich solche Ereignisse nicht wiederholen können.

Die Nachkriegszeit mit ihrer allgemeinen Not und ihren handfesten Aufgaben war dann die Zeit der praktischen Arbeit, der Lösung akuter menschlicher Probleme. Hier waren es mit Jakob Lipp und Gerhardt Neumann zwei sozialdemokratische Bürgermeister, die Klein-Gerau entwickelt und geprägt haben.

So ist der Ortsverein Klein-Gerau nach nunmehr 70 Jahren, nicht zuletzt durch die Arbeit tüchtiger Vorsitzender und Männer wie zum Beispiel Heinrich Klappich, der viele Jahre im Betriebsrat der Firma Opel Verantwortung getragen hat, eine Instanz im Leben der Gemeinde geworden, der die Bevölkerung vertrauen kann.

Dafür sprechen auch die Ergebnisse der letzten Wahlen.

Damit sind die besten Aussichten für die Zukunft des Ortsvereins gegeben. Ich danke ihm für die großen Leistungen der Vergangenheit und wünsche seinem Vorstand und seinen Mitgliedern auch weiterhin eine glückliche Hand bei der Erfüllung der bedeutsamen Aufgaben im Interesse der Gemeinde und ihrer Bürger; nicht zuletzt darf ich zu dem festlichen Ereignis meine herzlichsten Glückwünsche aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen

H. Dietz

Wilhelm Becker

BAUSCHREINEREI · MOBELVERKAUF

INNENAUSBAU

Klein-Gerau, Gartenstraße 32

**Hast Du Durst und kommen Freunde,
brauchst Du was zu trinken heute,
ruf 2827 an,
dann kommt der Getränkemann.**

Abholung oder Lieferung frei Haus
zu Großhandelspreisen bietet

Hans Dietz

Getränke-Großhandel

KLEIN-GERAU
Heinrich-Heine-Straße 10, Tel. 2827

1a Fleisch- und Wurstwaren — aus eigener Herstellung

stets frisch bei

Felix van Venrooy

Metzgerei

KLEIN-GERAU, Mainzer Straße 2, Tel. 4438

Ölheizungsanlagen
Haushaltwaren
Sanitäre und
Elektro-Installationen

Burkhard Reibstein

ELEKTROMEISTER



KLEIN-GERAU

Mainzer Straße

Schützt die Kinder im Straßenverkehr

aktuell 1 - 1977

7.8 Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen im Wahlkreis.

Als Beispiel sein Wahlaufruf an die Bürger seines Wahlkreises mit Schwerpunkt Heimat- und Umweltfragen unter dem Motto: „Gestalten unseres Lebensraumes“.

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen,

49, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Kreistages Main-Taunus, wohnt in Bad Soden, Oranienstraße 20, ist verheiratet und hat eine Tochter.

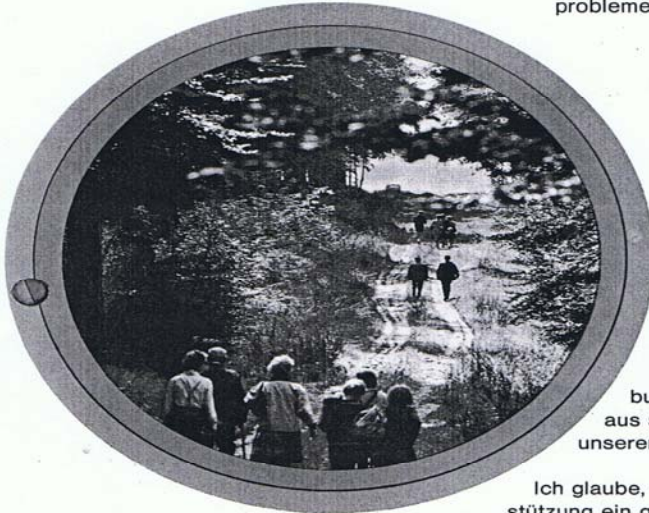


Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

Was bedeutet uns heute unser „Lebensraum“? Heute, da viele von uns nicht mehr dort leben, wo sie einst geboren wurden, mindestens genauso viel wie das Wort „Heimat“! Hier wohnen wir und arbeiten wir, unsere Kinder gehen hier zur Schule, und die Älteren von uns genießen hier ihren Lebensabend.

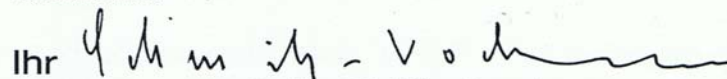
Ich komme viel herum und Sie können mir glauben, ich freue mich jedesmal wieder, am Taunusrand zu Hause zu sein. Wir leben hier im Main-Taunus-Kreis nicht nur in einer idealen Landschaft, wir Menschen haben uns hier unseren „Lebensraum“ auch erfreulich und durchdacht gestaltet, so daß wir hier zufrieden leben können.

Aus zwei öffentlichen Bereichen kann ich dies besonders gut beurteilen und hier hatte ich auch die Möglichkeit, einiges für unseren Lebensraum beizutragen. Als Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald liegt mir die Erhaltung unserer Grünlandschaft besonders am Herzen, und alle Umweltprobleme beschäftigen mich entsprechend stark. Und



als Mitglied der Deutschen Sportkonferenz bin ich der Jugend und dem Sport so verbunden, daß wir auch über das Olympiajahr hinaus sehr, sehr viel für die sportliche Betätigung unserer Bevölkerung tun werden.

Ich glaube, wir Politiker der SPD haben dank Ihrer Unterstützung ein gutes Stück dazu beigetragen, daß unser Main-Taunus-Kreis so in Ordnung und so lebensfroh ist. Und da Wahlen anstehen, legen wir Rechenschaft ab und gleichzeitig Planungen vor. Wenn Sie mit uns der Meinung sind, daß wir – die wir die Verantwortung tragen – einiges gut gemacht haben und unsere Pläne richtig sind, dann geben Sie uns Ihre Stimme, damit wir weitermachen bei der Gestaltung unseres Lebensraumes.

Ihr 
Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen

Gestalten
unseres
Lebensraumes:

SPD
im Main-Taunus-Kreis

7.9 Zeitzeugenbefragung.

Antworten auf meinen Fragebogen zu Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen.

Zwei Beispiele:

- Karl Thumser, Bad Soden, SPD, Ministerialbeamter und Kommunalpolitiker
- Karl Wittrock, Wiesbaden, SPD, Mitglied des Bundestages 1953 – 1963

Ottomar Löhr

61276 Weilrod, 26.8.99
Weilstr. 1
Tel. 06083-591

Zeitzeugen-Interview zu Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen

Datum:

Zeitzeuge:

F r a g e n:

1. Wie lange kannten Sie Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen?
In welchen Gremien waren Sie gemeinsam Mitglied, arbeiteten Sie zusammen etc...?
2. Ich bitte Sie um eine spontane Äußerung zum "Stichwort"
Hermann Schmitt-Vockenhausen. Was würden Sie spontan sagen?
3. Wie würden Sie die Persönlichkeit Hermann Schmitt-Vockenhausens
charakterisieren?
4. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Entwicklung der SPD zur
Volkspartei
- Sehen Sie einen solchen Zusammenhang ?
- Was können Sie dazu sagen ?
5. Wo lag Ihrer Meinung nach der Schwerpunkt (bzw. lagen Schwer-
punkte) der politischen Arbeit Hermann Schmitt-Vockenhausens?
6. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Mein-Taunus-Region
Was können Sie dazu sagen?
7. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Kommunen
Was können Sie dazu sagen?
8. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Kirchen
Was können Sie dazu sagen?
9. Welche Erfolge konnte Hermann Schmitt-Vockenhausen verzeichnen,
welche Mißerfolge mußte er erfahren?
10. Wie würden Sie die Bedeutung des Politikers Dr. Hermann Schmitt-
Vockenhausen aus heutiger Sicht zusammenfassend kennzeichnen?

Karl Thumser

65812 Bad Soden-Neuenhain
Schulstr. 19
Tel+Fax (06196) 21828

Datum 24.4.2002

Herrn
Ottomar Löhr
Weilstr. 1

61276 Weilrod

Hermann Schmitt-Vockenhausen

Lieber Ottomar,

Deinen Fragenbogen zu Hermann Schmitt-Vockenhausen beantworte ich wie folgt:

zu 1.

HSV hat in Bad Soden gewohnt und war Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, als 1977 die Gemeinde Neuenhain nach Bad Soden eingegliedert wurde. Von 1977 bis zu seinem Tod 1979 war ich gemeinsam mit ihm in der Stadtverordnetenversammlung.

zu 2.

HSV war ein stimmungswaltiger Vollblutpolitiker

zu 3.

Er war nicht nur von seiner Statur her eine eindrucksvolle Persönlichkeit. Er wurde von jedem respektiert und er setzte sich auch als Vizepräsident des Bundestages für die Belange der Bevölkerung ein. Sein ganzes Auftreten war ausdrucksstark und imponierend.

zu 4.

HSV hat durch seine Aktivität, insbesondere an der Basis in seinem Wahlkreis und auf kommunalpolitischer Ebene mit dazu beigetragen, daß die SPD in der Wahrnehmung durch die Bevölkerung zu einer Volkspartei wurde.

zu 5.

HSV hat insbesondere die Kommunalpolitik zu einem seiner Schwerpunkte gemacht. Er war nicht nur praktizierender Kommunalpolitiker in Bad Soden und im Kreistag des Main-Taunus-Kreises, sondern auch verbandspolitisch als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für die Kommunalpolitik tätig.

zu 6.

Er hat sich für die Weiterentwicklung der Region sehr eingesetzt und insbesondere im verkehrspolitischen Bereich einiges bewirkt.

zu 7.

siehe Antwort zu 5.

zu 8.

HSV war praktizierender Katholik, was auch seine aktive kirchenpolitische Arbeit beweist. Soviel ich noch weiß, war er Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken.

zu 9.

In der Abstimmung über die Änderung des § 218 gehörte er zur unterlegenen Minderheit im Bundestag. Er hat diese Abstimmung zu einer Gewissensentscheidung gemacht.

Seine größten Erfolge waren aus meiner Sicht, daß er immer wieder seinen Bundestagswahlkreis direkt gewonnen hat.

zu 10.

HSV war zu seiner aktiven Zeit ein bundesweit bekannter und anerkannter SPD-Politiker, der an der Weiterentwicklung der Kommunalpolitik und des Kommunalrechts in der Bundesrepublik entscheidenden Anteil hatte. Seine Bedeutung lag auch darin, daß er ein einflußreicher „rechter“ Sozialdemokrat war, der zu einer ausgewogenen Machtbalance zwischen linkem und rechtem Flügel der SPD beigetragen hat.

Sollten noch Fragen offen sein, stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Stefan...' with a flourish at the end.

Karl Wittrock

65191 Wiesbaden
Friednerstr.44.

49
6.12.

6.12.99

Herrn
Ottomar Löhr
Weilstr. 1
61276 Weilrod

Lieber Herr Löhr,
zunächst bitte ich zu entschuldigen, daß ich erst heute den Fragebogen zurückschicke. Krankheit und Alter fördern Lässigkeit und Vergesslichkeit.

Ich sehe, daß meine handschriftlichen Antworten schwer lesbar sind. Deshalb wiederhole ich die Antworten per Maschine. Bitte ignorieren Sie Tippfehler.

Zur jeweiligen Ziffer der Fragen folgende Antworten.

1. Etwa seit 1950
2. Wir waren oft Delegierte für Parteitage Hessen-Süd. Ich war -
VdB von 1953 - 1963 (SPD-Fraktion)
3. HSV - so wurde er genannt - war hilfsbereit, fleissig, engagiert. Man konnte sich auf ihn verlassen.
4. Ja.- Sein Wirken, vor allem in der Region, war frühzeitiger Einstieg auf dem Weg zur Volkspartei.
5. Innenpolitik. legislative Vollemdung der Notstandgesetzgebung.
6. Seine Popularität war hilfreich auf dem Weg zur Volkspartei.
7. Seine breit gefächerte Aktivität in kommunalen Spitzenorganisa-
tionen beweist seine positive Einstellung zur Kommunalpolitik.
8. Nichts.
9. Wichtigster Erfplg war, daß er als Vorsitzender des Innenausschusses maßgeblich zur legislativen Absicherung der Notstandgesetzgebung beitragen konnte, - Voraussetzung für die Ablösung alliierte Vor-
behaltsrechte. - Mißerfolge fallen mir nicht ein. Innerlich bewegt haben ihn, daß im Wahlkreis einige Mitglieder ihm immer wieder nicht ausräumbare Schwierigkeiten bereiteten.
10. Es gibt noch heute eine überdurchschnittlich grosse Zahl von Menschen, die sich positiv seiner Persönlichkeit und seines Wirkens erinnern. Zu den Spuren seines Wirkens gehört die Notstandgesetzgebung.

Zu seiner Popularität sei noch angemerkt.

Sein Name war oft in aller Munde. Im Bundestag wurden die Träger des gleichen Namens durch die Beifügung des Herkunftsortes in Klammer voneinander unterschieden. Phonetisch war die Klammer nicht zu hören. Deshalb war es für HSV ein Stück Anerkennung seiner Popularität und er empfand Genugtuung darüber, daß behördlich auf seinen Antrag der Name HSV als Einheit - mit Bindestrich - anerkannt wurde.

G. Wittrock

Zeitzeugen-Interview zu Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen

Datum:

Zeitzeuge: *Kurt Wittrock*

F r a g e n:

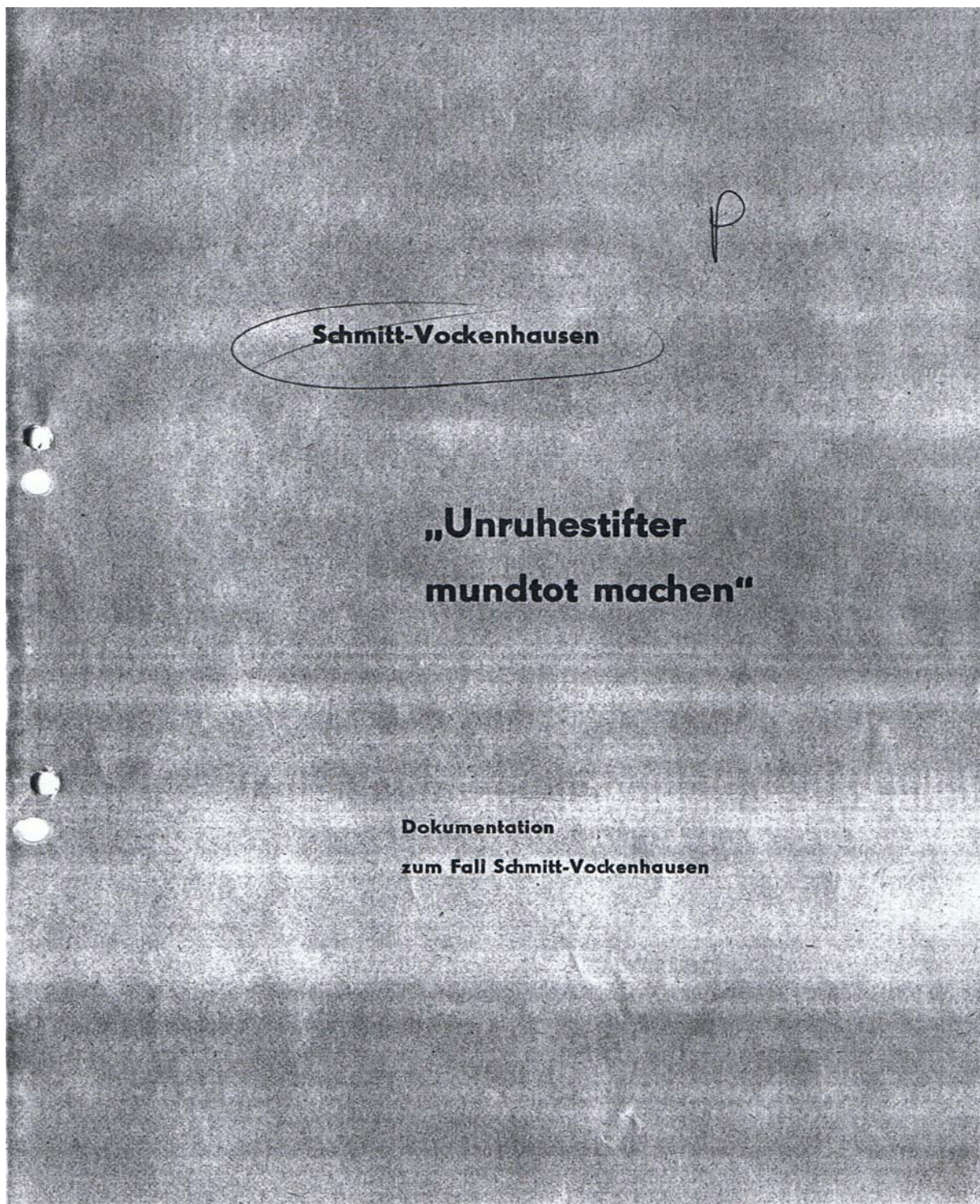
1. Wie lange kannten Sie Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen?
In welchen Gremien waren Sie gemeinsam Mitglied, arbeiteten Sie zusammen etc... *SPD-Partei tags Hessen - für die SPD-Bundestagsfraktion 1953-63*
2. Ich bitte Sie um eine spontane Äußerung zum "Stichwort" Hermann Schmitt-Vockenhausen. Was würden Sie spontan sagen?
Voluminöse Gestalt, aber wieset flink.
3. Wie würden Sie die Persönlichkeit Hermann Schmitt-Vockenhausens charakterisieren?
Hilfsbereit, fleißig, engagiert.
4. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Entwicklung der SPD zur Volkspartei
- Sehen Sie einen solchen Zusammenhang? *JA*
- Was können Sie dazu sagen? *Sein Wirken in der Region war frühzeitiger Einstieg.*
5. Wo lag Ihrer Meinung nach der Schwerpunkt (bzw. lagen Schwerpunkte) der politischen Arbeit Hermann Schmitt-Vockenhausens?
Innenpolitisch, Notstandsgesetzgebung.
6. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Mein-Taunus-Region
Was können Sie dazu sagen? *Seine Populartät war hilfreich auf dem Weg zur Volkspartei.*
7. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Kommunen
Was können Sie dazu sagen? *Seine Aktivität in kommunalen Spitzenorganisationen zeigt sein Engagement.*
8. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Kirchen
Was können Sie dazu sagen? *nichts.*
9. Welche Erfolge konnte Hermann Schmitt-Vockenhausen verzeichnen, welche Mißerfolge mußte er erfahren?
Wichtiger Erfolg war diesseitige Verankerung des Notstandsgesetzes.
10. Wie würden Sie die Bedeutung des Politikers Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen aus heutiger Sicht zusammenfassend kennzeichnen?

Es gibt noch heute überdurchschnittlich viele, die sich deutlich seines Wirkens und seiner Persönlichkeit erinnern. Zu den Spuren seines Wirkens (siehe Nr. 4).

7.10 Aus der Juso-Dokumentation „Unruhestifter mundtot machen“

**7.10.1 gegen Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (36 Seiten mit fünf
„Ergebnissen“ und Presseberichten);**

in Kopie vom Bezirk Hessen-Süd mir übergeben vom Sekretär Ronald Rauch 2001



Herausgegeben vom Bezirksausschuß der Jungsozialisten Hessen Süd

Verantwortlich: Hartmut Holzapfel

Redaktionsschluß: 29. 4. 1969

Vorbemerkung

Noch ist nicht entschieden, welche Folgerungen die zuständigen Gremien der Partei aus dem Verhalten Schmitt-Vockenhausens ziehen werden. Auf Ortsvereins-, Unterbezirks- und Bezirksebene wird über eine angemessene Entscheidung beraten. Und es ist deutlich, daß dieser Fall – wie seine Lösung – über die Grenzen unserer Partei hinaus aufmerksam beobachtet wird.

Es ist daher selbstverständliches Recht jedes Mitgliedes der SPD – und darüber hinaus jedes interessierten Demokraten –, über die Einzelheiten dieses Vorganges exakt informiert zu werden. Die vorliegende Dokumentation soll diesem Recht auf Information Genüge leisten.

Aus der Vorgeschichte

Im November 1968 bildete sich ein „Aktionskreis von SPD-Mitgliedern zur Bundestagswahl 1969“ mit dem Ziel, aus politischen Gründen die erneute Nominierung Schmitt-Vockenhausens zu verhindern. Dieser Kreis unterstützte den – am 3. 11. 1968 vom Unterbezirk Groß-Gerau der Jungsozialisten vorgeschlagenen (1) – Geschäftsführer der IG Chemie, Heinz-Günter Lang. Er setzte sich zusammen aus Gewerkschaftern, JuSos und weiteren Angehörigen der Ortsvereine aus den Unterbezirken Main-Taunus und Groß Gerau der SPD, die zum Wahlkreis 143 gehören. Seine Aktivität bestand in der Herausgabe zweier Flugblätter (2, 3) für die Ortsvereine und dem intensiven Werben für den Gegenkandidaten in der Partei. Am 14. 1. 1969 stellte er seinen Kandidaten in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor.

Es verwundert nicht, daß Schmitt-Vockenhausen diese Initiative seiner innerparteilichen Gegner von Anfang an nicht gefiel. Erstaunlich für manchen war nur, auf welche Weise er sich ihrer von Anfang an zu entledigen trachtete. Auf der Wahlkreis-Konferenz in Kelsterbach am 18. 1. 1969, auf der die Entscheidung über die Kandidatur fallen sollte und fiel, legte er den Delegierten die Photokopie einer Annonce aus der FAZ vor, in der um Material gegen Schmitt-Vockenhausens gebeten wurde. Obwohl erwiesen ist und ihm dies bekannt war, daß diese Annonce nicht von Mitgliedern des „Aktionskreises“ aufgegeben war, bezichtigte er sie dennoch des Versuchs, „Denunzianten anzuwerben“ (4, 5). So nämlich sind ernsthafte politische Gegner auf leichte Weise und unpolitisch vor der Partei abzuqualifizieren.

Trotz der entschiedenen politischen Gegnerschaft zu Schmitt-Vockenhausen herrschte von Anfang an im „Aktionskreis“ volle Übereinstimmung darüber, daß seine Initiative sich auf die innerparteiliche Willensbildung erstreckt. Damit war zugleich eindeutig klar, daß die Entscheidung der Partei, also die der Wahlkreisdelegiertenkonferenz des Wahlkreises 143, respektiert wird. Als diese Entscheidung am 18. 1. 1969 in Kelsterbach zugunsten Schmitt-Vockenhausens fiel, sah auch der „Aktionskreis“ seine Aktivität in dieser Sache für beendet an.

Neunzehn Mitglieder des – jetzt ehemaligen – „Aktionskreises“ trafen sich auf private Einladung (6) am 27. 3. 1969 noch einmal, um ihre Initiative rückblickend zu analysieren und das Ergebnis auszuwerten. Wiederum bestand volle Einmütigkeit aller Anwesenden darin, daß mit der Nominierung Schmitt-Vockenhausens die politischen Differenzen mit ihm bis zur Bundestagswahl nicht weiter ausgetragen werden können. Einigkeit bestand sogar darin, ihn wegen seiner Präsidentschaft in der Deutsch-Ibero-Amerikanischen Gesellschaft jetzt nicht anzugreifen, obwohl zur gleichen Stunde in Spanien der Ausnahmezustand herrschte und die Demokraten dieses Landes schwerster Bedrängnis ausgesetzt waren. Bis an die Grenze der Fragwürdigkeit also wahrten die Mitglieder des ehemaligen „Aktionskreises“ die Interessen unserer Partei im Wahlkampf.

Nach dem vorgenommenen Rückblick berieten sie vor allem darüber, welche Möglichkeiten bestehen, im Wahlkampf für die Partei tätig zu werden. Ergebnis dieser Beratung – die im übrigen den weitaus größten Zeitraum dieser Zusammenkunft beanspruchte –, war, sich aktiv gegen rechtsradikale Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD zu wenden. Zu diesem Thema, speziell der NPD, sollten in Zusammenarbeit von DGB-Ortskartellen, „Arbeit und Leben“, Jungsozialisten und Ortsvereinen Schulungen durchgeführt und eine Liste mit geeigneten Referenten zusammengestellt werden. – Mit einem kurzen Ausblick auf die Zeit nach den Wahlen schloß die Zusammenkunft. Weitere Treffen in diesem Kreis waren nicht vorgesehen.

Der Fall

Erstmals zu dieser Zusammenkunft am 27. 3. 1969 erschien uneingeladen der – mit Staatsschutzaufgaben betraute – Kriminalobermeister Andree. Er führte sich als Vorsitzender der Jungsozialistengruppe in Niedernhausen/Ts. ein. Da der „Aktionskreis“ niemals ein Hehl aus seinen Treffen gemacht, nie geheim getagt und niemand ferngehalten hatte, sah auch niemand einen Grund, Andree von dieser Zusammenkunft auszuschließen.

Jener aber sah einen, Schmitt-Vockenhausen ein Papier von dieser Zusammenkunft zu übersenden, das er als „Protokoll“ bezeichnete. Es enthielt eine Zusammenstellung entstellter, falscher und frei erfundener Sätze, die als Zitate von Heidemarie Wiczorek-Zeul, Heinz-Günter Lang und Frank von Auer ausgegeben waren. Offen ist, ob Andree seinen Märchenschatz aus freien Stücken sammelte oder dazu von interessierter Seite ermuntert worden ist.

Wie dem auch sei: Interessiert zeigte sich Schmitt-Vockenhausen. Und er entfaltete sogleich den bei ihm bekannten Eifer. Am 29. 3. 1969 telefonierte er mit dem Chefredakteur der in Rüsselsheim erscheinenden Tageszeitung „Main-Spitze“, Karl Philipp Michels, und kündigte ihm das sogenannte „Protokoll“ per Eilbrief an. Und am folgenden Tag rief er nochmals an, um dessen Veröffentlichung durchzusetzen.

Das SPD-Mitglied Karl Philipp Michels allerdings erkannte das Risiko, hatte Bedenken und bat den SPD-Ortsvereinsvorsitzenden von Rüsselsheim, Martin Schlappner, zu sich. Während dieser sich bei Michels aufhielt, erfolgte jener zweite Anruf Schmitt-Vockenhausens, so daß auch Schlappner die Gelegenheit hatte, selbst mit dem Informanten zu sprechen.

Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen setzte Schmitt-Vockenhausen die Veröffentlichung jenes „Protokolls“ mit zwei Behauptungen durch, die sich als falsch erwiesen und die er inzwischen zurücknehmen mußte:

1. Sein Zeuge, Karl Andree, ginge mit ihm bis vor das höchste Gericht.
2. Es existiere eine Tonbandaufnahme vom Treffen des ehemaligen „Aktionskreises“.

Am 23. 4. 1969 (s. unten) beteuerte Andree, vor Veröffentlichung des „Protokolls“ mit Schmitt-Vockenhausen nicht gesprochen zu haben – was Schmitt-Vockenhausen bestätigte. Folglich kann Andree diesem gegenüber auch nicht erklärt haben, bis zum höchsten Gericht für seine Denunziation einzustehen. – Zum anderen: Bei gleicher Gelegenheit erklärte Andree, keine Tonbandaufnahme zu besitzen. Gäbe es ein Tonband der fraglichen Zusammenkunft, würde dessen Veröffentlichung die angegriffenen Teilnehmer sofort und umfassend rehabilitieren.

An jenem 30. 3. 1969 aber haben diese Behauptungen bei Michels und Schlappner den Eindruck hervorrufen sollen – was sie auch taten –, als handele es sich bei jener durch Schmitt-Vockenhausen übermittelten Denunziation um belegbare Tatbestände. Am 31. 3. 1969 schließlich erschien die Veröffentlichung des Scheinprotokolls unter dem verheißungsvollen Titel: „Jungvolk der Sozialdemokraten will putschen“ (7).

Ergebnis 1

Ein erfahrener Abgeordneter und langjähriges Mitglied der SPD erhält ein Pamphlet, das seine innerparteilichen politischen Gegner schwer belastet. Er reagiert sofort – allerdings nicht so, wie es den begründeten Gepflogenheiten der SPD entspricht: Er informiert nicht die zuständigen Gremien der Partei, etwa den Unterbezirkvorsitzenden Groß Geraus, Willi Blodt. Er macht auch nicht von der Möglichkeit Gebrauch, sich bei den Verleumdeten selbst nach dem Wahrheitsgehalt jenes „Protokolls“ zu erkundigen; er fragt also nicht an bei Heinz-Günter Lang, seinem früheren Gegenkandidaten, der ihn inzwischen im Wahlkampf unterstützt hat; oder bei Heidemarie Wiczorek-Zeul, die Mitglied des Bezirksvorstandes seiner Partei ist; oder auch bei Frank von Auer, der dem Unterbezirksausschuß der Jungsozialisten im Unterbezirk Groß Gerau seiner Partei angehört. Alle drei sind telefonisch erreichbar. Schmitt-Vockenhausen aber zieht der parteiinternen Klärung den Schritt in die Öffentlichkeit vor und erzwingt unter Vorspiegelung falscher Tatsachen die Veröffentlichung der Denunziation. Nicht die Tatsachen, daß der Wahlkampf bereits begonnen hat, und auch nicht die Rücksicht auf die Partei halten ihn davon ab, so zu verfahren. Das Motiv dieses sonst unverständlichen Verhaltens hat Schmitt-Vockenhausen seinem ehemaligen Freund von der „Main-Spitze“ selbst genannt: „die Veröffentlichung wird dazu führen, die Unruhestifter im Kreis endlich mundtot zu machen“. – Es ist die ihm eigene Weise, mit seinen politischen Gegnern in seiner eigenen Partei zu verfahren.

Zur Widerlegung der Verleumdung

Noch am Tage der Veröffentlichung des kommenden „Protokolls“, also am 31. 3. 1969, geben fünf der Teilnehmer am Aktionskrestreffen eine Gegendarstellung heraus (8). Alle anderen Teilnehmer (außer Andree) haben sich, da sie nicht gleich erreichbar waren, dieser inzwischen angeschlossen. Am nächsten Tag erschien sie in der Presse.

Die drei namentlich Genannten aber – Heidemarie Wiczorek-Zeul, Heinz-Günter Lang und Frank von Auer – beantragen einstweilige Verfügungen beim Landgericht Frankfurt, 3. Zivilkammer, gegen die „Main-Spitze“, in denen der „Main-Spitze“ untersagt wird, die ihr von Schmitt-Vockenhausen zugespielten Behauptungen zu wiederholen. Das Gericht gibt allen drei Anträgen vollinhaltlich statt (9). Bis zur Stunde hat die Zeitung keinen Widerspruch gegen diese Gerichtsentscheide eingelegt; ihr Chefredakteur hat zu verstehen gegeben, daß er sie akzeptieren und die Kosten des Verfahrens tragen wird.

Schlichtungsversuch des Unterbezirkvorstandes von Groß Gerau

Inzwischen war die von Schmitt-Vockenhausen lancierte „Protokollinformation“ von weiteren, auch überregionalen Zeitungen aufgegriffen worden (10, 11). Die SPD war durch Schmitt-Vockenhausen ins öffentliche Gerede geraten. Es galt, Schaden größeren Ausmaßes von ihr abzuwenden.

Deshalb lud der Vorstand des Unterbezirkes Groß Gerau die Beteiligten zum 3. 4. 1969 zu einer klärenden Aussprache ein. Obwohl Schmitt-Vockenhausen ausdrücklich aufgefordert worden war, hierzu seinen Informanten mitzubringen, blieb dieser der Zusammenkunft fern. So ergab sich die eigenartige Situation, daß Schmitt-Vockenhausen nicht den geringsten Beleg für die durch ihn an die Öffentlichkeit gebrachten Diffamierungen erbringen konnte.

Noch mehr verwundert heute, daß Schmitt-Vockenhausen auf dieser Sitzung abtritt, durch den Kriminalobermeister informiert worden zu sein; noch mehr, daß er bestritt, selbst dessen Denunziation in die Presse lanciert zu haben. Inzwischen sind beide Tatsachen bewiesen und notgedrungen auch von ihm zugegeben worden.

Das Ergebnis dieser Unterbezirkvorstandssitzung war folgerichtig eine Ehrenerklärung für die verleumdeten Heidemarie Wiczorek-Zeul, Heinz-Günter Lang und Frank von Auer (12). Die Betroffenen gaben sich im Interesse der Partei mit diesem Kompromiß zufrieden, obwohl sie selbst einen anderen Formulierungsvorschlag unterbreitet hatten (13).

Bei der Abstimmung über die Ehrenerklärung, die einstimmig gebilligt wurde, enthielt sich lediglich Schmitt-Vockenhausen der Stimme. Ihren Text hat er jedoch ebenfalls unterzeichnet.

Diese gemeinsame Erklärung hatte das Ziel, die Kontroverse auf vornehme Weise – auch gegenüber der Öffentlichkeit (14–18) – beizulegen. Sie fußte ausdrücklich auf der Voraussetzung, daß sie weitere Aktivitäten der Betroffenen – des Informanten der Presse wie der Geschädigten – in der Öffentlichkeit erübrige. Die Mitglieder des ehemaligen „Aktionskreises“ haben sich strikt an diese Vereinbarung gehalten und sich öffentlich nicht mehr zu diesem Thema geäußert.

Schmitt-Vockenhausens Rückfall

Anders tat Schmitt-Vockenhausen. Vor seiner Asienreise übergab er der Presse erneut eine Erklärung und bewegte von neuem die gerade geglätteten Wogen. Er deutete an, daß der Unterbezirkvorstand seine Ehrenerklärung für die Angegriffenen nur aus wahltaktischen Erwägungen abgegeben habe und nicht – wie tatsächlich geschehen –, weil Schmitt-Vockenhausen seine Brunnenvergiftung durch nichts rechtfertigen konnte. Er erklärte öffentlich, was intern bleiben sollte, daß er sich der Stimme enthalten habe, kündigte ein Gerichtsverfahren an und bestritt, daß der Kripo-Beamte von ihm als Spitzel beauftragt worden sei.

Mit dieser unbedachten Presseerklärung war wieder ins grelle Licht einer wahlkampforientierten Öffentlichkeit gerückt, was der mildgestimmte Unterbezirkvorstand in Groß Gerau schon entschieden und beigelegt wähnte. Die Spekulationen häuften sich (19–23).

Ergebnis 2

Schmitt-Vockenhausen hat die eindeutige Vereinbarung, es mit der von ihm selbst unterzeichneten Ehrenerklärung vom 3. 4. 1969 sein Bewenden haben zu lassen, aus persönlichem Interesse nicht eingehalten und der Partei durch die von ihm neu angeheizte öffentliche Diskussion neuen Schaden zugefügt.

Er hat den Unterbezirkvorstand zu täuschen gesucht, indem er abtritt, selbst der Informant der Presse zu sein, und indem er leugnete, durch den mit Staatsschutzaufgaben betrauten Kriminalobermeister, Karl Andree, informiert worden zu sein. Er tat nicht nur alles, um eine exakte Aufklärung des Vorgangs zu verhindern, sondern disqualifizierte zudem in der Öffentlichkeit den wohlüberlegten Schlichtungsversuch des Unterbezirkvorstandes seiner eigenen Partei.

Der desavouierte Redakteur pakt aus

Karl Philipp Michels, der Chefredakteur der „Main-Spitze“, war Schmitt-Vockenhausen seit langem verbunden – und dieser jenem zu Dank verpflichtet: Denn keine Zeitung hat sich vor der Wahlkreis-Konferenz so für ihn engagiert wie Michels' Zeitung.

So war es kein Zufall, daß Schmitt-Vockenhausen gerade ihr jenes „Protokoll“ zukommen ließ und – daß die „Main-Spitze“ es druckte.

Schmitt-Vockenhausen dankte es ihm schlecht. Nachdem er sich seiner bedient hatte, ließ er ihn später bedenkenlos fallen, als es ihm opportun erschien. Hatte Schmitt-Vockenhausen ihn zunächst zum Abdruck bewegt, indem er einen Eindruck zu wecken verstand, der Michels in Sicherheit wiegen mußte, scheute er sich später nicht zu bestreiten, daß er selbst die „Main-Spitze“ informiert hatte; und gab er später Michels der Lächerlichkeit preis, als er den „Main-Spitze“-Artikel abtat als die aufgebauschte Sensationstory eines unbedeutenden Provinzblättchens.

Der desavouierte K. P. Michels aber zog die Konsequenz und gab exakt über die Beteiligung Schmitt-Vockenhausens an der Publizierung des „Protokolls“ Auskunft (24). Unter dem Druck der Beweise mußte Schmitt-Vockenhausen sein Leugnen aufgeben. Er tat dies auf einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände der Unterbezirke Groß Gerau und Main-Taunus am 22. 4. 1969 in Flörsheim.

Ergebnis 3

Nicht der Denunziant Karl Andree und nicht der Redakteur Karl Philipp Michels, auch nicht der hinreichend belastete Martin Schlappner aus Rüsselsheim haben den Sprung in die Öffentlichkeit zu verantworten, sondern Schmitt-Vockenhausen persönlich. Er selbst war es, der durch jene Veröffentlichung der Partei schweren Schaden zugefügt hat.

Aktive Parteivorstände

Durch die Recherchen der Presse war dieser Sachverhalt der Öffentlichkeit nicht lang zu verheimlichen. Eine Reihe von Jungsozialistengruppen und -führungsgruppen, Ortsvereine und Ortsverbände forderten Konsequenzen: Parteiordnungsverfahren, Rücktritt von der Kandidatur und eine neue Wahlkreis-Konferenz (25–39). Der Vorsitzende der Landtagsfraktion befürwortete ein sofort einzuleitendes Parteiordnungsverfahren (40).

Der Bezirksvorstand Hessen-Süd der SPD beriet am 19. 4. 1969 über die Lage und beschloß einstimmig, ein Parteiordnungsverfahren gegen Schmitt-Vockenhausen einzuleiten (41–44). Auch von einer Empfehlung an die Unterbezirksvorstände des Wahlkreises 143 war die Rede, eine neue Wahlkreis-Konferenz einzuberufen.

Der Parteivorstand zitierte Schmitt-Vockenhausen aus Asien zurück in die murrende Heimat. Er kam, sah und berief eine Pressekonferenz ins Kurhaus von Bad Soden ein zum Zwecke seiner Selbstrechtfertigung (45–49). Der Bundesvorstand der SPD bemühte sich schüchtern aber – zunächst noch – deutlich, ihm hilfreich unter die Arme zu greifen (50). Der Unterbezirksvorstand Main-Taunus, dem Schmitt-Vockenhausen als Vorsitzender angehört, bewies Vasallentreue und stellte sich hinter ihn (51). Schützenhilfe kommt auch von anderer Seite (52).

Die entscheidende Frage aber, ob eine neue Wahlkreis-Konferenz einberufen werden muß, sollte die gemeinsame Sitzung der Unterbezirksvorstände Main-Taunus und Groß Gerau mit Vertretern des Bezirksvorstandes und einem des Bundesvorstandes am 22. 4. 1969 in Flörsheim entscheiden. Ebenfalls eingeladen waren der Genosse Denunziant, Karl Andree, und die Genossen Heidemarie Wiczorek-Zeul, Heinz-Günter Lang und Frank von Auer mit weiteren Teilnehmern der Zusammenkunft in der Rüsselsheimer Stadthalle.

Vor Bericht und Befragung der Beteiligten wurde einstündig das Verfahren geregelt. Jedoch nicht nur das: erstaunlicherweise wurden schon jetzt, also noch vor Klärung des Sachverhalts, die Unterbezirksvorstände nach ihrer Stellung zu Schmitt-Vockenhausen befragt. Und so wurde präjudiziert: Der Vorstand des Main-Taunus Kreises gab – mit Mehrheit – sein durch keines Gedankens Blässe angekränkelt Vertrauen zu Schmitt-Vockenhausen kund; der Vorstand von Groß Gerau gab sich differenzierter und bestand auf der Konfrontation der Parteien.

Also gaben Bericht und wurden befragt der Kriminalbeamte, der ehemalige „Aktionskreis“ und Schmitt-Vockenhausen. Im wesentlichen wurden die alten Positionen bekräftigt. Doch einiges war neu: Schmitt-Vockenhausen nahm – taktisch geschickt – die Rolle des reuigen Sünders ein, gab zu und bedauerte, das „Protokoll“ an die Presse gegeben zu haben, ohne zuvor seinen Wahrheitsgehalt zu überprüfen und ohne zuvor eine Klärung durch die Partei zu versuchen. Er gab zu, jene verräterische Bemerkung von sich gegeben zu haben, die Veröffentlichung solle „endlich die Unruhestifter im Kreis mundtot machen“. Neu war auch die Klärung der Umstände, unten denen Schmitt-Vockenhausen die Veröffentlichung des „Protokolls“ in der „Main-Spitze“ durchsetzte:

1. Die telefonische Äußerung gegenüber Michels, sein Informant stehe und gehe bis vor das höchste Gericht, war seine freie Vermutung. Schmitt-Vockenhausen selbst wie Andree bestanden nämlich darauf, vor Veröffentlichung des Pamphlets nicht miteinander gesprochen oder korrespondiert zu haben.
2. Die Behauptung, es gebe ein Tonband, diene lediglich dazu, die Redaktion der „Main-Spitze“ in Sicherheit zu wiegen und den Ortsvereinsvorsitzenden von Rüsselsheim, Martin Schlappner, dazu zu bringen, der Veröffentlichung zuzustimmen. Andree selbst bestritt, ein Tonband zu besitzen. Schmitt-Vockenhausen konnte seine Behauptung nicht belegen. Auf dringliches Befragen erklärte er, man solle das Parteiordnungsverfahren abwarten. Dort wolle er sich offenbaren. – So war es nicht möglich, mit Hilfe eines solchen Tonbandes die Haltlosigkeit der Anschuldigungen gegen den ehemaligen „Aktionskreis“ nachzuweisen. Vorläufig ist ungeklärt, ob ein solches Tonband überhaupt existiert.

Es ergaben sich Widersprüche zwischen den Aussagen Andrees und Schmitt-Vockenhausens: Der Denunziant blieb dabei, die gravierenden Sätze wörtlich in der Sitzung protokolliert zu haben; Schmitt-Vockenhausen jedoch hatte ausdrücklich eingeräumt, daß es sich lediglich um ein später angefertigtes „Gedächtnisprotokoll“ handle. Andree erklärte, Schmitt-Vockenhausen nur flüchtig zu kennen und umgekehrt diesem kaum bekannt zu sein. Schmitt-Vockenhausen aber rühmte ihn als einen ihm seit langem bekannten, zuverlässigen und treuen Beamten.

Ergebnis 4

Weder Andree noch Schmitt-Vockenhausen konnten den Wahrheitsbeweis für die veröffentlichten und den Verleumdungen in den Mund gelegten „Zitate“ erbringen. Immer noch steht der mit Staatsschutzaufgaben betraute Kriminalobermeister allein gegen die übereinstimmenden Aussagen aller anderen achtzehn am Gespräch Beteiligten.

Schmitt-Vockenhausen mußte zugeben, daß seine Behauptungen vor der Presse, es gebe mehrere Zeugen auf seiner Seite, nicht zutreffen; er mußte zugeben, die Veröffentlichung des „Protokolls“ durch Vorspiegelung falscher Tatsachen durchgesetzt zu haben; er mußte seine frühere Aussage zurücknehmen, mit der Veröffentlichung nichts zu tun zu haben. Er mußte seine Absicht zugeben, durch diese Veröffentlichung seine innerparteilichen politischen Gegner auf unpolitische Weise „mundtot machen“ zu wollen.

Die Reaktion der Unterbezirksvorstände

Nachdem dieser Sachverhalt offenbar geworden war, sollten die Unterbezirksvorstände über etwaige Konsequenzen Auskunft geben. Es passierte jedoch Erstaunliches: Obwohl der Unterbezirksvorstand des Main-Taunus Kreises, dessen Vorsitzender Schmitt-Vockenhausen bekanntlich ist, jetzt exakt über die Vorgänge informiert worden war, hielt er es nicht einmal für nötig, sich neu zur Beratung zusammensetzen. Für ihn war alles schon vorher klar. Auf Fakten konnte er großzügig verzichten – fürwahr ein Musterbeispiel unkritischer Gefolgschaftstreue.

Der Vorstand des Unterbezirks Groß Gerau aber zog sich zur Beratung zurück. Obwohl die Mehrheit seiner Mitglieder sich für die sofortige Einberufung einer neuen Wahlkreis-Konferenz aussprach, wollte man die Minderheit nicht überfahren. (Der Unterbezirksvorstand Main-Taunus hatte seine – immerhin beachtliche – Minderheit keineswegs in gleicher Weise respektiert). So beschloß er den Kompromißvorschlag, vor der endgültigen Entscheidung noch einmal die Ortsvereine zu befragen und eine außerordentliche Unterbezirkskonferenz einzuberufen. Der Beschluß hat den Wortlaut:

„Der Unterbezirksvorstand hält es für notwendig, daß die Wahlkreisdelegierten nach erneuter Meinungsbildung in ihren Ortsvereinen über den Bundestagskandidaten für den Wahlkreis 143 neu entscheiden, unabhängig von eventuell anhängigen Verfahren. Er empfiehlt das Gleiche dem Unterbezirk Main-Taunus.“

Dem aber wollte der ergebene Unterbezirksvorstand Main-Taunus nicht zustimmen. Sich schlicht über den Verlauf der vorangegangenen achtstündigen Diskussion hinwegsetzend beschloß er:

„Der Unterbezirksvorstand Main-Taunus sieht auch nach dem Ergebnis der gemeinsamen Sitzung in Flörsheim, insbesondere der dort erfolgten Tatsachenermittlung, keine Veranlassung, eine erneute Wahlkreis-Konferenz zu fordern. Diese Frage kann erst behandelt werden, wenn die anhängigen Schiedsverfahren erledigt sind.“ (Abstimmungsergebnis: 17 zu 5).

Obwohl die Affäre Schmitt-Vockenhausen längst nicht mehr in juristischen Kategorien faßbar ist, einigten sich beide Unterbezirksvorstände darauf, daß ein Parteiordnungsverfahren gegen jenen unvermeidbar ist und daß dieses schnell stattzufinden habe (zum Ganzen 53–61).

Dem stimmte der Bezirksvorstand zu. Sein Vorsitzender, Albert Osswald, gab am Tag danach eine Pressekonferenz, bei der er es für das Interesse der Partei hielt, den Fall herabzuspielen und aus einem Elefanten einen Floh zu machen (62).

Unmaßgebliche Vermutung über Motive

Das Motiv Schmitt-Vockenhausens zur Veröffentlichung des gefälschten Protokolls ist eindeutig: Er wollte eine ihm unbequeme Gruppe innerparteilicher Gegner durch öffentliche Diffamierung „mundtot machen“. Erstaunlich ist nur, wie dilettantisch er als erfahrener Politiker dabei verfuhr. Die Fixierung auf seine zum Feind hochstilisierten politischen Gegner – vor allem die namentlich genannten Heidemarie Wieczorek-Zeul, Heinz-Günter Lang und Frank von Auer – ließen ihn offensichtlich die Selbstkontrolle verlieren. Zum anderen ging er – ohne Überprüfung – leichtfertig von der Zuverlässigkeit des Denunzianten aus. Und damit fiel er in die selbstgegrabene Grube.

Nicht restlos konnte bisher geklärt werden, welche Motive den Denunzianten Andree leiteten. Er gibt vor, Schaden von der Partei abhalten zu wollen. Allein – kunstvoll erfundene Dichtungen sind dazu kaum geeignete Mittel. – Andree war über Vorgeschichte und Überlegungen des bespitzelten „Aktionskreises“ nicht informiert, weil er zuvor an keiner Zusammenkunft teilgenommen hatte. Das erklärt – wenn auch nur zum Teil –, wie er zu derart falschen Schlüssen kommen konnte. Zudem aber wird sich ausgewirkt haben, daß er den Mitgliedern des „Aktionskreises“, vor allem dessen Initiatoren, aus politischen Gründen kaum wohlgesonnen war, das Wohlwollen Schmitt-Vockenhausens jedoch gewinnen wollte – sofern er es nicht vorher schon besaß. Auf Befragen erklärte er, bisher noch nie „in so einer linken Atmosphäre“ gewesen zu sein. So mußten ihm die Ansätze zu einer innerparteilichen Opposition und das Verständnis für innerparteiliche Demokratie nicht gerade geläufige Dinge sein. Unerklärbar aber bleibt bis heute, was ihn dazu veranlassen konnte, seinen Beobachtungsobjekten „Zitate“ in die Mäuler zu legen, die nie gefallen waren. Der Verdacht bleibt unbewiesen, daß seine Aktivität nicht doch von einem anderen initiiert wurde, der daran – wie sich zeigte – ein gewichtiges Interesse hatte.

Ergebnis 5 – und vorläufiger Stand der Dinge

Schmitt-Vockenhausen hat eine als „Protokoll“ bezeichnete Fälschung an die Presse weitergegeben, um sich innerparteilicher Opposition zu entledigen. Ihm ist vorzuwerfen:

1. Anstatt politische Differenzen mit seinen innerparteilichen Gegnern auszudiskutieren und die Entscheidung darüber den beschlußfassenden Gremien der Partei zu überlassen, mißachtete er die Regeln innerparteilicher Demokratie und startete eine Verleumdungskampagne.
2. Anstatt die schwerwiegenden Vorwürfe gegen seine politischen Gegner vorher auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen, übergab er sie einer ihm nahestehenden Zeitung.
3. Anstatt im Interesse der Partei, die sich im Wahlkampf befindet, die zuständigen Gremien der Partei zu informieren und durch diese den Sachverhalt klären zu lassen, griff er die Denunziation seiner innerparteilichen Gegner begierig auf und gab sie an die Öffentlichkeit weiter.
4. Anstatt eine schnelle Klärung des Sachverhalts durch die Parteiinstanzen zu ermöglichen, enthielt er ihnen von Fall zu Fall wesentliche Informationen vor, die sich gegen ihn hätten auswirken können – und bei Bekanntwerden ausgewirkt haben:
 - a) Zur Sitzung des Unterbezirksvorstandes Groß-Gerau brachte er trotz ausdrücklicher Aufforderung seinen Informanten Andree nicht mit.
 - b) Bei der gemeinsamen Sitzung beider Unterbezirksvorstände in Flörsheim legte er – trotz Aufforderung – das Tonband nicht vor, dessen Existenz er behauptet hatte. Stattdessen vertröstete er die Anwesenden auf das bevorstehende Parteiordnungsverfahren.
5. Anstatt weiteren Schaden von der Partei abzuwenden und durch offenes Eingeständnis seines Fehlers das Verfahren abzuschließen, verschleierte er die Tatbestände oder machte sogar falsche Angaben, solange ihm dies möglich war:
 - a) Er behauptete zunächst, nicht Andree sei sein Informant.
 - b) Er bestritt, das „Protokoll“ selbst in die Presse lanciert zu haben.
6. Anstatt sein Fehlverhalten selbst einzugestehen und die Konsequenzen auf sich zu nehmen, schob er die Schuld auf andere ab und gestand sie erst unter dem Druck der Beweislast ein:

- a) Andree sollte verantwortlich für den Skandal sein, den er selbst ausgelöst hatte.
 - b) Der Redakteur Michels sollte verantwortlich sein, weil er veröffentlicht hatte, was Schmitt-Vockenhausen selbst ihm zugespielt hatte.
 - c) Die „Main-Spitze“ sollte verantwortlich sein. Sie habe als Provinzblatt unseriös aufgebauscht und eine Sensationsmeldung produziert, was Schmitt-Vockenhausen selbst als „Bombe“ gegen seine innerparteilichen Gegner in der Öffentlichkeit explodieren lassen wollte.
 - d) Willi Brandt gar persönlich sei verantwortlich, weil er ihn nach Asien entsandte, als seine Anwesenheit hierzulande unerlässlich gewesen wäre.
 - e) Die „Frankfurter Rundschau“ soll verantwortlich sein, die eine „Rufmordkampagne“ gegen ihn eingeleitet habe (63, 64).
7. Anstatt die zunächst auch von ihm akzeptierte und unterschriebene Schlichtung durch den Unterbezirksvorstand Groß-Gerau die Affäre beenden zu lassen, wandte er sich von neuem an die Öffentlichkeit und ließ so zum Schaden der Partei die Angelegenheit nicht zur Ruhe kommen.

Daher bleibt festzuhalten: Wer so wenig Verständnis für innerparteiliche Demokratie aufbringt und so mit politischen Gegnern verfährt –; wer aus egoistischen Gründen so wenig Rücksicht auf die im Wahlkampf stehende eigene Partei nimmt –; wer Entscheidungen der zuständigen Gremien der Partei nicht respektiert, die zu schlichten versuchen –; wer sich selbst derart in der Öffentlichkeit disqualifiziert und unglaubwürdig macht –; wer so undiszipliniert um sich schlägt und im Wahlkreis maßgebliche Zeitungen diffamiert – der ist, unabhängig von seinen politischen Positionen, kaum ein geeigneter Bundestagskandidat der SPD. Nicht zuerst aus rechtlichen Gründen – diese bleiben der Klärung durch das Parteiordnungsverfahren anheimgegeben –, wohl aber aus politischen scheint eine neue Wahlkreis-Konferenz unumgänglich, die über den Kandidaten neu zu entscheiden hat. Auf keinen Fall – Landesliste. Da Schmitt-Vockenhausen nicht bereit ist, selbst die Konsequenzen aus seinem Verhalten zu ziehen und von seiner Kandidatur zurückzutreten, ist im Interesse der Partei und der jungen Demokratie in Deutschland diese – gewiß bittere, aber einzig angemessene – Entscheidung schnell zu fällen.

Frankfurt, am 29. 4. 1969

7.10.2 Wählerinitiative HSV

Werner Bechtel
SPD-Ortsverein Rüsselsheim,
Unterbezirk Groß-Gerau

6090 Rüsselsheim
Feuerbachstr. 73

E r k l ä r u n g !

Die betrogene Basis!
=====



Die SPD-Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks Groß-Gerau hat am 23.9.1972 in Wallau folgendes bestimmt:

1. Der Direktkandidat des Wahlkreises 143 Groß-Gerau - Maintaunus, Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, wird mit 171 : 52 Stimmen für einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste vorgeschlagen.
2. Pfarrer Kurt Oeser wird mit 177 : 50 Stimmen für einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste vorgeschlagen.

Wie ich in Erfahrung gebracht habe, will der SPD-Bezirksvorstand Hessen-Süd der Landesdelegiertenkonferenz am 30.9.1972 in Marburg vorschlagen, der in den Wahlen unterlegene Kandidat Frank von Auer soll auf Platz 27 der Landesliste und Heidi Wieczorek-Zeul soll auf Platz 31 der Landesliste kandidieren.


Heidi Wieczorek-Zeul ist Mitglied des Bezirksvorstandes, und Frank von Auer hat sehr gute Verbindungen durch sie dorthin.

Von dem Beschluß der Basis (siehe oben) ist nichts geblieben!

Ich finde das unerhört!
=====

Was sagen die Jungsozialisten dazu, die doch immer auf der Einhaltung der Basisbeschlüsse drängen?

Ich fordere Heidi Wieczorek-Zeul und Frank von Auer auf, die Plätze auf der Landesliste für die Gewählten Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen und Kurt Oeser freizumachen!



Ich fordere die Delegierten der Landesdelegiertenkonferenz auf, die Beschlüsse der Basis zu achten!

gez. Werner Bechtel

Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Rüsselsheim
Vorstandsmitglied des SPD-Ortsvereins Rüsselsheim
Ordentlicher Delegierter des Unterbezirks Groß-Gerau
für die Landesdelegiertenkonferenz am 30.9.1972

Wählerinitiative HSV

Ob Helmut Schmidt, Georg Leber, Heinz Ruhnau, Hans-Jochen Vogel oder HSV -vor allem solche Männer und Frauen, die bei Wahlen der SPD Stimmen bringen sollen und bringen- haben die Ideologen laufend etwas auszusetzen. Das ist nichts Neues! Mit einer Flut von Papier, das Entstellungen, Halbwahrheiten und Unwahrheiten enthält, wird versucht, die unermüdliche und erfolgreiche Arbeit unseres Abgeordneten Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen zu diskreditieren.

Wir aber wollen HSV! Er ist der Beste!

..... denn wir wissen, w a s er geleistet hat, und w a s er verspricht, das hält er!

Wir verlassen uns nicht auf Versprechungen, die dann doch nicht gehalten werden, wie es z.B. andere Ideologen vor der letzten Bundestagswahl getan haben, um sich dann in Bonn von dem richtigeren Weg überzeugen zu müssen.

HSV hat sich trotz hoher Ämter in all den Jahren unermüdlich um die Anliegen und Sorgen der Bürger des Wahlkreises 143 bemüht. Keine Gemeinde war ihm zu klein, kein Weg war zu weit! HSV ist der Mann des Volkes geblieben. Er ist ein Realist und kein Ideologe!

HSV hat mit den Ämtern, mit denen er innerhalb der SPD und im Vorraum der Politik betraut wurde, der Partei grosse Ehre gemacht und Vertrauen in den Bevölkerungskreisen geschaffen, die früher der SPD fern standen.

Der Parteivorstand der SPD begrüsst es ausserordentlich, daß es HSV als einziger Sozialdemokrat geschafft hat, in das höchste Laiengremium im katholischen Bereich (Zentralkomitee der deutschen Katholiken) gewählt zu werden, Dieses ist umso wichtiger, als die SPD und ihr Vorsitzender Willi Brandt seit langem erkannt haben, daß besonders um die Stimmen des katholischen Bevölkerungsteils geworben werden muss, weil hier noch grössere Wählerreserven für die SPD vorhanden sind. Das ist kein Geheimnis sondern ist in allen Wahlanalysen nachzulesen.

Der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Willi Brandt vertritt in Sachen des § 218 den gleichen Standpunkt wie HSV!

HSV hat schon in den sechziger Jahren die Bedeutung der Fragen des Umweltschutzes richtig eingeschätzt und sich als Landesvorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald für diese Probleme energisch eingesetzt.

HSV ist unser Mann, denn

1. HSV verkörpert die beste Tradition der Partei im Sinne von Ebert, Wels, Reuter, Schumacher, Brandt, Erler und Schmidt.
2. HSV ist einer derjenigen, der die Godesberger Volkspartei im Bewusstsein der Wähler mit Erfolg durchgesetzt hat.
3. HSV ist einer derjenigen, die durch ihre persönliche Haltung dafür gesorgt haben, daß die SPD in den Augen der Wähler regierungsfähig geworden ist.
4. HSV ist ein Mann, der nicht mit zwei Zungen spricht (wie andere: für bestimmte Funktionäre nach links, für die Wähler nach rechts), so daß er sich nicht erst umstellen muss, wie es andere tun müssen und mußten, wenn sie in verantwortliche Ämter kommen.
5. HSV ist nicht der Mann, der Versprechungen macht, die dann doch nicht eingehalten werden.
6. HSV hat es nicht nötig und lehnt es ab, sich durch scharfmacherische Aussagen, die allzu oft auch noch gegen die eigene Partei gehen, zu profilieren.

11. September 1972

Wählerinitiative HSV

- 1.) Ergebnis der Delegiertenwahl des Ortsvereins Rüsselsheim
am 10. September 1972

Auf der Delegiertenversammlung am 23. September 1972 werden
sämtliche 54 vom Ortsverein Rüsselsheim gewählte Delegierte
für HSV votieren.

- 2.) Versammlung des Ortsvereins Flörsheim am 4. September 1972

Zum Ergebnis der Versammlung wurde folgender Antrag an den
Unterbezirk Main-Taunus gerichtet:

Hiermit beantrage ich, den in der o.a. Ortsvereinsversamm-
lung gefaßten Beschluß über eine Empfehlung zur Nominierung
des Bundestagskandidaten für den Wahlkreis 143 aufzuheben.

Begründung:

Die nach § 5 der Satzung des Ortsvereins Flörsheim vorge-
sehene Frist von 7 Tagen für die Einberufung einer Mitglie-
derversammlung ist nicht eingehalten worden. Die Einladung
für diese Versammlung wurde den Mitgliedern erst am Freitag,
dem 1.9.1972, also nur 3 Tage vor der Versammlung, zugestellt

Im übrigen war eine solche Abstimmung weder in der mit der
Einladung übermittelten Tagesordnung enthalten noch als zu-
sätzlicher Tagesordnungspunkt bei der zu Beginn der Versamm-
lung erfolgten Verabschiedung der Tagesordnung beschlossen
worden.

gez.:
Werner Bechtel

gez.:
Konrad Treber

gez.:
Willi Hofmann

Willy Brandt

BUNDESKANZLER
VORSITZENDER DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS

5300 Bonn, 24. August 1972
Ollenhauerstr. 1

Herrn

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

5300 B o n n

Bundeshaus

Lieber Hermann,

vielen Dank für Deinen Brief vom 24. August.

Es kann keine Rede davon sein, daß die SPD sich auf dem Weg befände, "eine intolerante und kirchenfeindliche Partei" zu werden. Ich bitte, hierzu auch meine Rede vom 20. August heranzuziehen.

Mit Dir teile ich die Auffassung, daß sich jeder in der innerparteilichen Auseinandersetzung für seinen Kandidaten und die Vorzüge, die er nach seiner Meinung hat, einsetzen kann.

Dokumentationen u. ä., die allein das Ziel haben, einen Kandidaten, der mit viel Einsatz und Erfolg auf schwierigem Gelände für seine Partei kämpft, zu disqualifizieren, schaden unserer Sache.

Mit freundlichen Grüßen

Willy Brandt

Willy Brandt

P. S.

Abschrift hat die Gruppe von Auer erhalten.

7.10.3 „Zur Notwendigkeit einer politischen und personellen Alternative – Eine Dokumentation“ (mir übergeben vom damaligen Landtagsabgeordneten Martin Schlappner, SPD)



Hochheim/Gernsheim, den 14. August 1972

An die
Mitglieder der SPD im Wahlkreis 143

Liebe Genossinnen und Genossen,

die folgende Dokumentation hat nur ein Ziel: Sie soll Euch über die politischen Positionen und Praktiken von Hermann Schmitt-Vockenhausen informieren und damit deutlich machen, warum es im Interesse der Partei liegt, ihn als Abgeordneten für unseren Bundestagswahlkreis abzulösen.

Die Dokumentation hat sich das Ziel strenger Sachlichkeit gesetzt. Sie kann weithin auf Wertungen verzichten, weil die Belege für sich sprechen. Natürlich war eine Auswahl aus dem umfangreichen Material schon aus Finanz- und Raumgründen unvermeidbar. Sie konzentriert sich auf solche Dokumente, die aus sozialdemokratischer Sicht als besonders problematisch erscheinen. Und sie belegt, daß die Kluft zwischen den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Partei und dem derzeitigen Abgeordneten in entscheidenden Fragen die Grenze des Unerträglichen erreicht hat.

Dies wird von einer ständig zunehmenden Zahl von Mitgliedern unserer Partei aufmerksam beobachtet. Immer weniger Genossinnen und Genossen scheinen gewillt zu sein, ein solches Verhalten stillschweigend hinzunehmen. Diese Dokumentation begründet ausreichend, warum unsere Partei im Wahlkreis 143 auf ihrer Wahlkreiskonferenz am 23. September 1972 in Hochheim einen anderen Bundestagskandidaten nominieren muß, wenn sie ihren eigenen politischen Grundsätzen und Beschlüssen treu bleiben will.

n. im Brief vom 27.5.72 ?
Wir unterstützen als die überzeugende politische und personelle Alternative zum seitherigen Abgeordneten den Genossen Frank von Auer. Er ist Schriftführer im Unterbezirksvorstand der SPD im Kreis Groß-Gerau und Ortsvereinsvorsitzender der SPD in Astheim. Er arbeitet als Gewerkschaftssekretär und ist Pressesprecher beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Frankfurt.

Mit freundlichen Grüßen

für den Aktionskreis

Walter Guckes
(Stellv. Vors. des SPD-UB
Groß-Gerau)

Dr. Wolfgang Winckler
(Mitglied im UB-Vorstand
Main-Taunus der SPD)

IM ZK DER DEUTSCHEN KATHOLIKEN

Im Gegensatz zu Georg Leber, dem die Wiederwahl versagt blieb, gehört Hermann Schmitt-Vockenhausen nach wie vor dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken an. Er ist - neben dem CDU-Abgeordneten Kliesing - sogar stellvertretender Vorsitzender des politischen Beirats des ZK; Vorsitzender ist der konservative Mainzer Politologe Buchheim.

Am 4. August 1971 gab der "politische Beirat" mit Zustimmung des ZK-Präsidiums neun "Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie" heraus. Sie sind im folgenden - in einer Zusammenfassung des VORWÄRTS vom 2. 9. 1971 - wiedergegeben:

Die Thesen

1. Demokratie ist kein Religionsersatz. Jede pseudoreligiöse Verfälschung des Demokratiebegriffs gefährdet den demokratischen Staat.

2. Die repräsentative Demokratie sichert den Raum für die Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Menschen.

3. Rationalität der Politik ist eine sittliche Forderung an den demokratischen Staat und eine sittliche Verpflichtung aller, die ein demokratisches Mandat innehaben. Moralische Absolutheitsansprüche führen zum Irrationalismus und damit zur Schädigung des allgemeinen Wohls.

4. Freiheit und Gleichheit sind Prinzipien der Demokratie! Die Spannung zwischen beiden wird durch die Prinzipien der Solidarität und Gerechtigkeit ausgeglichen.

5. Politisches Denken und Handeln ist nicht identisch mit gesellschaftlichem Denken und Handeln.

6. Die Forderung nach Demokratisierung der Gesellschaft ist der Sache nach berechtigt, in der Formulierung jedoch mißverständlich. Als politischer Begriff kann „Demokratie“ nicht auf nichtpolitische Bereiche angewandt werden. Welche Formen der Demokratisierung legitim und welche nicht legitim sind, wird durch die Verfassung entschieden.

7. Politische Diskussion ist auf politisches Handeln und Entscheidungen bezogen. Sie ist deshalb grundsätzlich anderer Art als theoretische Diskussion, insbesondere, weil sie an der praktischen Verantwortung orientiert sein muß.

8. Politische Beratungen im freiheitlichen Rechtsstaat können nur in bestimmten Grenzen öffentlich sein. Eine Mißachtung dieser Grenzen führt zu Unfreiheit und Terror.

9. Gesellschaftliche und politische Umgangsformen sind notwendig um des Schutzes der Menschenwürde in der modernen Gesellschaft willen. Wer sie mißachtet, verletzt Persönlichkeit und Freiheit des anderen.

Diese Veröffentlichung forderte eine erhebliche Anzahl katholischer Organisationen, Wissenschaftler und Publizisten dazu heraus, "die Demokratie gegen ihre Verteidiger zu verteidigen". Unser SPD-Organ VORWÄRTS und die theoretische Zeitschrift der SPD, DIE NEUE GESELLSCHAFT, haben diesen Gegenstimmen viel Raum gegeben. Insgesamt gesehen sind diese Gegenstimmen

deshalb besonders wichtig, weil sie den Teil des politischen Katholizismus repräsentieren, der zur Zusammenarbeit mit der SPD bereit ist und aus dem auch unsere Wählerstimmen kommen.

Prof. Eugen Kogon warf den "Katholischen Faustregeln für Demokraten" vor, "auf einem Auge blind" zu sein:

"An keiner einzigen Stelle der 26 Seiten ist beispielsweise auch nur mit einem einzigen Satz vom Einfluß der ökonomischen Macht die Rede, als ob es, national und international, durch sie nirgends einen "Mißbrauch der Demokratie" gegeben hätte und gäbe. Ein Hinweis solcher Art, die Thesen um eine auf zehn vermehrend, hätte immerhin gezeigt, daß die Verfasser, obschon einäugig, doch über eine gewisse Blickweite auch nach rechts von links verfügten. Aber es ging nicht. Ein wohlmeinend-betulicher, hausbacken-belehrender, in dem und jenem, wenn es unproblematisch zu sein scheint, mit den modernen Entwicklungen gleichwohl ein-verstandener Konservativismus, der Erfahrung und Verantwortung naiv allein für sich in Anspruch nimmt, seine eigene Praxis - samt ihren mancherlei Praktiken - für wohlbegründet-rational und gänzlich unideologisch hält, kennzeichnet die politische Position, von der aus diese Stellungnahme erfolgt ist."

Eugen Kogon verweist auch auf die Kritik an jenen "Thesen" durch den Bensberger Kreis, einem für den Reformkatholizismus wichtigen Zusammenschluß katholischer Laien und Theologen, der erklärte:

"Man habe die neun Thesen des Zentralkomiteebeirats nur "mit höchstem Befremden" zur Kenntnis nehmen können, sie seien "nach Inhalt und Form ein Rückfall auf ideologische Positionen des Katholizismus der Geschlossenheit aus der vorkonziliären Zeit", sie ignorierten "die gesamte Entwicklung des theologischen und gesellschaftswissenschaftlichen Denkens, wie sie nach der Öffnung der Kirche durch Johannes XXIII. bei Bischöfen, Priestern und Laien eingesetzt hat", sie polemisierten ungerecht und beleidigend, die Kritik im übrigen ausschließlich "nach links hin" gerichtet, "vom Sozialliberalen bis zum Radikaldemokraten oder Marxisten alles zum Gegner der Demokratie" erklärend, "während die Gefährdung der Demokratie von rechts keinerlei Erwähnung findet", und es fehle völlig "eine Analyse der konkreten politischen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik ebenso wie der Verweis auf mögliche und notwendige Reformen."

Ausdrücklich schloß sich auch Walter Dirks, der renommierte katholische Publizist und DGB-Kulturpreisträger, in seiner ausführlichen Kritik der "Thesen" im SPIEGEL dem Votum des Bensberger Kreises an:

Das ZK-Papier entlarve sich selbst "als der Versuch bestimmter katholischer Kreise, jene ideologische Plattform wiederherzurichten, von der aus den restaurativen Kräften der 50er und 60er Jahre die Rückkehr in die politischen Machtpositionen erleichtert werden soll".

Schließlich sei auf den bekannten katholischen Theologen Prof. Dr. Norbert Greinacher verwiesen, der Ordinarius für praktische Theologie am katholisch-theologischen

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 23. 8. 1971

Fachbereich
der Univer-
sität Tübin-
gen ist.

Greinacher
faßt seine
Kritik in
drei Punk-
ten zusammen:

1. Die The-
sen leisten
nicht einmal
im Ansatz
eine ernst-
hafte Ana-
lyse der
augenblick-

Zwei Rügen für „HSV“

SPD-Unterbezirk rebelliert gegen Bundestagsvizepräsident

Von unserem Korrespondenten Walter Keber

BIEBESHEIM (Kreis Groß-Gerau). Bei einem außerordentlichen Unterbezirksparteitag der Sozialdemokraten des Kreises Groß-Gerau wurden dem Bundestagsabgeordneten dieses Kreises, Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (HSV), zwei scharfe Rügen zuteil.

Mit großer Mehrheit lehnten die Delegierten des Parteitages die neun Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie ab, die vom Beirat für politische Fragen des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken herausgegeben worden sind. Die fast 200 Sozialdemokraten äußerten in einer Resolution erhebliche Bedenken, daß der „sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, an diesem Papier mitgearbeitet habe, ohne gegen die antidemokratische Tendenz Einspruch zu erheben. Bemängelt wurde weiterhin, daß der Bundestagsvizepräsident dieses Papier öffentlich gegen Kritik verteidigt habe. Bei der Kritik gegen Schmitt-Vockenhausen bezieht sich der Groß-Gerauer Unterbezirk auf das Godesberger Programm, das in einem demokratischen Staat für jede Macht öffentliche Kontrolle fordere.

Kritisiert wurde von zahlreichen Delegierten auch, daß sich Schmitt-Vockenhausen nicht in gebührender Weise gegen eine drohende Entdemokratisierung des Parteiengesetzes gewendet habe. Wie der Rüsselsheimer Sozialdemokrat Hansjürgen Birkholz ausführte, habe HSV angeblich eine solche Tendenz als Reform, die von der Basis gewünscht werde, bezeichnet. Dies wurde mit Mehrheit vom Unterbezirksparteitag zurückgewiesen. Der Bundestagsvizepräsident wurde von den SPD-Mitgliedern seines Wahlkreises aufgefordert, sich gegen eine Aufweichung des Parteiengesetzes zu wenden.

Diese Kontroversen mit dem Bundestagsvizepräsidenten und die mit großer Mehrheit gefaßten Beschlüsse, geben für den Bundestagswahlkampf 1973, bei dem HSV vermutlich wieder in diesem Kreis kandidieren wird, nach Meinung zahlreicher Beobachter neue Perspektiven. Es ist kein Geheimnis mehr, daß man schon jetzt im Kreis Groß-Gerau einen Gegenkandidaten sucht, der von dem linken Flügel gestützt wird.

lichen gesellschaftlichen Situation. Man müsse aus ihnen "im Gegenteil den Eindruck gewinnen, daß die Bundesrepublik ein Muster von verwirklichtem sozialem Rechtsstaat, sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Ordnung sei". Nicht einmal angedeutet werde, "daß die Demokratie heute auch von rechts gefährdet ist. Der deutsche Katholizismus war auf diesem Auge immer schon etwas blind."

2. Greinacher verwirft die "Einteilung in eine politische Sphäre, welcher Staat und Demokratie zugeordnet ist, und in eine gesellschaftliche Sphäre, in der es keine Demokratie, sondern nur Partizipation gibt". Diese - von dem konservativen Mainzer Politologen Buchheim stammende - Konzeption sei "von der Sache her in keiner Weise gerechtfertigt und nimmt die Diskussion

um Demokratisierung in den letzten Jahren einfach nicht zur Kenntnis".
"Es gibt wirklich keinen stichhaltigen Grund, warum politisches Handeln und Denken, warum Demokratisierung nicht die ganze Gesellschaft betreffen soll."

Auch Greinacher nimmt eine Formulierung des Bensberger Kreises positiv auf: "Die internationale Sprache ist eindeutig, wenn sie einen bestimmten Zusammenhang von Grundsätzen, Tendenzen, Haltungen, Verhaltensweisen und Rechtsformen des gesellschaftlichen Lebens als 'demokratisch' bezeichnet."

3. Als "schwerwiegendsten Einwand" wertet Greinacher die Tendenz der "Thesen", die Überwindung von Herrschaft von Menschen über Menschen als Religionsersatz abzuwerten. "Wenn es ein Ziel gibt, das allen demokratischen Bewegungen in der Neuzeit gemeinsam war, wenn es überhaupt einen Sinn hat, sich heute politisch zu engagieren, dann doch dies, Herrschaft von Menschen über Menschen abzubauen und dadurch die Gesellschaft zu humanisieren."

Es sei "einfachhin paradox", wenn gerade Christen ein solches Bemühen diffamieren, und ²⁵verweist auf das Jesus-Wort: "Ihr wißt, daß die, welche als Fürsten der Völker gelten, über sie herrschen und ihre Großen über sie Macht ausüben. Unter euch aber sei es nicht so!"

Greinacher fährt fort:

"Mit dieser Ablehnung einer Überwindung von politischer Herrschaft ist verbunden eine Legitimierung des Status quo. Die Verfassung wird absolut gesetzt, eine Umstrukturierung der Gesellschaft abgelehnt,

der augenblickliche Stand der repräsentativen Demokratie als Ideal dargestellt, die Forderung nach Öffentlichkeit erheblich eingeschränkt. Jedes Bemühen um einen

„Thesen gegen Mißbrauch der Demokratie“ verteidigt

vh BONN. Gegen den Vorwurf, mit den umstrittenen „neun Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie“ des politischen Beirates beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken sei zugunsten der CDU in die parteipolitische Auseinandersetzung eingegriffen worden, wandten sich der Beiratsvorsitzende Professor Hans Buchheim (Mainz) und sein Stellvertreter, Bundestags-Vizepräsident Hermann Schmitt-Vockenhausen. Bei der Vollversammlung des Zentralkomitees in Bad Godesberg sagte Buchheim, die Ausarbeitung der Thesen sei ohne jegliche parteipolitische Intention vom Beirat erfolgt. In einem Brief an den SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzler Willy Brandt habe er dieser Tage mitgeteilt, daß die Beiratsmitglieder mit den Thesen keinen Streit zwischen den Parteien hätten entfachen wollen. Er habe Brandt gebeten, innerhalb der SPD in dieser Frage vermittelnd aufzutreten. Buchheim betonte, der Beirat wende sich nicht gegen ein Zuviel an Demokratie, auch nicht gegen zuviel Mitbestimmung. Es gehe lediglich darum, die politische Freiheit nicht in Gefahr geraten zu lassen.

Schmitt-Vockenhausen betonte, man könne die politische Willensbildung in der Demokratie nicht schematisch auf alle gesellschaft-

lichen Bereiche übertragen. Er bekenne sich zur Mitbestimmung und Mitverantwortung. In bestimmten Bereichen finde eine geistige und politische Auseinandersetzung mit kleinen Gruppen statt, die das Wort Demokratisierung mißbrauchten. Allen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik sei der Vorwurf zu machen, sich mit diesen Gruppen bisher nicht entschieden genug auseinandergesetzt zu haben. Der politische Beirat habe mit den Thesen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt auf die Gefahr aufmerksam machen wollen.

FRANKFURTER
RUNDSCHAU,

6. 11. 1971

Abbau von Herrschaft und Repression, um eine Vermenschlichung des Zusammenlebens wird als Ideologie angeprangert und mit Hinweis auf den Nationalsozialismus verteufelt."

Greinachers Artikel schließt:

"Ein letzter Einwand sei noch hinzugefügt. In dem ganzen Dokument, das 26 Seiten umfaßt, wird mit einer Ausnahme niemals vom Glauben her und das heißt theologisch argumentiert. (Die eine Ausnahme betrifft einen Satz über die Mitbestimmung des Christen in der Kirche und ist zumindest theologisch schief formuliert.) Wie denn? Hat der Christ auf der Grundlage seines Glaubens nichts zu sagen zum Problem der Demokratisierung? Hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken keine anderen Argumente an der Hand als diejenigen jener Gruppen und Parteien in unserer Gesellschaft, die das größte Interesse an der Wiederherstellung des Status quo ante haben?

Dann - mit Verlaub - sollen sie den Mund halten und nicht die Demokratie und das Christentum als Schutzmantel zur Absicherung ihrer Interessen mißbrauchen. Beide sind zu schade dafür."

Es verwundert nach alledem nicht, daß auch die "Katholische Arbeitnehmerbewegung" (KAB) die ZK-Thesen als "kirchliche Kampagne für eine restaurative Gesellschaftspolitik" verwirft. Ihr Vorsitzender, Alfons Müller, kritisierte, daß durch diese "Thesen" die Bereitschaft der Bürger zu einem direkten demokratischen Engagement "eher abgebaut als gefördert" werde. Die KAB sehe die besondere Gefahr, daß die Thesen als eine Stellungnahme gegen die paritätische Mitbestimmung in den Betrieben interpretiert werden könnten. Die einseitige Fixierung auf die Ideologie von linken Minderheiten habe den Thesenverfassern offensichtlich den Blick nicht nur für die Gefahren verstellt, die der Demokratie von Seiten rechtsradikaler Extremisten drohen, sondern ihnen auch verwehrt, die Gefahren der Fehlentwicklung einer erstarrten Demokratie zu erkennen.

Selbst das Essener Bistumsblatt "Ruhr-Wort" schloß sich dieser Thesenkritik an. Am 16. 8. 1971 veröffentlichte ppp unter der Überschrift "Bischofskritik an den Beiratsthesen" eine Meldung, nach der das Bistumsblatt kritisiere, "daß die 'Thesen' die Verdeutlichung unterlassen haben, daß es ihnen keinesfalls um eine Zementierung des Status quo gegangen sei. Weil sich der Beirat nicht mit dem notwendigen Nachdruck für die aktive Teilnahme aller an der

Gesellschaft und ihrer Entwicklung eingesetzt habe, sei er fast automatisch in den Verdacht geraten, die 'Demokratisierung' abzulehnen. Der Beirat sei also in den Verdacht geraten, so gut wie reaktionär zu sein."

Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie
(UB Groß-Gerau)

Die SPD im Bezirk Hessen-Süd lehnt die 9 „Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie“ ab, die am 4. August vom „Beirat für politische Fragen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken“ herausgegeben wurden. Sie äußert ihre erheblichen Bedenken dagegen, daß der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hermann Schmitt-Vockenhausen an diesen Thesen mitgearbeitet hat, ohne gegen ihre antidemokratischen Tendenzen Einspruch zu erheben, und sie dazu noch öffentlich gegen Kritik verteidigt. Im Gegensatz zu den „Thesen“ hält die SPD die Demokratie nicht nur für eine Lebenserhaltung, die alle gesellschaftlichen Bereiche zu gestalten hat. In einer verwirklichten Demokratie kann es keine un- oder gar antidemokratischen Exklaven geben. Das gilt insbesondere für den gesellschaftlichen entscheidenden Bereich der Produktion.

Die SPD im Bezirk Hessen-Süd unterstützt entschieden die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung in den Betrieben und Demokratisierung der Wirtschaft. Für die SPD ist ohne Abstriche die Forderung des Godesberger Programms verpflichtend: „Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen.“

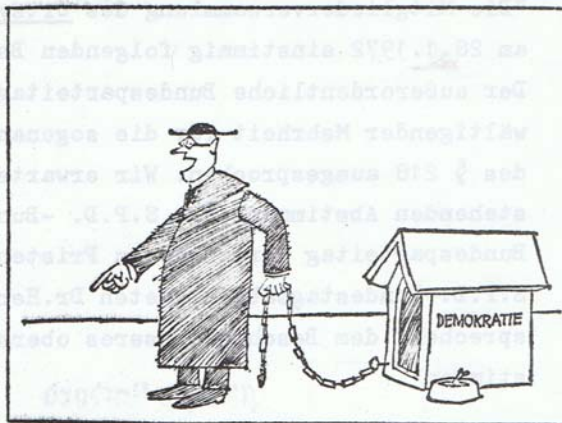
Beschluß (A 28) des außerordentlichen Bezirksparteitags Hessen-Süd 1971

Denn jene "Thesen" haben nicht nur die Tendenz, sondern auch die Funktion, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu konservieren und Privilegien zu erhalten, sie sind gewerkschaftsfeindlich und stoßen gerade jene Katholiken vor den Kopf, auf deren Mitarbeit unsere Partei angewiesen ist und die wir als Wähler gewinnen wollen.

Es verwundert nach alledem wenig, daß der politische Beirat des ZK auch zur Reform des § 218 (Schwangerschaftsunterbrechung) eine Haltung vertritt, die in eindeutigem Widerspruch zum Beschluß des SPD-Bundesparteitages steht, der sich bekanntlich für die Fristenlösung ausgesprochen hat. - Der gleiche politische Beirat hat außerdem im Juni d. J. unter der Überschrift "Der Wehrdienst als Beitrag zum Frieden" eine Stellungnahme gegen die Kriegsdienstverweigerung veröffentlicht, die der "Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ)" als einen "Versuch der einseitigen Rechtfertigung des Wehrdienstes" scharf kritisiert hat. Der BDKJ hob u. a. hervor, daß die in der Erklärung

War es schon unverständlich, daß Hermann Schmitt-Vockenhausen "als einziger Sozialdemokrat die Thesen des politischen Beirats des Zentralkomitees der deutschen Katholiken mitformuliert" hatte (STUTTGARTER ZEITUNG, 16. 8. 1971), so bleibt vollends unverständlich, warum er sich anschließend zum Verteidiger der Thesen aufwarf. Er wendete sich damit nicht nur gegen die Regierungserklärung Willy Brandts, die mit ihrem Aufruf "Mehr Demokratie wagen" die gesellschaftspolitische Diskussion in der Bundesrepublik entscheidend vorangetrieben hat, sondern bewegt sich zugleich auch hart am Rande des Godesberger Programms.

des ZK-Beirats "unterstellte" Auffassung vom grundgesetzlich verwirklichten Recht auf Kriegsdienstverweigerung als "Ausnahmerecht" ein "eindeutiger Verstoß" gegen den in dieser Frage bestehenden verfassungsrechtlichen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland sei. Der BDKJ verwies nachdrücklich auf die Aussagen des 2. Vatikanums, das die



Zelchnung: DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT / Wolter

Freiheit der Gewissensentscheidung des Einzelnen unmißverständlich erklärt und die Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen deutlich respektiert hatte.

SCHMITT-VOCKENHAUSEN UND DIE FRAUEN

Entgegen dem Grundgesetzauftrag sind die Frauen bis auf den heutigen Tag in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht voll gleichberechtigt: Sie verdienen weniger - auch für gleiche Arbeit; sie haben geringere Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf; sie sind auch in den Parteien und Parlamenten kraß unterrepräsentiert.

Ein Angelpunkt des Engagements für die politische Gleichberechtigung der Frau ist die Diskussion um die Reform des § 218 StGB (Schwangerschaftsabbruch). Hierzu liegen auf allen Ebenen unserer Partei eindeutige Beschlüsse vor, die sich für die sog. Fristenlösung aussprechen. Danach soll ein Schwansoll ein Schwangerschaftsabbruch vor dem Ablauf von drei Monaten strafrechtlich ohne Bedeutung sein.

Für die Fristenlösung haben sich in unserem Wahlkreis einzelne Ortsvereine, beide Unterbezirksparteitage - sowohl im Main-Taunus-Kreis wie im Kreis Groß-Gerau -, der Bezirksparteitag der SPD in Hessen-Süd und schließlich der Bundesparteitag ausgesprochen - mit jeweils überwältigenden Mehrheiten.

Fristenlösung (OV Gießen-Ost)

Die Bundestagsabgeordneten der SPD werden aufgerufen, sich bei der Reform des § 218 für die Fristenlösung einzusetzen (analog den Parteitagsbeschlüssen). Sie werden aufgefordert, in den Abstimmungen gegen den Indikationenkatalog zu stimmen.

**Beschluß (C 18) des ordentlichen
Bezirksparteitages der SPD Hessen-
Süd 1972**

"Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Wolfskehlen der S.P.D. hat am 28.1.1972 einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Der außerordentliche Bundesparteitag im November 1971 hat sich mit überwältigender Mehrheit für die sogenannte "Fristenlösung" bei der Reform des § 218 ausgesprochen. Wir erwarten daher, daß in der im Bundestag ausstehenden Abstimmung die S.P.D. -Bundestagsabgeordneten für die vom S.P.D.-Bundesparteitag vorgesehenen Fristenlösung stimmen. Wir fordern unseren S.P.D.-Bundestagsabgeordneten Dr.Hermann Schmitt-Vockenhausen auf, entsprechend dem Beschluß unseres obersten Parteigremiums im Bundestag abzustimmen".

Philippe Barthelemy

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen

Bundestagsabgeordneter

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES GROSS-GERAU VOM 18.3.1972

"Der Unterbezirk Groß-Gerau der SPD fordert den Bundestagsabgeordneten Dr.Hermann Schmitt-Vockenhausen auf, in der Frage der Reform des § 218 StGB für die Fristenlösung zu stimmen.

Begründung:

Auf seiner jüngsten Vollversammlung in Bad Godesberg hat das Zentralkomitee Deutscher Katholiken dazu aufgerufen, b e i d e Gesetzentwürfe zur Reform des § 218 StGB "mit allen legalen Mitteln zu bekämpfen". Da Schmitt-Vockenhausen dem Zentralkomitee angehört, steht zu befürchten, daß er sich in dieser Frage, wie z. B. auch in der Hochschulpolitik, gegen die fortschrittlichen Reformansätze der SPD entscheidet.

Die von konservativer Seite immer wieder vertretene Meinung, daß die beabsichtigte Reform des § 218 StGB dem Art. 2, Abs. 2 des Grundgesetzes widerspreche, ist nachweislich falsch. Sowohl im Hauptausschuß als auch im Plenum des Parlamentarischen Rates wurde seinerzeit in der Beratung und Beschlußfassung des Grundgesetzes ein Zusatzantrag von Seebohm (DP) und Weber (CDU) zu Art. 2, Abs. 2, der auch das "keimende Leben" unter den Schutz des Art. 2 GG stellen wollte, mit Mehrheit abgelehnt. Die Auslegung, daß der Art. 2 GG einer Reform des § 218 im Wege stehe, widerspricht also der ausdrücklichen Absicht der 'Väter des Grundgesetzes'.

Im übrigen ist noch einmal daran zu erinnern, daß ein klarer Beschluß des Bundesparteitages der SPD für die Fristenlösung vorliegt."

BESCHLUSS DES AUSSERORDENTLICHEN BEZIRKSPARTEITAGS DER SPD 1971
(C 85)

Reform des § 218 StGB
(UB Offenbach-Stadt)

Inhalt dieser Reform muß sein:

1. Eine von Fachärzten im Krankenhaus vorgenommene Schwangerschaftsunterbrechung innerhalb der ersten drei Monate ohne offizielle Begründung von seiten der Frau zu ermöglichen. Die Kosten hierfür sollen von den Krankenversicherungen übernommen werden.

2. Nach Ende des dritten Schwangerschaftsmonats eine Unterbrechung durch Fachärzte im Krankenhaus nicht unter Strafe zu stellen, falls für den Abbruch schwerwiegende Gründe (Indikationen) vorliegen.

3. Das Strafgesetzbuch entsprechend zu ändern.

Die südheissischen Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, einer Regelung entsprechend diesem Antrag zuzustimmen.

Begründung:

Es wäre keine echte Reform des § 218 StGB, würde man sogenannte Kommissionen einsetzen, die innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate darüber zu entscheiden hätten, ob eine Schwangerschaftsunterbrechung gerechtfertigt wäre. Abgesehen davon, daß in vielen Fällen die Frist (Ende des dritten Schwangerschaftsmonats) nicht eingehalten werden könnte, hätte die bildungsmäßig und finanziell schlechter gestellte

Frau aufgrund ihrer mangelnden Möglichkeiten und Fähigkeiten nur wenig Chancen, gerecht beurteilt zu werden. Ebenso würde eine Regelung, Schwangerschaftsunterbrechung in den ersten drei Monaten nur bei gewichtigen Gründen (Indikationen) zuzulassen, nicht der heutigen Situation der Frau in der BRD gerecht werden.

Der gesetzliche Zwang zur Mutterschaft benachteiligt Mutter und Kind nach der Geburt gleichermaßen. Die Folgen sind soziale Diskriminierung, seelische Schäden und zum Teil wirtschaftlich nicht tragbare Belastungen.

Jedes Kind hat ein Recht darauf, ein erwünschtes Kind zu sein. Ein unerwünschtes Kind hat oft unter Lieblosigkeit zu leiden. In extremen Fällen sind Kindesmißhandlungen die Folge solcher Verhältnisse.

Die Frau hat laut Grundgesetz ein Recht auf Selbstbestimmung. Der § 218 StGB stempelt heute schätzungsweise 1 Million Frauen, die dieses Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen und Schwangerschaftsunterbrechungen vornehmen, in der Bundesrepublik zu Kriminellen. Dagegen ist zum Beispiel in England die Schwangerschaftsunterbrechung unter ärztlicher Kontrolle erlaubt.

Frauen aus den oberen sozialen Schichten fliegen daher nach England oder in andere Länder, um dort ärztliche Hilfe zu finden. Frauen aus sozial benachteiligten Schichten sind gezwungen, sogenannte Engelmacher aufzusuchen und riskieren dabei Leben und Gesundheit.

Die Haltung unserer Partei auf Bundesebene und im Wahlkreis steht also fest. Auf eine Umfrage antworteten hessische MdBs in der gleichen Sache:

- Willi Bäuerle: "Ganz klar, meine Stimme gehört der Fristenlösung"
- Prof.Dr.Karl Bechert: "...antworte ich, daß ich im Bundestag bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf für die Fristenlösung stimmen werde..."
- Gerhard Flämig: "...Dementsprechend werde ich im Bundestag für die Fristenlösung eintreten..."
- Erwin Horn: "...daß ich vorbehaltlos für die Fristenlösung eintrete..."
- Helmut Kater: "...mich für eine "Fristenlösung" ausgesprochen..."
- Horst Krockert: Für die Fristenlösung, "weil ich nur darin eine Veränderung der Rolle der betroffenen Frau erkennen kann..."
- Peter Säckl: "... immer für die Fristenlösung eingetreten bin und ich deswegen logischerweise ... für den Gesetzentwurf der SPD- und FDP-Fraktion stimmen werde"
- Dr.Helga Thimm: "Grundsätzlich für die Fristenlösung; aber jedenfalls für eine Reform."

Auch in dieser Frage vertritt Schmitt-Vockenhausen eine abweichende Haltung. Er beruft sich auf die Freiheit des Gewissens und führt dazu im SPD-Presse-dienst vom 13. 4. 1972 aus:

"Der mit dem Godesberger Programm beschrittene Weg zur Volkspartei bedeutet auch die Respektierung der Gewissensfreiheit und der religiösen Überzeugung. Wo durch offene Drohungen und Nötigungen gegen diejenigen

vorgegangen wird, die von dem Recht der Gewissensfreiheit Gebrauch machen, muß die Frage gestellt werden, ob hier noch der Geist des Godesberger Programms wirksam ist."

Diesen Ausführungen ist voll zuzustimmen; an unserer Frage aber gehen sie einfach vorbei: Gerade wegen der "Respektierung der Gewissensfreiheit und der religiösen Überzeugung" muß der § 218 StGB geändert werden; gerade weil es "offene Drohungen und Nötigungen" nicht geben darf, muß die Strafandrohung gegen die Frauen und die Ärzte endlich aufgehoben werden.

Durch die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung in den ersten drei Monaten wird niemand zur Abtreibung genötigt. Genötigt werden die Frauen durch die bestehende Regelung, die sie einem fremden Diktat unterwirft. Sie ist zudem sozial ungerecht, weil sie beinahe ausschließlich die Armen trifft, den Reichen aber genügend Ausweichmöglichkeiten in ausländische Kliniken beläßt. Auf die Gewissensfreiheit können sich nicht jene intoleranten Dogmatiker berufen, die - mit Hilfe des geltenden Gesetzes - allen übrigen ihre Meinung aufnötigen und ausgerechnet im Namen der Humanität ungerührt die verheerenden Folgen dieser Regelung übersehen.

Sind die Beschlüsse unserer Partei etwa gewissenlos? Sie erst ermöglichen es den Frauen, nach ihrem Gewissen zu handeln. Wer die Reform des § 218 StGB im Sinne der Fristenlösung verweigert, wendet sich - ob gewollt oder nicht - gegen diejenigen Frauen, die sich gegen die jahrhundertelange Unterdrückung auflehnen und den Weg aus der Unmündigkeit suchen. In diesem Bemühen verdienen sie die tätige Unterstützung der SPD.

FRANKFURTER NEUE PRESSE, 17. 12. 1970

Wehner-Entschuldigung erregt Aufsehen

er Bonn, 15. Dezember

Der SPD-Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Parteivorsitzende, Wehner, hat sich vor der Fraktion für Bemerkungen entschuldigt, die er am letzten Freitag auf dem Kongreß der Jungsozialisten in Bremen über Verteidigungsminister Schmidt und den Vizepräsidenten des Bundestages, Dr. Schmitt-Vockenhausen, gemacht hatte. Wehner sagte, er bedauere, daß seine Bemerkungen hätten mißdeutet werden können, und bitte dafür um Entschuldigung. Er habe in Bremen versucht, die Konzentration der Kritik und der Angriffe auf Personen, deren politische Leistungen er hoch schätze, wenigstens aufzulockern und dadurch dazu beizutragen, daß man Streitfragen sachlich austrage, anstatt die SPD zu „verstümmeln“. Das sei leider „von einigen

Persönlichkeiten mißverstanden worden“, obwohl er in Bremen deren Wirken für die Partei zu verteidigen und die Angriffe auf sie zu relativieren gemeint habe.

Auf dem Jungsozialisten-Kongreß hatte Wehner unter Bezugnahme auf Schmidt gesagt: „Ihr habt den Eindruck, das Langzeitprogramm der SPD sei deswegen schon skeptisch zu betrachten, weil der Vorsitzende (der Kommission Langzeitprogramm, Helmut Schmidt) einer ist, der von euch in einer anderen Eigenschaft angegangen wird, und wegen einiger lästerlicher Reden, die ihm nicht verziehen werden sollen, über die man aber mit ihm reden soll. Ja, das tue ich, ich verzeihe manche Sachen nicht, aber ich rede mit ihm. Das ist sehr schwer, sehr schwer, weil er ein unerhört temperamentvoller Mann ist.

Aber ich möchte niemanden schwimmen lassen.“

Auf den Vorwurf des Juso-Delegierten Weltecke, daß Schmitt-Vockenhausen „mindestens einmal im halben Jahr die Parteistatuten verletze“, hatte Wehner geantwortet, Schmitt-Vockenhausen habe manches falsch gemacht, „was lange nicht gutgemacht werden kann“.

Helmut Schmidt hatte am Montag in einer Sitzung des SPD-Vorstandes kritisiert, daß der Parteivorsitzende Brandt, Wehner und Bundesminister Ehmke zu dem Jungsozialisten-Kongreß gefahren seien. Er meinte, ein solches Aufgebot werte die Jungsozialisten nur unnötig auf. Wie verlautet, hat Herbert Wehner bis Dienstag abend noch nicht gesagt, was er mit den „lästerlichen Reden“ meine, die Schmidt gehalten haben soll.

DIE AFFÄRE HÖHN

"Unverständlich ist, daß sich so prominente Sozialdemokraten wie der Bundestagsvizepräsident Schmitt-Vockenhausen und der Wirtschaftspolitiker Harald Koch allein mit der Begründung, Höhn habe inzwischen seine Auffassung gewandelt und sei ein überzeugter Demokrat geworden, für einen Mann einsetzen, der nahezu jedes Verbrechen der SS-Diktatur rechtfertigte und damit moralisch Mitschuldiger am Tode vieler Millionen Menschen ist", schreibt das SPD-Organ "VORWÄRTS" am 13. 1. 1972.

Professor Höhn ist heute Leiter der "Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft" in Bad Harzburg. Er war früher

- einer der wichtigen Rechtfertiger des Nazi-Regimes,
- SS-Standarten-Führer,
- Himmler-Freund,
- Heydrich-Mitarbeiter und
- Eichmann-Vorgesetzter -

also: einer der Schreibtischtäter des Hitler-Regimes.

Diesem Mann schrieb Hermann Schmitt-Vockenhausen Anfang 1958 den folgenden Entlastungsbrief (Auszug):

"Ich bedauere sehr, daß durch dieses Verfahren ... Ihr Name in dieser Weise in der Öffentlichkeit ins Gespräch gekommen ist. Sie haben sich nicht wieder in die Politik begeben und... sich in jeder Weise loyal zu dem demokratischen Staat gestellt. Ihre Arbeit war in so ausgezeichneter Weise darauf gerichtet, für den Ausgleich der sozialen Gegensätze zu wirken. Meines Erachtens haben Sie damit einen guten Beitrag für den Aufbau des jungen demokratischen Staates geleistet. Ich hoffe mit Ihnen, daß es in den nächsten Tagen möglich sein wird, Berichtigungen in verschiedenen größeren Tageszeitungen erscheinen zu lassen. Ich selbst bin jedenfalls bemüht, entsprechende Berichtigungen im Frankfurter Raum herbeizuführen und habe auch ... meinen politischen Freundeskreis unterrichtet..."

Auch nachdem dieser peinliche Vorgang vom "VORWÄRTS" aufgedeckt worden war, hat sich Schmitt-Vockenhausen weder von Professor Höhn noch der Harzburger Akademie distanziert. Diese Harzburger Akademie aber

- ist nicht nur ein "Unterschlupf für SS-Führer" (Metall 25/26 1971),
- trägt nicht nur "einen autoritären, um nicht zu sagen faschistoiden Charakter" (Allgemeine Unabhängige Jüdische Wochenzeitung, 17.12.1971),
- sondern vertritt auch inhaltlich einen strikt gewerkschaftsfeindlichen Kurs und versucht mit seinem Modell der Betriebsführung, die gewerkschaftliche Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung zu unterlaufen.

Aus Gründen der Objektivität folgt der Abdruck der Gegendarstellung Schmitt-Vockenhausens, die am 20. 1. 72 vom "VORWÄRTS" veröffentlicht wurde:

- "1. Unwahr ist, daß ich Herrn Prof.Dr.Höhn decke.
2. Wahr ist, daß der Vorwärts einen Privatbrief aus dem Jahre 1958 an Herrn Prof.Dr.Höhn auszugsweise und unter Umkehrung der Zusammenhänge wiedergegeben hat, ohne sich bei mir nach Ziel und Umständen des Briefes zu erkundigen.
3. Wahr ist ferner, daß ich durch Vermittlung von Fritz Erler und anderen führenden Sozialdemokraten mit Prof.Dr.Höhn in Verbindung gekommen war, weil er für die SPD und ihre Politik wichtige wissenschaftliche Veröffentlichungen herausgegeben oder verbreitet hat, für die er aus anderen Richtungen angegriffen wurde und die unter anderem der deutschen Öffentlichkeit gezeigt haben, daß im kaiserlichen Deutschland das Heer gegen die deutsche Sozialdemokratie mißbraucht wurde. Es handelt sich um die Bücher "Sozialismus und Heer", drei Bände (1959-1969) und "Die vaterlandslosen Gesellen. Der Sozialismus im Licht der Gemeinberichte der preußischen Polizei 1878-1914", bislang ein Band (1964).

Ich behalte mir vor, wegen der grundsätzlichen Bedeutung die Angelegenheit dem Deutschen Presserat zuzuleiten.
Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, Bundestagsvizepräsident"

Dazu erklärte der VORWÄRTS in einer redaktionellen Anmerkung:

"Der VORWÄRTS stellt zu dieser Gegendarstellung fest, daß die Auszüge des Briefes von Bundestags-Vizepräsident Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen den substantiell wichtigen Teil seines Schreibens wiedergegeben haben und die Zusammenhänge nicht umgekehrt wurden.

Der VORWÄRTS stellt weiterhin fest, daß es ihm vor allem um die Bad Harzburger Akademie und die Aktivitäten von Prof.Dr.Reinhard Höhn geht. Unabhängig von Schmitt-Vockenhausens Motiven hat sein Brief Prof.Höhn auf dem Rückweg in eine einflußreiche Stellung unterstützt.

Der VORWÄRTS weist außerdem darauf hin, daß die Gegendarstellung bereits in anderen Zeitungen erschienen ist. In der uns zugeleiteten Fassung hat Schmitt-Vockenhausen den ursprünglichen Punkt zwei gestrichen, in dem es hieß, die Harzburger Akademie habe noch nicht bestanden, als er 1958 an Höhn schrieb.

Schließlich meint der VORWÄRTS, das die Reaktion von Schmitt-Vockenhausen im Gegensatz zu einer erst unlängst von ihm vertretenen Auffassung steht. Immerhin hat er nach einem Bericht der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 8. Dezember 1971 erklärt, die SPD solle nicht allzu empfindlich auf Kritik reagieren. Sie sei in der langen Zeit der Opposition dankbar gewesen, wenn Kritik geübt worden sei, die einen Anstoß für eine Sachauseinandersetzung gegeben habe.

-Red."

"Vorwärts" wiederholt Vorwurf

BONN, 19. Januar (ddp). Das Parteiorgan der SPD, "Vorwärts", hat seine Kontroverse mit Bundestags-Vizepräsident Hermann Schmitt-Vockenhausen fortgesetzt. Der "Vorwärts" wiederholt seine Auffassung, der SPD-Politiker habe die Rückkehr des früheren SS-Oberführers und Eichmann-Vorgesetzten, Reinhard Höhn, in eine einflußreiche Stellung unterstützt.

In der vergangenen Woche hatte — wie gemeldet — der "Vorwärts" Schmitt-Vockenhausen vorgeworfen, er habe mit einem Brief aus dem Jahre 1958 die Tätigkeit Höhns als Leiter der Bad Harzburger "Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft" gegen Angriffe in der Öffentlichkeit gedeckt. In seiner Gegendarstellung bezeichnete dies Schmitt-Vockenhausen als "unwahr".

SCHMITT-VOCKENHAUSEN UND DIE GEWERKSCHAFTEN

1. Die gewerkschaftsfeindliche Einrichtung "Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft" in Bad Harzburg hat als Leiter den als Vater des "Harzburger Modells" gepriesenen Professor Dr. Reinhard Höhn. Dieser konnte noch im Oktober 1944 schreiben: "Der Eid auf den Führer verpflichtet nicht nur zu Lebzeiten des Führers, sondern auch über dessen Tod hinaus."

Zum Aufstieg Höhns, der im Dritten Reich nicht nur Mitläufer gewesen ist, trug Schmitt-Vockenhausen durch einen Entlastungsbrief aus dem Jahre 1958 bei, der an anderer Stelle dieser Dokumentation abgedruckt ist.

Gegen die Harzburger Akademie und die dort vertretenen gewerkschaftsfeindlichen Modelle haben unter anderem die IG-Metall und die IG-Druck und Papier eindeutig Stellung bezogen. - Von Schmitt-Vockenhausen liegen keine Äußerungen vor, die eine Distanzierung von Höhn oder der von ihm geleiteten Akademie erkennen ließen.

2. Gegen die Gewerkschaften hat sich Schmitt-Vockenhausen von Anfang an für die Notstandsgesetze eingesetzt. Bereits im April 1963 begrüßte er den damaligen Notstandsentwurf des CSU-Innenministers Hermann Höcherl, obwohl der SPD-Parteitag und auch der DGB-Bundeskongreß den Höcherl-Entwurf als indiskutabel abgelehnt hatten. Notstandsgegner bezeichnete er in Diskussionen als "herbeigekarrte Kommunisten".

Im Jahre 1968 setzte er sich massiv für die Direktübertragung der Notstandshearings aus dem Bundestag durch das Fernsehen ein - allerdings mit der folgenden Begründung, die im STERN Nr. 6/1968 abgedruckt ist:

"Man muß das doch übertragen, damit sich die Gewerkschaften kräftig blamieren"; denn "wenn nur 1 % der Zuschauer nur 1 Minute die Quatschköpfe Rosenberg und Brenner sehen, ist das ein Erfolg für uns".

In einem Brief an Henri Nannen bemühte sich Schmitt-Vockenhausen um ein Dementi dieser Äußerungen. Trotz ihres schwerwiegenden Charakters verzichtete er auf eine Gegendarstellung, wie der verantwortliche Redakteur in einem Brief bestätigte. Schmitt-Vockenhausen bestand nicht einmal auf dem Abdruck seines Briefes an Nannen, nachdem er darauf hingewiesen worden war, daß der STERN seinem Brief die folgende redaktionelle Anmerkung hinzufügen würde:

"Unser Gewährsmann hält daran fest, daß die Äußerung so gefallen ist, wie sie vom STERN abgedruckt worden ist."

Dem DGB-Vorsitzenden Rosenberg schrieb Schmitt-Vockenhausen einen Entschuldigungsbrief, in dem er gleichwohl verdeutlichte, daß er die Argumente der Gewerkschaften gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze weiterhin ignorieren werde.

3. Das Verhältnis Schmitt-Vockenhausens zur deutschen Gewerkschaftsbewegung bleibt nach wie vor gespannt. Die Gründung des "Bundes Freiheit der Wissenschaft" (BuF), dessen Mitglied er ist, richtet sich ja nicht allein gegen sozialdemokratische Reformvorstellungen insbesondere im Bereich der Hochschulen, sondern auch gegen die gewerkschaftliche Bildungspolitik. Insbesondere die für den Bildungsbereich zuständige Einzelgewerkschaft im DGB, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), ist vom BuF mit schwerwiegenden und diffamierenden Unterstellungen angegriffen worden. - Es liegen keine Äußerungen von Schmitt-Vockenhausen vor, in denen er sich von solchen Angriffen auf die gewerkschaftliche Bildungspolitik distanziert hätte.

4. In einem Zeitungsartikel "Vermögensbildung im sozialen Rechtsstaat" vom Februar 1971 wendet sich Schmitt-Vockenhausen pauschal gegen "die Abschaffung des Eigentums an Produktionsmitteln". Mit dieser Einstellung hat er nicht nur das Godesberger Programm, sondern auch das Grundsatzprogramm des DGB gegen sich.

Im gleichen Artikel wendet er sich gegen die Forderung, "über die Schaffung von Fonds Kontrolle oder Steuerung der Wirtschaft erreichen" zu wollen. - Gerade diese Konzeption zur Vermögensumverteilung wird jedoch von mehreren Anträgen aus den Gewerkschaften auf dem letzten DGB-Bundeskongreß in Berlin vertreten, die als Material für eine DGB-Konzeption zur Vermögensbildung angenommen worden sind.

DER PRÄSIDENT DER DEUTSCH-IBERO-AMERIKANISCHEN GESELLSCHAFT

Neben einer Fülle anderer Funktionen bekleidet Schmitt-Vockenhausen das Amt eines Präsidenten der deutsch-ibero-amerikanischen Gesellschaft. Mit ihm gehören dem Vorstand an (1969): der Präsident der BASF/Espanola S.A. und Bayer Hispania S.A., ein Direktor der Messe- und Ausstellungsges.mmbH, ein Konsul und Bankdirektor a.D., ein Wirtschaftsjurist, ein Vorstandsmitglied der BfG, ein CDU-Bürgermeister der Stadt Frankfurt, der Direktor und Leiter der Auslandsabteilung der Commerzbank AG, ein Degussa-Vorstandsmitglied und Landrat a.D., der Vorsitzende des Vorstandes der Sarotti AG und Vizepräsident der Ind.-und Handelskammer Frankfurt, ein Botschafter a.D. sowie weitere Direktoren und Vorstandsmitglieder deutscher und ausländischer Unternehmen. - Diese Aufzählung macht die Interessen der Gesellschaft deutlich.

Wie man zu einer vergleichbaren Gesellschaft auch stehen könnte:

Früherer Minister trennt sich von der Deutsch-Spanischen Gesellschaft

Wuermeling: Aus Protest gegen die "schändlichen Gefangenenmißhandlungen"
Bonn, 2. Dezember (KNA) Aus Protest gegen die "schändlichen Gefange-
nenmißhandlungen in Spanien" hat der frühere Bundesfamilienminister
Dr. Franz-Josef Wuermeling seinen Austritt aus der Deutsch-Spanischen
Gesellschaft erklärt.

In einem am Dienstag, 2. Dezember, veröffentlichten Schreiben
an den Vorsitzenden der Gesellschaft, Dr. Wolfgang Pohle (MdB), be-
gründet Wuermeling diesen Schritt mit dem Fehlschlag seiner "monate-
langen Bemühungen", eine öffentliche Distanzierung von diesen "Scheuß-
lichkeiten" eines "angeblich christlichen Regiments" zu erreichen.
(KNA - 69/XII/22)

SCHMITT-VOCKENHAUSEN IM "BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT" (BuF)

Schmitt-Vockenhausen gehört im November 1970 zu den Unterzeichnern des
Gründungsaufufes für einen "Bund Freiheit der Wissenschaft" (BuF). - Die
für den Wissenschaftsbereich zuständige DGB-Gewerkschaft, die Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft (GEW), erklärte zu dieser Gründung:

"Beim "Bund Freiheit der Wissenschaft" handelt es sich nicht um
den Ausdruck der angeblich aufgehobenen Gegensätze von "Konser-
vativen" und "Reformern", nicht um die hochschulpolitische Mitte,
sondern um die Kernzelle einer konservativen Hochschulpartei.
Darüber vermag auch nicht hinwegzutäuschen, daß diesem Bund Per-
sonen angehören, die man nach ihrer Partei- und Gewerkschaftszu-
gehörigkeit dort nicht vermuten sollte. In Wahrheit handelt es
sich um eine Organisation von Hochschullehrern, die ihre privi-
legierte Stellung verteidigen und das Bündnis mit konservativen
Politikern suchen."

Der BuF hat Vorläufer, die ihn von vornherein disqualifizieren. 6 von 21
Unterzeichnern des "Gründungsaufufes" haben 1968 das sog. "Marburger Mani-
fest" unterschrieben: ein klassisches Dokument für den Versuch einer kon-
servativen Professorenlobby, die Demokratisierung der hierarchischen Ord-
narienuniversität zu verhindern.

Die Initiatoren des BuF sind erklärte Gegner der sozialdemokratischen Re-
formpolitik im Bildungsbereich: der bayerische Kultusminister Hans Maier
ist das Haupt der bildungspolitischen Nachhut in der BRD und betreibt eine
reine Obstruktionspolitik an sozialdemokratischen Vorstellungen in den ent-
sprechenden Gremien auf Bundesebene. Wilhelm Hennis ist inzwischen aus der
SPD aus- und in die CDU eingetreten. Erwin K. Scheuch bekämpft öffentlich
die sozialdemokratischen Hochschulgesetze in den Bundesländern und ist ein
erklärter Gegner Friedeburgs. - Eine Ausnahme bildet der verschreckte
Richard Löwenthal, den seine eigene Ratlosigkeit in die konservative Ecke
trieb.

Die konservativen Professoren suchten sich konservative Politiker als Bündnispartner. Tonangebend ist die CDU-Creme, deren Namen keines Kommentars bedürfen: Gerhard Stoltenberg, Hans Dichgans, Gerhard Schröder, Bruno Heck und Bayerns Maier. - Von der SPD kommt der verflorsene Staatssekretär Hermann Lübke, von dem der Satz stammt: "Ich bin Sozialdemokrat - also konservativ." Und Hermann Schmitt-Vockenhausen.

SPD rügt Schmitt-Vockenhausen

Demokratieverständnis des neuen Wissenschaftsbundes bemängelt

Von unserem Bonner Büro

Am BONN, 30. Juni. Eine indirekte Rüge erteilte zu Beginn dieser Woche der „SPD-Pressedienst“ dem SPD-Mitglied und Bundestagsvizepräsidenten Hermann Schmitt-Vockenhausen. In einem Kommentar über den angekündigten „Bund Freiheit der Wissenschaft“, der im Herbst dieses Jahres gegründet werden soll und dessen Gründungsausschuß neben konservativen Hochschulprofessoren und CDU-Politikern auch Schmitt-Vockenhausen angehört, wird diesen Mitgliedern „ein seltsames Demokratie-Verständnis“ vorgeworfen.

Man könne zwar über die zweckmäßige Form von Demokratie im Bereich der Wissen-

schaft verschiedener Meinung sein, betont der SPD-Pressedienst, „bei dieser Aktion aber wird der Eindruck erweckt, als verstoße die gesamte Hochschulgesetzgebung gegen das Grundgesetz, weil sie vor Standestabus nicht haltmacht“. Weiter heißt es zu der ersten Versammlung der Initiatoren des Bundes in Bonn, daß sich hier „nicht die Bereitschaft zu konstruktiver Mitarbeit...“, sondern die persönliche Verärgerung über den neuerlichen Zwang, begründen zu müssen und nicht mehr nur anordnen zu können“ artikuliere.

Bei der ersten Versammlung der mehr als 100 Professoren und Politiker war davor gewarnt worden, die Universitäten zu „ideologisieren“ oder zu „lateinamerikanisieren“, zumal „die Sache der Wissenschaft auf dem Markt verhandelt“ werde. In einem Brief an den Initiator des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, den Münchner Professor Hans Maier, forderte Schmitt-Vockenhausen am Dienstag, „nicht einen Kampferverband gegen bestimmte Hochschulgesetze“ zu installieren, sondern erstens eigene Vorschläge zur Hochschulreform vorzulegen und zweitens die Öffentlichkeit über verschiedene Behinderungen des freien Lehrbetriebes zu informieren. Gegenüber der „FR“ sagte er, man solle den Professoren eine Chance zur positiven Arbeit geben. Ausdrücklich betonte er, daß seiner Ansicht nach der geplante „Bund Freiheit der Wissenschaft“ nicht gegen die Wissenschaftspolitik der neuen Bundesregierung gerichtet sei.

FRANKFURTER
RUNDSCHAU,

vom
1. 7. 1970

FRANKFURTER RUNDSCHAU 8. 7. 1970

Gegendarstellung

FRANKFURT A. M., 7. Juli (FR). Zu dem Artikel „SPD rügt Schmitt-Vockenhausen“ (FR vom 1. Juli 1970) schickte Hermann Schmitt-Vockenhausen, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Hessischen Pressegesetzes folgende Gegendarstellung: 1. Richtig ist, daß die SPD mich nicht gerügt hat. 2. Richtig ist, daß in dem von Ihnen zitierten Aufsatz im SPD-Pressedienst vom 29. Juni 1970 mein Name nicht erwähnt worden ist und ich auch in der Versammlung vom 22. Juni 1970 das Wort nicht ergriffen habe. 3. Richtig ist schließlich, daß es sich bei dem Aufsatz im SPD-Pressedienst vom 29. Juni 1970 weder um einen offiziellen noch um einen offiziellen Artikel, sondern um den namentlich gezeichneten Beitrag eines Mitarbeiters des SPD-Parteivorstandes gehandelt hat.“

Daß der BuF die Interessen der Großindustrie im Hochschulbereich vertritt, zeigt die Mitgliedschaft von bekannten Industriebossen: die Bankiers Leopold W. Bröker (Landeszentralbank Hessen), Johann Philipp Frhr.v.Bethmann (Gesellschafter des Bankhauses Bethmann, mehrere Aufsichtsratsmandate, CDU-Mitglied), F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank AG, mehrere Aufsichtsratsmandate), Franz Ludwig Graf v. Stauffenberg (Krauss-Maffei, stellvertr. Vorsitzender der Jungen Union), Arthur Burkhardt (WMF), Elmar Michel (Salamander).- Für die nötige Publizität sorgen im Geiste des BuF Karl Holzamer und Gerhard Löwenthal - Intendant und Moderator des ZDF. Das Organ des BuF

sind die "Hochschulpolitischen Informationen" (HPI). Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat ihre Mitgliedsverbände aufgefordert, die HPI "zu abonnieren, bzw. Abonnements zu spenden". - Sie erscheinen im Markus-Verlag/Köln, dessen Geschäftsführer zugleich Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes des Privaten Bankgewerbes und Kassierer des BuF ist. Im Markus-Verlag erscheinen außerdem die Bundesgrenzschutzzeitschrift "Parole", die Bundeswehrzeitschrift "Visier" und der Informationsdienst "Innere Sicherheit".

Die einzige konkrete Forderung des "Gründungsaufrufs" des BuF ist: Die Studenten von der Mitbestimmung über ihren wissenschaftlichen Arbeitsplatz auszuschalten und die Hochschule weiterhin als Privateigentum der Professoren zu erhalten. Die im BuF zusammengeschlossenen Ordinarien und ihre Gefolgsleute verteidigen hergebrachte Privilegien und unlegitimierte Macht. "Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen", sagt dagegen das Godesberger Programm der SPD.

Fast alle der wichtigen Organisationen im Hochschulbereich haben sich entschieden gegen den BuF gewandt: die Bundes-Assistentenkonferenz, der Zusammenschluß der jungen Wissenschaftler auf Bundesebene; der Verband Deutscher Studentenschaften; der Sozialdemokratische Hochschulbund; und auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat sich vorsichtig distanziert. Noch wichtiger ist, daß die im Deutschen Gewerkschaftsbund für diesen Bereich zuständige Einzelgewerkschaft, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, sich eindeutig gegen den BuF ausgesprochen hat und dafür von diesem permanent diffamiert wird. Wer für den BuF ist, ist gegen die gewerkschaftlich organisierten Hochschulangehörigen.

Diese und weitere Gründe haben den Bezirksparteitag der SPD in Offenbach (1971) veranlaßt, gegen diesen Formierungsversuch der Reformgegner im Hochschulbereich Stellung zu nehmen. Der Parteitag forderte "alle Organisationsgliederungen auf, in Fällen, in denen Mitglieder der SPD zusammen mit Mitgliedern des BuF und der rechten APO gemeinsame Veranstaltungen durchführen, gemeinsame Flugblätter, Einladungen usw. unterzeichnen, sowie in Fällen, in denen Sozialdemokraten an von dem BuF und der rechten APO gesteuerten Presseorganen mitarbeiten, diese Mitglieder mit Nachdruck auf den parteischädigenden Charakter ihres Verhaltens hinzuweisen und notfalls Parteiordnungsverfahren einzuleiten".

Es bedarf also keiner besonderen Hervorhebung, daß nicht ein einziger sozialdemokratischer Kulturpolitiker von Rang, geschweige denn ein Kultusminister oder -senator, sich mit dem BuF identifiziert hat. Im Gegenteil ist dessen Gründung gerade von sozialdemokratischen Kultusministern kritisiert worden - so etwa vom hessischen Kultusminister Ludwig v. Friedeburg, von dem berliner Wissenschaftssenator Werner Stein. Denn nicht zuletzt gegen das berliner und hessische Hochschulgesetz - und damit gegen sozialdemokratische Wissenschaftspolitik - hat sich der BuF gewandt.

Willy Brandt in einem Brief:

"Ich...verstehe sehr wohl, daß es Sozialdemokraten gibt, die im Bund Freiheit der Wissenschaft ein Übergewicht von in überkommenen Vorstellungen beharrenden Professoren zu erkennen glauben."

FRANKFURTER NEUE PRESSE,
21. 7. 1970

HSV-Tätigkeit gerügt

mo Raunheim. Der Vorstand der Raunheimer SPD hat sich in seiner letzten Sitzung mit Meldungen beschäftigt, nach denen der Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 143, Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, der vor kurzem gegründeten Vereinigung „Freiheit der Wissenschaft“ beigetreten ist. Zu diesem Sachverhalt erklärt der SPD-Ortsverein wörtlich: „Der Ortsverein der SPD Raunheim hat mit Befremden von der Mitarbeit des Bundestagsvizepräsidenten Schmitt-Vockenhausen in der Vereinigung „Freiheit der Wissenschaft“ Kenntnis genommen und mißbilligt diese Tätigkeit schärfstens.“ Es erscheine den Raunheimern SPD-Mitgliedern unverständlich und geradezu untragbar, daß ein prominenter hessischer Politiker der SPD Bestrebungen aktiv unterstütze, die kein anderes Ziel hätten, als die von seiner Partei betriebene Hochschulpolitik zu torpedieren und veraltete Machtstrukturen im Hochschulwesen zu zementieren. Daß er seiner Partei durch die Solidarisierung mit Männern wie dem ehemaligen CDU-Wissenschaftsminister Stoltenberg und dem Frankfurter Exrektor Rüegg nicht gerade einen Gefallen erweise, müßte dem Abgeordneten Hermann Schmitt-Vockenhausen eigentlich klar sein.

SCHMITT-VOCKENHAUSEN GEGEN DIE KLEINE KOALITION?

In einer ersten Stellungnahme nach der Bundestagswahl...

"Schmitt-Vockenhausen bedankte sich für den fairen Wahlkampf, den CDU-Kandidat Otto Zink geführt habe. Er sei sicher, daß er mit Zink auch in Zukunft gut zusammenarbeiten werde.

...Zur Frage einer Koalition meinte Schmitt-Vockenhausen, ein Zusammengehen mit der FDP nach dieser Wahlniederlage käme nicht in Frage."

TAGESANZEIGER FÜR SÜDHESSEN - NEUE PRESSE FÜR DIE KREISE BERGSTRASSE,
DARMSTADT, DIEBURG, ERBACH UND GROSS-GERAU, 30. 9. 1969

Professoren-Bund will die SPD verunsichern

Von Hochschulreform war beim Gründungskongreß kaum noch die Rede

Von Horst Köpke (z. Z. Bonn)

20. April 1971

Beitreten kann so ziemlich jeder, dem Bund „Freiheit der Freiheit“ nämlich — Pardon: „Recht der Freiheit“ das war der Kalte-Kriegs-Verein des Rainer-Barzel. Dieser heißt so ähnlich: „Bund Freiheit der Wissenschaft“, und seine Ziele definiert die Satzung so:

„Der Bund Freiheit der Wissenschaft vertritt einigst Personen aus allen Kreisen der Bevölkerung zu dem Ziel, auf der Grundlage der Freiheitlichen, demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und im Bewußtsein der gesellschaftlichen Verantwortungs-

1. die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium zu wahren und zu fördern,
2. sich jeder Unterwerfung unter die Machtansprüche einzelner Gruppen oder Interessenten zu widersetzen,

3. auf eine Politik zu drängen, die eine ständige Verpothierung der Bildungschancen mit der Aufrechterhaltung der Leistungsmaßstäbe verbindet.“

Wer wäre nicht dafür? Der Professoren-Bund, der sich mit ein paar konservativen Politikern aus CDU und SPD (die FDP ist bemerkenswertweise bisher nicht repräsentiert) und einigen Assistenten garniert hat, hatte es denn auch verstanden, mit solchen und ähnlichen Allgemeinplätzen etwa 1300 Teilnehmer, meist Hochschullehrer, in die Godesberger Stadthalle zu bugstieren, weit mehr, als die Veranstalter erwartet hatten. Die ohnehin mangelhaft ausgeprägten organisatorischen Fähigkeiten der Professoren wurden weit überfordert.

Dabei handelte es sich nicht einmal um einen Kongreß, auf dem in harten Diskussionen um eine Linie gerungen wurde. Eine Aussprache gab es überhaupt nicht. Am Abend zuvor hatten rund dreißig Initiatoren den Bund formell gegründet, eine Satzung verabschiedet, einen Vorstand und einen Bundesausschuß, der weitere Mitglieder koordinieren kann, gewählt. Die Programmklärung wurde auf dem Kongreß nur bekanntgegeben. Das

ist genau der Stil eines Honoratiorenvereins von Anno dazumal. Und damit dieser Honoratiorenfrieden nicht gestört wird, entscheidet der Bundesausschuß darüber, wer aufgenommen wird und wer nicht, mag er die weitgesteckten Ziele tausendmal bejahen.

Nun wäre es falsch, dem Bund von vornherein den Stempel „reaktionär“ aufzudrücken. Eher handelt es sich bei den Initiatoren um verschränkte Reformer, kaum einer hatte das berühmte „Marburger Manifest“ wider die Politisierung und sogenannte Demokratisierung der Hochschulen vom April 1968 unterschrieben, eines der Vorstandsmitglieder, Professor Walter Rüegg, war vom Präsidium der Westdeutschen Rektorenkonferenz als angeblich zu progressiv abgewählt worden. Mander Name, der unter dem Gründungsaufruf steht, pflegte früher unter linken Manifesten zu stehen. Ein paar gespenstige Vorlesungen, ein paar finstere Drohbrieffe gegen Lehrstuhlkandidaten machten die ganze Liberalität auszuhanden.

In der Tat stößen Versuche „Roter Zellen“ und Gruppierungen mit anarchistischem Einschlag, mit vielfältigen Formen von Gewalt auf Lehrstuhlsitzungen und den Inhalt von Vorlesungen einzuwirken, auf unseren schärfsten Widerspruch. Die Frage ist, ob Polizeinsatz dagegen das richtige Mittel ist. Aber man kann diese Handlungen nicht verurteilen, ohne gleichzeitig zu sehen, wie auch heute noch von Wissenschaftsfraktionen, konservativen Politikern, Industriellen und Kleinrentnern Einfluß auf die Personalpolitik und Lehrinhalte genommen wird (von Forschungsaufträgen ganz abgesehen), freilich nicht mit den Mitteln vordergründiger Gewalt, sondern sehr viel feiner. Max Horkheimer, kläglich schon lange vor dem Beginn der Studentenrevolle, daß seine Schüler nirgendwo berufen würden, Kongreßbeobachter von Borris, Geschäftsführer der Bundesassistentenkonferenz, stellte angesichts des Gajammers fest: Neun-

zig Prozent der Macht an den Universitäten liegen nach wie vor in den Händen der Ordinarier.

Hatte FU-Professor Richard Löwenthal noch früher gemeint, der Bund könne nur bestehen, wenn er selbst eine Reformkonzeption entwickle, so war davon in der Godesberger Stadthalle kaum die Rede. Unter aller programmatischen Verschwommenheit wird aber vor allem eines deutlich: Die Professoren möchten vor allem die SPD verunsichern. Mit der CDU haben sie sich schnell verständigen können. „Die CDU hat uns freundliche Kritik erfahren lassen“, so Vorstandsmitglied und CSU-Nahesitzer Hans Maier. „Die SPD ist in viel schwierigerer Lage, weil die beanstandeten Gesetzeshenke von SPD-Kulturministern eingeleitet wurden. Es ist keine positive Erklärung“, so SPD-Mitglied Richard (nicht ZPF-Gerhard) Löwenthal, dem nicht zu Unrecht großer Einfluß auf den Bundeskanzler nachgesagt wird.

Die Gründung dieses Bundes ist in der Tat in Beziehung zu setzen zu einer Art „Rechtsschlichtung“ (Mitgründer Erwin K. Scheuch: „Wir stehen nur rechts von der DKP), wie es der von Sozialdemokratischen Hochschulbund beherrschte Verband Deutscher Studentenschaften ausdrückt: Die SPD soll davon abgebracht werden, bei der breiten Masse ohnehin unbeelebte und unverständige Liberalisierungsintendenzen weiterzuverfolgen. Und bevorstehende Rückzieher auf dem Gebiete des Scheitlungsrechts und der Tolerierung porzellanischer Schritte liegen auf derselben geistreichen Linie. Insofern paßt der möglichst eigenmächtige Versuch stramm rechtsgerichteter studentischer Ordner, den bildungspolitischen Redakteur des SPD-Parteiablatzes „Vorwärts“, Ulrich Rosenbaum, vom Kongreß fernzuhalten mit dem Argument, man wisse so wenig, was er schreiben werde, durchaus ins Bild.

VORWÄRTS, 26. 8. 1971

Rückwärtsgang

Der VORWÄRTS (Nr. 33) hat in seiner Glosse zu den Thesen „gegen den Mißbrauch der Demokratie“ in wünschenswerter Deutlichkeit klar gemacht, daß deren Autoren den politischen „Rückwärtsgang“ eingeleitet haben. Der VORWÄRTS hat auch in den vorangegangenen Nummern mit wünschenswerter Deutlichkeit klar gemacht, daß der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ ein konservatives Sammelbecken aller deren ist, die den mühsamen Prozeß der Hochschulreform mit den Parolen von gestern fähmen wollen.

So weit, so gut. Gern hätte man nun aber auch gewußt, was der VORWÄRTS davon hält, daß an dem einen wie dem anderen Produkt restaurativer Gesinnung ein Sozialdemokrat aktiven Anteil hat, den seine Partei in eine recht hohe Stellung einzurücken für würdig befand — nämlich Bundestagsvizepräsident Schmitt-Vockenhausen.

Da führen CDU-Politiker in verschiedenen Landesparlamenten ihre Polemik gegen sozialdemokratische Hochschulpolitik mit den Thesen des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ — dem Herrmann Schmitt-Vockenhausen seine Unterstützung schenkt. Da veröffentlicht der Politische Beirat des ZK der Deutschen Katholiken Thesen, die in der Demokratie-Diskussion dem CDU-Generalsekretär Heck in seiner Wahlkampfeinwanderung mit Willy Brandt im nachhinein Schützenhilfe anbieten — und findet dabei die Zustimmung von Herrmann Schmitt-Vockenhausen. Wie weit eigentlich geht die Selbstverleugnung der SPD? Wie weit ist diese Partei, die sich nach links so penibel abgrenzt, nach rechts offen? Oder noch weiter nach rechts? Herrmann Schmitt-Vockenhausen? Hartmut Holzapfel, Frankfurt a. M.

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 20. 11. 1970

SCHMITT-VOCKENHAUSEN UND DIE INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE

Der Absicht dieser Dokumentation, sachlich zu informieren, ist mit dem Abdruck der folgenden Presseartikel Genüge getan. Auf eine eigene Darstellung kann deshalb verzichtet werden - insbesondere was den Versuch Schmitt-Vockenhausens aus dem Jahre 1969 angeht, seine innerparteilichen Kontrahenten "mundtot zu machen".

„HSV“ setzte sich erneut in die Partei-Nesseln . . .

Von unserem Redaktionsmitglied Klaus Rein

Wiesbaden. - Seit kurzem Doktor und Bundestagsvizepräsident, hat sich jetzt der SPD-Politiker Hermann Schmitt-Vockenhausen im heimatlichen Südhessen ein neues Ziel gesteckt. „Saubermann“ möchte er werden, denn unter gewissen Bedingungen will er „andere Parteiverfahren“ und „Indiskretionen“ gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Zinn an die große Partei-Glocke hängen. Noch aber weiß „HSV“ nicht, ob er seine Karten aufdecken wird.

Das wegen der Protokoll-Affäre von Rüsselsheim gegen ihn angestrengte und von seinen Genossen im Main-Taunus-Unterbezirk eingestellte Parteiordnungsverfahren wird - wie berichtet - in zweiter Instanz erneut auf ihn zurollen. Und „HSV“ will wohl erst abwarten, ob er jetzt endlich Recht und Ruhe bekommt.

Die Vermutung liegt nahe, daß seine Bereitschaft zum innerparteilichen Offenbarungsspiel nur dann zum Tragen kommt, wenn für Schmitt-Vockenhausen der Parteiordnungshase nicht so läuft, wie der Jungsozialistengegner (Schmitt-Vockenhausen über den SPD-Nachwuchs: „Jauchepumpe“) es sich wünscht. Mit der Ankündigung seiner intimen Kenntnis parteiinterner Mißstände um

Ministerpräsident Zinn und seine Nachfolge hat Schmitt-Vockenhausen einmal mehr seine unglückliche Hand unter Beweis gestellt. Südhessens SPD-Geschäftsführer Wiedemann bezeichnete denn auch die HSV-Äußerung kurz und bündig als „saublöd“. „Man kann nicht einfach etwas an den Haaren herbeiziehen, wenn man kein Recht bekommt“, meinte er. Außerdem habe Schmitt-Vockenhausen die Möglichkeit gehabt, die Einleitung von Parteiordnungsverfahren zu beantragen, wenn er Kenntnis von irregulären und parteischädigenden Vorgängen habe. „HSV“ aber hat bisher geschwiegen.

Auch Gert Lütgert, Jungsozialisten-Chef in Hessen-Süd hat für Schmitt-

Vockenhausens neueste Taktik nicht das geringste Verständnis: „Der Parteivorstand Hessen-Süd wird sich von solchen Drohungen nicht beeinflussen lassen.“ Der Beschluß, die Rüsselsheimer Protokoll-Affäre erneut unter die Lupe zu nehmen, sei einstimmig gefaßt worden. „Auch Ministerpräsident Osswald wird sich gegen solche Äußerungen gewiß zur Wehr zu setzen wissen.“ Nun, Osswald ist offiziell noch nicht von der HSV-Attacke unterrichtet. Er befindet sich in Urlaub.

Gert Lütgert sprach von den „finsternen Methoden“ Schmitt-Vockenhausens, den „in Hessen-Süd kein Mensch mehr ernst nimmt“. Die Partei wird sehen müssen, wie sie mit dem Problem Schmitt-Vockenhausen fertig wird. Der Mann, dem es in der Protokoll-Affäre darum ging, die ihm unbequemen Jungsozialisten mundtot zu machen, scheint in seiner politischen Heimat nur noch das Vertrauen seiner engsten Umgebung zu genießen. Den Jungsozialisten aber paßt er längst nicht mehr so recht in die südhessische SPD-Landschaft.

Auf die Immunität von Wahlkandidaten bezogen, meinte „HSV“ einmal: „Wenn jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden soll, dann müßten wir (Politiker) uns doch den Mund verbinden.“ Manchmal erscheint das auch angebracht.

DARMSTÄDTER TAGBLATT, 23. 12. 1969

Bombenleger „HSV“ unterschätzte die Wirkung

Hermann Schmitt-Vockenhausens seltsamer Umgang mit innerparteilichen Gegnern

FR 9 4 69

Von Anton-Andreas Guha

Die Bombe enthielt eine Menge Sprengstoff. In dem, der routinierter Pyrotechniker scheint diesmal über dem Hanterien verossen zu haben, sie auch am richtigen Platz zu hinterlegen. Erst als sie hochging, bemerkte er, daß sie unter dem Beobachtungsstand gefolgt habe, von dem aus er die Detonation und ihre Wirkung in Ruhe beobachten wollte.

Hermann Schmitt-Vockenhausen, SPD-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises 143 Mainz-Taunus/Groß-Gerau, Vorsitzender des einfluß- und einblinderen Innenausschusses des Bundestages, einer der Gewaltigen seiner Partei mit vielen Neben- und Ehrenämtern, hat gewild viele Gegner. Diese aber konnten sich bislang ihres Daseins nicht so recht freuen; denn es ist wahr, was Hermann Schmitt-Vockenhausen, genannt HSV, nicht ohne Stolz von sich behauptet: Er heizt seine Gegner, läßt sie nicht zur Ruhe und Enttäuschung kommen, er nimmt sie frontal an und weidet sich an ihrer Sprachlosigkeit, wenn er in ihre Zirkel einbricht wie der Wolf in die Koppel und sie zur Rede stellt.

HSV aber glaubt es sich jetzt nicht mehr leisten zu können, im Sieg großmütig oder wenigstens gelassen zu sein. Nachdem sich der Jungsozialisten-Kreis, der für seinen Gegenkandidaten, den Darmstädter DGB-Sekretär Heinz-Günther Lang, vergebens die Werbetrommel gerührt hatte, am 27. März im Bierkeller der Rüsselsheimer Stadthalle getroffen hatte, um das Scheitern zu analysieren und abzustecken, wie unter dem nun einmal gewählten Kandidaten HSV der Bundestagswahlkampf geführt werden könnte und sollte, begann der mit einer Bombe zu hanterien. Sie war ihm in Form eines Protokolls von einem Teilnehmer der Bierkeller-Runde zugeeignet worden, der als Kriminalobermeister, befaßt mit Staatsschutzaufgaben, nicht nur bei den politischen Prominenten fraglosen Vertrauen gewiß sein durfte. HSV packte also die Bombe flugs in einen Eibrief und schickte sie dem Chefredakteur der Rüsselsheimer „Main-Spitze“, einem Parteifreund, den er außerdem telefonisch auf die politische Brisanz aufmerksam machte. Das war eine Bombe! Die Veröffentlichung wird dazu führen, die Unruhe stifter im Kreis endlich mundtot zu machen. Mein Zeuge steht und wird bis zu den höchsten Gerichten mitgehen.

Die „Main-Spitze“ ließ die Bombe am Montag letzter Woche guten Glaubens mit der anrührenden Schlagzeile „Jungvolk der So-

zialdemokraten will putschen“ hochgehen. Nachdem sich der Rauch verzogen hatte, lag allerdings Hermann Schmitt-Vockenhausen vorerst auf der Strecke. Denn zum ersten wurde der Informant rasch entlarvt. Zum zweiten aber gab dieses Protokoll — 00 wählend oder erst nach der Sitzung als „Gedächtnisstütze“ angefertigt, ist unklar — die während der Bierrunde gefallenen Äußerungen größtenteils sowohl falsch als auch aus dem Zusammenhang gerissen wieder. Daß man HSV nicht eben mit schmeichelehaften Komplimenten bedachte, wenn von ihm die Rede war, geben die Gesprächsteilnehmer zu. In politischen Grundfragen seien sie nach wie vor anderer Meinung. Aber sie nennen die wesentlichen und ausschlaggebenden Behauptungen des Protokolls, den Wahlkampf Schmitt-Vockenhausens und damit den der eigenen Partei, zu stören, HSV am Reden zu hindern, eigene Veranstaltungen aufzuzeichnen und die Partei links zu unterwandern, ja sogar den CDU-Kandidaten Otto Zink zu unterstützen, eine Infamie und politischen Ruhmord. Tatsächlich habe die Runde darüber diskutiert, wie sich in den kommenden Auseinandersetzungen die rechtsradikale NPD am wirkungsvollsten bekämpfen lasse.

Drei Namen von 18 anwesenden „Unruhe stiftern“ hatte das Protokoll namentlich festgehalten, sie vor allem sollten „mundtot“ gemacht werden: Heide Wieczorek, Unterbezirksvorsitzende der Jungsozialisten und Vorstandsmitglied im Bezirk Hessen-Süd, Frank von Auer, früherer Bundesvorsitzender des Liberalen Studentenbundes Deutschlands, und schließlich Heinz-Günther Lang, der unterlegene Gegenkandidat Schmitt-Vockenhausens.

Der Kriminalobermeister versichert nach wie vor, daß die in seinem Protokoll wiedergegebenen Äußerungen der Wahrheit entsprechen. Er gab aber zu, daß die Sätze aus dem Zusammenhang gerissen seien und auch so verstanden werden müßten. Betragt, weshalb seine Aufzeichnungen dennoch den Verlauf des Gesprächs völlig verzerrten, sagte der Beamte, ihm seien als völlig unvorbereitetem Teilnehmer „die Haare zu Berge gestanden“, als er mit anhöre, in walden Ton die Politik namhafter Vertreter der Partei kritisiert wurde. Da habe er verpflichtet gefühlt,

Schmitt-Vockenhausens Meldung zu erstatten. Der Kriminalobermeister räumte allerdings ein, daß sich ihm „die Sache heute anders darstellte“, nachdem er von Jungsozialisten über Sinn und Zweck der Gesprächsrunde aufgeklärt worden sei.

Die Erschütterungen der Detonation dieser Bombe spürte man in Wiesbaden wie in Bonn. Der hessische Innenminister Schneider, eingedenk unseliger anderer Spitzelaffären, ließ mitteilen, der Staatsschützer habe nicht in dienstlichem Auftrag, sondern privat an der Bierrunde teilgenommen. Die Parteispitze der SPD, vertreten durch den Vorsitzenden Willy Brandt, seinen Stellvertreter Herbert Wehner und Bundesgeschäftsführer Wischniewski, erinnernde sich offenbar an Drohungen von Jungsozialisten, keine Notstandsbeiträge im Wahlkampf unterstützen zu wollen, in Telegrammen forderten sie daher den Unterbezirk auf, die Hintergründe dieses „Putschversuchs“ rasch aufzudecken.

Dem Unterbezirksvorstand fiel die Klärung offenbar leicht. Am Donnerstag vor Ostern waren die Beschuldigten rehabilitiert, die wahren Zusammenhänge aufgedeckt. Eine Ehrenerklaung wurde aufgesetzt, in der parteischädigendes Verhalten nicht festgestellt wurde. Als man über sie abstimmte, enthielt sich HSV, wie er selbst sagte, der Stimme. Sein „Zeuge“ aber, der „stehen“ und bis zu den höchsten Gerichten mitgehen“ sollte, war gar nicht erst vor dem Urstern erschienen. Der Politiker begann sich abzusetzen. Er habe „niemanden“, also auch nicht den Kriminalobermeister, zu der Versammlung „entsandt“, versichert er, und sie auch nicht „überwachen lassen“, zumal er von ihr nichts gewußt habe (Seine Kontrahenten hingegen bezeugen, er habe vor dem Untersuchungsamt schuldig klar zu erkennen gegeben, wie gut er von vornherein informiert gewesen sei.) Mitlin wurde ihm das Protokoll freiwillig zur Verfügung gestellt.

Aber ebenso belohnte Schmitt-Vockenhausen der „Frankfurter Rundschau“, die „Bombe“ gar nicht selbst der „Main-Spitze“ zugespielt zu haben. Wieder einmal sollte also ein kleiner Mann ins große Fettnäpfchen getreten haben.

HSV konnte freilich nicht wissen, daß der Chefredakteur der „Main-Spitze“, peinlich getroffen in seiner journalistischen Ehre, kritisch

los einem prominenten Politiker vertraut zu haben, alle Rückstände fahren ließ und in der Osterausgabe seines Blattes „die Fakten auf nur die halbe Wahrheit erzählt“. Danach war klar, daß HSV sich entgegen allen Behauptungen nicht geschämt hatte, die Öffentlichkeit einzuschalten, um persönliche Gegner innerhalb der Partei „mundtot“ zu machen. Auch der Rüsselsheimer SPD-Vorsitzende Martin Schlapper hatte, laut „Main-Spitze“, keine Bedenken, die parteiinterne Auseinandersetzung ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren, wo sie dann zum Skandal wurde.

Wer also verhielt sich parteischädigend und gefährdete den Wahlkampf der SPD im Main-Taunus-Kreis? Der Chefredakteur der „Main-Spitze“ gab als SPD-Mitglied einen bedeutsamen Wink: Es könnte für die Inkriminierten jetzt der Anlaß gegeben sein, etwas gegen die wahren Versucher zu unternehmen. Was auf die Inkriminierten gewartet hätte, hätten sie sich so verhalten, wie im Protokoll vermerkt, unterliegt keinem Zweifel: der Parteiausschluß.

Was auf Hermann Schmitt-Vockenhausen wartete, der sich in eine denkbar schlechte Position für den Wahlkampf manövrierte, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Es wird interessant sein zu erfahren, ob sich parteischädigend nur untere Parteichef verhalten können, während dieselbe Handlungsweise „deggangen“ von Parteigrößen, als „denkbar“ legitim interpretierliche Auseinandersetzung“ gilt.

SPD-Schiedsgericht rügt Schmitt-Vockenhausen

Nachspiel zur Rüsselsheimer Protokollaffäre / Rechtsanwalt protestiert gegen Entscheidung

Von unserem Korrespondenten Walter Keber

RÜSSELSHEIM/FRANKFURT. Das Schiedsgericht des SPD-Bezirks Hessen-Süd hat den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und Bundestagsvizepräsidenten Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen für sein Verhalten in der Rüsselsheimer Protokollaffäre öffentlich gerügt. Damit sprach sich die höchste Parteinstanz in dem laufenden Parteiordnungsverfahren gegen das Vorgehen des Abgeordneten gegen die linke Opposition in seinem Wahlkreis 143 aus. Dort hatte ein Aktionskreis versucht, einen Gegenkandidaten aufzubauen. Doch die Wahlkreis-Konferenz der SPD-Unterbezirke Main-Taunus und Groß-Gerau entschloß sich mit Mehrheit für eine Kandidatur von Schmitt-Vockenhausen. Als hierauf der Aktionskreis am 27. März 1969 im Bierkeller der Rüsselsheimer Stadthalle rückwirkend die Vorgänge um die Nominierung von Schmitt-Vockenhausen analysierte, fertigte der Kriminalobermeister und Niedernhausener Jungsozialisten-Vorsitzende Karl André ein Protokoll an, das Frank von Auer, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Heinz-Günter Lang unwahre Äußerungen in den Mund legte. Das Protokoll gab er an Hermann Schmitt-Vockenhausen weiter, der es dem Chefredakteur der „Main-Spitze“ in Rüsselsheim zuspielte. Dieser veröffentlichte das „Protokoll“ unter der Überschrift „Jungvolk der Sozialdemokraten will putschen“. Die mit Namen Angegriffenen erwirkten eine einstweilige Verfügung beim Frankfurter Landgericht gegen das Blatt. Hierauf teilte der Chefredakteur mit, wer ihm das Protokoll übergeben habe.

Der Abgeordnete leugnete zunächst hartnäckig, mußte aber 22. April 1969 in Flörsheim zugeben, er habe damit „Unruhestifter mundtot machen“ wollen. In einem Brief an Bundestagsabgeordnete bezichtigte HSV die FR, sie habe eine Rufmordkampagne gegen ihn gestartet. Sein Frankfurter Rechtsanwalt, Dr. Rudolf Schindler, erklärte gestern der FR auf Anfrage: „Ich möchte der Rundschau keine Erklärung abgeben.“ Schindler hat für den in den USA weilenden HSV beim SPD-Bezirks-

vorstand Hessen-Süd gegen die Entscheidung der Schiedskommission protestiert. Er behauptet, das Parteiordnungsverfahren sei rechtswidrig eingeleitet worden. Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd, Rudi Arndt, soll den Bezirksvorstand über die Vorgänge falsch informiert haben. Die Entscheidung des Schiedsgerichts sei auch deshalb unzulässig, da es wegen Befangenheit abgelehnt worden sei.

*

FRANKFURT. Die südhessischen Jungsozialisten haben in einer Erklärung den Beschluß des Schiedsgerichts der südhessischen

SPD begrüßt, dem Bundestagsvizepräsidenten Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen für seinen Versuch, aktive Jungsozialisten in der Öffentlichkeit zu verleumden, eine Rüge zu erteilen. Damit ist Schmitt-Vockenhausens Verhalten, so erklären die südhessischen Jusos weiter, mit wünschenswerter Eindeutigkeit als parteischädigend gekennzeichnet. Spätestens bei der nächsten Kandidatennominierung, heißt es in der Erklärung, wird die SPD zu beweisen haben, daß sie ihren Beschlüssen auch Taten folgen läßt. Hermann Schmitt-Vockenhausen sei zu einer Belastung für das Ansehen der SPD geworden. df

FRANKFURTER RUNDSCHAU,
27. 5. 1970

RÜSSELSHEIMER ECHO,
27. 5. 1970

Rüge für Schmitt-Vockenhausen

Frankfurt (dpa). Dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) wird wegen der sogenannten „Protokoll-Affäre“ eine Rüge erteilt. Einen entsprechenden Beschluß des Schiedsgerichts der südhessischen SPD bestätigte ein SPD-Sprecher in Frankfurt. Schmitt-Vockenhausen war vorgeworfen worden, im Frühjahr 1969 ein Protokoll, das ein der Kriminalpolizei angehörender Jungsozialist über eine Sitzung von Jungsozialisten angefertigt hatte, an Zeitungsredaktionen weitergegeben zu haben.

Schiedskommission der SPD Hessen-Süd erteilt „HSV“ eine Rüge

Arndt: „Schmitt-Vockenhausen schlechter Verlierer“

Lange schwelendes Parteiordnungsverfahren am Samstag abgeschlossen

Die Schiedskommission des Bezirkes Hessen-Süd der SPD hat am Samstag in Frankfurt nach mehr als einem Jahr einen Schlußstrich unter die Affäre um den Bundestagsvizepräsidenten Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen gezogen: Sie erteilte „HSV“ eine Rüge, weil er im Frühjahr 1969 ein angebliches Protokoll über eine Sitzung von Jungsozialisten in Rüsselsheim veröffentlicht und damit die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie verletzt habe. Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, der derzeit auf einer Dienstreise in den USA weilt, ließ über seinen Rechtsanwalt Dr. Schindler noch am Samstag gegen die Entscheidung der Schiedskommission protestieren.

In dem Telegramm, das unserer Zeitung zugeht, heißt es: „Die Feststellungskommission beim Bundesvorstand der SPD in Bonn hat bereits vor einigen Wochen festgestellt, daß der SPD-Bezirk Hessen-Süd in dieser Angelegenheit mit zweierlei Maß messe. Aus der Feststellungsklage ergebe sich, daß das Parteiordnungsverfahren rechtswidrig eingeleitet worden ist. Der Vertreter des SPD-Bezirk Hessen-Süd, Staatsminister Rudi Arndt, soll darüber hinaus den Bezirksvorstand über die Angelegenheit unrichtig informiert haben. Darüber hinaus stammt die Entscheidung der SPD Hessen-Süd von einem wegen Befangenheit abgelehnten Schiedsgericht, so daß die Entscheidung als solche unzulässig ist.“

„Parteispruch angemessen“

Minister Rudi Arndt wies gestern unserer Zeitung gegenüber die Vorwürfe in diesem Telegramm nachdrücklich zurück und erklärte, mit dieser Stimmungsmache erwiesen sich Dr. Schindler und letztlich auch Dr. Schmitt-Vockenhausen als schlechte Verlierer. Dr. Schmitt-Vockenhausen habe mehrmals mehr oder weniger deutlich eingestanden, daß er mit der sofortigen Unterrichtung der Presse einen Fehler begangen habe, aber er sei offensichtlich nicht zu einem klaren Schuldbekenntnis zu bewegen gewesen. „Ich halte die Rüge für eine angemessene Maßnahme. Unsere Partei hat damit bewiesen, daß sie eben nicht

mit zweierlei Maß mißt, sondern wenn nötig auch vor Prominenten nicht zurückschreckt.“

Zu den formaljuristischen Vorwürfen, die in dem Telegramm Dr. Schindlers erhoben werden, sagte Arndt, man müsse das Feststellungsverfahren, das von Dr. Schmitt-Vockenhausen eingeleitet worden sei, und das Parteiordnungsverfahren trennen. In dem Feststellungsverfahren seien noch einmal die Einzelheiten der sogenannten Bierkeller-Affäre zur Sprache gekommen, während es in dem anderen Verfahren allein um das Verhalten Schmitt-Vockenhausens in der Folgezeit gegangen sei. Überdies habe die Schiedskommission des SPD-Vorstandes in Bonn die Angelegenheit nicht in ihre Kompetenz genommen und damit die Zuständigkeit der Schiedskommission bestätigt. Was den Vorwurf der Befangenheit angehe, so lasse Dr. Schindler offensichtlich außer acht, daß er die Schiedskommission des Unterbezirks Main-Taunus als rechtmäßig anerkannt habe, obwohl auch sie ihn nicht als Vertreter Dr. Schmitt-Vockenhausens zuließ, weil er nicht der Partei angehöre. Aus dem gleichen Grund sei er aber auch vom Bezirk abgelehnt worden.

Rudi Arndt teilte mit, er habe überdies aus Bonn erfahren, daß Dr. Schmitt-Vockenhausen seine Klage beim Landgericht, die Schiedskommission müsse wegen Befangenheit abgelehnt werden, wieder zurückgezogen habe. „Für mich ist dies leidige Verfahren jetzt abgeschlossen, zumal es nach den Satzungen unserer Partei in diesem Fall keine Berufungsmöglichkeit gibt.“ Die Möglichkeit, daß Schmitt-Vockenhausen vor ein ordentliches Gericht gehen könnte, bezeichnete Arndt als völlig abwegig. „Hier war nur die Partei befaßt, und sie hat entschieden.“ bri

FRANKFURTER RUNDSCHAU,
24. 10. 1970

Schmitt-Vockenhausen unerbeten

BONN, 23. Oktober (FR). Der Parteivorstand der SPD sowie die SPD-Bundestagsfraktion sind vom Parteitag des SPD-Unterbezirks Bonn aufgefordert worden, dem hessischen Bundestagsabgeordneten und Vizepräsidenten des Parlaments, Hermann Schmitt-Vockenhausen, aus allen Ausschüssen und Gremien abzuberufen, die mit einer Änderung des Parteiengesetzes beschäftigt sind. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Schmitt-Vockenhausen war kürzlich vom SPD-Parteivorstand zum Vorsitzenden der Kommission zur Änderung des Parteiengesetzes berufen worden.

Mit großer Mehrheit nahm der Unterbezirks-Parteitag auch einen Antrag an, in dem bestimmte Änderungen des Parteiengesetzes abgelehnt wurden. Es geht dabei um eine erwogene Zulassung von Vorstandsmitgliedern in Parteischiedsgerichte, die Erleichterung von Parteiausschlüssen sowie eine Einschränkung von geheimen Abstimmungen bei Vorstandswahlen der unteren Parteiebene.

SPIEGEL,
28. 9. 1970



SPD-Rechter Schmitt-Vockenhausen
„Tendenz zur Abschaffung ...

PARTEI-AUSSCHLUSSE

Sicherlich Widerspruch

Bonn's Parteien sollen mißliebige Mitglieder leichter loswerden können.

Das ist das Ziel eines Entwurfs zur Änderung des Parteiengesetzes, den eine SPD-Kommission nach Absprache mit den anderen Fraktionen dem Bundestag im Oktober vorlegen will.

Seit drei Jahren müssen die Parteien ihre Konflikte mit internen Opponenten nach gesetzlichen Vorschriften regeln. Danach darf nur ausgeschlossen werden, wer seiner Partei — durch Verstöße gegen Satzung, Grundsätze oder Ordnung — „schweren Schaden“ zugefügt hat. Über den Ausschluß entscheidet allein ein Parteischiedsgericht, dem Vorstandsmitglieder nicht angehören dürfen.

Die geplante Novellierung würde diesen strikten Schutz der Mitglieder vor willkürlichem Rausschmiß aushöhlen. Nach dem Entwurf soll

▷ ein Mitglied schon dann gefeuert werden, wenn es „erheblich oder wiederholt gegen Grundsätze und Ordnung der Partei verstößt“, ohne daß dadurch der Partei ein Schaden entstanden sein muß,

▷ ein Vorstandsamt mit dem Amt eines Parteirichters nicht mehr grundsätzlich unvereinbar sein.

Initiator der Novelle ist Bundestags-Vizepräsident Hermann („HSV“) Schmitt-Vockenhausen, als Rechtsaußen der südhessischen SPD ein scharfer Gegner der von Ausschlüssen besonders bedrohten Jungsozialisten. HSV, der 1967 als Vorsitzender des Innenausschusses das Parteiengesetz durch den Bundestag brachte, möchte seine frühere Nachsicht korrigieren: „Mit der Schadens-Vorschrift haben wir uns doch damals etwas aufbinden lassen.“

Im November letzten Jahres war Schmitt-Vockenhausen vom Bonner

SPD-Vorstand zum Vorsitzenden einer Novellierungs-Kommission bestellt worden. Weitere Kommissions-Mitglieder: Partei-Vize Herbert Wehner, Schatzmeister Alfred Nau, Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski, zwei Bezirkssekretäre und der im Kampf gegen linke Opponenten geübte geschäftsführende Landesvorsitzende der Berliner SPD, Walter Jaroschowitz.

Das erste Ergebnis der Kommissionsberatungen, das zunächst der mitregierenden FDP im Januar zuzuging, zeigte denn auch deutlich das Interesse des SPD-Apparats an der Disziplinierung linker Kritiker.

Neben der Streichung der Schadens-Klausel empfahlen die Genossen in ihrem Neun-Punkte-Papier, für Wahlanfechtungen eine Frist von nur sieben Tagen zu setzen sowie die Möglichkeit zu schaffen, bei schweren Kon-

flikten Sonderorganisationen, etwa die Jungsozialisten, durch Führungsgremien aufzulösen. Solche SPD-Begehren, nach Schmitt-Vockenhausen „nur Sachen, die unproblematisch sind“, fanden bei den FDP-Experten keinen Anklang.

Im Kernpunkt jedoch, der Erleichterung von Ausschlüssen, stimmten die Liberalen zu. „Schwerer Schaden“, so FDP-MdB Wolfgang Rutschke, sei ein „unbestimmter Rechtsbegriff“, der zu Beweis-Nöten der Parteigerichte führe. Und FDP-Justitiar Hermann Marx bereicherte den Katalog gar um einen Punkt, der den Schutz vor Ausschlüssen noch weiter abbauen kann: In Zukunft sollen Vorstandsmitglieder unterer Partei-Organisationen auf den höheren Ebenen Richterämter bekleiden dürfen. Dadurch würde es zum Beispiel möglich, Bundesparteigerichte mit führenden Landespolitikern zu besetzen, denen es bei Verfahren gegen Kritiker der Parteilinie an richterlicher Objektivität fehlen könnte.

Die Marxsche Begründung: In der FDP gebe es stets Schwierigkeiten, das elfköpfige Bundes-Parteigericht zu beschieken, weil man nicht auf Kreisvorstandsmitglieder zurückgreifen dürfe.

Die HSV-Kommission folgte den Ratschlägen der FDP, holte auch bei Experten der CDU/CSU ein Plazet ein und stellte im Juni einen neuen interfraktionellen Antrag fertig.

Erst Mitte September erfuhren die Jungsozialisten von den bis dahin geheimgehaltenen Novellierungsplänen. Prompt fühlten sie sich bedroht. Jusos-Vize Norbert Gansel protestierte am letzten Mittwoch öffentlich:

Änderungen des Parteiengesetzes nach dem HSV-Modell „tendieren deutlich zur Abschaffung der innerparteilichen Demokratie“ und seien „eine Verhöhnung“ der Forderung Willy Brandts nach mehr Demokratie in der Partei.

Den Novellierern sind inzwischen Zweifel an der Verwirklichung ihrer Pläne gekommen. Schmitt-Vockenhausen: „Über die Ausschluß-Tatbestände kann man ja noch reden.“ FDP-Marx: „In den Fraktionen wird es sicherlich noch Widersprüche geben.“

Die SPD-Kommission will deshalb am kommenden Montag noch einmal über endgültige Formulierungen nachdenken. Zugleich sicherte SPD-Präsident Nau dem Opponenten Gansel zu, auch der SPD-Parteirat werde sich mit der Novellierung befassen.

Selbst wenn der HSV-Entwurf durchgehen sollte, bleibt noch eine letzte Bremse: Die Einschränkung demokratischer Minimalerfordernisse würde erst wirksam, wenn die Parteien ihre Satzungen entsprechend geändert haben. Dazu aber brauchen sie qualifizierte Mehrheiten auf ihren Bundesparteitag.

Norbert Gansel ist sicher: „Für Anträge im Sinne des Schmitt-Vockenhausen-Papiers findet sich auf keinem Parteitag eine Zweidrittel-Mehrheit.“



SPD-Linker Gansel
„... der innerparteilichen Demokratie“

Herausgeber: Aktionskreis "Bundestagskandidatur Frank von Auer"
Verantwortlich: Bernhard Brehl

7.10.4 „Spiegel“, Nr. 16, 14. April 1969 zur sogenannten „Protokollaffäre“ oder „Bierkelleraffäre“

„Sein wichtigstes Parteiamt – Beisitzer im Bezirksvorstand- hat HSV bereits 1966 verloren. Der Versuch der Parteijugend aber, seine nächste Bundestagskandidatur zu verhindern, scheiterte: Auf der Delegiertenkonferenz der SPD-Unterbezirke Groß-Gerau und Main-Taunus-Kreis überwogen die HSV-Anhänger.

Nun wollten ihn die Jusos auf Partisanen-Art doch noch erledigen – so jedenfalls ließ es sich aus der „Mainspitze“ herauslesen. Denn nach dem Protokoll, das die Zeitung abdruckte, waren die Jusos nicht nur übereingekommen, HSV auch während seines Wahlkampfes offen zu attackieren.

Schlimmer: Es sei erwogen worden, den Gegenkandidaten von der CDU zu unterstützen. Und am deutlichsten habe sich Jungsozialist Frank von Auer ausgedrückt: „Glaubst Du, ich wähle so ein Schwein?“ Der Bombenbastler war von den Jusos bald ausgemacht. Frank von Auer: „Wir haben die Teilnehmerliste durchgesehen – da blieb nur einer übrig.“ Übriggeblieben war der Jungsozialist Karl Andree, 33, Polizeiobermeister und im Kommissariat Hofheim mit Staatsschutzangelegenheiten betraut. Der SPD-Polizist hatte nach eigenem Bekunden „einmal sehen“ wollen, „was sich da so tat.“ Was sich tat – „das war so stark, da mußte man Alarm schlagen“ notierte Andree noch am Biertisch. „Ich habe auch nur die dicksten Hunde herausgegriffen“, entwertete er später sein Protokoll, „das gibt natürlich kein objektives Bild, wenn man das so runterliest.“ Das fanden auch die betroffenen Jusos. Von Auer: „Manches ist glatt verdreht und falsch.“ Vor allem: „Ich habe den HSV nie als Schwein bezeichnet.“

Noch vor Ostern mühten sich hohe und niedrige Parteigremien, die Bombe, die sich als Blindgänger erwies, beiseite zu schaffen. Aus Bonn deeschierte SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski, nunmehr werde die Partei gegen den Hauptstörenfried Frank von Auer vorgehen – obschon längst feststand, dass die Notizen des Staatsschützers Andree anfechtbar waren.

8. Quellen-, Zeitzeugen- und Literaturverzeichnis

8.1 Quellenverzeichnis

8.1.1 Veröffentlichungen von Hermann Schmitt-Vockenhausen

- „Die Wahlprüfung in Bund und Ländern unter Einbeziehung Österreichs und der Schweiz. Ein Beitrag zum Wesen der parlamentarischen Demokratie“, Bad Homburg 1969 (Dissertation FU Berlin).
- „Bürgerkunde in knappen Sätzen. Ein Merkbuch der politischen Erziehung“ (Eine Neubearbeitung des von Hermann Schmitt-Vockenhausens verfassten Buches), 1957.
- „Durchgangsstation und sonst nichts? Zur Gesetzgebungsarbeit des Deutschen Bundestages“, in: Hübner, E.; Oberreuter, H. und Rausch, H. (Hrsg.), Der Bundstag von innen gesehen, 1969.
- „Einfluß der Bundes- und Landespolitik auf die Kommunalpolitik“, in: Die Neue Gesellschaft, 1974, Heft 9.
- Kommunalpolitik vor neuer Bewährung; Die Gemeinden nach 30 Jahren Grundgesetz, in: Die Neue Gesellschaft, 1979, Heft 5.
- „Auf dem Weg zur ‚dritten Säule‘, Bundestag verankert Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände in der Geschäftsordnung“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3, 1975.
- „Zehn Jahre Parteiengesetz, Vorzüge und Schwächen“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 4, 1975.
- „Das Erbe Gutenbergs – das gedruckte Wort“, in: Festveranstaltung zum 75-jährigen Jubiläum des Gutenberg-Museums und der Gutenberg-Gesellschaft am 21.06. 1976, 1976.
- „Leben für die oder von der Politik? Der Abgeordnete im Widerspruch der Erwartungen“, in: Klatt, H. (Hrsg.), Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1980.
- „Zum Selbstverständnis des Parlaments“, in: Horst Hensel, République en miniature, Eine Schrift für Alfred Grosser, Köln 1974.
- Im Gesamtkatalog der Friedrich-Ebert-Stiftung abrufbare Titel von Veröffentlichungen Hermann Schmitt-Vockenhausens. Sie beziehen sich auf viele Bereiche und Politikfelder. Einige aussagekräftige Titel werden hier als Beispiele zu folgenden Themen genannt, die Schwerpunkte seines politischen Wirkens waren:
 1. Notstandsgesetzgebung

2. Kommunalpolitik
3. Politisches Verhalten
4. Politische Ziele
5. Realismus und Pragmatismus
6. Brückenbau zwischen SPD und katholischer Kirche
7. Umweltpolitik
8. Außenpolitik

Unter diesen ausgewählten Titeln sind seine Ausführungen alle im Sozialdemokratischen Pressedienst erschienen:

- „Wie ist es mit dem zivilen Bevölkerungsschutz?“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Kommunalpolitik – wichtiges Bewährungsfeld der Parteien.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Politik des Ausgleichs von Stadt und Land.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Grenzen der Fairneß einhalten“. In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Das Mandat verlangt den ganzen Menschen.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Politiker mit Augenmaß.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Vertrauen der Jugend darf nicht verspielt werden.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Innere Sicherheit eine Forderung Nummer eins.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Gewaltverzicht nach außen, aber auch nach innen.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Ergebnisse sind wichtiger als Institutionen.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Kein Tummelplatz für abstraktes Theorisieren.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Das Gespräch zwischen der SPD und der katholischen Kirche.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Vollzugsdefizit im Umweltschutz.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.
- „Die UNO, China und die Bundesrepublik Deutschland.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.

- „Südostasien verdient unsere Hilfe.“ In: Sozialdemokratischer Pressedienst.

- 8.1.2** Nachlass Hermann Schmitt-Vockenhausens im Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn
(Zitierweise: FES, Box oder Mappennummer)
- 8.1.3** Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion, des Parteivorstands und entsprechende Materialien auf Landes-, Bezirks-, Unterbezirksebene im Archiv für soziale Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn
- 8.1.4** Privatarchiv Ruth Schmitt-Vockenhausen
- 8.1.5** Verhandlungen des Bundestages. Stenographische Berichte
- 8.1.6** Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Personalakten
- 8.1.7** Protokolle der Kreistagsitzungen Main-Taunus-Kreis, Landratsamt Hofheim
- 8.1.8** Materialien des Statistischen Bundesamtes, besonders Wahlergebnisse
- 8.1.9** Materialien im Bundesarchiv Koblenz
- 8.1.10** Materialien des Bundespresseamtes in Berlin
- 8.1.11** Materialien des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
- 8.1.12** Materialien des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken
- 8.1.13** Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München, Wien
1979
- 8.1.14** Godesberger Programm der SPD
- 8.1.15** Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963

8.2 Zeitzeugenverzeichnis

Anmerkung: Der Buchstabe „P“ am Ende der jeweiligen Namenszeile bedeutet, dass ich persönliche Gespräche mit dem Zeitzeugen führte und außerdem mein Fragebogen schriftlich beantwortet wurde.

- An erster und herausgehobener Stelle nenne ich Frau Ruth Schmitt-Vockenhausen, die Witwe Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens, Bad Soden, der ich auch hier nochmals danke. P
- Balsler, Frolinde, SPD, damals MdB, Frankfurt/Main P
- Clement, Wolfgang, damals Bundeswirtschaftsminister und ehemaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen P
- Ehrenberg, Herbert, SPD, Bundesminister a.D. P
- Hansen, Dorothee, SPD, Groß-Gerau P
- Huhs, Albert, Vockenhausen P
- Huhs, Margarete, Vockenhausen P
- Leber, Georg, SPD, Bundesminister a.D., Schönau am Königssee P
- Mahne, Erich, SPD, Oldenburg P
- Renger, Anneliese, SPD, damals MdB und von 1972-1976 Vorsitzende des Deutschen Bundestages P
- Sauer, Rudolf, SPD, Kelkheim P
- Schellheimer, Liane, SPD, Hochheim P
- Schlappner, Martin, SPD, Rüsselsheim, damals MdL P
- Schmitt-Vockenhausen, Ruth, Bad Soden P
- Sperling, Dietrich, damals Königstein und MdB, jetzt Potsdam P
- Steiger, Fritz, Büttelborn, SPD, Kr. Groß-Gerau, Kommunalpolitiker P
- Thumser, Karl, SPD, Bad Soden, Ministerialbeamter und Kommunal-Politiker P
- Welteke, Ernst, SPD, ehemaliger MdL, hessischer Staatsminister für Finanzen und Bundesbankpräsident P
- Wittrock, Karl, SPD, Wiesbaden, damals MdB
- Zink, Otto, CDU, Rüsselsheim, damals MdB P

8.3 Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie; das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Marktverhältnisse, Frankfurt/Main o.J.
- Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bde. 1 und 2, München, Wien 1979.
- Arnim, Hans Herbert von: Ist die Kritik an den politischen Parteien berechtigt? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn B 11/1993.
- Amery, Carl; Erb, Gottfried;
Horné, Alfred; Dirks, Walter: Katholiken zur SPD-Politik; Sozialdemokratische Wählerinitiative, Bonn 1972.
- Andersen, Uwe/Woyke,
Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997.
- Arend, Peter: Die innerparteiliche Entwicklung der SPD 1966-1975, Bonn 1997.
- Aretz, Jürgen, in: Albrecht
Arndt, Claus: Architektur und Parlamentsarbeit, in: Parlamentsfragen, Opladen 1970.
- Langner (Hrsg.): Katholizismus und deutsche Sozialdemokratie 1949-1963, Paderborn, München, Wien, Zürich 1978.
- Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde, Band 6: Politische Soziologie, Wiesbaden 1973.
- Bahr, Egon: Porträt einer Partei, München, Wien 1980.
- Baier, Gerhard: SPD Hessen, Chronik 1945-1988, Bonn 1989.
- Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ara Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.
- Becker, Horst/Hombach,
Bodo: Die SPD von innen, Bonn 1983.
- Behr, Wolfgang: Sozialdemokratie und Konservatismus, regionale Parteianalyse, Hannover 1960.

- Benz, Plum, Röder: Einheit der Nation, Stuttgart 1978.
- Betz, Hans-Georg: Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Moderne, in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn B 11/1993.
- Beyme, Klaus von: Parteien im Wandel, Wiesbaden 2000.
- Bolte, Karl-Martin: Deutsche Gesellschaft im Wandel, Opladen 1966.
- Bouvier, Beatrix: Auf der Woge des Zeitgeistes? Die SPD seit den 60er Jahren, in: Dowe, Dieter (Hrsg.): Partei und soziale Bewegung, Bonn 1993.
- Brandt, Peter: Demokratischer Sozialismus, Deutsche Einheit, Europäische Friedensordnung: Kurt Schumacher in der Nachkriegspolitik 1945-1952, in Dowe, Dieter (Hrsg.): Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1996.
- Bruch, von/
Müller, Rainer A. (Hrsg.): Historikerlexikon, Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 1991.
- Classens, Klönne, Tschöpe: Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf, Köln 1965.
- Conze, Eckhart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis zur Gegenwart, München 2009.
- Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968.
- Doering Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

- Düverger, Maurice: Die politischen Parteien, Siegfried Landshut (Hrsg.), Tübingen 1959.
- Edinger, Lewis J.: Kurt Schumacher, Stanford 1965.
- Ehmke, Horst: Politik als Herausforderung. Reden 1968-1974, u.a.: Die Generation, auf die wir gewartet haben. (Referat auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg 1968), 1968.
- Ders.: Politik der praktischen Vernunft, Frankfurt/Main 1969.
- Eichler, Willi: Lebendige Demokratie, vom Wesen und Wirken der SPD. SPD-Vorstand (Hrsg.), Bonn o.J.
- Ellwein, Thomas: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Köln und Opladen 1963.
- Eschenburg, Theodor: Staat und Gesellschaft in Deutschland, Stuttgart 1964.
- Fackinger, Kurt: Handbuch des politischen Unterrichts, Frankfurt/Main 1971.
- Falter, Jürgen W./
Schumann, Siegfried: Nichtwahl und Protestwahl: zwei Seiten einer Medaille, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn B 11/1993.
- Frankenbach, Bernd: Geschichte der SPD von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2012.
- Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973.
- Frenz, Wilhelm/Schmidt,
Heidrun: Wir schreiten Seit an Seit, Geschichte der Sozialdemokratie in Nordhessen, Marburg 1989.

- Friedel, Mathias (Hrsg.): Von der Teilung zur Wiedervereinigung. Dokumente zur deutschen Frage in der Zeit des Kalten Krieges 1945-1989/90, Wiesbaden 2006.
- Gabriel, O.W., Niedermayer, O., Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997.
- Glötz, Peter: Demokratischer Sozialismus als linker Reformismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 23/73.
- Grebe, Paul: Die politischen Parteien in Vergangenheit und Gegenwart, Wiesbaden 1954.
- Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966.
- Goertz, Hans-Jürgen: Umgang mit Geschichte. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Reinbek bei Hamburg 1995.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1989.
- Heinemann, Gustav W.: Zur Reichsgründung 1871. Zum 100. Geburtstag von Friedrich Ebert, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971.
- Hering, Rainer: Aber ich brauche die Gebote..., Helmut Schmidt, die Kirche und die Religion, Bremen 2012.
- Kaltefleiter, Werner: Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln und Opladen 1968.
- Kirchheimer, Otto: Der Wandel des Westeuropäischen Parteiensystems, in: PVS 6 (1965).

- Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, Bonn 1996.
- Köser, Helmut: Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59; Entwicklung und Wandel der Organisationsstruktur und des ideologisch-typologischen Selbstverständnisses der SPD; Eine empirisch-systematische Untersuchung, Freiburg 1971.
- Korte, Karl Rudolf: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003.
- Kreiterling, Willi: Kirche – Katholizismus – Sozialdemokratie, 1969.
- Kropat, Wolf-Arno: Hessen in der Stunde Null 1945/47, Wiesbaden 1979.
- Langkau, Jochem;
Matthofer, Hans; Schneider,
Michael (Hrsgg.): SPD und Gewerkschaften, Band 2, Bonn 1994.
- Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945 bis 1995, Bonn 1995.
- Leibholz, Gerhard: Der Parteienstaat im Bonner Grundgesetz, in: Recht, Staat, Wirtschaft, Band 3, 1959.
- Lenk/Neumann: Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied und Bonn 1968.
- Lepsius, Rainer M.: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Abel, Wilhelm u.a. (Hrsgg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1961.
- Lipset, Seymour: Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives, New York 1967.

- Lösche, Peter/Walter, Franz: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992.
- Lösche, Peter: Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Berlin, Köln 1994.
- Mair, P. und Katz, R.S.: Changing Models of Party Organisation and Party Democracy, in: Party Politics 1, 1, 1995.
- Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, Frankfurt/Main 1952.
- Merseburger, Peter: Willy Brandt 1903-1992, Stuttgart, München 2002.
- Mintzel, Alf: Die Volkspartei – Typus und Wirklichkeit, Opladen 1984.
- Mintzel/Oberreuter: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992.
- Mintzel, Alf: Der akzeptierte Parteienstaat, in: Broszat, Martin (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München 1990.
- Mittmann, Ursula: Fraktion und Partei; ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich, Düsseldorf 1976.
- Moraw, Frank: Die Parole der Einheit und die Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland, München 1995.
- Narr, Wolf-Dieter: CDU – SPD, Stuttgart 1966.
- Niclauß, Karlheinz: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn, München, Wien, Zürich 1995.

- Niedermayer, Oskar, Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch, Opladen 1994.
- Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche, München 1965.
- Obermann (Hrsg.): Verteidigung der Freiheit; Idee, Weltstrategie, Bundeswehr, Stuttgart 1966.
- Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Parteiensysteme am Wendepunkt? München, Landsberg am Lech 1996.
- Platen, Heinz-Peter: Volkspartei oder was sonst? Zur Sozialstruktur der SPD am Beispiel Osnabrück, in: Die neue Gesellschaft 24 (1977).
- Plötzsch, Horst: Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart, München 2006.
- Puhle, H.J.: Parteienstaat in der Krise; Parteien und Politik zwischen Modernisierung und Fragmentierung, Wien 2002.
- Ders.: Vorlesungen und Seminare an der Goethe-Universität Frankfurt/Main, von Ottomar Löhr gehört, mitgeschrieben und einmal referiert.
- Hattinger, Hans: Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteiverdrossenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn B 11/1993.
- Recker, Marie-Luise: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002.
- Dies.: Die Formierung des Parteiensystems der BRD, in: Skriptenheft III, 42. Deutscher Historikertag in der Goethe-Universität Frankfurt/Main 1998.

- Dies.: Vorlesungen, Seminare, Kolloquien an der Goethe-Universität Frankfurt/Main, von Ottomar Löhr gehört, mitgeschrieben und mehrmals referiert, 1998-2011.
- Reuther, Helmut (Hrsg.): Menschen unserer Zeit. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Kirche, Wirtschaft und der Politik: Hermann Schmitt-Vockenhausen, Bonn 1978.
- Ritter, Gerhard A.: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998.
- Rohe, Karl: Wähler und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt/Main 1992.
- Rollmann, Dietrich (Hrsg.): 50 Reden aus dem Deutschen Bundestag 1949-1983; zum 35-jährigen Bestehen des Deutschen Bundestages, Stuttgart, Bonn o.J.
- Schadt, Jörg/Schmierer, Wolfgang: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979.
- Schildt, Axel/Lammers, Karl (Hrsgg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.
- Schmid, Carlo: Erinnerungen, Bern, München, Wien 1979.
- Ders.: Bundestagsreden, Hans-Joachim Daul (Hrsg.), Bonn o.J.
- Schönhoven, Klaus: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft 25, 1999.
- Schwan, Alexander/

- Schwan, Gesine: Sozialdemokratie und Sozialismus. Zum Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie, Hamburg 1974.
- Schwan, Gesine (Hrsg.): Demokratischer Sozialismus für Industriegesellschaften (Mit Beiträgen u.a. von Richard Löwenthal), Frankfurt/Main 1979.
- Schwarz, H.P.: Die Ära Adenauer, Gründerjahre der Republik 1945-1957, Stuttgart 1981.
- Ders.: Die Ära Adenauer, Epochenwechsel 1957-1963, Stuttgart 1983.
- Siebert, Ferdinand: Von Frankfurt nach Bonn. Die deutschen Verfassungen 1849-1949. Frankfurt/Main, Mainz 1961.
- Sontheimer, Kurt: Die verunsicherte Republik. Die Bundesrepublik nach 30 Jahren, München 1979.
- SPD-Vorstand (Hrsg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1952.
- Steinbach, Peter: Die SPD zwischen Tradition und Neubeginn, programmatische Grundlinien im zeitgeschichtlichen Wandel, in: Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland, Köln 1987.
- Steinseifer-Pabst, Anita/
Wolf, Werner: Wahlen und Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1994.
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 11/1993.

- Ulrich, Axel: Für Frieden, Freiheit und demokratischen Sozialismus. Vor 50 Jahren: Wiedergründung der SPD in Hessen-Süd, Frankfurt/Main 1995.
- Vogt, Hannah: Nationalismus gestern und heute, Opladen 1967.
- Weber Petra: Carlo Schmid, 1896-1979, München 1996.
- Weisser, G.: Freiheitlicher Sozialismus, in: Handbuch sozialdemokratischer Politik, Mannheim 1953.
- Wiegand, Berthold (Hrsg.): Gemeinschaftskunde in Unterrichtsmodellen, Frankfurt/Main 1970.
- Wiesendahl, Elmar: Volksparteien im Abstieg. Nachruf auf eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, in: APuZ 1992.
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Band I: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik; Band II: Vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung, München 2002.
- Ders.: Der Weg der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. 1985.
- Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2009.
- Wolinetz, S.B.: The Transformation of Western European Party Systems, Revisited, in: WEP 2, 1, 1979.

9. Schlusswort

In dieser Arbeit wurde versucht, die Entwicklung der 150 Jahre alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Volkspartei nach 1945 herauszuarbeiten und mit einer Biographie Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausens, des langjährigen Bundestagsabgeordneten und Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, der sich immer uneingeschränkt für das Erreichen dieses Zieles einsetzte, zu verknüpfen.

Sowohl Hermann Schmitt-Vockenhausen als auch der SPD ging es dabei um die Menschen und die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. „Die Sozialdemokratie entwickelte sich als eine politisch-gesellschaftliche Bewegung, die die politisch-ökonomischen Prozesse nicht erleiden, sondern gestalten wollte, um Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden und umfassende Teilhabe der großen Mehrheit der Menschen in einer zu befriedenden Welt zu realisieren.“¹

Man bemühte sich, den Kapitalismus zu zähmen und den Sozialstaat Schritt für Schritt aufzubauen. Vieles spricht dafür, dass die SPD diese Linie auch in Gegenwart und Zukunft verfolgen wird. Die SPD als demokratische Partei bekämpfte den Obrigkeitsstaat und im 20. Jahrhundert die Diktaturen. Ein weiteres Identitätsmerkmal der SPD seit ihrer Gründung war die Spannung zwischen weitgesteckten Zielen und konkreter und ganz praktischer Politik. Dies zeigte sich besonders, wenn die Partei in der Regierungsverantwortung stand. Der Begriff Arbeiter wurde stets sehr weit gefasst und von Anfang an waren auch Gewerbetreibende, Intellektuelle, Lehrer und Angestellte Mitglieder der SPD. Insofern war sie nie eine reine Arbeiterpartei. Der latent erkennbare Trend zur Volkspartei brach sich dann nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig Bahn. Die Arbeitnehmer – Arbeiter, Angestellte und nun auch verstärkt Beamte – spielten aber immer eine besondere Rolle. Die SPD hatte bei der Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg durch ihre reformerische Politik große Bedeutung. Auch der Demokratisierungsschub in den späten 60er- und frühen 70er Jahren ist mit ihr verbunden. Dass sich im Herbst 1989 in der DDR eine sozialdemokratische Partei bildete, die wesentlichen Anteil an der Überwindung der SED-Diktatur hatte, ist nur folgerichtig. Die Lage der Sozialdemokratie in der Gegenwart ist zum einen gekennzeichnet durch Rückgang der Mitgliederzahlen in Deutschland und den meisten europäischen Ländern. Dazu

¹ Faulenbach, a.a.O., S. 136.

kommt eine niedrigere Wahlbeteiligung als früher. Diese Indizien sprechen für eine immer tiefere Kluft zwischen Wählern und Gewählten. Beide Gruppen verstehen sich nicht mehr so recht. Dies wurde auch in der ARD-Sendung „Presseclub“ am 16. Dezember 2012 thematisiert. Moderator Jörg Schönenborn spricht von der „gefühlten Distanz“ zwischen den Wählern und Gewählten, die wachse. Dies zeige sich u.a. auch darin, dass man vor der Wiedervereinigung vom „Bonner Raumschiff“ sprach, also der vom Boden abgehobenen geschlossenen Gesellschaft von Politikern und Journalisten. Jetzt in Berlin wird das gleiche Phänomen „Berliner Käseglocke“ genannt.

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen war ebenfalls im innersten Kreis der Bonner Politiker und Journalisten sehr aktiv tätig, obwohl er fast immer nach der Tagesarbeit oft spät am Abend in seine Heimat zu Frau und Tochter nach Bad Soden fuhr, wo die Familie im eigenen Haus wohnte. Doch abgehoben wie ein Raumschiff war er nie. Im Gegenteil: Er suchte immer den Kontakt zur Basis, den Menschen mit ihren Sorgen und Nöten, und setzte Anregungen von ihnen in praktische Politik um.

Zweitens wird auch die Lage der SPD durch das Aufkommen neuer Fragestellungen und die Notwendigkeit von Lösungen bestimmt. Es seien hier vor allem Ökologie und Klima genannt. Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen hatte die Bedeutung dieser Fragen schon sehr früh erkannt, wie verschiedentlich schon weiter oben ausgeführt, und Konzepte für deren Lösungen immer wieder gefordert. Es sind Konzepte nötig, die verschiedene Politikfelder betreffen und miteinander verbinden – und das vermag die SPD meines Erachtens gut zu leisten.

Auf europäischer Ebene stellen sich jetzt auch wieder wirtschaftlich-soziale Fragen neu, die auf nationaler Ebene schon gelöst schienen. Die weltweiten Finanzspekulationen werfen erneut die Frage nach der Zähmung des „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt) sowie nach Regeln für die Märkte auf. Auch Fragen nach sinnvoller Arbeit, nach einem vorsorgenden Sozialstaat, nach Freiheit und Teilhabe sind noch zu lösen.

„Für alle diese Aufgaben bringt die Sozialdemokratie [...] großes Interesse und starken Gestaltungswillen mit. So ist die Geschichte der Sozialdemokratie offensichtlich auch nach 150 Jahren, aus denen die Partei zweifellos Selbstbewußtsein schöpfen kann, keineswegs zu Ende.“²

Am Schluss meiner Arbeit über Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen und die Entwicklung der SPD zur Volkspartei soll er das letzte Wort haben, und deshalb verweise ich noch einmal auf die Debatte am 15. Dezember 1966 (vgl. FES, Box 2727 der HSV-Rede) nach der

² Faulenbach, a.a.O., S. 139.

Regierungserklärung, in der er u.a. gesagt hatte, Deutschland wäre in den Anfängen der Weimarer Republik im Chaos untergegangen, wenn die Sozialdemokraten nicht der Republik den Weg bereitet hätten. In dieser Rede erinnert er weiter an das Jahr 1933, als die Haltung der SPD gegen das Ermächtigungsgesetz „Hoffnung und Zuversicht für die Wahrung unserer nationalen Ehre war“, an den Kampf der Sozialdemokraten in Berlin und um Berlin, an Kurt Schumachers „entscheidenden Beitrag bei der Schaffung des Grundgesetzes“ und schließt mit den Worten: „In den entscheidenden Stunden der deutschen Geschichte hat diese Partei immer gewußt, was für dieses Volk wesentlich, entscheidend und gut war.“

10. Anhang

10.1 Lebenslauf

Ottomar Löhr

61276 Weilrod

Weilstr. 1

- am 18. Februar 1932 in Rod an der Weil, Kreis Usingen geboren
- Dort Besuch der Grundschule
- Ab 1946 Christian-Wirth-Schule in Usingen; Abitur am 10. März 1952
- Studium am Pädagogischen Institut in Weilburg/Lahn.
1955: erste Lehrprüfung für das Lehramt an Volks- und Mittelschulen
- Lehrer an der Volksschule Arnoldshain, Kreis Usingen
- Studium der Germanistik, Geschichte und Politik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main
1961 Wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Gymnasien
- Studienreferendar an der Kaiserin-Friedrich-Schule in Bad Homburg und am Goethe-Gymnasium in Frankfurt am Main
- 1963 Pädagogische Prüfung für das Lehramt an Gymnasien
- Studienrat/Oberstudienrat an den Gymnasien in Biedenkopf, Idstein und an der Gesamtschule in Wallrabenstein
- 1974 bis 1997 Direktor der Gesamtschule Weilmünster
- seit 1998 Studium am Fachbereich 08 Philosophie und Geschichtswissenschaften der Goethe-Universität, seit 2000 zugelassen zum Promotionsstudium
- von 1968 bis 2011 Mandate in der Kommunalpolitik:
 1. Gemeindevertretung Weilrod, davon 25 Jahre Vorsitzender der Gemeindevertretung
 2. Kreistag und Kreisausschuss Hochtaunuskreis, davon 25 Jahre Kreisbeigeordneter

Ottomar Löhr

10.2 Erklärung gem. Promotionsordnung § 8:

Hiermit erkläre ich, dass ich die Dissertation selbständig verfasst und nur die in der Dissertation angegebenen Hilfsmittel in Anspruch genommen habe.

Ottomar Löhr